

VERWALTUNGSBERICHT DES STAATSRATES



KANTON WALLIS

1999



Der Staatsrat des Kantons Wallis an den Grossen Rat

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

Wir beehren uns, Ihnen gemäss Artikel 54 der Kantonsverfassung den Verwaltungsbericht des Staatsrates für das Jahr 1999 zu unterbreiten.

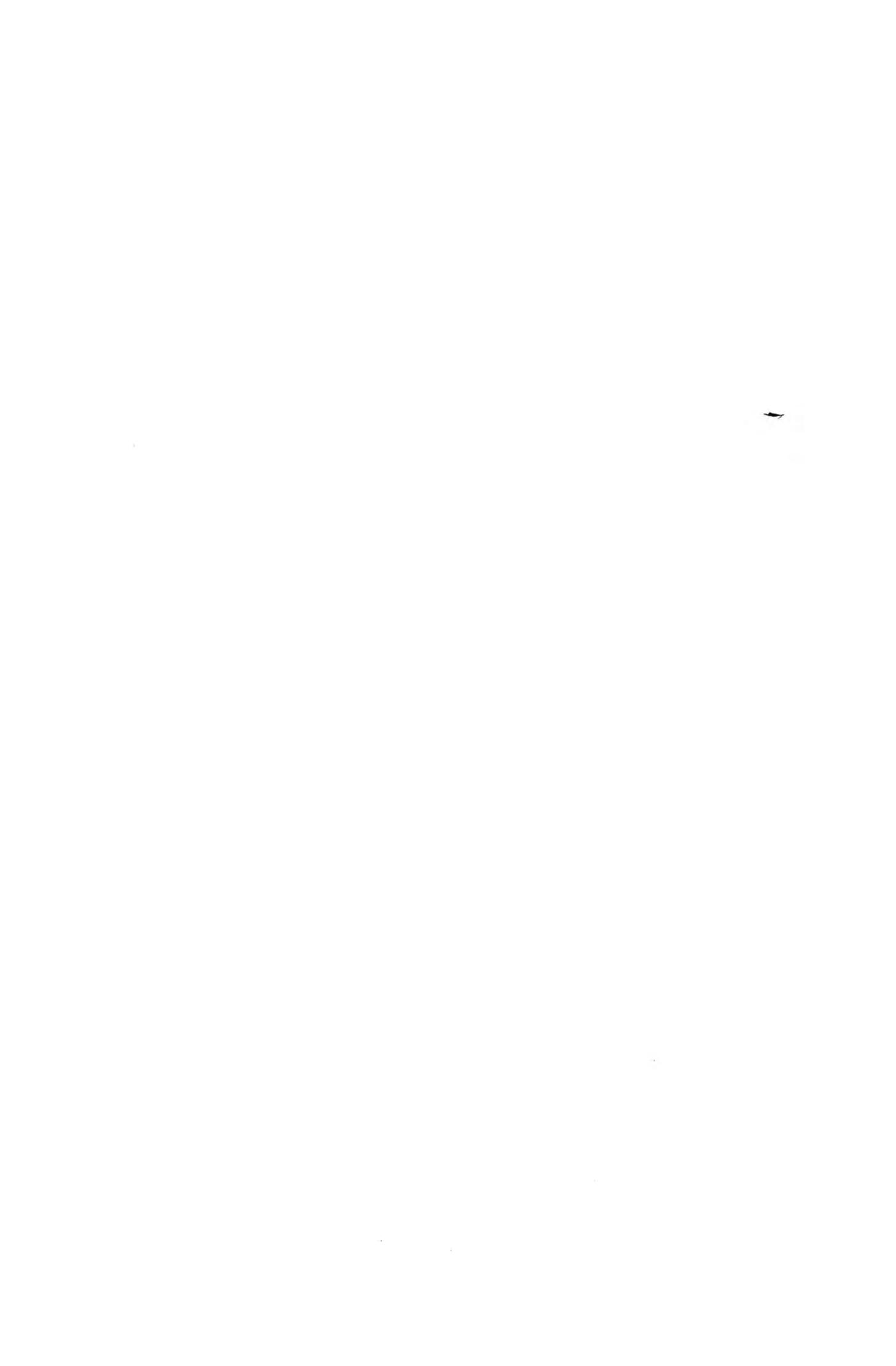
Wir benützen diesen Anlass, um Ihnen, sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, die Versicherung unserer ehrerbietigen Hochachtung zu erneuern und Sie samt uns dem Machtschutz Gottes zu empfehlen.

Sitten, im März 2000.

Der Präsident des Staatsrates:
Jean-Jacques Rey-Bellet

Der Staatskanzler:
Henri v. Roten

N III d



KANTON WALLIS

VERWALTUNGSBERICHT DES STAATSRATES

Herausgegeben von der
STAATSKANZLEI

SITTEN, März 2000

INHALTSVERZEICHNIS	SEITE
PRÄSIDIUM	7
FINANZ- UND VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT	15
DEPARTEMENT FÜR GESUNDHEIT, SOZIALWESEN UND ENERGIE	41
DEPARTEMENT FÜR ERZIEHUNG, KULTUR UND SPORT	57
DEPARTEMENT FÜR SICHERHEIT UND INSTITUTIONEN	97
DEPARTEMENT FÜR VERKEHR, BAU UND UMWELT	123

STAATSRAT

PRÄSIDIUM

Staatskanzlei

Ständiges Sekretariat
des Grossen Rates

Information

Finanzinspektorat

Zentrum für
Verwaltungsmanagement

VORWORT DES PRÄSIDENTEN DES STAATSRATES

Von einer Regierung wird erwartet, dass sie zukunftsorientiert handelt und Veränderungen vorwegnimmt, damit sie die nötigen Anpassungen vorsehen kann. Man hört auch oft die Aussage: «Regieren heisst vorausschauen»... Dies ist allerdings leichter gesagt als getan, denn die Faktoren, welche die Regierungstätigkeit beeinflussen, sind zahlreich, unvorhersehbar und komplex. Eine kleine Rückschau auf das Jahr 1999 verdeutlicht dies...

Da wäre die Natur...

Februar 1999. Nach den eher durchwachsenen Festtagen, die von Schneemangel gekennzeichnet sind, atmet man in den Walliser Wintersportorten auf: Endlich schneit es! Die Fasnachtsferien scheinen ein voller Erfolg zu werden und den schlechten Saisonstart vergessen zu lassen. Doch der Schnee rieselt nicht nur leise, sondern fällt in ungeahnten Massen. Der weisse Segen wird zur Katastrophe: Die Natur gerät aus den Fugen und kostet 16 Menschen das Leben. Selbst die Retter werden nicht verschont: Zwei Mitarbeiter des Staates Wallis und ihr Pilot brechen zu einem Erkundungsflug auf, von dem sie nie zurückkehren werden. Die Walliser Landschaft wird noch lange die Narben dieses mörderischen Winters tragen.

...aber auch die Menschen

Ende des Winters kommt die Überraschung: Herr Staatsrat Peter Bodenmann wirft das Handtuch! Die am 9. März 1999 veröffentlichte Nachricht überrascht alle, selbst seine engsten Mitarbeiter und Kollegen. Der am 23. Mai 1999 gewählte ehemalige Abgeordnete und alt Nationalrat Thomas Burgener tritt seine Nachfolge im Juni an.

Es gibt Dinge, die sich unserer Macht entziehen...

Wer hätte uns auf dem Weg zu den Olympischen Winterspielen noch zum straucheln bringen können? Wohl niemand, wenn man sich das Vertrauen und den Enthusiasmus sowohl der Schweizer Delegation in Seoul als auch der mehr als zahlreich erschienenen Olympiabegeisterten auf der Planta in Sitten am Abend des 18. Juni vor Augen führte. Am Ende einer feuchtfröhlichen Nacht fiel dann aber doch ein ernüchternder Entscheid: «The winner is... Torino». Auf der Planta herrschte plötzlich Grabesstille. Von einer Sekunde auf die andere war die ausgelassene Stimmung in Unglauben, Traurigkeit und Bitterkeit umgeschlagen. Wie war ein solcher Entscheid bloss möglich? Diese Momente werden uns noch lange in Erinnerung bleiben: Das olympische Abenteuer 2006 endete zwar mit einer Niederlage, hat aber gleichzeitig (vor allem) die Einheit in unserem Kanton gestärkt.

...und solche, die anscheinend unvermeidbar sind

Die Globalisierung trifft unsere Gesellschaft auf allen Ebenen. Auch die öffentliche Hand ist davon betroffen, denn die Besorgnis in der Bevölkerung wächst und der Ruf nach Sozialhilfe wird immer lauter. Es stellt sich dabei immer die Frage nach dem Handlungsspielraum der Politik gegenüber diesem anscheinend unvermeidbaren Phänomen. Es kann nur schwerlich eine optimistische Antwort gegeben werden! Der Staatsrat sah sich im August 1999 (erneut) mit diesem Problem konfrontiert, als die Direktion der Algroup Fusions- und Restrukturierungsabsichten bekannt gab. Zahlreiche Arbeitsplätze in Steg, wo die Fortführung der Elektrolyse in Frage gestellt wird, sind gefährdet. Dies könnte auch Auswirkungen auf sämtliche Walliser Werke der Gruppe haben. Die Regierung interveniert, um die Arbeitsplätze dieser für die Walliser Wirtschaft äusserst wichtigen Industriestandorte zu retten.

Solche Vorkommnisse (ganz zu schweigen von Leukerbad und anderen) setzen die Regierung oft unter Zugzwang, erfordern aber gleichzeitig grösste Sorgfalt. Der Handlungsspielraum der Exekutive kann mit ihrer Fähigkeit, entschieden und effizient sowohl an ihren eigenen Möglichkeiten als auch an der Durchsetzung ihrer Interessen zu arbeiten, durchaus wachsen. Das Wallis leistet daher auch ein umfangreiches Arbeitspensum sowohl innerhalb als auch aus-

serhalb des Kantons. Unterstützt von den im Herbst neu bestellten Vertretern in den eidgenössischen Räten, müssen diese Anstrengungen auch in Zukunft fortgesetzt werden.

Die schon seit mehreren Jahren laufenden Debatten rund um die Öffnung des Elektrizitätsmarktes oder den neuen Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen, deren Ausgang für das Wallis von zentraler Bedeutung ist, werden in den kommenden Monaten in eine entscheidende Phase treten. Der Kampf für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wasserkraft, wie auch der eidgenössische Belastungsausgleich für topografische Sonderbelastungen, sind für die wirtschaftliche Zukunft unseres Kantons entscheidend.

Aber auch andere Bereiche bedingen ein entschlossenes Handeln des Staates. So zum Beispiel der Bildungsbereich, namentlich auf tertiärer Stufe, der sich mit der FH-Wallis und der HPL im Umbruch befindet oder die Tourismusförderung, wo eine Diversifizierung und somit ein Ausbau der Angebotspalette in unserem Kanton angestrebt werden muss. Die Suche nach Synergien und – vor allem – einer besseren Zusammenarbeit zwischen den Regionen ist dabei unabdingbar. Dies gilt übrigens auch für den Gesundheitsbereich, namentlich was die Spitäler anbelangt. Wir haben die Pflicht, unsere aussergewöhnliche Natur zu hegen und zu pflegen. Was schliesslich den Verkehr und den Bau anbelangt, so geht es in erster Linie darum, die Arbeiten an der A9 im Oberwallis fortzusetzen und neue Lösungen zur Verbesserung der inner- und ausserkantonalen Verkehrswege zu erarbeiten. Die im Jahre 1999 unternommenen Anstrengungen in den Bereichen Unterstützung der Familie, Reorganisation unserer Institutionen oder auch Steuerwesen stellen eine solide Grundlage für Fortschritte im Jahr 2000 dar.

Nur wenn wir gemeinsam an einem Strang ziehen, können wir alles erreichen!

Der Präsident des Staatsrates
Jean-Jacques Rey-Bellet





VERWALTUNGSBERICHT DES PRÄSIDIUMS

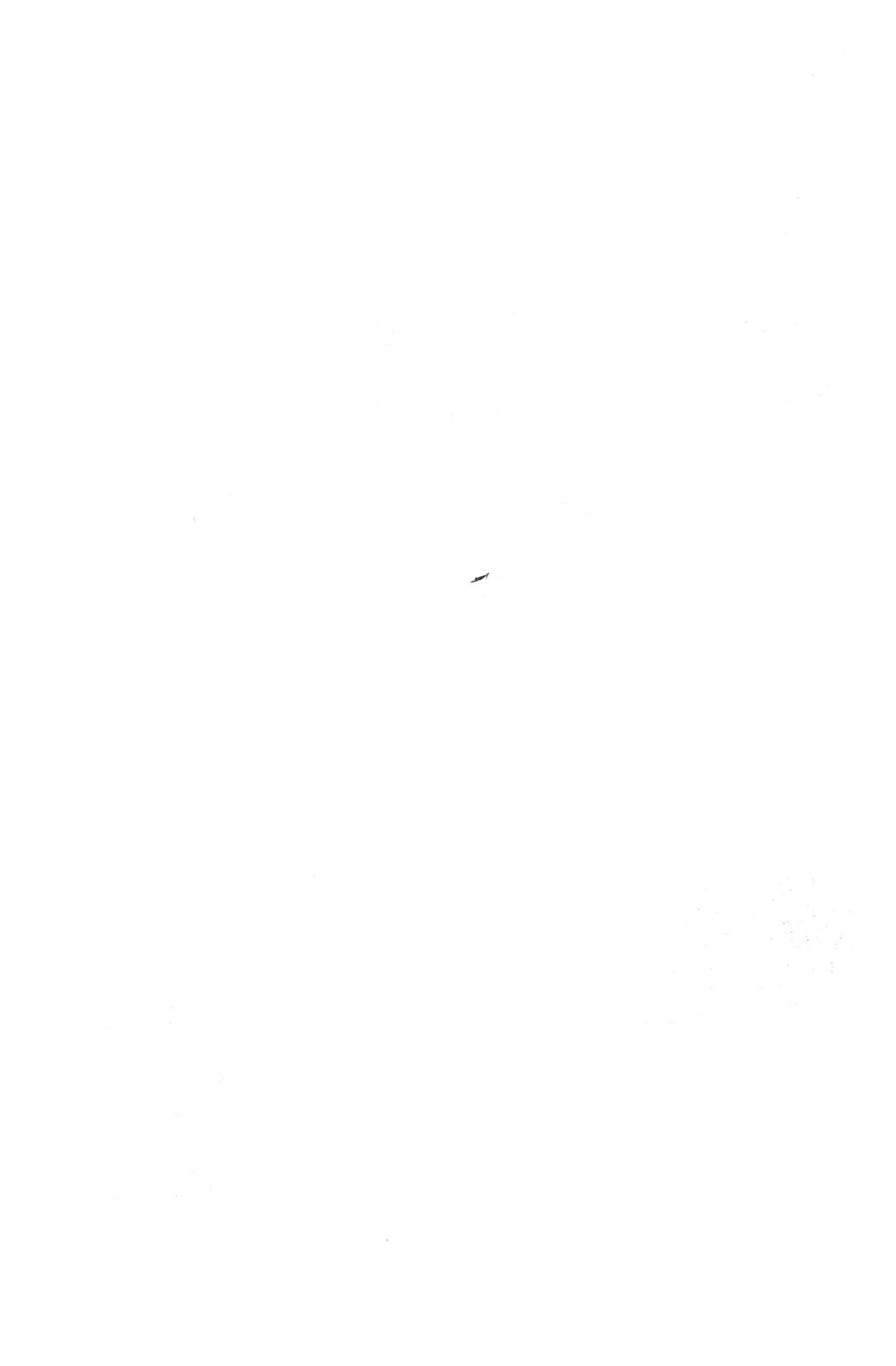
FÜR DAS JAHR 1999



Staatsratspräsident
Jean-Jacques Rey-Bellet



Staatskanzler
Henri v. Roten



STAATSKANZLEI

ALLGEMEINE VERWALTUNG

PERSONAL

Dienststelle	Anzahl Etatstellen
Staatskanzlei	15.80
Ständiges Sekretariat des Grossen Rates	2.80
Information	3.00
Finanzinspektorat	16.00
Zentrum für Verwaltungsmanagement	7.00
Total	44.60

BEZIEHUNGEN ZWISCHEN BUND UND KANTON

Im Laufe des Jahres hat der Staatsrat 70-mal in verschiedenen Vernehmlassungsverfahren des Bundes Stellung genommen; diese Antworten werden an unsere Vertreter in den eidgenössischen Räten übermittelt und können bei der Staatskanzlei eingesehen werden (die entsprechende Liste wird regelmässig im Amtsblatt veröffentlicht). Der Staatsrat hat ebenfalls mehrmals beim Bundesrat zugunsten der Walliser Wirtschaft interveniert.

BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DEM WALLIS UND DEN ÜBRIGEN KANTONEN

Der Staatsrat nahm unter anderem an folgenden Arbeitssitzungen teil:

- Konferenz der Kantonsregierungen,
- Kontaktgremium Bund-Kantone,
- Konferenz der Westschweizer Kantonsregierungen,
- Konferenz der Alpenkantone,
- Arbeitsgruppe der an Frankreich grenzenden Kantone,
- Konferenz der Wirtschaftsraum-Mittelland-Kantone,
- Arbeitsgruppe der westlichen Alpenländer,
- mit der Regierung des Kantons Waadt.

PROTOKOLL

Im Laufe des Jahres hat der Staatsrat in den staatlichen Empfangsräumen, auf Schloss Majorie, Schloss von St. Maurice, Schloss Mercier und in verschiedenen staatlichen Einrichtungen namhafte Persönlichkeiten empfangen, u.a.:

- den Botschafter der Republik Korea, Hrn. Soon-tae Kwon;
- den Botschafter von Argentinien, Hr. Jorge Alberto Vazquez;
- den Botschafter von Albanien, Hr. Vladimir Thanati;
- Hrn. Daniel Tarschys, Generalsekretär des Europarates, für die Übergabe der Weinbergparzelle an den Europarat;
- die Hauptsponsoren der Kandidatur Sion 2006 Switzerland;
- die Mitglieder der Regierung des Kantons Solothurn.

In diesem Jahr hat sich der Staatsrat zu einem offiziellen Besuch in den Kanton Genf begeben, wo er von der Regierung empfangen wurde.



Staatsratspräsident Jean-Jacques Rey-Bellet und Daniel Tarschys, Generalsekretär des Europarates, anlässlich der Übergabe der Weinbergparzelle an den Europarat

VERSCHIEDENES

- Der Staatsrat hat im Rahmen von zwei Feierlichkeiten, die in den Monaten Mai und November im Saal Supersaxo stattgefunden haben, die Vereidigung von 167 Neubürgerinnen und Neubürgern vorgenommen. Ausserdem hat er 10 neue Notare vereidigt.
- Dreimal hat er sich mit den Walliser Bundesparlamentariern in Bern getroffen.
- Er hat Hrn. Jean-Daniel Mudry, in Bellinzona, mit dem Preis der Stiftung Divisionär F. K. Rünzi geehrt.
- Er ist mehrmals mit der Direktion der Algroup zusammengekommen.
- Im Laufe des Jahres hatte unsere Regierung die Ehre, elf Personen zu ihrem hundertsten Geburtstag ein Geschenk überreichen zu dürfen:
 - Frau Yvonne Morand, Martinach
 - Frau Cécile Moret, Martinach
 - Herr Edouard Clivaz, Randogne
 - Frau Margareta Kiriacescu, Evionnaz
 - Frau Sabine Schröter, Ried/Blatten
 - Frau Germaine de Chastonay, Sitten
 - Frau Emma Zenhäusern-Jenelten, St. Niklaus
 - Herr Marcel Giroud, Charrat
 - Frau Marie Schmid, Bräms
 - Frau Marie-Louise Bugnet, Alesse/Dorénaz
 - Frau Marcelline Volery, Monthey.
- Der Staatskanzler führte den Vorsitz der Koordinatorenkonferenz, die zweimal stattgefunden hat und deren Sekretariatsarbeiten von der Staatskanzlei wahrgenommen werden.
- Die Staatskanzlei war für die Organisation der Sitzung der Dienstchefs vom 29. November 1998 zuständig.
- Die Weibel-Chauffeure legten mehr als 105'000 km zurück. Sie sind auch mit der Verteilung der Post, adressiert an die verschiedenen Dienststellen des Staates Wallis, beauftragt.

- Dank des enormen Arbeitsaufwandes des Weibeldienstes im Laufe des Jahres (Zählung der verschiedenen Sendungen, Massensendungen über 3'000 Stück (B2) und Sendungen bis 3'000.—) konnte der Staat seine PTT-Rechnung um Fr. 121'900.— senken. Dies entspricht einer Verminderung von 1,27 % der Versandspesen. Nach Aussagen der Post ist das Wallis der einzige Kanton, der im Jahr 1999 weniger Portospesen zu berappen hatte.
- Die Telefonzentrale erhält in Schnitt 400-500 Anrufe pro Tag, welche sie an die verlangten Personen weiterleitet. Neue Einheiten haben sich an die Zentrale angeschlossen. Die Staatskanzlei wurde von der Finanzverwaltung seit Anfang Januar mit der Verwaltung der Swisscom-Rechnungen betraut. In dieser Funktion hat sie interessante Rabatte infolge der Liberalisierung des Sektors erhalten.

Millennium

In Zusammenarbeit mit der Staatskanzlei hat die Arbeitsgruppe «Millennium», präsiert durch Hrn. Michel Veuthey, folgende Aufgaben wahrgenommen:

- die Prägung einer Gedenkmünze «Millénaire du Valais 999-1999»
- den Druck der Schenkungsurkunde und Bündnis
- die Veröffentlichung verschiedener Artikel in den Tageszeitungen des Kantons
- den Druck eines Schubers bestehend aus 7 Broschüren, mit dem Titel «Vom Rhonegletscher zum Genfersee», davon ein Band über die Walliser Geschichte zweisprachig französisch-deutsch und sechs regionale Bände (zwei auf deutsch und vier auf französisch).

Am Mittwoch, den 15. September 1999 hat der Bischof von Sitten das Schloss Tourbillon einer Stiftung vermacht. Die Schenkungsurkunde wurde von Mgr. Norbert Brunner, Bischof von Sitten, den kantonalen Behörden und den betreffenden Gemeinde- und Bürgerbehörden unterzeichnet. Der Zeremonie folgte das letzte Konzert des Festivals Tibor Varga 1999 in der Kathedrale von Sitten.

SEKRETARIAT

Im Laufe des Jahres 1999 wurde die Staatskanzlei insbesondere mit folgenden Aufgaben betraut:

- Weiterleitung und Behandlung von 2984 an den Staatsrat gerichteten Schreiben;
- Vorbereitung von 43 Staatsratssitzungen;

- Abfassung des Protokolls der Staatsratssitzungen, was insgesamt 6'371 Seiten oder 17 Bände der StRE ausmachte;
- Zirkulation von 225 Dossiers unter den Mitgliedern des Staatsrates;
- Beglaubigung von 1512 Dokumenten;
- 933 Rechtskraftbescheinigungen von verschiedenen Verfügungen, sowie die immer problematischer werdende Rechnungsführung;
- Vorbereitung und Druck des Verwaltungsberichts
- die Neuausgabe des internen Telefonbuches
- die Veröffentlichung von 377 Arbeitsvergaben des Staatsrates.

VERÖFFENTLICHUNG KANTONALER ERLASSE

Das Jahr 1999 war geprägt von der frühzeitigen Lieferung der kantonalen Gesetzessammlung (GS) auf Ende März (409 Seiten gegen 292 Seiten im Jahre 1995 zum Beispiel) sowie der Nachführung der systematischen Gesetzessammlung (SGS) auf Ende Juni (gegenüber Dezember im Jahre 1998). Dies ist die letzte Lieferung der im Jahre 1954 eingeführten Gesetzessammlung. Die Staatskanzlei hat nämlich eine neue Systematik erarbeitet, die nicht auf einer durchgehenden (1 bis 2155) sondern vielmehr auf einer dezimalen Nummerierung (1 bis 9), nach dem Vorbild des eidgenössischen Systems, beruht. Dies soll nicht nur die Verwaltung, sondern auch die Konsultation der eidgenössischen und kantonalen Gesetzgebung deutlich vereinfachen. Am 27. Oktober 1999 hat der Staatsrat grünes Licht für die Einführung dieser neuen Systematik auf den 1. Januar 2000 und die Anpassung der Titel zahlreicher Erlasse gegeben. Zudem wurde diese Gelegenheit genutzt, um gewisse veraltete Gesetzestexte aus der Gesetzessammlung zu entfernen (Amtsblatt Nr. 47). Hinsichtlich der Veröffentlichung der Walliser Gesetzgebung auf der Internet-Site des Staates wurde ein Lektorat der französischen und deutschen Texte vorgenommen. Allerdings war die Datenübertragung aufgrund von technischen Problemen noch nicht möglich.

VERWALTUNGSBESCHWERDEN

Die Statistik der Beschwerden zeigt sowohl einen Rückgang der eingereichten Beschwerden als auch eine Stabilisierung der behandelten Fälle. Um dieses Resultat beibehalten und die Zahl der begründeten Entscheide des Staatsrates erhöhen zu können, wurde die Staatskanzlei sukzessive von sechs Rechtspraktikanten und während drei Monaten von einer in Ausbildung stehenden Hilfskraft unterstützt. Der Arbeitsaufwand war erneut enorm, namentlich angesichts der übrigen zentralen oder departementsübergreifenden Aufgaben sowie der Kommissionsmandate der Staatskanzlei.

Aufteilung der Beschwerden nach Sachgebiet im Jahre 1999

Instanz	Übertrag 1998	Eingänge 1999	Total	Erledigt (StrE)	Erledigt*	Erledigt Total	Übertrag (für) 2000
FVD	37	20	57	18	6	24	33
DSI	141	243	384	175	61	236	148
DGSE	49	16	65	12	7	19	46
DEKS	15	8	23	4	4	8	15
DVBU	46	18	64	19	7	26	38
KBK	112	94	206	48	25	73	133
KKStAD	35	53	88	13	53	66	22
TOTAL 1999	435	452	887	289	163	452	435
(Total) 1998	(383)	(509)	(892)	(251)	(206)	(457)	(435)

**Beschwerden vor den Gerichten 1998: KG 68 Eingänge, BG 10 Eingänge, CF 2
1999: KG 66 Eingänge, BG 9 Eingänge, CF 1**

STÄNDIGES SEKRETARIAT DES GROSSEN RATES

GESCHÄFTSPRÜFUNGSBERICHT 1999

Einberufung des Grossen Rates

Die Damen und Herren Grossräte wurden einberufen zu:

- 6 ordentlichen Sessionen;
- verlängerten Session;
- konstituierenden Session;
- ausserordentlichen Session.

Vorbereitungsarbeiten

Es wurden gesammelt und versandt in beiden Sprachen:

- 52 Botschaften, Abänderungsentwürfe der Verfassung, Entwürfe von Gesetzen, Dekreten, Entscheiden, Reglementen und Beschlüssen für die ordentlichen Sessionen;
- 0 Botschaften, Abänderungsentwürfe der Verfassung, Entwürfe von Gesetzen, Dekreten, Entscheiden, Reglementen und Beschlüssen für die verlängerte Session, die ausserordentliche Session und die konstituierende Session;
- 9 Botschaften des Staatsrates und Berichte der Finanzkommission, Geschäftsprüfungskommission und der Justizkommission betreffend den Voranschlag, die Rechnungen und die Zusatzkredite usw.

Eine gewisse Anzahl von Botschaften wurde durch das Sekretariat abgefasst:

- 5 Begnadigungsgesuche;
- 87 Einbürgerungsgesuche.

Für den Massenversand wurden 10'360 Kuverts benötigt.

Sitzungen des Büros, der Fraktionspräsidentenkonferenz und der parlamentarischen Kommissionen

Das Sekretariat organisierte und/oder lud ein:

- 13 Arbeitssitzungen für die Mitglieder des Grossratsbüros mit Abfassung der Protokolle;
- 5 Arbeitssitzungen für die Fraktionspräsidentenkonferenz mit Abfassung der Protokolle;

alle Arbeitssitzungen der Ad-hoc-Kommissionen und eine Anzahl Arbeitssitzungen der ständigen Kommissionen (Redaktions- und Zensurkommission, Finanz-, Geschäftsprüfungs- und Justizkommission).

Das Grossratssekretariat verfasste die Einladungen der Ad-hoc-Kommissionen in beiden Sprachen, welche sich wie folgt zusammenstellen:

-	Februar	104	
-	März	26	
-	Mai	130	
-	Juni	143	
-	September	91	
-	November	143	gesamthaft 637 Briefe.

Sitzungen des Grossen Rates

- 27 Vormittagssitzungen;
- 6 Nachmittagssitzungen.

Motionen, Postulate, Interpellationen, Resolutionen und einfache Anfragen

Hinterlegt:

- 39 Motionen;
- 59 Postulate;
- 127 Interpellationen;
- 20 Resolutionen;
- 33 Einfache Anfragen;
- 62 Fragen für die Fragestunde;
- 1 Parlamentarische Initiative;
- 1 Parlamentarische Verfassungsinitiative.

Entwickelt:

- 25 Motionen;
- 39 Postulate;
- 98 Interpellationen;
- 13 Resolutionen.

Behandelt oder gestrichen:

- 11 Motionen;
- 19 Postulate;
- 33 Interpellationen;
- 15 Resolutionen;
- 62 Fragen für die Fragestunde.

Wurden bis Ende Dezember 1999 hinterlegt und bleiben hängig:

- 19 Motionen;
- 33 Postulate;
- 35 Interpellationen;
- 2 Resolutionen.

Simultanübersetzung und Grossratssaal

Die technischen Einrichtungen und die Simultanübersetzung wurden jeweils für die Sitzungen des Grossen Rates benützt und mehrmals Drittpersonen zur Verfügung gestellt. Die Gemeindeverwaltung Sitten ihrerseits hat den Grossratssaal und den «Saal der Verlorenen Schritte» für zahlreiche Anlässe zur Verfügung gestellt oder vermietet.

Bulletins der Grossratssessionen (Memorial)

Es wurden 6 Sitzungsbulletins abgefasst und verteilt:

- November 1998 am 11. Februar 1999;
- Februar 1999 am 26. April 1999;
- März 1999 am 14. Mai 1999;
- Mai 1999 am 9. August 1999;
- Juni 1999 am 17. September 1999;
- September 1999 am 10. Dezember 1999.

Es befinden sich in Ausarbeitung:

- November 1999.

Verschiedenes

Die Akten der Sessionen wurden in beiden Sprachen inventarisiert und eingebunden:

- 10 Gesetze, 30 Beschlüsse, 3 Verordnungen, und 3 Dekrete wurden der Staatskanzlei übermittelt zur Inkraftsetzung und zur Veröffentlichung im Amtsblatt. Reglemente und Konzessionen gab es keine.
- die in Artikel 66 und 67 des Reglementes des Grossen Rates vom 18. November 1996 vorgeschriebenen Register sind nachgeführt.

Unter anderem, wurden folgende Anlässe organisiert:

- das 28. Parlamentarische Skirennen, am 13. März 1999 in Ovronnaz
- das jährliche Treffen der ehemaligen Grossratspräsidenten, am 10. September 1999, in Collonges, unter der Führung von Frau Monique Paccolat, ehemalige Grossratspräsidentin und Herrn Maurice Vuilloud, ehemaliger Grossratspräsident
- Herr Yves-Gérard Rebord hat an den Kommissionssitzungen «Coopération et Développement» de l'APF vom 15. bis 19. März 1999 in HoChiMinh, Vietnam teilgenommen
- Das Büro des Grossen Rates besuchte am 16. September 1999 den Grossen Rat des Kantons Freiburg
- Herr Yves-Gérard Rebord und Herr Georges Mariétan haben am 28. Oktober 1999 an der Sitzung «Conférence des Gouvernements de Suisse occidentale (CGSO)» in Lausanne teilgenommen
- Das Büro des Grossen Rates nahm am 36. Treffen der Büros der Romandie von Bern und Tessin, am 9. Oktober 1999 in Lugano teil

INFORMATIONSCHEF DES STAATES WALLIS

Information der Medien

1999 hat der Informationschef des Staates Wallis die Anstrengungen zur Optimierung der Leistungen zu Gunsten der Medien fortgesetzt. So wurden etwa 260 Medienmitteilungen und verschiedene andere Informationen mit einem Gesamtumfang von zirka 330 A4-Seiten auf Deutsch und Französisch an rund 100 Redaktionen oder Journalisten im Wallis und in den anderen Kantonen verbreitet. Gleichzeitig erlaubten es an die sechzig Medienkonferenzen oder Medienorientierungen, die Aktivitäten des Staatsrates und seiner Departemente bekannt zu machen. Die Kontakte mit den Journalisten in Form von Auskünften und Interviews haben deutlich zugenommen, was ihnen zusätzlich erlaubt hat, diese Informationen in ihren Medien zu verbreiten.

Das vergangene Jahr bot Gelegenheit, die zweisprachige Web-Site des Staates Wallis, welche Mitte 1998 lanciert wurde, auszubauen. Sie umfasst heute mehrere Zehntausend Bildschirmseiten über das offizielle Wallis. Man findet dort ebenfalls zahlreiche Dokumente und Auskünfte, die für Bevölkerung und Behörden eine wichtige Informationsquelle darstellen.

Kantonale und eidgenössische Wahlen

Ausser den drei kantonalen oder eidgenössischen Abstimmungen des Jahres stand ein wesentlicher Teil der Informationsaktivität unter dem Zeichen der Ergänzungswahl vom 9. und 23. Mai in den Staatsrat sowie der eidgenössischen Wahlen vom 24. Oktober mit dem zweiten Wahlgang vom 7. November für den Ständerat.

Das im Untergeschoss der Firma Provins in Sitten bereits bei vorhergehenden wichtigen Abstimmungen vom Informationschef des Staates eingerichtete Medienzentrum erlaubte es, die Erwartungen der Journalisten von Presse, Radios und Fernsehen sowie der Stäbe der Parteien und ihrer Kandidaten zu erfüllen. Anlässlich dieser wichtigen Ereignisse im politischen Leben des Wallis wurden bedeutende personelle und leistungsfähige technische Mittel eingesetzt.

An die 120 Journalisten und Techniker aus den drei Sprachregionen der Schweiz haben dort gearbeitet, indem sie mehr als hundert Stunden auf Sender waren und zahlreiche Seiten mit Reportagen in den Tageszeitungen veröffentlichten. Viele Informationen, auch in Form von Tabellen und Grafiken, wurden bei diesen Gelegenheiten auf der Internet-Adresse des Staates <http://www.vs.ch>, die von der Bevölkerung rege konsultiert wurde, veröffentlicht.

Unwetter und Information bei Krisensituationen

Die Unwetter von Februar-März haben dem Informationschef Gelegenheit geboten, ein an Krisensituationen angepasstes Informationsdispositiv zu erstellen. In enger Zusammenarbeit mit dem Kommando der Kantonspolizei, dem Zivilschutz und der Armee war es so möglich, rund um die Uhr eine professionelle, mehrsprachige und den Bedürfnissen der Medien angepasste Information sicherzustellen und dies auch im Gelände. Im Laufe dieser Zeit wurden nicht weniger als 42 Medienmitteilungen in beiden Sprachen veröffentlicht sowie während der kritischsten Phase 4 Medienorientierungen in den Räumen des Krisenstabes durchgeführt. Zahlreiche Lehren konnten aus den verschiedenen Phasen der Führung und des Ablaufs der Operationen gezogen werden; sie werden es erlauben, das Dispositiv für Krisensituationen noch zu verfeinern.

Information der Bevölkerung

Zusätzlich zu den üblichen Leistungen zur Sicherstellung einer lückenlosen und professionellen Information der Bevölkerung soll noch auf eine wirkungsvolle Art der Kommunikation zwischen den Behörden und der Bevölkerung aufmerksam gemacht werden. Die im Herbst 1997 von der Arbeitsgruppe «Information über die Luftqualität im Wallis» lancierte Sensibilisationskampagne zu Gunsten der Luftreinhaltung ging im Laufe des Sommers zu Ende. Über diesen Informationskanal wurden im ganzen Kanton mehr als 10'000 Plakate, welche sieben Themen zur Luft behandelten, verbreitet. Diese Aktion stiess bei den Medien auf ein breites Echo.

ZENTRUM FÜR VERWALTUNGSMANAGEMENT

1. Mission

Das ZVM arbeitet im Auftrag der Regierung. Es hat die Aufgabe als wissenschaftliches Fachorgan Konzeptvorschläge zur Entwicklung und Umsetzung der Staats- und Verwaltungsreform zu erarbeiten und den Reformprozess im Kanton operationell zu unterstützen, zu begleiten und zu koordinieren. Die strategische Führung des ZVM obliegt der Staatsratsdelegation «Reformen 2000».

2. Betriebsvorgaben, Produkte- und Leistungsstruktur und Ressourceneinsatz

Aufgrund dieses Auftrages hat das ZVM seine Betriebsvorgaben, seinen Leistungs- und Ressourceneinsatz und seine Organisation wie folgt definiert:

Betriebsvorgaben (BV)	Produktgruppen (PG) und Produkte (P)	Ressourcenzuteilung in Mannjahren (MJ)		
		1997	1998	1999
BV 0: Sicherstellen der internen Geschäftsführung und Betriebsleitung sowie der internen und externen Information und Kommunikation; ♦ Aufbau und Entwicklung der internen Geschäftsführung nach „Neuem Modell“; ♦ Sicherstellen der externen Information und Kommunikation;	PG 01: Interne Geschäftsleistungen P 010: Ferien / Militär / Krankheit P 011: Führungs-u. Vw.-leistungen P 012: Aus- und Weiterbildung P 013: Dokumentation und Archiv PG 02: ext. Information/Kommunikation P 021: Vorträge / Artikel / Seminare P 022: Information und Kommunikation	1,1 MJ	1,6 MJ	1,9 MJ
		0,3 MJ	0,2 MJ	0,3 MJ
BV 1: Steuern und Sicherstellen des Reformprozesses bei den 6 Pileteinheiten; ♦ animieren und steuern des Reformprozesses im Sinne eines proaktiven Experimentes bei den Pileteinheiten sowie bei den direkt beteiligten Kontraktpartnern;	PG 11: Steuerung und Unterstützung der Kontraktumsetzung P 111: Evaluation und Optimierung des Kontraktmanagementsystems P 112: 3-stufiges Kontraktcontrolling P 113: Unterstützungsmassnahmen zu Gunsten der 6 Pileteinheiten	2,2 MJ	0,9 MJ	2,0 MJ
BV 2: Unterstützen und Koordinieren der Reformprojekte 2000- sowie der Teilprojekte A2000; ♦ Einbinden der Regierung und Delegation die Experimentierphase; Aufbau des Regierungcontrolling; ♦ Unterstützung des Parlamentes in der aktiven Beteiligung am Reformprozess der Verwaltung (Parlamentscontrolling) sowie bei seinen Arbeiten zur Reform des Parlamentsbetriebes und der Parlamentsorganisation; ♦ Konzeptionelle Steuerung und logistische Unterstützung der Projekte R2000; ♦ Führen des TP2: sicherstellen der Steuerung über Leistungskontrakte; ♦ Konzeptionelle und logistische Mitarbeit im TP 3 und 4	PG 21: Leistungen an die Regierung und Delegation P 211: Reformevaluation PG 22: Leistungen zG. des Parlamentes P 221: Kommission R2000 P 222: übrige Kommissionen P 223: Büro des Grossen Rates PG 23: Leistungen an R2000 Projekte P 231: Leistungen für E2000 P 232: Leistungen für J2000 P 233: Leistungen für I2000 P 234: Leistungen für B2000 P 235: Leistungen für G2000 PG 24: Leistungen an Teilprojekte A2000 P 241: operationelle Leitung P 242: Direktion TP2 P 243: Leistungen an TP3 P 244: Leistungen an TP4	0,1 MJ	0,1 MJ	0,1 MJ
		1,3 MJ	0,7 MJ	0,7 MJ
		0,3 MJ	0,1 MJ	0,1 MJ
			1,4 MJ	0,3 MJ
BV 3: Ausführen von Mandaten gemäss Spezialauftrag der Regierung; ♦ qualitäts- und kostenbewusste Ausführung der übertragenen Mandate.	PG 31: Leistungen für Spezialmandate P 311: Projekt: «HBS und tertiäres Bildungswese» P 312: Projekt: «Wirtschaftsförderung» P 313: Projekt: «Tourismusplattform» P 314: Projekt: «4-Jahresplanung» P 315: Projekt: «Qualitätsmanagement» P 316: Projekt: «Informatikkonzept» P 317: Projekt: «RRK-Leukerbad»	0,3 MJ	2,8 MJ	0,9 MJ
	Total Mannjahre:	7 MJ	6,7 MJ	6,3 MJ

3. Arbeitseinsatz im Betriebsjahr 1999

Aus der oben stehenden Übersicht kann entnommen werden, dass das Arbeitspotential im Dienst des ZVM im Verlauf der letzten drei Jahre laufend von 7 auf 6,3 Arbeitseinheiten reduziert wurde. Diese Reduktion war bedingt durch die teilweise zur Verfügungstellung einer Arbeitskraft zum Aufbau der Wirtschafts- und Managementabteilung in der FHS-VS.

Der Arbeitseinsatz des Zentrums wurde im Bereich der Spezialmandate im Vergleich zum Vorjahr von 2,8 Mannjahren auf 0,9 Mannjahre abgebaut, was im Wesentlichen unserem Einsatz am Projekt «kantonale Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsförderung» entspricht.

Das Ende des Betriebsjahres 1999 ist gleichzeitig Halbzeit der Experimentierphase für den eingeleiteten Reformprozess. Auf Anregung des Grossen Rates hat sich die Regierung entschieden, uns dem vergleichenden interkantonalen Evaluationsprojekt anzuschliessen. Diese Studie untersucht und vergleicht das Reformkonzept und den Reformprozess in 5 Kantonen. Die entsprechenden Resultate werden es uns gestatten, von den besten Reformverfahren Lehren zu ziehen und wenn notwendig auch entsprechende Verbesserungsmassnahmen bei uns zu veranlassen. Die Regierung wird den Grossen Rat über das Resultat dieser vergleichenden Studie orientieren.

In dieser ersten Phase legten wir das Schwergewicht unseres Einsatzes insbesondere auf die Konzeptausarbeitung und Projektbearbeitung der neuen Führungsinstrumente (dh. dreistufiges Kontraktmanagement, dreistufiges Controlling, integriertes Dokumentations-, Informations- und Kommunikationssystem) sowie auf die praktische Umsetzung der Politikkontrakte. Im Verlauf der zweiten Phase wird nun der detaillierten Ausarbeitung und der praktischen Umsetzung der Managementkontrakte und der Ausführungskontrakte sowie des Qualitätssicherungsystems grosses Gewicht beigemessen.

Das ZVM wird seine Arbeit weiterhin auch in enger Abstimmung mit der Reformkommission des Grossen Rates durchführen und damit dem Grossen Rat ermöglichen, den Reformprozess nicht nur auf Parlamentsebene sondern auch auf Regierungs- und Verwaltungsebene eng mitzuverfolgen.



FINANZ- UND VOLKSWIRTSCHAFTS- DEPARTEMENT

FÜR DAS JAHR 1999



**DEPARTEMENTSVORSTEHER: WILHELM SCHNYDER
STELLVERTRETER: JEAN-RENÉ FOURNIER**

FINANZEN UND VOLKSWIRTSCHAFT

Finanzverwaltung

Steuerverwaltung

Dienststelle für Personal und
Organisation

Dienststelle für
Datenverarbeitung

Rechtsdienst

Dienststelle für Aussenange-
legenheiten und Wirtschaftsrecht

Dienststelle für Industrie,
Handel und Arbeit

Dienststelle für Tourismus- und
Wirtschaftsförderung

Dienststelle für
Landwirtschaft

EINLEITUNG

Für die Walliser Kantonsfinanzen und Volkswirtschaft war das Jahr 1999 ein guter Jahrgang. Die wirtschaftliche Entwicklung war erfreulich, was in einem weiteren starken Rückgang der Zahl der Arbeitslosen zum Ausdruck kommt. Wir sind auch dem Ziel des Haushaltsausgleichs mit einem guten Rechnungsabschluss 1998 und praktisch ausgeglichenen Voranschlägen für die Jahre 1999 und 2000 näher gekommen.

Auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik hat der Staatsrat seine strategischen Überlegungen in den Bereichen Informatik, Arbeitszeitmodelle und Weinwirtschaft fortgesetzt. Die Vorarbeiten und Vernehmlassung für eine Revision der kantonalen Wirtschaftsförderung konnten abgeschlossen werden und die Vorlage ist dem Grossen Rat zugeleitet worden. Dabei geht es insbesondere um eine Neuausrichtung und Reorganisation der Walliser Wirtschaftsförderung, die entsprechend den Grundsätzen der wirkungsorientierten Verwaltungsführung in Zukunft auch über Mandate an Dritte geführt werden soll. Mit dem neu zu schaffenden Wirtschaftsförderungsteam, welches direkt dem Staatsrat unterstellt ist, soll eine Koordinationsstelle für die Wirtschaftspolitik und die Wirtschaftsförderungsmassnahmen geschaffen werden. Bedeutungsvoll ist auch die Bereitstellung von regionalen Antennen.

Im Bereich der Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen konnten die Arbeiten der ausserparlamentarischen Kommission für eine Teilrevision des kantonalen Steuergesetzes abgeschlossen werden. Die Vorlage wird im Verlaufe des Jahres 2000 im Grossen Rat beraten. Die Steuererleichterungen betreffen zur Hauptsache die natürlichen Personen mit einer teilweisen Korrektur der Auswirkungen der kalten Progression sowie gezielte Entlastungen zu Gunsten der Familien und der Wirtschaft. Das Inkrafttreten ist für 2001 vorgesehen. Ein Teil der Massnahmen zu Gunsten der notleidenden Landwirtschaft wurden bereits 1999 in Kraft gesetzt. Der Einnahmefall soll gemäss Vorschlag der ausserparlamentarischen Kommission für den Kanton und die Gemeinden auf achtzig Millionen Franken begrenzt werden. Eine zweite Vorlage betrifft die notwendigen Anpassungen des Walliser Steuergesetzes an das Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern, insbesondere den Übergang von der zweijährigen zur einjährigen Veranlagung der natürlichen Personen ab 2003.

Dank der in der ersten Hälfte der neunziger Jahre eingeleiteten Verwaltungsreformen (A 2000), einer Flexibilisierung der Personal- und Lohnpolitik sowie zusätzlichen Mitteln aus der Gewinnausschüttung der Nationalbank konnten die Kantonsfinanzen saniert werden. Allerdings hat sich die Staatsschuld in den neunziger Jahren verdoppelt. Deshalb hat der Staatsrat eine Vorlage zur Einführung einer Ausgaben- und Schuldenbremse auf der Verfassungs- und Gesetzesstufe vorbereitet, die er dem Grossen Rat zur Beratung vorlegen will. Zudem hat der Staatsrat weitere Massnahmen zur Verbesserung der Finanzlage der staatlichen Personal-

vorsorgekasse getroffen. Gleichzeitig wurden die Regelungen zur Versicherung der Magistraten überarbeitet. Im Übrigen schreiten die Reformprojekte in der Verwaltung (Führung der Pilotenheiten über Leistungsvereinbarungen und Globalbudgets, Einführung von SAP als Grundlage für die betriebswirtschaftliche Kostenrechnung, Einführung der computergestützten Steuerveranlagung, Entwicklung der Informatik, Einführung einer unabhängigen Sozialberatung und Verbesserung der Instrumente zur Personalführung) zum Teil zügig voran.

Auf nationaler Ebene haben die eidgenössischen Räte das Stabilisierungsprogramm zur Erreichung des Haushaltszieles 2001 verabschiedet. Für die Kantone ist die Verabschiedung des Stabilisierungsprogrammes 1998 durch die eidgenössischen Räte ein wichtiger Erfolg, weil damit eine einseitige Sanierung der Bundesfinanzen zu Lasten der Kantone, insbesondere der finanzschwächsten Kantone und Berggebiete, vermieden werden konnte. Ein ausgeglichener Bundeshaushalt ist auch eine wichtige Voraussetzung für die anstehende Reform des bundesstaatlichen Finanzausgleichs.

Im April 1999 hat der Bundesrat das für den Kanton Wallis besonders wichtige Projekt «Neuer Finanzausgleich (NFA)» in die Vernehmlassung gegeben. Der im Konkretisierungsbericht ausgewiesene Mehrertrag für den Kanton Wallis wird mit 150 Millionen Franken voranschlagt. Insgesamt sind die Vorschläge zur Verbesserung des Finanzausgleichs im engeren Sinne in der Vernehmlassung sehr gut aufgenommen worden. Aber in der zentralen Frage des neuen Ressourcenindex muss unter den Kantonen noch eine Einigung gefunden werden. Die Botschaft an die eidgenössischen Räte wurde bis Ende 2000 in Aussicht gestellt.

Dank dem grossen Einsatz unserer Parlamentarier in Bern haben die eidgenössischen Räte je einen Gegenvorschlag zur Solar-Initiative und zur Energie-Umwelt-Initiative verabschiedet, die eine Besteuerung der nicht erneuerbaren Energien vorsehen. Der Ertrag der Energieabgabe soll während höchstens 15 Jahren zur Förderung der erneuerbaren Energien inklusive Wasserkraft sowie zur Verbesserung der Energieeffizienz verwendet werden. Es können auch Darlehen zur Sanierung von notleidenden Wasserkraftwerken gewährt werden. Für die Gebirgskantone stellt die ökologische Energieabgabe, die zwei bis drei Milliarden Franken für die Erhaltung und Erneuerung der Wasserkraft bereitstellen wird, den Eintrittspreis in die Strommarktliberalisierung dar. Zusammen mit den Umweltkreisen werden wir uns dafür einsetzen, dass diese wichtigen Energievorlagen von Volk und Ständen angenommen werden.

Der Vorsteher des Finanz- und Volkswirtschaftsdepartementes

Wilhelm Schnyder

ALLGEMEINE VERWALTUNG

PERSONAL

Dienststelle	Anzahl Etatstellen
Finanzverwaltung	43.50
Steuerverwaltung	119.50
Dienststelle für Personal und Organisation	8.00
Dienststelle für Datenverarbeitung	17.00
Rechtssdienst	5.50
Dienststelle für Aussenangelegenheiten und Wirtschaftsrecht	6.50
Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit	16.50
Dienststelle für Tourismus- und Wirtschaftsförderung	16.50
Dienststelle für Landwirtschaft	112.20
Total	345.20

GESETZGEBUNGSARBEITEN

- 1.101 Postulat der HH. Grossräte Andreas Wyden, Werner Lagrer und Konsorten betreffend Gemeindefusionen (12.05.98)

Die vom Staatsrat am 20. Okt. 1997 eingesetzte paritätische Kommission prüft die Fragen der Rationalisierungen und der Vereinfachungen der Aufgaben auf Kantons- und Gemeindeebene und befasst sich gleichzeitig auch mit der Beanspruchung des interkommunalen Finanzausgleichs zur Förderung von Gemeindefusionen. (10.2.99). Einführung eines neuen Artikels in der Verordnung zum interkommunalen Finanzausgleich vom 23. September 1992.

- 1.136 Motion der Finanzkommission durch deren Präsidenten Yves Bagnoud betreffend Nachtragskredite (29.9.98)

Der Staatsrat ist sich bewusst, dass das vorgesehene Verfahren im Gesetz über die Geschäftsführung und den Finanzhaushalt des Kantons und deren Kontrolle von 1980 überholt ist. Die vom Motionär geforderte Revision ist deshalb gerechtfertigt. Der Staatsrat nimmt die Motion an. (17.5.99)

- 1.146 Motion der CVPO-Fraktion durch Hrn. Grossrat Charly Zurbriggen betreffend Einführung einer verfassungsrechtlichen Ausgaben- und Schuldenbremse sowie zu einer nachhaltigen Finanzpolitik (9.11.98)

Der Staatsrat hat im Rahmen der Präsentation der Regierungsrichtlinien 1998 bis 2001 klar gemacht, dass die Einführung einer Ausgaben- und Schuldenbremse angestrebt wird. Die Vernehmlassung dauert bis zum 15. Juni 2000. Die Motion wird angenommen. (17.5.99)

- 1.171 Postulat von Hrn. Grossrat (Suppl.) Jacques-Roland Coudray und Konsorten betreffend: «Schwarzarbeit – es ist höchste Zeit zu handeln!» (11.2.99) (Motion in ein Postulat umgewandelt)

Der Staatsrat hat im Januar 1998 eine ausserparlamentarische Kommission ernannt, die beauftragt wurde, die Schwarzarbeit in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen zu erfassen und konkrete Vorschläge zur Vorbeugung und Kontrolle zu erarbeiten. Die Schlussfolgerungen des Berichts dieser Kommission verlangen die Einsetzung einer Kontrolleinheit, die Bildung einer Koordinationskommission und die Erarbeitung von speziellen gesetzlichen Grundlagen durch ein Dekret des Grossen Rates. Das Postulat wird in eine Motion umgewandelt (21.06.99).

- 1.175 Postulat der DC-Gruppe Mittelwallis, durch Hrn. Grossrat Vincent Bonvin, betreffend Finanzausgleich (12.02.99) (Motion in ein Postulat umgewandelt)

Die Einführung von neuen Kriterien zur Zulassung und zur Verteilung des interkommunalen Finanzausgleichs wurde bereits verschiedentlich geprüft. Jedesmal musste jedoch festgestellt werden, dass die allfällige Einführung neuer Kriterien keine namhaften Verbesserungen der gegenwärtig in Kraft stehenden Konzeption des interkommunalen Finanzausgleichs ermöglichen würden. Der Staatsrat ist der Meinung, dass eine Revision des interkommunalen Finanzausgleichs ein nützliches Instrument darstellen kann zur Förderung des Dynamismus der Gemeinden, zur Entwicklung von Synergieeffekten, zur Förderung und Intensivierung der interkommunalen Zusammenarbeit oder zur Fusion von Gemeinden. Es ist jedoch angezeigt, auch den gegenwärtigen Arbeiten im Bereich des neuen interkantonalen Finanzausgleichs und der interkantonalen Zusammenarbeit Rechnung zu tragen (21.6.99).

- 1.179 Postulat von Hrn. Grossrat Beat Abgotzpon (CVPO) und Konsorten betreffend die Erarbeitung und Veröffentlichung einer Gemeindefinanzstatistik durch den Kanton (15.03.99)

Die gegenwärtige Finanzanalyse der Gemeinden ist eher statisch als dynamisch. Die Regierung ist sich dessen bewusst und hat Massnahmen in die Wege geleitet, die es erlauben sollen, den Gemeinden, aber auch anderen interessierten Instanzen vollständigere Grunddaten zu liefern. Das Postulat wird angenommen (21.9.99).

- 1.185 Motion der SPO- und PSVR-Fraktionen, durch die HH. Grossräte Beat Jost und Stéphane Rossini, betreffend Investitionsimpulsprogramm von 20 Millionen Franken als Bonus für Hotelsanierungen und Innovationsrisikobeitrag an Jungunternehmer/-innen (10.05.99)

Der Staatsrat stellt fest, dass die von den Motionären verlangten Massnahmen in groben Zügen den bereits heute bestehenden Unterstützungshilfen entsprechen, die im übrigen rege benutzt werden. Trotz einer Verbesserung der Kantonsfinanzen ist es unerlässlich, an einer konsequenten Politik festzuhalten. Der Bund sieht im übrigen auch keinen neuen Investitionsbonus in diesem Bereich vor. Was schliesslich den ersten Teil der dringlichen Motion betrifft, so wurde diesem Anliegen bereits im Rahmen der Gewährung von zusätzlichen IH-Krediten zugunsten der Hotellerie Genüge getan (21.9.99).

DER DELEGIERTE FÜR INFORMATIKFRAGEN

Am 1. Juli 1999 ist der Delegierte für Informatikfragen in die Kantonale Verwaltung eingetreten. Er zeichnet sich verantwortlich für die kantonale Informatikstrategie und ist für Fragen im Informatikbereich direkt der Delegation des Staatsrates für Informatik unterstellt.

1999 bestand die Haupttätigkeit in der Initialisierung des Prozesses zur neuen Informatikpolitik in der Walliser Kantonsverwaltung. Ein Bericht der Firma Arthur Andersen bildete die Basis für diesen Prozess. Mit der Erarbeitung eines Dokuments mit dem Titel «Resources humaines et organisation» hat der Delegierte eine neue organisatorische Struktur der Informatikbereiche, ein neues Organigramm der Dienststelle für Informatik und die prioritären Projekte für das Jahr 2000 vorgeschlagen. Der Staatsrat hat die Vorschläge an der Sitzung vom 13. Okt. 1999 angenommen.

Neben den Reorganisationsaufgaben ist der Delegierte als Berater für die Lösungssuche der Informatikbedürfnisse der Dienststellen tätig. Diesbezüglich seien die Dienststelle für Strassenverkehr und

Schiffahrt (Projekt Biстрада) und die Dienststelle für Berufsbildung (Projekt Kompass) erwähnt.

Er hat sich gleichzeitig in der Evaluationsgruppe für die Informatisierung des Walliser Parlamentes beteiligt. Dieses neue Projekt ist in zwei Bereiche aufgeteilt. Eine erste konzeptuelle Phase, welche durch den Delegierten geleitet wird, wird im Jahr 2000 durch die Betriebsaufnahme fortgesetzt.

Dem Delegierten für Informatikfragen wurden auch Aufgaben im Bereich zum Übergang ins Jahr 2000 zugeteilt. In Anbetracht seines späten Eintritts in die Kantonsverwaltung beschränkten sich seine Aufgaben auf die Erfassung der Ist-Situation. Für die kritischen Bereiche wie der Micro-Informatik wurden verstärkt die Prioritäten festgelegt. Informationsarbeit wurde in mehreren Schlüsseldienststellen geleistet.

Am 18. Okt. wurde der Bürger mit einer Pressekonferenz über die oben genannten Tätigkeiten informiert.

Seit dem 16. Dez. präsidiert der Delegierte für Informatikfragen die Kommission für Informatikinfrastruktur der Walliser Hochschulen.

FINANZVERWALTUNG

Im Laufe des Jahres 1999 hat die Informatik-Koordinations-Kommission (IKK), welche mit dem Staatsratsbeschluss vom 21. Januar 1998 eingesetzt und vom Dienstchef der Finanzverwaltung präsidiert wurde, die ihr anvertraute Aufgabe abgeschlossen, nämlich die Ausarbeitung einer Informatikpolitik für den Kanton Wallis. Die Schlussfolgerungen dieses Berichtes sind durch den Staatsrat angenommen und die erarbeitete Struktur realisiert worden. Der Staatsrat hat mit Entscheid vom 17. November 1999 die IKK aufgelöst.

Die Dienststelle war während des Jahres 1999 stark mit Arbeiten zur Kandidatur von Sion für die Organisation der Olympischen Winterspiele 2006 beansprucht gewesen. Die erweiterte Arbeitsgruppe, welche mit Beschluss vom 6. November 1996 eingesetzt und beauftragt war, die interne Koordination im Kanton für alle Arbeiten betreffend die Kandidatur von Sion für die OS 2006 zu gewährleisten, wurde vom Dienstchef der Finanzverwaltung präsidiert und hat ihre Arbeiten beendet. Es ist weiter festzuhalten, dass der Dienstchef der Finanzverwaltung ebenfalls den Staatsrat in der Generaldirektion der OS vertrat, und hier insbesondere die Verantwortung des Departements «Finanzen» übernahm. Angesichts der Tatsache, dass die Mandate, die der Arbeitsgruppe zugeschrieben wurden, mit der Überreichung der Unterlagen zur Bewerbung für das Kandidaturkomitee geendet hatten, hat der Staatsrat beschlossen, die besagte Arbeitsgruppe mit Beschluss vom 13. Januar 1999 aufzulösen.

IMPLEMENTATION VON SAP R/3 IM RAHMEN DES PROJEKTES EINER NEUEN FINANZ- UND VERWALTUNGSFÜHRUNG

Nach mehr als 3 Jahren harter Arbeit ist die Phase der Implementation von SAP R/3 auf dem Weg zum Abschluss. Die Organisationsstruktur, welche mit der Einrichtung des neuen Systems beauftragt war, ist mit Staatsratsbeschluss vom 6. Okt. 1999 aufgelöst worden. Es sei festgehalten dass diese Organisationsstruktur sich wie folgt zusammensetzte: Finanzverwaltung, Finanzinspektorat, Dienststelle für Personal und Organisation, Dienststelle für Informatik, Zentrum für Verwaltungsmanagement und im «Comité de Pilotage» war zudem der Direktor der Kantonalen Informatikschule beteiligt.

Für die Entwicklung der spezifischen Projekte sowie für die laufenden Abschlussarbeiten (insbesondere für die Migration der Daten auf das neue System), ist die Verantwortung an die bestehenden Strukturen der betroffenen Dienststellen transferiert worden, dies sind einerseits die Kantonale Finanzverwaltung und die Dienststelle für Personal und Organisation für die funktionalen Aspekte und andererseits die Dienststelle für Datenverarbeitung für die technischen Aspekte. Der strategische Aspekt ist neu der DPSI (Direction et Pilotage des Systèmes d'Information) übertragen worden, welche durch den neuen Delegierten für Informatik präsidiert wird. Diese neue Struktur ist aufgrund eines Richtplanes, der durch einen externen Consultant erstellt wurde, eingesetzt worden.

Die durch die Projektgruppe realisierten Arbeiten bis zum 31.12.1999 belaufen sich auf rund 20 Mannjahre, mit 211 externen Beratungstagen. Die im Projekt engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden in 402 Tagen externer Ausbildung geschult. Die Projektkosten, welche auf 5 Mio. Franken vorangeschlagt sind, belaufen sich am 31.12.1999 auf 4,2 Mio. Franken. Der restliche Kredit ist für die Finanzierung der laufenden Arbeiten und die Realisation der elektronischen Dokumentenverwaltung (Pilotprojekt für die Zahlungsprozeduren) bestimmt.

Die Inbetriebnahme ist auf progressive Art seit dem 1. Januar 1998 erfolgt. Erinnert sei, dass das Projekt die Bedürfnisse der Finanz- und Budgetverwaltung sowie der Human Ressourcen deckt und die Entwicklung der Verwaltungsbuchhaltung für die Dienststellen des Staates vorbereitet. Das Projektteam hat eine sehr wichtige Aufgabe für die Ausbildung und die Unterstützung der 298 aktiven Benutzern des neuen Systems inne gehabt.

HAUPTBUCHHALTUNG

Bei den während des Jahres 1999, wahrgenommenen allgemeinen Aufgaben ist vor allem die Erstellung der Staatsrechnung 1999 sowie auf das Budget 2000 hinzuweisen. Das Budget 2000 ist erstmals mit Hilfe des Systems SAP R/3 erstellt worden.

Verwaltung der Tresorie

Auf dem Kontokorrent des Kantons sind im Jahr 1999 Transaktionen im Gesamtwert von 8,081 Mia. Franken getätigt worden.

Verwaltung der Verwaltungsschuld

74 kurzfristige Anleihen sind zu einem mittleren Satz von 1,7803%, und für einen Gesamtbetrag von rund 1,775 Mia. Franken abgeschlossen worden. Während des Jahres wurden 74 kurzfristige Anleihen zurückbezahlt, dies für einen Betrag von total 1,825 Mia. Franken und zu einem mittleren Satz von 1,4115%. Die Verwaltungsschuld am 31.12.1999 betrug 505 Mio. Franken, im Vergleich zu 555 Mio. Franken am 31.12.1998.

Die Zinsen für das Jahr 1999 machen den Betrag von 4,929 Mio. Franken aus, was einem mittleren Satz von 1,664% entspricht.

Verwaltung der konsolidierten Schuld

Im Verlauf des Jahres 1999 sind 4 Festgeldanleihen mit einem Gesamtwert von 156,75 Mio. Franken abgeschlossen worden. Diese neuen Anleihen sind für die Dauer von 2, 3, 5 und 10 Jahren und zu einem mittleren Zinssatz von 2,77% abgeschlossen worden. Im abgelaufenen Jahr wurden ebenfalls 20 Anleihen für einen Gesamtbetrag von 145,75 Mio. Franken zurückbezahlt. Die vertraglich festgelegten Amortisationen betragen 0,6 Mio. Franken.

Mit der Zunahme von Fr. 1'225'950'000.— auf Fr. 1'236'350'000.—, hat die konsolidierte Schuld eine Erhöhung erfahren, was eine Zinsbelastung von 51,509 Mio. Franken zu einem mittleren Satz von 4,4107% bewirkt.

AMT FÜR STATISTIK

Mehrere Dokumentationen wurden durch das Amt für Statistik publiziert, so die quartalsweise veröffentlichten «Statistischen Berichte» sowie das «Wallis in Zahlen». Aufgrund der Publikation des Wirtschaftsindikators durch die Walliser Kantonalbank ist die Broschüre «Walliser Konjunktur» vorläufig sistiert worden. Das Amt für Statistik beteiligt sich an der Erarbeitung des Memento des Conseil du Léman mit dem Titel «Chiffres clefs de l'Espace lémanique».

Die Erarbeitung von Statistiken zur Bevölkerungsentwicklung (ESPOP), die Baustatistik sowie der Bericht der kantonalen Kommission zu den öffentlichen und privaten Bauvorhaben zu Händen des Staatsrates waren die Schwerpunktbereiche im vergangenen Jahr. Die Vorbereitungsarbeiten zusammen mit den Gemeinden für die Volkszählung 2000 haben ebenfalls begonnen. In Zusammenarbeit mit anderen statistischen Ämtern der Schweiz sind mehrere zukunftsgerichtete Projekte behandelt worden, so u.a. eine Internetseite für Espace Mittelland.

Das Amt wird von der kantonalen Verwaltung oft um Dienste ersucht, ebenso von Banken und Versicherungen sowie von Studenten, welche vielfach besondere Auskünfte über Daten, Tabellen, Graphiken und Karten verlangen. Das Amt beteiligt sich an verschiedenen Konsultativ-Kommissionen. Es nimmt auch an Sitzungen von Arbeitsgruppen teil, wie jenen des Bundesamtes für Statistik (BFS), dem Verband Schweizerischer Statistischer Ämter (VSSA) und der Gruppe der statistischen Ämter der Romandie und des Tessins (GORT). Das Amt präsentiert jeweils an den Sitzungen des Centre romand d'observation et d'information sur la situation économique (CROISE) die Lage der Walliser Konjunktur.

GEMEINDEFINANZEN

Interkommunaler Finanzausgleich

Wir erinnern daran, dass mit dem Beschluss des Grossen Rates vom 10. Feb. 1999 die Äufnung des Finanzausgleichsfonds für die Periode 1999-2002 auf 18 Mio. Franken begrenzt worden ist. 1999 ist das erste Jahr der neuen Fiskalperiode. Die neuen Berechnungen gelten für die Periode 1999/2000. Der ordentliche Finanzausgleichsfonds beträgt 14,6 Mio. Franken. 57 Gemeinden kommen in den Genuss dieses Fonds. Demgegenüber ist der Spezialfonds bestimmt für die Hilfe zugunsten von Gemeinden mit einer sehr prekären Finanzlage, hier geschieht die Aufteilung der 3,5 Mio. Franken an 57 Gemeinden. Von diesen Gemeinden haben 30 Gemeinden finanzielle Verpflichtungen mit der Emissionszentrale der Schweizer Gemeinden (ESG) und haben sich einverstanden erklärt, einen Beitrag von je Fr. 32'500.— im Sinne einer Solidaritätsaktion mit Leukerbad zu bezahlen. Der Betrag von Total Fr. 975'000.— stellt den Anteil der Zinsen dar, welchen die Gemeinde Leukerbad für das laufende Jahr an die ESG zu zahlen hatte. Diese Aktion ermöglichte die Verbesserung der Bedingungen zur Refinanzierung der Walliser Gemeinden bei der ESG.

Gemeinderechnungen

Die Erfassung der einzelnen Verwaltungsrechnungen 1998 der Gemeinden erlaubt die Erstellung einer Finanzanalyse nach Gemeinden, nach sozio-ökonomischen Regionen, nach Gemeindegrößen und nach der Gesamtheit aller Walliser Gemeinden. Die Finanzanalyse ermittelt mit rund dreissig Kennziffern die finanzielle Lage der Gemeinden und antwortet somit auf eidgenössische und kantonale Anforderungen in diesem Bereich.

Abgestufte Subventionen

Die Ansätze der abgestuften Subventionen für 1999 sind nach dem Reglement vom 3. Mai 1978 für die Subventionen der Investitionen, wie für die Subventionen für Verwaltungsausgaben neu berechnet worden.

IHG-Darlehen und Anleihen

Rund 115 Dossiers von öffentlich-rechtlichen Körperschaften oder Privatunternehmungen sind im Sinne von Art. 34 des Finanzhaushaltsgesetzes zu Händen des Vorstehers des Finanz- und Volkswirtschaftsdepartementes analysiert worden. Weiter wurden zu rund 130 Gesuchen von Gemeinden oder Bürgergemeinden für Anleihen, Bürgschaften, Garantieleistungen oder Darlehen unter dem Gesichtspunkt der finanziellen Lage die Vormeinung zu Händen des Staatsrates abgegeben, das ist mehr als das Doppelte als im Vorjahr!

SEKTION FINANZPLANUNG UND VERPFLICHTUNGSKREDITE

Die Unwetter vom Februar 1999 haben den Kanton in Trauer versetzt und grosse Schäden verursacht. An seiner Sitzung vom 26. Februar 1999 hat der Staatsrat beschlossen, dass die Kosten des Ersteinsatzes vom Kanton übernommen werden. Diese Kosten umfassen die Evakuationen per Helikopter, die Kosten der medizinischen Versorgung, den Transport von Nahrungsmitteln sowie die Energieversorgung.

Der Adjunkt der Kantonalen Finanzverwaltung war als Verantwortlicher für die «Finanzen» bestimmt worden und hatte die Aufgabe die Prozedur und die Zahlung der Ersteinsatzkosten zu regeln. Gemäss der Abrechnung belaufen sich die Kosten auf Fr. 2'180'655.—, wovon die Hälfte an die Gemeinden ging und ein Drittel an die Helikopterunternehmungen. Die Zahlung der übrigen Schäden sind Gegenstand anderer Abteilungen.

Die Sektion zeichnete sich im Rahmen der «Investitionshilfe im Inland der Stadt Zürich» verantwortlich für die Ausarbeitung von 15 Projekten, die von finanzschwachen Berggemeinden realisiert werden und eine nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung nach sich ziehen. Die Investitionshilfe der Stadt Zürich zugunsten von Walliser Gemeinden beträgt Fr. 500'000.—.

Gegenüber 1998 hat die Zahl der Dossiers, welche im Sinne von Artikel 34 des Gesetzes über die Geschäftsführung und den Finanzhaushalt des Kantons geprüft wurden (Gesetze, Dekrete, Beschlüsse, Reglemente und andere dem Grossen Rat und dem Staatsrat unterbreitete Projekte) erneut zugenommen.

Die überprüften Dossiers verteilen sich wie folgt:

	1998	1999
– Behörden und Staatskanzlei	31	37
– Finanz- und Volkswirtschaftsdepartement	233	238
– Departement für Gesundheit, Soziales und Energie	51	81
– Departement für Erziehung, Kultur und Sport	195	175
– Departement für Sicherheit und Institutionen	81	77
– Departement für Verkehr, Bau und Umwelt	619	728
Total	1'210	1'336

SEKTION IMMOBILIENVERWALTUNG, VERSICHERUNGEN UND ÖKONOMAT

Immobilienverwaltung

Mieteinnahmen

Die Einnahmen haben sich im Vergleich zu 1998 leicht vermehrt, von 1.75 auf 1.9 Mio Franken.

Die Wohnungsvermietung auf dem Gut von «Les Barges», im Februar 1999 erworben, sowie eine regelmässige Besetzung der Wohnungen, sind der Grund für diese Erhöhung.

Die anderen geltenden Verträge wurden nicht angepasst, da der Schweizerische Landesindex für Konsumentenpreise, welcher als Basis der Berechnung der Mietanpassung gilt, sich kaum verändert hat.

Miete von Büros

Aufgrund verschiedener organisatorischen Massnahmen musste der Staat Wallis folgende Mietverträge **neu erstellen oder abändern**:

- Abschluss eines Mietvertrages für die Lokale, welche dem Departement für Sicherheit und Institutionen dienen (90 m², in Kraft seit 1.11.99)
- Abschluss eines Mietvertrages für die Büros, welche der neugeschaffenen Sozialberatung dienen (99 m², in Kraft seit 1.07.99)
- Miete von zusätzlichen Räumlichkeiten im Gebäude «Mutua» in Sitten, die dem Departement für Verkehr, Bau und Umwelt dienen (135 m², in Kraft seit 1.08.99)
- Miete von zusätzlichen Räumlichkeiten im Gebäude «Placette» in Sitten, die dem Departement für Gesundheit, Sozialwesen und Energie dienen (156 m², in Kraft seit 1.08.1999)
- Abschluss eines Mietvertrages für die neuen Lokalitäten der Kantonspolizei in Etiez (Umzug des Postens von Châble)
- Änderung des unterzeichneten Mietvertrages mit dem «Maison du St-Bernard» in Martinach, Lokalitäten welche dem Sozialdienst dienen.
- Änderung des unterzeichneten Mietvertrages, Lokalitäten welche der Kantonspolizei von Fiesch dienen.
- Änderung des unterzeichneten Mietvertrages für die Büros, welche der Kantonspolizei von Saas-Fee dienen.

Diese Anpassungen bringen zusammen eine Erhöhung der Mietausgaben von rund Fr. 30'000.— pro Jahr.

Immobilienverkäufe des Finanzvermögens

Der ehemalige Polizeiposten von Gondo, der im Finanzvermögen des Kantons verbucht ist, wurde zum Verkauf ausgeschrieben. Der entsprechende Kaufvertrag wird im Februar 2000 unterzeichnet.

Aufgrund einer Neuorganisation wurde der Gendarmerieposten in Orsières aufgehoben und dem Grossen Rat zur Ausschreibung vorgeschlagen.

Die ehemalige Farm «Bernier» in Fully wurde dem Parlament zum Verkauf vorgeschlagen. Diese wurde jedoch vermietet, da die Dienststelle für Strassen- und Flussbau den Beibehalt der Grundstücke wünschte, da diese für die Arbeiten der Rhonekorrektur benötigt werden.

Immobilienkäufe

Das Landgut von «Les Barges», Besitz der Firma Novartis Crop Protection Monthey S.A., wurde im Februar 1999 erworben.

Mit seinen über 165 ha an einem Stück ist dies eines der schönsten und grössten Landgüter der Schweiz.

Durch dessen Erwerb peilt der Staatsrat drei wesentliche Ziele an:

1. Im Besitz eines Instrumentes zu sein, welche die Weiterbildung an der Landwirtschaftlichen Schule ermöglicht und zugleich der landwirtschaftlichen Forschung dient, die durch die Dienststelle für Landwirtschaft gefördert wird.
2. Ein Landgut zu bebauen, das wirtschaftlich im Agrarbereich stabil ist und für die Privatlandwirtschaft interessant sein kann.
3. Ein Grundstück im Walliser Chablais zu besitzen, welches als strategisch wertvoll bezeichnet werden kann.

Die Verwaltung dieses Landgutes wird so weit als möglich autonom gehalten. Ein selbstständiges Budget und ein abgeschlossener Leistungsvertrag sollten dies ermöglichen.

Es wurde eine Überwachungskommission, bestehend aus den hauptsächlich Interessierten eingesetzt, welche jegliche Aktivitäten verfolgen soll.

Immobilieninventar und Kostenberechnung

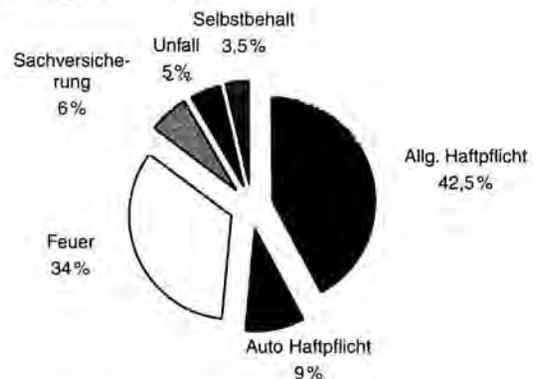
Alle sich im Eigentum des Kantons befindenden Immobilien sind im Inventar aufgenommen und werden regelmässig aktualisiert.

Diese Datei kann auch für die Einfügung des Moduls in die Immobilienverwaltung des Projektes SAP/R3 gebraucht werden, sowie für die Festlegung der Abschreibungen, welche von der analytischen Buchhaltung benötigt werden. (Pilotprojekt für drei Einheiten).

Diese Kosten, welche zu den schon aufgeteilten Kosten, wie Heizung, Elektrizität, Abwartdienste, Sanierungen, Mieten und Versicherungen etc. der Sektion dazugerechnet werden, werden von den zentralen Dienststellen übernommen. Dieses Vorgehen ermöglicht so eine genaue Berechnung der effektiven Leistung jeder einzelnen Dienststelle.

Verwaltung der Versicherungen

Die Aufteilung des Portfolios zwischen den verschiedenen Versicherungen zeigt sich wie folgt:



Der durch die Sektion bezahlten Gesamtbetrag für Versicherungen beläuft sich auf ca. 2.4 Mio Franken.

Die Aufteilung beinhaltet die Prämien an die SUVA jedoch nicht, da diese seit 1999 durch die Sektion Gehälter bezahlt werden.

Feuerversicherung

Die Vorgaben vom Jahr 1998, d.h. die Optimierung der Deckung der Versicherungen «Schaden» konnten abgeschlossen werden. Der Kollektivvertrag «Feuer» konnte für sämtliche Immobilien und Mobilien des Staates abgeschlossen werden. Zusätzlich beinhaltet diese die Deckung der Risiken für «Wasser, Diebstahl und Glasbruch», welche vorgängig durch den Fond der Eigenversicherung gedeckt wurde.

Ökonomat

Neues Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen

Die neuen gesetzlichen Vorlagen wurden wie zuvor 1998 angewendet und zwar für die Lieferung von Fotokopierpapier, Toner für Drucker, Briefumschläge, Mobilien, Fotokopierapparate und bestimmte Druckaufträge.

Die Vergabe der diesbezüglichen Arbeiten wurde jeweils im Amtsblatt veröffentlicht.

Druckaufträge

Die Vergabe von Druckaufträgen innerhalb des Kantons ziehen besondere Aufmerksamkeit auf sich.

Die vom Staatsrat verlangte Studie bezüglich der wirtschaftlichen und transparenten Zuteilung der Druckaufträge zeigt uns, dass in Absenz einer zentralen Verwaltung der Kosten eine gerechte Aufteilung zwischen den Lieferanten nicht möglich ist.

Die geographische Aufteilung der 1999 durch den Staat Wallis bestellten Druckaufträge gleicht demzufolge jener vom Jahre 1998.

An dieser Stelle muss man auf die Tatsache hinweisen, dass die Wichtigkeit der wirtschaftlich und sozialen Aspekte der Firmen für die Verteilung der Arbeiten, anfangs 2000, in Zusammenarbeit mit der ASAG/Viscom neu überarbeitet werden.

ABTEILUNG GEHÄLTER

Der Indexstand per Ende Dezember 1998 lag erstmals unter dem Indexstand welcher für die Lohntabelle 1998 massgebend war. Aus diesem Grunde wurde für dieses Jahr keine Teuerungszulage ausbezahlt.

Auf den 1. Januar 1999 wurden die Gehälter auf das System SAP, Modul HR umgestellt. Die Datenmigration der Löhne aller Mitarbeiter des Kantons Wallis, mit allen seinen Komponenten für die verschiedenen Anstellungsverhältnisse, konnte erfolgreich durchgeführt werden. Ab diesem Datum erfolgte demnach die Berechnung der Löhne mittels dem System SAP, sowie die direkte Verbuchung in FI und CO.

In einem zweiten Schritt wurden grosse Anstrengungen zur Entwicklung zusätzlicher Programme unternommen, um die Realisierung neuer Aufgaben sowie die Budgetierung der Lohnkosten für das Jahr 2000 im neuen System zu ermöglichen. Trotzdem ist festzuhalten, das noch viele Arbeiten zu realisieren sind, damit die Dienststellen über die angemessenen Informationen, welche sie zur Bewältigung ihrer Aufgaben benötigen, verfügen können.

Aufgrund der Aenderung der Statuten der Ruhegehaltskasse per 1. September 1999, wurde von vielen Beamten die Möglichkeit einer Vorpensionierung, entsprechend den vom Staatsrat festgelegten Bedingungen über eine frühzeitige Pensionierung, in Anspruch genommen. 75 Personen wurde während dem Jahr 1999 eine einmalige Kapitalabfindung ausbezahlt, was einen Betrag von Fr. 3'417'503.00 ergibt.

STEUERVERWALTUNG

DIREKTION

Die Direktion arbeitete folgende Stellungnahmen zuhanden des Staatsrates aus:

- zur parlamentarischen Initiative betreffend die direkte Bundessteuer über die «Besteuerung der Hilfsgesellschaften»;
- zur parlamentarischen Initiative betreffend die Rückzahlung der Verrechnungssteuer bei Stockerkeigentum;
- betreffend die direkten Steuern im Falle der Liquidation der Mieter-Aktiengesellschaften sowie die Änderung der Besteuerung der Anlagefonds mit direktem Grundbesitz;
- zur straflosen Selbstanzeige.

Sie bereitete folgende Botschaften und Gesetzesentwürfe vor:

- Gesetz betreffend die Teilrevision des Steuergesetzes vom 10. März 1976 (Massnahmen zu Gunsten der Familie, der Wirtschaft und der Landwirtschaft) und das Gesetz über die Risikokapitalgesellschaften;
- Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden.

PERSONAL

Die kantonale Steuerverwaltung hat einen Personalbestand von 119,5 Einheiten (wie 1998).

Zusätzlich wurden 27 Personen als Aushilfen beschäftigt, was, auf das ganze Jahr gesehen, 8 Vollzeitstellen entspricht.

Zehn Personen haben uns im Laufe des Jahres verlassen, wovon 4 zur Privatwirtschaft wechselten.

KATASTERSCHATZUNGEN

Die Katasterschätzungen haben wie folgt zugenommen:

Bebaute Liegenschaften (ohne die öffentlichen Bauten)

	1997	1998	1999
Oberwallis	282'709'600.— (45,05 %)	188'064'800.— (31,83 %)	187'588'900.— (34,67 %)
Unterwallis	344'972'800.— (54,95 %)	402'605'600.— (68,17 %)	353'394'600.— (65,33 %)
Total	627'682'400.—	590'670'400.—	540'983'500.—

Industrielle Gebäude und Anlagen

	1997	1998	1999
Oberwallis	77'951'200.— (44,46 %)	112'308'002.— (34,89 %)	200'246'800.— (16,68 %)
Unterwallis	97'366'300.— (55,54 %)	209'539'919.— (65,11 %)	1'000'724'700.— (83,32 %)
Total	175'317'500.—	321'847'921.—	1'200'971'500.—

SEKTION EINSCHÄTZUNG DER NATÜRLICHEN PERSONEN

Im Vergleich zur Vorperiode nahmen die Steuerpflichtigen um 5'224 zu.

Von 163 Gemeinden machten deren 123 von der Möglichkeit, die Steuererklärungen direkt von der Dienststelle für Informatik zustellen zu lassen, Gebrauch. Mit dem neuen Arbeitsprogramm «CUV» veranlagt ein Einschätzer rund 25 Lohnbezüger pro Tag.

Stand der per 31.12.1999 vorgenommenen Veranlagungen:

Lohnbezüger:	62,26 %, d.h.	90'551 von	145'426
Selbständigerwerbende:	31,37 %, d.h.	5'398 von	17'203
Ausserkantonale/Ausländer:	24,47 %, d.h.	15'191 von	62'070

SEKTION EINSCHÄTZUNG DER JURISTISCHEN PERSONEN

Diese Sektion überprüfte die Steuerakten von rund 11'000 juristischen Personen, davon 6'000 Aktiengesellschaften.

Die Zahl der juristischen Personen nahm um rund 500 zu (1998 wären es deren 600). Es handelt sich dabei um Neugründungen und Umwandlungen von Einzelfirmen in Aktiengesellschaften. Während der gleichen Zeitperiode wurden 200 Gesellschaften im Handelsregister gelöscht.

SEKTION SPEZIALSTEUERN

Die Zahl der Saisonangestellten, der Jahresaufenthalter und der Grenzgänger nahm nochmals ab, und zwar von 10'122 im Jahre 1998 auf 9'865.

Bei der Grundstückgewinnsteuer wurden 9'757 Immobilientransaktionen überprüft mit einer totalen Verkaufssumme von 2,1 Mrd. Franken (1998: ebenfalls 2,1 Mrd. Franken). 523 Veranlagungen mit Einnahmen von total 3,5 Mio. Franken wurden eröffnet.

Bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer wurden 465 Veranlagungen eröffnet, d.h. 298 für die Erbschaftssteuer und 167 für die Schenkungssteuer.

SEKTION VERRECHNUNGSSTEUER

Im Laufe des Jahres überprüfte diese Sektion rund 72'308 Wertschriftenverzeichnisse. Sie leitete 150 Untersuchungen zu Steuerhinterziehungsfällen ein. 71 Bussen wurden eröffnet, 50 Verwarungen ausgesprochen und 29 Fälle konnten klassiert werden.

Die Steuerbussen beziffern sich auf:

● direkte Bundessteuer	853'886 Franken
● Kanton	1'394'870 Franken
● Gemeinden	1'233'733 Franken

Sie bewertete 922 Titel von nicht kotierten Walliser Aktiengesellschaften.

STEUERINSPEKTORAT

Das Steuerinspektorat führte 321 Buchprüfungen und Stichprobenkontrollen durch. Die vorgenommenen Aufrechnungen beziffern sich auf 42 Mio. Franken beim Einkommen und auf 32 Mio. Franken beim Vermögen.

RECHTSDIENST

Der Rechtsdienst erstellte 145 Vormeinungen zuhanden der Beschwerdeinstanzen.

SEKTION STEUERINKASSO

Die Zahl der Betreibungsbegehren nahm um rund 5,5 % zu (1998: 19'613 gegenüber 1999: 20'758).

Die Verluste (wertlose Ausstände, Bussen, Verlustscheine) haben bei den natürlichen Personen beträchtlich zugenommen (7,6 Mio. Franken für 1998 gegenüber 14,6 Mio. Franken für 1999). Bei den juristischen Personen hingegen haben sie leicht abgenommen (2,1 Mio. Franken für 1998 gegenüber 1,6 Mio. Franken für 1999).

Dienststelle für Personal und Organisation

Nebst den allgemeinen Aufgaben im Bereiche der **Personalverwaltung und Organisation** war das Jahr 1999 für die Dienststelle für Personal und Organisation durch folgende Schwerpunkte gekennzeichnet:

- **Weiterführung der Projekte im Zusammenhang mit der Umsetzung der neudefinierten Personalpolitik**
- **Mitarbeit im Rahmen der übrigen Teilprojekte der Verwaltungsreform 2000**
- **Büro für Sozialberatung**

UMSETZUNG DER NEUDEFINIERTEN PERSONALPOLITIK

Im Rahmen des Teilprojektes 4 der Verwaltungsreform (Personal, Organisation und Unternehmenskultur) wurden die Anstrengungen zum Ausbau und zur Weiterentwicklung der zukünftigen Personalarbeit weitergeführt. Im folgenden soll der Stand der Arbeiten einiger Unterprojekte aufgezeigt werden:

- Aufgrund der Untersuchungsergebnisse der **Mitarbeiterumfrage** wurden verschiedene Sofort-Massnahmen (z.B. Chancengleichheit bei den Stellenausschreibungen, etc.) realisiert.
- Im Bereiche der **Rekrutierung** ist es der Dienststelle für Personal und Organisation gelungen, durch eine standardisierte Methode verschiedenen Dienststellen ein Instrument zur Verfügung zu stellen, welches die Qualität in der Rekrutierung verbessert.
- Durch die **Frühzeitige Pensionierung**, welche auch im Jahre 1999 durch eine Kapitalabfindung von Fr. 35'000.— unterstützt wurde, konnte den Bedürfnissen der Mitarbeiter nach einem **flexiblen Rentenalter** Rechnung getragen werden.
- Das **Personalcontrolling** ist ein **Führungsinstrument**, welches eine systematische Festlegung, Planung, Führung und Kontrolle der Ziele im Personalbereich erlaubt. Ein im Jahre 1999 erarbeitetes Konzept, welches qualitative sowie quantitative Aspekte berücksichtigt, wird in der Kantonsverwaltung eingeführt werden.
- Die **Einführung von SAP** als Personalverwaltungs- und -führungssystem mit den in der kantonalen Verwaltung wichtigen Modulen (Lohn, Zeitwirtschaft, Organisationsmanagement und Personalaufwandbudgetierung)

Personalinformationssystem (SAP HR)

Die durch die Dienststelle für Personal und Organisation zusammen mit der kantonalen Finanzverwaltung unternommenen Anstrengungen zur Einführung verschiedener Module des integrierten Informatiksystems SAP wurden fortgesetzt.

Modul Lohn (und Stammdatenbewirtschaftung)

Von höchster strategischer Wichtigkeit sowie einer hohen Komplexität war das Modul Lohn gekennzeichnet. Das Projektteam erarbeitete zusammen mit dem Experten ein Konzept, welches es erlaubte, sämtliche Spezialitäten, wie sie die kantonale Verwaltung in den verschiedenen Lohnsystemen aufweist, im System SAP abzubilden.

Auf den 1. Januar 1999 konnte eine erfolgreiche Migration der Stammdaten durchgeführt werden und der Lohn der Mitarbeiterschaft des Kantons Wallis konnte erstmals mit allen seinen Komponenten für alle Anstellungsverhältnisse (Vollzeit- Teilzeitanstellungen, Stundenlöhner, usw.) durch das System SAP berechnet und ausbezahlt werden. Ebenfalls die Verbuchung in FI und CO verlief erfolgreich.

Als wesentliche und schwierige Aufgaben erwiesen sich auch die Realisierung der Schnittstellen zu den Ruhegehaltskassen. Diese konnten ebenfalls erfolgreich realisiert werden.

Modul Zeitwirtschaft

Die bereits auf den 1. Oktober 1998 für gewisse Dienststellen eingeführte Ablösung des milleniunsuntauglichen, bestehenden Zeitwirtschaftssystems konnte 1999 fortgesetzt werden. Die im Projekt involvierten Mitarbeiter der Dienststelle für Personal und Organisation konnten die Planvorgaben einhalten und alle vorgesehenen Dienststellen wurden auf das SAP-System umgerüstet. Die entsprechenden Anstrengungen im Bereiche der Mitarbeiterschulung erlaubten es, die dezentrale Datenbewirtschaftung aufrecht zu erhalten und somit den Dienststellen weiterhin grosse Unabhängigkeit in der Zeitbewirtschaftung der Mitarbeiterschaft zu gewährleisten.

Modul Organisation

Bei der Lancierung des Projektes SAP wurde davon ausgegangen, vorerst die Bereiche Lohn und Zeitwirtschaft abzubilden. Sehr rasch wurde hingegen die strategische Wichtigkeit erkannt, ebenfalls das Modul HR ORG (Organisationsmanagement) als Referenzmodul für den strukturellen Aufbau insbesondere der Module FI, FM, CO einzuführen.

Die Implementierung des Moduls HR ORG erwies sich als nicht ganz einfach, zumal zwar Organigramme und Planstellen vorhanden waren, hingegen keine Integration zwischen Personalstammdaten, Lohndaten sowie organisatorischen Daten bestanden. Das Projektteam leistete einen enormen Aufwand, um eine volle Integration zwischen den einzelnen Modulen (HR Lohn, HR ORG, FI, CO) sicherzustellen.

Rund 10'000 Dossiers wurden auf ihre organisatorische Einbettung hin überprüft und in Form von Planstellen im System abgebildet. Die bestehenden Personalstammdaten wurden in der Folge mit der organisatorischen Zuordnung ergänzt (was für die Datenmigration aus BS 2000 auf den 1. Januar 1999 unumgänglich war).

Heute ist die Organisation des Staates Wallis samt zusätzlichen Funktionalitäten im System abgebildet.

Modul Personalkostenbudgetierung

Als wichtiges strategisches Modul wurde des weiteren die Personalkostenbudgetierung durch das Projektteam eingeführt.

Angesichts dessen, dass der Personalaufwand möglichst genau (und in allen Lohnkomponenten) budgetiert werden muss, war es notwendig, eine Konzeption vorzusehen, welche es zulässt, den Personalaufwand für das jeweilig kommende Jahr mitsamt allen seinen Komponenten vorauszurechnen und allfällige zusätzliche Personalkostenimulationen realitätsgetreu ausführen zu können.

Die Resultate dieser Personalaufwandsimulationen können miteinander als Varianten verglichen werden und entsprechende endgültige politische Entscheide können damit leichter getroffen werden.

Die Personalkostenbudgetierung für das Jahr 2000 hat damit innerhalb der betreffenden Module in SAP stattgefunden.

Personalleiterhandbuch

Das Personalleiterhandbuch soll den Vorgesetzten als Führungsinstrument zur Verfügung stehen und diese in den wichtigsten Bereichen des Personalmanagements, wie Personalrecht, Personalmarketing, Personalselektion, Personaleinführung, Personalführung, Personalaustritt, etc. begleiten und unterstützen. Im Rahmen der neuen Verwaltungsführung und im Rahmen eines Dienstleistungsangebotes der Dienststelle für Personal und Organisation wurde im Jahr 1999 dieses benutzerfreundliche und methodische Nachschlagewerk erstellt, welches im Jahr 2000, begleitet durch eine entsprechende Führungsausbildung, bei den verschiedenen Personalverantwortlichen eingeführt wird.

Mitarbeiterhandbuch

Als Ergänzung zum Personalleiterhandbuch hat die Dienststelle für Personal und Organisation im Jahr 1999 mit der Erarbeitung eines Handbuches begonnen, welches allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kantonsverwaltung zur Verfügung stehen wird.

Dieses Handbuch, welches ebenfalls im Jahr 2000 verteilt wird, enthält Informationen über die Pflichten und Rechte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, deren Sozialleistungen sowie über alle administrativen Abläufe, in welchen sie involviert sind.

Aus- und Weiterbildung

Das Jahr 1999 war im Bereiche der Aus- und Weiterbildung ebenfalls von verschiedenen organisatorischen Veränderungen geprägt.

Informatikausbildung

Im Anschluss an eine Studie zur Informatikstrategie des Kantons Wallis, welche durch eine renommierte externe Firma vorgenommen wurde, entschied der Staatsrat, die Informatikausbildung in die neu geschaffene Sektion Support und Helpdesk der Dienststelle für Informatik einzugliedern. Gleichzeitig schuf der Staatsrat eine Stelle, welche sich den Problemen der Informatikausbildung vollzeitlich widmen wird.

Des weiteren entschied der Staatsrat die bisher mit einigen wenigen Ausbildern angebotene Informatikausbildung einer öffentlichen Ausschreibung zu unterziehen und damit verschiedene Anbieter ihre Angebote einreichen zu lassen. Die Dienststelle für Informatik erarbeitete zusammen mit der Dienststelle für Personal und Organisation und dem Delegierten für Informatikfragen ein entsprechendes Pflichtenheft, welches es erlauben wird, auf objektiven Kriterien basierend diejenige Unternehmung, welche den gesetzten Anforderungen am besten entspricht, mit der Informatikausbildung der Mitarbeiter der kantonalen Verwaltung zu beauftragen.

Mitarbeiteraus- und weiterbildung

Das in den vergangenen Jahren an den Tag gelegte Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kantonalen Verwaltung an

der eigenen Aus- und Weiterbildung blieb aufrechterhalten. 1999 besuchten 1378 Personen die im internen Ausbildungsangebot aufgeführten Seminare.

Auch die konstruktive Zusammenarbeit mit den Westschweizer Kantonen konnte fortgeführt werden. 4 Personen des höheren Kaders besuchten einen im Rahmen des gemeinsamen Ausbildungsprogramms «vecteur public» angebotenen Ausbildungsgang.

Rahmenbedingungen

Im Monat Juni 1999 durfte die Dienststelle für Personal und Organisation endlich ihr eigenes Ausbildungszentrum an der Rue des Cèdres 5 beziehen. Dank der engen Zusammenarbeit mit der kantonalen Finanzverwaltung konnten Seminarräume eingerichtet werden, welche den heutigen technischen Anforderungen genüge zu leisten vermögen. Es konnte nebst zwei Räumen, welche jeweils ca. 20 Personen Platz bieten, ebenfalls ein Informatikraum mit 12 Arbeitsplätzen eingerichtet werden.

Diese Ausbildungsräume wurden 1999 bereits rege benutzt und fanden einhelliges Lob sowohl von Seiten der Trainer wie auch von den Kursbesuchern.

Sexuelle Belästigung und Mobbing

Die Sorge um die Verhinderung von sexueller Belästigung sowie jene gegen die psychologische Belästigung (Mobbing) am Arbeitsplatz bildet ein wichtiger Bestandteil in der Verantwortung des Staates Wallis als Arbeitgeber gegenüber seinem Personal. Ein durch eine Arbeitsgruppe erarbeitetes Leitbild, das die sexuelle und die psychologische Belästigung in der Kantonsverwaltung verhindern und vorbeugen will, die entsprechenden Verfahren festlegt und die zuständigen Instanzen bezeichnet, wurde vom Staatsrat in seiner Sitzung vom 26. Mai 1999 gutgeheissen.

MITARBEIT IM RAHMEN DER ÜBRIGEN TEILPROJEKTE DER VERWALTUNGS-REFORM 2000

Die Dienststelle für Personal und Organisation ist auch in den übrigen Teilprojekten in verschiedenen Bereichen zur Umsetzung der neuen Verwaltungskultur tätig.

DAS BÜRO FÜR SOZIALBERATUNG

Am 16. September 1999 hat das Büro der Sozialberatung, vertreten durch eine Mitarbeiterin französischer Muttersprache, beschäftigt zu 60% (wird ergänzt durch eine Mitarbeiterin deutscher Muttersprache, beschäftigt zu 40%), an der **Av. Ritz 31, in Sitten** seine Türen geöffnet. Unter Berücksichtigung des Amtsgeheimnisses und in aller Diskretion und Vertraulichkeit, hat die Sozialberatung an der Lösung von 14 Dossiers mitgewirkt und Mitarbeiter/innen oder deren Familie, bei Arbeitsplatzproblemen oder bei Problemen im privaten Umfeld unterstützt und beraten.

Mit Hilfe von Präsentationen, Informationskampagnen und durch die Medien, konnte sich die Sozialberatung bei verschiedenen Dienststellen vorstellen und die Rolle und Aufgaben ihres Büros aufzeigen, mit speziellem Hinweis auf deren Rolle als Mediator im Bereiche der sexuellen Belästigung und des Mobbing.

Die Personalpolitik beschäftigt sich nicht nur mit den beruflichen Fähigkeiten und mit der Effizienz der Mitarbeiter, sondern ebenfalls mit deren Wohlbefinden, deren körperliche und geistige Gesundheit, eines guten Betriebsklimas und der Prävention. Dank des Staatsrates kann nun allen Beamten eine soziale Hilfestelle zur Verfügung gestellt werden, welche sich prioritär 3 Ziele gesetzt hat: Information – Prävention – Konfliktlösung durch Mediation.

PERSONALVERWALTUNG UND ORGANISATION

Zu den allgemeinen Aufgaben im Bereiche der Personalverwaltung und Organisation können wir noch folgende Besonderheiten für das Jahr 1999 hervorheben:

- In **5 gesetzlichen Grundlagen** wurden **Änderungen** vorgenommen.
- Die **Funktionsbewertung** wurde mit den verschiedenen Departementen fortgeführt.
- Die **Klassifikationskommission** hat 52 Gesuche zu Händen des Staatsrates geprüft und ihre Vormeinung abgegeben.
- Im Rahmen der **Beschäftigungspolitik** wurden Lehrlinge, Kaufmännische Berufsmaturanden und weitere Praktikanten angestellt.

ORGANISATION

Im Jahre 1999 wurden einige organisatorische Änderungen vorgenommen, nämlich:

- Reorganisation der Dienststelle für Grundbuchämter.
- Fusion der Dienststelle für Militärwesen mit der Dienststelle für Feuerwesen und Zivilschutz unter dem Namen: Dienststelle für zivile Sicherheit und Militär
- Anwendung des Gesetzes betreffend die Experimentierklauseln für die Pileteinheiten des kantonalen Reformprojektes «Administration 2000» beim Walliser Zentrum für Pneumologie und bei den Institutionen für Psychiatrie des Unterwallis.
- Genehmigung des Rapportes «Informatikpolitik des Kantons Wallis» erstellt durch die Firma Arthur Andersen SA, welche als Priorität des kurz und des mittelfristigen Regierungsprogrammes festgelegt wurde. Um diesem Rapport nachzukommen, wurde das Organigramm der Dienststelle für Datenverarbeitung geändert, eine Direktion für die Steuerung der Informatiksysteme festgelegt und zusätzliche Ressourcen im Personalbereich zugesprochen.
- Erstellung eines Leistungsauftrages und Zuteilung eines Budgets an den Gutsbetrieb «Barges» in Vouvy nach dem der Staatsrat dessen Übernahme entscheiden hat.

BEIZUG VON ARBEITSÄRZTEN IN DER KANTONSVERWALTUNG

Gemäss der Gesetzgebung betreffend der beruflichen Unfall- und Krankheitsverhütung, muss die Kantonsverwaltung, wie alle Unternehmungen, Arbeitsärzte und andere Spezialisten der Arbeitssicherheit beziehen.

Um ein Grobkonzept zu erstellen, welches bestehende Arbeitsrisiken berücksichtigt und Massnahmen bezüglich der Vorbeugung von negativen Einwirkungen auf die Gesundheit und der Arbeitssicherheit festhält, hat die Kantonsverwaltung im Jahre 1999 mit anderen Kantonen der Romandie und der übrigen Eidgenossenschaft zusammengearbeitet, um eine gemeinsame Lösung zu erarbeiten, eine sogenannte Branchenlösung, welche im Verlaufe des Jahres 2000 in Kraft treten wird.

DIENSTSTELLE FÜR DATENVERARBEITUNG

Obwohl die Programmanpassungen betreffend den Übergang zum Jahr 2000 schon seit mehreren Jahren vorgenommen wurden, blieb dieses Thema eines der Hauptbeschäftigungen im Jahr 1999.

Mit einem Rundschreiben wurden die Dienststellen auf die Problematik hingewiesen und daran erinnert, dass sie für die selbst entwickelten oder gekauften Programme selbst die Verantwortung tragen. Für die von unserer Dienststelle gekauften Programme sowie für die Betriebssysteme der verschiedenen Server wurden von den Lieferanten Zertifikate für ein einwandfreies Funktionieren auch nach dem 31. Dezember 1999 eingeholt. Alle durch unsere Dienststelle verwalteten PC wurden von einer externen Firma während des 3. Quartals geprüft und sicher gestellt, dass die Standardsoftware und MS-Office Produkte einwandfrei funktionieren. Was die Plattform BS2000 betrifft, wurden 1500 strategisch wichtige Programme nebst den üblichen Anpassungen zusätzlich mit einem Programm-Scanner auf sensible Daten geprüft um zu verhindern, das Jahr 2000 in arithmetischen und logischen Operationen mit dem Jahr 1900 zu verwechseln. Auf diese Weise wurden immerhin 1'500'000 Programmzeilen überarbeitet. Diese und weitere 1000 weniger strategische Programme wurden schliesslich auf einer virtuellen Maschine mit beliebigen Daten im Jahr 2000 und einer Schattendatenbank reell getestet und Produktionen simuliert. Obwohl auf diese Weise das Fehlerrisiko auf ein Minimum reduziert wurde, können diese nie ganz ausgeschlossen werden. Immerhin können wir uns rühmen, unser Möglichstes zur Vorbeugung von Pannen getan zu haben. Um irgendwelchen Problemen bei einer eventuellen Strompanne zuvorzukommen, wurde das Rechenzentrum am berüchtigten Jahreswechsel überwacht. Glücklicherweise ist alles ordnungsgemäss abgelaufen. Erste Tests der Applikationen haben gezeigt, dass der grosse Einsatz nicht umsonst war. Auch umfangreichere Tests in Anwesenheit der ganzen Belegschaft am ersten Tag des neuen Jahres haben zu unserer grossen Zufriedenheit keine nennenswerten Probleme zu Tage gebracht. Trotzdem können Fehler auch in Zukunft nicht ganz ausgeschlossen werden, weil umfangreiche Programme aufgrund ihrer Periodizität im Jahr 2000 noch nicht produktiv gestartet wurden.

Ein weiterer Meilenstein im Jahre 1999 stellte das EDV-Leitbild dar. Angeführt von der externen Firma Arthur Andersen, hat unsere Dienststelle an diesem Strategiepapier sehr eng mitgearbeitet. Dieses beinhaltet in erster Linie ausführliche Empfehlungen betreffend die Organisation der Informatik im allgemeinen sowie die Strukturen unserer Dienststelle. Der Staatsrat hat in der Folge Herrn Philipp Hatt als Informatik-Delegierten angestellt und ihn mit der Führung der kantonalen Informatik-Koordinationsstelle beauftragt. In dieser Funktion hat Herr Hatt einen Bericht erarbeitet, der die zukünftige Rolle unserer Dienststelle als internen Leistungserbringer definiert. Dieser wurde am 13. Oktober 1999 vom Staatsrat genehmigt und sieht für unsere Dienststelle 7 von 26,5 von Arthur Andersen geforderten neuen Arbeitsplätzen vor. Aufgrund der laufenden Anstellungsverfahren werden diese Stellen im Frühjahr 2000 besetzt und sollten nach einer Übergangs- und Ausbildungsphase das Leistungspotential unserer Dienststelle entsprechend erhöhen. Im weiteren sah der Bericht vor, die Sektion Mikroinformatik neu zu strukturieren und diese in die Bereiche Büroautomation, Benutzer-support und Telekommunikation aufzuteilen. Die Sektion Benutzer-support deckt neu auch die Informatik-Ausbildung ab, die bisher von der Dienststelle für Personal und Organisation betreut wurde.

Die Migration der Applikationen von der Plattform BS2000 auf Client/Server-Plattformen wird kontinuierlich fortgesetzt und nach dem Jahr-2000-Projekt intensiviert. Nach dem Grundsatz der Informatikpolitik werden diese, soweit auf dem Markt vorhanden, gekauft und falls dies erforderlich ist, den kantonalen Bedürfnissen angepasst (zum Beispiel BISTRADA für die Dienststelle für Verkehr und Schifffahrt sowie KOMPASS für die Dienststelle für Berufsbildung). Für die neue Client/Server-Entwicklungsplattform wurden

bereits Standards und Frameworks für die Werkzeuge Power-AMC und Power-Builder erarbeitet und eine Pilotapplikation im Bereich des Asylwesens in Zusammenarbeit mit dem Kanton Neuenburg lanciert.

Im Rahmen der physischen Informatik-Sicherheit wurde die Firma OLOR beauftragt, insbesondere die Server-Schutzräume einer Kontrolle zu unterziehen. Eine Analyse des entsprechenden Berichts hat gezeigt, dass diese nicht mehr den heutigen technischen Anforderungen entsprechen und so bald wie möglich nach einer neuen Lösung gesucht werden sollte. Als Übergangslösung wurden in Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt die notwendigsten Verbesserungen realisiert. Als längerfristige Lösung wurde nach neuen Räumlichkeiten in der Stadt Sitten Ausschau gehalten und zwei Gebäude als mögliche Standorte evaluiert. Nach einer eingehenden Studie durch die Experten sollte Anfang 2000 ein Entscheid gefällt werden, um noch im Verlaufe des Jahres die neuen Räumlichkeiten zu beziehen.

Im Verlaufe des Herbstes 1999 wurde die SAP-Projektstruktur aufgelöst und die Personal-Ressourcen analog ihrer Aufgaben zurück in die Linie transferiert. Was unsere Dienststelle betrifft, wurde unter der Verantwortung der Sektion Entwicklung ein technisches SAP-Kompetenzzentrum mit den Bereichen System-Administration und Entwicklung geschaffen. Der zukünftige Chef dieser Organisationseinheit, eine der 7 neuen Stellen, wird Anfang 2000 seine Funktion aufnehmen. Die Aufgaben des früheren Direktionsausschusses sowie der Projektleitung werden künftig vom Informatik-Delegierten, Herrn Philipp Hatt, übernommen.

Das kantonale Finanzinspektorat hat Ende Jahr in Zusammenarbeit mit einer spezialisierten externen Firma ein Audit betreffend die Informatik-Sicherheit mit Schwergewicht im Bereich der Sicherheit der Netzwerke durchgeführt. Die ersten mündlichen Schlussfolgerungen des für Ende Januar 2000 erwarteten Berichts des Experten gehen dahin, dass unser Netzwerk den Hackern wohl Stand gehalten hat, dass jedoch Empfehlungen für weitere Sicherheitsmassnahmen sicher angebracht werden.

Aufgrund der ständig wachsenden Bedürfnisse im Bereich des Internet und der damit verbundenen Administration wurde beschlossen, den Server in den Lokalitäten unserer Dienststelle unterzubringen. Nebst diesem wird ein weiterer Server, basierend auf derselben Technologie, für die Belange der internen Kommunikation, dem Intranet, vorgesehen. Ab dem 2. Quartal 2000 wird es den autorisierten Benutzern möglich sein, auf einem hochgradig sicheren Zugriff, die Netzwerkdienste des Staates von extern in Anspruch zu nehmen.

Die Aktivitäten der einzelnen Sektionen können wie folgt zusammengefasst werden:

1. SEKTION ENTWICKLUNG

Jahr 2000: Anpassung der Programme an die Jahr-2000-Problematik, Überarbeiten der strategisch wichtigen Programme mit einem Scanner, Produktionstests in einer virtuellen Testumgebung.

Projekte: SAP-Modul SD, Inbetriebnahme der Schnittstellen zu der TAO, Bereitstellung der neuen Entwicklungsplattform Client/Server, Vorbereitung der Projekte KOMPASS (Dienststelle für Berufsbildung) sowie BISTRADA (Dienststelle für Strassenverkehr und Schifffahrt).

Neuentwicklungen: Realisierung der neuen Verordnung der landwirtschaftlichen Direktzahlungen.

Programmwartung: Unterstützung der Benutzer, Anpassung der Programme an die laufenden Gesetzesänderungen und Verordnungen, Transfer der landwirtschaftlichen Beiträge an die Walliser Landwirtschaftskammer.

2. SEKTION MIKROINFORMATIK

Das Jahr 2000 hat auch diese Sektion massgeblich beschäftigt: so wurden 50 % der Server hard- und softwaremässig aufgerüstet, die Betriebssysteme der Rauter überprüft, 40 PC ersetzt.

Einige Server wurden aufgrund ungenügender Kapazität ersetzt und diese anderweitig in neuen lokalen Netzwerken eingesetzt. Die ungefähr 100 verbleibenden Einzelplatz-PC werden im Verlaufe des Jahres 2000 in den LAN-Verbund aufgenommen. Eine weitere Aktivität betraf die Vorbereitung der Migration von MS-Office 95 auf MS-Office 2000, die ebenfalls im Jahr 2000 erfolgen wird. Im weiteren wurden 335 PC, 44 Laptops sowie 218 Drucker teils neu installiert teils ersetzt.

Nur dank der Anstellung von Personal vom Beschäftigungsprogramm kann der wachsende Arbeitsanfall an Installationen, Konfigurationen und Behebung von Pannen, wenn auch ungenügend, aufgefangen werden.

Um dem in früheren Verwaltungsberichten aufgrund der ungenügenden Personalressourcen erwähnten Problem der mangelnden Verfügbarkeit sowie Unterstützung der Benutzer entgegenzuwirken, wurde eine Ausschreibung lanciert, diese Hotline-Dienste zu externalisieren. Was das Problem der Informatik-Ausbildung der Endbenutzer betrifft, wurde die Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Personal und Organisation intensiviert. Eine externe Unterstützung wurde ins Auge gefasst, die Ende 1999 ausgeschrieben wurde und im kommenden Februar vergeben werden sollte.

Im Bestreben, eine möglichst hohe Sicherheit, Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit der Netzwerke zu garantieren, werden laufend Massnahmen ergriffen. Gegenwärtig läuft eine Studie, die dank dem Einsatz von Fiberglaskabeln und der Giga-Ethernet-Technologie die Übertragungsgeschwindigkeiten um ein Vielfaches erhöhen soll. In Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Strassen- und Brückenbau wird geprüft, ob entlang der Nationalstrasse etappenweise der Backbone für das zukünftige kantonale Netz gelegt werden kann.

3. SEKTION RECHENZENTRUM UND BETRIEB

Im Zusammenhang mit dem Übergang zum Jahr 2000 wurde das aktuelle System mit einer virtuellen Komponente mit einem eigenen Betriebssystem VM2000 und einer Schattendatenbank ergänzt, die es erlaubten, während dem Jahr 1999 beliebige Daten nach dem 31. Dezember 1999 zu simulieren. Das weiter oben besprochene Scannen von Programmen machte die Installation des Softwarepaketes REVOLVE notwendig. Im weiteren wurden Studien betreffend eine zentrale Speicherung der Daten aller Server unternommen, der Support an Rechenzentrumsbenutzer und die zentralen Druckerdienste gewährleistet sowie ein Konzept für einen Pikettendienst zur Überwachung des zentralen Rechenzentrums erarbeitet.

Erwähnenswert sind zudem die Mitarbeit am Sanierungskonzept des Server-Raumes (OLOR-Bericht) sowie die Inbetriebnahme eines Pager-Alarmsystems.

Die Papierproduktion im Rechenzentrum liegt bei 7'000'000 Seiten, wovon 2'000'000 gefaltet und kuvertiert wurden, im Bereich des Vorjahres.

RECHTSDIENST

Die Tätigkeit des Rechtsdienstes gliedert sich in drei Hauptgebiete, nämlich den eigentlichen Rechtsdienst des Departementes, das Sekretariat der kantonalen Steuerrekurskommissionen und die Inkasso- und Eintreibungsaufgaben.

RECHTSDIENST DES DEPARTEMENTES

Der Rechtsdienst ist beauftragt, die allgemeinen Aufgaben und Rechtsprobleme zu behandeln, sich an der Gesetzgebungsarbeit zu beteiligen, schriftliche und mündliche Gutachten zu erstellen, Rechtsauskünfte zu erteilen, die vom Departement anzuwendende Gesetzgebung zu studieren und auszulegen, den Staat mit oder ohne Beizug von Anwälten vor Gericht zu vertreten usw. Dabei arbeitet der Rechtsdienst insbesondere mit der Dienststelle für Personal und Organisation sowie mit der kantonalen Finanzverwaltung zusammen.

Die Schwerpunkte des Verwaltungsjahres 1999 können wie folgt zusammengefasst werden:

Berufliche Vorsorge der Magistraten

Am 23. Juni 1999 verabschiedete der Grosse Rat das Gesetz über die berufliche Vorsorge der Magistraten der Exekutive, der Justiz und der Staatsanwaltschaft. Der Gesetzestext bringt eine grundlegende Umgestaltung der Vorsorge in folgenden Bereichen:

- Anschluss aller künftigen Magistraten – mit Ausnahme der Staatsräte – an die Vorsorgekasse für das Personal des Staates Wallis (VPSW).
- Anschluss jener Magistraten der Justiz und der Staatsanwaltschaft sowie des Staatskanzlers an die VPSW, die bei Inkrafttreten des Gesetzes im Amt sind, das 50. Altersjahr noch nicht erreicht haben und noch nicht 12 bzw. 16 Dienstjahre aufweisen.
- Grundsätzliche Beibehaltung der heutigen Ruhegehaltsordnung für alle übrigen Magistraten, einschliesslich der Staatsräte, unter Vorbehalt gewisser Änderungen (Einführung eines Koordinationsatzes oder -betrages; Festlegung des Beitragssatzes in gleicher Höhe wie für die der VPSW angeschlossenen Magistraten; Kürzung der Pension der Staatsräte im Falle des vorzeitigen Rücktritts oder der Nicht-Wiederwahl vor dem erfüllten 58. Altersjahr).

Dieses Gesetz wurde ergänzt durch die Verordnung vom 13. Oktober 1999, welche vom Grossen Rat am 10. November 1999 genehmigt wurde. Beide Texte sind am 1. Januar 2000 in Kraft getreten.

Staatspersonal

Im Rahmen von Arbeitsgruppen hat die Dienststelle an folgenden Arbeiten eng mitgewirkt:

- Änderung vom 15. September 1999 verschiedener Verordnungen zur Besoldung des Personals; mit dieser Änderung wurde die Anwendung der Anlaufstufen über eine Erweiterung der Ausnahmen neu geregelt.
- Neuüberprüfung der öffentlichen Ämter des Personals. Aufgrund dieser Arbeiten wird der Staatsrat im ersten Trimester des Jahres 2000 einen Bericht erhalten, ergänzt durch einen Entwurf zur Änderung der Gesetzesbestimmungen und durch einen Entwurf der Richtlinien.
- Bericht vom 26. April 1999 zur Entschädigung der öffentlich Bediensteten für spezielle Aufgaben.
- Neuüberprüfung des Statuts des Personals im Asylbereich. Aufgrund dieser Arbeiten der Arbeitsgruppe wird in den ersten

Monaten des Jahres 2000 ein Bericht hinterlegt, der verschiedene Vorschläge zur Änderung von Gesetzesbestimmungen enthält.

- Richtlinien vom 26. Mai 1999 über die sexuelle und psychologische Belästigung.
- Vorentwurf zum Gesetz über das Dienstverhältnis des Personals der Fachhochschule Wallis. Der Staatsrat wird den Gesetzesentwurf zu Beginn des Jahres 2000 verabschieden. Die erste Lesung im Grossen Rat ist grundsätzlich für den Frühling 2000 vorgesehen.
- Umsetzung des Leitbildes vom 22. Dezember 1998 über die Sozialberatung, und insbesondere Mitwirkung im Beratungsteam, das beauftragt ist, die Sozialberatung zu unterstützen, die Strategien festzulegen und die zu ihrer Realisierung nützlichen Massnahmen vorzuschlagen.

Die Dienststelle hat zudem verschiedene Stellungnahmen des Staatsrates zuhanden des Kantonsgerichts im Zusammenhang mit rund einem Dutzend Beschwerden zur Stellenklassifizierung erarbeitet.

Verfahren im Bereich der Opferhilfe

Die Dienststelle hat den Staat Wallis in 16 Verfahren um Schadenersatz und Genugtuung im Zusammenhang mit dem Bundesgesetz vom 4. Oktober 1991 über die Hilfe von Opfern an Straftaten (OHG) vertreten.

Affäre Leukerbad

Im Zusammenhang mit der Affäre Leukerbad musste die Dienststelle mehrere Rechtsgutachten erstellen und wurde vom Staatsrat als Mitglied einer Arbeitsgruppe bezeichnet, die beauftragt wurde, die verwaltungsexternen Vertreter des Staates im Rahmen der Interessenvertretung in den gegenwärtig beim Bundesgericht hängigen Zivilklagen zu unterstützen.

Aufhebung des Gesetzes betreffend das Reklamewesen

In Zusammenarbeit mit der kantonalen Finanzverwaltung begleitete die Dienststelle in erster Lesung im Grossen Rat den Gesetzesentwurf zur Aufhebung des Gesetzes vom 14. November 1929 betreffend das Reklamewesen. Die zweite Lesung dieses Entwurfes ist für die Februarsession 2000 des Grossen Rates vorgesehen.

SEKRETARIAT DER KANTONALEN STEUERREKURSKOMMISSIONEN

Der Dienststelle obliegt die Führung des Sekretariates der kantonalen Steuerrekurskommission (KRK) für die Kantons- und Gemeindesteuern (Artikel 219 Absatz 6 des Steuergesetzes vom 10. März 1976) sowie des Sekretariates der kantonalen Rekurskommission für die direkte Bundessteuer. Die Zuständigkeit dieser erstinstanzlichen Beschwerdeinstanz erstreckt sich überdies auf die Belange der Militärflichtersatzabgaben und der eidgenössischen Verrechnungssteuer.

In den aufgeführten Bereichen arbeitet die Dienststelle völlig unabhängig von der kantonalen Verwaltung und unter Weisung der KRK. Sie hat insbesondere die Aufgabe, die Kanzleiarbeiten zu verrichten, an der Instruktion der Beschwerdefälle mitzuarbeiten, die Gerichtsentscheide zu redigieren und zuzustellen sowie die kantonalen Steuerrekurskommissionen vor den zuständigen Beschwerdeinstanzen (Kantonsgericht oder Bundesgericht) zu vertreten.

Stand der Tätigkeiten der kantonalen Steuerrekurskommission:

– hängige Rekurse am 31.12.1998	158
– 1999 hinterlegte Rekurse	158
– 1999 erledigte Beschwerden	132
– hängige Rekurse am 31.12.1999	184

Im Jahre 1999 hat die Dienststelle eine neue Sammlung der Walliser Steuerrechtsprechung erstellt, welche insbesondere für die Mitglieder der KRK ein wichtiges Arbeitsinstrument darstellt.

INKASSO

Die Dienststelle tätigt die Rechnungstellung sowie die Fortsetzung des Inkassos für die Gerichtskosten, die den Gerichten nicht bezahlt wurden, sowie der Kosten der kantonalen Steuerrekurskommission.

Die nachfolgende Statistik ergibt einen Überblick über die ausgeführten Inkassoarbeiten:

Art der Rechnungen	Anzahl	Betrag
Eintreibung von Gerichtskosten	1'072	1'109'446,60
Kantonale Steuerrekurskommission	105	49'356,70

FORDERUNGSEINTREIBUNG

Im Rahmen der Forderungseintreibung hat die Dienststelle die Aufgabe, die Beteiligungen für alle staatlichen Forderungen durchzuführen, mit Ausnahme der Steuerforderungen sowie der Forderungen im Bereich der Militärflichtersatzabgabe und der Alimtenbevorschussung.

Die nachfolgende Statistik gibt einen detaillierten Überblick über den Umfang der behandelten Fälle:

Art der Intervention	Anzahl	Betrag
Betreibungsdokumente	16'920	
Dossiers zur Einleitung einer Betreibung	7'068	
Betreibungsverfahren	Anzahl	Betrag
Betreibungsbegehren	7'191	2'777'796
Rechtsöffnungsbegehren	612	1'086'878
Fortsetzungsbegehren	4'340	2'064'802
Verwertungsbegehren	176	884'189

DER DELEGIERTE FÜR WIRTSCHAFTSFRAGEN

Der Delegierte für Wirtschaftsfragen berät den Vorsteher des Finanz- und Volkswirtschaftsdepartementes in Wirtschaftsfragen und verfolgt dazu den Wirtschaftsverlauf auf kantonalen und nationaler Ebene.

Nach sieben Jahren der Stagnation hat sich im Jahre 1999 der Aufschwung, so wie er sich schon 1998 abzeichnete, fortgesetzt, namentlich auf dem Arbeitsmarkt. Gemäss den Ergebnissen der durch das BAK (Konjunkturforschung Basel AG) durchgeführten Untersuchungen wuchs die Walliser Wirtschaft um 2,3%. Demgegenüber betrug das durchschnittliche Wirtschaftswachstum der Schweiz 1,5%. Dieses Wirtschaftswachstum verlief jedoch in den verschiedenen Branchen sehr unterschiedlich, namentlich zwischen

den Betrieben, welche auf dem Binnenmarkt und solche, die auf den Export ausgerichtet sind.

Als Mitglied der entsprechenden Beratungsgruppe des Staatsrates war 1999 die Tätigkeit des Delegierten von den Arbeiten im Zusammenhang mit dem neuen Wirtschaftsförderungsgesetz geprägt.

Der Delegierte wandte den Investitionsbonus des Bundes, der nun abgeschlossen ist, im Wallis an. Zudem nahm er an Arbeiten der exogenen Wirtschaftsförderung in Deutschland teil und beteiligte sich als Beobachter des Staates an den Arbeiten der Risikokapitalgesellschaft (Valcréation AG). Im abgelaufenen Jahr konnte eine Annäherung zwischen dieser Gesellschaft und der GEWAG herbeigeführt werden, was zu einem gemeinsamen Finanzierungsinstrument führen wird.

Ein anderer Schwerpunkt bildeten die Arbeiten im Zusammenhang mit der Neugründung, Aufbau oder Umstrukturierung von Unternehmen.

Zudem hat der Delegierte bei der Beantwortung verschiedener Interventionen des Grossen Rates oder Stellungnahmen bei Konsultationen des Bundes mitgearbeitet. Daneben hat er punktuell die Beziehungen zu den Medien sichergestellt und das Departement in verschiedenen Kommissionen und Arbeitsgruppen vertreten, namentlich:

- im Komitee der Vereinigung CIMTEC-Wallis für die Förderung der Innovation und Fertigungstechnik;
- in der Arbeitsgruppe für Kommunikation des «Espace Mittelland»;
- in der Kommission für eine bessere zeitliche Staffelung der Arbeiten im Bausektor;
- in den Arbeitsgruppen «Alusuisse» und «Chavalon».

DIENSTSTELLE FÜR AUSSENANGELEGENHEITEN UND WIRTSCHAFTSRECHT

Gesetzes- und Informationstätigkeit

Die Dienststelle erarbeitete das Gesetz vom 23. Juni 1998 und die Verordnung vom 26. Juni 1998 über das öffentliche Beschaffungswesen, welche am 1. Juli 1998 in Kraft getreten sind. Die Dienststelle hat 1999 ein Vademecum für die Gemeinden erstellt, welche als Handbuch für den Anwender von grosser Nützlichkeit ist. Sie ist rechtliche Auskunftsstelle für alle Auftraggeber im Kanton. In diesem Zusammenhang hat sie drei Seminare für die kantonale Verwaltung durchgeführt, ca. 1200 Stellungnahmen zu Problemen bezüglich der Anwendung des Gesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen abgegeben.

Die Dienststelle bereitete den Reglementsentswurf über die Weinwirtschaft vor, welcher einer Konsultation unterbreitet worden ist.

Die Dienststelle ist in diversen Projekten des DGSE zur juristischen Unterstützung beigezogen worden, insbesondere eine permanente juristische Unterstützung für den Veterinärdienst.

Anwendung des Bundesgesetzes über das bäuerliche Bodenrecht

Im Jahre 1999 sind 2014 Gesuche (1998 waren es 2046 Fälle, 1997 waren es 1941 Fälle, 1996 waren es 2104 Fälle, 1995 waren es 1974 Fälle) in Form von Bewilligungen oder Feststellungsverfügungen im Sinne von Art. 83 und 84 BGGB behandelt worden. Regional verteilen sich die behandelten Fälle in 808 Entscheide auf

das Oberwallis (902 Fälle in 1998, 808 Fälle in 1997, 900 Fälle in 1996, 744 Fälle in 1995) und 1006 Entscheide auf das Unterwallis (1144 Fälle in 1998, 1133 Fälle in 1997, 1204 Fälle in 1996, 1230 Fälle in 1995). Es kann festgehalten werden, dass die Anzahl der Dossiers von Jahr zu Jahr nur ganz minimalen Schwankungen ausgesetzt ist und die Anzahl der zu behandelnden Dossiers bei 2000 im Jahr liegt.

Die Dienststelle bereitet eine Datenbank über die bezahlten Bodenpreise der letzten fünf Jahre aufgeteilt nach Gemeinden und Natur des Bodens vor. Diese Daten werden eine zuverlässige Quelle für die Festlegung der höchstzulässigen Erwerbspreise für den Kauf von landwirtschaftlichem Boden und Gewerbe bilden.

Rechts- und Beschwerdeinstanz

Die Dienststelle hat 1999 64 Staatsratsentscheide instruiert, diverse Homologationsentscheide und Verfügungen vorbereitet. Als Rechtsdienst für Wirtschaftsfragen hat die Dienststelle eine Vielzahl von Stellungnahmen zu Beschwerden erarbeitet und die andere Dienststellen bei besonders schwierigen Einzelfällen in den Anwendung der sie betreffenden Gesetze unterstützt.

Interkantonale Wirtschaftszusammenarbeit

Die Dienststelle bildete 1999 die Verbindungsstelle zum interkantonalen Wirtschaftsraum «Espace Mittelland» und sicherte in dieser Funktion die Wirtschaftszusammenarbeit mit den Kantonen Bern, Solothurn, Neuenburg, Freiburg, Waadt und Jura und arbeitet in der Chefbeamten-, Kommunikations-, Eurodelegierten- und öffentliches Beschaffungswesen-Gruppe mit.

Die Dienststelle vertritt den Kanton im interkantonalen Forum für öffentliches Beschaffungswesen und in der Westschweizer Konferenz zum öffentlichen Beschaffungswesen.

Gemeinschaftliche Initiative «Interreg II»

INTERREG II fand seinen Abschluss am 31. Dezember 1999. Unter dem Titel der französisch-schweizerischen Kooperation (Programm Rhône-Alpes) sind 65 Projekte genehmigt worden, wovon 24 mit Walliser Partnern. Der ursprünglich Bundesbeitrag von Fr. 3,5 Mio. wurde auf Fr. 3,933 Mio. erhöht. Auf der italienischen Seite sind 52 Projekte realisiert worden, wovon 17 mit Walliser Partnern und der Hilfe des Bundesbeitrags von Fr. 5'219'549.—. Der kantonale Beitrag beträgt Fr. 1,6 Mio. auf das Gesamte.

Die wichtigsten Kooperationsbereiche betreffend die Wirtschaft, den Tourismus, die Landwirtschaft, die Raumplanung, den Schutz des natürlichen und kulturellen Erbguts.

Der Bundesrahmenkredit von Fr. 39 Mio. für die Initiative INTERREG III (Zeitraum 2000-2006) ist am 8. Oktober 1999 genehmigt worden. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist auf transnationale und interregionale Kooperation erweitert worden.

Grenzüberschreitende institutionelle Beziehungen

Die Delegierte für grenzüberschreitende und europäische Angelegenheit hat die Beteiligung an den fortlaufenden Tätigkeiten der diversen grenzüberschreitenden Institutionen wie die der Versammlung der Regionen Europas, der Arbeitsgemeinschaft westlicher Alpen (COTRAO), des Genferseerates, dem Rat Wallis-Aosta und der Konferenz Espace Mont-Blanc sichergestellt.

Die COTRAO wird von jetzt an von Frau Anne-Marie Comparini, Präsidentin des Regionalrates von Rhône-Alpes, präsiert. Einen neuen Elan wird gegeben durch die Entwicklung von drei Achsen der Zusammenarbeit: die Jugend und die internationale Mobilität, die Förderung und die Raumplanung. Ein jährliches Forum wird die Gewählten aus jeder Mitgliedereinheit zusammenbringen, welche die zu befolgenden Prioritäten festlegt.

Im Genferseerat ist ebenfalls das Präsidium gemäss einem festgelegten Wechsel weitergegeben worden. Frau Jocelyne Boch, Vizepräsidentin des Generalrats von Aïn, ist an der Spitze für die Jahre 1999-2001. Unter den Neuheiten sei auf die Bildung einer Internet-homepage («www.conseilduleman.org») verwiesen, welcher die Aktivitäten und Resultate des Genferseerats wiedergibt.

Der Chef des Finanz- und Volkswirtschaftsdepartements präsidiert den Rat Wallis-Aosta. Er hat sich bereit erklärt, sich für die Eisenbahnverbindung Martinach-Aosta einzusetzen. In unseren Beziehungen zur Region Piemont ist die Verbesserung der Verbindungen ebenfalls an der Tagesordnung, namentlich den Autoverlad durch den Simplontunnel.

DIENTSTELLE INDUSTRIE, HANDEL UND ARBEIT

HANDEL UND PATENTE

Handel

Eine der Hauptaufgaben der Sektion war die Führung diverser Verfahren auf Kantons- und Bundesebene im Bereich des Spielbankenwesens nach Inkrafttreten des Art. 48bis des kantonalen Handelspolizeigesetzes. Dieser Artikel regelt neu die Spielbankenabgabe für Casinos. Die Verfahren vor den kantonalen Instanzen konnten bis Ende 1999 weitgehend abgeschlossen werden, wobei diejenigen vor Bundesgericht (Höhe der kantonalen Spielbankenabgabe) noch hängig sind. Zudem wurden in Zusammenarbeit mit dem Kantonalen Finanzinspektorat verschiedene Kontrollen im Casino von Saxon vorgenommen.

Weiter wurden im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens der beiden Verordnungen zum eidgenössischen Spielbankengesetz die entsprechenden Vorarbeiten zuhanden des Staatsrates getätigt. Das neue Spielbankengesetz mit den beiden Verordnungen tritt definitiv am 1. April 2000 in Kraft.

Im Verlaufe des Jahres 1999 hat das Sekretariat der Handelspolizei 2'816 Patente für automatische Apparate, 25 Bewilligungen für den Betrieb eines Spielsalons sowie 739 Patente für die wandernde Tätigkeit ausgestellt. Zudem wurden 225 Tombolaveranstaltungen bewilligt.

Im Bereiche der Deklarationsverordnung wurden im Jahre 1999 insgesamt 177 Kontrollen (insbesondere Bäckereien) durchgeführt. Im Vollzug der Preisbekanntgabeverordnung wurden im Jahre 1999 insgesamt 613 Geschäfte kontrolliert.

Ebenfalls konnte die kantonale Stelle des schweizerischen Fonds für Hilfe bei nicht versicherbaren Elementarschäden im Jahre 1999 in insgesamt 288 Schadenfällen einen entsprechenden kantonalen Beitrag in der Gesamthöhe von Fr. 113'161.50 zusätzlich zur schweizerischen Fondshilfe leisten. Der Fonds seinerseits hat für dieselben Schadenfälle einen Gesamtbetrag von Fr. 574'925.— an die Geschädigten ausbezahlt.

Patente

Auch im Verlaufe des Jahres 1999 war die Sektion prioritär mit der Nachführung und Kontrolle der erfolgten Anpassungen im Bereiche des Gastwirtschaftswesens beauftragt. Diese Anpassungen drängten sich infolge des neuen Gesetzes über das Gastgewerbe und den Handel mit alkoholischen Getränken auf. Zudem wurden die jährlichen Abgaben für das Jahr 1999 erhoben. Die Sektion wurde in ihrer Eigenschaft als Aufsichtsbehörde überdies vermehrt von Privatpersonen angegangen, zumal einige Gemeinden ihre Kompetenzen und Aufgaben im Bereiche des Gastwirtschaftswesens nicht vollumfänglich wahrnehmen.

Trotz vermindertem Personalbestand unterstützte die Sektion weiterhin die kommunalen Organe vor Ort und war überdies in beratender Weise zugunsten der Gemeinden tätig. Für die neue Geltungsperiode (2000 bis 2002) der Patente und Bewilligungen wurden zuhanden der Gemeinden entsprechende Weisungen ausgearbeitet und zugestellt.

Während des Jahres 1999 konnten insgesamt 3 Gastro-Kurse (2 auf französisch / 1 auf deutsch), sowie 2 Hotel-Kurse (je 1 auf deutsch und französisch) durchgeführt werden.

Mit Beiträgen aus dem kantonalen Gastgewerbefonds wurden die Berufskurse für Hotel, Gatro und Camping, organisiert durch die Hochschule Wallis sowie die berufliche Ausbildung (1. Lehrjahr) als Hotelempfangsassistentin unterstützt.

Schlichtungskommission für Mietverhältnisse

Aufgrund der gesetzlichen Aufgaben wird die kantonale Schlichtungskommission für Mietverhältnisse in reger Weise angerufen, um eine Einigung in streitbaren Verhältnissen zwischen Mietern und Vermietern herbeizuführen.

Nach einem Anstieg der Anzahl Dossiers im Jahre 1998 um ca. 8 % erfuhr die Zahl der behandelten Dossiers im Jahre 1999 erneut eine Steigerung um 6,5 %. Sowohl das Sekretariat als auch die Schlichtungskommission für Mietverhältnisse verbleibt in der Lage, die einzelnen Fälle innert angemessener Frist zu erledigen.

Im Jahre 1999 behandelte die kantonale Schlichtungskommission 469 Dossiers, wovon 380 wie folgt abgeschlossen werden konnten: In 188 Fällen (49,5 %) konnte eine Einigung erzielt werden, in 58 Fällen (15,3 %) musste eine Nichteinigung festgestellt werden. In 31 Fällen (8,2 %) hatte die Kantonale Schlichtungskommission einen Entscheid zu fällen. 103 Fälle (27 %) konnten anderweitig erledigt werden.

Die Einführung von Informatikmitteln anlässlich der Schlichtungssitzung hat sich bewährt sowie den Arbeitsablauf der Schlichtungskommission für Mietverhältnisse erheblich verbessert.

ARBEITSMARKT

Entwicklung der Arbeitslosenzahlen 1999

Die durchschnittliche Zahl der Arbeitslosen im Kanton Wallis hat 1999 erneut abgenommen. Für 1999 beträgt sie 4'228 gegenüber 5'710 im Jahr davor, was einer Abnahme von 1'482 Personen innert Jahresfrist entspricht. Diese Abnahme fällt noch bedeutender aus, wenn man die Situation von 1999 mit derjenigen von 1997 vergleicht, als die durchschnittliche Zahl der Arbeitslosen noch bei 8'436 lag. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich damit in den vergangenen zwei Jahren um 4'208 vermindert.



Auf das ganze Jahr gesehen waren im Kanton Wallis monatlich im Durchschnitt 4'228 Personen oder 3,5 % der Erwerbstätigen arbeitslos gemeldet. Gegenüber 1998 bedeutet dies eine Verringerung um 1,2 Prozentpunkte. Trotz einer deutlichen Abnahme gehört das Wallis damit zu den Kantonen mit den höchsten Arbeitslosenquoten. Einzig in den Kantonen Gené (5,1%), Tessin (4,4%), Waadt (4,1%) und Neuenburg (3,9%) wurden 1999 höhere durchschnittliche Arbeitslosenquoten registriert. Der Abstand zum schweizerischen Mittel blieb mit 0,8 Prozentpunkten im Vergleich zum Vorjahr unverändert. 1999 waren in der Schweiz durchschnittlich 98'602 Personen arbeitslos, was einer durchschnittlichen Quote von 2,7 % entspricht. Im Vorjahr waren es noch 3,9 % gewesen.

Die durchschnittliche Zahl der Stellensuchenden hat ebenfalls stark abgenommen. Waren 1999 im Durchschnitt 9'147 Personen auf Stellensuche, waren es 1998 noch 11'669 gewesen. Dies entspricht einer Abnahme um 2'522 Personen. Gegenüber dem Jahresdurchschnitt 1997 (13'148 Stellensuchende) bedeutet dies sogar eine Verminderung um 4'000 Personen.

Arbeitslosenversicherung

Die aussergewöhnlichen Schneeverhältnisse, die unseren Kanton im Februar 1999 heimgesucht haben, hatten einen unmittelbaren Einfluss auf die Arbeit der Sektion Arbeitslosenversicherung. Während zwei Wochen wurde ein telefonischer Bereitschaftsdienst eingerichtet, um hunderte von Anfragen von Arbeitgebern zu beantworten, die sich erkundigten, ob der Arbeitsausfall von der Arbeitslosenversicherung übernommen werden würde. In der Folge wurden nicht weniger als 222 Anträge wegen Kurzarbeit eingereicht, der grösste Teil davon (173 Anmeldungen) von Oberwalliser Unternehmen. Anfragen bei den verschiedenen Arbeitslosenkassen haben ergeben, dass in Zusammenhang mit den Unwettern Entschädigungen in der Höhe von insgesamt Fr. 600'000.— ausgerichtet wurden. Unter Berücksichtigung der strengen gesetzlichen Vergabevoraussetzungen und der kurzen Dauer der Arbeitsunterbrechung, während der die betroffenen Unternehmen ihre Arbeit hatten einstellen müssen, erweist sich diese Summe als relativ hoch.

In Bezug auf die ordentlichen Geschäfte der Sektion Arbeitslosenversicherung, gilt es zwei Punkte hervorzuheben.

- Als erstes stellt man eine spürbare Erhöhung jener Dossiers fest, die von der Arbeitslosenkasse sowie von den RAV zur Abklärung

der Vermittlungsfähigkeit unterbreitet werden (540 Dossier oder eine Zunahme von 22 %) bei gleichzeitiger deutlicher Abnahme der Arbeitslosigkeit im Lauf von 1999. Die intensivere Betreuung der einzelnen Stellensuchenden durch die RAV und eine relative Zunahme jener Arbeitslosen, die mit schweren Problemen behaftet sind, erklärt zum Teil diese paradoxe Situation.

- Es ist interessant zu erwähnen, dass nach dem Aufschwung von 1998 bei der Kurzarbeitsentschädigung der Boom im Folgejahr ausblieb und verhältnismässig wenig Unternehmen bei Kurzarbeit auf Entschädigungszahlungen gedrängt haben. Gemäss offizieller Statistik des seco, sind 1999 gesamthaft 174'000 Stunden entschädigt worden gegenüber 198'000 Stunden im Jahr 1998, was eine Abnahme von 12 % darstellt. Diese Abnahme wird jedoch durch eine leichte Zunahme bei den Schlechtwetterentschädigungen ausgeglichen.

Öffentliche Arbeitsvermittlung und Beratung (regionale Arbeitsvermittlungszentren) RAV

Die RAV-PersonalberaterInnen haben im Lauf von 1999 praktisch sämtliche im Kanton wohnhaften Stellensuchenden betreut. Die Zahl der Personen, die von der Beratung und Unterstützung bei der Stellensuche sowie von den Wiedereingliederungsmassnahmen profitieren konnten, bewegte sich zwischen 7'130 et 12'165 pro Monat.

Damit lag das monatliche Arbeitspensum der RAV im Durchschnitt um 2'500 Stellensuchende tiefer als noch 1998. Grund dafür war ein deutlicher Rückgang der Arbeitslosenzahlen im Wallis. Diesem Umstand ist es zu verdanken, dass die Betreuung von Stellensuchenden in Problemsituationen, deren Zahl zugenommen hat, verstärkt werden konnte.

	Stellensuchende im VS monatlicher Tiefstand	Stellensuchende im VS monatlicher Höchststand	Stellensuchende im VS monatlicher Durchschnitt
1998	9'762	14'601	11'654
1999	7'130	12'165	9'147
Differenz 1998-99	-2'632	-2'436	-2'507

Tagesgeschäfte

Die PersonalberaterInnen haben 1999 rund 70'000 Beratungsgespräche geführt. Diese beträchtliche Zahl zeigt die grossen Anstrengungen, die unternommen wurden, um die Stellensuchenden vermehrt und besser in ihrer Suche nach neuen beruflichen Lösungen und Arbeitsstellen zu unterstützen.

Über die Vermittlung in dauerhafte Arbeitsstellen hinaus, haben die RAV grosse Arbeit bei der raschen Besetzung von Temporär- oder Saisonstellen geleistet. Die Anzahl Stellensuchender, die länger als einen Monat in einem Zwischenverdienst gearbeitet haben, erfuhr im letzten Jahr eine markante Zunahme und erreichte 35 %.

Die Arbeitgeberkontakte wurden vermehrt nach den Bedürfnissen der Arbeitslosen ausgerichtet. Nachdem das RAV bei allen Berufsgruppen bekannt war, konnten die Anstrengungen auf dem Gebiet der Stellenakquisition vermindert werden. Man stellt fest, dass die direkten Kontakte über Telefon oder Firmenbesuche ihre Früchte tragen. Die offenen Stellen, die von den RAV registriert wurden, haben parallel zur Zahl der betreuten Fälle zugenommen.

Die Missbrauchsbekämpfung hat sich im vergangenen Jahres stabilisiert. Trotz hohen Zahlen liegt das Wallis im Bereich der Sanktionen unter dem Schweizer Durchschnitt.

Die Entwicklung der Tätigkeiten

Immer häufiger lassen sich zwei charakteristische Situationen feststellen:

- qualifizierte Stellensuchende, die rasch eine neue Anstellung finden, vorausgesetzt sie zeigen die nötige Flexibilität (Bereitschaft zur geographischen Mobilität, Fähigkeit sich weiterzubilden und sich neuen Gegebenheiten anzupassen);
- wenig qualifizierte Personen, die aufgrund wiederholter saisonaler Arbeitslosigkeit, einer Zunahme der Ansprüche auf Arbeitgeberseite, durch finanzielle, persönliche und soziale Schwierigkeiten, immer häufiger nicht in der Lage sind, nach Ablauf der

zweijährigen Rahmenfrist einen neuen Anspruch auf Arbeitslosenentschädigung zu erarbeiten.

Aus diesem Grund hat sich die Zusammenarbeit mit den BetreuerInnen der sozialmedizinischen Zentren SMZ und der Liga gegen die Suchtgefahren LVT sowohl quantitativ als auch qualitativ erhöht, um eine verstärkte Unterstützung zu gewähren. Damit sich die MitarbeiterInnen zusätzliche und spezialisierte Kenntnisse auf diesem Gebiet aneignen können, werden wir ihre Weiterbildung vorantreiben.

Die Entwicklung der RAV

Die markante Abnahme der Arbeitslosenzahlen wirft die Frage nach der Personaldotation der RAV auf. Bis jetzt haben natürliche Abgänge eine leichte Redimensionierung der RAV in den verschiedenen Regionen erlaubt. Die Entwicklung läuft Gefahr, sich im Jahr 2000 zu verstärken. Personaltransfers von einer Region in die andere sind notwendig, um überall eine gleichwertige Betreuung der Stellensuchenden zu gewährleisten.

Abschliessend möchten wir noch erwähnen, dass die Walliser RAV laut einem ökonomischen Modell, das von der Beratungsfirma ATAG Ernst & Young zuhnden des seco entworfen wurde, gemessen am durchschnittlichen Effizienzwert den ersten Rang unter den Schweizer Kantonen belegen. Auch wenn dieses Ergebnis ein gutes Qualitätsniveau der Leistungen aufzeigt, muss sich dieses Modell erst noch bewähren.

Private Arbeitsvermittlung und Personalverleih

Die Tätigkeit der privaten Arbeitsvermittlungs- und Personalverleihbüros ist weiterhin bedeutend gestiegen, vor allem im Personalverleih. Die Industrie, Betriebe des Dienstleistungssektors und die Unternehmungen beanspruchen immer mehr die Leistungen dieser Büros, da die Bedürfnisse nicht mehr mit ihrem Stammpersonal abgedeckt werden können. Diese steigende Tendenz wird sich auch im Jahr 2000 fortsetzen.

Jahr	Arbeitsvermittlungsbüros	Vermittlungen	Personalverleihbüros)	Verleih	Stunden
1995	40	3'275	30	3'410	1'439'339
1996	39	2'536	27	3'345	1'674'428
1997	40	2'321	30	3'985	1'960'404
1998	38	2'123	28	4'690	2'338'534
1999	36	2'028	28	5'541	2'695'292

Logistik arbeitsmarktlicher Massnahmen (LAM)

Das Angebot an arbeitsmarktlichen Massnahmen (AM) wurde 1999 weiter gestrafft und den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes und der Stellensuchenden angepasst. Ebenfalls galt es, die Entscheide des Stabilisierungsprogrammes der Bundesfinanzen umzusetzen.

Tripartite Kommission AM

Die vom Staatsrat 1999 ernannte tripartite Kommission AM traf sich zu verschiedenen Sitzungen. Die Kommission behandelte neben verschiedenen Projekten die Neufestlegung der Löhne für die Teilnehmer an beruflichen Eingliederungsverträgen, die Kriterien der «Nicht-Konkurrenzierung» privater Unternehmer und Arbeitsplätze sowie das Rahmenbudget AM 2000.

Interkantonale Zusammenarbeit bei der Arbeitsmarktbeobachtung

Die Kantone der Westschweiz haben die Zusammenarbeit im Bereich Arbeitsmarktbeobachtung verstärkt. Mit der Schaffung des «Observatoire romand et tessinois de l'emploi» (ORTE) wurde eine Plattform geschaffen, die eine enge Zusammenarbeit und einen Erfahrungsaustausch zwischen den Kantonen erlaubt.

Die Aktivitäten der Arbeitsmarktsbeobachtung haben sich auf branchenspezifische Analysen konzentriert; so wurde in Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Gesundheitswesen, unseren üblichen Partnern und den privaten Stellenvermittlern der Bedarf an Personal im Gesundheitsbereich untersucht. Gegenwärtig wird der Kompetenz- und Ausbildungsbedarf in der Informatikbranche durch eine Umfrage bei den betroffenen Unternehmen eruiert. Die gesammelten Ergebnisse stellen den Verantwortlichen in Bildung und Beratung wichtige Daten zur Verfügung über den Bedarf an Kompetenzen des Wirtschaftsstandortes Wallis. Die Wirtschaftsförderung hat ebenfalls wichtige Informationen über das vorhandene Potential der verfügbaren Personen in den Bereichen Mechanik und Metallverarbeitung erhalten.

Arbeitsmarktliche Massnahmen (AM) im allgemeinen

Massnahme	realisiert 1997 in Jahresplätzen*	Realisiert 1998 in Jahresplätzen*	realisiert 1999 in Jahresplätzen*	Differenz 1998-1999
Kurse	401	381	321	- 60
Einarbeitungszuschüsse	65	81	115	+ 34
Ausbildungszuschüsse	9	13	14	+ 1
Beschäftigungsprogramme	938	866	647	-219
Betriebspraktika	67	77	56	- 21
Förderung der selbständigen Erwerbstätigkeit	25	32	22	- 10

* ein Jahresplatz entspricht 220 Tagen Teilnahme an einem Programm

Die Nachfrage nach AM hat sich weiter reduziert und folgt der Entwicklung der Anzahl Stellensuchenden. Das vom seco vorgeschriebene Mindestangebot von 1'177 Jahresplätzen wurde erreicht (Schätzungsweise 1'259 für das Jahr 1999).

Bildungsmassnahmen

Die Maximalansätze für Bildungsmassnahmen wurden auf Mitte Jahr um 10 % gesenkt.

Im Bildungsbereich konnte 1999 Stellensuchenden, die eine selbständige Tätigkeit aufnehmen, ein neues Angebot unterbreitet werden. Dieses wurde aufgrund einer öffentlichen Ausschreibung vergeben. Die Ausbildung ist obligatorisch für Stellensuchende, die in den Genuss einer Förderung der selbständigen Erwerbstätigkeit im Rahmen der ALV gelangen wollen.

Im weiteren wurden verschiedene Bildungsmodule für Arbeitskräfte in saisonalen Branchen wie Bau und Tourismus sowie fremdsprachige Stellensuchenden bereitgestellt. Ein Schwerpunkt lag ebenfalls im Bereich der Vorbereitung der Arbeitskräfte auf neu entstehende Stellen (z.B. Alptransit, Neuansiedlungen, usw.).

Beschäftigungsmassnahmen

Die bestehenden Strukturen für die Programme zur vorübergehenden Beschäftigung waren 1999 nicht mehr voll ausgelastet. Eine Anpassung des Angebotes war unumgänglich. Die Entwicklung geht weiter in Richtung weniger aber individuell ausgerichteter Einsatzplätze.

In Zusammenarbeit mit den Organisatoren und einem externen Beraterbüro wurden Leitlinien für die vB ausgearbeitet und anschliessend eine Bewertung bei jedem Organisator durchgeführt. Die Resultate dieser Bewertung dienen als Basis für die Gestaltung der vB 2000.

Im Bereich der Massenentlassungen leitet die LAM seit dem 1. September ein betriebliches Arbeitsmarktzentrum (BAZ) bei der «Centrale thermique de Chavalon» in Vouvy. Dieses wurde von

72 Personen beansprucht. Bis Ende März 2000 sind noch 32 Mitarbeiter zu plazieren.

Ergänzende kantonale Massnahmen

Die ergänzenden kantonalen Massnahmen haben sich mehr als verdoppelt. Vor allem der Bedarf an beruflichen Eingliederungsverträgen für Ausgesteuerte ist stark angewachsen.

Im Gegensatz zu den AM ist die positive Entwicklung bei der Arbeitslosigkeit hier noch nicht zu spüren.

Ergänzende kantonale Massnahmen	Verfügungen		
	1997	1998	1999
Kantonale berufliche Eingliederungsverträge	173	345	696
Kantonale Einarbeitungszuschüsse	13	28	54
Kantonale Pendlerkosten- und Wochenaufhalterbeiträge	0	4	27

Für das Jahr 2000 erwarten wir eine Stabilisierung bei den ergänzenden kantonalen Massnahmen.

AUSLÄNDISCHE ARBEITSKRÄFTE

Bestand der erwerbstätigen Ausländer

Im Vergleich zur Entwicklung 97/98 als eine Abnahme von 3 % des Bestandes der erwerbstätigen Ausländer zu verzeichnen war, hat der Bestand dieser Arbeitnehmer für 98/99 weiterhin abgenommen und hält sich bei 2 %, was die kleinste Bestandesabnahme seit Jahren darstellt. Die deutliche Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt könnte somit zur Stabilisierung dieser Zahlen für das Jahr 2000 führen.

	1997	1998	1999	Diff. 97 / 98	%	Diff. 98 / 99	%
Niedergelassene C	15'841	15'713	15'768	- 128	- 1 %	+ 55	+ 0 %
Jahresaufenthalter B	6'145	5'603	5'249	- 542	- 9 %	- 354	- 6 %
Saisonniers A	3'300	3'177	3'143	- 123	- 4 %	- 34	- 1 %
Grenzgänger G	1'633	1'572	1'439	- 61	- 4 %	- 133	- 8 %
TOTAL	26'919	26'065	25'599	- 854	- 3 %	- 466	- 2 %

Jahresaufenthalter Permis B

Ein klares Zeichen des wirtschaftlichen Aufschwungs ist ohne Zweifel die bedeutende Nachfrage nach qualifiziertem und spezialisiertem Personal.

Kennzeichnend dafür ist die Entwicklung der 1999 erteilten Jahresaufenthaltsbewilligungen. Die Zunahme von 56 Einheiten auf 250 zeigt nach fast 10 Jahren ununterbrochener Verminderung und Stagnation erstmals eine eindeutige Erhöhung.

Dieses Phänomen, welches unseren Nachbarkanton Waadt seit mehr als zwei Jahren betrifft, ist dort dermassen ausgeprägt, dass die Bedürfnisse der Wirtschaft infolge ungenügender Kontingente nicht abgedeckt werden konnten. Im Einverständnis mit dem Bundesamt für Ausländerfragen konnten wir dem Kanton Waadt 120 Einheiten zur Verfügung stellen. Das Jahr 2000 sollte diese erfreuliche Entwicklung bei uns bestätigen.

	90/91	91/92	92/93	93/94	94/95	95/96	96/97	97/98	98/99
1. Gesundheitswesen (Spitäler, Kliniken, Heime)	108	119	80	50	64	57	40	59	59
2. Industrie (Kader, Spezialisten)	53	23	17	25	12	25	34	19	27
3. Bau, Tiefbau (Techniker, Ingenieure, Architekten)	16	15	16	8	7	6	8	7	8
4. Unterrichtswesen (Privatschulen)	19	21	4	15	7	9	15	16	15
5. Lebensmittel (Bäcker, usw.)	13	12	9	5	6	3	2	3	5
6. Hotellerie-Restaurations (Köche)	19	21	25	28	28	29	19	26	31
7. Carrosseriespengler, Automechaniker, A-Maler	14	13	1	-	1	-	-	1	-
8. Landwirtschaft	11	5	2	1	2	5	4	-	5
9. Tourismus	-	-	3	3	12	8	9	13	11
10. Selbständigerwerbende	-	5	7	10	9	10	14	13	32
11. Verschiedene (Spezialfälle)	28	8	3	8	13	7	4	7	9
12. Handel		5	11	7	2	6	-	3	3
13. Sport		9	5	3	7	9	23	15	35
14. Religion		4	12	9	10	8	13	12	10
TOTAL	296	260	195	172	180	182	185	194	250

Saison- und Kurzaufenthaltsbewilligungen

Die Nachfrage nach Bewilligungen in den saisonalen Berufszweigen wie Landwirtschaft, Baugewerbe und Hotellerie-Restaurations ist mit dem Jahr 1998 vergleichbar. Das Prinzip des Vorrangs der einheimischen Arbeitnehmer bei der Personalrekrutierung gegenüber aus-

ländischen Arbeitnehmern, für die erstmals ein Gesuch zum Stellenantritt eingereicht wurde, ist weiterhin konsequent angewandt worden. Die von dem RAV entfaltete Vermittlungstätigkeit unterstützte die Arbeitsaufnahme des verfügbaren einheimischen Personals (Schweizer, Permis B und C).

Saisonniers	Hotellerie							Total
	Restauration	Baugewerbe	Landwirtschaft	Handel	Verschiedene	Monteure		
1997	4'788	371	775	127	159	-	6'220	
1998	4'831	229	702	117	152	-	6'031	
1999	4'982	189	695	123	168	-	6'157	
Kurzaufenthalter								
1997	1'917	166	1'019	80	668	1121	6'761	
1998	1'804	38	775	63	749	943	5'671	
1999	2'144	40	702	75	881	644	5'649	

Wirtschaftliche Landesversorgung

Aufgrund der schweren Unwetter, die unseren Kanton im Februar 1999 heimgesucht haben, hat die DIHA ihren Auftrag im Dienste der Sicherung der wirtschaftlichen Landesversorgung innerhalb der Logistikgruppe der Katastrophenzelle KAZE wahrgenommen. Der Auftrag der Dienststelle bestand vorwiegend aus organisatorischen

Aufgaben wie: Requisition aller im Kanton verfügbaren Lufttransportmittel, Organisation des Lufttransportes der zivilen und militärischen Stromaggregate in die unwettergeschädigte Region Goms, Sicherung der Lebensmittelgrundversorgung in den abgelegenen Gemeinden sowie die Organisation der Verteilung von Brennstoff und Benzin in der betroffenen Talschaft.

Dienststelle für Tourismus- und Wirtschaftsförderung

TOURISMUS

Das Jahr 1999 war geprägt von den Unwettern im Februar. Die negativen Nachwirkungen auf die Nachfrage spürte die Tourismuswirtschaft bis zum Ende der Wintersaison, besonders stark war der Rückgang der Logiernächte von Gästen aus Deutschland (-10%). Dabei ist zu berücksichtigen, dass diese Gästegruppe am Walliser Tourismus einen Anteil von 20% ausmacht. Die von diesem Rückgang am meisten betroffenen sind das Eringtal und das Oberwallis. Um die negativen Auswirkungen der Unwetter auf den Walliser Tourismus abzdämpfen, hat Wallis Tourismus mit der Unterstützung des Kantons, eine besondere Werbekampagne durchgeführt.

Die Resultate der Sommersaison 1999 waren gegenüber 1998 erfreulicher. Das führte dazu, dass der Rückgang beim Jahrestotal in der Hotellerie lediglich 3% beträgt. Die Zahlen für die Parahotellerie liegen noch nicht vor; sie dürften sich in den gleichen Grössenordnungen bewegen.

Die Unwetter zu Beginn des Jahres und die besonderen Witterungsbedingungen am Jahresende beeinträchtigen die Ergebnisse zahlreicher Betriebe, namentlich der Bahngesellschaften und der Hotelbetriebe. Diese sind zudem mit restriktiven Finanzierungsbedingungen der Grossbanken konfrontiert.

Tourismuspolitik

Die gemeinsam mit der Tourismusgruppe des Grossen Rates, Wallis Tourismus und der Dienststelle durchgeführten Arbeiten führten hauptsächlich zu einem vermehrten Einbezug der Forderungen der Charta für eine nachhaltige Entwicklung sowie der Anforderungen des betrieblichen Qualitätsmanagements.

Studien über den Tourismus

Die Wertschöpfungsstudie über den Walliser Tourismus begann mit einer Umfrage bei den Sommertouristen. Rund 22'000 Personen wurden kontaktiert. Über 3'000 haben einen ausführlichen Fragebogen ausgefüllt und machten namentlich detaillierte Angaben über ihre Ferienausgaben. Gleichzeitig wurden bei rund 3'000 Unternehmen eine Umfrage über die tourismusabhängigen Arbeitsplätze und Umsätze durchgeführt. Ein zusätzlicher Fragebogen betreffend die Wertschöpfung, die erbrachten Leistungen und die Kostenstruktur wurden den Unternehmen der Tourismusbranche zugestellt. Die Befragung der Wintergäste ist im Gange. Die Ergebnisse der Studie werden in der zweiten Hälfte des Jahres 2000 vorliegen.

Die beim Büro PLANVAL in Brig in Auftrag gegebene Studie über die Parahotellerie ist abgeschlossen. Sie hat zum Ziel, diesen wichtigen Zweig des Walliser Tourismus besser zu erkennen und so den Vermietern helfen, ihre Ferienwohnung gewinnbringend zu nutzen.

Mit finanzieller Beteiligung des Kantons hat das BAK (Konjunkturforschung Basel AG) einen internationalen Benchmark im Bereich Tourismus durchgeführt. Die Entwicklungschancen des Walliser Tourismus für die kommenden zwei Jahre werden positiver beurteilt, als in Graubünden, Bern und Tessin.

Tourismustaxen

In rund dreissig Gemeinden ist die Tourismusförderungstaxe eingeführt. In etwa zehn weiteren Gemeinden sind die entsprechenden Reglemente in Ausarbeitung. Normalerweise wird das Departement bei der Ausarbeitung zur Mithilfe beigezogen.

Das Kantonale Finanzinspektorat als staatliches Kontrollorgan hat für die Erhebung, das Inkasso und die Verwendung der Tourismustaxen intensive Kontrollen durchgeführt. Dabei traten verschiedene Unsicherheiten und Fehlerquellen zu Tage. Um die möglichen Fehlerquellen zu vermeiden, hat die Dienststelle entsprechende Leitfaden ausgearbeitet und den Betroffenen zugestellt.

Die Dienststelle half den Verkehrsvereinen bei der Überarbeitung ihrer Statuten und den Gemeinden bei amtlichen Einschätzungen.

Bergführer- und Skilehrerwesen

Die Ausbildung und Fortbildung der Bergführer, Skilehrer, Snowboardlehrer und Langlauflehrer erfolgt in der ganzen Schweiz nach einheitlichen Grundsätzen.

Aufgrund des schweizerischen Binnenmarktgesetzes und der Vereinbarung mit dem Espace Mittelland, verbunden mit dem politischen Willen zur Deregulierung, ist dieser Bereich in Zukunft grundsätzlich zu überdenken.

Wanderbegleiter

Die zur Prüfung dieses Bereiches eingesetzte Arbeitsgruppe hat ihre Arbeiten fortgesetzt. Das entsprechende Ausbildungsprogramm und Möglichkeiten zur Durchführung der Kurse in beiden Sprachen sind gegenwärtig Gegenstand näherer Abklärungen durch die Schweizerische Tourismusfachschule in Siders.

Expo.01 / Expo.02

Die Landesausstellung wurde um ein Jahr zurückgestellt. Für die Durchführung des «Walliser Kantonaltages» wurde die Informationsstelle Wallis mit der Erarbeitung eines Konzeptes beauftragt.

Informationsstelle Wallis

Die Informationsstelle Wallis, eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Wallis Tourismus, Walliser Industrie- und Handelskammer, OPAV, GEWAG und der Dienststelle für Tourismus und Wirtschaftsförderung stellte das Wallis an gemeinsamen Veranstaltungen dar. Hauptarbeiten waren die Beteiligung des Wallis als Ehrengast an der Zuger Herbstmesse sowie die Wahl und feierliche Ernennung von Herr Moritz Suter von der CROSSAIR zum «Ambassador Valensis».

Informationsplattform

Die operative Führung der Informationsplattform wurde privatisiert. Die Dienststelle ist nach wie vor in der strategischen Führung vertreten.

Wallis Incoming AG

Diese Gesellschaft hat zum Ziel, die Produkte des Walliser Tourismus besser und gebündelt zu vermarkten. Sie durchlief grosse Anfangsschwierigkeiten. Die definitive Lösung der Probleme steht noch aus. Zwischenzeitlich übernimmt Wallis Tourismus – auch in seiner Funktion als Mehrheitsaktionär – vermehrt die strategische und operative Kontrolle über die Gesellschaft.

Forum von Crans-Montana

Die Dienststelle hat seine Mitarbeit mit den Organisatoren des Forums fortgesetzt. 1999 konnte bereits das 10. Forum durchgeführt werden.

Genferseerat

Der Genferseerat – vertreten durch seine Kommission für Wirtschaft und Tourismus – war Ehrengast am Gastronomiesalon in Bourg-en-Bresse. Die Dienststelle hat die Präsenz des Wallis an dieser Messe koordiniert und dabei besonders den ländlichen Tourismus und die einheimischen Produkte präsentiert.

Investitionshilfe

Investitionshilfe des Bundes

Durch die Bundesverordnung vom 12. Januar 1999 über die Festlegung der kantonalen Zusicherungslimiten für die Periode 1999-2000, für die Investitionshilfe im Berggebiet, wurde dem Kanton Wallis eine Zusicherungslimite von 94 Mio Franken zugeteilt, was einem jährlichen Betrag von 23.5 Mio Franken entspricht.

Investitionshilfe des Kantons

Um eine gleichwertige Leistung an Investitionshilfe, wie jene des Bundes erbringen zu können und um die Renovation und den Bau von Hotels und deren Refinanzierung zu unterstützen, wurde durch Beschluss des Grossen Rates vom 23. Juni 1999, der allgemeine Infrastrukturfonds von 210 auf 275 Millionen Franken erhöht, was einem Betrag von 65 Mio Franken entspricht.

Dieser Betrag wird wie folgt errechnet:

A. Ordentliche Aufstockung

Benötigter Betrag, um eine gleichwertige Investitionshilfe, wie jene des Bundes, erbringen zu können:

20 Mio Franken pro Jahr (für 4 Jahre) getätigte Rückzahlungen	.	80 Mio Franken 45 Mio Franken
Benötigte Aufstockung 1999–2002		35 Mio Franken =====

B. Ausserordentliche Aufstockung

– Renovation und Bau von Hotels		20 Mio Franken =====
– Refinanzierung der Kredite für den Bau und die Renovation von Hotels		10 Mio Franken =====

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

Regionalpolitik

Die Neuorientierung der Regionalpolitik auf Bundes- wie Kantons-ebene ist nach dem Übergangsjahr 1998, in welchem das neue IHG schrittweise eingeführt wurde, im Jahre 1999 nun in allen Belangen eingeführt.

Der Vollzug des neuen Bundesgesetzes über Investitionshilfe für Berggebiete ist Sache der Kantone.

Alle 4 Jahre muss der Kanton im Rahmen einer Evaluation dem Bund Bericht erstatten.

Aufteilung, der im Jahre 1999 zugesicherten IH-Darlehen gemäss Geltungsbereich

Bezeichnung	Bund			Kanton		
	Anzahl Dossiers	Zusicherungen in Fr.	%	Anzahl Dossiers	Zusicherungen in Fr.	%
Entwicklungsinfrastruktur						
Industrie, Handwerk, Energie, Konsumgüter des täglichen Bedarfs	9	2'391'000.—	17.2	10	2'872'500.—	14.9
Tourismus, Kultur, Sport und Freizeit	21	6'326'000.—	45.6	24	7'219'000.—	37.4
Telekommunikation	1	165'000.—	1.2	1	165'000.—	0.9
Hotel und einfache Unterkünfte	1	150'000.—	1.1	13	4'800'000.—	24.9
TOTAL	32	9'032'000.—	65.1	48	15'056'500.—	78.1
Basisinfrastruktur						
Gesundheit und Bildung	2	653'000.—	4.7	2	694'000.—	3.5
Transport, öffentliche Infrastruktur, Militär	20	4'054'600.—	29.2	17	3'372'150.—	17.5
Landwirtschaft, Forstwirtschaft	1	138'000.—	1.0	1	164'000.—	0.9
TOTAL	23	4'845'600.—	34.9	20	4'230'150.—	21.9
TOTAL	55	13'877'600.—	100.0	68	19'286'650.—	100.0

Gemäss Neuorientierung Der Regionalpolitik auf Bundes- wie Kantonsebene wurde die Investitionshilfe weiterhin prioritär für Projekte aus dem Bereiche der Entwicklungsinfrastruktur eingesetzt.

Bundesbeschluss über den Strukturwandel im ländlichen Raum «REGIO PLUS»

Der Bund hat auf Antrag des Kantons und der Regionen für die unten aufgeführten Dossiers Subventionen im Rahmen von «REGIO-PLUS» gewährt.

– ACE Hydro	Fr. 256'000.—
– Promotion du métier et des Services d'accompagnateur en montagne	Fr. 115'000.—
– Aufbau eines Dienstleistungszentrums	Fr. 230'000.—
– Parcours didactiques bibliques	Fr. 74'000.—
– La Nat	Fr. 432'000.—
– Village du livre	Fr. 290'000.—

Weitere Geschäfte sind in Bearbeitung:

- Forum Unterbäch
- Aufbau eines Informationszentrums Oberwallis
- Design milanais
- La marche du souvenir olympique
- Valvision, la vitrine du Valais
- Renaissance der Gastfreundschaft nach Cäsar Ritz

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

Verschiedene Aktionen wurden im Rahmen der Wirtschaftsförderung für einen Gesamtbetrag von Fr. 1'997'000.— unterstützt. (Cimtec, Mediplant, Forum Crans Montana, Linienflug Sitten-Zürich, Sodeval, Ingenieurschule Wallis/Technologietransfert, usw. usw.).

Bürgschaftsgenossenschaft des Walliser Gewerbes

Das Anteilschneidkapital beläuft sich auf den 31. Dezember 1999 auf Fr. 2'402'600.— und die Reserven auf Fr. 2'000'000.—. Während diesem Jahr hat die Geschäftsstelle 64 Bürgschaftsgesuche für einen Betrag von Fr. 5'435'000.— behandelt, davon wurden 45 im Gesamtbetrag von Fr. 4'415'000.— genehmigt. Die Verluste beliefen sich auf Fr. 253'380.—. Auf Ende 1999 betrug die Gesamtsumme der Bürgschaften Fr. 9'382'000.— für 141 Fälle.

Im Rahmen des Bundesgesetzes über Bürgschaften und Gewährung von Zinskostenbeiträge im Berggebiet wurden von der Bürgschaftsgenossenschaft 1 Bürgschaft für Fr. 500'000.— getätigt, was einem Investitionsvolumen von Fr. 1'000'000.— entspricht. Seit 1977 wurden im Rahmen dieses Gesetzes 203 Gesuche geprüft und dies für Fr. 63'595'000.—. Auf den 31.12.1999 belaufen sich die Verpflichtungen auf Fr. 1'442'107.— für 14 Fälle.

Des weiteren wurde 1999 376 Baugarantien für Fr. 4'211'837.— gewährt. Auf den 31.12.1999 belaufen sich die Verpflichtungen für 608 Fälle auf Fr. 6'122'801.—.

WOHNBAUFÖRDERUNG

Die seit 1998 massive Kürzung des vom Bundesamt für Wohnungswesen an das kantonale Amt zugeteilte Kontingent für den Bau und Erwerb von Wohneigentum verlangte die Anwendung von strengen Kriterien bei der Auswahl der Anfragen.

Das Bundesamt für Wohnungswesen zeigte sich bei der Prüfung von Gesuchen für den Bau von Mietobjekten, angesichts des äusserst angespannten Marktes bei den Mietwohnungen in unserem Kanton, sehr zurückhaltend. Dagegen wurden die Gesuche zur Renovation von Mietobjekten ohne grosse Schwierigkeiten bewilligt, insofern die Mietpreise für die renovierten Wohnungen tiefer waren, als für Neuwohnungen.

Sozialer Wohnungsbau (Aktion WB)

Der Betrag der kantonalen Hilfen betreffend der sozialen Wohnungsbauten beläuft sich auf Sfr. 24'000.— und die finanziellen Leistungen des Bundes auf Sfr. 7'000.—.

Wegen den getroffenen Sparmassnahmen mittels welchen nach 14 Jahren jegliche Hilfe gestrichen wird, hat das Bundesamt für Wohnungswesen seine Schlusszahlungen ausgesetzt. Der Kanton hingegen hält seine Verpflichtungen während längerer Zeit aufrecht.

Sanierung der Wohnverhältnisse in Berggebieten (Aktion WS)

Es wurden für 30 Sanierungsprojekte Bundes- und Kantonshilfe zugesprochen. Die vom Bund zur Verfügung gestellten Verpflichtungsbeiträge betragen Sfr. 865'000.— und die vom Kanton Sfr. 459'000.—.

Diese im Jahre 1970 eingeführte Subvention hätte Ende Dezember 2000 ablaufen sollen, doch ist vom Ständerat eine Verlängerung bis ungefähr 2005 angefragt worden.

Wohn- und Eigentumsförderung (Aktion CHW und WEG Kanton)

Für 95 Eigentumswohnungen wurden Verpflichtungsbeiträge zugesichert (keine für Mietwohnungen). Sämtliche Gesuche wurden aufgrund des Bundesgesetzes über Wohn- und Eigentumsförderung mit einer kantonalen Beteiligung für Berechtigte behandelt. Die im Jahre 1999 (3490 Wohnungen) geleisteten Hilfsbeiträge belaufen sich auf Sfr. 7,104 Millionen.

Bei der kantonalen Aktion, welche sich auf die Dekrete von 1984 und 1985 stützt, belaufen sich die periodischen «à fonds perdu»-Beiträge für 16 Dossiers auf Sfr. 52'000.—.

DIENSTSTELLE FÜR LANDWIRTSCHAFT

AMT FÜR BETRIEBSBERATUNG

Die finanziellen Schwierigkeiten der landwirtschaftlichen Betriebe hatten vermehrte Betriebsbesuche zur Folge. Das Inkrafttreten der Agrarpolitik 2002 erhöhte die Anzahl der Einzelberatungen.

Diese Beratungen dienten dazu, dass die Bewirtschafter die Direktzahlungen, welche neu an gewisse Bedingungen gebunden sind (Tierschutz-Gewässerschutzgesetz), erhalten.

Zudem informierten die Betriebsberater an 42 Info-Sitzungen insgesamt 1'606 Teilnehmer über die neue Tierverkehrskontrolle.

AMT FÜR VIEHWIRTSCHAFT

Sektion Tierzucht

Während dem abgelaufenen Jahr wurde die neue Gesetzgebung über die Tierzucht bei den Zuchtorganisationen und Zuchtgenossenschaften eingeführt und umgesetzt. Als ein schon fast historischer Akt muss dabei die Beendigung der Aktivitäten der kantonalen Schauexperten, welche während mehr als hundert Jahren ihre Aufgabe wahrnahmen und ein wichtiges Element bei den erzielten Zuchtfortschritten darstellten, erwähnt werden. Die Zuständigkeit für die Tierbeurteilung geht mit der neuen Gesetzgebung vom Kanton an die Zuchtorganisationen über.

Das Amt für Viehwirtschaft ist zwar nicht mehr zuständig für die Auszahlung der tierbezogenen Direktzahlungen, organisiert aber weiterhin die Durchführung der Viehzählung und die Verarbeitung der daraus resultierenden Daten.

Sektion Milch

Der Bundesgesetzgebung entsprechend musste sich der milchwirtschaftliche Inspektions- und Beratungsdienst (MIBD) akkreditieren lassen, um seine Aktivitäten fortsetzen zu können. Der MIBD hat das durch das Eidgenössische Amt für Messwesen durchgeführte Audit mit Erfolg absolviert und am 7. Juli die Akkreditierung als Inspektionsstelle gemäss der Norm EN 45004 erhalten.

Die nötigen Anpassungen der Käsereien zur Erfüllung der Anforderungen der Qualitätssicherung wurden vorgenommen und das Sanierungsprogramm konnte somit abgeschlossen werden.

AMT FÜR AGRARKREDITE

Die eingesetzten Geldmittel zu Gunsten von Investitions- und Betriebshilfekrediten belaufen sich auf Fr. 119'000'000.—. 1999 wurden 122 Investitionskredite mit einem Gesamttotal von Fr. 14'316'000.— gewährt, sowie 56 Betriebshilfekredite für Fr. 5'494'000.—. Der Bund und der Kanton haben zusätzliche Mittel von 6'000'000.— Franken als zinslose Darlehen zugunsten von Landwirtschaftsbetrieben, die sich vorübergehend in finanzieller Bedrängnis befinden, zur Verfügung gestellt.

AMT FÜR FELDBAU UND DIREKTZAHLUNGEN

Die Anwendung der Verordnungen über die Direktzahlungen und die Anbauprämien, die technische Beratung im Pflanzenbau, in der integrierten Produktion und im Bio-Landbau, die Getreide- und Ölzentrale, die Verbesserungsmaßnahmen im Berggebiet und das Rebberregister sind die hauptsächlichen Aufgabengebiete der Mitarbeiter des Amtes.

Prämien und Beiträge 1998/1999

	1998	1999
Pflanzenbau	fr. 757'875.—	fr. 237'284.—
Bewirtschaftungsbeiträge	fr. 5'752'254.—	fr. 5'743'254.—
Sommerung	fr. 5'657'692.—	fr. 5'540'907.—
Direktzahlungen 31a	fr. 30'957'307.—	
Direktzahlungen 31b	fr. 18'537'875.—	

Direktzahlungen 99 fr. 79'140'114.—

AMT FÜR OBSTBAU

Nachdem die Obstbauern 1998 mit vielen Problemen konfrontiert wurden, lösten sie dieses Jahr für ihre Produkte dank der ausgeglichenen Marktlage (Angebot und Nachfrage im Gleichgewicht) bessere Preise. Trotz der leicht verbesserten Situation waren die Produzenten weiterhin gewillt, sich den veränderten Rahmenbedingungen anzupassen und pflanzten neue Arten und Sorten an, die dem Wallis im Produktions- und Absatzbereich bedeutende Vorteile bringen sollen.

- Obstsorten Maigold und Braeburn, welche eine lange Vegetationsperiode benötigen.
- Neue Pflanzungen von Kirschbäumen sowie von japanischen- und frühreifen Pflaumen.

- Ausweitung des Angebots an Aprikosensorten: Erneuerung der Plantagen mit finanzieller Unterstützung durch Bund und Kanton; bis Ende 1999 betraf dies bei 250 Gesuchen insgesamt 104 ha. Dazu können noch die ohne öffentliche Mittel in der Ebene gepflanzten 60 ha hinzugezählt werden. Die ersten dieser Neuanpflanzungen erbringen schon den Beweis, dass im Wallis vom 20. Juni bis zum 20. August Aprikosen bester Qualität geerntet werden können.
- Bei mehreren Produzenten und auf dem Betrieb der landwirtschaftlichen Schule erfolgten die ersten Pflanzungen von insgesamt 42 spezieller Sorten von Tafeltrauben. Die Anbaubewilligung wird durch die Weisungen des Departements, welche auf dem kantonalen Rebkataster basieren, geregelt. Diese Versuchsphase wird mehrere Jahre dauern, bevor gesicherte Empfehlungen abgegeben werden können.
- Im Bereich Gemüsebau kann neben dem Anbau der im Wallis bestens bekannten Kulturen wie Tomaten und Erdbeeren auf einzelnen Flächen der Anbau von Melonen, Gurken und weiteren Spezialitäten vermerkt werden.

Diese Anstrengungen der Produzenten, sich den veränderten Verhältnissen anzupassen, werden durch Beratungen begleitet und unterstützt. Einerseits werden den Produzenten Lösungen bei technischen Problemen vorgeschlagen, und andererseits werden bei den Konsumenten Tests und Umfragen über die Wertung neuer Produkte durchgeführt.

WEINBAUAMT

Das kantonale Rebberregister umfasst 5'256 ha, davon 3'003 ha rote Sorten und 2'253 weisse Sorten. Die Ernte 1999 ergab 44.6 Mio. Liter Wein davon 23.6 Mio. Liter Rotwein und 21.0 Mio. Liter Weisswein, sowie 285'710 kg Tafeltrauben. Mitarbeit bei einem Projekt Interreg über die Zukunft des Walliser Rebberges. Befragte Gemeinden, Fully, Lens und Chermignon. Organisation des Kongresses Cervim im Wallis. **Anordnung der Rebbaupflanzung.** Homologation von 31 Gemeindedossiers durch den Staatsrat. 18 Gemeindedossiers sind durch die kantonale Kommission begutachtet worden und 19 Dossier befinden sich in der Schlussphase. **Erhalt von Walliser Rebsorten.** Anpflanzung von 90 Selektionen Humagne blanc und von 28 Selektionen Heida/Païen. Ermitteln und markieren von Parzellen Resi und Spalierreben von Cornalin. Momentan sind 10'238 m² angepflanzt. **Beratung und Versuche im Weinbau.** Seit 1998 Einrichtung und Beobachtung eines Netzes von 12 Verbindungen zur Studie über das Verhalten des Pinot noir in repräsentativen Lagen des Walliser Rebberges. Verschiebung von 5 meteorologischen Stationen von VITI 2000 in die Region der Studie über das Verhalten des Pinot noir. Einrichtung eines Versuches über das Verhalten des Cornalin auf 15 verschiedenen Unterlagen. Vinifizierung von interspezifischen Rebsorten (Hybriden) Regent, Bianca, Seyval, sowie die durch die Bemühung der eidg. Versuchsanstalt erhaltenen Gamaret und Garanoir. **Landgut und Staatskellerei Grand-Brûlé.** Die kultivierte Fläche des Landgutes beträgt 127'062 m² (10'590 m² Jungreben). Die im Ertrag stehenden Reben ergaben mit einem Gewicht von 100'530 kg, 0.863 kg/m² Trauben, Dies entspricht 87.9 % des 10-Jahresdurchschnitts. Der Gutsbetrieb beteiligte sich an der Bewirtschaftung der Reben für den Erhalt der Walliser Rebgüter.

AMT FÜR PFLANZENSCHUTZ

1. Überwachung und Warndienst

Quarantäneschädlinge:

Der *Feuerbrand* nimmt in der Schwiez weiterhin zu. Wir mussten die Kontrollen verstärken und vorbeugend die sehr anfälligen Cotonestarten eliminieren.

Blattrollchlorose der Aprikosen: beunruhigende Entwicklung!

Vergilbungskrankheit der Rebe:

2 Herde und weitverstreut Einzelstöcke in Salgesch entdeckt.

Andere Schädlinge und Krankheiten:

Fluktuation bedingt vor allem durch das Wetter des Jahres. Besonders virulent: *Traubenwickler, falscher Mehltau der Rebe, Apfelschorf*.

2. Beratung und Demonstrationsversuche

Integrierte Produktion, biologische Produktion in enger Zusammenarbeit mit den Berufsorganisationen, vor allem Vitival und Cultural. Grosser Anstieg im Weinbau.

Demonstrationsversuche:

Verwirrungsmethode im Weinbau, appliziert auf 1'260 ha (7'000 Winzer) mit in allgemeinen gutem Erfolg. Subventioniert vom Staat!

MELIORATIONSAMT

Gemäss Staatsratsentscheid vom 19.1.2000, welcher die Zusammenlegung der Finanz- und Verwaltungsberichte 1999 der Pösteinheiten in einem einzigen Dokument vorsieht, wird die Zusammenfassung 1999 für das Meliorationsamt im Rahmen des Regierungscontrollings vorgestellt.

LANDWIRTSCHAFTLICHE SCHULE WALLIS (CHATEAUNEUF)

Der Schülerbestand hält sich mit 113 Schülern auf einem sehr hohen Niveau. Mit 113 Schülern zählte der Eintritt 1999 zu den höchsten seit dem Rekordjahr 1997 (125 Schüler). Zur Erinnerung, die Anzahl der Schüler hat sich innert 10 Jahren mehr als verdoppelt; von 54-55 im Jahre 1990 auf mehr als 110, Ende der 90iger Jahre.

Eine grosse Neuheit ist bei der Ausbildung für das Schuljahr 1999 eingetreten. In Zusammenarbeit mit dem Zentrum ORIPH und der kantonalen Dienststelle für Berufsbildung ist eine Anlehre geschaffen worden. Diese Anlehre ist in der Westschweiz einmalig. Landwirtschaftlich interessierten Schülern mit schulischen Problemen wird die Möglichkeit zu einer praktischen Ausbildung geboten.

1999 hat die Schule einen Weiterbildungskurs für die biologische Landwirtschaft angeboten. Diese Möglichkeit wurde von 13 Schülern benutzt.

LANDWIRTSCHAFTLICHE HAUSHALTUNGSSCHULE CHATEAUNEUF

Der Reiz zur landwirtschaftlichen Haushaltungsschule hat ebenso grosse Aktualität. Die Anzahl der Schülerinnen ist im Maximum auf 80 Plätze beschränkt; dies erforderte ein Aufnahmeexamen. Dank dem seit 1997 unternommenen Ausbau der Schule, wird es uns möglich sein, für den Schuleintritt im Jahre 2000, 20 bis 30 Plätze mehr; sowie eine zeitgemässe moderne Ausbildung zur Hauswirtschafterin in 3 Jahren, anzubieten.

Der investierte Betrag zum Ausbau der Haushaltungsschule beläuft sich für das Jahr 1999 auf 1'865'000.—. Die letzte Phase der Erneuerung ist für das Jahr 2000 geplant.

GUTSBETRIEB CHATEAUNEUF

Das Jahr 1999 war ein Jahr mit schwierigen klimatischen Bedingungen mit starken Niederschlägen einem steten Druck der Pilz-

krankheiten, falschem Mehltau in den Reben sowie Schorf bei den Früchten. Trotz diesem und einem Hagelschlag kann das Landwirtschaftsjahr als gut bezeichnet werden.

Eine bessere Erntebegrenzung bei den Früchten war der Grund einer besseren Wertschätzung derselben. Leider wurde der Gutsbetrieb von Châteauneuf kurz vor der Apfelernte von einem Hagelschlag getroffen. Dieser vernichtete ca. 200 t Äpfel welche dann als Fallobst (Most) verkauft werden musste. Dies ergibt einen beträchtlichen Verdienstaufschlag.

Der Weinsektor ist stets ausgeglichen. Ohne ausserordentlich zu sein, die Ernte 1999 war in Bezug auf Quantität wie Qualität gut. Die roten Spezialitäten sind vielversprechend, die Marktaussichten sind gesund.

Die Viehzucht sowie der Ackerbau leiden immer unter dem Preisdruck der Agrarpolitik 2002.

Der Gutsbetrieb verfolgt seine Anstrengungen in Bezug auf die Ausbildung. In den verschiedenen Produktionszweigen und der Entwicklung von Referenzversuchen bei der integrierten und biologischen Produktion. Mit der Anpflanzung neuer Kulturen: verschiedene Früchtesorten und Tafeltrauben, hilft sie die praktische Ausbildung der jungen Landwirte zu verbessern. Dies ist ein unentbehrliches Werkzeug bei der Ausbildung.

LANDWIRTSCHAFTSZENTRUM VISP

Die Sektionen **Bildung** der landwirtschaftlichen Schule Wallis, des Amtes für **Betriebsberatung** und des **Meliorationsamtes** bilden zusammen das **Landwirtschaftszentrum Visp**, welches als Koordinationsstelle der Dienststelle für Landwirtschaft untersteht und sich auf die besonderen Verhältnisse im Oberwallis ausrichtet.

Die stark gestiegene Nachfrage nach dem **landwirtschaftlichen Bildungsangebot** konnte vollumfänglich befriedigt werden. Besonders erwähnenswert sind die berufsbegleitende Aus- und Weiterbildung, welcher eine immer grössere Bedeutung zukommt. Erfreulich ist auch die Tatsache, dass 5 Schülerinnen und Schüler aus dem Welschwallis in Visp die landwirtschaftliche Schule besuchen. Dies trägt zu einem besseren Verständnis der beiden Sprachregionen bei. Zusätzlich zum ordentlichen Aus- und Weiterbildungsprogramm wird im Schuljahr 1999/2000 im Rahmen eines eidgenössischen Pilotversuchs ein **Bio-Lehrgang** durchgeführt mit der Möglichkeit, die eidg. Fähigkeitsprüfung, Spezialrichtung Bio-Landbau, abzulegen.

Die **Betriebsberatung** ist durch die bedeutenden Änderungen in der Agrarpolitik besonders gefordert. Ein grosses Problem stellt heute die Unsicherheit in der Entwicklung der Landwirtschaft dar. Die aufwändigen Sanierungen der bestehenden Ställe oder der Bau von neuen Ökonomiegebäuden erfordern von der Beratung ein grosses Engagement, da die entsprechende Kostenfolge für viele Betriebe finanziell nicht tragbar ist. Die Einführung des ökologischen Leistungsnachweises (ÖLN) als Voraussetzung für die Direktzahlungen verlangt von den Betrieben Änderungen in der Bewirtschaftung.

Die Kostensenkung ist ein spezifisches Ziel der neuen Agrarpolitik. In diesem Bereich kommt den **Strukturverbesserungen** besondere Bedeutung zu. Das laufende Sanierungsprogramm für Stallbauten ist sehr anspruchsvoll. Bei den gemeinschaftlichen Unternehmen stehen die Bewässerungsanlagen und vermehrt auch die Flurererschliessungen und die Alpverbesserungen im Vordergrund. Einige Gemeinden haben sich entschlossen, für die erforderliche Ausstattung der Bauzonen das Baulandumlegungsverfahren durchzuführen.

Mit der ausgesprochenen Bürgernähe und Kundenorientierung sowie der Dienstleistung vor Ort einerseits und der zentralen Leitung andererseits werden die wichtigen Grundsätze der neuen Verwaltungsführung erfüllt. Die für das Jahr 1999 in dieses Projekt gesetzten Ziele wurden im Landwirtschaftszentrum Visp erreicht.

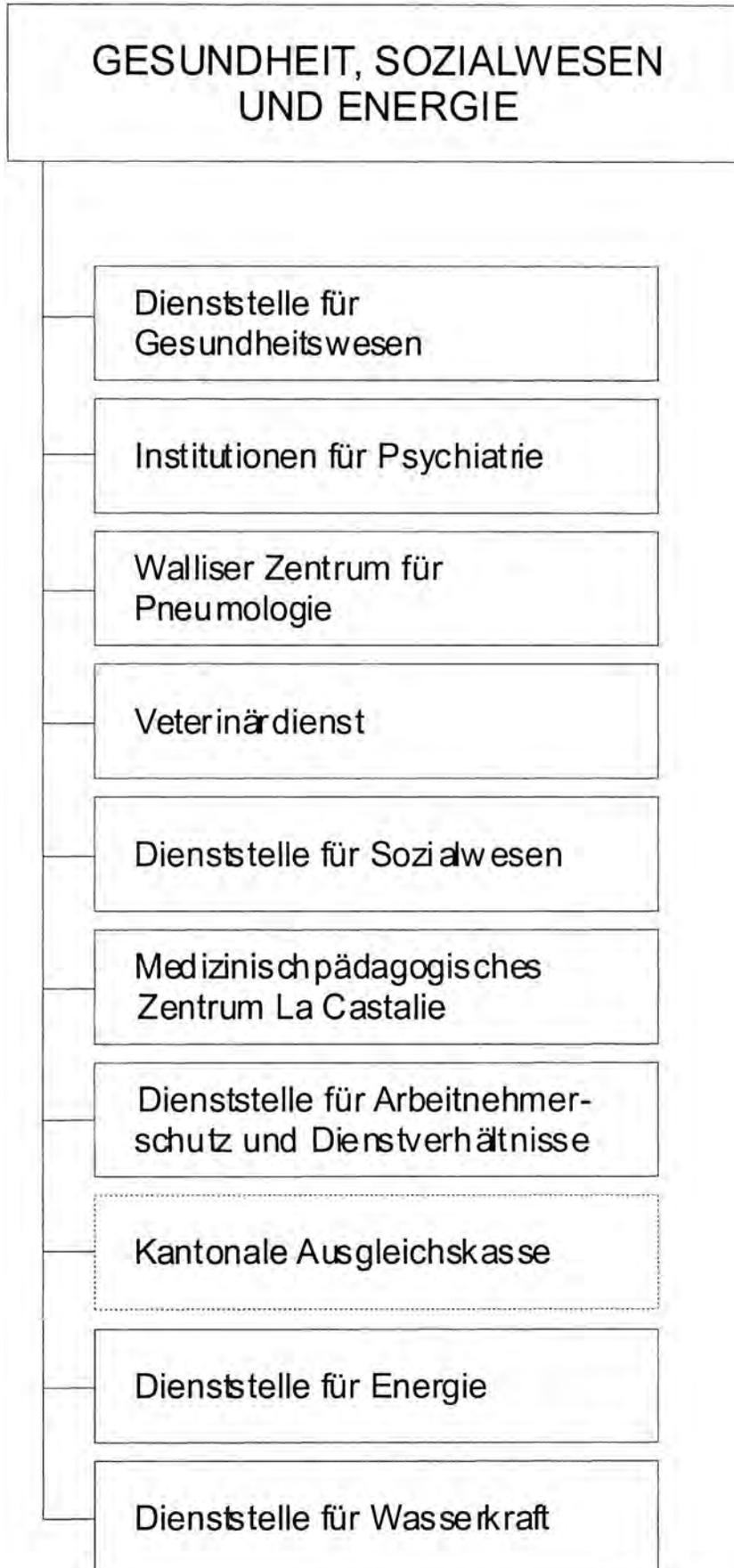


DEPARTEMENT FÜR GESUNDHEIT, SOZIALWESEN UND ENERGIE

FÜR DAS JAHR 1999



**DEPARTEMENTSVORSTEHER: THOMAS BURGNER
STELLVERTRETER: WILHELM SCHNYDER**



EINLEITUNG

Gesundheit

Im Hinblick auf eine weitere Optimierung der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung wurden unter Federführung des Departementes die Arbeiten im Bereich der kantonalen Spital- bzw. Gesundheitsplanung weitergeführt. Dabei sind insbesondere die nachfolgenden Schwerpunkte zu erwähnen:

Die Diskussionen über die Reorganisation der Walliser Spitäler pro Sektor (Ober-, Mittel- und Unterwallis) wurden in enger Zusammenarbeit mit den betreffenden Partnern weitergeführt. In der Region Siders-Sitten-Martinach wurden die Arbeiten im Hinblick auf die Formulierung von gemeinsamen Vorschlägen zu den noch offenen Fragestellungen im Rahmen der CROSS («Commission restreinte pour l'organisation des structures et des soins») weiterverfolgt. Gleich wie im Oberwallis wurden dabei die Fragen der zukünftigen betrieblichen Organisation sowie der Aufteilung der medizinischen Tätigkeit im Rahmen der zukünftigen, an mehreren Orten tätigen Spitalzentren erörtert. Dabei konnte ein Grundkonsens erreicht werden, indem die Zusammenlegung der Spitäler von den verschiedenen Partnern grundsätzlich befürwortet wird. In der Region Chablais ist man bei der Implementierung sogar bereits weit vorgeschritten. So konnte in dieser Region das neu geschaffene Spitalzentrum Hôpital du Chablais (HDC) unter Berücksichtigung der beschlossenen Aufgabenteilung zwischen den beiden Standorten Aigle und Monthey, mit einem Ärztekollegium, ein Pflorgeteam sowie mit einer gemeinsamen Direktion den Betrieb Anfangs 1999 aufnehmen.

Bei der zukünftigen Reorganisation der Walliser Spitäler, welche insbesondere den Abbau von Doppelspurigkeiten sowie eine weitere Verbesserung des Leistungsangebotes ermöglichen wird, kommt den nachfolgenden Garantien des Departementes eine grosse Bedeutung zu:

- Beibehaltung von Spitaltätigkeiten im Akutbereich an den bisherigen Standorten;
- Beibehaltung des gesamten, zurzeit an die verschiedenen Standorten erteilten Globalbudgets im Gesundheitsbereich;
- Erhaltung des Personalbestandes im Gesundheitsbereich in jeder Gesundheitsregion;
- Verankerung von Schutzmechanismen für die schwächeren Parteien in den Statuten der gemeinsamen Trägerschaft
- Kontrolle durch den Staatsrat betreffend die Restrukturierung und den Umsetzungsprozess im Rahmen seiner Kompetenzen im Zusammenhang mit der Gesundheits- und Spitalplanung.

Betreffend die Spitalfinanzierung wurden im Rahmen des Vollzuges des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung vom 18. März 1994 sowie des kantonalen Gesundheitsgesetzes vom 9. Februar 1996 durch die Annahme der Verordnung des Staatsrates vom 1. Dezember 1999 neue Regeln festgelegt, welche die etappenweise Einführung einer tätigkeits- bzw. diagnosebezogenen Spitalfinanzierung ermöglichen.

Weiter hat der Staatsrat im Jahre 1999 das Konzept der Walliser Pflegeheime und der übrigen Pflegeeinrichtungen für Betagte genehmigt sowie beschlossen, mehrere übrige Pflegeeinrichtungen für Betagte als Pilotprojekte in die Planung aufzunehmen. Ebenso hat der Staatsrat beschlossen, das Informatiksystem Dorothée in den Sozialmedizinischen Zentren einzuführen. Schliesslich wurde im Herbst 1999 mit dem Programm zur Früherkennung des Brustkrebses durch Mammographie bei den Frauen von 51-70 Jahren begonnen.

Schliesslich ist der Bericht des Staatsrates an den Grossen Rat über seine Gesundheits- und Spitalpolitik von den 90er Jahren bis ins 21. Jahrhundert als wichtiges Grundlagendokument und in gewisser Hinsicht als Meilenstein für die Walliser Gesundheitspolitik zu erwähnen.

Sozialwesen

Seit 1997 haben die Ausgaben im Bereich der Sozialhilfe des Kantons Wallis bedeutend zugenommen: von 8'766'598.— im Jahre 1997 stiegen sie auf 11'908'000.— im Jahre 1998 an. Die genauen Daten für das Jahr 1999 fehlen noch; jedoch können sie aufgrund des ersten Semesters 1999 auf rund Fr. 13'000'000.— geschätzt werden.

Damit die Überwälzung der Lasten von der Arbeitslosenversicherung auf die Sozialhilfe genau vollzogen werden kann, müssten noch die Löhne von rund 8'000'000.— Franken ebenfalls berücksichtigt werden, die durch den kantonalen Beschäftigungsfonds im Rahmen der Verträge zur beruflichen Wiedereingliederung ausbezahlt werden.

Diese Zahlen scheinen den Daten der Arbeitslosenversicherung zu widersprechen, welche eine sehr ausgeprägte, abnehmende Tendenz der Arbeitslosenrate aufzeigen, die mit dem Aufschwung der wirtschaftlichen Tätigkeit im Kanton Wallis in Zusammenhang steht. Dies ist nur scheinbar ein Widerspruch. Die Reduktion der Arbeitslosenrate war in den letzten zwei Jahren sehr ausgeprägt und von einem erfreulichen Wirtschaftsaufschwung begleitet. Die Bedingungen für den Zugang zu den Leistungen der Arbeitslosenversicherung oder für den erneuten Bezug dieser Leistungen wurden seit 1997 bedeutend höher angesetzt, womit für die Arbeitslosenversicherung gewisse Aufgaben der Sozialhilfe entfallen.

Aufgrund des Anrechts auf die Leistungen gemäss dem Bundesgesetz sind drei verschiedene Szenarien möglich:

- Entweder findet die Person erneut eine Tätigkeit und somit eine finanzielle Autonomie;
- oder die Person versucht, im unsicheren Bereich der zeitlich beschränkten, vollzeitlichen oder teilzeitlichen Stellen ein Gleichgewicht zu finden, wobei ein bedeutendes Risiko des Arbeitsplatzverlustes und dementsprechender Rückkehr in die Arbeitslosenversicherung oder eines Übertrittes in die Sozialhilfe besteht;
- oder die Fähigkeit zur Arbeitsplatzvermittlung ist aufgrund des Alters, der individuellen Verhaltensweisen oder der beruflichen Fähigkeiten zu ungünstig, damit der Ausschluss vom Arbeitsmarkt oder eine Betreuung durch die IV oder durch die Sozialhilfe verhindert werden kann.

Die relative Zunahme der Ausgaben im Bereich der Sozialhilfe steht in diesem Zusammenhang. Sie erfordert mehr denn je, dass die Anstrengungen der Instanzen der Sozialhilfe und derjenigen der Arbeitslosenhilfe koordiniert werden. Es freut uns zu betonen, dass diese Koordination in den beiden letzten Jahren gut funktioniert hat. Sie kann weiter ausgebaut werden.

Ein anderer, wichtiger Bereich war derjenige des Asylwesens. Von Januar 1998 bis August 1999 hat die Anzahl von Asylbewerbern im Kanton Wallis von 1'800 bis auf 3'700 zugenommen. Dank der Gastlichkeit und der Toleranz der Walliser sowie der Verwaltungsinstanzen haben eine durch Solidarität geprägte Lösung dieses schwierigen Problems ermöglicht. Diese erfreuliche Feststellung veranlasst uns, denjenigen, die bei dieser Gelegenheit Hilfe geleistet haben unseren Dank auszusprechen.

Im Jahre 1999 hat das Departement ebenso neue Verträge und Leistungsaufträge zwischen dem Staat und den Institutionen für Behinderte ausgearbeitet. Dabei ist die Zielsetzung, dass der Kanton und die Institutionen mittelfristig über Steuerungsmethoden verfügen, welche mit der Reorganisation der Sozialversicherungen - insbesondere der IV - sowie mit den Anforderungen des Bundesamtes für Sozialversicherung vereinbar sind.

Schliesslich war das Departement äusserst aktiv am Aufbau des Projektes der Westschweizer Fachhochschulen im Gesundheits- und Sozialwesen beteiligt. Als zweisprachiger Kanton nimmt der Kanton Wallis im Rahmen der gesamtschweizerischen Diskussionen im Hinblick auf die Vereinheitlichung der Ausbildungssysteme - insbesondere im Gesundheitswesen - eine wichtige Position ein.

Energie

In Europa existiert derzeit eine Überproduktion an Elektrizität, welche insbesondere auf die freien Kapazitäten der thermischen Kraftwerke (Kohle, Erdgas, Nuklear) zurückzuführen ist. Auf dem Spotmarkt ist der Preis für Elektrizität, nach wie vor auf einem tiefen Niveau, wodurch die in unseren Kraftwerken produzierte Spitzenenergie ebenfalls eine Abwertung erfährt. In der Schweiz lag 1999 das Jahrestief bei 1.64 Rp./kWh und das Jahreshöchst bei 4.15 Rp./kWh. Im weiteren sind die Preise der fossilen Energien nach wie vor tief und in absehbarer Zeit ist nicht mit einer Verknappung dieser Energien auf dem Weltmarkt zu rechnen.

In Bezug auf die in der Europäischen Union bereits realisierten oder sich in der Realisierung befindenden Strommarktöffnung zeigt sich klar, dass der Markt schneller als die Politik ist und sich dieser nicht an die Vorgaben von Etappierungen hält. In der Schweiz ging ein Vorentwurf zum Elektrizitätsmarktgesetz bereits anfangs 1998 in die Vernehmlassung. Die Absicht, den Elektrizitätsmarkt zu öffnen, wurde dabei von praktisch allen Vernehmlassungsteilnehmern begrüsst. Im Juni 1999 folgte eine überarbeitete Botschaft mit dem entsprechenden Gesetzesentwurf, welcher in der UREK des Nationalrates bereits beraten wurde.

Für den Kanton Wallis von grosser Bedeutung sind bei diesem Gesetz die Bestimmungen über den «Service public», die Frage nach der Betreiberin des Höchstspannungsnetzes, die Regelung über die Abgaben zur Netzbenutzung, die Priorisierung der Wasserkraft, sowie die Verknüpfung des Elektrizitätsmarktgesetzes mit dem Förderabgabegesetz.

Die mit dem Kanton Wallis in der Regierungskonferenz der Gebirgskantone zusammengeschlossenen Kantone Uri, Obwalden, Nidwalden, Glarus, Graubünden, Tessin haben sich von Beginn weg für eine rasche und weite Marktöffnung mit entsprechenden flankierenden Massnahmen zum Schutz der regionalen und ökologischen Errungenschaften unseres Landes ausgesprochen. Im Zentrum der flankierenden Massnahmen steht die im September von den eidgenössischen Räten angenommene ökologische Energieabgabe von 0,3 Rp./kWh auf den nicht erneuerbaren Energien, deren Ertrag während höchstens 15 Jahren zur Förderung der erneuerbaren Energien inklusive Wasserkraft und der Energieeffizienz eingesetzt werden. Weiter können in Ausnahmefällen auch Darlehen an Wasserkraftwerke ausgerichtet werden, deren Träger wegen der Öffnung des Elektrizitätsmarktes vorübergehend nicht in der Lage sind, die notwendigen Amortisationen vorzunehmen. Für die Gebirgskantone bildet die ökologische Energieabgabe den Eintrittspreis in eine rasche und breite Strommarktliberalisierung. Ohne diese Abgabe käme die Wasserkraft in Gefahr. Deshalb müssten die Gebirgskantone ein Marktgesetz, das keine Priorisierung der Wasserkraft enthält, ablehnen.

Die Volksabstimmung über die Solar-Initiative und die Energie-Umwelt-Initiative sowie die beiden Gegenvorschläge (Übergangsnorm als Grundlage für das Förderabgabegesetz, und Grundnorm als Grundlage für die spätere ökologische Steuerreform) findet voraussichtlich am 24. September 2000 statt. Wird gegen das

Förderabgabegesetz kein Referendum ergriffen, kann die Abgabe Anfang 2001, in Kraft treten.

Die Öffnung des Marktes zeigt bereits Auswirkungen im Kanton Wallis. Bedingt in erster Linie durch eine hohe Verschuldung und eine ungünstige Energiebilanz, bekunden die WEG Schwierigkeiten, unter diesen total veränderten Spielregeln zu bestehen. Es wird für die WEG von Bedeutung sein, sich in diesem offenen Wettbewerb einem starken strategischen Partner anzuschliessen. Dieser Partner kann aber nur gefunden werden, wenn die WEG auf gesunden finanziellen Füssen steht, was weitere Sanierungsschritte erfordern wird.

Am 23. Dezember hat das eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation ein Vernehmlassungsverfahren zur Revision der Verordnung vom 25. Oktober 1995 über die Abgeltungen von Einbussen bei der Wasserkraftnutzung eröffnet. Wir erachten diese Revision und die damit verbundenen Mindereinnahmen als unakzeptabel. Sie verletzt den Grundsatz von Treu und Glauben. Es ist zu berücksichtigen, dass die Urversammlungen der betroffenen Gemeinden die entsprechende Beschlüsse unter Annahme der Abgeltung nach dem derzeit geltenden Recht gefasst haben.

Durch den Entscheid der Algroup sich mit Alcan und Pechiney im neuen Grösskonzern A.P.A. zusammenzuschliessen ist der Weiterbetrieb der Elektrolyse Steg einmal mehr in Frage gestellt. Zwischen den Verantwortlichen der Algroup und dem Staatsrat liefen intensive Verhandlungen in Zusammenhang mit der Gewährung des Industrierabattes und steuerlichen Vergünstigungen. Auf Ende 1999 waren die Verhandlungen noch im Gange.

Die Tätigkeit der Konferenz der kantonalen Energiedirektoren (EnDK) beinhaltete vorderhand die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen. Letztere haben das Aktionsprogramm «Energie 2000» mit dem Ziele einer verstärkten Politik der rationellen Energieverwendung und der Förderung der erneuerbaren Energien weiterverfolgt. Weitere wichtige Themen dieser Konferenz waren die Beratungen zum Elektrizitätsmarktgesetz und zur Energieabgabe. Die EnDK unterstützt dabei wie die Regierungskonferenz der Gebirgskantone die rasche Einführung einer Energieabgabe.

Einen wichtigen Beitrag zur rationellen Energienutzung und zur Ankurbelung der Wirtschaft sieht der Kanton Wallis auch in der energetischen Sanierung von Gebäuden und der Förderung von erneuerbaren Energien. Die Umsetzung des MINERGIE-Standards im Gebäudebereich ist und bleibt dabei das prioritäre Ziel. Dabei wurde mit dem Dekret zur Förderung des MINERGIE-Standards eine erste wichtige Etappe eingeläutet.

1999 wurden 22 Labels vergeben, darunter das erste MINERGIE-Label für öffentliche Bauten an den Neubau des Primarschulhauses in Fully. 13 Projekte sind in der Realisierungsphase und über 20 in der Beratung.

**Der Vorsteher des Departements für Gesundheit,
Sozialwesen und Energie**

Thomas BURGENER

ALLGEMEINE VERWALTUNG

PERSONAL

Dienststelle	Anzahl Etatstellen
Dienststelle für Gesundheitswesen	18.50
Institutionen für Psychiatrie	193.30
Walliser Zentrum für Pneumologie	110.70
Veterinärdienst	4.00
Dienststelle für Sozialwesen	10.50
Medizinischpädagogisches Zentrum La Castalie	158.10
Dienststelle für Arbeitnehmerschutz und Dienstverhältnisse	14.00
Dienststelle für Energie	3.30
Dienststelle für Wasserkraft	4.50
TOTAL	516.90

MOTIONEN UND POSTULATE

- 2.079 Postulat von Frau Grossrätin Franziska Rieder-Mengis (CSPO) und Konsorten betreffend Ambulanzdienst (9. Februar 1999)
- 2.082 Motion der SPO-Fraktion, durch Hrn. Grossrat Roland Zimmermann, betreffend finanzielle Unterstützung für betreute Pflegewohnungen und übrige Einrichtungen für Betagte (15. März 1999)
- 2.083 Motion von Hrn. Grossrat Pierre-Christian de Roten und Konsorten betreffend Gesundheitspass (15. März 1999)
- 2.085 Postulat des Grossrates Georgie Lamon, betreffend die in bezug auf die behinderten Mitmenschen verwendete Terminologie
- 2.086 Postulat von Hrn. Grossrat Dany Perruchoud und Konsorten betreffend Gesundheits- und Spitalpolitik von den 90er Jahren bis ins 21. Jahrhundert (15. März 1999) (*Motion in ein Postulat umgewandelt*)
- 2.092 Motion von Frau Grossrätin (Suppl.) Klara Imwinkelried (CSPO) und Konsorten betreffend Verbilligung der Krankenkassenprämien (10. Mai 1999)
- 2.096 Postulat der CSPO-Fraktion, durch Herrn Grossrat Thomas GSPONER, betreffend die Einführung einer Kinderzulage
- 2.102 Motion von Hrn. Grossrat Albert Arlettaz betreffend vernünftige Subventionsnormen (24. Juni 1999)
- 2.106 Postulat von Frau Grossrätin Mercedes Meugnier-Cuenca und Konsorten betreffend die Arbeitsbedingungen der Spitalangestellten der GEHVAL (20. September 1999)

- 2.107 Postulat von Frau Grossrätin Fabienne Bernard und Konsorten betreffend die Lohnpolitik in den Spitälern (20. September 1999)
- 2.112 Postulat von Frau Grossrätin (Suppl.) Verena Sarbach-Bodenmüller betreffend Richtlinien für betreute Alterswohnungen (21. September 1999)
- 2.118 Motion der DC-Gruppe Mittelwallis, durch Hrn. Grossrat Raymond Pernet, betreffend Löhne im Spitalwesen (10. November 1999)
- 2.119 Postulat von Hrn. Grossrat André Praz betreffend Altersgrenze für die individuelle Abklärung des Anspruchs auf Beiträge zur Prämienermässigung (11. November 1999)

Dienststelle für Gesundheitswesen

Gemäss dem Staatsratsentscheid vom 19. Januar 2000, welcher für die Piloteinheiten die Zusammenfassung des Finanzberichts 1999 sowie des Verwaltungsberichts 1999 in ein einziges Dokument vorsieht, wird der entsprechende Bericht der Dienststelle für Gesundheitswesen im Rahmen des Controllings der Regierung präsentiert werden.

KANTONALE ANSTALTEN

PSYCHIATRISCHE INSTITUTIONEN IM FRANZÖSISCH SPRACHIGEN WALLIS

Spital Malévoz

Allgemeines

Nach der im Jahre 1998 aufgezeichneten Stabilisierung, ist die Anzahl der Aufnahmen im Krankenhaus wieder stark angestiegen. Trotz der Abnahme der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer, hat die Anzahl der Krankentage deutlich zugenommen. Dies hat für das gesamte Pflegepersonal eine grössere Arbeitslast zur Folge. Die letzte Etappe der Renovation des Spitals wurde wie vorgesehen mit dem Gebäude «Châtaignier» im Sommer abgeschlossen.

Bettenbelegung

	1996	1997	1998	1999
Freie Betten	130	130	120	120
Bettenbelegung in Prozenten	81 %	85 %	82,5 %	85 %
Aufgenommene Kranke	662	798	784	847
Krankentage Klinik	38'529	40'035	36'102	38'057
Tagesklinik	22	17	25	26
Krankentage in Tagesklinik	3'004	3'276	2'691	2'925
Total aufgenommene Patienten	684	815	809	873
Total Krankentage	41'533	43'311	38'793	40'982

Finanzierung

	1996	%	1997	%	1998	%	1999	%
Kosten eines Tages	432.—	100	430.—	100	467.—	100	463.—	100
Kostenvergütung durch Patient/ Krankenkasse	218.40	50.56	224	52.1	229	49	232	50
Kostenvergütung durch den Kanton	213.60	49.44	206	47.9	238	51	231	50

Ambulatorium

Alte Fälle	Neue Fälle	Total	Konsultationen + Psychotherapien	Interventionen in den Institutionen	Total der ärztlichen Leistungen
685	519	1'204	5'446	264	5'710

PSYCHIATRIEZENTRUM OBERWALLIS

Nach dem positiven Budgetentscheid wurde im ersten Halbjahr 1999 das Tagesklinik-Team konstituiert, sodass dieses neue Angebot schliesslich am 1. Juni als eigenständiger Bereich eröffnet werden konnte – räumlich allerdings noch in einem Provisorium im Personalhaus (Zentrum Saltina). Zu diesem Team gehören neben dem verantwortlichen Chefarzt eine Ergotherapeutin und drei Pflegepersonen (zusammen 280 %). In den Jahren zuvor wurde diese ständig zunehmende Tagesklinik-Arbeit vom stationären Team geleistet.

Der Nachfragedruck in der Region hält unvermindert an, sodass ständig personelle Engpässe auftreten. Im Oberwallis gibt es bekanntlich für die Erwachsenenpsychiatrie lediglich einen niedergelassenen Arzt (im Unter- und Mittelwallis ca. deren 20). Diese Tatsache ist in den letzten Jahren zunehmend zum Problem geworden. Offensichtlich nimmt in der Bevölkerung das Bewusstsein für psychiatrische Behandlungen zu, sodass wir einem enormen Nachholbedarf gegenüberstehen. Wenn die psychiatrisch-psychotherapeutische Grundversorgung weiterhin aufrechterhalten oder eben ausgebaut werden soll, muss es bald einmal zu weiteren Praxiseröffnungen kommen, was zur Zeit nicht absehbar ist. Demzufolge sehen wir uns gezwungen, den Personalbedarf in der Institution laufend anzupassen. Im statistischen Vergleich der letzten fünf Jahre (1995-1999) wird diese Entwicklung deutlich illustriert: z. B. eine Steigerung von 170% bei den ambulanten Konsultationen und 74% bei den ambulanten Fällen. Auch die Pflagetage auf der Station haben mittlerweile die 9000-er Grenze überschritten, obwohl das Tagesklinikangebot in dieser Zeit vergrössert wurde (1999: fast 2000 Pflagetage in der Tagesklinik).

Seit die gesamte Bettenstation (mit zwei Abteilungen) nun auf einer Etage angesiedelt ist, konnte das Abteilungskonzept optimiert werden. Zu diesem Zwecke wurde über mehrere Monate eine Erhebung vorgenommen (u. a. der Patientenbewegungen, Indikationen etc.), eine interprofessionelle Arbeitsgruppe eingesetzt und eine Arbeitstagung in Milieutherapie durchgeführt. Der Psychogeriatrische Dienst (PGD) hat sich im letzten Jahr etabliert und baut das Angebot ebenfalls laufend aus. Die Zusammenarbeit der Psychogeriatrie in der Region hat sich erfreulich entwickelt. Auch in der Konsiliar- und Liaisonpsychiatrie für die somatischen Kliniken im Akutspital konnte in den letzten Jahren eine vermehrte Nachfrage festgestellt werden. Eine Verbesserung in dieser Hinsicht bringt nun der neu aufgebaute Psychosomatische Dienst (PSD). Die Zusammenarbeit innerhalb des regionalen Suchtbehandlungsnetzes hat sich 1999 entscheidend verbessert.

	1995	1996	1997	1998	1999
Station: Anzahl Fälle	192	258	259	249	221
Station:					
Anzahl Pflagetage	8640	8500	8986	8332	9131
Station: Bettenbelegung	88.66	83	87.93	81.34	89.34
Ambulatorium:					
Anzahl Fälle	451	505	621	668	784

	1995	1996	1997	1998	1999
Ambulatorium:					
Konsultationen	1610	2348	2730	3282	4343
Tagesklinik: Anzahl Fälle	–	17	28	50	66
Tagesklinik: Pflagetage	–	572	856	1361	1897

WALLISER ZENTRUM FÜR PNEUMOLOGIE

WALLISER KLINIK FÜR LUNGENKRANKHEITEN (CVP)

CVP, Spezialisierte Klinik für Pneumologie und Thoraxchirurgie.

Die folgenden medizinischen Leistungen wurden im Bereich der Pneumologie und der Thoraxchirurgie erbracht:

– Thoraxchirurgie	32
– Thorakoskopien	24
– Pleurapunktionen	67
– Bronchoskopien	275
– Polysomnographien	179
– Nächtliche Oxymetriem	239
– Spirometriem	3120
– Lungenvolumenuntersuchungen	146
– Respiratorische und Kardioergometriem	315
– Plethysmographien	986

Auf vielen Gebieten wird eine Qualitätskontrolle durchgeführt, die dazu dient, Walliser Patienten von Spitzentechnologien zu möglichst geringen Kosten profitieren zu lassen. Um nur einige davon zu erwähnen, nimmt die Thoraxchirurgie an einer prospektiven Qualitätsforschungsstudie der Standorte von Genf und Montana teil, mit einer gesamten Patientenbetreuung zu kontrollierten Kosten und unter Vermeidung jedes unnötigen, chirurgischen Eingriffes. Die medizinische Fakultät von Genf unterstützt die Entwicklung eines Netzes, das die Betreuung der Asthmatiker verbessert und alle Walliser Partner vom behandelnden Hausarzt bis zur Spitalbetreuung mit einschliesst. Die ersten Resultate dieser Pilotstudie werden sicherlich eine Verringerung der Spitalaufenthalte für dekompensierte Asthmaanfälle aufweisen. Diese Arbeiten wären sicherlich nicht möglich ohne den Pioniergeist der verschiedenen Partner der Patientenbetreuung und auch nicht ohne die Unterstützung der Walliser Liga gegen Lungenkrankheiten und für Prävention.

CVP, Krankenanstalt für Rehabilitation

Viele neue Patienten, sowie aus dem Ober- und Unterwallis haben sich einer Rehabilitationsbehandlung unterzogen. Die Physiotherapeutengruppe hat ihr Leistungsfeld ausgebaut. Auch hier, dank einer von dem KVG verlangten Qualitätskontrolle, hat das Personal mit Begeisterung und in Zusammenarbeit mit den drei anderen

Kliniken von Montana, die Pflegedienstprozesse und eine verbesserte interdisziplinäre Zusammenarbeit erarbeitet, um so die Leistungsfähigkeit des Pflegedienstes zu verbessern und die Aufenthaltsdauer zu verringern. Die Zusammenarbeit dieser vier Kliniken erwirkt ein Synergieimpuls, stimuliert so die Kreativität und erlaubt es Qualitätsprogramme zu einem besseren Kostensatz durchzuführen.

Andere Aktivitäten

Die Genfer, Luzerner, Berner und Walliser Kliniken haben gemeinsam einen medizinischen Kongress mit wie gewohnt der Beteiligung von mehreren hundert Ärzten aus der ganzen Schweiz durchgeführt. Ebenso haben wie immer über 120 Ärzte den Walliser Pneumologentag besucht.

Belegungsstatistik 1999

Bettenbestand	80
Patientenanzahl	1'567
Pflegetage	27'410
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer	17 Tage

VETERINÄRDIENTST

Im Rahmen der Ausführung der allgemeinen und speziellen Aufgaben, die auf der eidgenössischen und kantonalen Gesetzgebung basieren, kann die Tätigkeit des Veterinärdienstes während des Jahres 1999 wie folgt zusammengefasst werden:

TIERSEUCHBEKÄMPFUNG

• IBR/IPV & enzootische bovine Leukose

Im Rahmen der jährlichen Kampagne und aufgrund der stets günstigen Seuchenlage wurden in -25- Rindviehhaltungen lediglich 156 Blutanalysen erhoben (1998: -1019-). Die Analysen der Blutentnahmen erwiesen sich alle als negativ.

• Bovine spongiforme Enzapholopathie (BSE) – «Rinderwahnsinn»

In unserem Kanton ist ein neuer Fall aufgetreten (Total seit 1991: -10-). Gemäss den vom Bundesrat gefällte Entscheidungen (dringliche Massnahmen zur BSE-Bekämpfung in der Schweiz) wurden die Sanierungsmassnahmen getroffen. Demnach wurden -12- Tiere der Simmentaler Rasse identifiziert, geschlachtet und verbrannt.

• CAE-Sanierung – Brucellose der Schafe und Ziegen

Unser Kanton ist als CAE-freier Kanton anerkannt. -3628- Ziegen sind auf CAE kontrolliert worden. -18- Ziegen erwiesen sich als CAE-positiv. Die betroffenen Tiere mussten ausgemerzt werden und die Betriebe wurden jeweils mit einer fristbegrenzten Sperre belegt. -2005- Tiere sind stichprobenartig auf Brucellose untersucht worden. Alle Blutanalysen erwiesen sich als negativ.

• Entsorgung der tierischen Abfälle

Die Entsorgung der «gefährlichen Abfälle» erfolgt auch weiterhin durch das Extraktionswerk GZM in Lyss und die Abfälle werden in Batzenheit verbrannt. Die «weniger gefährlichen Abfälle» können weiterhin nach Frankreich exportiert werden.

• Viehhandel

Unsere Dienststelle hat -126- Viehhändler - Patente erteilt. Ein Kandidat erhielt das Fähigkeitszeugnis für Viehhändler, nachdem er den Einführungskurs in Bern besucht hatte.

• Viehinspektoren

1999 wurde kein Einführungskurs für neu ernannte Viehinspektoren durchgeführt. Ab den 1. Juli 1999 wurde für den Viehhandel ein neues System eingeführt (Begleitdokument). Die Verkehrsscheine wurden abgeschafft.

FLEISCHHYGIENE UND FLEISCHKONTROLLE

Neue Fleischkontrolleure ohne tierärztlichen Abschluss (3) haben in einem grossen Schlachthaus einen Weiterbildungskurs (10 Tage) besucht.

Während des Jahres wurden gemäss den eidgenössischen und kantonalen Vorschriften verschiedene Kontrollen durchgeführt.

TIERSCHUTZ

Der ganze Tierschutzbereich nimmt immer mehr an Bedeutung zu. In unserer Dienststelle sind eine ständig zunehmende Zahl von Klagen eingegangen.

Gemäss eidgenössischer Gesetzgebung wurde eine grosse Anzahl von privaten und gewerbsmässigen Tierhaltungen inspiziert.

DIENSTSTELLE FÜR SOZIALWESEN

Die Tätigkeit des Amtes für Sozialhilfe im Jahre 1999 war durch die etappenweise erfolgende Umsetzung der Vollzugsmassnahmen des Gesetzes über die Eingliederung und die Sozialhilfe gekennzeichnet, welches auf den 1. Januar 1997 in Kraft getreten ist.

Der genaue Betrag der Sozialhilfeausgaben für das Jahr 1999 wurde noch nicht ermittelt, da die Abrechnungen der Gemeinden für das 2. Semester nicht vor Ende Februar mitgeteilt werden. Indes ermöglicht die zusammenfassende Darstellung der Ausgaben 1997/1998 sowie des 1. Semesters 1999 die Entwicklung der Sozialhilfeausgaben im Kanton Wallis zu erfassen.

Entwicklung der Sozialhilfeausgaben im Kanton Wallis pro Region zwischen 1997 und 1999

Jahr 1997

Region	Bevölkerung	Dossiers	Personen	Ausgaben	Pro Einw.
Brig	31'344	97	218	671'878	21.44
Visp	47'886	87	197	719'825	15.03
Siders	40'129	159	288	977'585	24.36
Sitten	65'863	653	1222	2'740'260	41.61
Martinach	44'975	289	609	1'275'439	28.36
Monthey	43'165	558	1065	2'381'611	55.17
Total	273'362	1843	3599	8'766'598	32.07

Jahr 1998

Region	Bevölkerung	Dossiers	Personen	Ausgaben	Pro Einw.
Brig	31'344	183	390	1'220'840	38.95
Visp	47'886	162	349	1'077'017	22.49
Siders	40'129	227	429	1'099'909	27.41
Sitten	65'863	964	1937	3'752'461	56.97
Martinach	44'975	445	872	1'406'472	31.27
Monthey	43'165	759	1495	3'351'300	77.64
Total	273'362	2740	5472	11'908'000	43.56

1. Semester 1999

Region	Bevölkerung	Dossiers	Personen	Ausgaben	Pro Einw.
Brig	31'344	172	310	1'089'937	34.77
Visp	47'886	120	237	747'912	15.62
Siders	40'129	114	200	581'985	14.50
Sitten	65'863	503	1019	2'129'263	32.33
Martinach	44'975	276	531	1'073'439	23.87
Monthey	43'165	484	938	2'079'792	48.18
Total	273'362	1669	3235	7'702'328	28.18

Ausgehend von der Annahme, dass die Ausgaben des zweiten Semesters 1999 im Vergleich zum 1. Semester 1999 in etwa gleich hoch sein werden, sollten die Kosten pro Einwohner für das Jahr 1999 den Betrag von Fr. 50.— nicht überschreiten, währenddem dieselbe Kennzahl sich für das Jahr 1998 auf Fr. 43.56.— bzw. für das Jahr 1998 auf Fr. 32.07 belief.

Die Statistik der Verträge zur beruflichen Wiedereingliederung zeigt ebenso eine zunehmende Beanspruchung der Instrumente auf, welche durch das Gesetz über die Eingliederung und die Sozialhilfe eingeführt worden sind. Die Anzahl von Verträgen stieg von 74 im

Jahre 1997 auf 110 im Jahre 1998 sowie auf 160 für das Jahr 1999 an. Unter Berücksichtigung der Gesamtzahl von Sozialhilfebezü- gern ist die Anzahl von Verträgen zur beruflichen Wiedereinglie- derung noch relativ beschränkt. Es gilt indes die Neugigkeit dieser Massnahme mitzubetrachten, welche im Rahmen der Sozial- hilfe eine partnerschaftliche Beziehung zwischen der Gemein- de oder dem Sozialmedizinischen Zentrum und dem Bezüger schafft. Dementsprechend geht es darum, eine neue Kultur der Sozialhilfe aufzubauen, womit der beschränkte Ansatz der Hilfe durch den- jenigen des gemeinsamen Projektes erweitert wird.

Es war nämlich der Wille des Gesetzgebers, den Vertrag zur sozia- len Wiedereingliederung nicht aufzuzwingen, sondern ihn den Partnern als Möglichkeit frei anzubieten. Die verschiedenen Dienst- stellen haben sich zunehmend an dessen Umsetzung in die Praxis gewöhnt.

MEDIZINISCH-PAEDAGOGISCHES ZENTRUM «LA CASTALIE»

Das Medizinisch-pädagogische Zentrum La Castalie, dessen Aufgabe es ist Personen aufzunehmen, die mit einer schwer geisti- gen- oder Mehrfachbehinderung leben, wies am 31.12.1999 einen Bestand von 167 Pensionären auf, d. h. zwei mehr als 1998.

Diese Zunahme, hinzugefügt zu denjenigen, die seit 1992 jedes Jahr registriert wurden, steht in Zusammenhang einerseits mit der Überalterung der Bevölkerung, andererseits mit den vermehrten Anfragen für sehr junge Kinder. Unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden 140 Plätzen, schafft diese Entwicklung eine Überlastung der gesamten Strukturen womit zur gegebenen Zeit die Eröffnung von neuen Einheiten erforderlich sein wird, sollte die Tendenz zur Steigerung weiter bestehen.

Bezüglich die Platzierungsmodalitäten stellt das Internat gegenwärtig 73% der Platzierungen dar und das Externat, welches stets

Anzahl und Herkunft der Bewohner am 31.12.1999

Bezirken	Kinder			Erwachsene			Total
	M	W	Total	M	W	Total	
Monthey	17	5	22	9	11	20	42
St-Maurice	0	5	5	7	2	9	14
Martigny	4	2	6	5	4	9	15
Entremont	0	1	1	0	1	1	2
Conthey	1	1	2	6	4	10	12
Sitten	2	6	8	10	5	15	23
Hérens	2	0	2	4	2	6	8
Siders	5	0	5	6	7	13	18
Leuk	0	0	0	4	0	4	4
Raron	0	0	0	3	3	6	6
Visp	0	0	0	0	1	1	1
Brig	0	0	0	0	2	2	2
Goms	0	0	0	0	0	0	0
Andere Kantone	4	6	10	3	5	8	18
Ausland	1	0	1	1	0	1	2
Total	36	26	62	58	47	105	167

mehr an Bedeutung gewinnt, liegt bei 27 % (16 % im Jahr 1990). Gleichzeitig wird eine Erhöhung verzeichnet im Verhältnis stehend zu der Anzahl Kinder, deren Prozentsatz von 28,5 % im Jahre 1990 auf 37 % zum jetzigen Zeitpunkt gestiegen ist.

Bezüglich der Diagnose sind keine bedeutenden Veränderungen zu verzeichnen. Die prenatalen Ursachen betrafen 55 % der betreuten Personen, die perinatalen 14,5 %, die postnatalen 5,5 % und die unbekanntem Gründe 25 %. Zusätzlich zur geistigen Behinderung haben die meisten Personen noch eine schwere körperliche Behinderung (50 %) und/oder eine Epilepsie (39 %) und/oder eine gravierende verhaltensgestörte Behinderung (38 %).

Zusätzlich der nötigen Pflege und der erzieherischen Betreuung, erlaubten die individuell ausgerichteten Programme je nach Alter und Bedürfnis eine angepasste, schulische Förderung, eine Beschäftigung in Arbeitswerkstätten, basale Stimulation oder Physiotherapie, Ergotherapie, Psychotherapie, Psychomotorik, Logopädie oder Musiktherapie zu erhalten.

Ambulant wurden 15 Kinder aus der Umgebung mit Physiotherapie gepflegt und 9 wurden im therapeutischen Kindergarten «La Tonkinelle» in Monthey betreut.

Bei der Investierung lag der Schwerpunkt im Umbau der Cafeteria, der Erweiterung der Sonnenheizung des Schwimmbades, Feuermelder in bestimmten Lokalen sowie der Renovation der Terrassen von La Roseraie und Champfleuri.

DIENSTSTELLE FÜR ARBEIT-NEHMERSCHUTZ UND DIENSTVERHÄLTNISSE

Die vom Staatsrat am 18.11.1998 beschlossene Teilrestrukturierung der Dienststelle wurde am 1. September 1999 umgesetzt. Um seine praktische Umsetzung zu garantieren und bei den laufenden Geschäften, insbesondere bei der Behandlung von Rekursen in Sachen Arbeitslosigkeit, nicht in Rückstand zu geraten, musste die Dienststelle, in der bedingten Übergangszeit, auf Aushilfskräfte zurückgreifen. Zu erwähnen ist bei den Neuerungen die Schaffung

einer juristischen Abteilung und einer Auskunftszentrale, welche die Abteilung Einzelstreitigkeiten, mit dem Ziel, den Kunden eine bessere Dienstleistung zu gewähren, unterstützt.

Die nachstehenden Graphiken und Tabellen geben zudem eine Zusammenfassung der Haupttätigkeiten der Dienststelle sowie deren Anzahl wieder.

Arbeitsstreitigkeiten

Übernommene Dossier	Eingegangene Fälle	Zu behandelnde Fälle	Erlidigte Fälle	Zu übertragende Dossier
319	728	1047	830	217

Arbeitsgericht

	Anzahl Sitzungen	Eröffnete Judikatum	Eröffnete Urteilsbegründungen	Abschreibungsbeschlüsse	Berufungen beim KG	Beschwerden beim BG
Gerichtskreise französischer Sprache	22	115	35	3	5	1
Gerichtskreis deutscher Sprache	13	18	12	12	2	0

Arbeitslosigkeit

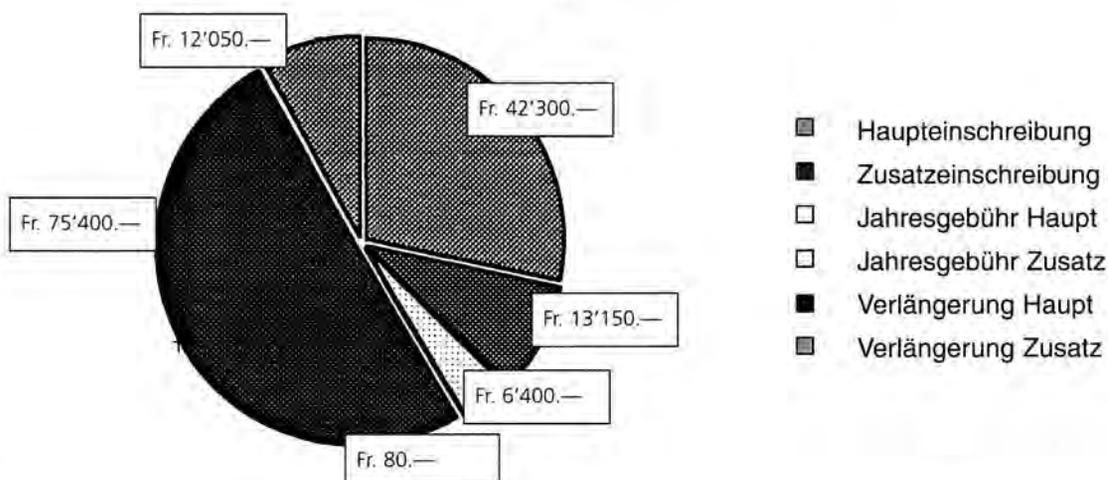
Stand der Dossiers

Übernommene Dossier	Eingegangene Fälle	Zu behandelnde Fälle	Erlidigte Fälle	Zu übertragende Dossier
372	550	922	394	528

Kantonale Rekurskommission in Sachen Arbeitslosigkeit

Anzahl Sitzungen	Behandelne Fälle	Eröffnete Entscheide	Beschwerden beim BG
35	428	408	19

Gebühren Ständige Listen 1999



Beschaffungswesen: Ständige Listen

Anzahl Eintragungen Unternehmen	884
Anzahl Eintragungen Büros	445
Anfragen	552
Eintragungen	547
Streichungen	5

Gegen die obengenannten Eintragungs- und Streichungsentscheide erfolgten keine Einsprachen beim Staatsrat, dem Kantons- oder Bundesgericht.

Arbeitszeitbewilligung

Art der Bewilligungen	Anzahl
Verschiebung der Grenzen der Tagesarbeit	65
Zweischichtige Tagesarbeit	5
Drei- und mehrschichtige Arbeit	6
Vorübergehende Nachtarbeit	65
Dauernde Nachtarbeit	2
Vorübergehende Sonntagsarbeit	60
Ununterbrochenen Betrieb	5

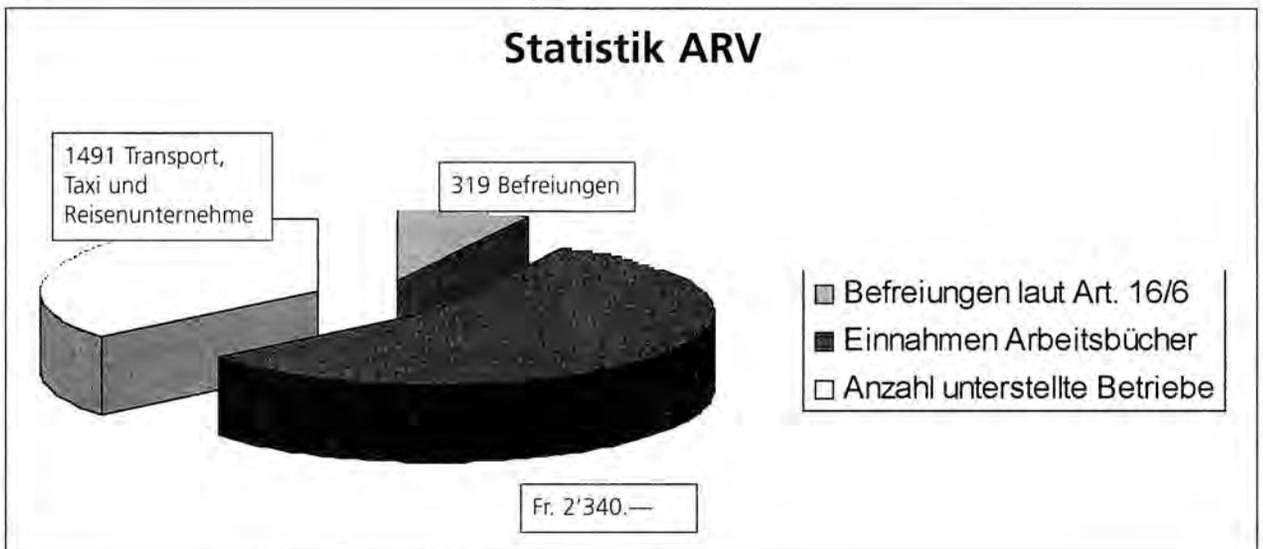
Beschäftigung Jugendlicher über 14 Jahren

Art der Bewilligung	Anzahl
Beschäftigung während den Ferien	8
Aufnahme der Lehre	30

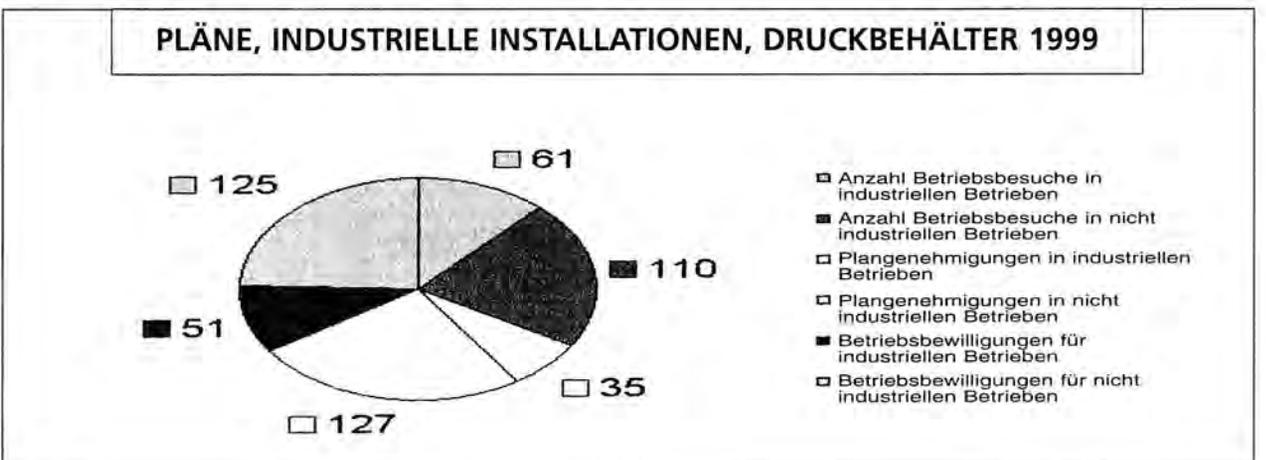
Dauernde Nacht- und Sonntagsarbeit in Bäckereien

Art der Bewilligung	Anzahl
Nachtarbeit	56
Sonntagsarbeit	55

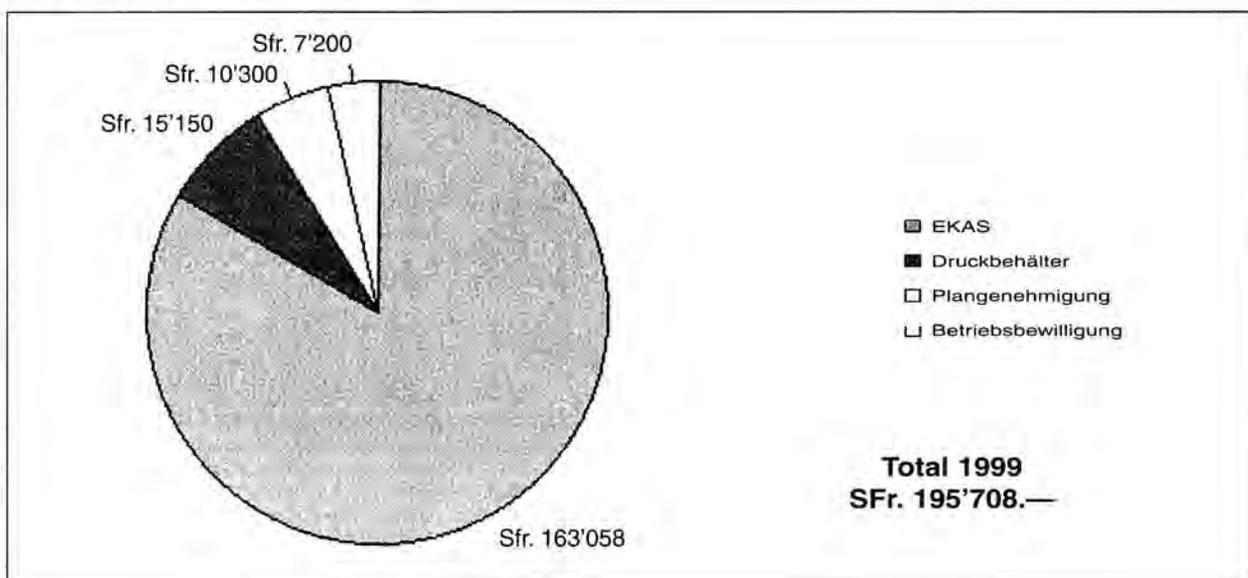
ARV



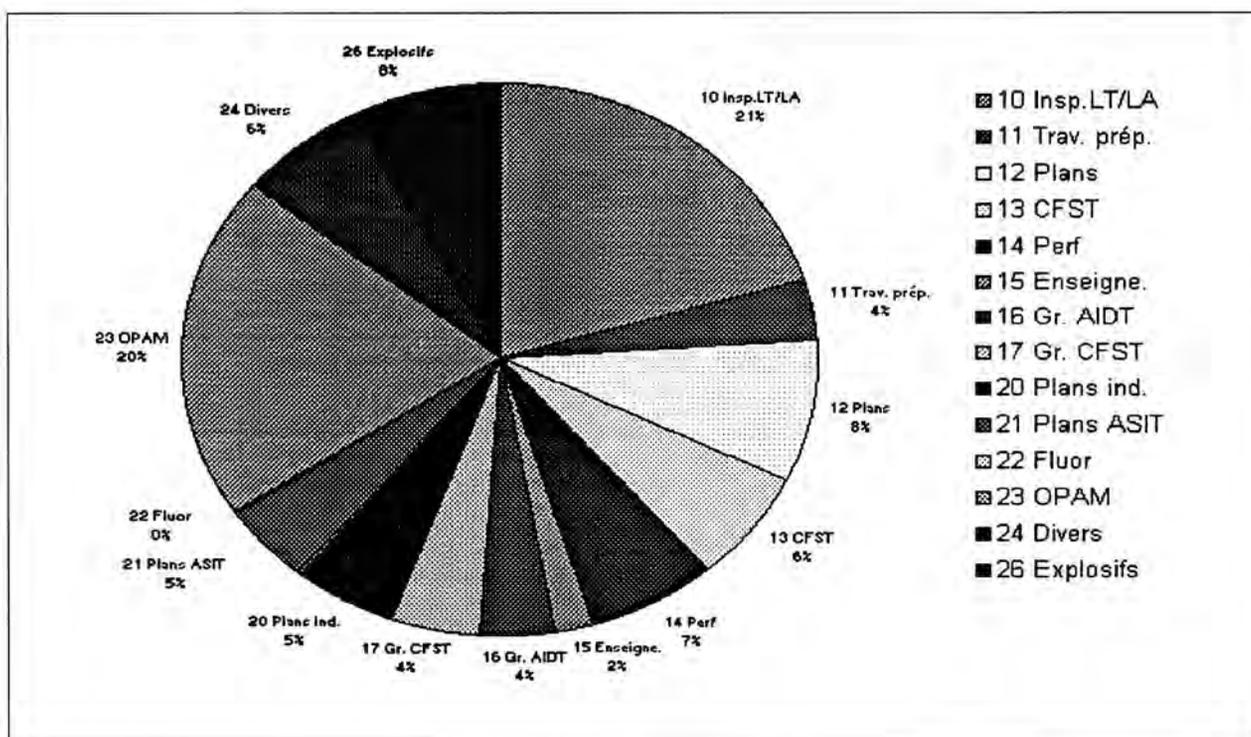
Arbeitsinspektion



FINANZIELLE EINNAHMEN 1999



AKTIVITÄTEN 1999



Störfallverordnung (StFV)

Abgeschlossene Dossiers:

algroup Ionza	Grundlegendokumentation Kurzbericht Phosgenanlage Kurzbericht Blausäureanlage Kurzbericht Cyanateanlage Kurzbericht Containerumschlagplatz
---------------	--

Behandelte Dossiers:

Alusuisse UTO Gemeindeverband Oberwallis für die Abfallbewirtschaftung BLS SBB Swisscom Nationalstrassen A9: Umfahrung Visp	Kurzbericht Kurzbericht Kurzbericht Einsatzpläne Einsatzpläne Kurzbericht Kurzbericht
---	---

DIENSTSTELLE FÜR ENERGIE

Allgemeines

Die der Dienststelle für Energie übertragenen Aufgaben können in die Bereiche:

- rationelle Energieverwendung / erneuerbare Energien
- Energieverteilung
- Information / Aus- und Weiterbildung
- Beratung der Gemeinden

unterteilt werden und sind im wesentlichen im Energiespargesetz vom 11. März 1987 festgelegt.

Im Rahmen ihrer Tätigkeit erteilt die Dienststelle Gemeinden, kantonalen Dienststellen und Dritten Auskunft in Energiefragen und erarbeitete zuhanden des Staatsrates und des Departementsvorstehers Stellungnahmen zu Fragen im Zusammenhang mit obigen Bereichen.

Auf eidgenössischer Ebene läuft das Programm Energie 2000 im 9. Jahr und das Energiegesetz wurde am 1.1.99 in Kraft gesetzt.

Rationelle Energieverwendung / Erneuerbare Energien

Für den Vollzug der rationellen Energienutzung im Gebäudebereich sind die Gemeinden zuständig.

Verschiedene Gemeinden machen im schweizerischen Programm «Energistadt» mit. Beim Projekt «rationelle Energienutzung in Spitälern» (Monthey, Martigny, Sion, Sierre) konnte der Energieverbrauch innert zwei Jahren um 8% gesenkt werden. Beim Projekt «Strassentunnels» wurden die Kosten bei den untersuchten Tunnels innert 3 Jahren um 15% (Fr. 100'000.—) gesenkt. In Zusammenarbeit mit Energie 2000 wurden für Lastwagenfahrer Kurse in der «Eco-Fahrweise» angeboten.

Eine Energiestatistik für 1998 über die wichtigsten Energieträger im Kanton wurde realisiert.

Projekte im Bereich der Solar- und Holzenergie, sowie der Umgebungswärme (Wärmepumpen) wurden von der Dienststelle beraten und finanziell unterstützt.

MINERGIE-Strategie

MINERGIE ist eine registrierte Qualitätsmarke. Mit dem MINERGIE-Label werden Leistungen gekennzeichnet, die hohe Anforderungen an Wirtschaftlichkeit, Komfortangebot und Energieverbrauch erbringen. Der Kanton will die MINERGIE-Technik im Gebäudebereich mit einem Förderprogramm lancieren. Ziel ist es, für die Umsetzung des MINERGIE-Standards möglichst günstige Rahmenbedingungen zu schaffen. Mit diesem Ziele hat der Grosse Rat im vergangenen Juni ein Dekret verabschiedet mit folgenden wichtigsten Fördermassnahmen:

- Bonus zur Ausnützungsziffer, dabei erhalten alle Bauherren, die den MINERGIE-Standard erfüllen, einen Bonus zur Ausnützungsziffer von 10 Prozent,
- Unentgeltliche Nutzung des Grundwassers zu thermischen Zwecken,
- Abweichung von der vorgeschriebenen verbrauchsabhängigen Heiz- und Warmwasserkostenabrechnung (VHKA),
- MINERGIE-Standard für kantonale und vom Kanton subventionierte Bauten ab dem 1. Juli 2000

Zusätzlich zu diesen Massnahmen wurden Förderbeiträge für MINERGIE-Bauten bewilligt. Diese liegen zwischen 20 und 40 Franken pro Quadratmeter Energiebezugsfläche.

1999 wurden von der Dienststelle 22 Labels vergeben, darunter das erste MINERGIE-Label für öffentliche Bauten an den Neubau des Primarschulhauses in Fully. 13 Projekte sind in der Realisierungsphase und über 20 in der Beratung.

Information / Aus- und Weiterbildung

Als Hilfsmittel zum Vollzug der rationellen Energienutzung im Gebäudebereich steht für Architekten, Planer und Gemeindebehörden ein Vollzugsordner zur Verfügung.

In Zusammenarbeit mit dem Verein Energiefachleute Wallis und der Ingenieurschule in Sitten wurden 22 Kurse/Veranstaltungen (Bauphysik, Wärmepumpentechnik, MINERGIE-Standard, Holzenergie etc.) organisiert und mitfinanziert. Gesamthaft nahmen über 700 Interessierte an diesen Kursen teil. In Zusammenarbeit mit den westschweizer Kantonen wird zweimal jährlich die Zeitschrift «Energie-Environnement» herausgegeben. Wöchentlich werden Informationen zur rationellen Energienutzung in der Lokalpresse veröffentlicht.

Auf schweizerischer Ebene arbeitet die Dienststelle an der Erstellung von Kursunterlagen für Berufsschulen mit. In Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Unterrichtswesen wurden in Primarschulklassen des Unterwallis bei der Aktion «rationelle Energienutzung» 50 Kurse durchgeführt.

Beratung der Gemeinden

Gemeinden die beim Projekt «Energistadt» mitmachen unterstützen eine vorbildliche Energiepolitik mit beispielhaften Projekten. Im Rahmen dieses Projektes, das auch vom Luftforum unterstützt wird, wurden über 45 Gemeindegebäude in 37 Gemeinden energetisch untersucht. Die vorgeschlagenen Massnahmen führen zu einer Energieeinsparung von 20%.

Den Gemeinden Sitten und Leuk wurde das Label «Energistadt» überreicht. Die Gemeinden Naters, Brig und Visp beabsichtigen das Label zu erlangen. 15 weitere Gemeinden (Arbaz, Ayent, Charrat, Chermignon, Collombey-Muraz, Conthey, Lens, St-Léonard, Mollens, Montana, Nax, Vétroz, Monthey, Veysonnaz, Veyras), haben die Charta zu Energistadt unterschrieben.

Allgemeine Arbeiten

- Stellungnahmen zum Elektrizitätsmarktgesetz und zu den zwei Vorschlägen der Bundesversammlung betreffend Energieabgaben.
- Stellungnahmen zu Gemeindereglementen bezüglich Elektrizitätsverteilung und Tarifgestaltung, Raumplanung und Bauten. Stellungnahmen z.H. der kantonalen Baukommission.
- Zusammenarbeit mit der Gazoduc SA und Transitgas AG betreffend die Erdgasversorgung und Durchführung von Vernehmlassungen.
- Mitarbeit in der Delegation Luftqualität und im Luftforum und in der interdepartementalen Arbeitsgruppe Wirtschaftsförderung.
- Zusammenarbeit mit der Ingenieurschule Wallis im Rahmen von Vortrags- und Expertentätigkeit.
- Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Energiewirtschaft und den kantonalen Energiefachstellen im Rahmen des Programms «Energie 2000».
- Im Rahmen der Regierungskonferenz der Gebirgskantone Mitarbeit in der Arbeitsgruppe «Strommarktöffnung», «Elektrizitätsmarktgesetz» und «Energieprotokoll Alpenkonvention».
- In Zusammenhang mit der Fusion von Alusuisse mit Alcan und Pêchiney, Leitung der vom Staatsrat ernannten Arbeitsgruppe.

DIENSTSTELLE FÜR WASSERKRAFT

GESETZGEBUNG

1999 war der Sektor Wasserkraft gekennzeichnet durch:

- **den Konflikt mit den Wasserkraftgesellschaften über die Erhöhung von 54 auf 80 fr/kW des Höchstansatzes des Wasserkraftzinses wobei die bedeutendsten Gesellschaften sowohl die Erhöhung der besonderen Wasserkraftsteuer als auch diejenige des Rhonewasserzinses bestreiten.** Die Rekursverfahren laufen zurzeit vor dem Kantonsgericht.
- die Vernehmlassung **des Entwurfs über das Bundesgesetz betreffend Stauanlagen (StAG)**, welches die Gesetzgebung über Sicherheit und Überwachung vollendet. Dieser Entwurf **verstärkt die Haftpflicht und reglementiert deren Deckung.** Dadurch haftet der Betreiber einer Stauanlage für den durch austretende Wassermassen entstandenen Personen- oder Sachschaden, unabhängig davon, ob der Schaden durch eigene Fahrlässigkeit oder durch eine Werkbeschädigung verursacht worden ist.
- Die Vernehmlassung bei den betroffenen Walliser Dienststellen **des Entwurfs über einen kantonalen Beschluss betreffend Spülungen und Entleerungen. Dieser wurde erarbeitet** (aus der Sicht einer integrierten Bewirtschaftung des Wasserlaufs) in Zusammenarbeit mit Vertretern der zuständigen Dienststellen, den Betreibern der Wasserkraftwerke, dem Walliser Sportfischerverbandes und einem Fachbüro. Ein Anweisungsentwurf ist dem Beschluss angegliedert mit dem Zweck, den verschiedenen mit Sicherheit, Stromproduktion, Umwelt, Bewässerung verbundenen Aspekten gesamthaft Rechnung zu tragen.

Hydroelektrische Projekte

Cleuson-Dixence: Die beiden Kommissionen, welche im Rahmen der Konvention vom November 92 zwischen EOS, dem Staat Wallis und dem WWF ins Leben gerufen wurden, haben folgende Objekte geprüft: die Wiederinstandstellung der Baustellen, die zufriedenstellend vonstatten geht, und die Umwandlung des Kieswerks Les Epines in ein Naturreservat, wo erste Beobachtungen auf eine Verbesserung im Bereich von Fauna und Flora hinweisen.

Studien auf dem Bereich der Wasserkraftnutzung: drei Themen wurden im Laufe des Jahres 1999 behandelt:

- Studie über das Erneuerungs- bzw. Erweiterungspotential bestehender Wasserkraftanlagen und über neue Anlagen im Kanton Wallis. Erste Ergebnisse deuten auf ein Erhöhungspotential von ca. 4 % für Erneuerungen, bzw. 13–14 % für Neuanlagen. Diese Studie wird im Jahr 2000 zu Ende geführt und sollte eine Referenzgrundlage für die kommenden Jahre darstellen.
- Studie über Synergien zwischen der dritten Rhonekorrektur und Wasserkraftproduktion. Es wurden die Möglichkeiten einer Produktion definiert, welche den durch die 3. Rhonekorrektur auferlegten Zwängen des Hochwasserschutzes und der Revitalisierung Rechnung trägt. Die Studienfortsetzung im Jahr 2000 wird dem gewählten Projekt der dritten Rhonekorrektur Rechnung tragen.
- die Bereitstellung einer Modellierung (MINERVE-Modell) der Auswirkungen der Walliser Talsperren auf die Hochwasser der Rhone und ihrer Hauptzuflüsse. Zweck der Modellierung ist, einer zukünftigen wissenschaftlichen Beratungszelle der KAZE die Entscheidungsgrundlagen im Falle von bedeutenden Hochwassern sowie Prognosen im Falle von ungünstigen Niederschlägen zur Verfügung zu stellen.

Weitere behandelte Wasserkraftanlagen:

Unter- und Mittelwallis

Martigny-Bourg 1998-2000/EOS: die eingegangenen Einsprachen i.S. neuen Konzessionen haben zu Diskussionen Anlass gegeben im Rahmen des Einigungsverfahrens. Dieses ist ergebnislos geblieben. Das Genehmigungsprojekt der neuen Konzessionen ist in Erarbeitung.

Orsières/FMO: Erneuerung der Druckleitungen. Die Baubewilligung ist in Erarbeitung.

Tanay (Konzessionserneuerung im Jahr 2000): die eingegangenen Einsprachen haben zu einem ergebnislosen Einigungsverfahren geführt. Das Genehmigungsprojekt der neuen Konzession ist in Bearbeitung.

Torrent de Soi: was die von der Gemeinde Val-d'Illiez gewährte Konzession betrifft, so wurde diese zur Genehmigung des Staatsrates eingereicht.

Tassonnaire: die Mikrozentrale, die die Wasserkraft eines Teils der Trinkwasser der Gemeinde Troistorrens benützt, wurde in Betrieb gesetzt.

Staumauer Mauvoisin: Projekt über die Erhöhung des Grundablasses und der Wasserfassung und Projekt über die Staumauerentleerung i.J. 2004. In Anbetracht massiven Einsprachen nach der öffentlichen Vernehmlassung im Sommer 1999 haben die Forces Motrices de Mauvoisin (FMM) Ende 1999 das Projekt aufgegeben. Die FMM wird 2000 ein neues Projekt zur öffentlichen Auflage aus-schreiben, welches die Entleerung der Stauanlage umgeht.

Oberwallis

KW Mutti/Zermatt: Diese Anlage ist im Bau.

Leuk: Das Trinkwasserturbinierungsprojekt steht im Genehmigungsverfahren.

Ferden/Staumauer: Die Bewilligung zur Wiederinstandstellung der Annexbauten wurde erteilt.

ELEKTRISCHE LEITUNGEN UND SCHALTANLAGEN

Freileitungen 380/220/132/65 kV Ulrichen All'Acqua: Auf den Baubewilligungsantrag der Gesellschaften ATEL und BKW im April 1999 hat der Kanton eine positive Vormeinung angegeben. Es geht um das Ersetzen einer fünfzigjährigen Dreierbündel-220 kV-Leitung, durch eine leistungsfähigere 380 kV-Leitung versehen mit zwei Dreierbündeln, welche auf längere Sicht die Ost-West-Achse für den Stromtransport verstärkt, die Transportverluste um ca. 10 GWh (2000 Haushaltungen) reduziert und es ermöglicht, durch den Verbund der Gothard-Achse mit dem Wallis, das SBB-Netz zu schliessen. Dieses Projekt, gegen das keine Einsprachen vorlagen, geht aus dem **Kantonalen Rahmenplan der Leitungen und Schaltanlagen des Kantons Wallis** hervor.

65 kV-Leitungen und Schaltanlagen: für die Schaltanlagen von Riddes (65 kV), Niedergesteln (65/16 kV), und Châble (65/16 kV) wurde eine Baubewilligung eingeholt.

Antennen: 14 Anfragen für Antennenbaubewilligung (auf HS-Mast 220 kV), für das Mobiltelefonnetz, wurden vom DGSE mit positiver Vormeinung beantwortet.

SONDERAKTIVITÄTEN IM JAHRE 1999

Die Sonderaktivitäten der Dienststelle für Wasserkraft waren insbesondere:

■ Beratung/Beistand/Zusammenarbeit:

Zusammenarbeit mit den Gebirgskantonen für die Koordination der Verteidigung i.S. Anwendung der Art. 80 ff des GSchG (Sanierung der Wasserfassungen zulasten der Wasserkraftgesellschaften),

Weiterbehandlung von 9 Entschädigungsbegehren für Verzicht auf Nutzung der Wasserkraft in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Wasser und Geologie (BWG) und dem BUWAL (zuständige Behörden) in Hinsicht auf die Vorbereitung der Schutzverträge.

■ **Aktivitäten der paritätischen Expertenkommission:** die meisten Wasserkraftanlagen (45) wurden besichtigt und die Anfangsberichte für die besichtigten Wasserkraftanlagen stehen zur Verfügung.

■ **Interdisziplinäre Zusammenarbeit:** 1999 hat die DWK an folgenden Arbeitsgruppen oder interdisziplinären Kommissionen teilgenommen: die Arbeitsgruppe KW Rhone, die Projektgruppe CONSECRU, die Pilotgruppe der 3. Rhonekorrektur, die mit einer Pilotstudie über die Sanierung der Wasserfassungen (GSchG Art. 80 ff) beauftragte Arbeitsgruppe, die Arbeitsgruppe für die Ausübung des Heimfallrechts der Anlagen Chippis-Rhône, Martigny-Bourg und Tanay, die eidg. Kommission für Wasserwirtschaft, die Reflexionsgruppe des für die Erarbeitung der Unterwerfungskriterien der Stauanlagen, welche ab Januar 2004 einer kantonalen Ueberwachung unterstehen werden, die Fünfjahresbesichtigung der Staumauern Mauvoisin und Mattmark mit dem BWG (zuständige Behörde).

ELEKTRIZITÄT SERZEUGUNG 1998–1999 (hydrologisches Jahr)

Periode	WINTER 1.10-31.3		SOMMER 1.4-30.9		JAHR 1.10-30.9	
	GWh	%	GWh	%	GWh	%
Anlagentyp						
Wasserkraftwerke	4232.016	39.7	6430.415	60.3	10662.431	100
Thermische KW	483.367	66	249.166	34.0	732.532	100
TOTAL	4715.382	41.4	6679.581	58.6	11394.963	100

KANTONALE AUSGLEICHSKASSE DES WALLIS

Die Kantonale AHV-Ausgleichskasse wurde in Anwendung des Artikels 61 des AHVG und des Artikels 1 des kantonalen Ausführungsgesetzes (AGAHVG) als **selbständige öffentliche Anstalt** errichtet. Die Kantonale Ausgleichskasse ist mit der Durchführung **mehrerer Bundesgesetze**, die Sozialversicherungen betreffend, betraut. In Anwendung der Artikel 63, Absatz 3 AHVG und 131, Absatz 2 AHV haben die Bundesbehörden den Kanton ermächtigt, der Kantonalen Ausgleichskasse **verschiedene kantonale Aufgaben** zu übertragen. Für die Durchführung der kantonalen Aufgaben gewährt der Staat der Kantonalen Ausgleichskasse Entschädigungen für die Verwaltungskosten.

TÄTIGKEITSBERICHT

Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) und Invalidenversicherung (IV)

Die Renten und die Hilflosenentschädigungen wurden am 1. Januar 1999 um 1% erhöht, um die Teuerung auszugleichen.

Erwerbsausfallentschädigung für Dienstleistende in der Armee und im Zivildienst (EO)

Die Kantonale Ausgleichskasse entrichtet Erwerbsausfallentschädigungen an Dienstleistende in der Armee und im Zivildienst sowie an Jugend und Sport-Kurstellnehmer.

Obligatorische Arbeitslosenversicherung (ALV)

Die Ausgleichskasse beschränkt sich auf die Erhebung der ALV-Beiträge bei ihren Versicherten. Die Erhebung erfolgt gleichzeitig mit den anderen Sozialversicherungen, die sie verwaltet.

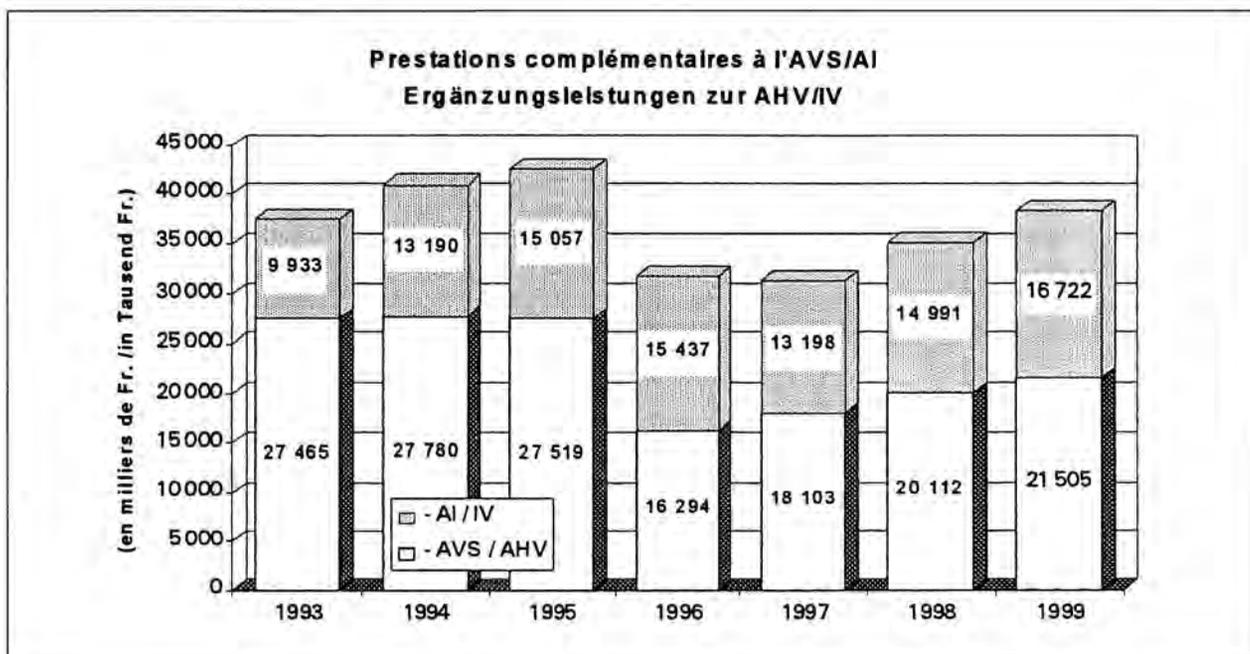
Berufliche Vorsorge (BVG) - Unfallversicherung (UVG)

Die Ausgleichskasse wirkt gemäss BVG und UVG bei der Kontrolle über die Einhaltung der Versicherungspflicht durch die Arbeitgeber mit.

Ergänzungsleistungen zur AHV und zur IV (EL)

Alle Ausgleichskassen haben Ihren Rentenbezügem ein spezielles EL-Merkblatt zugestellt und darauf aufmerksam gemacht, dass sie Ergänzungsleistungen erhalten könnten, wenn die vom Bundesgesetz anerkannten Ausgaben die anrechenbaren Einnahmen übersteigen. Diese systematische Information hat eine starke Zunahme der Anmeldungen und leider auch eine höhere Ablehnungsquote (60%) zur Folge.

Rubriken	Anzahl Fälle		Veränderungen	
	31.12.1998	31.12.1999	absolut	%
AHV-Fälle	2 465	2 578	113	4.6 %
IV-Fälle	1 335	1 505	170	12.7 %
Total	3 800	4 083	283	7.4 %



Zusätzliche kantonale Zulagen (ZKZ)

Die zusätzlichen kantonalen Zulagen bringen den Versicherten eine finanzielle Mehrhilfe, meistens dann, wenn die Ergänzungsleistungen und die weiteren Einkommen die Bedürfnisse nicht vollständig decken.

Rubriken	Anzahl Fälle		Leistungen	
	31.12.1998	31.12.1999	1998	1999
AHV-Fälle	44	43	117 546	168 007
IV-Fälle	79	77	125 998	86 992
Total	123	120	243 544	254 999

Familienzulagen des Bundes

Es gab keine Änderung in der Bundesgesetzgebung betreffend die Entrichtung der Familienzulagen für landwirtschaftliche Arbeitnehmer und für Kleinbauern.

Kantonales Amt für Familienzulagen

Unter der Leitung des DGSE, hat das Kantonale Amt einen Gegenschluss zur Initiative über den Familienschutz in Vernehmlassung gebracht. Dieses Amt hat die Antworten auf die Vernehmlassung ausgewertet und einen Bericht zuhanden des Staatsrates erstellt. Aufgrund dieses Berichtes sollte der Staatsrat eine Entscheidung im Hinblick auf die weitere Behandlung dieses Dossiers treffen können.

Familienzulagen an die landwirtschaftlichen Arbeitnehmer – Familienzulagen an die nichterwerbstätigen Personen – Zulagen an die alleinerziehenden Personen

Erwähnenswert ist eine wesentliche Erhöhung der Familienzulagen zugunsten der nichterwerbstätigen Personen um 18%.

Kantonaler Familienfonds

Die jährliche Haushaltszulage, die für im Kanton wohnhafte, alleinstehende Personen oder Ehepaare mit niedrigem Einkommen und Kinderlasten ausbezahlt wird, erhöht sich auf Fr. 1'260.—.

Familienzulagen an die selbständigerwerbenden Landwirte (FZS)

Die zusätzlichen Zulagen an die selbständigerwerbenden Landwirte sind um 6% gestiegen.

Subventionen an die Krankenkassenbeiträge

Die Ausgleichskasse ist verantwortlich für die administrative Durchführung der Subventionen, die sich im Jahre 1999 auf 120 Mio Franken belaufen.

SCHLUSSFOLGERUNG

Die untenstehende Tabelle zeigt die einkassierten Beiträge und die entrichteten Leistungen in den Jahren 1998 und 1999:

	Einkassierte Beiträge			Entrichtete Leistungen	
	1998	1999		1998	1999
AHV/IV/EO	297 359 067	303 809 304	AHV	499 303 147	517 573 217
ALV	67 859 505	75 692 790	IV	133 820 840	144 491 451
FZ des Bundes	1 404 354	1 434 626	EO	9 141 431	11 298 811
FZSG	1 832 807	1 928 804	EL AHV/IV	36 834 043	40 083 179
Familienfonds	8 435 763	8 504 867	ZKZ AHV/IV	243 544	254 999
			FZ des Bundes	5 109 011	5 151 104
			FZ des Kantons	3 721 405	3 937 120
			Familienfonds	7 539 180	8 803 320
			Subventionen an die Krankenkassenbeiträge	110 800 000	120 000 000
Total	376 369 496	391 370 391	Total	806 512 601	853 593 201
Variation		+ 3.8 %	Variation		+ 5.8 %

Die AHV, die IV und die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV registrieren eine wesentliche Erhöhung der Ausgaben infolge der Bevölkerungsveralterung, der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Gesetzesrevisionen.

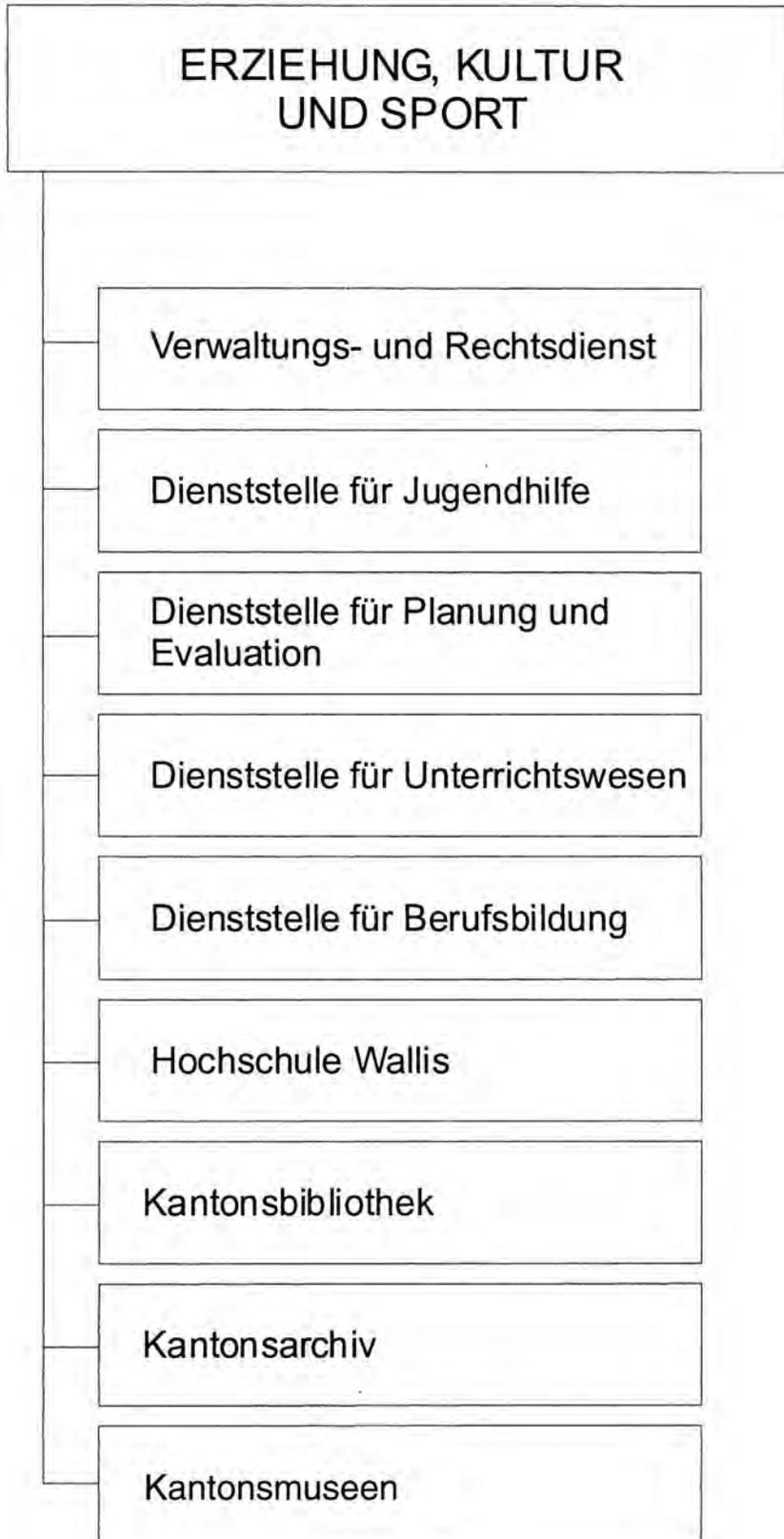


DEPARTEMENT FÜR ERZIEHUNG, KULTUR UND SPORT

FÜR DAS JAHR 1999



**DEPARTEMENTSVORSTEHER: SERGE SIERRO
STELLVERTRETER: JEAN-JACQUES REY-BELLET**



EINLEITUNG

Das verfllossene Jahrhundert war zu einem bedeutenden Teil eine Epoche der Güterproduktion. Die rationelle Herstellung von Gütern bildete die Voraussetzung für den Fortschritt und die Wohlfahrt der Völker. Im Zeitalter, das sich jetzt eröffnet, wird der ökonomische und soziale Fortschritt vor allen Dingen auf Wissen und auf der Fähigkeit beruhen, ausgehend von wissenschaftlichen Erkenntnissen neue Technologien zu entwickeln. Es handelt sich nicht um eine schlichte Vermutung: Der Paradigmenwechsel hat vor rund fünfzehen Jahren angefangen; er setzt sich zunehmend durch und erfasst auch schon das allgemeine Bewusstsein.

Wir wissen also seit einiger Zeit, dass unsere Gesellschaft neue und erweiterte Ausbildungsbedürfnisse hat. Zu Beginn stand noch nicht fest, ob die Gesellschaft bereit sein würde, diese Herausforderung auch anzunehmen. Überblickt man die Veränderungen, die sich in der Bildungslandschaft ergeben haben, darf man erfreut feststellen, dass alle Sozialpartner gewillt sind, das ihnen Mögliche zu tun. Die Jugend beweist einen starken Willen, zu einem höheren Kenntnisstand zu gelangen; sie wird darin von den älteren Generationen und den politischen Behörden unterstützt.

Es mag auf den ersten Blick paradox erscheinen, doch hat der Bedarf nach höherer Kompetenz auch zur Folge, dass man die in den ersten Phasen der Ausbildung vermittelten Disziplinen straffen und begleitende Fächer zugunsten jener ausscheiden muss, die schwergewichtig zur Entwicklung der Intelligenz und des Urteils beitragen. Es zeigt sich immer deutlicher, dass das Lernenkönnen – nicht nur in jungen Jahren, sondern das ganze Leben hindurch – von ein paar grundlegenden Fähigkeiten abhängt, so von jenen des Ausdrucks, der Abstraktion, der Spekulation oder Vorstellungskraft.

Wir haben uns daher im Laufe des vergangenen Jahres ganz intensiv einer Arbeit gewidmet, die man als Neuausrichtung des Unterrichts bezeichnen kann. Die Notwendigkeit einer Neuausrichtung betrifft zwar in erster Linie die obligatorische Schulpflicht, zeigt sich aber auch auf der Gymnasialstufe. Die Einführung der neuen eidgenössischen Maturität brachte den Studierenden willkommene Wahlmöglichkeiten. Man stellt mit Befriedigung fest, dass sich der Übergang dank der offenen Haltung des Lehrpersonals ohne besondere Schwierigkeiten vollziehen konnte. Unsere Bemühungen werden weitergehen, und zwar im Sinne einer Koordinierung innerhalb der Interkantonalen Erziehungskonferenz der Westschweiz und des Tessins.

Die Zahl der Universitätsstudenten hat im Laufe der letzten Jahre und Jahrzehnte ständig zugenommen; sie hatte auch 1999 wieder einen Zuwachs zu verzeichnen. Sehr viele Walliser/innen machen von dieser Bildungsmöglichkeit Gebrauch, trotz der Tatsache, dass es in unserem Kanton keine Fakultäten gibt und dass das Studium für die Eltern eine finanzielle Belastung darstellt. Dieser Zulauf ist sehr erfreulich; man bedauert nur, dass die technisch-naturwissenschaftlichen Disziplinen nicht mehr junge Menschen anziehen, obschon sie überaus vielfältige berufliche Möglichkeiten eröffnen.

Das Wallis liegt nicht völlig ausserhalb des universitären Bereichs. Es hat an ihm teil dank dem Institut Kurt Bösch und den Ausbildungsangeboten der Fernuniversität in Brig und des CRED in Siders. Das Fernstudium hat sich in den Vereinigten Staaten, in Kanada, in Deutschland und in ein paar anderen Ländern sehr stark entwickelt. Die Vorteile dieser Ausbildungsart werden immer deutlicher angesichts der Fortschritte in der Telekommunikation, von Visiokonferenzen, von schriftlichem Austausch und sogar direktem Gespräch über das Internet. Das Briger Zentrum hat kürzlich ein neues Fernstudienprogramm im Bereich der höheren Fachschulbildung

entwickelt. Wir verhandeln derzeit mit dem Bund, um eine eidgenössische Anerkennung der erwähnten Institute zu erlangen.

Auch die Berufsausbildung erlebt einen raschen und bedeutsamen Wandel. Ein zurzeit in der Vernehmlassung befindliches neues Bundesgesetz weist in die Richtung einer erneuerten Ausbildung mit vermehrter Flexibilität und Dynamik. Die Lehrlinge kommen ebenfalls in den Genuss einer Neuausrichtung des Lehrangebots. Die Basisfächer erhalten mehr Raum, während ein System von Wahlfächern dafür sorgt, dass sich die Jugendlichen je nach Neigung und Bedarf noch besondere Kompetenzen aneignen können. Das Wallis hat schon eine Reihe von Anpassungen durchgeführt, die einen sanften Übergang zum neuen System sicherstellen.

Die Berufsmaturität hat sich im schweizerischen Bildungssystem weit schneller durchgesetzt als erwartet. Diese Feststellung ist erfreulich, gerade auch zu einem Zeitpunkt, wo die Höheren Fachschulen ausgebaut werden, die man gelegentlich auch als Berufsuniversitäten bezeichnet. Die Höheren Fachschulen des Wallis haben beachtlichen Erfolg in den drei Bereichen, die bereits entwickelt worden sind, nämlich Betriebsführung, Verwaltungsinformatik und Ingenieurwesen.

Die Zusammenlegung der Fachhochschulen, wie sie der Grosse Rat letztes Jahr beschlossen hat, wird den Unterricht zweifellos dynamisieren und neue Spezialisierungen, zumal im Bereich des Tourismus, ermöglichen. Die Fachrichtungen, die im neuen Zentrum entwickelt werden, werden auch viele ausserkantonale Studierende anziehen – was der Walliser Fachhochschule wiederum neue Impulse verschaffen dürfte.

Der Bereich der Fachhochschulen wird sich in naher Zukunft erweitern durch die Eröffnung einer Pädagogischen Fachhochschule, mit je einem Standort im Ober- und Unterwallis. Das DEKS prüft ausserdem die Möglichkeit, Ausbildungsgänge in künstlerisch-musischen Richtungen zu entwickeln. Es könnte sein, dass in unserem Kanton ein Pilotprojekt im Bereich der bildenden Künste durchgeführt wird. Es ginge darum, einen neuen Typus von Fähigkeitsausweis und Berufsmatura zu realisieren. Es sei hier daran erinnert, dass im Bereich der Fachhochschulen noch andere Entwicklungen im Gange sind, und zwar unter der Federführung des Departements für Gesundheit, Sozialwesen und Energie.

Wir haben im vergangenen Jahr ein weiteres Dossier bearbeitet, das uns genauso am Herzen lag: die Jugendförderung. Die Veränderung der Sozialstrukturen bringt zum Teil neuartige Probleme hervor oder verschärft schon bestehende. Man stellt allgemein fest, dass die Kinder in fragileren Verhältnissen heranwachsen als in früheren Jahrzehnten. Es scheint uns daher dringend geboten, eine Reihe von Massnahmen zu treffen in Bereichen wie Information, Prävention, Unterstützung, Schutz und Beratung, um so zur harmonischen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen beizutragen. Der wichtigste Beitrag besteht in der Ausarbeitung eines neuen «Jugendförderungsgesetzes». Vom Staatsrat genehmigt, wird es dem Parlament noch in diesem Jahr vorgelegt.

Das DEKS hat im abgelaufenen Jahr auch noch andere Fragen behandelt. Diese werden auf den folgenden Seiten kurz und sachbezogen erörtert.

**Der Vorsteher des Departements für
Erziehung, Kultur und Sport**
Serge Siervo

ALLGEMEINE VERWALTUNG

PERSONAL

Dienststelle	Anzahl Etablierungen
Verwaltungs- und Rechtsdienst	25.70
Dienststelle für Jugendhilfe	46.45
Dienststelle für Planung und Evaluation	13.83
Dienststelle für Unterrichtswesen	28.55
Dienststelle für Berufsbildung	53.44
Hochschule Wallis	40.40
Kantonsbibliothek	19.17
Kantonsarchiv	6.60
Kantonale Museen	13.40
Total	247.54

MOTIONEN, POSTULATE

- 3.056 Postulat der Abgeordneten André Métroz (FDP) und Charles Monnet (Suppleant / FDP), betreffend Straffung der Programme

Die Straffung der Programme hat im Departement Priorität. Eine Kommission wurde mit dieser Aufgabe betraut. Sie hat in enger Zusammenarbeit mit den Lehrervereinigungen und unter Berücksichtigung des Vorhandenen und der interkantonalen Schulkoordination Vorschläge zu unterbreiten.

- 3.057 Motion der zweiten Kommission «Wallis-Universitäten» durch den Abgeordneten Thierry Fort, betreffend Ausführungsgesetze zu den Bundesgesetzen über die Forschung und Unterstützung der Universitäten.

Die Motion wurde angenommen und ein Gesetzesentwurf über Bildung und Forschung auf Hochschulstufe wird dem Parlament im Verlaufe des Jahres 2000 unterbreitet.

- 3.058 Postulat des Abgeordneten Charles Monnet (Suppleant / FDP) und Konsorten zur Frage «Religionsunterricht in den Schulzentren?»

Eine aus Vertretern der anerkannten Kirchen und Vertretern der Eltern- und Lehrerorganisationen zusammengesetzte Arbeitsgruppe studiert gegenwärtig diese Frage. Die Arbeiten sollen zur Klärung der anzustrebenden Ziele und der Unterrichtsprogramme für die obligatorische Schule führen.

- 3.059 Postulat der Gruppe CVPO durch den Abgeordneten Richard Kalbermatter, betreffend die Verteilung der an die Grundausbildung und an die Bildung im tertiären Bereich gebundenen Kosten.

Die in diesem Postulat aufgeworfenen Fragen werden anlässlich der Debatte des Gesetzes über die Bestimmung der Standorte und die Festlegung der Beiträge der Standortgemeinden an die Höheren Berufsschulen erörtert.

- 3.063 Motion der sozialdemokratischen Gruppe durch den Abgeordneten Yves Ecoeur (SP) betreffend «R2000: Wagen wir zu evaluieren!»

Die Regierung teilt die Meinung des Abgeordneten Ecoeur über die zu bewertenden Elemente und eine sachdienliche

externe Evaluation. Es genügt die durch den Hinterleger geforderten Bestimmungen in die Verordnung über die Pilotprojekte einzufügen und diese entsprechend anzupassen.

- 3.064 Postulat der Abgeordneten Thierry Fort (FDP), Albert Arlettaz (FDP), Stéphane Rossini (SP), Yves Ecoeur (SP) und Konsorten, betreffend das vierte Orientierungsschuljahr als Berufsvorbereitung.

Der Vorschlag, das vierte OS-Jahr als Berufsvorbereitung wo nötig als verbindlich zu erklären, wird gegenwärtig von einer durch das DEKS eingesetzten Arbeitsgruppe geprüft.

- 3.066 Postulat der Abgeordneten Susanne Hugo-Lötscher (Suppleantin / SPO), betreffend die Hausaufgaben auf Primar- und OS-Stufe.

Die gesetzlichen Bestimmungen und Empfehlungen gestatten den Lehrkräften, den Schülern (unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und technischen Veränderungen) angemessene Hausaufgaben aufzuerlegen. Es ist nicht geplant, auf Hausaufgaben und eine Vertiefung des unterrichteten Stoffes ausserhalb der Schulzeit zu verzichten. Soweit erforderlich, ist das DEKS bereit, sich mit der Problematik zu befassen und unbedingt notwendige Anpassungen vorzunehmen.

- 3.069 Postulat der Finanzkommission durch seinen Präsidenten, den Abgeordneten Yves Bagnoud, über die Revision der Bestimmungen und Richtlinien von 1975, den Schulhausbau betreffend.

Die Einführung von Standardnormen zur pauschalen Subventionierung verursachten keine grosse Einsparungen. Dennoch wird der Beitrag an das Bauland aufgehoben und eine nicht zu vernachlässigende Vereinfachung der Verwaltungsarbeiten realisiert. Eine sinnvolle Anpassung an die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Kantons und die geschuldeten Beiträge darf nicht vor der Anwendung von Standardnormen Halt machen.

- 3.078 Postulat der Abgeordneten, Isabelle Kessler-Revaz (élu libérale), Raymond Pernet (PDCC) und Henri Carron (SP) betreffend die Diplommittelschulen.

Der Staatsrat hat sich auf der Grundlage einer Studie des DEKS bereit erklärt, die Ausbildungsdauer von zwei auf drei Jahre zu erweitern und soweit als möglich mindestens im ersten Jahr gemeinsamen Unterricht mit der Handelsschule zu organisieren. Das Postulat ist in diesem Sinn angenommen worden.

- 3.079 Postulat der christlichdemokratischen Gruppe durch die Abgeordneten Pascal Rey (Suppleant), und Richard Meyer, betreffend das «burn out» der Lehrkräfte.

Das DEKS gesteht zu, wie der Motionär es wünscht, aufmerksam gegenüber der Problematik des «burn out» der Lehrkräfte zu bleiben, in dem Lösungen durch Koordination mit den bestehenden Diensten gesucht werden, ohne zusätzliche Psychologen anstellen zu müssen.

- 3.080 Postulat der Abgeordneten Pascal Rey (Suppleant), André Fagioli und Jeanine Zufferey (christdemokratische Gruppe des Zentrums), betreffend misshandelter Gruppen

Der Staatsrat hat eine Arbeitsgruppe beauftragt, sich mit den angesprochenen Problemen zu befassen und Vorschläge zu entsprechender Prävention auszuarbeiten.

- 3.081 Postulat der Abgeordneten Bruno Tscherrig (CSPO) und Esther Waeber-Kalbermatten (SPO) und Konsorten, betreffend den Turn- und Sportunterricht an den Berufsschulen.

Der Staatsrat wird im Rahmen des Finanzplanes 2002-2005 die Möglichkeiten des etappenweisen Baus der für den Turn- und Sportunterricht an den Berufsschulen notwendigen Turnhallen prüfen.

- 3.082 Postulat der Abgeordneten Marie-Jeanne Grand Meichtry (Suppleantin / FDP) und Patrick Dumoulin (Suppleant / FDP) betreffend die Beherrschung der Informatiktastatur.

Das Postulat wird im Sinne der Hinterleger angenommen.

- 3.083 Postulat des Abgeordneten Stéphane Rossini (SP) und Konsorten, betreffend die Zulassung zum Kollegium.

Das gegenwärtige Stipendiensystem sowie die laufende Revision des Steuergesetzes (Abzüge für Kinder in Ausbildung) sollten es erlauben, die Ausbildungskosten zu Lasten der Eltern zu mildern.

- 3.085 Motion der Gruppe PDCC durch den Abgeordneten Pascal Rey (Suppleant), betreffend die Subventionierung des neunten Schuljahres im Kollegium.

Die Mitglieder des Parlaments haben mit grosser Mehrheit den Vorschlag des Staatsrats, die Motion in ein Postulat umzuwandeln, abgelehnt und die Kommission «Familie» beauftragt, die durch den Verfasser verlangten Anpassungen zu prüfen.

VERWALTUNGS- UND RECHTSDIENST DES DEKS

GESETZGEUNG

Neben den ordentlichen und allgemeinen Aufgaben rechtlicher Natur, wie die Vorbereitung von Verfügungen und Stellungnahmen, schriftlichen und mündlichen Rechtskonsultationen, Beratung und Interpretation der durch das Departement anzuwendenden Bestimmungen, Repräsentationen des Departements in verschiedenen ausserkantonalen Organisationen, war die Dienststelle 1999 mit der Ausarbeitung folgender Legislationsaufträgen beschäftigt:

- Gesetz vom 22. September über den Beitritt zur interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (FHV) für die Jahre 1999 bis 2005
- Ausführungsgesetz vom 22. September 1999 über die Walliser Fachhochschule (FH-VS)
- Gesetz vom 11. November 1999 zur Standortbestimmung und Beteiligung der Standortgemeinden für die kantonalen Schulen der tertiären Stufe
- *Entwurf zur Verordnung über das Statut des Personals der Pädagogischen Hochschule Wallis (PH-VS)
- *Gesetzesentwurf über das Dienstverhältnis des Personals der Fachhochschule Wallis (FH-Wallis)
- *Entwurf zum Weiterbildungsgesetz
- *Gesetzesentwurf über Bildung und Forschung auf Hochschulstufe
- *Gesetzesentwurf zur Abänderung des Gesetzes vom 4 Oktober 1996 über die Höhere Pädagogische Lehranstalt

Die mit (*) versehenen Erlasse werden im Verlaufe des Jahres 2000 im Grossen Rat behandelt.

KULTURELLE TÄTIGKEITEN

Kulturrat

Der Kulturrat hielt 1999 vier Plenarsitzungen ab; die Mitglieder des Kulturrates prüften anlässlich dieser Sitzungen insgesamt über 300 Subventionsgesuche. Diese Zahl widerspiegelt sehr gut das rege kulturelle Leben in unserem Kanton. Der Kulturrat erstellte einen Kriterienkatalog betreffend die Förderungspraxis der kulturellen Aktivitäten, der im Jahre 2000 veröffentlicht wird. Im Juli 1999 trat das Reglement zur Kulturförderung in Kraft.

Kulturelle Tätigkeiten im Schulbereich

Der Staat beteiligt sich weiterhin finanziell an zahlreichen Projekten auf allen Unterrichtsstufen. Die kulturelle Tätigkeit in den Walliser Schulen nimmt mittlerweile ihren festen Platz ein. Wie bisher werden kulturelle Projekte mit aktiver Schülerbeteiligung bei der Subventionszuteilung vorrangig behandelt. Das Budget betreffend die kulturellen Tätigkeiten im Schulbereich wurde 1999 leicht erhöht.

Kulturpreis des Staates Wallis

Auf Vorschlag des Kulturrates verlieh der Staatsrat den Kulturpreis des Kantons Wallis für das Jahr 1999 dem aus Monthey stammenden Musiker und Komponisten Pierre Mariétan, der in Paris wirkt und lebt.

Die Förderpreise erhielten die Künstlerin Sybilla Walpen aus Visp, das Tanz-, Musik- und Videoensemble INTERFACE aus Sitten sowie die Irland-Rock-Gruppe GLEN of GUINNESS, die im Jahre 1993 in Martinach gegründet wurde und aus 8 Musikern besteht.

1999 gewährte der Staatsrat auf Vorschlag des Kulturrates 4 Förderpreise an folgende Nachwuchskünstler: Valentin Carron, Installationen, Fully; Charles-François Duplain, Installationen, Gravuren, Photo, Sitten; Elisabeth Hermann, Zeichnungen, Comics, Installationen, Albinen und Luzern; Johannes Loretan, Malerei, Brig.

Kontakte

Der Kulturbeauftragte pflegt wie bisher regelmässigen Kontakt zu den ausserdepartementalen Stellen im Rahmen der Konferenzen der Kulturdelegierten der Westschweiz und der gesamten Schweiz. Auf internationaler Ebene arbeitet der Kulturbeauftragte weiterhin mit den Erziehungs- und Kulturkommissionen des «Conseil du Léman» und der Arbeitsgemeinschaft der westlichen Alpen «COTRAO» zusammen.

Seit 1999 nimmt der Kulturdelegierte als Mitglied der Walliser Delegation der Loterie Romande an deren Sitzungen teil.

Weiter beteiligte sich der Kulturbeauftragte unter anderen an folgenden Projekten:

Olympische Spiele SITTEN 2006: Kulturprogramm in Zusammenarbeit mit dem Ethnologen Bernard Crettaz.

Organisation MILLENIUM: Schenkung des Wallis an den Bischof von Sitten 999

WALLIS-UNIVERSITÄTEN

Allgemein

Das Jahr 1999 ist gekennzeichnet durch die Erarbeitung eines Gesetzesentwurfes über Bildung und Forschung auf Hochschulstufe und des Inkraftsetzens der neuen Vereinbarung über interkantonale Universitätsbeiträge.

Im weiteren konnten sich die meisten Projekte, welche im Zusammenhang mit Wallis-Universitäten stehen, im Rahmen der Projekte der Ankurbelung der Wirtschaft gut entwickeln.

Die neue Interkantonale Vereinbarung über Universitätsbeiträge, welche 1999 in Kraft trat, sieht die folgenden Beiträge vor.

- Fr. 9500.— für Geistes- und Sozialwissenschaften
- Fr. 23000.— für Exakt-, Technik- und Naturwissenschaften
- Fr. 46000.— ab dem 3. Studienjahr in Human-, Zahn- und Veterinärmedizin (klinische Ausbildung)

Der Gesamtbetrag für den Kanton Wallis beträgt nach einem Abzug von 10 % für Migrationverluste Fr. 25'640'775

Eine Interdepartementale Arbeitsgruppe wurde gemäss Staatsratsbeschluss vom 30. Juni 1999 beauftragt, die Umsetzung dieser Vereinbarung zu überwachen und zu steuern.

Gesetzgebung

Der Staatsrat hat eine ausserparlamentarische Kommission eingesetzt, welche ein Gesetzesentwurf «Wallis Bildung und Forschung auf Hochschulstufe» erarbeitet. Diese Arbeiten sind abgeschlossen. Nach der Vernehmlassung wurde dieses Projekt am 22. Dezember 1999 durch den Staatsrat angenommen.

Wir verweisen im Weiteren auf die aktive Mitarbeit von «Wallis-Universitäten» bei der Erarbeitung eines Gesetzesentwurfes zur Erwachsenenbildung, welchem der Staatsrat am 22. Dezember 1999 zugestimmt hat.

Subventionen 1999

Beteiligung an den Projekten zur Ankurbelung der Walliser Wirtschaft

Es handelt sich dabei um Projekte im Bereich der höheren Ausbildung, der Forschung, Entwicklung und um eine Verbesserung der Arbeitsresultate der Institute, welche im Genuss einer Subvention sind.

Eidgenössische Anerkennung von universitären Instituten im Wallis

Das universitäre Institut Kurt Bösch wurde offiziell in die Institutionsliste des universitären Systems aufgenommen. Dies betrifft vor allem das Abkommen zwischen Deutschland und der Schweiz zur gegenseitigen Anerkennung und bei Äquivalenzen.

Die Eidgenossenschaft wird 8 neue nationale Forschungszentren aufbauen. Das IDIAP in Martinach hat die erste Selektion mit Auszeichnung überstanden.

Immer noch erwarten das ZUF und das CRED, neuerdings vereint unter einer Stiftung, die Eidgenössische Anerkennung durch das Hochschulförderungsgesetz. Die Eidgenössische Subvention wird 2000 erhöht und auch der Kanton wird seinen Beitrag erhöhen. Insgesamt sind 808 Studenten immatrikuliert, davon 290 in der Weiterbildung.

Die Forschungsinstitute haben in dem Jahr 1999 verschiedene nachhaltige Entwicklungen durchgemacht.

Folgende Ausbildungsinstitute kamen in den Genuss der kantonalen Subventionen im Rahmen der Wallis – Universitäten:

● **Ausbildungsinstitute**

Universitäre Institut Kurt Bösch (IUKB); Studienzentrum (ZUF); Centre Romand d'Enseignement à Distance (CRED)

● **Forschungszentren**

Oberwallis: Institut für Technologie und Wirtschaftsinformatik (TEWI); Institut für Wirtschafts- und Sozialfragen (IWS); Universitären Forschungszentrum für Mehrsprachigkeit (UFM); Forschungsinstitut zur Geschichte des Alpenraumes (FGA)

Unterwallis: Centre de recherche sur la créativité (IFCL); Institut de recherche en informatique (ICARE); Institut de recherche en intelligence artificielle perceptive (IDIAP); Centre alpin de phytogéographie (CAP); Centre de recherche et d'étude sur les population alpines (CREPA)

● **Anderer Begünstigte**

VS-Net: Wissenschaftliches Netz
Akademische Gesellschaft Wallis
Fernfachhochschule Schweiz, Brig: Unterstützungen über Dienstleistungen

Walliser Studierende und finanzielle Beteiligung des Kantons

Mit der Vereinbarung hat der Kanton Wallis folgende Beiträge bezahlt:

Im Jahre 1992 für 2'376 Studenten Fr. 19'013'000.—, d.h. Fr. 8'000.— pro Student
 Im Jahre 1993 für 2'327 Studenten Fr. 19'779'500.—, d.h. Fr. 8'500.— pro Student
 Im Jahre 1994 für 2'397 Studenten Fr. 20'888'218.—, d.h. Fr. 8'712.— pro Student
 Im Jahre 1995 für 2'446 Studenten Fr. 21'400'391.—, d.h. Fr. 8'747.— pro Student
 Im Jahre 1996 für 2'503 Studenten Fr. 22'310'615.—, d.h. Fr. 8'913.— pro Student
 Im Jahre 1997 für 2'558 Studenten Fr. 22'987'738.—, d.h. Fr. 8'984.— pro Student
 Im Jahre 1998 für 2'570 Studenten Fr. 24'109'432.—, d.h. Fr. 9'029.— pro Student
 Im Jahre 1999 für 2'558 Studenten Fr. 25'640'775.—, d.h. Fr. 10'023.— pro Student

Das Bundesamt für Statistik zeigt die Entwicklung der Walliser Studierenden wie folgt auf:

Im Jahre 1992/1993 3'237 Studenten: 1'241 Frauen, d.h. 38,3 % und 1'996 Männer d.h. 61,7 %
 Im Jahre 1995/1996 3'318 Studenten: 1'360 Frauen, d.h. 41,0 % und 1'958 Männer d.h. 59,0 %
 Im Jahre 1996/1997 3'398 Studenten: 1'424 Frauen, d.h. 41,9 % und 1'974 Männer d.h. 58,1 %
 Im Jahre 1997/1998 3'452 Studenten: 1'477 Frauen, d.h. 42,8 % und 1'975 Männer d.h. 57,2 %
 Im Jahre 1998/1999 3'560 Studenten: 1'553 Frauen, d.h. 43,6 % und 2'007 Männer d.h. 56,4 %

Die Verteilung der Walliser Studierenden nach Fakultäten:

Gemäss Studiengängen der Walliser Studenten im Jahre 1998/1999, (3560 Studierende) sieht die Verteilung wie folgt aus: Geistes- und Sozialwissenschaften 1'518 (42,64 %); Naturwissenschaften 518 (14,55 %); Medizin und Pharmazie 407 (11,43 %); Technische Wissenschaften 338 (9,49 %); Wirtschaftswissenschaften 361 (10,14 %); Rechtswissenschaften 359 (10,08 %); Andere 59 (1,65 %)

Verteilt auf die Schweizer Hochschulen ergibt sich folgendes Bild

Basel 57 (1,60 %); Luzern 3 (0,08 %); Zürich 82 (2,30 %); Lausanne 907 (25,74 %); Bern 359 (10,08 %); Neuchâtel 96 (2,69 %); Freiburg 809 (22,72 %); EPFL 307 (8,62 %); Genf 651 (18,28 %); EPFZ 217 (6,09 %); St. Gallen 67 (1,88 %); Tessin 5 (0,14 %)

Total der Walliser Diplome im Jahre 1997: 607
 Total der Walliser Diplome im Jahre 1998: 504

JUGEND UND SPORT UND SPORT-TOTO

Aus- und Weiterbildung der Leiter sowie des Kaders

1999 wurden 2'167 Experten und Leiter aus- und weitergebildet. 1998 waren dies 2'226 Personen. Die Differenz beträgt somit 59 (-2,65 %).

Das J+S-Amt hat 29 (+3) einwöchige Leiterkurse und 22 (-2) 1- oder 2-tägige Fortbildungskurse organisiert.

Jugendausbildung

33'534 (+ 0,77 %) Mädchen und Jungen im Alter von 10 bis 20 Jahren haben in 28 verschiedenen Sportfächern teilgenommen. Es wurden 1'664 (+ 2,84 %) Kurse oder Lager von 4'504 (+ 1,95 %) J+S-Leitern organisiert und durchgeführt.

Finanzielle Beteiligung des Bundes

Die finanzielle Beteiligung des Bundes beläuft sich auf Fr. 3'228'687.—. Die Abnahme beträgt somit Fr. 46'067.— (-1,40 %).

Sport-Toto

Der zugesprochene Anteil durch die Sport-Toto-Gesellschaft für das Wallis verringerte sich auf Fr. 1'889'242.— (-2,89 %). Diese Abnahme erklärt sich durch den kleineren «Jackpot».

Gemäss den geltenden Vorschriften wurden diese Gelder wie folgt verteilt:

- 60 % des Betrags ging an die verschiedenen kantonalen Sportvereinigungen
- 40 % des Betrags wurde für Bauten und andere Handlungen eingesetzt.

Kantonales Sportzentrum Ovronnaz

1999 belaufen sich die Übernachtungen auf 10'761. Die Abnahme beträgt: 544 (-4,81 %). Grund: Verschiedene Schullager wurden mit weniger Teilnehmern durchgeführt.

STIPENDIEN UND AUSBILDUNGSDARLEHEN

Tätigkeit

Die kantonale Kommission für Stipendien und Ausbildungsdarlehen ist 1999 neunmal zusammengetreten. Die Mehrzahl ihrer Sitzungen hat sie der Prüfung von Gesuchen gewidmet. Sie hatte ebenfalls Gelegenheit, verschiedene, mit der Ausrichtung von Ausbildungshilfen zusammenhängende Probleme zu prüfen.

Geprüfte Gesuche

	Gestellte Gesuche	Entsprichene Gesuche
Hochschulstudenten	1'320	1'138
Ingenieurstudenten	241	185
Mittelschüler	596	466
Lehramtskandidaten	36	33
Lehrlinge	440	252
Künstlerberufe	110	87
Kaufmännische Berufe	204	160
Paramedizinberufe	308	241
Sozialberufe	57	45
Berufliche Weiterbildung	108	85
Andere Berufsfachschulen	271	212
Total	3'691	2'904

Entwicklung der Zahl der Gesuche von 1991 bis 1999

1992	3465	1996	3347
1993	3475	1997	3382
1994	3363	1998	3603
1995	3170	1999	3691

Dienststelle für Jugendhilfe

Die kantonale Dienststelle für Jugendhilfe setzt sich wie folgt zusammen:

- Die administrative Sektion (AS)
- Der Dienst für Erziehungsberatung, Kinder- und Jugendpsychiatrie (EBKJP) mit sechs Regionalstellen und der Abteilung für Kinder- und Jugendpsychiatrie
- Das kantonale Jugendamt (KJA) mit sechs Regionalstellen
- Das Amt für Frühberatung für das Unterwallis (AFB-UW)

Der KDZH obliegen Tätigkeiten im Bereiche der Prävention bei Kindern und Jugendlichen, sowie Familien und Institutionen, welche Minderjährige betreuen. Ihre Ressourcen im Bereiche der Erziehungsberatung werden von Eltern rege beansprucht. Im französischsprachigen Kantonsteil obliegt der Dienststelle die heilpädagogische Frühberatung bei Kindern mit schweren Entwicklungsstörungen. Zu ihren Aufgaben gehören ebenfalls die Mitarbeit bei der Platzierung von Minderjährigen in sozialpädagogischen Einrichtungen, bei Pflegefamilien und im Rahmen der familienexternen Tagesplatzierung. Ihr obliegt die Aufsicht der sozialpädagogischen Heime und eine Beteiligung an ihren Betriebs- und Investitionskosten.

An der Erarbeitung des Vorentwurfes zum neuen Jugendgesetz hat der KDZH sich engagiert beteiligt. Dieses Gesetz wird zu einem bedeutenden Werkzeug für die zukünftige Jugendpolitik. Aus einer ganzheitlichen Sichtweise behandelt es die Jugendförderung, die Unterstützung der Jugendorganisationen und ihrer Projekte, die Prävention, der Jugendschutz und die spezialisierte Jugendhilfe.

Nach der Annahme durch unser Land am 24. Februar 1997 der UNO -Kinderrechtskonvention von 1989 über die Rechte des Kindes, hat eine Expertengruppe die Lage des Kindes in unserem Kanton analysiert. Gemeinsam mit der Vernehmlassung des Vorentwurfes zum neuen Jugendgesetz wurde dieser Bericht breiten Kreisen zugänglich gemacht. Gesamthaft gesehen entsprechen die Lebensbedingungen unserer Kinder den Auflagen der Konvention. In mehreren Bereichen sind jedoch Massnahmen notwendig. Vordringlich ist die Information über den Inhalt des Übereinkommens an die jungen Menschen, der Eltern und der Fachleute, die sich mit Kindern und Jugendlichen beschäftigen.

Anhand der Broschüre «Kinderschutz vor Misshandlungen und sexueller Ausbeutung» wurden bereits die Elternorganisationen, der Lehrkörper, die Waisenämter und die Gesundheitsfachleute über den Inhalt des Übereinkommens informiert. In Zusammenarbeit mit der jungen Wirtschaftskammer und Partnern hat die Dienststelle zum internationalen Tag des Kindes in verschiedenen Schulen und über die Medien Informationen zum Thema Kinderrechte vermittelt.

Die administrative Sektion

Die administrative Sektion der KDZH übernimmt das Inkasso für die Leistungen, welche die 3 Ämter in Rechnung stellen. Materielle Hilfe konnte sie bei besonderen familiären Notlagen weiterleiten. Hierzu stand ein Betrag von Fr. 5000.—, der ihr im Rahmen des Alkoholzehntels zugeteilt wird zur Verfügung.

Die AS hat die Budgets und die Rechnungen der sozialpädagogischen Einrichtungen analysiert, diskutiert und kontrolliert. Diesbezüglich ist zu vermerken, dass die Verminderung der Bundessubventionen eine Änderung der bestehenden Gesetzgebung notwendig macht und eine Erhöhung der Budgetbeträge erfordert.

Die Sektion hat den Planungsbericht der sozialpädagogischen Einrichtungen für Minderjährige und junge Erwachsene verfasst.

Wie in den vergangenen Jahren befasste sie sich mit der Kontrolle und dem Bewilligungsverfahren von Ferienkolonien.

In Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Informatik verfolgt sie die Informatisierung der verschiedenen Regionalstellen der KDZH. Alle Arbeitsstellen verfügen über einen PC, die Verkabelung der Regionalstellen ist fortgeschritten. Die Vernetzung wurde angefangen und sollte im nächsten Jahr beendet werden.

Die administrative Sektion befasst sich in Zusammenarbeit mit den Regionalsekretärinnen mit der Ausbildung und Betreuung von 6 Berufsmaturanden/Innen. Zudem obliegt ihr die Ausbildungsverantwortung der beiden Lehrtöchter.

Der Dienst für Erziehungsberatung, Kinder- und Jugendpsychiatrie

Die grosse Mehrheit der Ratsuchenden, welche die Hilfe dieses Dienstes in Anspruch nehmen sind zwischen 0 –18 Jahre alt. Junge Erwachsene, die sich noch in Ausbildung befinden, können die Leistungen des Dienstes ebenfalls beanspruchen. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Ratsuchenden und die Zahl der erbrachten Leistungen erneut gestiegen.

Jahr	Anzahl Fälle	Anzahl Interventionen
1997	3871	31725
1998	3915	32374
1999	4092	34721

Die präventiven Massnahmen, die Beratungen, die pädagogisch-therapeutischen Leistungen und die Psychotherapien werden dezentral erbracht. Der interdisziplinäre Mitarbeiterstab besteht aus Fachleuten der Bereiche Psychotherapie, klinische Psychologie, Logopädie, Kinderpsychiatrie und Psychomotorik. Die Versorgung vor Ort erfordert eine enge Zusammenarbeit mit den Schulen, den spezialisierten Institutionen, und den Organisationen für Minderjährige. Die transdisziplinäre und systemische Sichtweise des Dienstes für EBKJP beansprucht eine enge Zusammenarbeit mit der Familie und den verschiedenen für die Kinder relevanten Lebensbereiche. Der Dienst nimmt eine wichtige Aufgabe im Bereiche der Förderung der psychischen Gesundheit und der Behandlung von Entwicklungsstörungen junger Menschen in unserem Kanton wahr.

	Knaben	Mädchen	Total
Goms	50	30	80
Östlich Raron	40	18	58
Brig	209	114	323
Visp	169	94	263
Westlich Raron	104	70	174
Leuk	121	100	221
Siders	355	213	568
Sitten	237	160	397
Ering	87	51	138
Gundis	143	87	230
Martinach	372	245	617
Entremont	111	70	181
St-Maurice	120	95	215
Monthey	345	278	623
Ausserhalb des Kantons	2	2	4
Total	2465	1627	4092

Die präventive Arbeit stellt einen wichtigen Teil der erbrachten Leistungen dar. Es geht zum einen um die Vorbeugung von seelischen Störungen, von Lernstörungen und Verhaltensauffälligkeiten und zum andern um die Stärkung der Kompetenzen der jungen Menschen damit sie mit schwierigen Situationen besser fertig werden. Präventive Arbeit wird in nachfolgenden Bereichen erbracht:

- Beteiligung an Präventionsprojekten;

- Supervision von Sozialpädagogen, Lehrpersonen und Gesundheitsfachleuten;
- Elternbildung;
- Ausbildung, Supervision und Betreuung der schulischen Mediatoren;
- Grundausbildung, Fortbildung und Supervision von Fachleuten, die beruflich mit jungen Menschen arbeiten,

Die Beratung und die Therapie stellt die Hauptarbeit dar. Dabei handelt es sich zur Hauptsache um die therapeutische Arbeit mit den 4092 Ratsuchenden. Wir stellen fest, dass die Komplexität der angemeldeten Fälle zugenommen hat und dass bei einzelnen Problemen neue Strategien erforderlich sind. Damit die Hilfe erfolgreich ist braucht es eine gute Zusammenarbeit mit den Eltern und den anderen Fachleuten.

Die Beratung und die ambulante Therapie stellt für den grössten Teil der jungen Menschen eine angemessene Lösung dar. In besonderen Situationen ist die Einweisung in eine sozialpädagogische Einrichtung erforderlich. Für Kinder und Jugendliche mit schweren psychischen Erkrankungen ist die bisherige Einweisung im Rahmen der Erwachsenenpsychiatrie eine nicht befriedigende Lösung. Die Verfügbarkeit einer kleinen stationären Einheit im Rahmen der Kinder- und Jugendpsychiatrie ist notwendig. Entsprechende Studien über Bedürfnisse und allfällige Lösungen werden zur Zeit durchgeführt.

Die meisten heilpädagogischen und sozialpädagogischen Einrichtungen, sowie die Sonderschulen erhalten eine regelmässige fachliche Hilfe durch den Dienst.

In den verschiedenen regionalen Kinderschutzgruppen arbeiten PsychologInnen des Dienstes in den interdisziplinären Fachgruppen mit. Zur Zeit arbeitet eine Expertengruppe dieses Konzept und wird die Kantonsregierung im kommenden Jahr über die Ergebnisse ihrer Arbeit informieren.

Das Jugendamt

Im Jahre 1999 wurden mehr als 900 Fälle betreut. Diesbezüglich gilt es festzuhalten, dass aufgrund der Massnahmen von A2000 das Amt sich vorwiegend auf Mandate die es von verschiedenen Behörden und Ämtern erhält, konzentriert. Es sind dies:

- Das Jugendgericht für Sozialabklärungen, Betreuung von platzierten Kindern, Erziehungshilfen und Betreuung;
- Die Waisenämter für Abklärungen, Durchführung von Kinderschutzmassnahmen (Art. 307 und ff des ZGB) und Anhörung von Kindern;
- Die kantonale Dienststelle für Zivilstandswesen für die Abklärung von Paaren die Kinder adoptieren möchten, die Betreuung von Familien, die ein Kind zwecks späterer Adoption aufgenommen haben. Diese Dienststelle beauftragt das Jugendamt auch in Fällen, in denen ein Antrag auf Namensänderung vorliegt;
- Die kantonale Fremdenkontrolle für Sozialabklärungen bei der Zusammenführung von Familien oder bei der Durchführung des Besuchsrechtes;
- Die Bezirksgerichte für Abklärungen bei Trennungen und Scheidungen sowie die Anhörung des Kindes;
- Die Strafuntersuchungsgerichte erteilen Mandate betreffend die Abklärung bei Fällen in denen die Eltern angeklagt sind.

Die meisten Fälle werden dem KJA über die Waisenämter und über die Bezirksgerichte zugewiesen.

Um dem starken Zuwachs von Mandaten zu begegnen hat der Grosse Rat der Dienststelle für Jugendhilfe einen zusätzlichen Betrag von Fr. 100.000.— z.Hd. der Personalrubrik des Jugendamtes gesprochen. Mit diesem Betrag wurden 3 Mitarbeiter für ein Nachdiplom-Praktikum angestellt. Die Stellen wurden auf das Ober- und Unterwallis aufgeteilt. Diese provisorische Lösung hat dazu beigetragen, den Erfordernissen besser gerecht zu werden.

Um dem derzeitigen Arbeitsaufwand gerecht zu werden ist eine langfristige Lösung erforderlich. Das KJA hat seit 1981 kein zusätzliches Personal erhalten.

Die Fallstatistik nach Bezirken ist folgende:

	Familien	Knaben	Mädchen	Total
Goms	1	3	4	8
Oestf. Raron	0	3	2	5
Brig	13	37	20	70
Visp	14	23	23	60
Westl. Raron	3	12	6	21
Leuk	5	6	7	18
Siders	24	72	41	137
Sitten	32	88	68	188
Ering	7	6	5	18
Gundis	18	29	31	78
Martinach	24	44	33	101
Entremont	18	1	3	22
St-Maurice	8	12	14	34
Monthey	13	54	71	138
Ausserkantonale	0	6	4	10
Total	180	396	332	908

Die obige Tabelle zeigt, dass die grösste Nachfrage von den Städten und grösseren Ortschaften kommt. Diesbezüglich gilt es zu erwähnen, dass der Bezirk Monthey eine grosse Nachfrage an Leistungen an den Tag legte.

Die Anmeldungen aus dem Bezirk Visp haben erheblich zugenommen.

Bezüglich der Zahl der Dossiers kann festgehalten werden, dass diese in etwa gleich geblieben ist. Eine Aufteilung der erbrachten Leistungen nach Bereichen ergibt folgendes Bild:

<u>Erst- Abklärung</u>	<u>Aufsicht 2 Jahre</u>	<u>Schluss- berichte</u>	<u>Zusatz- Berichte</u>	<u>Adoptionen CH</u>
55	64	22	19	0

Bezüglich der Platzierungen ist zu vermerken, dass deren Zahl leicht gestiegen ist. In den 11 anerkannten sozialpädagogischen Einrichtungen des Kantons wurden 126 Jugendliche platziert. 12 Jugendliche wurden in eine ausserkantonale Einrichtung eingewiesen. Betreffend die Einweisungen in ausserkantonale Einrichtungen stellen wir fest, dass diese dank einer optimaleren Benützung der eigenen stationären Ressourcen um 33% zurückgegangen sind.

Die familienexterne Platzierung bei Pflegeeltern hat leicht zugenommen. Zur Zeit sind 46 Kinder bei nicht professionellen Pflegeeltern platziert.

Die Aktenführung der Platzierung bei Pflegeeltern ist vollständig informatisiert und erleichtert die administrative Arbeit in diesem Bereich.

Zahl der platzierten Kinder:

Pflegefamilien			Kantonales Heim			Ausserkantonales Heim		
Knaben	Mädchen	Total	Knaben	Mädchen	Total	Knaben	Mädchen	Total
20	26	46	85	41	126	9	3	12

Bereich Kleinkind

Diesem Bereich wurden nachfolgende Aufgaben zugeordnet:

- Die Kontrolle der familienexternen Tagesbetreuung von Kindern gemäss den jeweiligen Weisungen;
- Die Beratung und Begleitung von neuen Projekten der Gemeinden oder privater Organisationen durch eine Fachperson;

- Die jährliche Veröffentlichung einer Liste aller bewilligten Angebote für die familienexterne Tagesplatzierung von Kindern z.Hd. der sozialmedizinischen Zentren und der Gemeinden;

Der Bereich der familienexternen Tagesplatzierung ist in einem starken Umbruch. Viele Einrichtungen und Trägerorganisationen bekommen erhebliche finanzielle Schwierigkeiten. Neue Finanzierungsmodelle sind erforderlich.

Die Kantonsregierung hat eine Arbeitsgruppe beauftragt, die Organisation und den Betrieb der Tagesmütter und ihrer Trägervereine zu studieren. Dabei geht es u.a. um die Schaffung einer Dachorganisation der verschiedenen Trägervereine. Ein Bericht wird auf April 2000 erwartet. Der Bereich Kleinkind beteiligt sich an diesen Arbeiten.

Das Amt für Frühberatung für das Unterwallis

Im Jahre 1999 haben die Heilpädagoginnen des Amtes für Frühberatung Unterwallis 62 Kinder betreut. Diese Kinder leiden an schweren Entwicklungsstörungen oder sind aus Familien mit einem erhöhten Risiko hierzu. Das Team der Frühberaterinnen besteht aus 7 Mitarbeiterinnen im Teilamt zu 50%. Wie in den vergangenen Jahren wurden die Kinder, welche diese Leistungen benötigen, in den Gemeinden zwischen St-Gingolph und St-Maurice von einer privat tätigen Heilpädagogin betreut.

Der Frühberatungsdienst konnte 1999 auf eine 30-jährige Arbeit mit behinderten Kindern und ihren Eltern zurückblicken. Dieses Ereignis wurde von den Medien gebührend berücksichtigt. Im Rahmen dieses Anlasses wurden am 5. und 6. November in verschiedenen Seminaren und Vorträgen Themen der frühberaterischen Arbeit mit behinderten Kindern behandelt. In einem öffentlichen Vortrag sprach Professor Bouchard von der Universität Québec zum Parteneriat Eltern – Therapeuten in der heilpädagogischen Frühberatung. In Savièse besuchten über 300 Teilnehmer eine Theateraufführung, welche dem behinderten Kinde gewidmet war. Die Loterie romande hat diese Theater mit einem Betrage von Fr. 2000.— unterstützt.

In der Folge führen die Mitarbeiter des Amtes für Frühberatung eine Studie zum Thema «das behinderte Kind und seine Geschwister» durch.

DIENSTSTELLE FÜR PLANUNG UND EVALUATION

Die Dienststelle hat sich vermehrt mit verschiedenen Dossiers beschäftigt, welche die tertiäre Ausbildung auf Fachhochschulniveau betreffen. Insbesondere hat sie sich mit folgenden Themen beschäftigt:

- der Auftrag der Fachhochschule Wallis, ein zu Händen des Staatsrates von einer ausser-parlamentarischen Kommission erarbeitetes Dokument, welches die Zukunft der Schulen auf Fachhochschulniveau betrifft;
- die Umwandlung von unter der Bezeichnung HTL/ETS bekannten Schulen in Institute auf universitärem Niveau des Typus Fachhochschule;
- die Anpassung der Walliser Ausbildungsgänge nach dem Beitritt des Kantons zur Fachhochschule Wallis; besonders betroffen waren die folgenden Punkte:
 - der Standorten der Schule auf Fachhochschulniveau im Kanton Wallis und die Beiträge der Standortgemeinden,

- das Anwendungsgesetz zum Fachhochschulgesetz, welches die Walliser Einheit der Fachhochschule Westschweiz schuf,
- der freie Zugang für die Studenten an die Fachhochschulen der Schweiz und die Aufteilung der so entstandenen Kosten auf die Kantone,
- das Statut des Personals der Fachhochschule Wallis,
- das Statut des Personals der Pädagogischen Hochschule Wallis.

Die Dienststelle hat die vorzubereitenden Arbeiten (Rapporte, Projekte, Vernehmlassungen, Botschaften, ...) für die vom Grossen Rat verabschiedeten Gesetze geleistet:

- das Gesetz vom 22. September 1999 zum Beitritt zur interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (FHV) für die Jahre 1999 bis 2005;
- das Gesetz vom 12. November 1999 zum Standort der kantonalen Schule der tertiären Stufe und zum Beitrag der Standortgemeinden.

Diese verschiedenen Aktivitäten zeigen die neue Orientierung der Dienststelle im Bereich der tertiären Ausbildung. Diese Tätigkeiten ergänzen die seit 1997 der Dienststelle anvertrauten Tätigkeiten.

VERWALTUNG

Die Dienststelle beteiligt sich an der beruflichen Ausbildung durch die Aufnahme von

- drei Lehrlingen im Bereich kaufmännische Angestellte oder Büroangestellte,
- einer diplomierten Bibliothekarin im Rahmen einer temporären Anstellung,
- einem universitären Stagiaire, welcher ein Zertifikat im Bereich der dokumentarischen Information erwerben will,
- fünf Stagiaires bei der Berufseinführung.

Ferner weisen wir darauf hin, dass die Dienststelle sich aktiv an der Entwicklung des neuen Informatikkonzeptes des Staats Wallis beteiligt hat; sie war Mitglied des «Comité pilote» dieser von Arthur Anderson geführten Studie.

QUALITÄTSSICHERUNG UND QUALITÄTSEVALUATION

In der Absicht, die **Arbeitsweisen der Schulinspektoren** zu harmonisieren und die verschiedenen, bei Schulbesuchen angesammelten Informationen zu nutzen, hat die Dienststelle verschiedene Massnahmen eingeleitet:

- Informations- und Weiterbildungssitzungen für die Schulinspektoren,
- zwei Umfragen im französischsprachigen Teil des Kantons aufgrund einer Stichprobe von Lehrpersonen der obligatorischen Schule über die Beurteilung von Schüleraufgaben, die Notengebung und die semestrielle oder trimestrielle Kommunikation mit den Eltern. Jede Untersuchung wurde in einem Rapport zusammengefasst.
- eine analoge Untersuchung im Oberwallis über die Ganzheitliche Schülerbeurteilung (GSB).

Zur Zeit stellen die Schulkreise, welche unter der Verantwortung eines Inspektors stehen, eine erhebliche Arbeitslast dar, welche gesetzlich und reglementarisch verankert ist. Die Dienststelle hat eine Studie geführt, die dazu beiträgt, eine grössere Effizienz bei der Schulaufsicht, bei der Kontrolle und der Beratung zu erreichen, ohne dabei die Kosten hochzuschrauben.

Im französischsprachigen Teil des Kantons wurden die **Schulabschlussprüfungen** für die Schüler der obligatorischen Schule im Allgemeinen von den Fachberatern zusammengestellt. In der Absicht, eine grössere Anzahl von Lehrpersonen auf die wissenschaftliche Vorbereitung von Prüfungen vorzubereiten, hat eine Gruppe von Prüfungsvorbereitern eine entsprechende Ausbildung erhalten. Damit wird man künftig Prüfungen wissenschaftlich erarbeiten und validieren können. Mit dieser Massnahme können die Fachberater vermehrt bei den Lehrpersonen tätig sein: die verschiedenen Innovationen im Bereich des Unterrichts und der neuen Lehrmittel bedingen eine sehr grosse Präsenz der Fachberater bei den Schulen.

Im Oberwallis hat eine Untersuchung der Jahresprüfungen gezeigt, dass die von einer Prüfungskommission erarbeiteten Dokumente von den Lehrpersonen geschätzt werden.

Die Dienststelle hat Schulen der Sekundarstufe II dazu angeregt, **Schritte zu Gunsten eines Qualitätsmanagements und eine Qualitätsevaluation** zu unternehmen. So hat sich die Handelsmittelschule in Siders in eine Zertifizierung vom Typ ISO 9000 gestürzt und die Handelsmittelschule von Martinach erarbeitet zu Zeit eine «Feed-back»-Prozedur, welche künftig über die Qualität der Arbeit der Schule zu Gunsten der verschiedenen Partnern Auskunft geben wird.

FERNSTUDIUM

Die **Unité de formation à distance (UFAD)** konnte weiterentwickelt werden, so konnte die Fernfachhochschule im Herbst 1999 63 Studenten neu aufnehmen. Im Vorjahr hatten 17 Studenten bereits das Studium begonnen. Diese Studenten werden in den Fächern Wirtschaftsingenieur oder Wirtschaftsinformatiker ausgebildet. Mehrere von Ihnen besuchen Weiterbildungskurse in diesen Bereichen oder auch im Bereich der Informatik.

Die **schweizerische Stiftung für den Fernunterricht im universitären Bereich** konnte im Jahre 1999 zum ersten Mal die Grenze von 1000 Studenten erreichen. Damit wird es möglich sein, diese Ausbildung vom Bund anzuerkennen. Die Stiftung unterhält drei universitäre Zentren in Brig, Siders und Pfäffikon.

LEHRERINNEN- UND LEHRERWEITERBILDUNG

Die **Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung** konnte im CRED (Centre romand d'enseignement à distance) die 9., 10. und 11. Gruppe von Studenten aufnehmen, welche sich einer längeren Lehrerfortbildung widmen. Betroffen sind über 200 Lehrpersonen aller Stufen, welche Kurse im Bereich der Psychopädagogik mit Hilfe des Fernstudiums besuchen. Im ZUF (Zentrum für universitäre Fortbildung in Brig) konnte ein analoger Kurs die 2. Gruppe mit ca. 30 Lehrpersonen aufnehmen. Diese Kurse erlauben es ebenfalls, Lehrpersonen welche über keine pädagogische Ausbildung verfügen, insbesondere in den Schulen der Sekundarstufe II, ihre Ausbildung zu vervollkommen.

In beiden Kantonsteilen wurden 147 Lehrerfortbildungskurse organisiert. Dabei wurden 3300 Teilnehmer angesprochen (800 im Oberwallis für 46 Kurse und 2500 im französischsprachigen Wallis, mit 101 Kursen).

Die Dienststelle sichert die logistische Organisation, (Räumlichkeiten, Kursleiter, Kursausschreibung, Anmeldungen, ...) der Weiterbildungskurse. Sie schlägt Kurse vor und erarbeitet Fortbildungskonzepte, welche den realen Bedürfnissen der Lehrpersonen entsprechen. Insbesondere im Bereich der neuen Lehrmittel oder der neuen Tendenzen in der Pädagogik.

Der Weiterbildung innerhalb eines Schulhauses (Schilf) kommt vermehrt Bedeutung zu. Sie erlaubt es, die individuellen Kompetenzen

optimal auf die Bedürfnisse des Lehrerteams abzustimmen. Diese Weiterbildung wurde in den obigen Statistiken nicht berücksichtigt.

Die Dienststelle verwaltet auch die Teilnahme der Lehrpersonen der Sekundarstufe II an den Lehrerfortbildungskursen, die ausserhalb des Kantons (Universität, Weiterbildungszentrum, ...) durchgeführt werden.

Die **Schulentwicklungsberater (SchuB)** unterstützen die Schulen bei vom Lehrerteam getragenen Projekten. Viele Schulen haben sich an Schulentwicklungsberater gewandt, um ihre pädagogischen Überlegungen zu konkretisieren, insbesondere im Oberwallis.

Eine Umfrage bei den Lehrpersonen der Orientierungsstufe Oberwallis hat die Bedürfnisse für die Ausbildung von Englischlehrpersonen erfasst (Sprachkenntnisse und didaktische Kenntnisse im Fremdsprachenunterricht): Englisch könnte demnächst als neues Fach im 7. Schuljahr eingeführt werden. Eine entsprechende Untersuchung in der Orientierungsschule des Unterwallis wurde vorbereitet.

FORSCHUNG UND FACHBERATUNG (ORDP, Schulentwicklungszentrum)

Die Forschung und die Fachberatung bereiten Konsultationen vor, werten Resultate von Umfragen aus, helfen bei den Erarbeitung von Jahresprüfungen, ermitteln die Bedürfnisse bei der Lehrerfortbildung, der Information, der Dokumentation und unterstützen die Lehrkräfte im Unterricht. Sie helfen bei der Nutzung der Unterrichtsmittel und der neuen Unterrichtsformen.

Der **Forschungsbereich** leitet das Projekt «PISA», welches die Fähigkeiten der Schüler am Ende der obligatorischen Schulzeit erfassen wird. Er hat bei der Erprobung der Messinstrumente mitgearbeitet und diese Instrumente in etwa 10 Klassen des 9. und 10. Schuljahres erprobt. Diese Untersuchung wird Vergleichsdaten über die Schulprogramme im Kanton, in der Westschweiz, der Innerschweiz und der Schweiz sowie in 35 Ländern der OECD liefern.

Eine Analyse der Resultate bei den kantonalen Jahresprüfungen in den Fächern Mathematik, Französisch und Deutsch am Ende des 4., 6., 8. und 9. Schuljahres wurde vorgenommen. Die so gewonnenen Daten erlauben es abzuschätzen, ob in den verschiedenen Fächern die Lernziele erreicht werden. Ferner kann man so künftig die Prüfungen besser gestalten.

Die ORDP hat an der Untersuchung «Balance» über Ermüdung und Stress der Lehrpersonen im Wallis und im Kanton Waadt mitgearbeitet. Sie hat einen Rapport zu Handen der waadtländischen Schulbehörden geschrieben, welche das Material «Balance», ein vom Bundesamt für Gesundheitswesen unterstütztes Projekt, für eine Analyse über die Belastung von Lehrpersonen in Schulen auf der Sekundarstufe II und Berufsschule genutzt hat.

Die ORDP hat ebenfalls bei der Auswertung der Resultate einer Untersuchung mitgearbeitet, welche von Lehrern über die Erziehung zum Bürger durchgeführt wurde. Diese Untersuchung fand im Rahmen des «Colloque romand» zu diesem Thema statt. Die ORDP hat ebenfalls an einem Bericht zu einer von der Dienststelle durchgeführten Untersuchung bei den Maturitätsexperten bezüglich dem Prüfungsablauf gearbeitet. Dieser Bericht zeigt, dass die Maturitätsprüfungen gut abgewickelt werden.

Der Bereich Forschung beteiligt sich an einer vom ZBS in Luzern durchgeführten interkantonalen Forschung über die Förderung begabter Kinder. Er nimmt an den grundsätzlichen Überlegungen teil, die im Forschungsrat der IRDP angestellt werden, insbesondere im Bereich der Entwicklung gemeinsamer Evaluationsprojekte bezüglich der neuen Maturität und des Qualitätsmanagements in Schulen.

Die ORDP hat dank ihren Antennen in Brig und Sitten Versuche der Integration des Computers im Primarschulunterricht durchgeführt. Dazu hat sie den Schulen Laptops und eine Infrastruktur zur Verfügung gestellt (4 Schulen im französischsprachigen Teil des Kantons und 1 im Oberwallis). Die Begleitgruppe dieses Projektes hat einen Bericht zu Händen des Vorstehers des Departementes für Erziehung, Kultur und Sport am Ende des Jahres hinterlegt. Dieser Bericht zeigt auf, wie und mit welchem Aufwand die neuen Technologien in den Schulen des Kantons eingeführt werden können.

In Zusammenarbeit mit ICARE wurde ein Tool entwickelt, welches via Internet statistische Daten bei Schulen und Schulbehörden erfassen kann. Mit diesem Instrument wurden erstmals ein paar Daten erfasst. Eine breiter angelegte Anwendung ist für Anfang 2000 vorgesehen.

Der Bereich Fachberatung hat verschiedene wichtige Aktivitäten entwickelt:

- Organisation von «Herausforderung Lesen» zwischen Klassen;
- Treffen zwischen Lehrpersonen der 5. und 6. Primarschule und Lehrpersonen der Orientierungsstufe, um die erworbenen Kenntnisse der Schüler, die Erwartungen und die Bedürfnisse der Lehrpersonen im Bereich Französisch zu erfassen;
- Erarbeitung eines Zusatzdokumentes in Grammatik für die Lehrpersonen der Primarstufe;
- Aufbau eines Netzes von Kontaktpersonen, in den Orientierungsschulen im französischsprachigen Teils des Kantons für den Französischunterricht;
- Erfassung und Analyse von neuen Unterrichtsmitteln für den Französischunterricht an den Orientierungsschulen für den französischsprachigen Teil des Wallis;
- Einführungskurse für neue Lehrmittel: Im französischsprachigen Teil des Kantons Mathematik für die 3. Primarklasse und Deutsch für die 4. Primarklasse. Im Oberwallis Mathematik für die 5. Primarklasse;
- Arbeiten im Bereich Raum und Geometrie in acht Schulzentren;
- Begleitung der Lehrpersonen, welche das neue Lehrmittel Mathematik in der Unterstufe benutzen;
- Erarbeitung von Zusatzdokumenten für den Umgang mit dem neuen Lehrmittel im Bereich Mathematik (ein Leitfaden für die Jahresplanung, Beschreibung der verschiedenen Vorgehensweisen der Schüler, Beschreibung der am Jahresende erwarteten Kompetenzen,...);
- Vernehmlassung der künftigen Lehrmittel der Westschweiz für das 7., 8. und 9. Schuljahr;
- Organisation der Mathematikwettbewerbe (RMT, FFJM und Mathematik ohne Grenzen);
- Mitarbeit bei der Erarbeitung der Westschweizer Dokumente für den Unterricht im Bereich Umwelt für die 1., 2. und 3. Primarstufe und Erarbeitung eines interkantonalen Konzepts (zur Zeit Waadtland und Wallis) für die Lehrerbildung;
- Vertretung des Departementes beim «Forum de l'Air» und in dessen Arbeitsgruppen: Delegation an die Luftqualität, Gruppe Information;
- Begleitung der kantonalen Wanderausstellung zum Thema Luftqualität, welche 35 OS-Zentren, eine Schule des tertiären Bereichs (IHB) und eine Handelsmittelschule sowie SBB-Bahnhöfe besucht hat;
- Einsatz in 65 Klassen der Primarschule zum Thema «Strom sparen» in Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Energie des Kantons Wallis;
- Arbeiten im Bereich TG : Stand der Dinge, neues Klassenjournal, Evaluationswerkzeuge, Agenda der künftigen Projekte,...;
- Realisation von Gemeinschaftsprojekten im Bereich TG in Schulen: Gestaltung eines Pauseplatzes, Werbeplakate in einem

Fussballstadium, Theaterkulissen, Gestaltung von Fenstern in einem Schwimmbad,...;

- Tondokumente für den Musikunterricht;
- Erarbeitung einer interaktiven Vorstellung der Museen des Kantons Wallis, welche pädagogische Anregungen beinhaltet;
- Publikation des Werkes «Destination tourisme: Wer mehr darüber weiss, kommt besser damit zurecht»;
- Verfolgung der Arbeiten des Departementes im Bereich «Nachhaltige Entwicklung» des Kandidaturkomitees Olympische Spiele Sitten 2006, dessen Aktivität durch eine Stiftung für Nachhaltige Entwicklung fortgeführt wird;
- Aufbau eines Ressourcenzentrums mit einer Bibliothek für pädagogische Dokumente und einem Forum zur Informatik;
- Aufbau einer Internetseite für die Walliser Schulen.

Die hier aufgezählten Aktivitäten stellen allerdings nur einen Bruchteil der gesamten Aktivitäten der Fachberater dar. Diese arbeiten bei Stellungnahmen zu aktuellen pädagogischen Problemen bei Lehrmitteln mit. Sie organisieren viele Seminare oder Weiterbildungskurse über das ihnen anvertraute Fach allein oder auch interdisziplinär. So haben sie gemeinsam am Projekt mitgearbeitet, welches mit Hilfe von TG und andern Fächern realisiert wurde. Ferner wurden Aktivitäten im Bereich der Integration der Informatik im Unterricht unterstützt und den individuellen Bedürfnissen der Lehrperson im Bereich der neuen Technologien der Information und der Kommunikation nachgekommen.

Die meisten Facharbeiten müssen auch bei der Erarbeitung von Jahresprüfungen und Tests mitarbeiten. Die pädagogische Fachberatung ist vielseitig und vielschichtig und es ist schwierig, von aussen deren Wert voll zu erfassen. Man arbeitet mit sehr beschränkten Mitteln, aber mit der Absicht, maximal der Schule zu dienen.

Schuldokumentation (ORDP-ODIS)

Die Dokumentationszentren von St-Maurice, Sitten et Brig haben die Arbeiten im Bereich der Informatisation und der Erneuerung der Dokumentationsfonds fortgesetzt. Bücher der Klassenlektüre bei der ODIS von St-Maurice wurden analysiert. Alte Reihen wurde aussortiert und neue Kollektionen mit pädagogischen Dossiers eingekauft. Die ODIS in Brig verfügt über zusätzliches Personal für die Erfassung in einem Gesamtkatalog und für die Einführung des Suchsystems «Rero-VTLs». Der Katalog des Dokumentationszentrums der ORDP befindet sich jetzt auf einer WEB-Seite. Eine Aufarbeitung findet jährlich 2 bis 3 Mal statt.

Die Anwesenheit der Fachberater am Mittwoch Nachmittag in den Zentren von Sitten, St-Maurice und Brig wurde beibehalten. Wie in der Vergangenheit stellen die Fachberater auch stets spezialisierte Dokumentation zur Verfügung der Lehrpersonen. Sie helfen bei der Bedürfnisanalyse und der Erneuerung der Kollektionen. Speziell wurde dieses Jahr ein Effort bei der Dokumentation in der ODIS von St-Maurice gemacht (Bücher, Video, Diapositiv,...).

Die Dokumentationszentren organisieren Ausstellungen für Schulen. Sie betreuen die von den Walliser Bibliothekaren organisierte Leseweche im Herbst. So wurde dieses Jahr zum Beispiel die Leseweche «Eclat de lire» in Zusammenarbeit mit der TG-Lehrperson der Übungsschule des Lehrerinnen- und Lehrerseminars organisiert.

Schulinformation (ORDP - Schulentwicklungszentrum)

Die zwei Publikationsorgane des Departementes «Résonances» und «Mitteilungsblatt» wurden regelmässig herausgegeben: 10 Mal im französischen Teil des Wallis, 4 Mal im Oberwallis. Neu behandelt das «Mitteilungsblatt» in jeder Herausgabe ein Thema.

Lehrmittel (ORDP-ODIS)

Der Bereich der audiovisuellen Mittel stellt neues Material zur Verfügung der Schulen, zum Beispiel das virtuelle Montagepult «Casablanca». Verschiedene Kurse und Seminare werden immer wieder für Lehrpersonen aller Schulstufen und manchmal auch für Klassen durchgeführt (Video, Foto, Videomontage, usw.).

Dieser Bereich hat ebenfalls einen Film über die Sonderschulen hergestellt: «Vers une école pour tous». Er hat Ausschnitte für einen Film über die Berufsberatung gedreht. Er hat Foto- und Videoaufnahmen für das interaktive Projekt «Walliser Museen» hergestellt. Er stellt auch die Fotos der Zeitschrift «Résonances» her. Der Fachberater im Bereich Musik hat eine CD mit Liedern für den Kindergarten aufgenommen.

Der Bereich der Schulbücher sichert die Versorgung der Klassen der obligatorischen Schule mit Schulbüchern aller Art. Dabei trägt er zum guten Verlauf des Unterrichts bei. Die Verantwortlichen der Depots des französischsprachigen Wallis und des Oberwallis erfüllen ihre Aufgabe zur Zufriedenheit der Benutzer.

Es wurden neue Lehrmittel in den Klassen eingeführt, namentlich:

- Mathematik für die 3. Primarschule im französischsprachigen Teils des Kantons und Mathematik für die 5. Primarschule im deutschsprachigen Teil des Kantons;
- Tamburin für Deutschunterricht in der 5. Primarklasse des französischsprachigen Teil des Kantons;
- Erziehung zur Berufswahl für die Schüler der Orientierungsschule;
- ein neues Unterrichtsmittel für die Sporterziehung in den Primarschulen des Oberwallis.

Der Kanton hat für die Klassen der Westschweiz Lehrmittel für Deutsch an der Orientierungsschule hergestellt. Diese Lehrmittel gehören zur Kollektion «Sowieso» (Plattform), welche im Kanton benützt wird und zur Kollektion «Auf Deutsch» (Lexiques et Glossaires), die im Kanton Wallis nicht benützt wird. Ihm wurde ebenfalls das Mandat zugesprochen, den Leitfaden für den Unterricht «Mensch und Umwelt» der 1., 2. und 3. Primarschule zu realisieren.

Wir verweisen noch auf die Herausgabe des Dokumentes «Bibliothek – Schule», welches sich an Lehrpersonen und Bibliotheksverantwortliche richtet, mit der Absicht, den Bereich Bibliothek didaktisch zu beleben.

Die Bemühungen um Rationalisation wurde fortgesetzt, mit der Absicht, die Lagerkosten zu verringern und so den Gemeinden die Lehrmittel zum bestmöglichen Preis anzubieten. Einzig und allein belasten die Geschichtsbücher für die Orientierungsstufe des Oberwallis die Bilanz der Walliser Schulbücher stark. Die Bedarfsabklärung wurde allem Anschein nach von der Geschichtskommission nicht genügend vorangetrieben: 2/3 der Bücher werden im Unterricht nicht benützt.

Dienststelle für Unterrichtswesen

Obligatorische Schulzeit

1. Organisation

SCHÜLERBESTÄNDE

Die Schülerbestände der Kindergärten und Primarschulen präsentierten sich zum Schuljahresbeginn mehr oder weniger stabil. Dennoch hat sich die Verminderung der Schülerbestände im Kindergarten wie vorausgesagt fortgesetzt.

Der verstärkte Aufwärtstrend in der Orientierungsschule ist unverkennbar. Die Zunahme für den ganzen Kanton beträgt 130 Schülerinnen und Schüler.

Schuljahr	Schülerzahl im Kindergarten	Schülerzahl in der Primarschule	Schülerzahl in der Orientierungsschule
1995/1996	6945	21200	9247
1996/1997	7089	21487	9279
1997/1998	7069	21779	9217
1998/1999	6841	21995	9297
1999/2000	6697	22175	9427

VERÄNDERUNG DER KLASSENZAHLEN

Die Klassenzahlen verändern sich nicht immer aufgrund der effektiven Schülerbestände. Das trifft insbesondere für den Kindergarten zu, wo eine Erhöhung der Klassenzahlen trotz der Verminderung der effektiven Schülerzahlen notwendig war.

Schuljahr	Kindergartenklassen	Primarschulklassen	Orientierungsschulklassen
1995/1996	322½	1118	467
1996/1997	320	1121	472
1997/1998	325½	1123	468
1998/1999	318	1135	473
1999/2000	320½	1141	485

Der Klassendurchschnitt beträgt, die Hilfs- und Sonderschulklassen nicht inbegriffen, 18.0 im Kindergarten, 20.5 in der Primarschule und 20.4 in der Orientierungsschule.

NEUE ORIENTIERUNGSSCHULE

Seit Schuljahresbeginn 1999/2000 zählt das Unterwallis eine Orientierungsschule mehr als bisher: Es handelt sich um das OS-Zentrum von Collombey-Muraz, welches früher in die Orientierungsschule Monthey integriert war. Die Abtrennung war notwendig geworden, weil die OS Monthey im letzten Jahrzehnt eine starke Zunahme zu verzeichnen hatte.

2. Unterricht

ZWEITE LANDESSPRACHE

Unterwallis: Für alle Klassen der 5. Primarschule wurde zu Schuljahresbeginn im August 1999 die neue Methode «Tamburin» eingeführt. Das weitere Vorgehen für die Orientierungsschule wurde bereits angekündigt und zwar in Koordination mit den Kantonen der Westschweiz: Die Methode «SOWIESO» wird im Herbst 2001 in den verschiedenen Klassen der Orientierungsschule eingeführt.

MATHEMATIK

Unterwallis: Die neue Reihe der Mathematiklehrmittel wurde zu Beginn des Schuljahres 1999/2000 in der dritten Primarklasse eingeführt. Auf wiederholten Wunsch der Lehrpersonen wurden entsprechende Weiterbildungsangebote vorgesehen.

BEURTEILUNG

Oberwallis: Das neue Schulzeugnis wurde in der 1. Klasse der Primarschule eingeführt. Die Erprobungsphase dauert drei Jahre.

3. Fremdsprachige Schülerinnen und Schüler

In allen Schweizer Kantonen führte der Kosowokrieg zu einem Zustrom von Asylanten. Das Wallis war gezwungen neue Aufnahmезentren einzurichten, die in erster Linie Flüchtlingsfamilien zur Verfügung gestellt wurden. Zur Sicherstellung und Unterstützung für die Einschulung der Asylantenkinder wurden Stützunterrichtsmassnahmen sowie Kurse in albanischer Sprache in Zusammenarbeit mit dem Amt für Sozialhilfe eingerichtet.

4. Schulhausbauten

Im Jahr 1999 behandelte die Dienststelle für Unterrichtswesen 220 laufende Dossiers bezüglich den Neubau oder die Renovation von Schulhausbauten im Bereich der obligatorischen Schulzeit. Die neuen Schulhausbauten, welche 1999 vom Grossen Rat für die Subventionierung bewilligt worden waren, betreffen die Primarschulanlagen von Port-Valais, Vers l'Eglise in Fully und Plan-Conthey.

Kantonsbeiträge, die 1999 ausgerichtet wurden:

	Primarschulen	Orientierungsschulen	Total
Unterwallis	4'185'129.—	75'109.—	4'260'238.—
Oberwallis	2'314'871.—	2'824'891.—	5'139'762.—
Total	6'500'000.—	2'900'000.—	9'400'000.—

SONDERSCHULWESEN

Kommission RISC

Der Beginn der Arbeit in der Kommission RISC (Rôle des institutions scolaires cantonales) erlaubte dem Walliser Sonderschulwesen eine bemerkenswerte Wende einzuleiten, sowohl in der Philosophie des Sonderschulwesens wie auch in den finanziellen Beziehungen zu den Sonderschulinstitutionen.

Diese Kommission ist beauftragt, die Rolle der Sonderschulinstitutionen in Ergänzung zur öffentlichen Schule neu zu definieren, die

generellen ethischen Prinzipien des Unterrichts für behinderte Schülerinnen und Schüler zu definieren, sowie die besonderen Bedürfnisse einer Schulung so nah wie möglich der natürlichen Umgebung abzuklären. Die Kommission, die aus Vertretern aller Beteiligten und Partnern der Schule zusammengesetzt ist, führt ihre Arbeit fort und wird den Schlussbericht Ende Herbst 2000 vorlegen.

Dezentralisierte Sonderklassen

Die Entwicklung der integrativen Massnahmen, die Zunahme der Anfragen der Eltern und die Öffnung der öffentlichen Schule gegenüber der Welt der Behinderung, zeigen sich in der steigenden Zahl der behinderten Schülerinnen und Schüler, die in die Schulen ihrer Dörfer oder Quartiere integriert werden. Im Schuljahr 1999/2000 besuchen 50 Schüler, die von schulischen Massnahmen im Sinne der IV profitieren, im Vollpensum eine Klasse der öffentlichen Schule, vom ersten Kindergarten bis in die Orientierungsschule. Das Oberwallis hat mit einem Integrationsprojekt der Heilpädagogischen Schule Oberwallis für vier Kinder begonnen.

Sonderklassen (Sonderschulen und Hilfsschulen)

Der Kanton Wallis verfolgt die Anwendung seiner Integrationspolitik, denn trotz einer Zunahme von fast 3% der Schülerzahl in der öffentlichen Schule ist die Schülerzahl in den Sonderklassen vom Schuljahr 94/95 bis 98/99 um 7% zurückgegangen.

Pädagogische Schülerhilfe

Die Zunahme der Heterogenität in den Klassen der öffentlichen Schule begünstigt eine Entwicklung der pädagogischen Schülerhilfe nicht nur in Richtung einer Unterstützung und Ressource für den Schüler oder die Schülerin in Schulschwierigkeiten, sondern auch für die Schule insgesamt in einer systemischen Sichtweise.

Stützkurse, Deutsch für Fremdsprachige

Der massive Anstieg der Zahl der ankommenden Flüchtlingskinder des Balkankrieges seit Juni 1999 benötigte die Bereitstellung eines Empfangs- und Einschulungsdispositivs für die fremdsprachigen Schülerinnen und Schüler. In enger Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Sozialwesen hat das Amt für Sonderschulwesen jedem der 850 Flüchtlingskinder einen Platz, immer wenn es möglich war in einer Klasse der öffentlichen Schule mit Unterstützung durch Stützkurse, angeboten. Nur in den Flüchtlingszentren wurden Klassen für Fremdsprachige für eine begrenzte Zeit eröffnet.

Schlussfolgerung

Durch seine die Integration begünstigenden Massnahmen arbeitet das Sonderschulwesen eng mit der öffentlichen Schule zusammen. Die Aufnahmebereitschaft der Lehrer weist in eine hoffnungsvolle Zukunft. Sie weckt die Hoffnung, dass jedes Kind, mit der seinen Bedürfnissen und den Bedürfnissen der Klasse entsprechenden Unterstützung, einen Platz in der öffentlichen Schule findet.

MITTELSCHULEN

Kollegien

Im August 1999 begannen 4142 Gymnasiasten der Maturitätsabteilungen das neue Schuljahr. Im Vorjahr waren es 4221, also eine Abnahme um 79 Studentinnen und Studenten oder 1.9 %. Der Durchschnitt je Klasse beträgt 22.4 Schüler. Im Juni 1999 wurden 675 Maturitätszeugnisse, im Vergleich zu 640 im Vorjahr, ausghändig.

Die neue Ausbildungsform gemäss der Gesetzgebung über die Anerkennung von gymnasialen Maturitätsausweisen (MAR) wurde im Schuljahr 1998/99 eingeführt. Im ersten Ausbildungsjahr besuchen alle Schüler dasselbe Programm; im Unterwallis kann zwischen Latein und Italienisch / Wirtschaftswissenschaften gewählt werden. Dieses Jahr bereitet die Schüler auf das Wahlangebot der nächsten Schuljahre vor. Durch die Einführung der Wahlangebote wird die Organisation des Schuljahres in den einzelnen Kollegien immer komplexer.

Um das Problem der benötigten Lokalitäten an den Walliser Mittelschulen zu analysieren, wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt.

Die Entwicklung der Schüler- und Klassenzahlen zeigt in den verflorenen fünf Jahren folgende Veränderungen:

Schuljahre	Schülerzahlen	Anzahl Klassen	Durchschnitt Klassen-grösse	Vergleich m. Vorjahr		
				Schüler	Klassen	D'schn./Kl.
1995/1996	4133	183	22.6			
1996/1997	4182	186	22.5	+ 49	+ 3	- 0.1
1997/1998	4249	190	22.4	+ 67	+ 4	- 0.1
1998/1999	4221	191	22.1	- 28	+ 1	- 0.3
1999/2000	4142	194	21.4	- 79	+ 3	- 0.7

Handelsmittelschulen

Im August 1999 besuchten 1235 Schüler – 726 Schülerinnen und 509 Schüler – in 62 Klassen die Handelsmittelschule. Der Klassendurchschnitt beträgt 19.9 Schüler. 107 Absolventen besuchten die Handelsmittelschule für Sportler und Künstler in Brig (55) und Martinach (52).

Die Entwicklung der Schüler- und Klassenzahlen zeigt in den verflorenen fünf Jahren folgende Veränderungen:

Schuljahre	Schülerzahlen	Anzahl Klassen	Durchschnitt Klassen-grösse	Vergleich m. Vorjahr		
				Schüler	Klassen	D'schn./Kl.
1995/1996	979	48	20.4			
1996/1997	1033	49	21.1	+ 54	+ 1	+ 0.7
1997/1998	1132	55	20.6	+ 99	+ 6	+ 0.5
1998/1999	1206	60	20.1	+ 74	+ 5	- 0.5
1999/2000	1235	62	19.9	+ 29	+ 2	- 0.2

Die Kaufmännische Berufsmatura (KBM) verlangt zusätzlich zum Besuch der dreijährigen Handelsmittelschule eine praktische Tätigkeit von 47 effektiven Wochen in einer Unternehmung. Die KBM wird nach einer zweiten Prüfung erreicht, bei der sich die Kandidaten über praktische Kompetenzen ausweisen müssen. 1999 wurden 83 KBM-Zeugnisse ausgehändigt.

Die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler der KBM beläuft sich auf 320 (8 Klassen im 2. Jahr und 7 Klassen im 3. Jahr). Diese Klassen verteilen sich auf die Handelsmittelschulen von Monthey (St-Joseph), Martinach, Sitten, Siders und Brig (Institut St. Ursula).

Diplommittelschule (DMS) und Schule für Berufsvorbereitung (SfB)

Im Zuge tiefgreifender Reformen der Maturitätsschulen, des Berufsbildungswesens (mit der Einführung der Berufsmaturität) und der Entstehung von Fachhochschulen im Tertiärbereich muss auch die DMS ihren Ort und ihr Profil überprüfen. Die Arbeitsgruppe, welche die Ausbildung an der DMS, der SfB und im 10. Schuljahr untersuchte, hat ihren Bericht abgegeben. Die Entscheide werden im Verlaufe dieses Schuljahres gefällt.

Im Herbst 1999 besuchten 334 Schülerinnen und Schüler die Klassen für Berufsvorbereitung und 274 die Diplommittelschule. Die Schülerzahl dieser beiden Schultypen ergibt ein Total von 608 aufgeteilt in 27 Klassen (Durchschnitt je Klasse 22,5). Im Vergleich zum Vorjahr ergibt dies eine Zunahme von 43 Schülern (7,1%) bei einer gleichbleibenden Anzahl Klassen.

Lehrerseminarien

Unterwallis:

Ende August begann für das Unterwalliser Seminar das letzte Ausbildungsjahr seiner Geschichte. Von den 61 Studentinnen und Studenten, welche im Juni 2000 ihre Ausbildung beenden, besuchen 55 das Primarlehrer- und 7 das Kindergärtnerinnenseminar. Darüber hinaus absolvieren sechs Studierende ein sechstes Ausbildungsjahr. Diese Zusatzausbildung berechtigt sie, später sowohl in der Primarschule wie auch im Kindergarten zu unterrichten. Sieben Studentinnen und Studenten absolvieren ein Praktikumjahr, um anschliessend ihr Studium in Heilpädagogik am Heilpädagogischen Institut in Freiburg aufzunehmen.

Einige Seminarlehrpersonen warten noch auf eine Antwort im Zusammenhang mit ihrer zukünftigen Anstellung. Trotz dieser Unsicherheit ist ihre berufliche Einstellung und ihr Einsatz bemerkenswert.

Das Praktikum wurde für dieses letzte Jahr zur Zufriedenheit aller Beteiligten angepasst und ausgebaut (Teilnahme am ersten Unterrichtstag, an den Elternversammlungen sowie ausgeglichene Verteilung der Praktikumswochen).

Die sechs Übungsklassen werden von 125 Schülerinnen und Schüler des gleichen Quartiers besucht. Den laufenden Verhandlungen zufolge sollten diese Klassen nach diesem Schuljahr von der Stadt übernommen werden. Der Staat wird für die festangestellten Lehrpersonen das Dienstverhältnis im Verlaufe des Winters 2000 auflösen. Sie müssen ihre Bewerbung an die zuständige kommunale Ernennungsbehörde richten.

Oberwallis

- Auf den 31. August 1999 kündigte das Kloster den Vertrag mit dem Staate Wallis. Durch diese Kündigung und die Verabschiedung der Ursulinen aus der Schulleitung ging eine bedeutende mehr als hundertjährige Tradition im Walliser Schulwesen zu Ende.
- Ende Juni 1999 erhielten 19 Kandidatinnen und Kandidaten das Pädagogische Reifezeugnis Primarschule und 8 Kandidatinnen erhielten das Pädagogische Reifezeugnis Kindergarten.
- Zu Beginn des letzten Jahres der seminaristischen Ausbildung 1999/2000 zählt das Seminar von Brig 31 Studentinnen und Studenten in einer Klasse.
- In der Klasse sind drei Hörerinnen integriert.
- Drei Schülerinnen absolvieren ein zusätzliches Jahr zur Erlangung des Zusatzdiploms als Primarlehrerin.

BÜRO FÜR AUSBILDUNG SOWIE SCHÜLER- UND LEHRERAUSTAUSCH

Schuljahr	92/93	93/94	94/95	95/96	96/97	97/98	98/99	99/00
Unterwallis/Brig	14	22	39	35	26	39	17	27
Oberwallis/ Unterwallis	8	8	27	10	32	46	34	24
Lehrerseminare:								
Unterwalliser in Brig	5	12	9	5	4	1	–	–
Oberwalliser in Sitten	8	9	8	5	4	8	2	–
9. fremdsprachiges Schuljahr:								7
10. fremdsprachiges Schuljahr:								
Unterwallis/ Oberwallis				5	1	24	23	19
Oberwallis/Unterwallis				1	5	23	22	25
Total :	35	51	83	55	72	100	98	102

Individuelle Sommeraustausche:	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999
	66	60	87	115	147	128	167	170

1. Austausch Oberwallis/Unterwallis

1.1 Kollegien

Der leichte Rückgang der Austausche zwischen den Kollegien ist auf die Einführung der neuen Maturität zurückzuführen. Mehrere anfänglich interessierte Schüler/innen haben letztendlich darauf verzichtet, weil sie befürchteten ein anderes System vorzufinden, oder sie haben sich für eine kürzere Austauschformel entschieden. Wie wir es schon mehrmals hervorgehoben haben, wird diese Tatsache in den nächsten Jahren noch vermehrt anzutreffen sein. Im Oberwallis hingegen ist die Tendenz aufgrund der am Kollegium von Brig angebotenen Stundentafeln eher umgekehrt (der Entscheid für das Schwerpunktfach ist hinausgeschoben)

1.2 10. fremdsprachiges Schuljahr (4. fremdsprachige OS-Klasse)

Diese Formel, welche das bereits bestehende Angebot ergänzt, ist sehr gefragt. Sie beweist damit, dass sie einem regelrechten Bedürfnis entspricht. Überdies besteht ein wachsendes Interesse für einjährige Austausche im 9. Schuljahr. (3. OS) 7 Personen haben sich unseres Wissens für diesen Weg entschieden.

1.3 Partnerschaften zwischen den OS

Mehrere Schulzentren arbeiten weiter eng zusammen durch das Organisieren von Klassen- oder Korrespondenzaustauschen sowie Einzelaustauschen (abwechslungsweise)

1.4 Austauschaktivitäten auf der Primarschulstufe

Das Büro für Schüler- und Lehreraustausch hat im Herbst vergangenen Jahres eine Tagung für sprachliche Austausche auf der Primarschulstufe veranstaltet. Dieses Treffen war ein Erfolg. Mehrere Zentren sind in die Fussstapfen der OS getreten und haben Partnerschaften gebildet. Dank dieser engen Zusammenarbeit kommen verschiedene Austauschformeln zur Anwendung, es sind sogar Lehreraustausche zur Förderung der Zweisprachigkeit geplant.

2. Sommereinzelaustausche

Die aufgeführte Tabelle zeigt, dass die Zahl dieser Austausche ständig wächst. Die Bilanz ist umso erfreulicher als hier nur die neuen Anmeldungen berücksichtigt werden.

3. Weitere Tätigkeiten

- Ratschläge und Suche nach Partnern für Klassenaustausche;
- Ratschläge an Schüler und Eltern für Fragen in Zusammenhang mit Sprachaufenthalten;
- Aktive Mitarbeit in den grenzüberschreitenden Projekten (Conseil du Léman, RETA, COTRAO);
- Vertretung des DEKS in mehreren Arbeitsgruppen (CH-Jugendaustausch, Euroguichets, ILA, usw.).

4. Bewältigung der Kosten

Dank der Paul-Schiller-Stiftung kann CH-Jugendaustausch Austauschprojekte finanziell unterstützen. Das Wallis hat mittels des Büros für Schüler- und Lehreraustausch aus diesem Angebot reichlich Nutzen gezogen. Die erfreuliche Zunahme der Austausche hat demzufolge keine Mehrkosten verursacht.

SOZIALPÄDAGOGISCHES AUSBILDUNGSZENTRUM (SPAZ)

Allgemeine Überlegungen

1. Administration

- Das Evaluationsverfahren des SPAZ ist hinsichtlich der Anerkennung der Diplome durch die EDK und die Subventionsberechtigung durch das BBT abgeschlossen worden. Aufgrund der mittel-fristigen Überarbeitung der Kursprogramme sowie der Verlängerung der berufsbegleitenden Ausbildung um ein Jahr (4 Jahre), ist die rechtliche Anerkennung der eidgenössischen Subventionierung neu gegeben, und die Anerkennung der Diplome tritt nächstes Jahr in Kraft.
- Die Einrichtung der Fachhochschule «santé – social romande (HES SSR)» wird fortgesetzt. Eine wichtige Entscheidung für das SPAZ wurde gefällt: «Die Bestimmung der Ausbildung im sozialen Bereich sollte das Recht auf eine Zertifizierung durch die FH geben», insbesondere für den Sozialarbeiter, den Heimerzieher und den Soziokulturellen Berater, als drei Ausbildungsmöglichkeiten des SPAZ. Die Ausbildung zum Lehrmeister für Behinderte und die Kleinkinderzieherin sind hingegen eingeschränkt worden; aber die Möglichkeit als Wahlfach in Richtung «Heimerziehung» ist in Planung.
- Die Fragen im Zusammenhang mit der Grundausbildung und der Weiterbildung von Sozialarbeitern im Oberwallis sowie die zur Verfügung Stellung einer Dokumentation über die Sozialarbeit in deutscher Sprache sind heute abschliessend zur vollen Zufriedenheit aller Beteiligten geregelt worden.
- Die Entwicklung der Schule (Zunahme der effektiven Schülerzahl um 60 % in fünf Jahren) ermöglicht neue Dienstleistungen, die Einführung der Zweisprachigkeit und bedingt eine Umstrukturierung dieser Institution in der Perspektive der Fachhochschulen. Diese Umstrukturierung ist Gegenstand einer Überlegung, die im November begonnen hat und die schlussendlich die interne Reorganisation sowie die Funktionsabläufe des SPAZ verbessern sollte. Konkrete Vorschläge werden für das nächste Jahr erwartet.

2. Pädagogik

- Es sei daran erinnert, dass die zweisprachige Vollzeitausbildung ab dem Schuljahr 2000/2001 eingeführt werden wird. Die Vorbereitung geht zügig voran: die Überarbeitung der Kursprogramme, die sprachliche Aufteilung der Ausbildungseinheiten, Forschung der deutschsprachigen Professoren, Bildungsangebote in der zweiten Landessprache. Die Einführung der

zweisprachigen Ausbildung am SPAZ hat im Oberwallis ein gutes Echo gefunden, die zahlreichen Teilnahmen an den Informationsveranstaltungen sowie die vermehrten Einschreibungen für die Aufnahmeprüfungen belegen dies.

- Im Zusammenhang mit der Verlängerung der berufsbegleitenden Ausbildung von drei auf vier Jahre und die schweizerische Harmonisierung ab Schuljahresbeginn sowie die Einführung der Zweisprachigkeit machen eine Reorganisation der Studien gleichermaßen notwendig. Diese Reorganisation sollte schon zu Beginn des nächsten Schuljahres in Kraft treten.

TÄTIGKEITEN DES SPAZ

1. Grundausbildung

Zu Beginn des Schuljahres 1999/2000 betrug der Bestand der regelmässigen Studentinnen und Studenten 158 (im Schuljahr 1998/99 waren es 160).

– Soziokulturelle Berater	16
– Sozialarbeiter	27
– Kleinkinderzieherinnen	17
– Heimerzieher	80
– Lehrmeister für Behinderte	18

Von diesen Studentinnen und Studenten stammen 143 aus dem Wallis und 15 aus der französischen Schweiz. 77 Studierende absolvieren eine Vollzeitausbildung und 81 machen die Ausbildung berufsbegleitend.

Anlässlich der Diplomfeier vom 17. Dezember 1999 konnten 25 Heimerzieher, 12 Sozialarbeiter, 9 Soziokulturelle Berater und 1 Lehrmeisterin für Behinderte ihr Diplom in Empfang nehmen.

132 Kandidatinnen und Kandidaten (1998 waren es 120) haben sich der Aufnahmeprüfung gestellt (Vorprüfung). 83 (62,90%) haben die Prüfung mit Erfolg bestanden und 49 (37,10%) haben nicht bestanden.

2. Weiterbildung

Es wurden sowohl Kurse und Weiterbildungsveranstaltungen im Ober- wie auch im Unterwallis durchgeführt. Die Kurse für die Berater der regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) wurden entsprechend dem Programm gestaltet; die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben diese Kurse sehr geschätzt.

In Anbetracht der Angebote in diesem Bereich, der Erwartungen und Ansprüche der Sozialarbeiter, der Perspektiven der Fachhochschulen, müsste das SPAZ die Bildungsangebote in den nächsten Jahren sicherstellen, wobei die Zielsetzungen und die Pädagogik den verschiedenen Niveaus und Ansprüchen der Kandidatinnen und Kandidaten anzupassen sind.

3. Bibliothek

Die Benutzung der Bibliothek hat in diesem Jahr weiterhin zugenommen: Zunahme der Bücherausleihe um mehr als 12% und die Zahl der jährlichen Ausleihe betrug in etwa 5000 (Videos inbegriffen). Die Benutzung der Bibliothek hat vor allem durch die Forschung und im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Diplomarbeiten durch die Studentinnen und Studenten stark zugenommen, was durchschnittlich 10 Besucher pro Tag im Verlaufe des Schuljahres ausmacht.

4. Internet

Das Internet ist eines der wichtigsten Mittel in der Forschung der Studentinnen und Studenten geworden. In enger Zusammenarbeit

mit der Fakultät Wissenschaft und Erziehung der Universität Genf hat man im Netz eine interaktive pädagogische Homepage eingerichtet. Diese neue Entwicklung wird ab nächstem Jahr für Studierende und Professoren zur Verfügung stehen.

KANTONALE MITTELSCHULKOMMISSION

Die kantonale Mittelschulkommission, deren Mitglieder ebenfalls als Experten an den Maturitäts- und Handelsdiplomprüfungen mitwirkten, hielt im Jahre 1999 fünf Sitzungen ab.

Am 22., 24. und 26. Juni 1999 fanden zum Abschluss der Prüfungen in den Kollegien von Brig, Sitten und St. Maurice Sitzungen der Mittelschulkommission statt. Sie pflegte einen Gedankenaustausch über den Ablauf der Maturitäts- und Diplomprüfungen, nahm Kenntnis von den Ergebnissen und sprach sich über die zu erteilenden Maturitätszeugnisse und Handelsdiplome aus. Am 4. August gab sie ihre Vormeinung zu den hinterlegten Rekursen gegen die Prüfungsergebnisse ab. Eine zusätzliche Sitzung fand am 5. November 1999 statt.

INTERKANTONALE KOORDINATION

Westschweiz: die wichtigsten Arbeiten der CIIP, die 1999 ihr 125-jähriges Bestehen feiern konnte:

- Die Anerkennungsreglemente von Hochschuldiplomen für Lehrkräfte der Vorschulstufe, der Primarstufe und der Sekundarstufe I;
- Die erzieherischen Ziele und Zwecke der öffentlichen Schule;
- Die Zusatzausbildungen in Bezug auf die Eröffnung der Pädagogischen Hochschulen;
- Den Einsatz einer pädagogischen Kommission, deren primäre Aufgabe es ist, einen Rahmenlehrplan für die obligatorische Schulzeit der Westschweiz zu erstellen.

Innerschweiz: die wichtigsten Arbeiten der IEDK:

- Die Anerkennungsreglemente von Hochschuldiplomen für Lehrkräfte der Vorschulstufe, der Primarstufe und der Sekundarstufe I;
- Die Arbeitsgruppe «Koordination Sprachen»;
- Den Rahmenlehrplan für den Kindergarten (Konzept für die Kantone der deutschsprachigen Schweiz);
- Die religiöse Grundbildung an der Primarschule;
- Die Thesen zur Qualitätsevaluation in der Volksschule;
- Die Entwicklung von Lehrmitteln für die deutsche Schweiz.

SCHÜLER- UND KLASSENBESTÄNDE (KINDERGARTEN, PRIMARSCHULEN, HILFS- UND SONDERSCHULEN)

Schuljahr	Deutsche Sprache			Französische Sprache			Total Kanton		
	Anzahl Schüler	Anzahl Klassen	Klassenmittel	Anzahl Schüler	Anzahl Klassen	Klassenmittel	Anzahl Schüler	Anzahl Klassen	Klassenmittel
1974/1975	11'155	465	24.0	22'950	974	23.6	34'105	1'439	23.7
1975/1976	11'363	474	24.0	23'242	1'004	23.1	34'605	1'478	23.4
1976/1977	11'242	481	23.4	22'675	1'012	22.4	33'917	1'493	22.7
1977/1978	10'971	495	22.2	22'352	1'030	21.8	33'323	1'525	21.9
1978/1979	10'556	499	21.2	21'996	1'041	21.1	32'552	1'540	21.1
1979/1980	10'108	495	20.4	21'521	1'044	20.6	31'629	1'539	20.6
1980/1981	9'590	488	19.6	20'804	1'028	20.2	30'394	1'516	20.0
1981/1982	8'925	471	18.9	19'914	1'017	19.6	28'839	1'488	19.4
1982/1983	8'264	460	17.9	18'921	1'012	18.7	27'185	1'472	18.4
1983/1984	7'710	447	17.2	17'920	1'008	17.8	25'630	1'455	17.6
1984/1985	7'552	448	16.8	17'373	999	17.4	24'925	1'447	17.2
1985/1986	7'409	448	16.5	17'100	993	17.2	24'509	1'441	17.0
1986/1987	7'379	448	16.4	16'875	984	17.1	24'254	1'432	16.9
1987/1988	7'434	453	16.4	16'762	986	17.0	24'201	1'439	16.8
1988/1989	7'498	450	16.6	16'927	983	17.2	24'425	1'433	17.0
1989/1990	7'574	453	16.7	17'101	987	17.3	24'675	1'440	17.1
1990/1991	7'651	475	16.1	17'579	994	17.7	25'230	1'469	17.2
1991/1992	7'812	474	16.5	18'159	996	18.2	25'971	1'470	17.7
1992/1993	8'028	467	17.2	18'804	972.5	19.3	26'832	1'439.5	18.6
1993/1994	8'132	455.5	17.9	19'094	973	19.6	27'226	1'428.5	19.1
1994/1995	8'220	453	18.1	19'495	977.5	19.9	27'715	1'430.5	19.4
1995/1996	8'337	454	18.4	19'808	986.5	20.1	28'145	1'440.5	19.5
1996/1997	8'349	446	18.7	20'227	994.5	20.3	28'576	1'440.5	19.8
1997/1998	8'585	447	19.2	20'263	1'001.5	20.2	28'848	1'448.5	19.9
1998/1999	8'567	449	19.1	20'269	1'004	20.2	28'836	1'453	19.8
1999/2000	8'517	456	18.7	20'355	1'005.5	20.2	28'872	1'461.5	19.8

DIENSTSTELLE FÜR UNTERRICHTSWESEN

**Schüler- und Klassenbestände je Mittelschule und Abteilung
1997/1998 bis 1999/2000**

Schule - Abteilung	1997/1998		1998/1999		1999/2000	
	Schüler	Klassen	Schüler	Klassen	Schüler	Klassen
Brig - Kollegium Spiritus Sanctus	1189	54	1183	54	1209	56
* 1. Jahr			237	10	271	10
* 2. Jahr					203	9
* B	281	13	215	10	157	8
* C	305	13	226	10	164	9
* D	260	12	220	10	167	8
* E	311	13	247	11	192	8
* HMS (Sportler u. Künstler)	32	3	38	3	55	4
Sitten - Collège des Creusets	992	43	977	43	939	43
* 1. Jahr (Wahl I)			70	3	74	3
* 1. Jahr (Wahl II)			160	7	120	6
* 2. Jahr					212	9
* A + B	310	13	227	10	145	7
* C	474	21	357	16	250	12
* E	208	9	163	7	138	6
Sitten - Collège de la Planta	809	35	781	36	782	37
* 1. Jahr (Wahl I)			83	4	74	3
* 1. Jahr (Wahl II)			99	4	153	7
* 2. Jahr					143	7
* B	338	15	239	11	157	8
* D	471	20	360	17	255	12
Sitten - Lehrerseminar	174	8	106	5	61	3
Sitten - Handelsmittelschule	836	37	846	39	855	39
* 1. Jahr (Wahl II)			58	3	61	3
* 2. Jahr					60	3
* E	263	12	192	9	135	6
* Handelsmittelschule	296	13	322	14	312	14
* Diplommittelschule	104	4	123	5	122	6
* Schule für Berufsvorbereitung	173	8	151	8	165	7
St. Maurice - Collège de l'Abbaye	1'028	49	1'068	49	1'011	50
* 1. Jahr (Wahl I)			132	5	109	5
* 1. Jahr (Wahl II)			161	6	146	6
* 2. Jahr					229	13
* A + B + L/sc.	368	16	276	13	186	9
* C	225	12	164	8	102	5
* D	212	10	177	9	124	6
* E	223	11	158	8	115	6
Brig - Institut St. Ursula	363	16	351	16	343	15
* Lehrerseminar	77	4	55	2	31	1
* Handelsmittelschule	158	7	168	8	174	8
* Diplommittelschule	84	3	81	4	89	4
* Schule für Berufsvorbereitung	44	2	47	2	49	2
Siders - Handelsmittelschule	202	9	231	12	263	13
Monthey - Handelsmittelschule	192	9	186	9	185	9
Martigny - Handelsmittelschule	252	14	261	14	246	14
* Handelsmittelschule	194	10	206	10	194	10
* HMS (Sportler u. Künstler)	58	4	55	4	52	4
St. Maurice - La Tuilerie	161	8	163	8	183	8
* Diplommittelschule	58	3	68	3	63	3
* Schule für Berufsvorbereitung	103	5	95	5	120	5
Total	6'198	282	6'153	285	6'077	287
Vgl. mit dem Vorjahr			- 45	+3	- 76	+2

Sitten, 5. 10. 1999

Wahl I = Latein; Wahl II = Wirtschaft / Italienisch

Schüler- und Klassenzahlen der Oberwalliser Orientierungsschulen
Schuljahr 1999/2000

SCHULE	System mit integrierten Klassen								System mit Abteilungen												Bes. Organisation						TOTAL								
	1 IK		2 IK		3 IK		Total		1 S		2 S		3 S		1 R		2 R		3 R		Total		10. Sj			wk/gk			Klassen				Schüler		
	T	M	T	M	T	M	T	M	T	M	T	M	T	M	T	M	T	M	T	M	T	M	Kl.	T	M	Kl.	T	M	1.	2.	3.	BO	T	T	M
Brig-Glis								100	54	100	56	49	21	73	36	46	21	46	21	414	209	1	18	13	4	48	22	9	7	5	5	26	480	244	
Fiesch	31	11	34	21	33	16	98	48																				2	2	2		6	98	48	
Gampel	60	30	58	28	33	15	151	73																				3	3	2		8	151	73	
Kippel	20	9	15	6	11	7	46	22																				1	1	1		3	46	22	
Leuk	78	40	79	38	36	19	193	97																				4	4	2		10	193	97	
Leukerbad	18	12	24	11	18	8	60	31																				1	1	1		3	60	31	
Mörel	50	28	29	12	27	17	106	57																				2	1	1		4	106	57	
Münster	26	13	26	16	18	10	70	39																				2	2	1		5	70	39	
Naters									73	40	70	35	34	21	41	21	40	19	47	21	305	157			1	10	2	6	5	4	1	16	315	159	
Raron	51	25	45	21	30	23	126	69																				2	2	2		6	126	69	
St. Niklaus									33	18	31	18	10	4	15	7	15	8	10	4	114	59										8	114	59	
Saas-Grund	47	27	54	27	23	11	124	65																				2	2	1		5	124	65	
Siders	34	16	51	20	32	16	117	52															1	18	12						1	8	135	64	
Simplon-Dorf	6	2			7	3	13	5																								1	1	13	5
Sitten	13	7	10	5	4	3	27	15																							2	2	27	15	
Stalden									30	12	20	7	9	4	9	4	17	9	9	4	94	40						2	2	1		5	94	40	
Visp									109	56	92	46	45	23	45	23	75	34	60	20	426	202										20	426	202	
Zermatt					41	18	41	18	52	24	46	26			22	16	28	13			148	79									10	189	97		
Total O-VS	434	220	425	205	313	166	1172	591	397	204	359	188	147	73	205	107	221	104	172	70	1501	746	2	36	25	5	58	24	52	50	34	10	146	2767	1386
Total U-VS	1473	751	1429	701	1528	815	4430	2267	527	276	461	243	0	0	373	177	427	207	0	0	1788	903	7	117	60	28	267	106	112	109	75	35	331	6602	3336
TOTAL	1907	971	1854	906	1841	981	5602	2858	924	480	820	431	147	73	578	284	648	311	172	70	3289	1649	9	153	85	33	325	130	164	159	109	45	477	9369	4722

Legende: IK = Integrierte Klassen; S = Sekundar; R = Real; wk = Werkklassen; gk = gemischte Kleinklassen; T = Total; M = Mädchen; BO = Besondere Organisation

N.B. Die Schüler und Klassen des Kinderdorfes Leuk (5 Klassen; 41 Schüler, davon 14 Mädchen) sind in dieser Statistik nicht berücksichtigt.

Sitten, 06.10.99

tr - excel\org-sj\99-00\kl-os-99.xls

Schüler- und Klassenzahlen der Unterwalliser Orientierungsschulen Schuljahr 1999/2000

SCHULE	System mit integrierten Klassen								System mit Abteilungen								Bes. Organisation						TOTAL								
	1 IK		2 IK		3 IK		Total		1 S		2 S		1 R		2 R		Total		10. Sj			wk/gk			Klassen				Schüler		
	T	M	T	M	T	M	T	M	T	M	T	M	T	M	T	M	T	M	Kl.	T	M	Kl.	T	M	1.	2.	3.	BO	T	T	M
Ayent	33	16	32	16	20	7	85	39																	2	2	1		5	85	39
Bagnes	81	35	86	47	53	25	220	107																	4	4	3		11	220	107
Conthey					112	61	112	61	98	49	83	41	89	45	104	54	374	189	1	18	13	2	25	10	9	9	5	3	26	529	273
Collombey	69	35	79	31	62	32	210	98													2	15	10	3	4	3	2	12	225	108	
Grône	112	60	118	52	69	31	299	143													1	14	5	5	5	3	1	14	313	148	
Hérens	61	27	65	28	45	24	171	79																3	3	2		8	171	79	
Leytron	79	46	70	35	54	33	203	114													1	14	5	3	3	3	1	10	217	119	
Martinach, Ste.-J.-Antide	194	102	187	94	109	57	490	253																9	9	6		24	490	253	
Martinach, Ste-Marie	201	112	195	85	143	74	539	271													1	6	2	9	9	7	1	26	545	273	
Montana					71	36	71	36	60	31	45	18	55	26	55	33	215	108	1	17	7	1	11	3	5	5	3	2	15	314	154
Monthey	158	85	158	78	94	57	410	220													6	56	29	7	7	5	6	25	466	249	
Nendaz					33	11	33	11	42	22	42	26	41	16	30	15	155	79				1	9	4	4	4	2	1	11	197	94
Orsières	56	26	43	20	52	22	151	68																3	2	2		7	151	68	
St. Maurice, Tuilerie					88	49	88	49	74	43	51	30	57	30	80	36	262	139				1	9	6	6	6	4	1	17	359	194
Siders, Goubing	82	43	83	50	51	26	216	119											2	29	14	3	23	8	4	4	3	5	16	268	141
Siders, Les Liddes	81	44	75	38	65	42	221	124													2	17	3	4	4	3	2	13	238	127	
Sitten, Les Collines					126	84	126	84	134	64	110	59	56	25	84	35	384	183				4	38	13	9	9	6	4	28	548	280
Sitten, St-Guérin					119	57	119	57	119	67	130	69	75	35	74	34	398	205	2	42	21	3	30	8	10	8	6	5	29	589	291
Savièse	63	35	58	28	36	22	157	85																3	3	2		8	157	85	
Troistorrents	85	34	79	48	54	28	218	110																4	4	3		11	218	110	
Vissoie	29	18	19	10	26	16	74	44																2	1	1		4	74	44	
Vouvry	89	33	82	41	46	21	217	95											1	11	5				4	4	2	1	11	228	100
TOTAL	1473	751	1429	701	1528	815	4430	2267	527	276	461	243	373	177	427	207	1788	903	7	117	60	28	267	106	112	109	75	35	331	6602	3336

Legende: IK = Integrierte Klassen; S = Sekundar; R = Real; wk = Werkklassen; gk = gemischte Kleinklassen; T = Total; M = Mädchen; BO = Besondere Organisation

N.B. Die Schüler und Klassen des Instituts St. Raphaël (3 Klassen; 17 Schüler, davon 3 Mädchen) sind in dieser Statistik nicht berücksichtigt.

VERGLEICHSTABELLE DER resultate der MATURAPRÜFUNGEN 1997 / 1998 / 1999

Maturatypen Schulen-Jahr		Matura A + B + L/sc.					Matura C					Matura D					Matura E					Total Matura				
		Total Kand.	Total bestanden	Mädchen bestanden	nicht bestanden	% nicht bestanden	Total Kand.	Total bestanden	Mädchen bestanden	nicht bestanden	% nicht bestanden	Total Kand.	Total bestanden	Mädchen bestanden	nicht bestanden	% nicht bestanden	Total Kand.	Total bestanden	Mädchen bestanden	nicht bestanden	% nicht bestanden	Total Kand.	Total bestanden	Mädchen bestanden	nicht bestanden	% nicht bestanden
BRIG Kollegium	1999	62	61	34	1	1.6	48	48	4	-	0.0	49	46	37	3	6.1	40	34	12	6	15.0	199	189	87	10	5.0
	1998	55	55	36	-	0.0	52	52	15	-	0.0	37	36	33	1	2.7	48	46	14	2	4.2	192	189	98	3	1.6
	1997	48	45	38	3	6.3	38	38	5	-	0.0	34	34	23	-	-	61	58	25	3	4.9	181	175	91	6	3.3
ST. MAURIC Kollegium	1999	58	58	37	-	0.0	33	30	8	3	9.1	28	28	17	-	0.0	27	25	11	2	7.4	146	141	73	5	3.4
	1998	58	56	30	2	3.4	26	25	1	1	3.8	24	23	19	1	4.2	40	37	15	3	7.5	148	141	65	7	4.7
	1997	76	72	36	4	5.3	47	40	9	7	14.9	11	10	9	1	9.1	37	30	10	7	18.9	171	152	64	19	11.1
SITTEN Kollegium Les Creusets	1999	71	71	50	-	0.0	93	86	32	7	7.5						27	25	12	2	7.4	191	182	94	9	4.7
	1998	68	66	44	2	2.9	75	68	28	7	9.3						38	36	13	2	5.3	181	170	85	11	6.1
	1997	71	69	48	2	2.8	61	57	12	4	6.6						27	25	6	2	7.4	159	151	66	8	5.0
SITTEN Kollegium La Planta	1999	64	55	35	9	14.1						76	72	63	4	5.3						140	127	98	13	9.3
	1998	55	51	32	4	7.3						54	50	39	4	7.4						109	101	71	8	7.3
	1997	44	42	26	2	4.5						52	49	41	3	5.8						96	91	67	5	5.2
SITTEN Handels- mittelschule	1999																41	36	18	5	12.2	41	36	18	5	12.2
	1998																42	39	11	3	7.1	42	39	11	3	7.1
	1997																53	50	17	3	5.7	53	50	17	3	5.7
TOTAL je Maturatyp	1999	255	245	156	10	3.9	174	164	44	10	5.7	153	146	117	7	4.6	135	120	53	15	11.1	717	675	370	42	5.9
	1998	236	228	142	8	3.4	153	145	44	8	5.2	115	109	91	6	5.2	168	158	53	10	6.0	672	640	330	32	4.8
	1997	239	228	148	11	4.6	146	135	26	11	7.5	97	93	73	4	4.1	178	163	58	15	8.4	660	619	305	41	6.2

**VERGLEICHSTABELLE DER resultate der
DIPLOMPRÜFUNGEN 1997 / 1998 / 1999**

SCHULEN		HMS												HMS (Richtung KBM)					
		Kandidaten		Wahl		Bestanden				Nicht bestanden				Kandidaten		Bestanden		Nicht bestanden	
		T	M	I	II	I	II	T	M	I	II	T	%	T	M	T	M	T	%
BRIG	St. Ursula	28	19	9	19	6	18	24	18	3	1	4	14.3	11	8	11	8	-	-
	Kollegium	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
SIDERS	HMS	32	22	32	-	27	-	27	22	5	-	5	15.6	35	20	31	17	4	11.4
SITTEN	HMS	77	57	77	-	68	-	68	53	9	-	9	11.7	27	14	26	13	1	3.704
MARTINACH	HMS	69	40	69	-	57	-	57	35	12	-	12	17.4	17	6	15	5	2	11.76
MONTHEY	HMS St. Joseph	21	13	21	-	17	-	17	12	4	-	4	19.0	34	13	26	9	8	23.5
	1999	227	151	208	19	175	18	193	140	33	1	34	15.0	124	61	109	52	15	12.1
	1998	189	5012	189	0	164	0	164	97	25	-	25	13.2	100	56	93	54	7	7.0
	1997	155	97	143	12	124	12	136	87	19	-	19	12.3	101	66	93	64	8	7.9

Abkürzungen: T = Total Wahl I = Mathematik
M = Mädchen Wahl II = Bürokommunikation

DIENSTSTELLE FÜR BERUFSBILDUNG

Verwaltung

KOMMISSIONEN

Die vom Staatsrat oder vom Vorsteher des Departements eingesetzten Kommissionen unterstützen die Dienststelle in ihrem Bestreben, die Berufsbildung den modernen Anforderungen anzupassen:

- Kantonale Berufsbildungskommission
- Kantonale Berufsmaturitätskommission
- Kommission zur Förderung der beruflichen Fort- und Weiterbildung

Der Staatsrat hat ferner eine Kommission eingesetzt, welche die Vorbereitungsarbeiten für die Eröffnung einer zweisprachigen Werkstattausbildung (WLW) an den Berufsschulen für die Berufe Automatiker, Elektroniker und Informatiker koordinieren soll. Die Kommission wird vom Chef der Dienststelle für Berufsbildung geleitet und

- Vertreter aus den betroffenen Berufsverbänden,
 - der grösseren Industriebetriebe des Kantons,
 - der Berufsschulen und der Ingenieurschule, sowie
 - der verschiedenen Wirtschaftskreise
- nehmen darin als Mitglieder Einsitz.

VERWALTUNG

Die schwierige Wirtschaftslage hat sich nicht entschärft und stellt immer grössere Anforderungen an die Dienststelle. Infolge Umstrukturierung und Schliessung von Betrieben müssen zahlreiche Lehrlinge den Arbeitsplatz wechseln, was viele Verhandlungen mit den Betroffenen auslöst.

Die Zahl der Vertragsauflösungen infolge Betriebsschliessung, Konkurs und Abbau von Arbeitsplätzen ist stark angestiegen. Im Jahre 1999 wurden 608 Lehrverhältnisse aufgelöst. Dank der guten Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Ausbildern in den Betrieben ist es gelungen, für diese Lehrlinge und Lehrtöchter, oft nach zahlreichen Gesprächen, Anschlusslösungen zu finden.

Der Bundesbeschluss I über Massnahmen zur Verbesserung des Lehrstellenangebotes in den Jahren 1997-1998, 1998-1999 und 1999-2000 und die kantonalen Ergänzungsmassnahmen haben es ermöglicht, verschiedene Ausbildungskosten vom Staat zu übernehmen, namentlich bei den Einführungskursen und bei den Materialkosten der Lehrabschlussprüfungen. Dieses Finanzierungskonzept wurde von den Betrieben sehr geschätzt.

Die eidgenössischen Räte haben einen Lehrstellenbeschluss II gefasst, um die Unterstützung der Lehrbetriebe bis zur Inkraftsetzung des neuen Bundesgesetzes über die Berufsbildung im Jahre 2003 fortzuführen.

Die Aufwertung der technischen, gewerblichen und kaufmännischen Berufsmaturität und die Einführung einer revidierten Verordnung des Bundes forderten zahlreiche Koordinationsbesprechungen auf kantonaler und nationaler Ebene. Die Eidgenössische Berufsmaturitäts-Kommission hat die Klassen im Kanton regelmässig besucht.

Heute sind alle bei uns angebotenen Maturitätstypen vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie anerkannt.

Lehrmeister und Jugendliche wurden laufend über die eingeführten Maturitätstypen und über die Aufnahmebedingungen informiert.

Gegenwärtig laufen Verhandlungen mit dem BBT über die Anerkennung einer künstlerischen Berufsmaturität an der Kunstgewerbeschule Wallis als Pilotprojekt.

Der Erlass des Gesetzes über die Beschäftigung und die Massnahmen zu Gunsten von Arbeitslosen verpflichtet die Ämter für Berufsberatung zur Beratung von Arbeitslosen über Wiedereingliederungsmassnahmen und zur Erkennung und Validierung von erworbenen Kenntnissen; zahlreiche Sitzungen mit Verantwortlichen des Volkswirtschaftsdepartementes und der Wirtschaftsregionen waren notwendig, um den guten Lauf der fünf Berufsinformationszentren (BIZ) zu gewährleisten.

Selbst wenn die Zahl der Arbeitslosen im Jahre 1999 rückläufig war, wurden in den Berufsschulen zahlreiche Umschulungs- und Wiedereingliederungskurse angeboten.

Der im Jahre 1996 in Zusammenarbeit mit den zuständigen Berufsorganisationen eingeführte Beruf der Gäste-Empfangsassistentin HGA, der die Attraktivität der gastgewerblichen Berufe steigern und die Mobilität in diesem Wirtschaftssektor verbessern sollte, registriert nach wie vor ein reges Interesse. An den Berufsschulen von Brig und Sitten werden regelmässig Fachklassen geführt.

Die Dienststelle befasst sich auch mit dem Lehrlingsaustausch zwischen Sprachregionen. Zu diesem Zweck wurden verschiedene Lehrer beauftragt, ein Konzept auszuarbeiten, welches unseren kantonalen Gegebenheiten Rechnung trägt.

Die administrativen Arbeiten der Dienststelle nehmen in folgenden Bereichen zu:

- Einführung von neuen Ausbildungskonzepten;
- Ausbau der beruflichen Fort- und Weiterbildung für gelernte Berufsangehörige;
- Mitarbeit in verschiedenen Kommissionen, die sich mit der Einführung eines Basislehrjahres für verwandte Berufe befassen;
- Vermehrte Zusammenarbeit mit dem Departement für Finanzen und Volkswirtschaft im Bereich der hauswirtschaftlichen Ausbildung, nachdem das eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement ein neues Ausbildungsreglement erlassen hat, welches die Strukturen der landwirtschaftlichen Haushaltungsschulen verändert.

INTERKANTONALE ZUSAMMENARBEIT IN DER BERUFSBILDUNG

Das BBT hat in Zusammenarbeit mit den Kantonen eine breit angelegte Informationskampagne eingeleitet, um die Berufslehre aufzuwerten und Wirtschaftskreise, Eltern und Jugendliche für das Angebot der Berufsbildung zu gewinnen. Sie ist vorwiegend auf die tiefgreifenden Veränderungen in der Wirtschafts- und Arbeitswelt ausgerichtet und versucht, Jugendliche für die Berufslehre zu begeistern und sie auf den beruflichen Langzeitlehrprozess vorzubereiten.

Ein über zwanzig Jahre altes Bundesgesetz über die Berufsbildung wurde bei den Kantonen in Vernehmlassung gegeben. In zahlreichen Sitzungen mit allen interessierten Kreisen für die Walliser Regierung wurde eine Stellungnahme zu Handen des eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes ausgearbeitet.

Das neue Ausbildungskonzept verlangt nach einer verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Lehrplangestaltung.

In seiner Eigenschaft als Präsident der Westschweizer Berufsbildungsämter-Konferenz ist der Dienstchef mit besonderen Koordinationsaufgaben belastet.

ENTWICKLUNG IN DER BERUFSLEHRE

Am 1. Dezember 1999 zählte der Kanton bei einem Total von 6684 Lehrtöchtern und Lehrlingen deren 173 mehr als im Vorjahr.

Bis 1994 registrierten wir einen Rückgang der Bestände; seit fünf Jahren steigen sie wieder merklich. Einerseits sind mehr Jugendliche ins erste Lehrjahr eingetreten, andererseits steigt auch die Zahl der Zweitausbildungen.

2305 Lehrlinge des ersten Lehrjahres haben in den 150 bei uns möglichen Berufen ohne erhebliche Schwierigkeiten eine Lehrstelle gefunden, obwohl sich zahlreiche Betriebe in einer schwierigen Wirtschaftslage befinden. Die guten Beziehungen, welche die Dienststelle mit den Lehrbetrieben pflegt und die Unterstützung durch die Berufsverbände, sind namhaft für diese positive Situation verantwortlich. In einigen Bereichen wurden die Ausbildungsbewilligungen mit viel Nachsicht erteilt, um ein ausreichendes Angebot zu gewährleisten. In einigen Berufen deckte das Lehrstellenangebot die Nachfrage nicht ab.

Für die Akquisition von neuen Lehrstellen wurde namentlich in Berufen mit geringem Angebot eine intensive Aktion gestartet; dabei wird auch die Lehrlingsausbildung im Verbund unter mehreren Betrieben eingehend evaluiert.

In Zusammenarbeit mit den Ämtern für Berufsberatung wurde bei allen Lehrmeistern und bei allen Jugendlichen des letzten Pflichtschuljahres eine Erhebung über das vorhandene Stellenangebot bzw. über die Berufswünsche durchgeführt, um dadurch die Vermittlung der offenen Stellen zu erleichtern. Ab anfangs Juni wurden alle Jugendlichen, die noch keine Lehrstelle gesichert hatten, durch den Berufsberater persönlich verfolgt und im Hinblick auf eine gute Lösung beraten.

Im Vollzug des Bundesgesetzes über die Berufsbildung wurden im Jahre 1999 mehrere Reglemente über Einführungskurse in Kraft gesetzt. Die berufliche Grundausbildung wird durch diese Kurse verbessert, denn sie steigern die berufliche Mobilität wesentlich.

Die Ausbildungs- und Prüfungsreglemente werden laufend angepasst. Jede Neuerung von eidgenössischen Ausbildungsvorschriften

bedingt, dass die Dienststelle eine regionale Information für Lehrmeister durchführt.

Dank des totalen Einsatzes zahlreicher Experten und der Schuldirektionen konnten die Lehrabschlussprüfungen in guten Verhältnissen durchgeführt werden.

Die gute Einvernahme zwischen den Berufsschulen unter sich und mit den Ämtern für Berufsberatung wurde durch periodische Sitzungen mit den Direktoren gewährleistet.

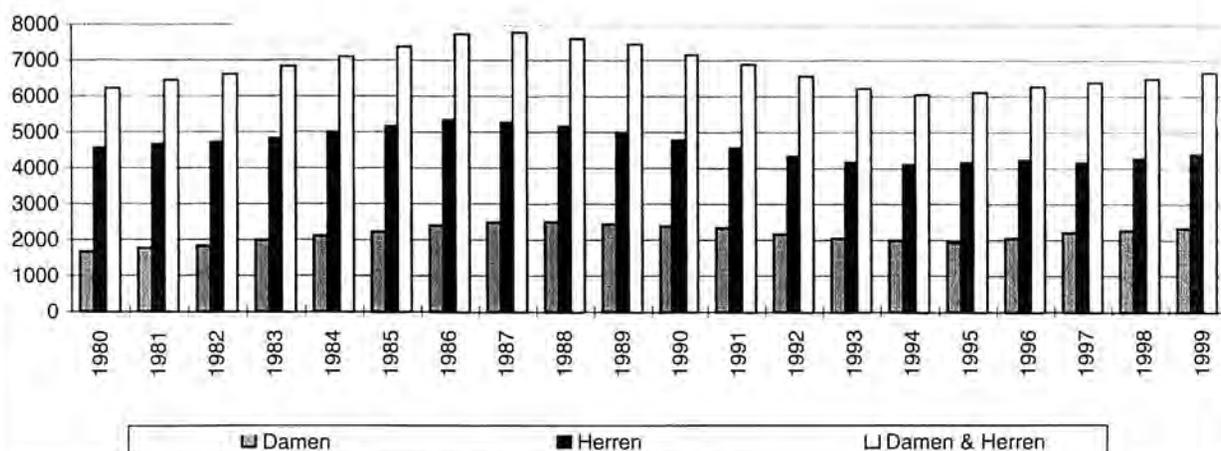
Die steigende Zahl fremdsprachiger Jugendlicher mit festem Aufenthalt in der Schweiz, deren Sprachkenntnisse für eine erfolgreiche Lehre ungenügend sind, veranlasste die Dienststelle, an den Berufsschulen von Visp und Martinach eine postobligatorische Vorlehreklasse zu führen. Jugendliche aus diesem einjährigen Sprachstudium sind grundsätzlich in der Lage, erfolgreich eine Berufslehre zu beginnen.

BESTÄNDE

Zusammensetzung der Bestände:

	1.12.1995	1.12.1999
Lehrlinge des 1. Lehrjahres	2'131	2'305
Lehrlinge des 2. Lehrjahres	1'869	2'111
Lehrlinge des 3. Lehrjahres	1'518	1'690
Lehrlinge des 4. Lehrjahres	594	578
Total Lehrlinge	4'147	4'367
Total Lehrtöchter	1'965	2'317
Lehrlinge französischer Sprache	4'024	4'373
Lehrlinge deutscher Sprache	2'088	2'311
Total der Lehrlinge	6'112	6'684
Integrationsklasse für Ausländer	13	27
Vollzeit-BMS	43	89
Gesamtbestand	6'168	6'800

Entwicklung der Bestände



LEHRMEISTERKURSE

Im Jahre 1999 sind 7 Kurse durchgeführt worden, wovon 5 im Unterwallis und 2 im Oberwallis. An 144 Teilnehmer wurde eine Bestätigung über den Kursbesuch ausgestellt. Das Bundesgesetz verpflichtet alle Lehrmeister, die erstmals einen Lehrling/eine Lehrtochter ausbilden, zum Besuch eines Kurses von 40 Lektionen.

Seit Beginn der obligatorischen Lehrmeisterkurse im Jahre 1981 sind in 177 Kursen 3300 Ausbilder zertifiziert worden.

SCHUL- UND LEHRLINGSINSPEKTORAT

Unterricht

Die Eröffnung des Schuljahres bereitet alljährlich einige Mühe, weil die definitiven Lehrlingsbestände nicht vor Schulbeginn bekannt sind. Trotz mehrfacher Aufforderungen verlangen viele Lehrmeister den Vertrag für den Lehrling erst Ende August.

Verschiedene Berufe weisen sehr geringe Lehrlingsbestände auf. Deshalb wird von den Schuldirektionen zu Beginn des Schuljahres verlangt, dass Lehrlinge verwandter Berufe in Sammelklassen zusammengezogen oder Mehrstufenklassen für verschiedene Lehrjahre gebildet werden. So werden die Klassenbestände optimiert, wobei die Eigenheiten der verschiedenen Berufe berücksichtigt werden müssen.

Die Erhebung, welche beim Lehrpersonal über die Einführung des neuen Normallehrplanes in der Allgemeinbildung durchgeführt wurde, zeigte ein positives Ergebnis. Die Vermittlung von allgemeinbildenden Werten wird tatsächlich aufgewertet.

Mit den Berufsschulen und mit den Verantwortlichen der Berufsverbände hat der Inspektor mehrere Sitzungen für Lehrmeister organisiert, um die Ausbilder über die neuen Ausbildungsvorschriften zu informieren.

Zahlreiche Lehrer haben Weiterbildungskurse des Schweizerischen Institutes für Berufspädagogik und des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie besucht, vorwiegend im Bereich der Einführung von neuen Lehrplänen. Ferner wurde die Weiterbildung für das Lehrpersonal nach schuleigenen Anforderungen gepflegt.

Aufsicht

In allen Berufen wird die praktische Ausbildung in den Betrieben durch den Inspektor bzw. durch die Berufskommissäre überwacht. Es handelt sich um eine wichtige Aufgabe, um die Ausbilder über neue Ausbildungs- und Lernkonzepte zu informieren und den Lehrlingsaustausch mit anderen Betrieben zu fördern.

Die Auflösung von Lehrverträgen sind für den Inspektor und die Berufskommissäre eine Mehrbelastung; es ist nicht immer leicht, die Fortsetzung der Ausbildung in einem anderen Betrieb zu vermitteln.

Die örtlichen Lehrlingskommissionen wurden mit den nötigen Unterlagen bedient, damit sie ihre Aufsichtsfunktion wahrnehmen können. Eine Grosszahl der Kommissionen leisten ihre Mitarbeit gewissenhaft und schicken der Dienststelle die Inspektionsberichte regelmässig. Der Inspektor hat an mehreren Kommissionssitzungen teilgenommen und stets darauf gepocht, dass auch die kommunalen Instanzen bei der Suche nach neuen Lehrstellen mitwirken.

Mehrere Gemeinden führen Stützkurse durch, um schwachen Lehrlingen vorwiegend im Bereich der Allgemeinbildung Nachhilfe zu bieten. Verschiedene Gemeinden übergeben ihren Lehrlingen Verdienstpreise.

Die Berufskommissäre werden regelmässig über aktuelle Massnahmen zur Verbesserung der Ausbildung informiert.

Die Zahl der Jugendlichen in der Anlehre steigt leicht an. Die Verwaltungsarbeiten und die Abschlusskontrollen verlängern vom Inspektor und von den Kommissären viel ab. Es kann mit Genugtuung festgestellt werden, dass dank der Anlehre eine ansehnliche Zahl von Jugendlichen eine gute Ausbildung erhalten, die ihnen einen Übertritt in eine praktische Lehre ermöglicht. Der Eintritt in den Arbeitsmarkt nach der Ausbildung ist für diese ein schwieriges Unterfangen.

BERUFLICHE WEITERBILDUNG

Berufliche Fort- und Weiterbildung muss ständig ausgebaut werden. Zu diesem Zweck wird das Kursangebot der Berufsschulen in einer Broschüre zusammengefasst und veröffentlicht. Die Zahl der Weiterbildungskurse und der Vorbereitungskurse auf Berufs- und Meisterprüfungen steigt von Jahr zu Jahr dank der Arbeiter der Kommission, die mit der Verbesserung des Kursangebotes und mit der Koordination und Zusammenarbeit mit den Berufsorganisationen beauftragt ist.

Besonders gefördert wird das Kursangebot für Personen, die bestrebt sind, ihr berufliches Können und Wissen in der eigenen Region laufend zu vertiefen.

In den Berufsschulen des Kantons wurden mehr als 200 Weiterbildungskurse durchgeführt; ein Teil davon in Zusammenarbeit mit den Verbänden und den paritätischen Berufsbildungskommissionen.

Die Dienststelle hat viele Weiterbildungsangebote der Verbände innerhalb und ausserhalb des Kantons finanziell unterstützt.

LEHRABSCHLUSSPRÜFUNGEN

Statistik

	Unterwallis	Oberwallis	Kanton
1. Lehrlinge			
Geprüfte Kandidaten(innen)	1'331	667	1'998
Ausgestellte Fähigkeitszeugnisse	1'162	582	1'744
Anzahl Berufe	114	80	120
2. Nach Artikel 41 des Bundesgesetzes zugelassene Kandidaten			
Geprüfte Kandidaten(innen)	100	7	107
Ausgestellte Fähigkeitszeugnisse	93	5	98
Anzahl Berufe	19	6	23
3. Kandidaten der Praktischen Lehre			
Geprüfte Kandidaten(innen)	9	8	17
Ausgestellte Ausweise	4	5	9
Anzahl Berufe	6	5	9
4. Berufsmittelschule			
Geprüfte Kandidaten(innen)	50	28	78
Ausgestellte Zeugnisse	47	28	75
5. Berufsmaturität-Vollzeit			
Geprüfte Kandidaten(innen)	41	27	68
Ausgestellte Zeugnisse	39	26	65
6. Anlehrausweise			
Ausgestellte Ausweise	52	22	74

BERUFSSCHULUNTERRICHT

Wie auf anderen Bildungsstufen erfährt auch der Berufsschulunterricht eine grundlegende Veränderung. Der neue Normallehrplan in Allgemeinbildung ist nun in allen Schulklassen eingeführt. Das neue interdisziplinäre Ausbildungskonzept will die Qualität des Unterrichtes optimieren und verlangt vom Lehrpersonal ein Umdenken und Lehren in Arbeitsgruppen. Die ersten Abschlussprüfungen werden positiv gewertet.

Die Vielzahl von Lehrberufen stellt die Schulleitungen vor die schwierige Aufgabe, homogene Klassen zu bilden. Wenn immer möglich werden rationelle Lösungen gesucht, die es unseren Jugendlichen erlauben, den Pflichtunterricht an den eigenen Berufsschulen zu besuchen; die Minimalforderungen des BBT und die

verpflichtenden Sparmassnahmen müssen dennoch eingehalten werden. Nur Lehrlinge aus Berufen mit sehr kleinen Beständen werden als ultima ratio interkantonalen Fachklassen zugewiesen. Am Ende eines jeden Semesters ladet die Schuldirektion alle Lehrlinge mit ungenügenden Leistungen, ihre Eltern und den Lehrmeister zu einer Besprechung ein, um nach geeigneten Lösungen für die Jugendlichen in Schwierigkeiten zu suchen.

Den Klassen der technischen, gewerblichen und kaufmännischen Berufsmaturität ist ein ansehnlicher Erfolg beschieden. 509 Jugendliche besuchen diese Klassen im Kanton. Die Berufsmatura wertet die Lehre gegenüber anderen Ausbildungsrichtungen auf.

Die Zahl ausländischer Lehrlinge mit Sprachproblemen steigt vor allem im Unterwallis an. Es werden Massnahmen getroffen, um diese Jugendlichen in die Berufsausbildung zu integrieren.

Bestände in den Berufsschulen am 1. Dezember 1999

Schuljahr 1999/2000

Schulen	Lehrlinge/ Lehrtöchter	Anlehre	Praktische Lehre	Total	Berufsmaturität		Integrations- klasse für Ausländer
					Vollzeit	Lehrbe- gleitend	
Gewerbliche Berufsschule Brig	526	16	5	547	-	-	-
Kaufmännische Berufsschule Brig	549	13	-	562	10	81	-
Gewerbliche Berufsschule Visp	688	10	6	704	30	102	12
Kaufmännische & gewerbliche Berufsschule Sitten	2'897	87	18	3'002	49	237	-
Gewerbliche Berufsschule Martinach	775	41	3	819	-	-	15
Ausserkant. Schulen; deutschsprachig	462	-	-	462	-	-	-
französischsprachig	464	-	1	465	-	-	-
Ecole ménagère rurale Châteauneuf	13	-	-	13	-	-	-
Klubschule Migros Brig & Sitten	110	-	-	110	-	-	-
Total	6'484	167	33	6'684	89	420	27

Einführungs- und Stützkurse, Freifächer 1998/1999

Anzahl Lehrlinge

Schulen	Einführungskurse	Stützkurse	Freifächer
Gewerbliche Berufs- schule Brig	336	233	55
Kaufmännische Berufs- schule Brig	91	59	-
Gewerbliche Berufs- schule Visp	-	59	66
Kaufmännische & gewerb- liche Berufsschule Sitten	2'483	134	101
Gewerbliche Berufs- schule Martinach	200	42	32
Total	3'110	527	254

STUDIEN- UND BERUFSBERATUNG

Unterwallis

Das Amt schliesst das Jahrhundert in einer besonders dynamischen Art und Weise. Die in harter Arbeit und manchmal in einem unsicheren Arbeitsklima erworbenen Kompetenzen bringen langsam Früchte. Das Amt kann seine Verpflichtungen in verschiedenen Bereichen direkt wahrnehmen:

● Studien- und Berufsberatung

Das Amt hat in allen zweiten Orientierungs-Schulklassen des Unterwallis den neuen Lehrplan über Schul- und Berufsberatung eingeführt. Deshalb musste in Zusammenarbeit mit den Berufswahllehrern ein neuer Leitfaden für Berufsanimatoren und neue Schülerdossiers erstellt werden. Dadurch ergab sich die Gelegenheit, alle Animatoren auf die Berufswahl und auf den Einsatz der neuen Lehrpläne vorzubereiten. Eine Schwierigkeit bleibt: die zunehmende Schülerzahl auf der Sekundarstufe II erlaubt es nicht mehr, eine wirksame Berufswahlbegleitung zu gewährleisten.

● Wiedereingliederung

Die Palette der Dienstleistungen, welche das Amt für Erwachsene und besonders für Stellensuchende anbietet, wird von allen Partnern und von den Personen, die davon profitieren, geschätzt. Im Rahmen der Qualitätssicherung evaluiert das Amt die Effizienz der Massnahmen anhand der Arbeitsvermittlungen und der persönlichen Aufwertung systematisch. Dieses Konzept weckt das Interesse anderer Kantone. Die Dienstleistung des Amtes «Erkennung und Validierung von Kompetenzen» wurde durch den nationalen Preis des Schweizerischen Verbandes für Erwachsenenbildung «Politik und Bildung» ausgezeichnet. Die vielen Dienste, welche von industriellen, universitären und institutionellen Kreisen angefordert werden, bewegen das Amt, die Gründung eines Kompetenzzentrums für berufliche Ein- und Wiedereingliederung zu überlegen.

● Berufsinformation

Das Amt bietet den grössten Teil der Dokumentation im Rahmen der modernen Kommunikation an; ab November 1999 kann das Amt im Internet www.vs-orientation.ch abgerufen werden. Die wichtigsten Informationen über Berufe, Lehrgänge, offene Lehrstellen und Weiterbildung kann vom Heim-PC oder in den Permanenzen der OS abgefragt werden.

● Partnerschaften

Die partnerschaftlichen Kontakte, namentlich die Beziehungen zu den Berufsverbänden, wurden systematisch gepflegt. Das Amt will als unumgängliches Bindeglied zwischen Ausbildung und Wirtschaft auftreten.

● In Zahlen:

Beratungen (ohne Stellensuchende)

- Im Jahre 1999 nahmen 5'215 Jugendliche und Erwachsene die Dienste des Amtes in Anspruch (14 % mehr als im Vorjahr). Für 94 % der Ratsuchenden wurde eine befriedigende Lösung gefunden.
- Mehr als 3'700 Schüler nahmen an *Betriebs- und Schulbesichtigungen* teil; 2'921 Schüler absolvierten eine gut vorbereitete Schnupperlehre. Alle Schüler der Abschlussklassen der Sekundarstufe II nahmen an Informationstagungen und Universitäts- und höheren Berufsfachschulen teil.
- Ungefähr 17'600 Personen suchten die Dokumentation in den Berufsinformationszentren auf. 1'157 nicht arbeitslose Erwachsene gelangten in den Genuss einer vollständigen Berufsbekanntmachung.
- Der Bereich «berufliche Wiedereingliederungsmassnahmen», der vollumfänglich durch die Mittel des Bundes gegen die Arbeitslosigkeit finanziert wird, erfährt einen starken Aufschwung.

2'163 Personen gelangten in den Genuss einer Laufbahnberatung. 1'368 Personen nahmen an einer Informationstagung teil und 1'486 beteiligten sich an einem Eingliederungsatelier (Projekt- und Aktionsplan, taktisches Vorgehen bei der Stellensuche, Erkennung von Erfahrungen, Validierung von Kompetenzen).

- Das Amt nahm ferner Einsitz in mehr als 20 Kommissionen, die sich mit Fragen der Berufsberatung auseinandersetzen.

Oberwallis

Allgemeine Information, Einzelberatungen und Dokumentation bilden die Hauptbereiche der Studien- und Berufsberatung.

Allgemeine Information

In der allgemeinen Berufswahlvorbereitung wurden die Schüler der Orientierungs- und Mittelschulen durch Klassenvorträge (217) und berufskundliche Veranstaltungen (173) auf die Berufs- und Studienwahl vorbereitet.

Die Berufsberater nahmen als Gesprächspartner an 23 Elternversammlungen oder Elternabenden teil. Sie halfen den Ratsuchenden bei der Vermittlung von Schnupperlehren und Berufswahlpraktika (275).

Die Erhebung bei den Lehrmeistern ermöglicht es, regelmässig eine Liste der offenen Lehrstellen nachzuführen. Sie ist ein wichtiges Hilfsmittel für Jugendliche, die aus der Schule entlassen werden und eine Lehrstelle suchen. Das Lehrstellenangebot kann beim Amt für Berufsberatung und im Internet konsultiert werden.

Einzelberatungen

Insgesamt wurden 3'778 Einzelberatungen für 779 männliche und 847 weibliche Ratsuchende durchgeführt. Die meisten Beratungen erforderten mehrere Besprechungen. Diese fanden beim Amt in Brig oder in den regionalen OS-Zentren statt.

Dokumentation

Sowohl das Berufsinformationszentrum in Brig als auch die Dokumentationsstelle des Amtes erfreuen sich eines sehr regen Zulaufs. 5'023 berufskundliche Unterlagen (Ausleihmappen, Bücher, Prospekte, Dia-Serien, Tonbildschauen, Videos, CD-Rom usw.) wurden von Schülern, Lehrern, Eltern usw. ausgeliehen.

Die wichtigsten Informationen über die Berufe, die Ausbildungskonzepte, die offenen Lehrstellen und die berufliche Weiterbildung können im Internet abgerufen werden: www.vs-berufsberatung.ch.

Berufswahl

Für OS-Schüler wurden 30 berufskundliche Veranstaltungen durchgeführt. Kompetente Fachleute aus der Wirtschaft stellten 1'605 Schülern und Schülerinnen ihre Berufsbranchen vor.

Arbeitslosigkeit

Das Amt hat sich mit der Problematik der Wiedereingliederung von Arbeitslosen im Oberwallis intensiv befasst. Es pflegte eine rege Zusammenarbeit mit dem kantonalen Arbeitsamt, den Arbeitsämtern der Gemeinden, den Berufsschulen und dem Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum (RAV).

Im Verlaufe des Jahres wurden verschiedene Veranstaltungen und Kurse für Arbeitslose durchgeführt: In Kursen und Informationssitzungen wurde über erfolgreiche Stellensuche, Persönlichkeitstraining und Validierung von erworbenen Fähigkeiten instruiert. 1'152 Personen wurden erfasst.

Ausserdem nahmen 111 Arbeitssuchende die Dienste des Amtes für eine persönliche Beratung in Anspruch.

Verschiedenes

Das Amt beteiligte sich an verschiedenen Erhebungen, namentlich über die Berufswünsche der Jugendlichen, über die Lehrstellenbesetzung und über die Studien- und Berufswahl der gymnasialen Maturanden.

Verschiedene Mitarbeiter des Amtes wirkten bei den Lehrmeisterkursen und in verschiedenen kantonalen und nationalen Fachkommissionen im Bereich Berufsberatung mit.

DIE KANTONSBIBLIOTHEK

Allgemeine Zielsetzung

Der Auftrag der Kantonsbibliothek kann mit den fünf nachgenannten, sich ergänzenden Zielsetzungen umschrieben werden, nämlich:

- Sammlung, Erschliessung und Aufbewahrung von Walliser Dokumenten;
- Erwerb, Eingliederung und Ausleihe von Dokumenten-Sammlungen von allgemeinem und wissenschaftlichem Interesse;
- Organisation und Angebot eines Informationsdienstes für die Öffentlichkeit in bezug auf die verschiedenen Bereiche der menschlichen Tätigkeit;
- Ermöglichung des Zugangs und der Beteiligung zu den Informationsaustausch-Netzen und Zusammenarbeit mit anderen Bibliotheken;
- Koordination und Entwicklung des Walliser Bibliotheken-Netzes.

Die Art der Verwirklichung dieser Zielsetzungen wird einerseits durch das Kulturförderungsreglement vom 7. Juli 1999 und andererseits durch den Strategieplan der Dienststelle für die Jahre 1999 bis 2003, der am 6. Mai 1999 durch den Departementvorsteher genehmigt wurde, bestimmt.

Mittel

Informatik

Zum Uebergang zu einer neuen Version des Programmes VTL5, das vom Westschweizernetz (RERO) benutzt wird, hat die Kantonsbibliothek einen neuen Informatik-Server IBM 7025-F50 angeschafft.

Lokalitäten

Auf Vorschlag des Staatsrates hat der Grosse Rat beschlossen, das alte Gebäude des Bundeszeughauses von Pratofori für die Bedürfnisse der Bibliothek in Sitten zur Verfügung zu stellen und einen Verpflichtungskredit für die erste Ausbaustufe im Hinblick auf die neue Zweckbestimmung zu gewähren. Im Jahre 2000 wird die Kantonsbibliothek Räume für Freihandausleihe eröffnen können, was bisher spürbar fehlte. Dieser erste Schritt wird schlussendlich zur Uebertragung der Gesamtheit der Dienste in die beiden Gebäude des Zeughauses führen. Eine zweite Etappe ist in Anbetracht des zunehmenden Platzmangels in der Rue des Vergers vor dem Jahre 2004 vorgesehen.

Für die erweiterten Aufgaben des Walliser Bild- und Tonzentrums sind die gegenwärtig benutzten Räumlichkeiten in der Av. du Grand-Saint-Bernard in Martigny zu klein und für dessen Tätigkeiten nicht mehr geeignet.

Personal

Zur Bewältigung ihrer Aufgabe benötigt die Bibliothek nicht nur den in ihrem Organigramm vorgesehenen Personalbestand, sondern ist ebenfalls auf Hilfskräfte verschiedenlicher Herkunft angewiesen. Gleichbedeutend mit Vollzeitposten, ergibt sich folgende Aufteilung der Personalkategorien:

- kantonales Personal (Beamte und Hilfskräfte): 25,67 Einheiten (45%)
- Personal, finanziert durch externe Mandate: 3,47 Einheiten (6%)
- Gemeindepersonal: 2,53 Einheiten (4%)
- Personen in Ausbildung (Lehrlinge und Stagiaires): 13,60 Einheiten (24%)
- Ad hoc-Programme (halbgeschützte Anstellungen, Beschäftigungsprogramme): 11,36 Einheiten (20%).

Diese Zahlen zeigen, dass rund 50 % der Arbeiten in den Bibliotheken von Sitten, Brig, Martigny und St-Maurice von Personal ausgeführt werden, dessen Ausbildung nur teilweise den auszuführenden Aufgaben entspricht (Personal in Ausbildung und Programme ad hoc.), was die Organisation des Arbeitsablaufes nicht erleichtert.

Entwicklung der Sammlungen

Nebst dem ordentlichen Erwerb wurde einerseits der Entwicklung der Sammlungen im Lesesaal der Bibliothek in St-Maurice, deren Rolle als Referenzbibliothek im Unterwallis bestätigt wird, und andererseits den Musiksammlungen der Bibliothek in Brig besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

Zunahme der Monographien und Zeitschriften

	Monographien	
	Werke	Bände
Erwerb	6'139	6'472
Gaben	1'310	1'367
Tausch	43	43
Aufbewahrung	327	328
Total	7'819	8'210

Bei den Monographien fallen 1'109 Werke (1'148 Bände) in die Kategorie «Vallesiana» (Dokumente, die das Wallis betreffen).

Die Anzahl von Zeitschriftentiteln ist auf 59 bezahlte Abonnemente und 120 Gratisschriften angestiegen. 127 Zeitschriften haben ihr Erscheinen eingestellt oder wurden abbestellt.

Andere Dokumente

	Zunahme	
	Werke	Bände

Kleine Schriften aus dem Wallis

Festbüchlein, Programme usw. (Sammlung PN)	1'814	1'814
Presseauschnitte	4'014	4'014
Walliser Plakate	212	212

Audiovisuelle Dokumente

Walliser-Tonträger	101	116
CD-ROM's	72	106
Videokassetten	58	63
Tonkassetten	14	26

Die Anzahl der Presseartikel über das Wallis in ausserkantonalen Zeitungen ist von 2'832 (1998) auf 4'014 (1999) Einheiten angestiegen. Diese Zunahme ist auf die Lawinen vom Februar und die Kandidatur von Sitten für die Olympischen Spiele 2006 zurückzuführen.

Buchbinderei und Restauration

586 Bände wurden 1999 in die Buchbinderei gegeben. Restaurationen an spezialisierte Firmen wurden keine in Auftrag gegeben.

Behandlung und Aufwertung der Sammlungen

Informatisierter Katalog

– Erfasste Notizen (neue Werke)	19'238
– davon bereits durch andere Bibliotheken RERO erfasst	6'205 (32%)
– Stand der Daten am 31.12.99	196'521

Walliser Bibliographie

Erstellte Notizen	4'551		
Anzahl der kumulierten Fichen	Zunahme	Total	
Autoren-Fichen	3'049	137'621	
Sach-Fichen	4'579	218'588	
Total	7'628	356'209	

Im Rahmen der Aufwertung der Walliser Publikationen wurden allgemeine Sachregister von zwei wissenschaftlichen Zeitschriften erstellt, nämlich von: *Blätter aus der Walliser Geschichte* (1889-1999) und das *Bulletin de la Murithienne* (1861-1998). Diese Verzeichnisse sind im Rahmen von Bibliothekars-Diplomarbeiten entstanden und werden nächstens veröffentlicht. Die Daten sind bereits auf der Datenbank von RERO verfügbar. Die Bibliothek hat ebenfalls ein Beschäftigungsprogramm für junge, stellenlose Fachleute mit Universitätsabschluss geschaffen, wo diese an der Auswertung der welschen Walliser Presse während der Jahre 1920 bis 1940 mitarbeiten können.

Ausstellungen

Die Kantonsbibliothek hat an folgenden Ausstellungen teilgenommen:

- *Artes Fidei: 2000 ans de présence chrétienne en Valais, Musée de l'Evêché, 22. März – 27. November 1999.*

Die Bibliothek in Brig hat in ihren Räumen eine dem Fotografen Oswald Ruppen gewidmete Ausstellung durchgeführt, die der Öffentlichkeit erstmals 1998 in Martigny vorgestellt wurde.

Öffentliche Dienstleistungen

Die Benutzung der Bibliothek hat ihre Zunahme fortgesetzt:

Anzahl der ausgeliehenen Dokumente:

Sitten: 76'549 / Brig: 91'678 / St-Maurice: 18'802
Total: 186'075

Anzahl der neu eingeschriebenen Leser (in Klammer der Stand am 31.12.1999):

Sitten: 2'133 (16'039) / Brig: 1553 (10.213) / Saint-Maurice: 308 (1246)

Ende 1999 waren 27 498 Personen im Besitz einer Leserkarte der Kantonsbibliothek.

Die Bibliothek in Brig hat 43 Gruppen (732 Personen) zu Besuchen empfangen, diejenige von Sitten 25 (413 Personen). 105 Personen beteiligten sich in Sitten an 9 Einführungskursen für Internet und zur Anwendung der VTLS-Kataloge.

Die Kantonsbibliothek (Hauptsitz und Zweigstellen) hat über die interbibliothekarische Ausleihe 8'016 Werke oder Photokopien erhalten.

	Sitten	Brig	Saint-Maurice
Gesuche	4'671	3'250	
Erhaltene Werke	4'121	3'237	
Photokopien	240		
Erledigte Gesuche	4'361	3'237	418
Erledigungsquote	93 %	99,5 %	

Die Kantonsbibliothek in Sitten hat an schweizerische und ausländische Bibliotheken 1'664 und diejenige in Brig 488 Werke ausgeliehen sowie 44 photokopierte Artikel versandt.

Kulturelle Animation

Das Programm *Midi-rencontres* wurde 1999 fortgesetzt, und zwar mit dem Thema Arbeit (Frühling) und rund zehn Konferenzen zum Thema *Valais pluriel* für die Saison 1999/2000. Gleichzeitig wurden die *Soirées-rencontres* durchgeführt, an welchen sich Walliser Schriftsteller dem Publikum vorstellen konnten. So hat die Bibliothek 14 Konferenzen organisiert, die von rund 500 Zuhörern besucht wurden.

Im gleichen Sinne hat die Bibliothek in Brig die Organisation der Biblio-Talks fortgesetzt.

Walliser Bild- und Tonzentrum (CEVIS)

Der Bestand des CEVIS wurde durch 83 neue Hinterlegungen bereichert, die registriert, aussortiert und für eine langfristige Konservierung behandelt wurden. Sie teilen sich wie folgt auf: 30 kinematographische Hinterlegungen, bestehend aus 172 Filmen oder Videokassetten, 44 Fotosammlungen mit mehreren tausend Dokumenten, 6 Bestände von Tonträgern (Schallplatten, Tonbänder, Kassetten) sowie 3 Hinterlegungen von Musuemsmaterial.

Um seine Archive dem Publikum zugänglich zu machen, hat das CEVIS seine Inventar- und Kopierarbeiten fortgesetzt.

Im Rahmen eines Auftrags von Memoriav, (Association pour la sauvegarde du patrimoine audiovisuel suisse), hat das CEVIS seine Erfassungs- und Katalogisierungsarbeiten der Fotografien zum Thema «*La vie quotidienne au fil du temps*» weitergeführt. Mehr als **10'000** Fotos wurden bereits nach dem bestmöglichen System numerisiert; **8'000** davon sind bereits zugänglich und mittels des informatisierten Katalogs RERO über das Internetnetz erreichbar.

Die Konsultation und Benutzung der audiovisuellen Archive erfahren einen erfreulichen Aufschwung und verursachen, dank der angewandten technischen Mittel, keine Beschädigung der Originaldokumente. Das CEVIS verzeichnet **94** Ausleihen, umfassend **685** Fotografien, Negative und Postkarten, **72** Videokassetten, **5** Filme auf Filmstreifen und **15** Ausleihen von verschiedenem Material.

Um die Bestände besser bekannt zu machen und das Publikum zu sensibilisieren, organisierte das CEVIS folgende Ausstellungen:

- *Hans Baumgartner;*
- *Portraits de famille: généalogies et photographies;*
- *Souriez-clic! ou comment le sourire apparaît en photographie;*
- *L'épopée des barrages* (Fondation Gianadda, Martigny);
- *Les communautés étrangères en Valais*, (Théâtre du Crochetan, Monthey);
- *La fée électricité en Anniviers*, (Sorebois, Zinal);
- *L'invention des sports d'hiver*, (Restoroute, Martigny);
- *Oswald Ruppen, Retrospektive*, (Galerie Zur Matze, Kantonsbibliothek, Brig).

Das CEVIS hat ausserdem an Ausstellungen und Bildvorträgen in Bovernier, Evolène, Genf, Sitten, Saint-Luc und Zürich mitgewirkt.

Im gleichen Sinne beteiligte sich das Zentrum auch an der Herausgabe von Werken, welche seine Sammlungen bereichern:

- *L'épopée des barrages, de la Dixence à Cleuson-Dixence* in Zusammenarbeit mit der Compagnie d'électricité EOS;
- *Oswald Ruppen, Wallis: Zeit der Wende* im Rahmen des Programms *Valais au Cap de l'An 2000* im Verlag Slatkine und Rotten Verlag;
- *Les bisces du Valais*, Verlag Monographic.

Ausserdem organisiert das Zentrum in Zusammenarbeit mit den Kinos von Sitten und Martigny die Vorstellungen *La Lanterne magique*. Dieser Kinoclub ermöglicht es Kindern von 6 bis 11 Jahren auf spielerische Art zu äusserst günstigen Bedingungen ihre ersten Erfahrungen in der Kinokultur zu sammeln.

Öffentliche und Schulbibliotheken

Im Verlaufe des vergangenen Jahres hat die Dienststelle der Kantonsbibliothek in St-Maurice an der Erarbeitung von 7 Bibliotheksprojekten mitgearbeitet, nämlich 2 Ausbauprojekte (Collombey-Muraz und Savièse), 3 Informatisierungsprojekte (Collombey-Muraz, Vionnaz, Saxon), 2 Ausbau- und Netzanschlussprojekte (Martigny, OS Ste-Jeanne-Antide – Martigny, OS Ste-Marie). Die Direktorin der Dienststelle hat ausserdem folgende Bibliotheken besucht: Conthey (OS Derborence), Vernayaz (Schulbibliothek), Chalais (Gemeinde- und Schulbibliothek), Grône (Gemeinde- und Schulbibliothek), Crans-Montana (Bibliothèque du Haut-Plateau), Crans (Schulbibliothek) und Mex (Gemeindebibliothek).

Im Oberwallis befasste sich die Zweigstelle in Brig mit der Schaffung einer Gemeinde- und Schulbibliothek in Susten-Leuk und der Beratung für eine bessere interne Organisation der Schulbibliothek in Naters. Im Rahmen von Diplomarbeiten hat die Dienststelle ein neues Konzept für die ODIS ausgearbeitet und sich mit der Reorganisation der Bibliothek des Kollegiums «Spiritus Sanctus» befasst (Bedarfsstudie, Erarbeitung eines Globalkonzeptes für die verschiedenen Bibliotheken des Kollegiums). Sie hat ausserdem die regionalen und kommunalen Bibliotheken von Münster, Fiesch, Mörel, Naters und Visp besucht und den Bedarfsstand überprüft.

In Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Unterrichtswesen hat eine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz der Direktorin der Zweigstelle von St-Maurice ein Handbuch herausgegeben, das dazu bestimmt ist, die Benutzung von Bibliotheken im Rahmen der Schultätigkeit zu erleichtern.

Zusammenarbeit

Zusammenarbeit im Wallis

Der Kantonsbibliothekar ist Präsident der Vsnet: *Association pour le réseau scientifique valaisan*, welche ein Netz von rund 25 Institutionen im Bereich der Forschung, der Ausbildung und der Kultur umfasst, welches dem Internet-Netz angeschlossen ist.

Interkantonale und internationale Zusammenarbeit

Der Kantonsbibliothekar ist Mitglied des Conseil exécutif RERO und des Comité des directeurs des grandes bibliothèques de Suisse romande (CDROM). Er ist ebenfalls Mitglied der Kommission der Schweizer Landesbibliothek und vertritt die Nicht-Universitätskantone bei der *Kommission für schweizerische Universitätsbibliotheken*.

Der Direktor des Walliser Bild- und Tonzentrums ist Komiteemitglied der *Association Memoria*, welche durch die wichtigsten nationalen Institutionen zur Erhaltung des schweizerischen audiovisuellen Erbgutes gegründet wurde. In dieser Eigenschaft leitet das CEVIS ein Erfassungs- und Förderungsprogramm der Fotografien aus dem Alltagsleben der Schweiz.

STAATSARCHIV

ZUWACHS

Im vergangenen Jahr wurden 60 Eingänge (Ablieferungen, Deposita, Schenkungen) verzeichnet. Dies entspricht ca. 430 Laufmetern (2437 Archivschachteln, 4705 Mikrofichen). 39 staatliche Verwaltungsstellen haben 42 Ablieferungen vorgenommen. 6 Schenkungen, 12 Depôts (einzelne provisorisch) ergänzen das Eingangsverzeichnis. – Ferner haben 1 schweizerische Vereinigung, 5 kantonale oder regionale Verbände, 1 Burgerschaft, 1 Gemeinde und mehrere Privatpersonen ihr Archiv hinterlegt oder ihre bereits im Staatsarchiv lagernden Bestände ergänzt. Eine ausführliche Liste

der Anschaffungen, Schenkungen, Deposita sowie der Ablieferungen der kantonalen Dienststellen wird in der nächsten Nummer der Zeitschrift «Vallesia» 2000 (Bd. 55) zu finden sein. Darin werden auch die hier nur kurz zusammengefassten Archivarbeiten des Jahres 1999 eingehender umschrieben sein.

ARBEITEN

1. Registratur, Klassierung, Analysen und Inventarisierung der Ablieferungen, Deposita und Schenkungen

a) Alte Bestände

Den Karteien AV 70 Gemeinden und Pfarreien, AV 107-110 Walliser Familien sowie den Katalogen der Wappen, Porträts und Einbürgerungen wurden zahlreiche Zettel hinzugefügt. Ein Archivführer ist in Vorbereitung.

b) Bestände der Staatsverwaltung

FVD: Volkswirtschaft (Archiv Deferr), 85 Inventarseiten für 450 Schachteln; ehemaliges Departement des Innern: Landwirtschaftskammer, OPEVAL, «Chartes agricoles», Milchkontingentierung, landwirtschaftliche Betriebsberatung usw. 10 S. für 130 Schachteln; Finanzverwaltung, Hauptbuchhaltung, 1994-1998: 1988 Mikrofichen, Rechnungen: 560 Mikrofichen, ausstehende Zahlungen: 297 Mikrofichen; Lohnbüro: Lohnausweise 1997-1998: 42 Mikrofichen, Tabellen und Lohnkontos 1998: 80 Mikrofichen; Vorsorgekasse des Staatspersonals: 64 Mikrofichen; Amt für Bodenverbesserungen Oberwallis, 18 S. für 36 Schachteln; Amt für Bodenverbesserungen Unterwallis: 450 Schachteln; Dienststelle für Landwirtschaft, Amt für Agrarkredite, 1 S. für 13 Schachteln; Amt für landwirtschaftliche Betriebsberatung: 40 Schachteln; Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit, Preiskontrollstelle und Mieterschutz, 1 S. für 14 Schachteln; Büro für Wohnungswesen: 1 S. für 11 Schachteln; Arbeitslosenversicherung, Ausländische Arbeitskräfte und private Arbeitsvermittlung usw.: 18 S. für 122 Schachteln; Statistisches Amt: 1 S. für 10 Schachteln; Dienststelle für Personal: 1/2 Schachtel; Steuerverwaltung: Analyse, Klassierung und Inventarisierung des Fonds «Seewer»: 80 S. für 97 Schachteln.

DEKS: Dienststelle für Unterrichtswesen, Oberwallis: 5 S. für 21 Schachteln; Schulhausbauten: Überarbeitung und Klassierung nach Gemeinden, im Gange.

DSI: Dienststelle für innere Angelegenheiten, Dossiers mit Verwaltungsbeschwerden: 46 S. für 48 Schachteln.

DGSE: Dienststelle für Arbeitnehmerschutz und Dienstverhältnisse: 1 S. für 125 Schachteln; Dienststelle für Gesundheitswesen: 10 S. für 165 Schachteln; Flüchtlingsheim Visp: 32 S. für 32 Schachteln; Flüchtlingsheim Ardon: 36 S. für 36 Schachteln; Flüchtlingsheim St-Alexis Sitten, 35 S. für 35 Schachteln; Walliser Zentrum für Pneumologie: 2 S. für 235 Schachteln. Eine Umgestaltung des Fonds Gesundheitswesen ist im Gang.

DVBVU: Kantonale Baukommission: 1 S. für 130 Schachteln; Dienststelle für Hochbau: 3 S. für 10 Schachteln; Dienststelle für Verkehrsfragen: 3 S. für 8 Schachteln; Kantonale Kommission für Strassen-signalisation: 36 S. für 33 Schachteln; Dienststelle für Strassen- und Flussbau (Neuklassierung): 282 Schachteln; alter Bestand des Sekretariats (6030-1): 50 S. für 63 Schachteln.

c) Gemeinde-, Bürger- und Pfarrarchive

Blitzingen, Gemeinde und Pfarrei, 44 Inventarseiten; Chalais, Gemeinde, 30 Seiten; Conthey, Gemeinde, Mikroverfilmung der Protokolle des Gemeinderats 1910-1972; Conthey, Pfarrei, Nachtrag, in Bearbeitung; Martigny, Pfarrei, in Bearbeitung; Niedergesteln, Pfarrei, in Bearbeitung; Sitten, Burgerschaft, Nachtrag hinterlegt; Trient/Les Jeures, Gemeinde, 23 Inventarseiten (Archiv der Gemeinde zurückgegeben); Zeneggen, Gemeinde, 45 Inventarseiten. – 25 Inventare von Oberwalliser Gemeindearchiven wurden mit dem Computer erfasst. – Auf Ersuchen der Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit hat das Staatsarchiv ein Konzept erarbeitet für das Ordnen von Gemeindearchiven durch Arbeitslose im Rahmen von Beschäftigungsprogrammen.

d) Privatbestände

Walliser Vereinigung für das Frauenstimmrecht, Nachtrag, 6 Inventarseiten; Schweizerischer Bergführerverein, Nachtrag, in Bearbeitung; Hausmieterverband, Nachtrag; Walliser Turnverein, Nachtrag; Walliser Frauenturnverein, 1 Inventarseite; Familie Closuit, in Bearbeitung, 74 Inventarseiten; Kolonie San José Argentinien, 2 Inventarseiten; Familie de Courten, in Bearbeitung; Familie de Sépibus, 4 Inventarseiten; Ecole La Bruyère, 5 Inventarseiten; Fédération valaisanne des patois, 1 Inventarseite; Josef Guntern, Sagensammlung, 2 Inventarseiten; Leo Imhof, Glis, in Bearbeitung, 6 Inventarseiten; Familie Loretan-de Preux, 18 Inventarseiten; Sektion Monte Rosa SAC, Nachtrag, in Bearbeitung, Paul-Louis Pelet, Fonds Wasserradbetriebe im Wallis; Schweizerischer Studentenverein, 2 Inventarseiten; SODEVAL, 7 Inventarseiten; Othmar Steinmann, 8 Inventarseiten; Stiftung Pro Nicolai, St. Niklaus, in Bearbeitung; Archiv des Simplon-Hospizes, 66 Inventarseiten; Aloys Theytaz, 3 Inventarseiten; Walliser Kantonsschiessen 1948, 3 Inventarseiten; Familie Torriane, 3 Inventarseiten; Vieux-St-Maurice, 1 Inventarseite; Theodor Wyder, Bergrettungskommission, 1 Inventarseite, und Waffenplatz Sitten, Artillerie-Schule, 2 Inventarseiten.

2. Sicherheitsverfilmung

Die Mikrofilmbteilung erstellte insgesamt 308 16mm-Filme und 50 35mm-Filme für die Grundbuchämter, die Kantonsbibliothek und die Archive. - 55 35mm-Filme wurden für das Eidgenössische Amt für Kulturgüterschutz dupliziert. Die Hauptarbeit umfasste die Verfilmung der Belege für die 6 Kreise des Grundbuchregisters sowie die registrierten Privatparzellen und die eidgenössischen Fichen der Büros von Sitten, Siders und Leuk. Zudem wurden auch die Bücher des Handelsregisters von Sitten verfilmt. Für die Kantonsbibliothek wurden die Walliser Zeitungen des Jahres 1998 mikroverfilmt, für das Staatsarchiv die Staatsratsbeschlüsse 1998, einige Pfarrregister und die Protokolle der Gemeinde Conthey 1910-1972.

3. Veröffentlichungen

Band 53 der Zeitschrift «Vallesia» (1998) ist im Juli 1999, Band 54 (1999) im November 1999 erschienen (494 S. und 404 S.) - Die Vorbereitung eines Bandes mit Abschieden, Mandaten und Gerichtsentscheiden des Walliser Landrats aus den Jahren 1457 bis 1500 geht normal voran; im Verlauf des Jahres wurden erneut rund 100 Seiten transkribiert. - Ein Historiker hat unter der Leitung des Schweizerischen Juristenvereins die Vorbereitung der Edition der Walliser Rechtsquellen fortgesetzt.

BENÜTZUNG

Es wurden über 2'000 Besucher registriert; die meisten von ihnen sahen Dokumente ein. Namentlich die Familienforscher werden immer zahlreicher. - 726 Dossiers wurden von staatlichen Verwaltungsstellen eingesehen. Die Archivare haben mehrere Verwaltungsstellen, die ihr Klassierungssystem zu verbessern wünschten, beraten. Ferner haben sie zahlreiche Forscher und Studenten in ihrer Arbeit (Monographien, Lizentiatsarbeiten und Doktorate) mit Rat und Tat unterstützt. Sie haben zudem an bedeutenden Schweizer Geschichtswerken (Historisches Lexikon der Schweiz und Helvetia Sacra), an den Zeitschriften unserer Geschichtsforschenden Vereine sowie am Bulletin der Walliser Vereinigung für Familienforschung aktiv mitgearbeitet. Zudem hat ein Vertreter des Staatsarchivs in der Arbeitsgruppe «Encyclopédie Valais sur Internet» mitgearbeitet. - Das Staatsarchiv hat über 200 schriftliche und zahlreiche mündliche Anfragen betreffend Familien, Heimatrechte, Fotos und Wappen (ca. 50) beantwortet. Zahlreiche Dokumente wurden auf Anfrage analysiert oder übersetzt; viele andere nur stichprobenweise untersucht. Es wurden überdies insgesamt 25'000 Photokopien erstellt.

DIENSTSTELLE DER KANTONSMUSEEN

Allgemeine Politik

1999 wurde die im Vorjahr entwickelte neue Organisationsstruktur erstmals während eines ganzen Jahres erprobt: Aufteilung der Aufgaben auf fünf Abteilungen, Konzentrierung des Verwaltungsbereichs auf ein Team mit entsprechenden Kompetenzen, was den Museen mehr Freiraum für ihre wissenschaftlichen und pädagogischen Aufgaben gibt, Leitung jedes Museums durch eine verantwortliche Person (Konservator I), eigenständiges Profil für jedes Museum unter Abstimmung durch die Direktion, Einrichtung eines Direktionsrates als Ideenbörse. Die Einführung der neuen Struktur war begleitet von einer Reorganisation der Koordination zwischen Direktion, allgemeinen Diensten und Museen. Um die Entwicklungsperspektiven dieser neuen Struktur aufzuzeigen, hat die Direktorin mehrere Texte verfasst. Die Reorganisation wird demnächst vom Zentrum für Verwaltungsmanagement unter die Lupe genommen und soll dann vom Staatsrat genehmigt werden.

Ein Schwerpunkt gesetzt wurde in diesem Jahr auf die Erlangung einer Sekretariats-Stelle für die Konservatoren (siehe Personal).

Der Direktionsrat widmete sich der schwierigen Frage des Bezugs zwischen dem Entwicklungskonzept der Museen und der Vermittlung (welche Aktivitäten für welches Öffentlichkeitsbild mit welchen Mitteln für welches Publikum?). Angesichts der knappen Mittel wird einer langfristigen Arbeit der Vorzug gegeben, bei der wissenschaftliche Qualität und direkte Kontakte im Vordergrund stehen sollen. Dies im Gegensatz zu einer Strategie, welche auf spektakuläre Weise in kurzer Zeit ein grosses Publikum erreichen will. *Small is beautiful.*

Das Projekt einer Umfunktion des ehemaligen Kantonsgefängnisses in einen Ausstellungsort für alle Museen (als Ersatz für das Zeughaus Pratofori, in welches die Kantonsbibliothek einzieht) geht planmässig voran. Der Grundsatz wurde vom Staatsrat genehmigt und in Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Hochbau, Denkmalpflege und Archäologie wurden erste Arbeiten ausgeführt.

Forschung

Die Direktorin hat mit dem Zusammentragen von Material für das Verfassen einer Geschichte der Kantonsmuseen begonnen.

Leitung von oder Beteiligung an Projekten

Lancierung und Leitung eines Ausstellungsprojektes zum Thema *Moderne* (Realisation 2002 oder 2003) sowie einer Ausstellung über die *Wiederholung als Faktor der Kreation* zusammen mit dem Festival Tibor Varga (2001).

Fortsetzung der Leitung des Nationalfondsprojektes über die Zweckbestimmung der Silberminen im Wallis.

Expertise zu einer Diplomarbeit in Architektur über ein Museum des Abteischatzes von St-Maurice (Izumi Darbellay).

Projekt für ein Industriemuseum in Vouvy (ehemalige Kartonfabrik und thermisches Kraftwerk Chavalon).

Teilnahme am kulturellen Leben

Die Direktorin hat an zahlreichen Kommissionssitzungen teilgenommen (namentlich der departementsinternen Kulturkommission: Erarbeitung einer Walliser Enzyklopädie auf Internet). Sie vertrat die Kantonsmuseen an Vernissagen im Wallis und in der übrigen Schweiz. Die Direktorin ist Stiftungsratsmitglied von Pro Helvetia und war unter anderem Jurymitglied für die Zuerkennung der *Cahiers d'artistes*. Ebenso war sie Jurymitglied der Expo 01/02.

Tagungen: Im Landesmuseum Zürich über das Dilemma von Rentabilität und Auftrag der Museen (1. März, organisiert vom Verband der Museen der Schweiz); in St-Maurice über das künftige Museum des Schatzes der Basilika von St-Maurice (organisiert vom Schweiz. Verband für Kulturgüterschutz).

Radiosendung bei Rhone FM über die Museen 1999 (6. Mai); Teilnahme an Film des Fernsehens RSR (7.-8. Mai).

Weiterbildung

1999 organisierte die Weiterbildungsstelle wiederum eine Reihe von Kursen oder Seminaren:

- Für die Techniker, Wärter und das Personal des Kunstmuseums einen Kurs über *Brandverhütung* (durch Eric Senggen vom kantonalen Amt für Feuerwesen in Zusammenarbeit mit der Feuerwehr Sitten am 16. November 1999).
- Für das Personal, welches an *GroupWise* angeschlossen ist, einen Kurs für Nutzer des Programms *GroupWise* am 29. September 1999.
- Für die Techniker einen Weiterbildungstag zum Thema *Arbeitsabläufe in einer Werkstatt* in den Naturmuseen von Bern und Neuenburg am 10. Juni 1999.
- Für die Techniker, Wärter und das Personal des kantonalen Museums für Archäologie einen Kurs über die neuen *Feuer- und Einbruchalarmanlagen* im Museum für Archäologie (durch die Herren Durmoulin und Mathieu am 18. Februar und 2. März 1999).
- Für die Wärter einen *Englisch-Kurs* (einmal pro Woche).
- Für den Verwalter einen Management-Kurs für Kader und Unternehmensleiter, organisiert vom Walliser Weiterbildungszentrum für Kader und Unternehmensleiter (1998-2000).
- Für die Direktorin einen Management-Kurs in Neuenburg (9.-10. März 1999).
- Für das ganze Personal zwei Führungen von Marie Claude Morand durch die alte und die neue Einrichtung des kantonalen Museums für Geschichte (6. und 18. Oktober 1999).

ALLGEMEINE DIENSTE

Abteilung Kommunikation

Das Jahresziel bestand darin, ein Grundlagenpapier zu erarbeiten, welches umreissen sollte, welches das Bild und die Prinzipien sind, mit denen die Dienststelle nach aussen tritt (siehe auch unter 'allgemeine Politik').

Der *Walliser Museumsführer*, welcher letztes Jahr zusammen mit der Vereinigung der Walliser Museen herausgegeben wurde, wurde ins Internet gegeben. Zusammen mit dem Verlagshaus *Florilèges* in Genf (Herr Barradi) und der Banque Constant wurde eine Publikationsreihe lanciert, welche mittels kleinformatiger Bändchen mit qualitätvollen Fotografien die verschiedenen Museumssammlungen vorstellt. Der erste Band erscheint anfangs 2000 und ist dem kantonalen Museum für Archäologie gewidmet.

Bibliothek

Die Hauptaufgaben dieses Jahres:

- Organisation des Umzugs der Hauptbibliothek vom Vidomnat-Gebäude ins Parterre des Blatterhauses. Der Bibliothek stehen nun angepasste Räume zur Verfügung. Das Mobiliar konnte entsprechend ergänzt werden und erlaubt eine übersichtliche Aufstellung.
- Einrichtung des Bücherfonds Archäologie im 1. Stock des Blatterhauses. Der Monographienfonds des kantonalen Museums für Archäologie steht nun den Mitarbeitern direkt zur Verfügung.
- Rekatalogisierung der Künstlerbiographien aus dem Zettelkatalog in den Computerkatalog. Ein grosser Teil des Zettelkatalogs konnte in den Computerkatalog übernommen werden. Der Hauptkatalog enthält nun 3750 Eintragungen und der Zettelkatalog konnte auf ein Element reduziert werden.
- Betreuung der Kurzdokumentation (Zeitungartikel, Einladungskarten etc.). 1409 Artikel wurden in die bestehenden Dossiers integriert.

Fotothek

Aufgaben: Klassierung, Identifikation und Katalogisierung der fotografischen Bestände und Neueingänge, Suche von Bildmaterial, Ausleihdienst.

Seit diesem Jahr wird die Dokumentation von Museumseignissen (bes. Ausstellungen) vom Kommunikationstechniker in Zusammenarbeit mit den Konservatoren koordiniert. Neu organisiert wurde auch die Führung der Dokumentation des kantonalen Kunstmuseums.

Bezüglich Klassierung wurden dieses Jahr folgende Schwerpunkte gesetzt: Aufnahmen der Druckgrafiken des kantonalen Museums für Geschichte, Dias von Alpsiedlungen, Dias des kantonalen Museums für Archäologie sowie Fotos von volkskundlichen Dokumentationen. Ständig nachgeführt wurden auch die Inventar-Fotos der einzelnen Museen.

Die Negative des Inventars des kantonalen militärhistorischen Museums wurden neu nummeriert und kontrolliert (bisher registriert durch das kantonale Museum für Geschichte).

Ebenfalls klassiert wurde die Dokumentation des Katalogs *General Dufour* (militärhistorisches Museum), der Publikation über das *Schloss Mercier* (Kunstmuseum). Im Gang ist die Klassierung des Katalogs *Das Wallis in römischer Zeit* (Museum für Archäologie).

Beteiligt hat sich die Mandatsinhaberin auch an Bild-Recherchen der Konservatoren und der Direktorin (Publikation über Valeria), der Abteilung Kommunikation sowie des pädagogischen Dienstes (interaktive Station).

Der Ausleihdienst wird regelmässig in Anspruch genommen und verlangt nach einer ständigen Präsenz. Neben lokalen Anfragen waren es oft Gesuche von Forschungsinstituten, Ausstellungs- oder Publikationsprojekten in der Schweiz und im Ausland, die behandelt werden mussten (Bernisches Historisches Museum; Archäologisches Seminar Basel; Verlag MSM Toulouse; Kunstmuseum Lausanne; Verlag Libris Frankreich; Landesmuseum Zürich; Universität Durham; Medizin-Sammlung Basel; Universität Cambridge USA; Kunsthistoriker Bellinzona; Historisches Lexikon der Schweiz Bern; Musée suisse du jeu La Tour-de-Peilz; Bauernhausforschung Brig; Bundesamt für Kultur Bern; Societa per le belle arti Mailand; Verlag Verseau Lausanne; Zeitschrift *Archéologia* Dijon; Agentur Pucci Zürich; BPU Genf).

Öffentlichkeitsarbeit

- Tätigkeiten: Koordination, Verbreitung und Betreuung der *Presedokumentationen* für die Ausstellungen der Kantonsmuseen 1999; *Fin de Siècles* 19.-20. Jh. (Kunstmuseum ab 19. 2. 99), *Die Rhone*, (Naturhistorisches Museum ab 22. 4. 99).

- Organisation verschiedener *Werbeaktionen* (Plakate, Zeitungen, Lokalradios) sowie von *Animationsprogrammen* (Wettbewerbe, Vorträge, Führungen).
- Koordination und Vertrieb des *Kalenders 2000* (Museum für Geschichte, Auflage 3000 Exemplare).
- Erarbeitung der ersten beiden Nummern der *Museumsagenda*, welche zweimal jährlich erscheint und über die laufenden Aktivitäten und Ausstellungen informiert.
- Mitarbeit an einem Projekt für einen *Kulturpass für Studierende und Lehrlinge*, vorgeschlagen von der Dienststelle für Sport, Jugend und Freizeit der Gemeinde Sitten.
- Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen über Museumskommunikation (Genf, Ballenberg, Lausanne).

Pädagogischer Dienst

Die regelmässige Zunahme der Besuche von Schulklassen zeigt, dass die Museen mit ihrem Angebot auf dem richtigen Weg sind. Als besonders erfolgreich erwies sich die Ausstellung *Das Wallis in römischer Zeit* im kantonalen Museum für Archäologie. Die Eröffnung eines Raumes *experimentelle Archäologie* für Schulklassen sowie die Atelier-Angebote erhöhen die Attraktivität und verbessern die pädagogische Nutzung der Sammlungen.

Die traditionellen Schultage «Zeigen und selber machen» hatten zum Thema: *Skulpturen und Steinzeichnungen zur Römerzeit*. Fast 400 Schülerinnen und Schüler haben an der Herstellung eines Reliefs und am Einritzen von Texten teilgenommen.

Mehr zu tun wäre im Bereich Publikumsarbeit in den einzelnen Museen. Immerhin wurde im Hinblick auf die Neugestaltung des kantonalen Museum für Geschichte in Zusammenarbeit mit dem pädagogischen Dienst eine Animation für jeden Ausstellungsraum erarbeitet.

In Zusammenarbeit mit der Dokumentations- und Informationsstelle für Schulen wurde ein interaktives Programm hergestellt. Dieses präsentiert sämtliche Walliser Museen und wartet mit Vorschlägen auf.

Abteilung Verwaltung

Die interne Umorganisation der Dienststelle von 1998 hat der Abteilung Verwaltung die Aufgabe übertragen, alle Verwaltungs- und Finanzangelegenheiten der Dienststelle zu koordinieren und zu führen. Das meiste ist dabei bei der Direktion zentralisiert. Jedes Museum arbeitet als eigenständige Institution mit festgelegtem Budget, eigenem Tätigkeitsprogramm und zugeordnetem Personal.

Der Stellenantritt von drei neuen Konservatoren und die damit verbundenen Museumsaktivitäten haben die Zielsetzungen für 1999 bestimmt. Einerseits wurde eine interne Organisation eingerichtet, welche die Einheitlichkeit der Verwaltungs- und Finanzabläufe der sechs Museen sicherstellt und damit eine zentrale Kontrolle durch die Direktion ermöglicht. Das Anwachsen der Archivbestände während der letzten 15 Jahre machte zudem die Erstellung eines einheitlichen Klassierungskonzepts nötig. Die Umsetzung ist im Gang und sollte im Laufe des Jahres 2000 abgeschlossen werden können. Die Einführung des analytischen Buchhaltungssystems SAP hat uns veranlasst, die Behandlung der Rechnungen zu rationalisieren, um ein Maximum an verwertbaren Angaben zu erhalten. Der grosse Aufwand dürfte sich im Hinblick auf ein ideales Instrument für das Rechnungswesen gelohnt haben.

Abteilung Technik

Zusätzlich zu den laufenden Arbeiten in den sechs Museen hat die Abteilung Technik folgende Aktivitäten entwickelt:

- Bereich Werkstatt: Im Lokal der Druckerei des ehemaligen kantonalen Gefängnisses wurde eine neue Werkstatt mit Magazinflächen eingerichtet.
- Bereich Sammlungen: Thierry Mertenat absolvierte zwei Praktika im Atelier St-Dismas (Skulpturen und Wandmalereien) und bei Holz-Restaurator Claude Veuillet.
- Bereich Ausstellungen: Claire Pattaroni Carron konnte ihre Berufserfahrung anlässlich der Ausstellung *Rhone* im kantonalen naturhistorischen Museum sowie bei den Ausstellungen des kantonalen Kunstmuseums erweitern, indem sie jeweils für den technischen Ablauf zuständig war.

Abteilung Empfang, Sicherheit, Unterhalt

Zur Verbesserung der internen Kommunikation treffen sich alle festangestellten Wärter jeweils am ersten Dienstag des Monats. Die veralteten Alarmanlagen im kantonalen Museum für Archäologie und im kantonalen militärhistorischen Museum wurden ersetzt. Die zuständigen Personen wurden entsprechend instruiert. Sämtliche Feuer- und Einbruchalarme werden nun an die Kantonspolizei weitergeleitet.

Abteilung Museologie

Vorbereitende Arbeiten und Sitzungen zur Erarbeitung einer neuen Inventarkarte mittels Informatik mit einheitlichen Begriffen und Rubriken für alle sechs Museen, wobei den Eigenheiten jedes Museums Rechnung getragen wird. Vereinfachung des Informationsflusses (Planung 2000, Umsetzung 2001).

Kantonales Münzkabinett: Verhandlungen über Übergabe und Entschädigung des Münzschatzes von Ried-Brig.

Kantonales Kunstmuseum: Projekt über die Auflösung der Stiftung Lehner und Überführung der Bilder ins Kunstmuseum.

Kantonales Museum für Archäologie: Projekt für die Neueinrichtung des gallorömischen Museums von Octodurus in der Stiftung P. Gianadda (Diskussion über Partnerschaft mit der Stiftung und der Stadt Martinach).

Kantonales militärhistorisches Museum: Einarbeiten des neuen Konservators und Projekt für Neueinrichtung.

Kantonales naturhistorisches Museum: Projekt für die Erneuerung des Erdgeschosses.

KANTONALES MÜNZKABINETT

Sammlung

Das Jahr 1999 war geprägt von mehreren sehr interessanten Eingängen, die als Depositum ins Münzkabinett gelangten. Besonders erwähnt sei das Depositum der Sammlung Marcel Luy durch die Burgerschaft Sitten als Mitträgerin der von Herrn Luy gegründeten Stiftung. Das Ensemble (rund 100 Stücke) besteht hauptsächlich aus europäischen Goldmünzen des 19. und 20. Jahrhunderts sowie aus einer beachtlichen Reihe von Erinnerungsmünzen der Eidgenossenschaft.

Wegen seines Seltenheitswerts ebenfalls Erwähnung verdient das Depositum von Léonard-Pierre Closuit. Es umfasst rund hundert Falschmünzen, die von der Bank Closuit im Laufe ihrer Tätigkeit (1871-1968) aus dem Verkehr gezogen wurden.

Bezüglich Unterhalt der Sammlung konnte eine erste Gruppe von Münzen durch Restaurator Stéphane Ramseyer, Sitten, gegen Korrosion behandelt werden. Ausgewählt wurden ausschliesslich Walliser Münzen, die Herr Ramseyer in seinem letztjährigen ausführlichen Bericht erwähnt hatte. Zusammen mit Stéphane Ramseyer wurden auch weitere Galvanoplastiken von seltenen Sammlungsstücken angefertigt. Damit sollen die Originale – etwa bei Ausstellungen – geschont werden.

Forschungen / Ausstellungen

Die enge Zusammenarbeit mit der Stiftung des Museums der Falschmünzerei - Haus Farinet in Saillon führte zur Eröffnung einer ersten Ausstellung in diesem neuen Museum. Die zur Verfügung gestellten Bestände der Schweizer Nationalbank, der Zentralstelle zur Bekämpfung der Falschmünzerei, des kantonalen Münzkabinetts und der Vereinigung «Farinets Freunde» haben ein dreigliedriges Ausstellungskonzept ergeben:

- echte Münzen (Geschichte, Herstellung der heutigen Banknoten)
- Falschmünzen (Geschichte, exemplarische Fälle, die im Verlaufe dieses Jahrhunderts aufgedeckt wurden)
- Farinet, der Inbegriff des grossherzigen Falschmünzers, zwischen Mythos und Realität.

Weitergeführt wurde die Mitarbeit bei der schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Erforschung von Münzfunden und bei der Vereinigung der Freunde des Münzkabinetts Lausanne.

Publikationen

Patrick ELSIG, «Au-delà du franc-rire», in *Burki - le franc rire – Argent du pouvoir et pouvoir de l'argent*, Lausanne 1999, S. 35 (Katalog der Ausstellung des Cabinet des médailles im Espace Arlaud in Lausanne, 9. 7. - 26. 9. 1999).

KANTONALES MUSEUM FÜR ARCHÄOLOGIE

Sammlung

Im Frühjahr hat das Museum einen zweiten Bestand an Fundobjekten übernommen, die von Grabungen des Instituts für Anthropologie der Universität Genf stammen. Die Kantonsarchäologie hat dem Museum Grabbeigaben von keltischen Gräberfeldern in Sitten übergeben (Grabungen von 1987 bis 1995). Eine Hilfsangestellte für die Inventarisierung hat insgesamt 1509 Objekte inventarisiert und die Überprüfung der wissenschaftlichen Angaben der Sammlung weitergeführt. Eine andere Hilfsangestellte hat 1022 Objekte digital fotografiert.

Stéphane Ramseyer, Konservator-Restaurator in Sitten, hat Expertise und Restaurierung der Metallobjekte der Sammlung abgeschlossen. Im Januar leitete er ein Praktikum mit zwei Studenten der Universität Tours (F), Fachbereich Archäologische Wissenschaft und Technik. Dank dieser Arbeit konnte eine korrekte Lagerung aller Sammlungsbestände erreicht werden.

Vom 17. bis zum 19. Mai hat die Schule für Restaurierung von La Chaux-de-Fonds eine Expertise der Glas-Sammlung (Schenkung E. Guigoz) vorgenommen und entsprechende Konservierungsbedingungen vorgeschlagen. Der vorliegende Bericht wird es erlauben, die notwendigen Massnahmen zur Erhaltung dieser wichtigen Sammlung einzuleiten.

Ausstellungen

Angesichts ihres Erfolgs wurde die Ausstellung *Vallis Poenina – Das Wallis in römischer Zeit* bis Dezember 1999 verlängert. Zwischen März und Dezember 2000 wird sie im Römer-Museum von Lausanne-Vidy zu sehen sein. Die Vorbereitung der Präsentation neuer Sammlungsbestände in unserer Aussenstelle im gallorömischen Museum von Octodurus (Stiftung Pierre Gianadda) geht zügig voran: wissenschaftliches Konzept, Auswahl und Restaurierung der Objekte, Kostenschätzung der Einrichtung. Angesichts der Grösse des Projekts und der Beschränktheit der Mittel des Museums wurden an verschiedene Institutionen Gesuche zur Mitfinanzierung gerichtet.

Erwerbungen

In diesem Jahr wurden keine Objekte angekauft. Dagegen wurden Kopien von Objekten angefertigt, um die Ausstellungen des Museums oder von Walliser Ortsmuseen zu ergänzen.

Ausleihdienst

Ans Museum von Saint-Germain en Laye (Paris) und ans Museum von Lattes (F): Kopie des Stierkopfs von Martinach.

An die Gemeinde Martinach (für die Vitrinen im SBB-Bahnhof): Keramik-Krug.

An den Verein «z'Tärbinu»: eine Reihe von Fundobjekten von Oberstalden (Ausstellung im Ortsmuseum Visperterminen).

Forschung

Im August 1999 wurde im Tälchen von Taney eine archäo-zoologische Grabung durchgeführt. Das gemeinsame Projekt des archäologischen und des naturhistorischen Museums förderte wertvolle Informationen über die frühesten Spuren menschlicher Besiedlung im Wallis (40'000 Jahre alt) und über die damalige Tierwelt zu Tage. Die Ergebnisse werden veröffentlicht und 2001 ausgestellt.

Im Rahmen eines Nationalfondsprojekts, welches gemeinsam durch die Kantonsmuseen und das Institut für Mineralogie der Universität Lausanne durchgeführt wird, hat Barbara Beck, Doktorandin in Erdwissenschaften, mit der Untersuchung von Walliser Fundobjekten aus Blei und Silber begonnen.

Der Konservator hat sich an der Erarbeitung einer Walliser Enzyklopädie beteiligt (Leitungsgremium).

Teilnahme am kulturellen Leben

Das kantonale Museum für Archäologie hat einen neunteiligen Vortragszyklus veranstaltet. Die Veranstaltung ist beim Publikum auf ein positives Echo gestossen (210 Personen) und wird im Jahr 2000 weitergeführt.

Der Konservator hat an mehreren wissenschaftlichen Veranstaltungen teilgenommen und Vorträge gehalten:

- Jahresversammlung der Arbeitsgruppe für prähistorische Forschung in der Schweiz in Bern (12.-13. März): Ergebnisse der Erforschung des keltischen Gräberfeldes von Sitten, Sous-le-Scex;
- Internationale Tagung der Französischen Vereinigung zur Erforschung der Eisenzeit in Nantes F (12-16. Mai);
- Jahresversammlung des geschichtsforschenden Vereins Unterwallis in Raron (10. Oktober): Vortrag über die Ur- und Frühgeschichte der Region Raron;
- Kurs der Schweizerischen Gesellschaft für Ur- und Frühgeschichte in Yverdon-les-Bains (13.-14. November): Vortrag über keltische Siedlungen in der Schweiz.

Publikationen

Ph. Curdy, M. David-Elbiali, M. Honegger, «Le peuplement du Mésoolithique à la fin de l'Age du Fer dans les Alpes de Suisse occidentale», Ph. Della Casa (Red.), *Prehistoric Environment, Society and Economy*, Papers of the international Colloquium PAESE '97, Bonn 1999, S. 47-60.

Ph. Curdy, P. Jud, «L'habitat/Siedlung», *La Suisse du Paléolithique à l'aube du Moyen Age*, vol. IV, L'Age du Fer, Basel 1999, S. 137-170.

KANTONALES KUNSTMUSEUM

Die ersten öffentlichen Veranstaltungen des neuen Konservators waren – in Übereinstimmung mit der Direktion – darauf ausgerichtet, das Museum besser in seinem kulturellen und gesellschaftlichen Umfeld zu verankern (Publikum, Kunstschaffende, Sammler, andere Institutionen). Dieser Wille zur Neubelebung der Institution spiegelt sich in einer intensiven Ausstellungstätigkeit. Die im Februar eröffnete und bis 2001 dauernde Dauerausstellung mit dem Titel *Fin de siècles (19.–20. Jahrhundert)* will ein Museum zeigen, das seine alten Bestände ebenso pflegt wie die zeitgenössische Kunst, indem es beide in internationale Zusammenhänge setzt.

Umgesetzt wurde dieser verstärkte Publikumsbezug zudem durch drei kleinere Ausstellungen (*jüngste Erwerbungen*, *Stiftung Michel Lehner*, *Oswald Ruppen*), durch die Begleitung wissenschaftlicher Projekte (Inventar Edmond Bille, Arbeit über Paul Messerli), vor allem aber durch eine enge Mitarbeit bei der Publikation und der Ausstellung über den Genremaler Raphael Ritz im Kulturzentrum La Poste in Visp.

Sammlung

Inventarisierung der laufenden Eingänge 1998-1999 (insgesamt etwa 300 Werke); Organisation der fotografischen Aufnahmen; Rationalisierung des Archivs mit den Werk-Dossiers; Verwaltung der Ein- und Ausgänge (Restaurierungen, Ausleihen); Eröffnung des Fonds für die Erwerbungen durch den kantonalen Kulturrat.

Der Grossteil der Restaurierungen galt dieses Jahr ausnahmsweise Werken oder Werkgruppen, die im Museum oder anderswo ausgestellt werden sollten.

Leihgaben an Ausstellungen:

Paul Messerli (1899-1987), Bulle, Musée gruérien, 28.3.-16.5.1999 (Messerli); *Die Rhone*, Sitten, kantonales naturhistorisches Museum, 23.4.-3.10.1999 (Albert Chavaz, Jean-Philippe Georges, Simone Guhl-Bonvin, Joseph Morand, Gérard de Palézieux, Isabelle Tabin-Darbellay, Carl Jones Way, Christian Zufferey); *Ernest Biéler* (1863-1948), *Du réalisme à l'Art nouveau*, Lausanne, Kunstmuseum, 3.7.-10.10.1999, Kunstmuseum Solothurn, 23.10.1999-2.1.2000 (Biéler); *Raphy Dallèves* (1878-1940), Manoir, Martinach, 11.7.-10.10.1999 (Dallèves); *Raphael Ritz* (1829-1894), Visp, Kulturzentrum La Poste, in Zusammenarbeit mit dem kantonalen Kunstmuseum, 14.8.-3.10.1999 (Lorenz Justin und Raphael Ritz).

Ausstellungen

Fin de Siècles (19.-20. Jahrhundert). *Sammlungsbestände des kantonalen Kunstmuseums*, Sitten, kantonales Kunstmuseum, neue Dauerausstellung, offen ab 20. Februar 1999. Kommissar: Pascal Ruedin.

Eine Sammlung aufbauen: jüngste Erwerbungen des kantonalen Kunstmuseums, Sitten, kantonales Kunstmuseum, 20. Februar bis 25. April 1999.

Rund um die Schule von Savièse. Hommage an den Sammler Michel Lehner, Sitten, kantonales Kunstmuseum, 21. Mai – 24. Oktober 1999.

Retrospektive Raphael Ritz (1829-1894), Visp, Kulturzentrum La Poste, 14. August – 3. Oktober 1999.

Oswald Ruppen: Porträte von Künstlern und ihre Ateliers, Sitten, kantonales Kunstmuseum, ab 12. November 1999.

Animation

Die Animation konzentrierte sich dieses Jahr auf Führungen des Konservators und anderer Leute durch die Dauer- und die Sonderausstellungen. Zudem konnten verschiedene kulturelle Gruppen im Museum begrüsst werden (Freunde von Marguerite Burnat-Provins, Vereinigung Edmond Bille, Sedunum Nostrum, Vereinigung der Maler und Bildhauer des Oberwallis).

Erwerbungen

Der Anschaffungskredit erlaubte unter anderem den Kauf einer von François Diday, Maler der Romantik ausgeführten Studie der Region Siders, einer seltenen nicht-figurativen Komposition von Leo Andenmatten, eines fotografischen Polyptichons des Italieners Walter Niedermayr mit einer heutigen Berglandschaft sowie eines jüngeren Werkes von François Boson, das die letztjährige Schenkung dieses Künstlers ergänzen soll. Anlässlich der Ausstellung seiner Werke schenkte Oswald Ruppen dem Museum 21 seiner Künstler-Porträts. Die Mitglieder der Gruppe Y (Angel Duarte, Walter Fischer, Robert Tanner) übergaben dem Museum eine Skulptur, die eindrücklich ihre gemeinsame Tätigkeit Ende der sechziger Jahre dokumentiert. Die Privatsammlung zeitgenössischer Kunst, die letztes Jahr dem Museum als Depositum übergeben worden war, wurde dieses Jahr erweitert, namentlich durch Fotografien von Thomas Ruff und Jean-Marc Bustamante. Die Stiftung Michel Lehner hat ihr Depositum im Museum um rund 20 zusätzliche Werke der Ecole de Savièse erweitert (Edmond Bille, Albert Muret, Raphael Ritz usw.). Die neue Dauerausstellung und eine Sonderausstellung haben diese beiden grosszügigen Mäzenen des Museums gewürdigt.

Publikationen

Pascal Ruedin, «*Sulla Ramasseuse de feuilles* di Ernest Biéler», *Pagina d'arte*, 56, 1999/1, S. 16-18.

Pascal Ruedin, «*Pas assez moderne et trop valaisan? L'infortune critique de Raphael Ritz (1829-1894), peintre cosmopolite*», Raphael Ritz (1829-1894), Ausstellungskatalog, Visp, Rotten-Verlag, 1999/1, S. 31-47.

KANTONALES MUSEUM FÜR GESCHICHTE

Basilika von Valeria

Die Restaurierungsarbeiten am Bild *Anbetung der Könige* und an den drei Altarretabeln von Hans Ludolf (Reinigung und Fixierung) wurden von der Direktorin überwacht.

Neueinrichtung des Museums

Es handelt sich um ein grosses und komplexes Projekt. Die ursprünglich für September 1999 vorgesehene Eröffnung musste auf Frühling 2000 verschoben werden.

Die beauftragten Firmen stellten die museale Infrastruktur fertig. Beim Begleiten der Baustelle wurde vor allem auf die Respektierung der Bedürfnisse von Restaurierung und Museografie geachtet. Zusammen mit Architekt Pierre Cagna wurden sodann die Ausführungsdetails des Museumsmobiliars festgelegt. Begonnen wurde auch mit der Gestaltung der Räume und Vitrinen (zusammen mit P. Cagna und M.-A. Gorret). Schliesslich wurde das Projekt auch in den Einzelheiten festgelegt (Themen, Objekte, Umsetzung).

Nach Prüfung des Zustandes der Objekte hat die für die Sammlung zuständige technische Equipe mit deren Transfer ins Museum begonnen.

In Angriff genommen wurde auch ein Filmprojekt (mit CD-Rom) über Valeria.

Der zuständigen Kommission wurde das Projekt des neuen Museums an Ort und Stelle vorgestellt.

Allgemeiner konservatorischer Dienst

Wöchentliche Sitzungen mit dem wissenschaftlichen und administrativen Museumspersonal. Nachführen der Eingangsregister. Umorganisation von Sammlungsbeständen, die vorher im Münzkabinett, im Kunstmuseum oder im militärhistorischen Museum waren, jedoch wissenschaftlich besser zum historischen Museum passen. Inventarprogramm für die Ansichtskartensammlung und die wissenschaftlichen Notizen.

Weiterbildungstage für das Museumspersonal: Führung durch das Landesmuseum in Prangins durch Konservator F. de Capitani (27. August); Besuch der Ausstellung *L'art c'est l'art* im Musée d'ethnographie in Neuenburg und Diskussion mit Direktor Jacques Hainard (7. September).

Begleitung der Restaurierungsarbeiten, insbesondere der Waffen und der mittelalterlichen Möbel (siehe Sammlung).

Leitung des Ausbildungspraktikums im Zusammenhang mit der Neueinrichtung des Museums (Fortsetzung im Jahr 2000).

Sammlung

Inventar

Inventarisiert wurden 750 Neueingänge. Ergänzt wurden die Angaben für 157 Objekte der bereits früher eingegangenen Sammlung Perren, Brig. Erwähnenswert unter den Neueingängen sind eine komplette Sammlung aller 1. Augustabzeichen (1923-1999), ein grosserer Bestand an Objekten der häuslichen Andacht sowie zwei Gruppen von Gegenständen zum modernen Bauwesen.

Konservierung / Restaurierung

Im Hinblick auf die Neueinrichtung des Museums wurden zahlreiche Sammlungsobjekte restauriert:

- Bilder: zwei bemalte Tapeten-Bilder aus dem Haus de Courten, Siders (Gisèle Carron und Madeleine Meyer).
- Waffen: Mandat an Pierre Contat und Sohn.
- Möbel: zwei mittelalterliche Truhen (Mandat an Claude Veuillet).
- Textilien: Restaurierung von drei Fahnen (Sabine Sille).
- Metall: Restaurierung von Objekten zum Bauwesen (Stéphane Ramseyer).
- Druckgrafik: eine Reihe von Stichen (Caroline Dick).

Lagerung in den Magazinen: Ein Teil der volkskundlichen Sammlung wurde vom Konservator zusammen mit dem Sammlungstechniker und seinen Mitarbeitern neu geordnet. Bei den Metall- und Lederobjekten wurden Zustands-Analysen durchgeführt (Stéphane Ramseyer sowie Marquita und Serge Volken). Die Abteilung Kunst richtete ein Gestell ein für die Lagerung der Bilder und magazinierte die Objekte von der alten Dauerausstellung (Bereich Sammlung).

Erwerbungen

Die 600 Neueingänge stammen von Käufen, Depositoren und Schenkungen. Die Objekte wurden zum Teil im Hinblick auf die neue Dauerausstellung erworben.

Besonders erwähnt seien:

- Kauf eines Schreibzeug-Garnitur, die Matthäus Schiner gehörte.
- Schenkungen der beiden Bauunternehmungen Bertelletto SA und Fasanino, Sitten, zum Thema Hochbau im 20. Jh. Die Objekte werden im neuingerichteten Museum das Thema «Die grossen Bauwerke des 20. Jahrhunderts» dokumentieren.
- Kauf einer mittelalterlichen Truhe.
- Kauf einer Sammlung von 1. August-Abzeichen 1923-1999.
- Kauf einer aquarellierten Zeichnung von E. L. Emanuel Labhard (1810-1874): Ansicht von Brig «Briegg im Wallis anfangs der Simplonstrasse», 1836.
- Kauf eines Bestecks mit Etui aus dem 18. Jh.
- Übernahme einer Reihe von Gegenständen aus dem ehemaligen Kantonsgefängnis (namentlich aus der Kapelle).
- Kauf eines Objektensembles mit Lötschentaler Masken. Die Gruppe repräsentiert Herstellung, formale Entwicklung und symbolische Umfunktion der Lötschentaler Masken.
- Kauf eines Ensembles von 52 Gegenständen der häuslichen Andacht aus einem Haushalt in Naters: Statuen, Kreuzfixe, Heiligenbilder, Pilgerandenken usw. Die genaue Kenntnis der Umstände ihrer Nutzung verleiht diesen Objekten einen besonderen dokumentarischen Wert. Gleichzeitig dokumentieren sie eine Glaubenspraxis, die am Verschwinden ist.
- Depositum der Gemeinde Steg: *Natwärisch-Pfeife*, die bei der Schlacht von Pfyn 1799 gebraucht worden sein soll.

Im Interesse einer optimalen Konservierung wurden zwei Objektgruppen neu zugeteilt: Eine Serie von japanischen Druckgrafiken und Reliefs wurde vom Kunstmuseum ins Museum für Geschichte transferiert, die Medailiensammlung von Dr. Guglielminetti vom Münzkabinett ins Museum für Geschichte.

Dokumentation und Forschung

Die Direktorin leitet das Publikationsprojekt zu den Forschungen über die mittelalterlichen Möbel des Museums (*Reihe Valère, art et histoire*).

Entwurf eines Textes über die Museumsausstellung als materialisierte Erinnerung (für die nächste Nummer der ethnologischen Reihe).

Forschungen über die Geschichte des Museums für einen nächsten Band der Reihe *Valère, art et histoire*.

Die Praktikantin hat verschiedene Inventar- und Dokumentationsarbeiten durchgeführt (Lötschentaler Masken, japanische Druckgrafiken und Reliefs, Schuhmacherei Czech, Sitten, Gussformen für Devotionalien aus dem Kloster Collombey, Dokumente zum Hebammenwesen im Wallis sowie zur Geschichte des Museums).

Ausstellungen

Die da oben – die da unten. 1798: Revolution im Wallis / Messieurs du Haut et sujets du Bas – 1798: La Révolution en Valais, Schloss Monthey vom 5. Dezember 1998 bis zum 30. Mai 1999. Kommissare: Alexandra Moulin und Thomas Antoniotti.

Teilnahme am kulturellen Leben

Der Konservator der Abteilung für Volkskunde, ist Vorstandsmitglied des Verbandes der Museen der Schweiz sowie Mitglied der Wissenschaftskommission des CREPA (Centre régional d'études des populations alpines) und des Ecomuseums Simplon. 1999 hat er folgende Vorträge gehalten:

- *Tourismus und bäuerliche Gesellschaft, Tagung Patrimoine hôtelier, infrastructures touristiques et paysage de montagne*, Institut Kurt Bösch, Sitten, 18.-19. Februar;
- *Die Schlacht bei Pfyn und die Erinnerung an die Franzosenzeit*, Erwachsenenbildung Region Visp, 28. April (zusammen mit Werner Bellwald);
- *Fronleichnam im Wallis - ein religiöses Ritual, historisch und funktional betrachtet*, *Symposium Rituale*, Château Mercier, Siders, 2.-5. Juni;
- *Das Fremde und das Eigene in der Walliser Kultur, Schultag Verschiedene Kulturen als Chance*, Orientierungsschule Naters, 18. Juni.
- Zudem hat er am 2. Februar im Historischen Museum in Basel an der Tagung *Ist Geschichte ausstellbar?* teilgenommen.

Eine Mitarbeiterin nahm am 14. September 1999 im Musée Jenisch in Vevey an einer Arbeitstagung für Berufsleute im Museum teil.

Ausleihdienst

Für die Ausstellung *Artes - Fidei* im Diözesanmuseum Domschatz, Sitten, 17. April – 31. November 1999:

- zwei Bilder von Hans Rudolf;
- Kopie der Tafel mit der Inschrift von Asclepiodotus;
- frühmittelalterliche Gürtelschnalle von Nax;
- Weihwassergefäß aus Silber von N.-J. Ryss.

Für die Ausstellung *Thomas Platter* im Heimatmuseum Grächen, 21. Juni 1998 - 1. Juli 2000:

- ein paar lederne Kinderschuhe.

Publikationen

Thomas Antoniotti:

- «Ein Heiliger fürs Hier und Jetzt. Das Patronatsfest des hl. Sebastian in Finhaut im Wallis», *Volksfrömmigkeit in der Schweiz*, Zürich 1999, S. 372-383.
- «Museen und Tourismus am Beispiel Wallis. Antagonismen, Symbiosen oder keinerlei Bezüge?», *Histoire des Alpes, Storia delle Alpi*, Geschichte der Alpen, Zürich 1999/4, S. 139-154. (Zusammen mit Werner Bellwald)
- «Les lieux de mémoire», *Annales valaisannes* 1998, Sion 1999, S. 63-71.

Marie Claude Morand:

- Leitung der Herausgabe der beiden ersten Bände der Reihe *Valère, art et histoire* (in Zusammenarbeit mit dem Payot-Verlag) über die Restaurierungsgeschichte des Schlosses von 1800-1987 (P. Elsig) sowie über mittelalterliche Skulpturensammlung des Museums (L. Golay).
- Verfassen des Textes über das Museum für Geschichte im Führer *Valeria*, herausgegeben zusammen mit Sedunum Nostrum.
- Texte des Kalenders 2000 des kantonalen Museums für Geschichte.

KANTONALES MILITÄRHISTORISCHES MUSEUM

Sammlung

Die geplanten Inventararbeiten gestalteten sich umständlicher und schwieriger als vorgesehen. Bis Ende 1999 waren 80% der Sammlungsbestände kontrolliert. Zu inventarisieren bleiben die Schiessmedaillen und -trophäen und vor allem im Zeughaus Sitten deponierte Objekte.

Dank dem Entgegenkommen der Militärbehörden konnten rund 20 Kanonen in in einem Depot der Region eingelagert werden.

Im Dezember 1999 wurde im Untergeschoss mit der Neueinrichtung der Dauerausstellung begonnen. Bis Ostern 2000 wird sich das Museum als eigentliches Festungsmuseum präsentieren und die Geschichte der alten und der modernen Festungsanlagen der Region St-Maurice aufzeigen.

Animation

Der Eingangsbereich wurde vollständig umgestaltet, um den Publikumpfang zu verbessern. Gefördert wurde auch der Verkauf militärhistorischer Bücher.

Ein Teil der Zugangswege wurde erneuert und mehrere Räume durch die zuständigen kantonalen Dienste neu gestaltet.

Die vom Museum 1999 durchgeführten zwei Tage der offenen Tür fanden ein gutes Echo, insbesondere auch in der Presse.

Bibliothek

Die Bibliothek – eine Aussenstelle der zentralen Bibliothek der Kantonsmuseen – hat sich erfreulich entwickelt. Zahlreiche Standardwerke konnten erworben werden, so die Sammlung der *Documents diplomatiques suisses*. Das Kantonsarchiv hat freundlicherweise die Reihe *Vallesia* zur Verfügung gestellt und der Geschichtsforschende Verein Unterwallis eine fast vollständige Serie der *Annales valaisannes*. Damit verfügt das Museum nun über ein wichtiges Arbeitsinstrument.

Ausstellungen

Vom 20. Juli bis zum 20. August 1999 präsentierte sich das Museum im Autobahn-Restoroute bei Martinach.

Erwerbungen

1999 konnte das Museum drei ausserordentliche Objekte käuflich erwerben, die den Bestand an Waffen aus dem 19. Jahrhundert ergänzen: einen Artillerie-Offizierssäbel («E.M.», 1842/1852), einen Offizierssäbel (1867) sowie ein Gala-Schwert (1899). Erworben werden konnten sodann 25 seltene Werke zur Walliser und Schweizer Militärgeschichte bis 1945.

Das Museum hat wiederum mehrere Geschenke erhalten, darunter Schützentrophäen und andere Gegenstände von Festungsoffizier Francis Humberset. Die Familie des verstorbenen Oberst Germain Crettol hat dem Museum eine grössere Sammlung an Schützentrophäen übergeben. Der kantonale Schützenverband hat die Vereinsfahne 1899-1968 im Museum deponiert.

Teilnahme am kulturellen Leben

Am 3. September hat der Konservator in einer Sendung von Radio de la Suisse romande 1 seine Projekte vorstellen können.

Am 17. September nahm er im Musée de l'Elysée in Lausanne an einer Diskussion über Kriegsreportagen teil, und zwar im Rahmen einer Ausstellung über den englischen Reporter Don McCullin.

Als Vertreter des Museums hat er zahlreiche Sitzungen mit dem Vorstand der Stiftung *Historische Festung Saint-Maurice* abgehalten, um die Modalitäten für eine Öffnung der beiden Festungen Scex und Cindey fürs Publikum abzuklären.

Im weiteren nahm er an den Arbeiten der Forschungsstelle für regionale Gegenwartsethnologie LABREC teil.

Projekte

21. Juni 2000: Vernissage der Sonderausstellung *Ein schweizerischer Genfersee? Die Schweiz, das Chablais und die Neutralisierung Savoyens (1536-1932)*. Die Ausstellung, begleitet von einer Publikation, zeigt in groben Zügen die regionale Militärgeschichte. Planung einer Ausstellung mit Fotografien des Basler Fotografen André Muehlhaupt über die Spuren der Walser in den Zentralalpen.

KANTONALES NATURHISTORISCHES MUSEUM

Sammlung

Die Einrichtung neuer Ablagen im Dachstock erlaubte es, mit dem Einordnen der Vögel und der Säugetiere fortzufahren. Weitergeführt wurden ebenso Inventarisierung und Kontrolle der Insekten- und Mineraliensammlungen. Keine Fortschritte machten dagegen die Bedingungen in den Magazinen und den übrigen Räumen.

Erwerbungen

1999 wurden dem Museum 11 Säugetiere und 23 Vögel übergeben. Von der kantonalen Jagdabteilung erhielt das Museum einen zweiten Wolf, ein junges männliches Tier, welches am 14. Januar auf der Simplonstrasse von einem Schneepflug getötet wurde, sowie einen jungen Uhu. Zudem hat die Jagdabteilung für das Museum drei Forellen und zwei Karpfen gesammelt, die präpariert werden.

Geschenkt erhalten hat das Museum mehrere Insektensammlungen: von Frau Jeanne Arlettaz, Fully, die Käfer von Pater Bérhaut von der Kongregation des hl. Geistes in Bouveret (20 Kästen) und die Sammlung ihres kürzlich verstorbenen Mannes, Herr Jean Arlettaz (13 Kästen); von Herrn Gérald Rey-Bellet, Grimisuat (9 Kästen); von Herrn Rainer Neumayer, Zürich, eine Referenzsammlung von Wild-Bienen.

Im Bereich Geologie – Mineralogie schenkten dem Museum: Herr Alexandre Salzmann die Scheibe einer 250 jährigen Lärche, gefunden in Nendaz (datiert auf 5910 Jahre vor heute), sowie einen Wulfenit; Herr Stefan Ansermet, Cheseaux, 23 Mineralien, davon die meisten aus ehemaligen Bergbau-Stellen des Wallis; Herr Marcel Burri seine Schulsammlung über Felsen sowie zahlreiche Bücher über Geologie und Paläontologie; Herr Sébastien Carruzzo sammelte 31 Felsmuster für eine Museums vitrine zur Geologie, welche im Erdgeschoss eingerichtet werden soll.

Ausstellungen

Die Ausstellung über die *Rhone* und die Feuchtgebiete wurde im Museum und im Hexenturm gezeigt. Im Museum zeigten drei Biotope (Gletscher, Moor, Genfersee) und drei Vitrinen Vögel und Säugetiere, die im oder am Wasser leben, sowie 20 Schautafeln die Eigenschaften des Stroms.

Im Hexenturm war vom 23. April bis zum 3. Oktober die Ausstellung *Die Rhone der Maler und Fotografen* zu sehen. Gezeigt wurden Fotos von Bernard Dubuis und Philippe Werner sowie Bilder aus den Beständen des kantonalen Kunstmuseums und Druckgrafiken des kantonalen Museums für Geschichte.

Ein von den Freunden des Museums erworbener Bienenkorb aus Glas wurde provisorisch im zweiten Stock eingerichtet und konnte auf Anfrage besichtigt werden. Die definitive Einrichtung wird es erlauben, die Honig sammelnden Bienen frei zu beobachten.

Ausleihdienst

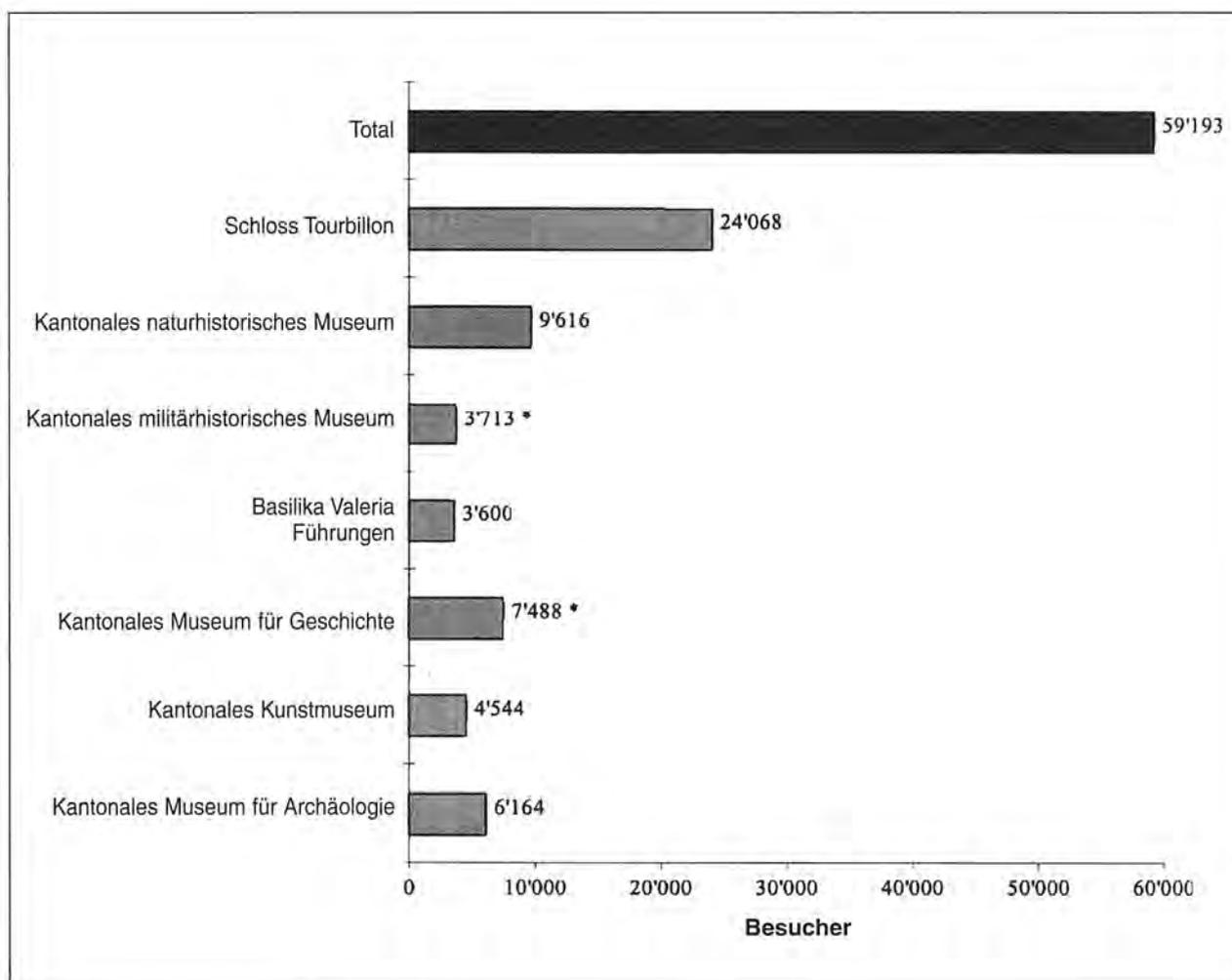
Ein Wildschwein und ein Schaf ans *Théâtre Am Stram Gram* in Genf für das Schauspiel «La belle et la bête».

Teilnahme am kulturellen Leben

Zusammen mit *Fauna VS* organisierte das Museum am 29. und 30. Mai die Jahresversammlung der Schweizerischen Gesellschaft für Wildtierbiologie. Der Konservator nahm teil an Versammlungen der Verantwortlichen von Sammlungen zur Bodenkunde in Bern, der Konservatoren der Naturmuseen in Basel, des Verbandes der Museen der Schweiz in Zürich, am Klima-Forum in Neuenburg.

Forschung

In Zusammenarbeit mit dem kantonalen Museum für Archäologie wurden im Tälchen von Tanay (Vouvry) Untersuchungen über archäologische Spuren und den Höhlenbär durchgeführt.

BESUCHERSTATISTIK 1999

* Kantonales Museum für Geschichte: ab 7. November wegen Neueinrichtung geschlossen

* Kantonales militärhistorisches Museum: von Mitte November bis Mitte März nur am Samstag und Sonntag offen

Gallorömisches Museum in der Fondation Gianadda: keine separate Registrierung

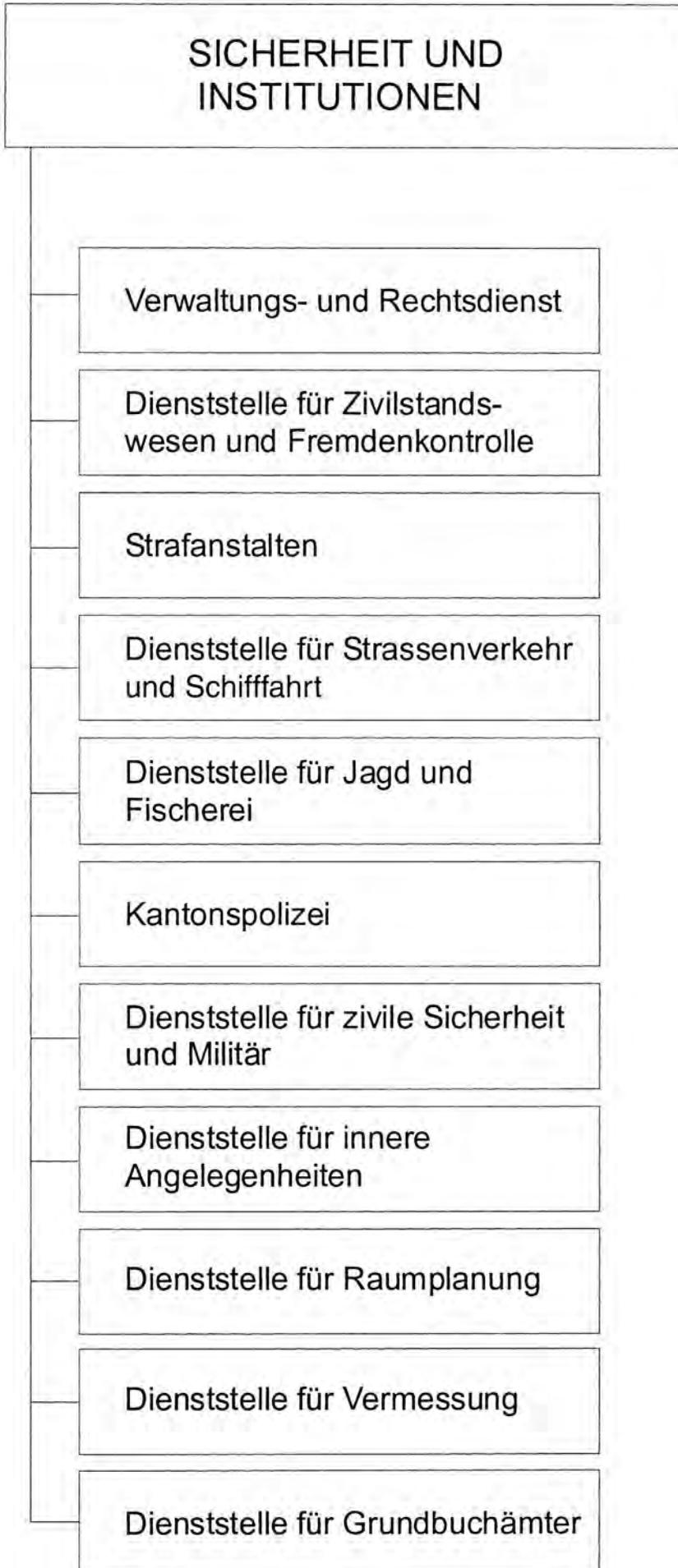


DEPARTEMENT FÜR SICHERHEIT UND INSTITUTIONEN

FÜR DAS JAHR 1999



**DEPARTEMENTSVORSTEHER: JEAN-RENÉ FOURNIER
STELLVERTRETER: SERGE SIERRO**



EINLEITUNG

Das Ziel der öffentlichen Sicherheit besteht darin, ein Paket von Präventions-, Repressions- und Hilfsmitteln, die der Schutz von Personen und Sachen in allen Lagen erfordert, zu bestimmen und bereitzustellen.

Schwierig voraussehbar, ja sogar unvorhersehbar, erfordert das Ereignis einer Naturkatastrophe ein Konzept tauglicher Interventionsmechanismen, um die Auswirkungen begrenzen und die betroffenen Personen unterstützen zu können. Im Februar 1999, wurde das Wallis von schweren Unwettern heimgesucht. Beträchtliche Mittel an Menschen und Material kamen zum Einsatz. Eine kritische Analyse dieses Einsatzes wurde vorgenommen, um daraus, sowohl auf der Stufe der Organisation als auch des Funktionierens des Führungsstabes, im speziellen der Katastrophenzelle, sowie auf der Stufe der Zusammenarbeit zwischen den Führungsstäben der Gemeinden und der Bezirke und mit anderen Instanzen, die Lehren zu ziehen.

Es wurde die Notwendigkeit festgestellt, das Führungsdispositiv zu straffen und zu vereinfachen, die Zuständigkeiten für die Anordnung des Notstandes und der Zwangsevakuierung zu regeln, und die Informationsmittel zu verstärken. Reformvorschläge wurden formuliert. Sie beinhalteten auf organisatorischer Ebene, die Gemeindestäbe auf eine interkommunale Ebene auszudehnen, den zivilen Führungsstab zu restrukturieren und die Befugnisse der Katastrophenzelle zu verstärken. Was die Zuständigkeiten für die Anordnung des Notstandes und der Zwangsevakuierung betrifft, empfiehlt die Studie, diese dem Staatsrat und der Katastrophenzelle zuzuteilen. Schliesslich wurde die Integration des Informationschefs des Staates Wallis in die Katastrophenzelle als geeignete Massnahme zur Professionalisierung der Informationen vorgeschlagen.

Diese Verbesserungsmaßnahmen wurden angenommen und haben den Staatsrat am 22. Dezember 1999 zur Änderung des Ausführungsreglementes zum Gesetz über die Organisation im Falle von Katastrophen und ausserordentlichen Lagen geführt. Diese Änderung ist am 14. Januar 2000, dem Datum der Publikation im Amtsblatt, in Kraft getreten.

Eine zweite Massnahme organisatorischer Art wurde ebenfalls umgesetzt. Der Einsatz der Hilfskräfte im Goms und im Val d'Hérens zeigte die gegenseitige Abhängigkeit der verschiedenen Interventionen auf. Diese Feststellung führte, mit Wirkung ab 1. September 1999, zur Fusion der Dienststelle für Militärwesen mit jener für Feuerwesen und Zivilschutz, zu einer neuen Organisationseinheit mit der Bezeichnung "Dienststelle für zivile Sicherheit und Militär". Diese Umstrukturierung ergibt sich aus dem Prozess des Projekts "Armee 21", das darauf abzielt, den Auftrag der Armee in ihrer Rolle zur Unterstützung der zivilen Behörden beim Personenschutz und dem Schutz lebensnotwendiger Güter, und in ihrem Einsatz im Fall von Katastrophen, zu verstärken. Der Zusammenschluss der drei Säulen unseres kantonalen Konzepts der zivilen und militärischen Sicherheit zu einer einzigen Einheit, ist daher eine logische und vernünftige Massnahme.

Eine Sicherheitspolitik kann nicht auf statische Weise geführt werden. Die Definition von präventiven und repressiven Handlungen folgt Parametern, die Veränderungen unterworfen sind. Die Entwicklung gewisser objektiven Grössen kann ebenso schnell die Bedürfnisse ändern. Diese Feststellung hat uns veranlasst, einen «Sicherheitsbarometer» einzuführen. Es handelt sich um ein «tableau de bord», bestehend aus mehreren Indikatoren, welche die monatlichen Veränderungen des Zahlenmaterials darstellen. So kann die Entwicklung der Kriminalität gemessen werden, indem zwischen

den verschiedenen Arten von Delikten, in Rechnungstragung der Untersuchungshaft und des Strafvollzugs in den Haftanstalten, unterschieden wird. Andere Parameter liefern Angaben zu den Gefahren auf der Strasse und zur Wirkung der eingeführten Präventions- und Repressionsmittel.

Ein Vergleich der verschiedenen Resultate, die 1999 in diesem «tableau de bord» dargestellt wurden, mit jenen des vorangegangenen Rechnungsjahres, lässt einen Rückgang der Kriminalität feststellen. Dieselbe Tendenz wurde auch im Bereich der Strassengefährlichkeit festgestellt, trotz bemerkbarer Steigerung des Fahrzeugparks um gegen 15 %.

Die laufende Revision der Strafprozessordnung gibt den Untersuchungsrichterämtern eine neue Struktur, mit einem kantonalen Untersuchungsrichter an der Spitze, der das kantonale Untersuchungsrichteramt führt. Das Projekt verfolgt folgende Zielsetzungen: Eine verbesserte Effizienz, eine Gesamtschau der Kriminalpolitik, die Spezialisierung der Magistraten, eine Gleichbehandlung der Fälle in den verschiedenen Regionen. Die Neuorganisation der Staatsanwaltschaft verfährt nach denselben Kriterien.

Das Verfahren zur Modernisierung der Institutionen wurde fortgesetzt. Die mit der Überprüfung der Beziehungen zwischen den Gemeinden und dem Kanton beauftragte paritätische Kommission, die von Herrn Professor Jean-Baptiste Zufferey präsiert wird, hat sich in Untergruppen mit je einem begrenzten Tätigkeitsbereich aufgeteilt. Beauftragt mit der Prüfung der Aufgaben, die Ihnen in ihrem Bereich zukommen, und gegebenenfalls Transferlösungen vorzuschlagen, gelangen diese Untergruppen an das Ende ihres Auftrags. Ihre Vorschläge werden es erlauben, eine Neubestimmung der Zuständigkeiten auszuarbeiten, und werden als roter Faden für zukünftige Gesetzgebungsarbeiten dienen.

Eine neue Aufgabenverteilung zwischen dem Kanton und den Gemeinden erfordert zwangsläufig eine Prüfung der Fragen bezüglich der interkantonalen Zusammenarbeit. Da die Gemeindefusion, welche, wenn nicht als vollkommenste Form der Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden, so doch als Ergebnis dieses Prozesses zu betrachten ist, war es klar, dass die Kommission Zufferey ebenso mit diesen Fragen bedacht wurde. In der Zwischenzeit haben wir uns fest entschlossen für ein System entschieden, dass auf der Freiwilligkeit basiert und, in Erwartung der Schlussfolgerungen der in Auftrag gegebenen Studie, beabsichtigen wir die Weiterverfolgung einer Anreizpolitik mittels einer Änderung des Finanzausgleichs. Die ersten Resultate sind ermutigend: Die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinden von Guttet und Feschel, und kürzlich jene von Selkingen, Biel und Ritzingen, haben das Prinzip einer Fusion angenommen.

Schlussendlich hat die Studie bezüglich der Reform der Verfassungsbestimmungen betreffend die Bezirksordnung und das Präfektenstatut die parlamentarische Phase erreicht. Die Zweckmässigkeitsdebatten werden es dem Parlament ermöglichen, seine Absichten kennenzulernen, ja sogar provisorisch seine Optionen zu den prinzipiellen Fragen zu beschliessen, die einen entscheidenden Einfluss auf den weiteren Verlauf der Reformarbeiten haben.

**Der Vorsteher des
Departementes für Sicherheit
und Institutionen**

Jean-René Fournier

ALLGEMEINE VERWALTUNG

PERSONAL

Dienststelle	Anzahl Etatstellen
Verwaltungs- und Rechtsdienst	12.00
– Betriebsamt Sitten	10.50
– Betriebsamt Siders	9.50
– Gleichstellungsbüro	2.50
Dienststelle für Zivilstandswesen und Fremdenkontrolle	25.00
Strafanstalten	74.00
Dienststelle für Strassenverkehr und Schifffahrt	52.50
Dienststelle für Jagd und Fischerei	32.00
Kantonspolizei	410.00
Dienststelle für zivile Sicherheit und Militär	82.40
Dienststelle für innere Angelegenheiten	8.50
Dienststelle für Raumplanung	11.50
Dienststelle für Vermessung	11.00
Dienststelle für Grundbuchämter	15.00
– Grundbuchämter	36.60
Total	793.00

1. MOTIONEN

- 4.048 der sozialistischen Gruppe Unterwallis, durch Frau Grossrätin Arlette Muster-Rouiller und durch die Herren Grossräte Henri Carron und Olivier Derivaz, betreffend Annahme eines Familiengesetzes
- Die Motion ist durch die Schaffung einer Projektkommission «*Familie*» des Grossen Rates bereits verwirklicht worden. Ihr Pflichtenheft sieht unter anderem die Prüfung der parlamentarischen Interventionen im Bereich der Familie vor. Der Verwaltungs- und Rechtsdienst ist zurzeit mit der Ausarbeitung eines Rahmengesetzesentwurfes über die Familie beschäftigt.
- 4.054 der Justizkommission, durch ihren Präsidenten André Fagioli, betreffend das Verfahren vor der parlamentarischen Untersuchungskommission und die Veröffentlichung ihrer Unterlagen.
- Die Verwirklichung der Motion obliegt der Kommission «*Parlament 2000*».
- 4.059 der parlamentarischen Kommission betreffend Abänderung des AGZSG, durch Herrn Grossrat Henri Carron, Kommissionspräsident, für eine Revision des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über den Zivilschutz und die Schutzräume
- Der Gesetzesentwurf über die Änderung des AGZSG wurde vom Staatsrat am 29. November 1999 angenommen.
- 4.061 der CVP-Gruppe Unterwallis, durch Herrn Grossrat Louis-Nicolas Meichtry, betreffend Anzahl Mitglieder der Generalräte
- Die in der Motion enthaltenen Vorschläge werden in der nächsten Änderung des Gesetzes über die Gemeindeordnung aufgenommen.
- 4.066 von Herrn Grossrat Adolphe Ribordy, betreffend Revision des GGB
- Der Entwurf des neuen Gesetzes über die Gerichtsbehörden wurde vom Staatsrat am 12. Mai 1999 angenommen.
- 4.071 von Frau Grossrätin (Suppl.) Isabelle Millioud und Konsorten betreffend Kompetenzerweiterung für den Generalrat

- und
- 4.076 von Herrn Grossrat Edgar Salzmann betreffend Genehmigung des Voranschlages durch die Urversammlung
- Die Verwirklichung dieser beiden Motionen wirft eine Frage bezüglich der Verfassungskonformität auf, welche eine Antwort bei der Behandlung einer nächsten Motion über die Zuständigkeit der Urversammlung hinsichtlich des Voranschlages finden kann.
- 4.079 der Justizkommission, durch ihren Präsidenten André Fagioli, betreffend Einführung einer Demissionsfrist für Kantonsrichter
- Das Prinzip ist im Entwurf des neuen Gesetzes über die Gerichtsbehörden, das vom Staatsrat am 12. Mai 1999 angenommen wurde, enthalten.

2. POSTULATE

- 4.037 von Herrn Grossrat Eric-A. Balet und Konsorten betreffend Begnadigungsgesuche (kantonales Recht)
- Einführung eines kantonalen Begnadigungsrechts im EGStGB, abgeändert durch den Gesetzesentwurf über die Änderung der ZPO, welches vom Staatsrat am 12. Mai 1999 angenommen wurde.
- 4.041 der CVP-Gruppe Unterwallis, durch Herrn Grossrat Laurent Métrailler, betreffend Veröffentlichung eines Familienleitfadens
- Ein Entwurf und ein Voranschlag wurde dem Departement unterbreitet. Diese Vorschläge werden der Projektkommission «*Familie*» vorgelegt.
- 4.042 der CVP-Gruppe Unterwallis, durch Herrn Grossrat Laurent Métrailler, betreffend Situation der Familie im Wallis
- Das Postulat hat sich mit der Veröffentlichung der Ergebnisse der Umfrage über die Situation der Walliser Familien teilweise verwirklicht. Die Auswertung dieser Ergebnisse wurde dem Institut für Familienforschung und -beratung der Universität Freiburg anvertraut. Die Zusammenfassung sowie die Schlussfolgerungen wurden der Projektkommission «*Familie*» zur Kenntnis gebracht. Eine Untersuchung zum Problem «*Frau und Armut im Wallis*», insbesondere unter dem Gesichtspunkt der alleinerziehenden Eltern, ist zurzeit im Gange.
- 4.045 der Herren Grossräte Pascal Rey und Dominique Epiney betreffend Evakuierung der Schulgebäude in Katastrophenfällen
- Die Gesetzesgrundlagen auf dem Gebiet der Dienststelle für Feuerwesen und Zivilschutz genügen zu einer wirksamen Planung der Evakuierungen; die Planung der Schulgebäude trägt dieser Problematik Rechnung. Das Gewicht muss auf Übungen gelegt werden. Diese erlauben zu prüfen, ob jeder Verantwortliche Kenntnis der Evakuierungspläne und der durch die verschiedenen Dienststellen des Staates übermittelten Weisungen hat. Eine besondere Aufmerksamkeit kommt dem Erdbebenrisiko zu.
- 4.055 von Herrn Grossrat Patrice Clivaz und Konsorten betreffend Reglement in den Anwendungstexten zum Gesetz zum Schutz gegen Feuer und Naturelemente hinsichtlich der kontrollierten Verwendung von Dachschindeln
- Die Revision des Ausführungsreglementes vom 4. Juli 1999 ist im Gange.
- 4.086 von Herrn Grossrat Roland Carron betreffend Abänderung des Ausführungsreglementes zum Jagdgesetz
- Änderung vom 17. November 1999 des Ausführungsreglementes zum Jagdgesetz betreffend die Benützung des Natels während der Jagd.

BÜRO FÜR DIE GLEICHSTELLUNG VON FRAU UND MANN

GESETZGEBUNG

- Mitarbeit in der Gruppe zur Erarbeitung der Kantonalen Stellungnahme betreffend die UNO-Konvention über die Rechte des Kindes.
- Mitarbeit in der Arbeitsgruppe mit dem Auftrag, ein Kantonales Gesetz zu Bildung und Forschung auszuarbeiten.
- Erarbeitung der Kantonalen Stellungnahme betreffend die Anwendung der UNO-Konvention über die Eliminierung jeglicher Diskriminierung der Frau.
- Analyse der Walliser Steuergesetzgebung aus Gleichstellungsperspektive; Formulierung konkreter Vorschläge zu einer Revision.
- Stellungnahmen in Vernehmlassungsverfahren zur Gesetzgebung auf Kantons- und Bundesebene.

SENSIBILISIERUNG

Lehrstellenbeschluss des Bundes

- Zusammenarbeit mit dem Amt für Studien- und Berufsberatung und den Orientierungsschulen: Organisation von Informationsveranstaltungen zu atypischen Frauen- und Männerberufen für die Schülerinnen und Schüler des 2. Jahres der Orientierungsschule.
- Zusammenarbeit mit dem Amt für Studien- und Berufsberatung, um die Thematik Gleichstellung in die Berufswahlstunden (Stufe Orientierungsschule) zu integrieren.
- Koordination zur Durchführung der Ausstellung «Carrières de femmes, passion d'ingénieures» des Polytechnikums Lausanne (EPL) an den Walliser Kollegien.
- Transfer der von der Schweizerischen Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten im Rahmen des Lehrstellenbeschlusses ausgearbeiteten Projekte «16+» und «Tekna» auf kantonale Ebene.

Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz / Mobbing

- Mitarbeit in der Arbeitsgruppe, die mit der Erarbeitung eines kantonalen Leitbildes zur Bekämpfung der sexuellen und psychologischen Belästigung beauftragt war.
- Organisation einer Weiterbildungstagung für Fachpersonen in- und ausserhalb der Verwaltung, welche für die Behandlung von Fällen sexueller und psychologischer Belästigung verantwortlich sein werden.
- Teilnahme an einem Westschweizer Projekt zur Erarbeitung eines ausführlichen Leitfadens zuhanden von Unternehmen.

Gewalt an Frauen in der Partnerschaft

- Betreuung und Unterstützung der Autobiographie-Publikation eines Gewaltopfers.
- Begleitung des Mandats *Entwicklung eines Konzepts Weiterbildung von Fachpersonen im Bereich Gewalt an Frauen in der Partnerschaft*.
- Mitarbeit am Westschweizer Projekt: Statistiken über Gewalt in der Partnerschaft.

(Aus)Bildung

- Mitarbeit in einer Arbeitsgruppe der Schweizerischen Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten, Publikation und Streuung des Handbuchs *Von alten Bildern und neuen Tönen*.
- Das Gleichstellungsbüro vertritt den Kanton Wallis in der Arbeitsgruppe *Gleichstellung im Bildungswesen* des Zentralschweizerischen Beratungsdienstes für Schulfrauen ZBS.

Mutterschaftsversicherung

- Koordination der kantonalen Unterstützungskomitees, Informationsveranstaltungen und Medienarbeit im Hinblick auf die eidgenössische Abstimmung.

Frauen und Politik

- In Zusammenarbeit von Gleichstellungsrat und überparteilichem Verein Frauen Solidarität wird ein Informationsblatt zur Unterstützung der Kandidatinnen publiziert und breit gestreut.
- Erteilung und Betreuung eines Mandats zur Analyse der Frauenvertretung an den Nationalratswahlen 1991 bis 1999 im Wallis.

Familienfragen

- Analyse der Ergebnisse, welche die Umfrage des Departementes für Sicherheit und Institutionen bei den Walliser Familien im Herbst 1998 ergeben hatte.
- Zusammenarbeit mit der neu eingesetzten parlamentarischen Familienkommission.
- Projektentwurf für die Erarbeitung eines Familien-Handbuchs.

Frauen und Armut

- Betreuung eines Mandats zur Untersuchung der Situation von Frauen im Wallis, die in Armut leben. Schwerpunkt: alleinerziehende Mütter.

ZUSAMMENARBEIT

Externe Zusammenarbeit

- Teilnahme an der Frühlingkonferenz der *Schweizerischen Gleichstellungsbeauftragten* und Mitarbeit in Arbeitsgruppen auf schweizerischer Ebene.
- Vorsitz der *Konferenz der Schweizerischen Gleichstellungsbeauftragten* von März 1999 bis März 2000, in dieser Funktion Organisation der Herbstkonferenz in Martinach.
- Teilnahme an drei Sitzungen der Konferenz der *Westschweizer Gleichstellungsbeauftragten* und Mitarbeit in gemeinsamen Projekten.
- Einsitz in einer Informations- und Unterstützungsgruppe im Rahmen des Walliser Brustkrebscreeningprogramms.

Interne Zusammenarbeit

- Das Büro besorgt das Sekretariat des *Kantonalen Gleichstellungsrates*, der sich 1999 zu vier Plenarsitzungen traf.
- Mitarbeit in der Kantonalen Kommission zur Hilfe an Opfer von Straftaten.

BERATUNG UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

- Das Gleichstellungsbüro beantwortete zahlreiche Anfragen von verschiedener Seite betreffend die Situation der Gleichstellung im Kanton Wallis; es vermittelte (juristischen) Rat oder allgemeine Informationen im Zusammenhang mit verschiedenen Gleichstellungsthemen.
- Verschiedene Referate zu gleichstellungspolitischen Fragestellungen.
- Evaluation einer Diplomarbeit des SPAZ betreffend Hausmänner.

DOKUMENTATIONSSTELLE

- Integrierung der Werke unserer Dokumentationsstelle ins Netz der Westschweizer Bibliotheken (RERO).
- Erarbeitung von thematisch geordneten Pressedossiers aus Zeitungsartikeln, welche die Dokumentationsstelle im Verlauf der Jahre 1993-1997 gesammelt hatte.
- Erwerb und Katalogisierung von 175 Büchern, Berichten, Studien, Werken.
- Versand der Liste der Neuerwerbungen.
- Ausleihe von 565 Werken.

VERWALTUNGS- UND RECHTSDIENST

Im Bereich der Gesetzgebung muss zuerst eine Zwischenbilanz der **Revision des Walliser Prozessrechts** erstellt werden.

- Am 24. März 1998 hat der Grosse Rat in zweiter Lesung das Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EGZGB) und die Zivilprozessordnung (ZPO) einstimmig angenommen. Dieses «Zivilpaket», das die wichtigste Etappe der Revision des Walliser Prozessrechts darstellt, ist am 1. Januar 1999 in Kraft getreten. Zu diesem Zeitpunkt hatten die Revisionsarbeiten des EGZGB und der ZPO bereits begonnen, um die Anwendung des Bundesgesetzes vom 26. Juni 1998 über die Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches in den Bereichen Personenstand, Eheschliessung, Scheidung, Kindesrecht, Verwandtenunterstützungspflicht, Vormundschaft und Ehevermittlung zu sichern. Indem die Behörden auf den Erlass eines Spezialgesetzes verzichteten, haben sie den Erfahrungen der Vergangenheit Rechnung getragen und einer gewissen Quelle der Rechtsunsicherheit vorgebeugt. Mit Ausnahme der besonderen Bestimmungen über die Scheidung auf gemeinsames Begehren legte die Revision des EGZGB und der ZPO den Akzent auf den Schutz und die Verstärkung der Kindesrechte im Rahmen des Familienrechts. Mit dieser Reform erfuhr die Tätigkeit der Vormundschaftsbehörden eine Verstärkung, weshalb ihnen eine besondere technische Unterstützung gewährt wurde. Das Gesetz über die Änderung des EGZGB und der ZPO vom 22. September 1999 ist am 1. Januar 2000 in Kraft getreten.

- Die sich auf die Strafprozessordnung beziehenden Vorschläge von Justiz 2000 betreffen hauptsächlich die Organisation der Strafuntersuchungsgerichte und der Staatsanwaltschaft. Der Bericht der Geschäftsprüfungskommission über die rechtliche Behandlung der Affäre Dorsaz hat auch einige Änderungen der Strafprozessordnung vorgeschlagen. In der Sitzung vom 12. Mai 1999 hat der Staatsrat einen Entwurf des Gesetzes über die Abänderung der Strafprozessordnung (StGB), des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Strafgesetzbuch (EGStGB), des Gesetzes über das Verwaltungsverfahren und die Verwaltungsrechtspflege (VVRG) und des Gesetzes über die Akten der gerichtlichen Polizei (GAGP) angenommen. Die Hauptmerkmale des Entwurfs können wie folgt zusammengefasst werden:

- Er berücksichtigt weitgehend die Schlussfolgerungen des Berichtes der Expertenkommission des Eidg. Justiz- und Polizeidepartementes über die Vereinheitlichung des Strafprozessrechts;
- Er bestätigt das Dreiparteiensystem der Strafverfolgung (Untersuchungsrichter, Staatsanwalt, Angeklagter und sein Verteidiger);
- Er gestaltet die Untersuchungsbehörde, indem er für das gesamte Kantonsgebiet ein zentrales Untersuchungsrichteramt schafft, welches den drei regionalen Untersuchungsrichterämtern vorsteht;
- Er vereinfacht und beschleunigt den Abschluss des Untersuchungsverfahrens, wenn dieses zu einem Überweisungsbeschluss an die Urteilsbehörde führt;
- Er passt die Gesetzgebung an die praktischen Bedürfnisse und an die Rechtsentwicklung an.

- Staatsrat und Grossrat haben im Juni 1987 die Motion der Geschäftsprüfungskommission vom 23. Juni 1986, die eine Reform des gesamten Rechts über die Gerichtsbehörden verlangte, angenommen. Vor dieser Motion wurde das Gesetz über die Gerichtsbehörden (GGB) vom 13. Mai 1960 schon zweimal revidiert, nämlich durch die Gesetze vom 23. Juni 1971 und vom

27. Juni 1979. Nach Annahme dieser Motion erfuhr das GGB bei der Verabschiedung des Gesetzes über den Anwaltsberuf und den gerichtlichen und administrativen Rechtsbeistand und der Revisionen der Gesetze der Straf- und Zivilprozessordnung sowie der Verwaltungsrechtspflege vier wichtige Änderungen. So haben sich Regierung und Grossrat den Empfehlungen der Experten und Präsidenten der ausserparlamentarischen Kommissionen, die sich in den gesetzlichen «Werdegang» eingeschaltet haben, angeschlossen. Die letzte Reform des GGB, die in der Abfassung eines neuen Gesetzes besteht, fällt mit der letzten Etappe der Revision des Rechts über die Gerichtsbehörden zusammen, d. h. mit der Teilrevision des zweiten Teils der Strafprozessordnung. Zu einem grossen Teil besteht der Entwurf des Staatsrates vom 12. Mai 1999 in einer formellen Bereinigung des geltenden Gesetzes. Diese Massnahme wurde infolge der laufenden Verbesserungen der Revision des kantonalen Prozessrechts notwendig. Der Entwurf enthält indessen mehrere Schwerpunkte:

- Er ergänzt die Teilrevision der StPO in den Kapiteln über die Untersuchungsbehörde und die Staatsanwaltschaft;
- Er wacht über die Gleichstellung von Mann und Frau;
- Er garantiert das Recht der Minderheiten auf eine angemessene Vertretung bei den Gerichtsbehörden;
- Er bestimmt die zuständigen Behörden zur Wahl und Ernennung der Magistraten der Gerichtsbehörden und erlaubt die Integration der Motion, welche die Wahl der Kantonsrichter und Staatsanwälte nach dem qualifizierten Mehr verlangt.

Unter dem Kapitel der **Gesetzgebung** ist noch hervorzuheben:

- Die Änderungen des Gesetzes vom 18. November 1977 zum Schutz gegen Feuer und Naturelemente (GSFN) sind in zweiter Lesung durch den Grossen Rat am 19. Mai 1999 angenommen worden. Im Vergleich zum Gesetz von 1977 führt der Text von 1999 das System der freiwilligen Feuerwehr ein und überlässt den Munizipalgemeinden die Möglichkeit, den obligatorischen Dienst zu wählen. Das Prinzip der Gleichstellung von Mann und Frau ist im Übrigen ausdrücklich im Gesetz enthalten. Der Gesetzgeber hat jedoch die Höhe des Ersatzbeitrages von 100 Franken beibehalten. Er hat somit dem Widerstand gegen den Entwurf von 1995, welcher eine Erhöhung dieses Beitrages von 100 auf 150 Franken vorsah, Rechnung getragen. Die besondere durch das Dekret von 1996 eingeführte Zwecksteuer wurde abgeschafft, weil sie im Gegensatz zur Rechtsprechung des Bundesgerichtes betreffend die rechtsgleiche Behandlung im Steuerwesen stand (BGE 122 I 315).

Im Weiteren verstärkt der Text die Sicherheits- und Koordinationsmassnahmen zwischen den mit der Anwendung des Gesetzes zum Schutz gegen Feuer und Naturelemente beauftragten Behörden.

- Nach Inkrafttreten der neuen Gesetzgebung über Waffen, Waffenzubehör und Munition hat der Grosse Rat in zweiter Lesung am 22. September 1999 das Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz über Waffen, Waffenzubehör und Munition (AGWSG) angenommen. Es handelt sich hiermit um einen reinen Ausführungstext, der die Fragen der Zuständigkeit und der Anwendungsmodalitäten des Bundesrechts in der Praxis regelt.
- Am 20. Mai 1998 hat der Staatsrat eine Botschaft zum Gesetzesentwurf zur Abänderung des Ausführungsgesetzes zur Bundesgesetzgebung über den Zivilschutz und die Schutzräume (AGZSG) angenommen. Um der konjunkturellen Lage Rechnung zu tragen und die Verwirklichung von zweckmässigeren Gemeinschaftsschutzräumen zu fördern, hat er dem Grossen Rat eine Herabsetzung des vom Betroffenen, welcher von der Baupflicht eines privaten Schutzraumes befreit ist, zu entrichtenden Ersatzbeitrages vorgeschlagen. Der Grosse Rat hat dem Entwurf

mit Vorbehalt zugestimmt und ein provisorisches und am 31. Dezember 2000 hinfällig werdendes Dekret angenommen. Er forderte auf dem Motionsweg eine vertiefte Studie betreffend das Moratorium über die Schaffung von Schutzräumen für die Bevölkerung, das Moratorium über das Inkasso der Ersatzbeiträge, der Befreiung der Ersatzbeiträge oder ihren Aufschub, die obligatorische interkommunale Zusammenarbeit für die Verwirklichung von Zivilschutzbauten. Aufgrund eines Rechtsgutachtens von Professor Giorgio Malinverni, von der Universität Genf, mit welchem die Verfassungswidrigkeit der Schlussfolgerungen der Motion über die verschiedenen Moratorien und das Inkasso des Ersatzbeitrages festgestellt wurde, hat der Staatsrat am 29. November 1999 einen neuen Gesetzesentwurf zur Abänderung des AGZSG angenommen. Dieser Entwurf trägt der Motion betreffend den Aufschub des Inkassos des Einkaufsbeitrages Rechnung.

- Der neue durch das Volk anlässlich der Abstimmung vom 13. Juni 1999 angenommene Artikel 13bis der Kantonsverfassung verlangt, dass der Staat die Gesetzgebung unter dem Gesichtspunkt ihrer Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse der Familie überprüft und diese entsprechend anpasst.

Das Departement hat die Dienststelle beauftragt, die Arbeiten betreffend die Durchführung des Verfassungsauftrages zu leiten und sie ersucht, zuerst das Prinzip der Zweckmässigkeit eines Rahmengesetzes zu prüfen und anschliessend im Falle einer positiven Antwort auf die Frage der Zweckmässigkeit die ordentlichen Gesetzgebungsarbeiten durchzuführen. Bei diesem Vorgehen konnte die Dienststelle auf die Unterstützung der Zentrale für Familienfragen des Bundesamtes für Sozialversicherung zählen und an den Kommissionsarbeiten des Grossen Rates zum Projekt «*Familie*» teilnehmen.

- Mit Entscheid vom 22. September 1999 hat der Staatsrat eine Arbeitsgruppe bestimmt und beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Dienststelle einen Vorentwurf zur Abänderung des Gesetzes über das Notariat auszuarbeiten. Diese Arbeiten wurden durch eine gebietsweise Überprüfung in Angriff genommen, insbesondere die Gebiete über die Ausbildung und das Praktikum, die zivilrechtliche Verantwortlichkeit des Notars, die Pflichten der Ausschliessung und die Unvereinbarkeiten sowie das Territorialitäts- und Wohnsitzprinzip. Diese Arbeiten führten zu den ersten Gesetzesvorschlägen in den überprüften Gebieten.
- Das EGZGB überträgt dem Staatsrat die Kompetenz zum Erlass von mehreren Ausführungsverordnungen:

– *Verordnung über die Vormundschaft*

In der Vorbereitungsphase zur Ausarbeitung der Verordnung über die Vormundschaft konnte die Dienststelle auf die Mitwirkung einer Arbeitsgruppe zählen, welche sich aus drei Inspektoren der Vormundschaftsämter, amtlichen Vormündern und Sekretärinnen der Vormundschaftsämter zusammensetzte. Die Verordnung wurde durch den Staatsrat am 27. Oktober 1999 angenommen, durch das Eidg. Justiz- und Polizeidepartement am 24. November 1999 genehmigt und ist am 1. Januar 2000 in Kraft getreten. Dieser Text regelt im Wesentlichen die Fragen über die Ausbildung; die Aufsicht der Vormundschaftsämter und -kammern; die Organisation der Vormundschaftsämter und -kammern; die Führung der Verzeichnisse, Aktenhefte und Protokolle; die Führung der Inventare und Rechnungen; die Prüfung, die Genehmigung und die Rechnungsablage; die Aufbewahrung und die Anlage des Mündelgutes; die Entlohnung der Vormünder und der Mitglieder der Vormundschaftsbehörden; die Kosten und Entschädigungen; die Pflicht zur Zusammenarbeit.

Um dieser Verordnung das nötige Gewicht zu verleihen, hat das Departement am 6. Dezember 1999 ein Kreisschreiben an alle Vormundschaftsämter des Kantons gerichtet.

– *Verordnung über das Grundeigentum*

Die Dienststelle hat ein Arbeitsdokument über das Bodenrecht ausgearbeitet, welches der im EGZGB enthaltenen Übertragung der Gesetzgebungsbefugnisse im Bereich des Sachenrechts Rechnung trägt. Es behandelte folgende Fragen: Aufsicht; Organisation und Arbeitsweise; Führung der Bücher, der Katasterpläne und Hilfsmittel; Veröffentlichung der Grundstückskäufe; Register der Alpen und Geteilschaften; vereinfachtes öffentliches Verurkundungsverfahren für kleine Grundstücksflächen; Stockwerkeigentum; Führung der Gemeindekataster und Einführung des Grundbuches. Es ging darum, in einer einzigen Verordnung die Bestimmungen aufzunehmen, welche bisher in einer ganzen Reihe von Reglementen enthalten waren. Dieses Dokument wurde anschliessend dem kantonalen Grundbuchinspektorat in seiner Eigenschaft als Spezialdienststelle zugestellt, um die ordentlichen Ausführungsarbeiten zur Schaffung dieser Spezialverordnung über das Bodenrecht auszuführen.

– *Allgemeine Ausführungsverordnung*

Die Dienststelle hat überdies einen Entwurf einer allgemeinen Ausführungsverordnung zum EGZGB ausgearbeitet. Im Wesentlichen behandelt diese Fragen im Bereich des Zivilstandes, der Aufsicht über die Stiftungen, der Adoption sowie der Handels- und Güterstandsregister.

- Die Revision des Zivilgesetzbuches vom 26. Juni 1998 hat im Besonderen den Auftrag zur Ehe- oder zur festen Partnerschaftsvermittlung geregelt. Die berufsmässige Ehe- oder Partnerschaftsvermittlung von Personen aus dem Ausland oder ins Ausland bedarf der Bewilligung und untersteht der Aufsicht. Die kantonale Verordnung über den Auftrag zur Ehe- oder zur Partnerschaftsvermittlung vom 15. Dezember 1999 regelt in Ergänzung zum Bundesrecht die Bedingungen für die Bewilligung, bestimmt das geltende Verfahren und organisiert die Aufsicht.
- Am 18. August 1999 hat der Staatsrat die Ausführungsverordnung zur Verordnung 3 des Bundesrates zum Schweizerischen Strafgesetzbuch über die gemeinnützige Arbeit angenommen. Die Inkrafttretung dieser Verordnung wurde auf den 1. Januar 2000 festgelegt. Jedes Jahr werden im Kanton Wallis durchschnittlich 400 Personen zu einer unbedingten Gefängnisstrafe von maximal 90 Tagen verurteilt. Unter der Bedingung einer regelmässigen Arbeitstätigkeit können diese sogenannten «*kleinen*» Straftäter bereits heute ihre Strafe in Form der Halbgefängenschaft verbüssen, d. h. während der Nacht und den Wochenenden oder der übrigen Freizeit. Es handelt sich hiermit um das Nachtgefängnis. Ab dem 1. Januar 2000 haben die zu kurzen Freiheitsstrafen Verurteilten die Möglichkeit, diese in Form der gemeinnützigen Arbeit (GA) zu verbüssen. Dieses neue Vollzugssystem bleibt Freiwilligen, welche es ausdrücklich verlangen, vorbehalten und besteht in der unentgeltlichen Arbeitsleistung zugunsten von Institutionen mit sozialem Charakter oder öffentlichem Gemeinwesen. Ein Hafttag entspricht vier Stunden gemeinnütziger Arbeit. Diese besondere Vollzugsart einer kurzen Freiheitsstrafe bringt Einschränkungen der persönlichen Freiheit mit sich und setzt eine strenge Aufsicht voraus. Es hat sich in Europa bewährt.
- Am 18. Juni 1999 hat die Bundesversammlung die Änderung der Artikel 359 und folgende des Schweiz. Strafgesetzbuches betreffend das Strafregister angenommen. Ab dem 1. Januar 2000 führt der Bund durch das Bundesamt für Polizeiwesen ein automatisiertes Strafregister, welches die zur Ahndung der Straftaten notwendigen Angaben enthält. Die kantonalen Strafregister werden daher abgeschafft. Die Kantone müssen jedoch ihren Beitrag leisten und zusammen mit dem Bundesamt für Polizeiwesen an der Führung des automatisierten Strafregisters mitarbeiten. Das kantonale Reglement über das automatisierte Strafregister vom 15. Dezember 1999 enthält die Ausführungsbestimmungen zum

revidierten Bundesrecht. Der Hauptvorteil für jeden Einzelnen besteht darin, dass er künftig einen Auszug aus dem Strafregister nicht mehr bei der kantonalen Verwaltung in Sitten verlangen muss, sondern diesen mittels einem entsprechenden bei irgendeinem Polizeiposten abzuholenden Formular erhalten kann.

- Das Gesetz betreffend den Beitritt des Kantons Wallis zum Konkordat über die Sicherheitsunternehmen vom 11. Februar 1998 ist am 1. Oktober 1999 in Kraft getreten. Dieser Text beauftragt den Staatsrat, alle zweckdienlichen Bestimmungen für den Vollzug des Konkordates zu erlassen. Der Staatsrat hat diesem Auftrag Folge geleistet, indem er das Reglement betreffend die Sicherheitsunternehmen vom 15. September 1999 erlassen hat. Dieses Reglement ist am gleichen Tage in Kraft getreten wie das Beitrittsgesetz.

Im Wesentlichen bestimmt dieses Reglement die zuständigen Behörden (z. B. Zuständigkeit für die Erteilung der Bewilligungen, Prüfungskommission) und regelt die Verfahren.

Schliesslich ist in der Gesetzgebungsrubrik zu bemerken, dass die Dienststelle die Antwort auf zehn **Eidgenössische Vernehmlassungen** im Auftrage des Staatsrates vorbereitet hat. Da dem Grossen Rat keine einzige Stellungnahme der Regierung zur Kenntnis gebracht wurde, empfiehlt es sich, eine entsprechende Liste zu erstellen:

– Hilfswerk für die Kinder der Landstrasse	12.05.1999
– Verordnungsentwurf über das automatisierte Strafregister	18.08.1999
– Verordnung über die berufsmässige transnationale Ehe- oder Partnerschaftsvermittlung	18.08.1999
– Rechtliche Situation gleichgeschlechtlicher Paare im schweizerischen Recht	01.09.1999
– Vernehmlassung zur Deregulierung des Waffengesetzes (WG), des Kriegsmaterialgesetzes (KMG), des Sprengstoffgesetzes (SprstG) und des Güterkontrollgesetzes (GKG)	13.10.1999
– Vorentwurf für eine Reform des Rechts der Gesellschaft mit beschränkter Haftung	27.10.1999
– Mitarbeit am ersten Bericht der Schweiz zum UNO-Übereinkommen gegen jede Form von Diskriminierung der Frau	18.11.1999
– Umsetzung des schweizerisch-französischen Abkommens vom 11. Mai 1998 über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Justiz-, Polizei- und Zollsachen	23.11.1999
– Umfrage der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren zum Projekt EDNA / Erkennungsdienstliche Identifizierung mit DNA-Profilen	24.11.1999
– Entwurf zum Bundesgesetz über die Transplantation von Organen, Geweben und Zellen	29.12.1999

Im Bereich der **Streitsachen** ist bei der Anzahl der einregistrierten Fälle im Jahre 1999 ein leichter Rückgang zu verzeichnen (192 anstelle von 218 im Jahre 1998). Die Anzahl der Fälle liegt jedoch wesentlich höher als jene im Jahre 1996 (190). Von den nicht-erledigten und ins neue Verwaltungsjahr übertragenen Fällen sind insgesamt 186, im Gegensatz zu 224 im Jahre 1998, erledigt worden. Statistisch gesehen zeichnet sich dieser Sektor durch seine Stabilität aus.

Die durch die Dienststelle behandelten Fälle weisen eine extreme Vielseitigkeit auf, welche zum Teil auf die Tatsache zurückzuführen ist, dass sie die anderen Dienststellen des Departementes, die kei-

nen Juristen beschäftigen, unterstützt. Die Rechtsberatungen und durchgeführten Verfahren beziehen sich auf verschiedene Gebiete wie Militärangelegenheiten, Jagd, Fischerei, öffentliche Märkte, Sprengstoff, Feuer, Zivilschutz, Raumplanung, Vermessung, Fremdenpolizei, Anwalts- und Notariatstätigkeit, Strafvollzug, Begnadigungsrecht, Handelsregister und Vormundschaft. Dieses breite Spektrum von Sachgebieten bildet eine ständige und bereichernde Quelle wissenschaftlichen Interesses. Es macht aus diesem Rechtsdienst einen vielseitigen Dienst und verlangt von seinen Verantwortlichen ein allgemeines breites Fachwissen. Ein Vergleich mit der Verwaltungsorganisation der anderen Kantone zeigt jedoch, dass die Vielseitigkeit respektive die Vielzahl der Sachgebiete ihre Grenzen erreicht hat.

Im Rahmen der allgemeinen **Beratungstätigkeit** hat der Departementsvorsteher die Hilfe der Dienststelle für eine ganze Reihe von Arbeiten betreffend die Umfrage über die Familien in Anspruch genommen. Ein Jurist wurde bestimmt, um die von der ständigen Projektkommission «*Familie*» durchgeführten Arbeiten zu begleiten.

Im Rahmen des Sanierungsvertrages zwischen der Burgergemeinde Leukerbad und ihren Finanzgläubigern verlangten Letztere vom Staatsrat die nachträgliche Homologation der Darlehen. Die nachträgliche Homologation, welche der Staatsrat aus rechtlichen Überlegungen ablehnen musste, wurde schliesslich durch eine allgemeine Zustimmung des Staatsrates zum Sanierungsvertrag ersetzt. Die Einverständniserklärung konnte der Staatsrat erteilen, da der Abschluss des Sanierungsvertrages im Autonomiebereich der Burgergemeinde lag. Bis zum 16. Dezember 1999 stimmten schliesslich alle Gläubiger dem Sanierungsvertrag zu. Der Burgerversammlung wird der Vertrag im Januar 2000 zur Abstimmung unterbreitet.

Im Zusammenhang mit der Munizipalgemeinde Leukerbad wurden inzwischen 2 Verantwortlichkeitsklagen gegen den Staat Wallis direkt beim Bundesgericht hängig gemacht. Es handelt sich dabei um die Klage der Gemeinden Oftringen und Rheinfelden sowie die Klage der Emissionszentrale der Schweizer Gemeinden. Primär sind die Klagen auf die Feststellung der Verantwortlichkeit des Kantons gerichtet und sekundär werden die bereits eingetretenen und damit bezifferbaren Schäden geltend gemacht. Der Staatsrat hat für die Verteidigung des Kantons die Anwälte Marie-Claire Pont-Veuthey, Siders, und Samuel Lemann, Bern, beauftragt. Diese werden von einem Juristenpool des Staates Wallis unterstützt. Die Frist für die Einreichung der Klageantwort wurde vom Bundesgericht auf den 15. Februar 2000 festgelegt.

Der Kaufrechtsvertrag für den Flugplatz Raron wurde ausgearbeitet und die Grundlage für die Preisverhandlungen durch die eidgenössische Schätzungskommission geschaffen. Bevor der Kaufrechtsvertrag definitiv abgeschlossen werden kann, ist jedoch eine Koordination der verschiedenen Ansprüche der 3 Grossprojekte NEAT, A9 und 3. Rottenkorrektur erforderlich.

Die Lage der administrativen und/oder disziplinarischen **Aufsicht** sieht am 31. Dezember 1999 wie folgt aus und erfordert folgende Bemerkungen:

- 234 Notare übten ihren Beruf im Kanton aus (gegenüber 238 im Jahre 1998). Der Staatsrat übt durch das Departement für Sicherheit und Institutionen die Aufsicht über die Notare aus. In dieser Eigenschaft musste das Departement auf Bericht des jeweiligen Minuteninspektors von Amtes wegen oder mittels Klage gegenüber 29 Notaren intervenieren. Es ging vor allem darum, die Hinterlegung der Urschriften von den ehemaligen Notaren zu erwirken. Im Weiteren sind Probleme im Zusammenhang mit der Benützung der Vollmachten aufgetreten. Während dem Jahre 1999 hat das Departement eine einzige Disziplinarmassnahme gegen einen Notar getroffen. Im Bereich von Streitigkeiten über Honorarrechnungen wurden 11 Dossiers eröffnet.

- 237 Anwälte übten ihren Beruf im Kanton aus (gegenüber 236 im Jahre 1998). Die Anzahl der ausserkantonalen Rechtsanwältinnen mit einer generellen Berufsausübungsbewilligung im Kanton Wallis beträgt 196.
- Beim Departement waren 74 Anwalts- und/oder Notarspraktikanten gemeldet (gegenüber 80 im Jahre 1998). Insgesamt hatten 23 Kandidaten an den beiden Anwaltsexamen teilgenommen, wovon 11 das Examen bestanden haben. Am Notariatsexamen haben 18 Kandidaten teilgenommen, wovon 10 das Examen bestanden haben.
- Die Revision des Statuts und des Gehalts der Vorsteher der Handelsregister verläuft normal. In Zahlen ausgedrückt weist die gewöhnliche Tätigkeit dieses Sektors einen allgemeinen Rückgang der Eintragungen in den drei Kreisen auf, nämlich: 1'114 Eintragungen für den Kreis Oberwallis (gegenüber 1'238 im Jahre 1998), 1'503 Eintragungen für den Kreis Mittelwallis (gegenüber 2'029 im Jahre 1998) und 1'180 Eintragungen für den Kreis Unterwallis (gegenüber 1'311 im Jahre 1998). Die drei Kreise weisen keinen Arbeitsrückstand auf. Es wurden auch keine Klagen gegen die Registerführer eingereicht. Es muss noch die Einführung der elektronischen Datenverarbeitung in den Registern hervorgehoben werden. Der Abschluss dieses Vorganges ist für 2001 programmiert.
- Eine der Dienststelle übertragenen Aufgaben als Aufsichtsbehörde über die Stiftungen und die Vorsorgeeinrichtungen der beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge besteht darin, sich über die Durchführung der internen, finanziellen und versicherungstechnischen Kontrollen Gewissheit zu verschaffen, aufgrund der Schlussfolgerungen der Kontrollstellen die entsprechenden Korrekturmaßnahmen mit einem entsprechenden Entscheid anzuordnen und ihre Anwendung zu überwachen. Im vorliegenden Fall entscheidet die Dienststelle als letzte kantonale Instanz.

Die Ausübung dieser Aufgabe umfasst die Überprüfung der jährlichen Finanzrechnung, des Anhangs zur Jahresrechnung sowie des Verwaltungs- und Kontrollstellenberichtes. Die Aufsichtsbehörde kann sich nicht nur auf die Schlussfolgerungen des Kontrolleurs, dem oft das Doppelmandat der Kontrolle der Stifterfirma und der Vorsorgeeinrichtung ihres Personals erteilt wurde, verlassen. Bei unterschiedlicher Interessenauffassung zwischen diesen beiden juristischen Personen, vor allem bei Zahlungsrückständen in den Beiträgen oder bei Gewährung von Darlehen an den Arbeitgeber, verfügt dieser Mandatsträger nicht immer über die verlangte Unabhängigkeit. Die Aufsichtsbehörde muss deshalb die subtilen Angaben oder geheimnisvollen Anmerkungen am Fusse der Bilanz, welche möglicherweise auf Mängel oder Fehler in der Verwaltung der Einrichtung hinweisen, interpretieren. Zwei Beispiele genügen, um diese Feststellung zu erläutern: ein Wirtschaftsprüfer stellt die Richtigkeit der Jahresrechnung fest und schlägt ihre Genehmigung vor. Eine Anmerkung in einem der hinterlegten Dokumente veranlasste die Aufsichtsbehörde zu einer kritischen Analyse und zur Einholung von zusätzlichen Informationen. Diese ergänzenden Ermittlungen erlaubten die Feststellung, dass eine der Stiftung gehörende Liegenschaft mit Inhaberobligationen mit Grundpfandverschreibung von 1,7 Millionen Franken belastet wurde. Diese Obligations wurden einer Bank übergeben, um die finanziellen Verpflichtungen des verschuldeten Arbeitgebers zu garantieren. Daraus folgte die Hinterlegung einer Strafklage sowie der Erlass von Korrekturmaßnahmen. Zu Beginn des Jahres 1999 musste die Aufsichtsbehörde ebenfalls die Mitglieder eines Stiftungsrates wegen Verfehlungen in der finanziellen Verwaltung der Einrichtung absetzen. Infolge Nichteinzahlung der durch den Arbeitgeber geschuldeten reglementarischen Beiträge ist die Forderung gegenüber dem Letztgenannten auf mehrere hunderttausend Franken angewachsen, ohne dass es das Kontrollorgan als nötig erachtete, aus eigener Initiative einzuschreiten.

Das in der Bilanz der 117 der kantonalen Aufsicht unterstellten Stiftungen und Einrichtungen ausgewiesene Gesamtvermögen übersteigt zweieinhalb Milliarden Franken. Von diesen 117 juristischen Personen waren 22 im Jahre 1999 gezwungen, Korrekturmaßnahmen durchzuführen, besonders wegen ungesicherten Anlagen beim Arbeitgeber. Im Laufe des letzten Trimesters des vergangenen Jahres musste zwei Vorsorgeeinrichtungen ein Plan für das Inkasso der Beitragsrückstände auferlegt werden.

Das Bundesgesetz über die Freizügigkeit (FZG) und seine Ausführungsverordnung (FZV) haben bei einer Teil- oder Gesamtliquidation der Stiftungen und Vorsorgeeinrichtungen einen individuellen oder einen kollektiven Anspruch auf freie Mittel eingeführt und den Kompetenzbereich der Aufsichtsbehörde ausgedehnt. Dieser Behörde wurde die Befugnis erteilt, über die Erfüllung der Voraussetzungen für eine Teil- oder Gesamtliquidation zu entscheiden und gegebenenfalls den Verteilungsplan der freien Mittel unter den Versicherten zu genehmigen. Im vorliegenden Fall handelt es sich um komplexe Fragen. Das FZG und die FZV beschränken sich auf die Formulierung der allgemeinen Grundsätze, indem sie zum Beispiel bestimmen, dass eine «Restrukturierung» der Unternehmung oder eine «erhebliche» Verminderung der Belegschaft vermutungsweise eine Teilliquidation darstellen, ohne jedoch diese Begriffe zu definieren. Die mit solchen Situationen konfrontierte Aufsichtsbehörde muss aufgrund der allgemeinen Grundsätze der beruflichen Vorsorge, der Gesetzgebung auf dem Gebiet des Arbeitsrechts, der Empfehlungen des BSV, der Rechtsprechung des Bundesgerichts und der Eidg. Beschwerdekommission oder der Stellungnahmen der interkantonalen Konferenz der Aufsichtsbehörden entscheiden. Die Genehmigung eines Verteilungsplans der freien Mittel ist von der Beachtung der Grundsätze der Gerechtigkeit und der rechtsgleichen Behandlung unter den Begünstigten abhängig. Um die gesetzliche Anforderung, gemäss welcher «das Vermögen zu Veräusserungswerten einzusetzen ist», überprüfen zu können, muss die Aufsichtsbehörde die Erstellung einer technischen und einer kaufmännischen Bilanz verlangen. Einmal mehr sieht sich diese Behörde mit der heiklen Haltung der Kontrollstelle gegenüber dem Arbeitgeber konfrontiert und muss eine kritische Analyse durchführen, vor allem in den Fragen der Bewertung der Aktiven oder der in den Passiven der Bilanz aufgeführten Reserven.

Während des Geschäftsjahres wurde eine allgemeinere Überlegung betreffend die reichlich Hindernissen ausgesetzten **Aufsichtstätigkeiten** durchgeführt, deren Ausgestaltung je nach geltendem Gesetzestext verschieden ist. Die Fortsetzung der Analyse zeigt, dass diese wenigen Feststellungen die Aufmerksamkeit der Abgeordneten verdient.

Die durch ein Verwaltungsorgan ausgeübte Aufsicht löst gegenteilige aber immer vorwurfsvolle Reaktionen aus. Die Anhänger der Deregulierung und der Vereinfachung der Verfahren sehen darin eine Bremse und qualifizieren die Aufsicht als pedantisch, ungebührlich und übertrieben. Sie prangern ebenso den eifrigen und übergenauen Funktionär an, der nichts zu tun hat. Das Dominieren des Kosten-/Leistungsverhältnisses und die systematische Suche nach Ersparnissen passen sich schlecht an die als schikanös betrachtete staatliche Kontrolle an, die von Funktionären ausgeübt wird, welche die tägliche Praxis, deren Sachzwänge und Toleranzen verkennen. Der Einzelne zögert nicht, wenn es um die Verbesserung seiner Leistung geht oder seinem eigenen Interesse dient, die Aufsichtsbehörde um ihre Intervention zu ersuchen, ein Rechtsgutachten, Informationen oder andere Auskünfte zu verlangen. Er wird sich über das langsame Vorgehen oder das zu wenig konsequente Vorgehen der Kontrollinstanz beklagen. Sollte ein Überwachter durch die Maschen des Netzes schlüpfen und somit Schaden verursachen, werden alle die Largeheit der Aufsichtsbehörde anprangern und Massnahmen verlangen.

So hart sie auch sind, diese Kritiken verdienen Beachtung. Sie unterstreichen die Lücken und Schwächen des Systems und rufen nach Reformen. Unser Kantonsrecht enthält mehrere Bestimmun-

gen, die die Aufsichtsbehörde verpflichten, sämtliche Massnahmen zur Beachtung des Gesetzes zu treffen. Allgemein ausgedrückt befreit die Vorschrift zu systematischen und wiederholten Kontrollen sowie auch zu einer gewissen Passivität. Die Aufsichtsbehörde verfügt nicht über eigene Mittel um die nötigen Informationen für ihr Handeln einzuholen.

Eine gezielte und angepasste Aufsicht, welche positiv aufgenommen wird, erfordert eine strikte Beachtung der allgemeinen Grundsätze des öffentlichen Rechts, so wie sie aus dem Artikel 4 der aBV hervorgehen und durch die Artikel 5, 8, 9, 29, 35 und 36 der neuen Bundesverfassung weiter entwickelt werden.

- Das öffentliche Interesse begrenzt die Aufsicht weitgehend auf die Wahrung der öffentlichen Ordnung (eingeschlossen der Schutz von Treu und Glauben) und auf jene Bereiche, in welchen die einzelnen nicht handeln können; anders ausgedrückt, der Grundsatz des öffentlichen Interesses absorbiert jenen der Subsidiarität.
- Das Legalitätsprinzip im Sinne von einem Gesetzesvorbehalt unterstellt ausdrücklich jede Aufsichtsregelung einer gesetzlichen Grundlage; das Gesetz muss die Verwaltungstätigkeit ersichtlich aufzeigen und den Betroffenen die Möglichkeit gewähren, ihr Verhalten im Voraus daran anzupassen.
- Das Verhältnismässigkeitsprinzip zwingt die öffentliche Hand, nur die zur Erreichung der Zielsetzungen geeigneten Aufsichtsmittel einzusetzen und die individuellen Freiheiten so gut als möglich zu respektieren; im Weiteren kann die Massnahme nur dann als angemessen erscheinen, wenn sie zur Erreichung des beabsichtigten Zweckes auch erforderlich ist.
- Das Prinzip der Rechtsgleichheit schreibt dem Gesetzgeber vor, gleiche Tatbestände den identischen Aufsichtsregeln und ungleiche Tatbestände unterschiedlichen Aufsichtsregeln zu unterwerfen; es verbietet der Aufsichtsbehörde widersprechende Entscheide zu treffen.

Die Artikel 7 und folgende der neuen Verordnung über die Vormundschaft, welche die Oberaufsicht und die administrative Aufsicht der Vormundschaftsämter und der -kammern regeln, gehen auf diese Weise vor. Die Anstrengungen müssen mit der laufenden Revision des Notariatsgesetzes und der gesetzlichen Bestimmungen über die Aufsicht der Stiftungen und des Handelsregisters weitergeführt werden. Es wird darum gehen:

- im Gesetz Leistungskriterien zu definieren, welche der Behörde erlauben werden, die Tragweite der Aufsicht abzuschätzen und ihre Praxis unter Berücksichtigung der genauen Ziele regelmässig den öffentlichen Interessen anzupassen;
- aus einer Auswahl von mehreren möglichen in zwei Kategorien aufgeteilten Massnahmen die wirksamen und geeigneten Aufsichtsmittel anzuwenden: die grundsätzlichen Massnahmen (Untersuchung, Weisung, Vormeinung, begründete Genehmigung, Polizeibewilligung) und die nachträglichen Massnahmen (Bericht verlangen, Inspektion, finanzielle Kontrolle, Prüfung einer Klage, Evokationsrecht eines erledigten Falles, Aufhebung einer getroffenen Massnahme, Zwangsvollzug).

Das Legalitätsprinzip, verstanden im Sinne einer gesetzlichen Vormachtstellung, verpflichtet die verschiedenen Staatsorgane, sich der Rechtsordnung zu unterwerfen. Es steht somit dem Grossen Rat und dem Staatsrat zu, den Dienststellen das Personal und das Material zur Verfügung zu stellen, damit diese die ihr durch das Gesetz übertragenen Aufsichtsaufgaben erfüllen können. Ebenso obliegt es jedem Aufsichtsorgan, diesen Behörden den Mangel an Personal und Material sowie die unwirksamen oder ungeeigneten Mittel anzuzeigen. Die Erfahrung wird nächstens zeigen, ob der Einsatz von Inspektoren der Vormundschaftsämter verstärkt werden muss. Die Registerhalter der Grundbuchämter sind mit der Ausführung der durch das Zivilgesetzbuch vorgeschriebenen Aufgaben beschäftigt und haben Mühe, die Inspektion der Notariatsbüros und alle durch das Gesetz vorgesehenen Feststellungen vorzunehmen.

Auf diesem Gebiet fehlen die Kontrollmittel. Die Aufgaben der kantonalen Aufsichtsbehörde über das Handelsregister scheinen oft überholt und werden gemäss der Ansicht des Bundesamtes für das Handelsregister nicht befolgt. Die Änderung der eidgenössischen Verordnung in diesem Bereich wird ungeduldig erwartet. Schliesslich lässt die von den internen Organen durchgeführte Kontrolle der finanziellen Geschäftsführung der Einrichtungen der 2. Säule manchmal Fragen offen. Diese Feststellung verpflichtet die Aufsichtsbehörde zu mehr Wachsamkeit und Vorsicht, ohne dass es möglich ist, zu behaupten, dass alle Andeutungen und heiklen Anmerkungen immer die verlangte Aufmerksamkeit gefunden haben.

Die Aufsicht stellt offensichtlich eine heikle Aufgabe dar, die rechtlich schlecht definiert ist und über ungenügende Mittel verfügt. Diejenigen, die sie ausüben, müssen schnell handeln und sich bewusst sein, dass menschliche Fehler unvermeidbar sind und nicht mit Nachlässigkeit zu verwechseln sind.

Im Bereich des **Strafvollzuges** beurteilte die Kommission für bedingte Entlassung in 6 ordentlichen Sitzungen insgesamt 98 Fälle. Die bedingte Entlassung stellt die letzte Phase des Stufenstrafvollzuges dar. Nach bundesgerichtlicher Praxis ist sie somit die Regel, von der nur aus guten Gründen abgewichen werden kann (BGE 124 IV 193). In diesem Sinne hat die Kommission insgesamt 51 bedingte Entlassungen ausgesprochen und 14 verweigert. Die übrigen Fälle betreffen Entlassungen aus Massnahmen oder Rückversetzungen in den Straf- oder Massnahmenvollzug infolge Nichtbewährung während der Probezeit.

Die Kommission für die Beurteilung der Gemeingefährlichkeit der Straftäter hielt 3 Sitzungen ab und untersuchte 14 Fälle. Sie gab nebst der Beurteilung der Gefährlichkeit ihre Vormeinung ab zu vollzugsrechtlichen Fragen wie beispielsweise die Wahl der Vollzugsanstalt, Urlaubsgewährung, Versetzung in offene Abteilungen, Halbfreiheit, bedingte Entlassung, Therapiemöglichkeiten, medizinische und soziale Begleitmassnahmen während des Vollzuges und der Dauer der bedingten Entlassung.

Die Dienststelle gewährleistete am 31. Dezember 1999 den Vollzug von 191 Massnahmen, 69 dieser durch die Strafrichter oder die Kommission für bedingte Entlassung ausgesprochenen Massnahmen betrafen die Schutzaufsicht.

Im gleichen Tätigkeitsbereich wurden im Jahre 1999 2'194 Gerichtsbusen mit einem Gesamtbetrag von Fr. 1'215'421.75 in Rechnung gestellt. Nach Abschluss des Rechnungsjahres belief sich der einkassierte Betrag auf Fr. 917'811.15. Der Saldo der Forderung wird selbstverständlich auf das Verwaltungsjahr 2000 übertragen. Vom Forderungsübertrag des Verwaltungsjahres 1998 von Fr. 744'901.55 wurde im Jahre 1999 noch ein Betrag von Fr. 475'480.55 einkassiert.

Die Problematik der Gerichtsbusen muss vorrangig unter dem Gesichtspunkt des Strafvollzuges betrachtet werden. Die mit dieser Aufgabe beauftragte Behörde kann nicht anstelle des Strafrichters ein Urteil abändern. Sie ist daher nicht berechtigt, auf die Anwendung eines Inkassomittels mit der Begründung eines ungünstigen Kosten/Leistungsverhältnisses zu verzichten. Unter diesem wesentlichen Gesichtspunkt des Strafvollzuges kann die Leistungsfähigkeit des Verwaltungsjahres 1999 wie folgt beurteilt werden:

- Die Eröffnung von 301 Betreibungsverfahren;
- Die Hinterlegung von 412 Gesuchen zur Umwandlung der Busse in Haft;
- Den Erlass von 223 Umwandlungsurteilen durch die Strafrichter;
- Die Bezahlung von 226 Gerichtsbusen nach Einleitung eines Umwandlungsverfahrens in Haft;
- Der Auftrag von 95 Nachforschungen über den Aufenthaltsort mittels RIPOL.

DIENSTSTELLE FÜR ZIVILSTANDSWESEN UND FREMDENKONTROLLE

Die Dienststelle war aussergewöhnlich stark durch den Konflikt im Kosovo belastet, welcher eine massive Einreise von Personen, die durch den Krieg vertrieben wurden und Schutz in unserem Lande suchten, zur Folge hatte. Der Bundesrat beschloss für die erste Zeit ihre gemeinsame provisorische Aufnahme, welche später aufgehoben wurde, da die Lage vor Ort sich beruhigte. Ein freiwilliges Rückkehrprogramm wurde mit Hilfe der Internationalen Einwanderungsorganisation aufgestellt, welches einen grossen Erfolg verzeichnete.

Fremdenpolizei

Die Zahl der Ausländer, welche im Besitz einer Saison- oder Grenzgängerbewilligung sind, nahm infolge der Beruhigung der wirtschaftlichen Lage zu. Die Zahl der wohnsässigen Ausländer (Permis B und C) nahm ebenfalls zu (166), zahlreiche neue Permis B oder C wurden infolge Familiennachzug erteilt.

Dagegen kann festgehalten werden, dass von den 45'268 wohnsässigen Ausländern bloss 22'511 im Besitze einer Arbeitsbewilligung sind; die Arbeitslosen sind in letzterer Zahl mitinbegriffen. Der Unterschied zwischen der Gesamtziffer und derjenigen der Arbeiter zeigt die Bedeutung der für Familienzusammenführung abgegebenen Bewilligungen auf.

Die Dienststelle regelte den Aufenthalt von 21 Personen durch die Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung im Rahmen von Härtefällen.

Im Rahmen der Zwangsmassnahmen erliess unsere Dienststelle 182 Haftanordnungen im Hinblick auf die Ausschaffung (104 Fälle betreffen das Bundesamt für Flüchtlinge und 78 Fälle das Bundesamt für Ausländer). Die Abnahme im Vergleich zum Vorjahr ist auf die Einstellung der Wegweisung von abgewiesenen Asylbewerbern aus der Bundesrepublik Jugoslawien zurückzuführen.

Das Zentrum LMC sah sich 1999 Schwierigkeiten ausgesetzt; Ausbrüche mussten drei Mal festgestellt werden. Bei der Beachtung der vom Gesetzgeber vorgesehenen bestmöglichen Erleichterung der Ausschaffungshaft ist es nicht leicht, gleichzeitig eine maximale Sicherheit zu gewährleisten. Die Dienststelle mit Unterstützung der beratenden Kommission und dem Besuchskomitee und in Zusammenarbeit mit dem eidgenössischen Justizdepartement sucht nach wirksameren Lösungen um Verbesserungen in den Zentren herbeizuführen, die die Sicherheit erhöhen helfen und trotzdem in der Ausschaffungshaft ein Maximum an Spielraum lassen sollen.

Das Besuchskomitee unterbreitete dem Staatsrat seinen Jahresbericht.

Asyl

1999 ersuchten 46'068 Personen um Asyl in der Schweiz, was eine Zunahme von 11.5% gegenüber 1998 darstellt. Während des Monats Juni überstieg die Zunahme 244% aufgrund der massiven Ankunft von Vertriebenen aus der Balkanregion. Dem Wallis wurden 1'559 Personen zugewiesen. Der grösste Teil der Asylsuchenden stammt aus dem Kosovo und Albanien.

Im Wallis wohnen 3'849 Personen mit Permis N (Asylbewerber) oder mit Permis F (vorübergehende Aufnahme).

Infolge der Aufhebung der vorübergehenden Aufnahme und der Festlegung der Ausreisefrist auf den 31. 5. 2000 für Gesuchsteller aus dem Kosovo sah und sieht sich der Kanton einer spürbaren Zunahme des Arbeitsvolumens gegenübergestellt.

Zivilstandswesen

Eine ausserparlamentarische Kommission wurde mit der Prüfung der Frage der Zukunft des informatisierten Familienregisters, der Organisation und der Finanzierung der Zivilstandskreise des Kantons Wallis in Verbindung mit der Einführung des Systems InfoStaR beauftragt. Sie wurde vom Staatsrat am 22. Dezember 1998 ernannt. Während des Jahres 1999 tagte die Kommission viermal und ist bald in der Lage, ihren Bericht vorzulegen.

Im Herbst 1999 besuchten die Aufsichtsbehörden im Zivilstandswesen und die kantonalen Instrukteure einen Instruktionkurs in Verbindung mit den wichtigsten Änderungen des Zivilgesetzbuches und der eidgenössischen Zivilstandsverordnung, welche hauptsächlich das Eheschliessungsverfahren betreffen. Diese Änderungen treten am 1. 1. 2000 in Kraft.

Unser Kanton zählt gegenwärtig 72 Zivilstandsämter. Die Zivilstandsbeamtin von Chamoson erreichte Ende 1999 die Altersgrenze; dieses Amt wird nun durch das Zivilstandsamt Leytron betreut.

Einbürgerungen

167 Personen wurden durch ordentliche Einbürgerung und 295 Personen durch erleichterte Einbürgerung (ausländischer Ehegatte eine(s/r) Schweizer(s/in) in unserem Kanton in das Schweizer Bürgerrecht aufgenommen.

Schweizer Reisepässe

	1999	1998	1997
neue Reisepässe und Verlängerungen	13'997	14'863	15'707

Adoptionen

	1999	1998	1997
	44	65	68

Namens- und Vornamensänderungen

	1999	1998	1997
	157	207	151

Eheschliessungen von Ausländern, die von unserer Dienststelle geprüft wurden

	1999	1998	1997
	625	614	606

STRAFANSTALTEN (WSA)

In den Walliser Strafanstalten wurde das Jahr 1999 besonders durch die Schaffung des Sozialdienstes für die WSA und durch die Verstärkung des dort tätigen Pflegepersonals geprägt. Diese Massnahmen haben es ermöglicht, die Chancen für die Wiedereingliederung der Gefangenen zu verbessern und wirkungsvollere therapeutische Massnahmen auf die Beine zu stellen.

Die Anzahl der Hafttage im Jahr 1999 beträgt 66'727. Dies entspricht einem Tagesdurchschnitt von 183 in den verschiedenen Anstalten des Kantons inhaftierten Personen.

Die Anzahl des Personenverkehrs (Eintritte und Austritte) beträgt 3'060. Dies entspricht einem durchschnittlichen Personenverkehr von 8,38 Personen pro Tag.

Strafkolonie von Crêtelongue

Am 31. Dezember 1999 befanden sich 30 Häftlinge in Crêtelongue; am 1. Januar waren es 33.

Der Tagesdurchschnitt ist von 42,5 im Jahr 1998 auf 34,07 im Jahr 1999 gesunken. Auf den Gesamtbestand der Häftlinge gerechnet sind 28 % Ausländer. Die Walliser Verurteilten entsprechen 63,51 % der inhaftierten Schweizer.

Die Gründe der Verurteilungen verteilen sich wie folgt:

- Vermögensdelikte 33.33 %
- Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz 30.30 %
- Verstoß gegen Leib und Leben 30.30 %
- Strafsichernde Massnahmen zu Hilfszwecken 6.06 %

Entwicklung der Hafttage während den vergangenen sechs Jahren:

	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Geschlossene Abteilung	14'089	12'864	11'323	14'548	13'408	11'000
Offene Abteilung	3'709	2'966	3'047	2'236	2'101	1'434
Total	17'798	15'830	14'370	16'784	15'509	12'434
Tagesdurchschnitt	48.76	43.37	39.37	45.98	42.49	34.07

Die Brunnenbohrung und die Installierung von 2 Bewässerungspumpen wurden im Frühling 1999 beendet. Die Bedienung dieser Installation gibt bis heute völlige Zufriedenheit.

Die Parzellenverteilung, welche im Westen des Gutes vorgesehen ist, konnte noch nicht vorgenommen werden, da die Dienststelle für Bodenverbesserungen noch keine Zeit hatte, dieses Dossier zu behandeln.

Im Bereich des Personals ist folgendes zu erwähnen: ein Aufseher ist anfangs 1999 frühzeitig in den Ruhestand getreten und ein anderer hat seine Demission auf den 31.12.1999 eingereicht. Die Verwaltung der Strafanstalten legt zudem besonderen Wert auf die Weiterbildung der Mitarbeiter. Das Personal wird ermutigt, die Kurse, welche durch den Staat organisiert werden sowie die Kurse des Schweizerischen Ausbildungszentrum für das Strafvollzugsper-

sonal, zu besuchen. Es ist ebenfalls zu erwähnen, dass im Rahmen der Schaffung des Sozialdienstes der Strafanstalten 1/2 Posten als Sozialarbeiter der Strafkolonie von Crêtelongue zugeteilt wurde.

Für die Bildung der Häftlinge, werden die Französischkurse, Kurse für Fremdsprachen und die Informatikkurse weiterhin organisiert. Diese werden durch die Insassen zahlreich und mit Interesse besucht. Weiterhin werden die allein gelassenen Häftlinge von Crêtelongue durch freiwillige Besucher moralisch unterstützt.

In die Infrastruktur der Gebäude von Crêtelongue müssen dringend Investitionen getätigt werden, da sich sonst der schlechte Zustand rasch noch mehr verschlechtern würde. Das für 2002 vorgesehene Projekt der Restrukturierung von Crêtelongue bleibt somit mehr als aktuell. Diese wird es ermöglichen, in der Anstalt die minimalen gesetzlichen Haftbedingungen zu schaffen.

Arbeitserziehungsanstalt von Pramont (AEA)

Die Anstalt hat im Jahr 1999 10'282 Versorgungstage verbucht. Dies entspricht einer Verminderung von 1'532 Einheiten gegenüber dem letzten Jahr. Die Belegungsquote der AEA hat somit mehr als 70 % ihrer Gesamtkapazität erreicht.

Während den acht ersten Monaten des Jahres hat die Belegungsquote sogar 100 % erreicht. Wegen der ständigen Zunahme der Neigung zur Gewalttätigkeit der in Pramont untergebrachten Jugendlichen musste die Anzahl der Aufnahmen beschränkt werden, um eine Restrukturierung der Anstalt zu ermöglichen.

Die diesbezüglichen Weisungen der Direktion der Strafanstalten betreffen:

- die Verstärkung der Türschlösser in den Wohnräumen und die Sicherheitsvorrichtung der Arrestzimmer;
- die Umsetzung eines wirkungsvollen Verfahrens im Bereich von Ausbrüchen, Aggressionen und Meutereien;
- Organisation eines Kurses betreffend die Sicherheit für das gesamte Personal der Arbeitserziehungsanstalt von Pramont im Gefängnis des Iles;
- eine strikte Trennung der Häftlinge von Pramont nach Art der Haft (Untersuchungshaft, geschlossene Abteilung, erzieherische Massnahmen);
- eine vollständige Überarbeitung des Tagesplanes der Anstalt mit der Einführung eines Verstärkungsplanes während kritischen Momenten (Pausen, Animation am Abend, Wochenende).

Ausserdem, sind innerhalb des Personals zahlreiche Änderungen eingetreten. So wurde ein Adjunkt des Verantwortlichen ernannt, ein Posten eines Sozialarbeiters zu 50 % wurde geschaffen und ein interprofessionelles Koordinationsorgan (IKO) wurde auf die Beine gestellt.

Die privaten Unternehmungen, welche mit der AEA zusammenarbeiten, haben ihr Vertrauen auch während des Jahres 1999 beibehalten. Diese haben es ermöglicht, den Pensionären Praktikumsstellen und Saisonarbeiten sicherzustellen. Die Aussichten auf eine berufliche Wiedereingliederung bleiben jedoch gering. Von den fünf anerkannten Lehrverträgen sind drei wegen Nicht-einhalten der Bedingungen durch die betreffenden Jugendlichen gescheitert. So muss durch die für die Plazierung zuständigen Behörden und die Unterstützungsstrukturen eine vertiefte Analyse durchgeführt werden, damit eine kohärente Politik für den Wiedereintritt der Pensionäre ins aktive Leben definiert werden kann.

Im Bereich des Bauwesens wurden die Arbeiten der Wiederinstandsetzung des Schwimmbades (Dichtheit) sowie der Turnhalle beendet. Zudem wurden in den Wohnräumen zwei zusätzliche Duschkabine eingerichtet.

Die Direktion von Pramont bereitet übrigens ein Projekt für die Eröffnung einer Abteilung für Jugendliche vor. Diese sollte es erlauben, den immer dringlicheren Anfragen der Jugendrichter entgegen zu kommen, welche nicht mehr wissen, wo die sehr gewalttätigen Jugendlichen zwischen 15 und 17 Jahren unterzubringen sind. Das Dossier wurde von der Kommission des Westschweizer Konkordates angenommen und wird demnächst den zuständigen Dienststellen des Bundes namentlich zum Erhalt der Bundes-subventionen für den Bau und den Betrieb unterbreitet.

Die zusammenfassende Tabelle der Hafttage zeigt vor allem, dass die im Art. 100 bis des StGB vorgesehenen erzieherischen Massnahmen durch die Justizbehörden praktisch nicht mehr angeordnet werden. Diese Feststellung wird in naher Zukunft gewiss dazu führen, die Natur und die Bestimmung der AEA von Pramont neu zu überdenken.

Hafttage	1995	1996	1997	1998	1999	%
Artikel 100 bis des StGB	6'529	6'076	6'670	5'519	2'848	27,69
Artikel 16 des Konkordates	955	436	264	480	617	6,00
Artikel 93 bis des StGB	1'135	1'673	2'832	3'169	4'547	44,24
Artikel 95 bis des StGB	458	388	375	1'015	866	8,42
Artikel 397 a des ZGB	344	295	624	389	238	2,31
Straffälle	0	0	0	0	40	0,39
Minderjährige	503	476	627	1'242	1'126	10,95
Total	9'924	9'344	11'392	11'814	10'282	100,00
Tagesdurchschnitt	27,19	25,53	31,21	32,37	28,17	

Untersuchungsgefängnisse des Kantons

Die Anzahl der Hafttage gegenüber 1998 ist relativ stabil geblieben (+ 582 Tage). Seit der Eröffnung des Gefängnisses des Iles, werden die Haftlokale der Polizeiposten praktisch nicht mehr beansprucht. So wurden dort im Jahr 1999 38 Hafttage gegenüber 718 im Jahr 1998 verzeichnet. Deshalb haben die Hafttage in den Untersuchungsgefängnissen dementsprechend zugenommen: (Sitten + 618; Martinach + 263; Brig + 381).

Die Reduzierung der Hafttage im Bereich der Halbfreiheit und der Halbhafthaf wird kompensiert durch eine Erhöhung der «Vollhaft» (+ 1'334). Dies erklärt sich durch die Tatsache, dass eine grosse Anzahl der Häftlinge die Bedingungen für ein erleichtertes Haftregime nicht erfüllt. Der Anteil der Häftlinge aus dem Ausland, welche in den Untersuchungsgefängnissen inhaftiert sind, bleibt mit 65,94 % stabil.

Das erste Betriebsjahr des Gefängnisses des Iles verlief ohne wichtige Vorfälle. Das Budget für den Bau dieser Anstalt wurde übrigens vollständig eingehalten.

Haft auf dem gesamten Kantonsgebiet nach Anstalt

	Tage	Ein- tritte	Aus- tritte	Durchschn. Bestand	Bestand am 01.01	31.12
Sitten	27'322	719	702	74.85	54	71
Martinach	10'196	314	311	27.95	18	21
Brig	6'455	181	184	17.70	16	13
Andere Haftlokale	38	38	38	0.10	0	0
TOTAL	44'011	1'252	1'235	120.60	88	105

Haft auf dem gesamten Kantonsgebiet nach Art der Haft

Art der Haft	Tage	Ein- tritte	Aus- tritte	Durchschn. Bestand	Bestand am 01.01	31.12
Untersuchungs- haft	28'352	782	774	77.69	81	89
Geschl. Abteilung	6'059	161	156	16.60	1	6
Halbhafth	8'680	299	294	23.80	3	8
Halbfreiheit	920	10	11	2.51	3	2
TOTAL	44'011	1'252	1'235	120.60	88	105

Haft von Frauen und Minderjährigen

Art der Haft	Tage	Ein- tritte	Aus- tritte	Durchschn. Bestand	Bestand am 01.01	31.12
FRAUEN						
Untersuchungs- haft	1'031	76	71	2.82	0	5
Geschloessene Abteilung	400	12	11	1.10	0	1
Halbhafth	374	13	13	1.02	0	0
Halbfreiheit	50	2	1	0.14	0	1
TOTAL	1'855	103	96	5.08	0	7
MINDERJÄHRIGE						
Männlich	100	22	22	0.275	0	0
Weiblich	2	2	2	0.005	0	0
TOTAL	102	24	24	0.28	0	0

DIENSTSTELLE FÜR STRASSENVERKEHR UND SCHIFFFAHRT

Verwaltung

Die Dienststelle ist ständig dafür besorgt, dass die Dienstleistungen gegenüber der Kundschaft qualitativ einwandfrei sind. Die durchgeführten Reformen während der letzten Jahre wurden 1999 mit einer Dezentralisierung von vermehrten Leistungen ausgeweitet, um den Bedürfnissen und Wünschen der Kundschaft gerecht zu werden.

Die Fahrausweisbewerber und -bewerberinnen im Unterwallis brauchen nicht mehr nach Sitten zu reisen, um die theoretische Führerprüfung abzulegen. Die Zweigstelle in St. Maurice verfügt neu über einen eingerichteten Saal, um jeweils von acht Bewerbern oder Bewerberinnen in einer von zehn Sprachen die Führerprüfung abzulegen.

In der Zweigstelle von Visp können seit März 1999 alle Arbeitsabläufe hinsichtlich Adressänderungen, Ausstellen von Duplikaten, Wechseln des Wohnorts und Ausstellen von Führerausweisen ausgeführt werden.

Schliesslich bedeutet die Übermittlung und Anerkennung von Versicherungsnachweisen per Fax für die Autoberufsleute eine grosse Erleichterung, um die Fahrzeuge ordentlich in Verkehr zu setzen.

Fahrzeugpark

Der kantonale Fahrzeugbestand nimmt von Jahr zu Jahr zu. Gegenwärtig sind 217'717 Fahrzeuge zu 213'921 Fahrzeugen im Jahr 1998 verzeichnet. Dieser Anstieg ist vor allem auf die Inverkehrsetzungen von Personenwagen zurückzuführen, deren Anzahl mehr als 49'532 betrug. Die Inverkehrsetzungen von neuen Fahrzeugen sind im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 7 Prozent gestiegen, nämlich von 10'347 auf 11'156. Zudem ist die Anzahl Inverkehrsetzungen von gebrauchten Fahrzeugen von 33'004 auf 38'376 gestiegen.

Führerprüfungen und Fahrzeugkontrollen

Die technische Sektion hat in den Kontrollhallen von Visp, Sitten und St. Maurice ungefähr 54'000 Fahrzeuge kontrolliert. Dies sind 2'000 mehr als im Vorjahr.

Die praktischen Führerprüfungen haben ebenfalls leicht zugenommen. Neu wurden 6'925 Führerprüfungen zu 6'894 im Vorjahr durchgeführt. Die Führerprüfung der Kategorien B und D2 (Personenwagen) wurden von 5'143 Personen und die Führerprüfung der Kategorien A, A1 und F (Motorräder) von 1'457 Personen absolviert. Auf die restlichen Kategorien entfielen 325 Bewerberinnen und Bewerber.

Theoretische Führerprüfungen wurden 8'444 abgelegt, wovon 1'955 für Motorfahräder und landwirtschaftliche Motorfahrzeuge.

Schifffahrt

Gegenwärtig sind in unserem Kanton 1'369 Schiffe zugelassen. Diese Anzahl setzt sich wie folgt zusammen:

Motorboote	721
Segelboote	438
Ruderboote	198
Güterschiffe	8
schwimmende Geräte	4

Im Berichtsjahr 1999 wurden 323 Schiffe kontrolliert oder nachgeprüft und 134 Führerprüfungen sowie 102 Theorieprüfungen durchgeführt.

Aufgrund der abgeschlossenen Vereinbarung wurden durch die Schiffsunternehmungen zusätzlich 40 Schiffskontrollen durchgeführt.

Administrative Massnahmen

Die Anzahl verfügten Führerausweisentzüge und Fahrverbote betragen 1999 2'517. Im Vorjahr waren es 2'787. Nichtanpassen der Geschwindigkeit an die Strassenverhältnisse oder Strassensignalisation sowie Trunkenheit am Steuer sind nach wie vor die wichtigsten Entzugsgründe. Die Ausweisentzüge wegen Trunkenheit am Steuer sind im Vergleich zu 1998 um 7 Prozent zurückgegangen, was erfreulich ist.

Die angeordneten Verwarnungen wegen Missachten von Verkehrsregeln sind im gleichen Masse zurückgegangen. Die Anzahl betrug im Berichtsjahr 1'969 zu 2'112 im Vorjahr.

Im Berichtsjahr 1999 mussten insgesamt 321 Personen wegen Verletzung von Verkehrsregeln zu einem Verkehrsunterricht aufgeboten werden. Diese Zahl betrug im Vorjahr 325.

Neben den administrativen Massnahmen mussten 7'200 Strafanzeigen wegen Verkehrsübertretungen behandelt werden. Diese Zahl betrug im Vorjahr 8'100.

Buchhaltung und Informatik

Die Umgestaltung der Büroräumlichkeiten hat eine neue Umverteilung der Aufgaben nach sich gezogen. Die Gebührenerhebung für das Ausstellen von Ausweisen erfolgt neu an den Schaltern und wird nicht mehr von der Buchhaltung ausgeführt. Dieser hingegen obliegt neu die Verwaltung der Kontrollschilder und die Materialbestellung.

Zum ersten Mal haben die Einnahmen die Grenze von 50 Millionen Franken überschritten. Dies bestätigt eine ständige Zunahme der zu erfüllenden Leistungen. In 3'078 Fällen musste ein Betriebsverfahren eingeleitet und in 1'322 Fällen mussten die Kontrollschilder eingezogen werden, weil die Verkehrssteuern nicht bezahlt worden waren.

Die unternommenen Arbeiten im Hinblick auf die Informatik-Änderungen konnten zum Abschluss gebracht werden. Ende 1999 wurde über die neue Software Bistrada entschieden und diese dem Unternehmen Bedag-Informatik übertragen. Die Software muss zwingend am 1. Januar 2001 funktionieren, damit die Erhebung der neuen leistungsfähigen Schwerkverkehrsabgabe erfolgen kann.

JAGD- UND FISCHEREIVERWALTUNG

Jagd

Die Fauna des Kantons Wallis wurde im Jahre 1999 durch zwei Naturereignisse erschüttert :

- die beträchtlichen Schneemassen im Februar haben grosse Verluste an den Steinwildkolonien und den Gämsen im Hochgebirge verursacht. Je nach Region ist der Abgang des Fallwildes verschieden (Schneemenge – Wanderungsmöglichkeiten – Lawinen), aber man kann feststellen, dass 15 bis 20% des Steinwildes eingegangen ist. Das Gämswild hat in einem kleineren Ausmass ebenfalls unter dem harten Winter gelitten. Weitere Einzelheiten können aber erst anhand der Gämssstrecke von der Jagd 1999 abgegeben werden.
- die unerwartete Wiederkehr des Wolfes in einigen getrennten Tälern wie im Goms, Herens und Entremont, ohne noch die verschiedenen Informationen anderer Regionen zu erwähnen, die nicht bestätigt werden können.

Ein Führungskonzept für das Grossraubwild ist in Diskussion. Der Kanton Wallis verlangt für diese Arten einen Kompetenzanteil. Man kann es nicht tolerieren, dass hunderte von Schafen in einigen Monaten von einem einzelnen Wolf gerissen werden.

Fischerei

Das Inkrafttreten des neuen kantonalen Fischereigesetzes erlaubt es, die neuen Verträge für die Bewirtschaftung der Teiche zu konkretisieren. Die öffentliche Ausschreibung für die Vermietung eines Teiches hat unter den verschiedenen Gruppen zu keinerlei Streitigkeiten geführt. Die meisten Verträge konnten in gegenseitigem Einverständnis unterzeichnet werden. Es bleiben noch einige Fälle, wo kleine Differenzen bereinigt werden müssen.

Im Gegensatz zur Jagd wird bei der Fischerei eine Abnahme der Patente festgestellt. Für die Abnahme der ausgestellten Fischereipatente dürfte eher die Entwicklung der Privatfischerei als die Verarmung der öffentlichen Gewässer der Hauptgrund sein.

KANTONSPOLIZEI

GERICHTSPOLIZEI

10'559 Vorgänge wurden behandelt. Die seit einigen Jahren festgestellte rückläufige Tendenz setzt sich fort. Der Umfang und die Schwere der einzelnen Straftaten gehen aus der Statistik nicht hervor.

Die **Aufklärungsquote** von 29,71 % bleibt stabil.

Die **Vermögensdelikte** sind rückläufig. Es muss aber, wie im Vorjahr, auf den Professionalismus, die Flexibilität und insbesondere auf die Mobilität der Täterschaft hingewiesen werden, welche in Banden agieren und Serielikte begehen. Die Herkunft der Täterschaft, welche vereinzelt auch kriegs- und konflikterfahren ist, trägt zu einem erheblichen Mehraufwand bei den Ermittlungshandlungen bei. Die **Ausländerkriminalität** ist von 49,2 % im Vorjahr auf 38,54 % gesunken (Schweizerischer Durchschnitt 1998 = 54,9 %).

Die Anzahl **Einbruchdiebstähle** ist seit 1994 erstmals unter die Zweitausend-Grenze gefallen.

Die **Wirtschaftsdelikte** weisen ein stets steigendes Ausmass, eine zunehmende Komplexität und eine nationale und internationale Dimension auf. Nach einem Tiefstand im Jahre 1998 erfuhr die Veruntreuungen und die Betrugsdelikte wieder eine Korrektur in Richtung Fünfjahresdurchschnitt. Auch hier sind Serielikte zu verzeichnen.

Die **Brandstiftungsfälle** erfuhr im vergangenen Jahr beinahe eine Verdoppelung, liegen aber im mittelfristigen Durchschnitt.

Im Bereich der **Drogendelinquenz** (Handel) ist auf mehrere national und international geführte Ermittlungen hinzuweisen. Die markante Zunahme im Bereich des Konsums ist auf die Schliessung eines Hanfladens (191 Verzeigungen) und die Zusammenarbeit mit der Grenzschutz zurückzuführen (Schwerpunkt Grenzverkehr Unterwallis – Verzeigungen im Grenzbereich F/I).

Drei Personen starben im vergangenen Jahr an einer **Überdosis** (tiefster Stand seit 1989).

Behandelte gerichtspolizeiliche Fälle:

	1996	1997	1998	1999
Tötungsdelikte	7	2	4	2
Körperverletzungen	256	231	246	254
Notzuchtdelikte	10	14	12	10
Strafbare Handlungen gegen die sexuelle Integrität	105	159	148	109
Diebstähle (ohne Fahrzeuge)	6811	6803	6240	6116
davon Einbruchdiebstähle	2610	2675	2117	1935

	1996	1997	1998	1999
Diebstahl von Motorfahrzeugen	382	356	338	313
Raubdelikte	19	24	14	19
Veruntreuungen	109	98	66	105
Betrugsdelikte	199	265	124	262
Brandstiftungen	62	52	27	49

Verhaftungen und Anhaltungen:

	1996	1997	1998	1999
Verhaftungen	981	826	778	718
Anhaltungen	2575	2999	2706	3995

Bundesgesetz über die Betäubungsmittel:

	1996	1997	1998	1999
Total der Anzeigen	1347	1582	1524	2003
Todesfälle infolge Überdosis	7	5	4	3

Technische Tatbestandsaufnahmen (Gerichtspolizei):

	1996	1997	1998	1999
	1175	1525	1442	1505

Die Gruppe Koordination/Rückschaffungen hat die Ausreise von 920 Personen kontrolliert (1998 : 530), wovon 737 (1998 : 382) zurückgewiesene Asylbewerber waren.

STRASSENVERKEHR

	1996	1997	1998	1999
Gemeldete Unfälle	2712	1623	1649	1638
– tödliche Unfälle	33	28	38	31
– Unfälle mit Verletzten	673	706	711	684
– Unfälle mit Sachschaden	2006	889	900	923
Getötete Personen	34	29	47	31
Verletzte Personen	914	941	955	925

Die Zahl der tödlichen Unfälle und der Unfälle mit Verletzten ist deutlich rückläufig. Die Abnahme der Tatbestandsaufnahmen bei Unfällen mit Sachschaden resultiert aus einer mit der Walliser Kammer der Generalagenten getroffenen Vereinbarung, was ab 1997 zu einer vermehrten Benützung des Europäischen Unfallprotokolls geführt hat.

Hauptursachen der Unfälle 1999

Tödliche Unfälle:		Unfälle mit Verletzten:	
1. Trunkenheit	32,3 %	1. Nichtbeachten des Vortritts	23,1 %
2. Nicht angepasste Geschwindigkeit	22,6 %	2. Nicht angepasste Geschwindigkeit	20,3 %
3. Physischer Zustand (krank, Sehkraft)	15,8 %	3. Trunkenheit	19,3 %

1999 haben die Anfragen um Geschwindigkeitskontrollen zugenommen. Diese stammen von Privatpersonen und Gemeindebehörden. Des Weiteren wurden aufgrund tödlicher Unfälle und der registrierten hohen Geschwindigkeiten vermehrt Geschwindigkeitskontrollen auf Autobahnen durchgeführt.

186'021 Fahrzeuge wurden dabei kontrolliert. 18'531 (9,96%) LenkerInnen überschritten die Geschwindigkeit. 16'359 Ordnungsbussen wurden einkassiert und 1882 Strafanzeigen wegen Geschwindigkeitsüberschreitungen, die eine Administrativ-Massnahme nach sich ziehen, erstellt. 179 Verzeigungen wegen Geschwindigkeitsüberschreitung mussten an das Untersuchungsrichteramt weitergeleitet werden. Die Summe der ausgesprochenen Ordnungsbussen im Strassenverkehr (25'215) beläuft sich auf Fr. 2'182'426.—

ANDERE TÄTIGKEITEN / PRÄVENTION

Vom 1. März bis zum 16. April 1999 wurde die Rekrutierungskampagne für die Aspirantenschule 2000 durchgeführt. 228 interessierte Personen haben die Unterlagen verlangt, wovon 105 Kandidaten berücksichtigt und zu den verschiedenen Prüfungen vorgeladen wurden. Nach Analyse der Resultate wurden 15 Aspiranten französischer Muttersprache, davon 3 weiblichen Geschlechts, sowie 6 Aspiranten der deutschen Sprache, davon eine weiblichen Geschlechts, für die Aspirantenschule vorgeschlagen.

Am 17. Dezember 1999 wurden 18 Aspiranten der Aspirantenschule 1999 vereidigt.

Die Kader der Kantonspolizei besuchten einen eintägigen Kurs mit dem Thema «Wie übermittle ich eine Todesnachricht». Auch die Schiessinstruktion wurde nicht vernachlässigt. Während 84 Halbtagen wurden die Mitglieder des Korps über die Technik des Schiessens, die Handhabung der Waffen und deren Unterhalt instruiert und trainiert. Des Weiteren wurde ein Nachtschiessen organisiert.

Über 140 Unternehmungen und Privatpersonen wurden individuell vom Verantwortlichen der Beratungsstelle für Verbrechenverhütung beraten. Eine nationale Präventionskampagne mit dem Thema «Gemeinsam gegen Gewalt» wurde 1999 gestartet und wird im Jahre 2000 fortgeführt.

Die Verkehrserziehung nahm aktiv an den nationalen Unfallverhütungskampagnen teil. Es wurden gezielte Aktionen durchgeführt.

Schwerpunkte:

- Trunkenheit
- Geschwindigkeit
- das Tragen der Sicherheitsgurten.

Die Einsatzzentrale (EZ) verwaltet die Notrufnummern 112 und 117. Sie hat während des letzten Jahres praktisch für den ganzen Kanton die 118-Notrufe (Feuer) entgegengenommen (1413 Anrufe).

Die Buchhaltung der Kantonspolizei hat 4601 Rechnungen im Gesamtbetrag von Fr. 1'684'546,65 ausgestellt.

16'901 Aufträge wurden vom Sekretariat der Kantonspolizei verwaltet und weitergeleitet

Die Abteilung Information verbreitete 202 Pressemitteilungen in beiden Sprachen, 13 Vermisstenanzeigen und/oder Zeugenaufrufe sowie 20 Pressemitteilungen mit präventivem und informativem Charakter.

Dank der finanziellen Unterstützung der Kommission Prävention und Gesundheitsförderung konnte die Kampagne «Schulanfang 1999/2000» realisiert werden.

Der gleiche Fonds erlaubte die Finanzierung der Kampagne «Wechsel ins Jahr 2000 – ohne Unfall I!».

DIENSTSTELLE FÜR SICHERHEIT UND MILITÄR

An seiner Sitzung vom 16. 8. 99 hat der Staatsrat beschlossen, auf den 1. September die Dienststelle für Militärwesen mit derjenigen für Feuerwesen und Zivilschutz zu einer neuen «Dienststelle für zivile Sicherheit und Militär» zusammenzuschliessen.

In der Folge erhalten sie den Verwaltungsbericht der Militärverwaltung, des kantonalen Zeughauses und der Kaserne. Der «Rapport controlling» des Amtes für Feuerwesen und Zivilschutz erhalten sie in einem anderen Dokument zugestellt (Piloteneinheit).

In Zusammenarbeit mit dem Rechts- und Verwaltungsdienst des DSI hat die Dienststelle für Militärwesen eine Anpassung der kantonalen Gesetzgebung an das eidg. Recht vorgenommen.

MILITÄRVERWALTUNG

Das Amt für Wehrpflichtersatz hat zusätzlich zu seinen ordentlichen Aufgaben, nämlich der Veranlagung und des Bezuges des Wehrpflichtersatzes, zu verschiedenen Fragen im Zusammenhang mit der Veranlagung von Personen, welche den vom Gesetz vorgesehenen Militär- bzw. Zivildienst nicht leisten, sowie von Bürgern mit Doppel-Nationalität oder solchen die ausreisen wollen, Stellung genommen.

Im Bereiche der Katastrophenvorsorge hat der Staatsrat eine Arbeitsgruppe eingesetzt und diese mit folgenden Aufgaben betraut:

- Erstellen eines Berichts über die Führung im Zusammenhang mit der Bewältigung der Lage anlässlich der Unwetter
- Unterbreiten allfälliger Verbesserungsvorschläge zur Vorbeugung, Bewältigung und Führung derartiger Ereignisse
- Berichterstattung an den Staatsrat mit konkreten Vorschlägen und mit allfälligen Entwürfen zur Änderung der gesetzlichen Grundlagen

Gestützt auf den Bericht dieser Arbeitsgruppe und auf Vorschlag des Departements für Sicherheit und Institutionen hat der Staatsrat an seiner Sitzung vom 22. Dezember eine Änderung des Ausführungsreglements zum Gesetz über die Organisation im Falle von Katastrophen und ausserordentlichen Lagen beschlossen.

KREISKOMMANDOS

866 Angehörige der Armee des Jahrgangs 1957 wurden auf Ende 1999 aus der Wehrpflicht entlassen.

Der Bestand von 1043 Stellungspflichtigen beim Kreis 6 (Diensttauglichkeit 80,9%) und von 515 beim Kreis 10 (Diensttauglichkeit 76,16%) reichte zur vollständigen Deckung der vorgesehenen Rekrutierungskontingente aus.

16'271 Schützen haben das Obligatorische Schiessen auf 300 m in 126 Vereinen absolviert. 645 Schützen haben am Bundesprogramm auf 25 oder 50 m in 33 Vereinen teilgenommen.

MILITÄRKONTROLLE

Die militärischen Kontrollen wiesen 1999 folgende Bestände auf: Korpskontrolle : 19'600 Angehörige der Armee, welche 35 kantonale sowie 130 eidg. Stäbe und Einheiten bilden; Stammkontrolle: 41836 Meldepflichtige.

WEHRPFLICHTERSATZ

Das Amt für Wehrpflichtersatz hat 16'783 Ersatzpflichtige, mit einem Rohertrag von Fr. 5'585'118.–, veranlagt. Davon entfielen Fr. 1'081'005.90 als Bezugsprovision an den Kanton.

Die immer schwierigeren wirtschaftlichen Verhältnisse haben zu einer Zunahme der Gesuche um Ratenzahlung oder um Erlass des Ersatzes für Bedürftige geführt.

Das Amt hat der Behandlung von Rekursen besondere Aufmerksamkeit geschenkt. In den meisten Fällen handelte es sich dabei um Fragen im Zusammenhang mit dem ersatzpflichtigen Einkommen oder einer gesundheitlichen Schädigung im Militärdienst sowie Fragen zu den Rechtsmitteln (Ersatzdienstleistung, Rückerstattungen, Reduktion des Ersatzes).

GESAMTVERTEIDIGUNG

Im Februar 1999 wurde unser Kanton einmal mehr von heftigen Unwettern heimgesucht. Die verheerenden Lawinnenniedergänge haben schwere Schäden, namentlich in den Regionen Goms, Lötschental, Evolène und Lourtier verursacht. Dank der fachlichen und menschlichen Kompetenz der in den verschiedenen Führungsorganen tätigen Personen konnte die Lage bewältigt werden.

Im Rahmen der Aktion «NEWE 99» lagen die Aufgaben des kantonalen Amtes für Gesamtverteidigung insbesondere in der Koordination der militärischen Hilfeleistung an die betroffenen Gemeinden und Regionen.

Der zivile Führungsstab (ZFS) hat am 15. Juni 1999 seinen Jahresrapport durchgeführt. Am 2. Dezember wurde dieser Stab zu einer Arbeitstagung im Ausbildungszentrum des Zivilschutzes in Grône aufgeboden. Dabei wurden die Mitglieder des ZFS im Rahmen einer internen Übung in der Stabsarbeit geschult (Problemanalyse, Lagebeurteilung und Entschlussfassung).

Im Sinne der Unterstützung der Gemeinden wurden im Verlaufe des Jahres wiederum zwei Kurse für Stabschefs im Ausbildungszentrum des Zivilschutzes in Grône durchgeführt.

In Zusammenarbeit mit den Gemeindebehörden und der kantonalen Verwaltung hat das kantonale Amt für Gesamtverteidigung die Listen der katastrophen- und kriegswichtigen Telefonteilnehmer (KWT) überarbeitet.

ZEUGHAUS

Im Jahre 1999 wurden die neuen Materialbestellungsrapporte durch den Ausbildungssektor und durch das bestimmte Zeughaus in die Wege geleitet.

Die Annäherungsarbeiten für die Einlagerungsorte (Pool) der Materialabgabe läuft weiter unter der technischen Direktion des Bundesamtes für Betriebe des Heeres.

Die geografische Aufteilung dieser Lagerorte ruft verschiedene Fragen auf. Die kantonale Verwaltung verlangt, dass die Randkantone für diese Entscheide auch in Betracht gezogen werden.

Ausrüstung der Truppe

Im 1999 haben wir für 66 Stäbe und Einheiten, die ihren Dienst im Raume Sitten absolviert haben, das betreffende Körpsermaterial ausgeliefert, zurückgenommen und gewartet. Im Weiteren haben wir das ganze Körpsermaterial für 11 Stäbe und Einheiten, deren Körpsermaterial in einem andern Zeughaus eingelagert ist und ihren Dienst in der Zentralschweiz absolvierten, ausliefern können. Was das Instruktionsmaterial betrifft, haben wir uns mit 6 Schulen beschäf-

tigt, was 11 Einheiten auf eine Dauer von 8 Monaten gleichkommt. Im 1999 haben wir Vorbereitungen in administrativer wie auch in materieller Hinsicht getroffen, betreffend der Neuregelung der Bereitschaftsgrade. Im Jahre 2003 wird ein neues Konzept «A XXI» herauskommen. Die Realisierung erstreckt sich auf mehrere Jahre und hängt von der definitiven Einführung von SAP/R3 in der Armee ab.

Es ist zu erwähnen, dass die schweren Unwetter zu Jahresbeginn uns veranlasst haben, verschiedenes Militärmaterial an zivile Körperschaften auszuleihen, was einen grossen Mehraufwand hervorgerufen hat.

Jugend + Sport (J+S)

Mehr als 180 Abgaben, Rücknahmen und Speditionen von Material an J+S Gruppen in unserm Kanton wurde durch unsern Betrieb erledigt. Es handelt sich um J+S Material, das dem Bund gehört, vor allem um Alpin- und Langlaufskier. Die Wartung von diesen Artikeln erfolgt im Zeughaus in Sitten.

Heimarbeit und persönliche Ausrüstung

1999 war das erste Jahr indem wir keine Konfektionsbestellung von der Gruppe Rüstung erhalten haben. Für die Sattlerei-Heimarbeit haben wir 2 Bestellungen erhalten.

Der Verlust der Heimarbeit muss als schwer gewertet werden. Ein Teil der Unterhaltswirtschaft ist gefallen. Schade!

Zum Vergleich legen wir ihnen die 3 vergangenen Jahre dar:

1997	Fr. 1'732'546.00		
1998	Fr. 1'159'588.25	/.	Fr. 572'957.75
1999	Fr. 497'519.50	/.	Fr. 662'068.75

Im Bereiche der persönlichen Ausrüstung, was eine reine kantonale Angelegenheit ist, ändern und wechseln wir täglich Ausrüstungen und Bekleidungen von Angehörigen der Armee (AdA).

Im 1999 hat unser Fachpersonal mit der Abgabe der Kampfbekleidung 90 an die Truppe weitergefahren. Diese Arbeiten, die die Dezentralisierung von einem grossen Kleidervolumen verlangen, wurden in Glurigen, Raron, Sitten und in St-Maurice/Aigle ausgeführt. Im Jahr 1999 waren wir diesbezüglich sehr beschäftigt, weil gewisse Truppen das erste Mal mit diesem Material ausgerüstet wurden und andere Truppen Anpassungen bedurften.

Im 1999 wurden die Offiziere und die Unteroffiziere mit der neuen Ausgangsuniform 95 ausgerüstet. Diese speziellen Arbeiten konnten ohne Hilfe von auswärts erledigt werden. Diese Mehrarbeit war von unserm technischen Vorgesetzten, dem Bundesamt für Betriebe des Heeres, ursprünglich nicht vorgesehen.

Traditionsgemäss haben wir am Jahresende das Leihmaterial der Wehrmänner des Jahrganges 1957, die an den Dienstbefreiungen teilgenommen haben, organisiert durch die Kreiskommandanten des Kreises 6 und 10, zurückgenommen.

Auf Ende Jahr 1999 wurde unser Zeughaus als Retablierungszeughaus der Grenzwächter, Region Wallis und für das im Kanton Wallis und Chablais vaudois anwesende Instruktionspersonal bestimmt.

Bundesbeiträge

Alle Arbeiten, ausgeführt im Auftrage des Bundes, werden nach dem Prinzip «Effektive Kosten» entschädigt. Für die 3 letzten Jahre hat der Bund die folgenden Beträge übernommen :

1997	94.62 %	gleich	Fr. 3'378'602.15
1998	93.05 %	gleich	Fr. 3'330'759.05
1999			

Wie aus diesem Zahlenspiegel ersichtlich ist, beteiligt sich der Bund mit mehr als 93 % an den Kosten, des Zeughauses von Sitten.

Bauten

Aus Sicherheitsgründen mussten die zwei Liban-Zedern gefällt werden. Im Verlaufe des Jahres 1999 wurden 2 junge Bäume gepflanzt. Die Aussenfassade des kantonalen Zeughauses, gelegen an der Rue de Lausanne, wird saniert. Diese Arbeiten werden im Jahre 2000 beendet.

KASERNE

Die Kasernenbesetzung bleibt befriedigend. Die Frühlingsschulen sind im allgemeinen bestandesmässig unterdotiert und die Sommerschulen übersteigen die UnterkunftsKapazität der Kaserne. Dieser Umstand ist unbefriedigend, aber bleibt ohne Lösung, gemäss der Entwicklungsphilosophie der Gruppe vom Personal der Armee.

Bauten

Im 1999 haben wir die anfallenden Unterhaltsarbeiten, unserer verfügbaren Budgetkredite entsprechend, ausgeführt.

Sanierung

Im Jahre 1999 wurden Planungs- und Vorbereitungsarbeiten in Hinsicht auf die Realisierung der letzten Etappe der Kasernen-sanierung vorgenommen. Die Botschaft vom Staatrat an den Grossen Rat ist von der grossrätlichen Kommission am 24. Januar 2000 einstimmig angenommen worden.

Vertragsgebundene Einnahmen

Aufgrund der Mietverträge entrichtet der Bund folgende Zinsen und Beiträge:

	1998	1999
1. Kapitalzins auf Baukosten	269'758.00	333'083.00
2. Beiträge an den Gebäudeunterhalt (1 % des Feuer-versicherungswertes)	322'510.00	311'750.00
3. Tagesentschädigungen:		
pro Mann Fr. 2.40	160'833.60	161'342.00
pro Motorfahrzeug Fr 1.90	24'403.60	0.00
pro Motorrad Fr. 0.70	70.00	0.00
4. Entschädigung für Verwaltung und Unterhalt der eidg. Gebäude und Grundgüter	56'253.15	56'875.20
5. Zinse und Abschreibungen	49'655.00	65'941.00
6. Pauschal Entschädigung	0.00	115'611.00
	883'483.35	1'044'602.20

Die Grundlage diese vertraglichen Einnahmen bildet der dem Mietvertrag beigelegte Finanzplan. Im Jahre 1999 ist ein neuer Nachtrag zum Vertrag in Kraft getreten, welcher der neuen Waffenplatz-situation im Kontext der Armee 95, besser Rechnung trägt.

DIENSTSTELLE FÜR INNERE ANGELEGENHEITEN

GESETZESARBEITEN

Die Dienststelle für Innere Angelegenheiten besorgte die gesetzgeberischen Arbeiten für das Departement für Sicherheit und Institutionen in folgenden Bereichen:

Bezirksordnung

Nach der Hinterlegung des Zwischenberichtes der ausserparlamentarischen Kommission nahm der Staatsrat Ende 1999 die Botschaft zur Stützung der Zweckmässigkeit der Reform der Bezirksordnung und jene des Präfektenstatuts an.

Eigentlich wird die Zweckmässigkeit dieser Reformen kaum diskutiert, da sie sich in die umfassende Revision der Kantonsverfassung einfügt, welche nach dem Willen des Parlaments in Etappen durchgeführt wird. In seiner Botschaft hat der Staatsrat nichts desto weniger die Gelegenheit der Debatten über die Zweckmässigkeit genutzt, um den Grossen Rat anzufragen, Grundsatzentscheide namentlich über:

- die Abschaffung der Bezirke oder deren Ersatz durch die sozio-ökonomischen Regionen;
- die Beibehaltung des Bezirkesrates oder seinen Ersatz durch eine andere Organisation;
- die Beibehaltung der Funktion des Präfekten;

zu fällen.

Der Grosse Rat wird sich in der Märzsession 2000 aussprechen. Das Dossier wird anschliessend erneut der ausserparlamentarischen Kommission zur Ausarbeitung der Verfassungstexte auf der Basis der vom Parlament gefällten Grundsatzentscheide unterbreitet.

Verhältnis Kanton – Gemeinden

Die mit der Prüfung der Verhältnisse Kanton – Gemeinden beauftragte Kommission verfolgte ihre Aufgabe betreffend die Frage der Aufgabenverteilung weiter. Auf der Basis der Anhörung aller Dienststellen des Staates wird die Kommission gegen Sommer 2000 ihren Bericht und ihre Vorschläge vorstellen.

In der Zwischenzeit hat die Kommission eines ihrer Zusatzmandate, nämlich die Prüfung der interkommunalen Zusammenarbeit, abgeschlossen. Sie hat ihre Vorschläge in einem Bericht vorgestellt, der Ende 1999 der Öffentlichkeit bekanntgemacht wurde.

Dieser Bericht wird zur Ausarbeitung eines Projekts zur Änderung des Gesetzes vom 13. November 1980 über die Gemeindeordnung dienen, insbesondere dessen Titel V betreffend die interkommunale Zusammenarbeit und die Gemeindeverbände. Diese Reform kann sich im übrigen in einer viel umfassenderen Änderung des vorgenannten Gesetzes, nämlich betreffend der Zuständigkeiten zu Gemeindegesetzgebungen und den Fragen der Staatsaufsicht integrieren. In diesem Zusammenhang ist es angebracht, die Schlussfolgerungen der in der Affäre Leukerbad eingesetzten Untersuchungskommission abzuwarten.

VERWALTUNGSARBEITEN

Wahlen

Am 3. und 23. Mai 1999 wurde infolge einer Demission die Ersatzwahl eines Mitglieds des Staatsrates durchgeführt.

Am 24. Oktober und 7. November 1999 fanden die Wahlen des Nationalrats und jene des Ständerats statt.

Die Dienststelle für Innere Angelegenheiten war in diesem Zusammenhang enorm gefordert, da die Ersatzwahlen eiligst organisiert werden mussten und sich bereits mit den Vorbereitungsarbeiten zu den National- und Ständeratswahlen überschneiden. Trotz dieser Umstände konnten die Wahlen ohne nennenswerte Hindernisse abgewickelt werden.

Abstimmungen

Am 13. Juni 1999 hat das Walliser Volk die Änderung der Kantonsverfassung durch Einfügung eines neuen Artikel 13 bis über den Schutz der Familie angenommen. Die Änderung wurde von fast 70% der Stimmenden bei einer Stimmbeteiligung von 35% angenommen.

Auf eidgenössischer Ebene hat sich die Walliser Bevölkerung über zehn Vorlagen, verteilt über drei Abstimmungen ausgesprochen. Die durchschnittliche Stimmbeteiligung bei diesen drei Abstimmungen lag bei ca. 25%, was eine der tiefsten der Schweiz darstellte, während die Stimmbeteiligung bei den Nationalratswahlen (52,7%) eine der höchsten darstellte.

Instruktion der Beschwerden

Im Verlaufe des Jahres 1999 wurden der Dienststelle für Innere Angelegenheiten 260 Beschwerden zur Prüfung und Instruktion unterbreitet. Im gleichen Zeitraum hat der Staatsrat auf Antrag der Dienststelle 201 Entscheide gefällt.

Homologation von Reglementen, Statuten, Darlehen, Verkäufen, Tauschverträgen usw.

Auf Antrag der Dienststelle für Innere Angelegenheiten hat der Staatsrat im Verlaufe des Jahres 1999 165 Gemeindefreglemente, wovon 38 Bau- und Zonenreglemente sowie Quartierpläne, homologiert.

Ferner hat der Staatsrat nach Begutachtung durch die Dienststelle für Innere Angelegenheiten:

30 Kaufverträge, Baurechtsverträge, usw.
82 Darlehen über einen Betrag von Fr. 138'605'589.—
17 Bürgschaften über einen Betrag von Fr. 24'233'000.—

bewilligt.

Was die genehmigten Darlehen anbelangt, so zeigen die Statistiken der letzten 10 Jahre starke Schwankungen von einem Jahr zu anderen auf.

Jahr	Anzahl Neuverschuldungen	bewilligter Betrag
1989	35	Fr. 48'456'800.—
1990	41	Fr. 63'362'000.—
1991	54	Fr. 75'917'000.—
1992	72	Fr. 114'783'900.—
1993	55	Fr. 89'631'000.—
1994	46	Fr. 122'351'530.—
1995	43	Fr. 72'116'800.—
1996	29	Fr. 45'287'000.—
1997	29	Fr. 58'773'000.—
1998	32	Fr. 61'716'479.—
1999	82	Fr. 138'605'589.—

Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland

In seiner Eigenschaft als Rekursbehörde hat der Chef der Dienststelle für Innere Angelegenheiten 871 (gegenüber 994 im Jahre 1998) erstinstanzliche Entscheide geprüft.

Es wurden keine Beschwerden gegen diese Entscheide eingereicht.

RAUMPLANUNG

ALLGEMEINE BEMERKUNGEN

Neben den üblichen Tätigkeiten war **1999 für die Dienststelle für Raumplanung ein ganz besonderes Jahr**. Tatsächlich hatte die Dienststelle im Jahre 1999 einen wesentlichen Beitrag zur Vorbereitung der Volksabstimmung vom 7. Februar 1999 über die **Änderung des Bundesgesetzes** über die Raumplanung (angenommen durch das Volk am 7. Februar 1999) und zum Inkrafttreten auf den 1. Juni 1999 des **kantonalen Gesetz über die Raumplanung** zu leisten. Dazu kommt, dass **der Bund** am 22. Dezember 1999 **alle Änderungen der Koordinationsblätter des kantonalen Richtplanes**, die ihm im Rahmen der kontinuierlichen Bewirtschaftung unterbreitet wurden, genehmigt hat, und dass die **Kantonsregierung** ebenfalls am 22. Dezember 1999 **die Anpassung des kantonalen Richtplanes**, die durch die Bundesgesetzgebung (Art. 9 RPG) gefordert wird, genehmigte.

Alle diese Entscheide dienen als Grundlage für die Raumplanungsaufgaben im nächsten Jahrtausend.

Zusätzlich hat sich die Dienststelle hauptsächlich in folgenden Sachbereichen engagiert:

- Weiterführung der mit dem Richtplan verbundenen Studien;
- Ausführung der im Richtplan festgelegten Aufgaben;
- Anpassung der kommunalen Nutzungspläne;
- Koordination zwischen den Gemeinden und den betroffenen Instanzen zur Erstellung eines Fuss- und Wanderwegnetzes gemäss dem kantonalen Ausführungsgesetz vom 27. Januar 1988;
- Behandlung von Subventionsgesuchen für die Anpassung der Zonennutzungspläne;
- Umsetzung des Programmes zur Ankurbelung der Wirtschaft im Bereich Suonen, Wanderwege und Radwege.

Parallel dazu hat die Dienststelle die Gemeinden, die Bezirke und Regionen und die beauftragten Ortsplaner im Rahmen des kantonalen Richtplanes und bei der Anpassung der Nutzungspläne beraten, unterstützt und mit ihnen zusammengearbeitet.

Zudem hat die Dienststelle in Arbeitsgruppen und an Studien von nationaler (KPK, CORAT, NEAT/AlpTransit) und internationaler Bedeutung mitgearbeitet (Espace Mont-Blanc / Conseil du Léman / Conseil du Grand-St-Bernard).

KANTONALER RICHTPLAN

A. Bewirtschaftung des Richtplanes

Koordinationsblätter, beschlossen durch den Staatsrat 1999:

Nr.	Gegenstand	Federführende kant. Stelle	Beslossene Kategorie				Entscheid des Staatsrates
			V	Z	F	A	
A.1/2	Bauzonen	DRP			•		28.04.99
A.6/2	Maiensässzonen	DRP			•		12.05.99
A.7/2	Schützenswerte Ortsbilder und Gebäude	DVBU			•		03.11.99
c.203/1	A9, Visp – Brig	DSFB					09.07.99
c.204/1	A9, Sitten – Siders	DSFB					09.07.99
C.3/1	Anschlüsse an die A9	DSFB			•		28.04.99
c.302/2	Verbindung mit der A9: Umfahrung von Collombey/Monthey (A201)	DSFB			•		01.12.99
c.303/2	Verbindung mit der A9: Nord/Ost-Umfahrung von Sitten	DSFB			•		01.12.99
c.305/1	Anschluss an die A9: Leuk – Leukerbad	DSFB			•		09.07.99
c.307/1	Anschluss an die A9: Verbindung ins Vispertal	DSFB					09.07.99
c.308/1	Anschluss an die A9: Umfahrung Brig/Naters (A19)	DSFB				•	13.01.99
c.702/1	Öffentlicher Verkehr zwischen Sitten und Siders	DV				•	13.01.99
C.10/2	Neue Eisenbahntransversale Nord/Süd (Lötschberg/Simplon)	DV			•		01.12.99
C.13/2	Gebirgslandeplätze und Helikopter- flugfelder	DV			•		01.12.99
D.4/2	Skigebiete	DTW			•		03.11.99
d.801/3	Neues Skigebiet Trient – Tête de Balme	DV			•		10.11.99
e.601/2	Rebbergmelioration Salgesch	KDL			•		01.12.99
F.5/2	Natur- und Landschaftsschutzzonen auf Stufe Gemeinde	DRP			•		01.12.99
f.602/1	BLN – Gebiet Zermatt	DWL				•	13.01.99
f.603/1	BLN – Gebiet Aletsch	DWL				•	13.01.99
G.3/1	Produktion von Energie und Wasserkraft	DWK			•		28.04.99
G.4/1	Projekte und Ausbau bestehender Anlagen	DWK			•		28.04.99
h.101/1	Kehrichtverbrennungsanlage in Gamsen	DUS				•	13.01.99
H.5/1	Lärmschutz	DUS			•		28.04.99
I.2/2	Naturgefahren: Lawinen	DWL			•		01.12.99

V = Vororientierung; Z = Zwischenergebnis; F = Festsetzung; A = Ausgangslage

Die obenerwähnten Koordinationsblätter wurden am 22. Dezember 1999 vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement genehmigt.

Seit der Annahme des kantonalen Richtplanes (21.12.1988) sind 66 Koordinationsblätter aktualisiert und durch den Staatsrat genehmigt worden.

Koordinationsblätter in der Aktualisierungsphase

Nr.	Gegenstand	Federführende kant. Stelle	Ursprüngliche Kategorie				Vorgeschlagene Kategorie			
			V	Z	F	A	V	Z	F	A
D.6	Erweiterung von Skigebieten			•						
F.8	Restwassermengen			•						
F.9	Wasserläufe (Korrekturen)		•							
G.6	Trinkwasserversorgung			•						
G.7	Konflikte mit Gewässerschutzzonen			•						
I.4	Naturgefahren: Hochwasser		•							

V = Vororientierung; Z = Zwischenergebnis; F = Festsetzung; A = Ausgangslage

B. Änderung des Richtplanes

Neue Gegenstände:

Nr.	Gegenstand	Federführende kant. Stelle	Vorgeschlagene Kategorie			
			V	Z	F	A
D.10 I.5	Beschneigungsanlagen Naturgefahren: Erdbeben	DRP DSFB			• •	

V = Vororientierung; Z = Zwischenergebnis; F = Festsetzung; A = Ausgangslage

Im Anschluss an die Bemerkungen, die im Rahmen der öffentlichen Auflage eingereicht wurden, wird ein definitiver Entwurf der Koordinationsblätter D.10 und I.5 dem Staatsrat unterbreitet.

C. Anpassung des Richtplanes

Im Jahre 1999 hat die Dienststelle für Raumplanung die Anpassung des kantonalen Richtplanes gemäss Art. 9 des Bundesgesetzes über die Raumplanung (RPG) weitergeführt. Am 22. Dezember 1999 hat der Staatsrat diese Anpassung des Richtplanes genehmigt und das Departement für Sicherheit und Institutionen beauftragt, den angepassten Richtplan dem Bund zur Genehmigung vorzulegen.

D. Grundlagen

Im Laufe des Jahres 1999 wurden mehrere zusätzliche Grundlagen erarbeitet. Diese Vertiefungsstudien wurden bestimmt durch die neuen Vorgaben des Bundes im Bereich der Erschliessung (Art. 19 RPG), die die Gemeinden verpflichten, ein Erschliessungsprogramm für die Bauzonen zu erlassen.

Da das erste Erschliessungsprogramm bis am 31. Dezember 2000 erstellt werden muss, hat das DSI durch die DRP ein Vademecum als Wegleitung für die Gemeinden herausgegeben, das Vorgehen und Verfahren festlegt für die Erarbeitung des Erschliessungsprogramms; dieses wurde an alle Gemeinden und interessierten Personen verteilt.

E. Andere Tätigkeiten

Die Dienststelle war auch in mehreren mit dem kantonalen Richtplan verbundenen Tätigkeitsbereichen aktiv, namentlich durch Mitwirkung

- in Verkehrskommissionen für die Neue Eisenbahn-Alpentransversale (AlpTransit),
- in der Arbeitsgruppe für die Linienführung der A144 zwischen Villeneuve und Les Evouettes,
- in der Arbeitsgruppe des Schweizerischen Verbandes der Seilbahnunternehmen (SVS) für eine Harmonisierung der Rahmenbedingungen für die technische Beschneigung in der Schweiz,
- in der paritätischen Kommission, die mit der Sanierung der Abbau- und Kiesentnahmestellen beauftragt ist,
- in den Arbeitsgruppen „Verkehr und Verkehrsbewältigung“ und im „kommunalen Energieplan“ des „Forum de l'air“,
- in der Kommission für die Konzeption der künftigen Nutzung der Militärflugplätze im Wallis.

Zudem hat die DRP die Begleitung von 15 vorrangigen Projekten sichergestellt, die der Staatsrat in seiner Entscheid vom 24. März 1999 festgehalten hat und die Gegenstand bilden des Programms zur Ankurbelung, Wiederbelebung und Diversifizierung der Entwicklung der Walliser Wirtschaft, und zwar in den Bereichen: Investitionen für die Suonen, die Fuss- und Wanderwege und die Radwege. Der Anteil des Kantons für die Realisierung dieser Projekte hat 1 Mio. Franken betragen.

ORTSPLANUNG

Alle Gemeinden des Kantons sind verpflichtet, sofern erforderlich, ihre Zonennutzungspläne den Anforderungen des Bundesgesetzes über die Raumplanung (RPG) vom 22. Juni 1979 anzupassen.

Die Nutzungspläne ordnen die zulässige Nutzung des Bodens und unterscheiden vorab Bau-, Landwirtschafts- und Schutzzonen (Art. 14, 15, 16, 17 RPG). Ein Teil der rechtsgültigen Zonenpläne entspricht nicht den Bestimmungen des Bundesgesetzes, weil nur die Bauzonen ausgeschieden wurden. Am 31. Dezember 1999 zeigte sich folgende Situation (vgl. nachstehende Karte):

- 86 Gemeinden besitzen einen dem RPG entsprechenden, homologierten Nutzungsplan;
- 23 Gemeinden verfügen über einen positiven Vorprüfungsentscheid des Staatsrates;
- 17 Gemeinden warten auf den Vorprüfungsentscheid; der Synthesebericht ist der Dienststelle für innere Angelegenheiten abgegeben worden;
- 25 Gemeinden haben ihr Dossier zur Vorprüfung abgegeben;
- 0 Gemeinden haben ihren Entwurf während 30 Tagen öffentlich aufgelegt;
- 12 Gemeinden haben die Überarbeitung ihres Nutzungsplanes eingeleitet.

Die 12 nachstehend angeführten Gemeinden haben das Verfahren zur Anpassung ihrer Zonennutzungspläne an die Anforderungen des Bundesgesetzes über die Raumplanung (RPG) vom 22. Juni 1979 noch nicht in die Wege geleitet:

Bovernier, Bourg-St-Pierre, Les Agettes, Nendaz, Veysonnaz, Vissoie, Mühlebach, Niederwald, Bister, Martisberg, Eisten, Steg.

Die Dienststelle für Raumplanung wird im Jahre 2000 die Anstrengungen für die Koordination mit den Gemeinden fortsetzen, damit die Forderungen des Bundes in absehbarer Zeit erfüllt werden können. Es ist erfreulich festzustellen, dass im Jahre 1999 die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und der Dienststelle intensiv und fruchtbar war.

STATISTIK

Im Verlaufe des Jahres 1999 wurden 27 Nutzungsplanänderungen (6 Gesamt- und 21 Teilrevisionen) homologiert und 19 weitere Änderungen grundsätzlich genehmigt (Vorprüfungsverfahren).

Im Sinne von Art. 10 des kantonalen Raumplanungsgesetzes (kRPG) und gemäss den Bestimmungen des Reglementes vom 20. Juni 1990 betreffend die Fördermassnahmen in Sachen Raumplanung hat der Kanton 1999 den Gemeinden, die ein vorschriftsmässiges Subventionsgesuch eingereicht haben, entsprechend den ausgeführten Arbeiten einen Gesamtbetrag an Subventionen von Fr. 400'000.-- gewährt.

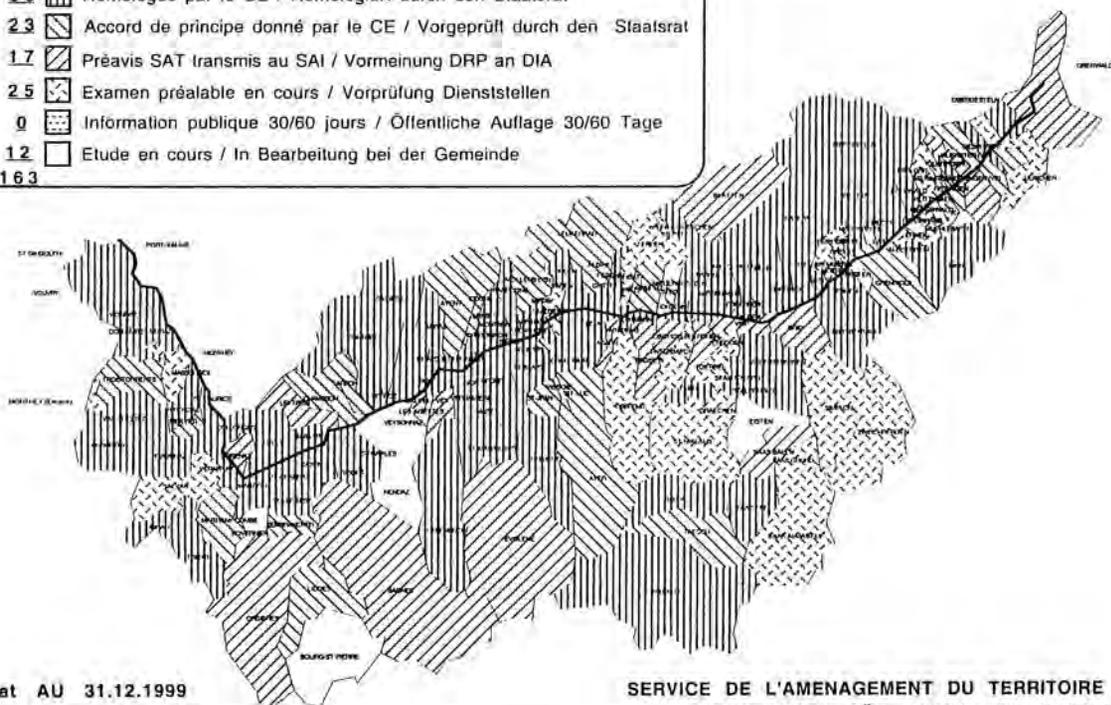
Zahlreiche Berichte und Vormeinungen wurden zu den nachstehend angeführten raumwirksamen Vorhaben erstellt:

	1998	1999
– Baugesuche ausserhalb der Bauzone		
• positive Vormeinung	421	378
• negative Vormeinung	328	280
– Stellungnahmen zu Beschwerden	90	84

	1998	1999
– Konzessionsgesuche für touristische Transportanlagen	21	36
– Rodungsgesuche	35	73
– Bestätigungen für den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland	480	522
– Stellungnahmen zu Strassenprojekten / Baulinienpläne	81	65
– Auskünfte zu Bauvorhaben im Sinne von Art. 30 Bauverordnung	64	58
– Auskünfte zu Bauvorhaben in bezug auf den Zonennutzungsplan	185	169

BILAN DES ETUDES DES PLANS D'AMENAGEMENT LOCAUX (PAL) STAND DER NUTZUNGSPLANÄNDERUNGEN (NZP)

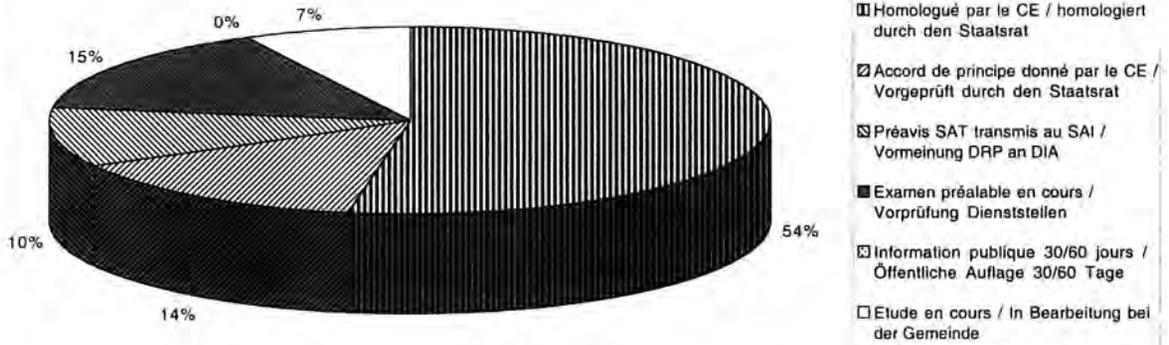
Com.	Légende
8.6	Homologué par le CE / Homologiert durch den Staatsrat
2.3	Accord de principe donné par le CE / Vorgeprüft durch den Staatsrat
1.7	Préavis SAT transmis au SAI / Vormeinung DRP an DIA
2.5	Examen préalable en cours / Vorprüfung Dienststellen
0	Information publique 30/60 jours / Öffentliche Auflage 30/60 Tage
1.2	Etude en cours / In Bearbeitung bei der Gemeinde
163	



Etat AU 31.12.1999
STAND AM 31.12.1999

SERVICE DE L'AMENAGEMENT DU TERRITOIRE (SAT)
DIENSTSTELLE FÜR RAUMPLANUNG (DRP)

**BILAN DES ETUDES DES PLANS D'AMENAGEMENT (PAL)
STAND DER NUTZUNGSPLANUNGEN (NZZ)**



Service de l'Aménagement du Territoire (SAT)

Etat / Stand 31.12.1999/Fa

Dienststelle für Raumplanung (DRP)

DIENSTSTELLE FÜR VERMESSUNG

Im Jahr 1981 hat der Bundesrat den Kantonen das Fertigstellungsprogramm der amtlichen Vermessung (Programm 2000) unterbreitet.

Dieses Programm sah vor, dass für den Kanton Wallis die Erstvermessung im Idealfall im Jahr 2002 abgeschlossen wird.

Vor allem finanzielle Gründe führen aber dazu, dass dieser Idealfall nicht eintreffen wird.

Zur Zeit ist immer noch eine Fläche von 40'000 ha intensivgenutzter Gebiete unvermessen. Rund 3000 ha befinden sich in der Bauzone.

In Bearbeitung sind total rund 11'000 ha.

Wie die hinterlegten Gesuche zeigen, besteht bei den Gemeinden ein grosses Interesse an zuverlässigen Plangrundlagen und vor allem an numerischen Daten, die auf dem Computer verarbeitet werden können.

Neuerungen wie Arbeitsvergebung nach dem Verfahren «Gesetz betreffend öffentliches Beschaffungswesen», Verhandlungen betreff Einführung von Leistungsvereinbarungen oder analytische Buchhaltung (SAP) bringen es mit sich, dass immer mehr Zeit für administrative Arbeit aufgewendet werden muss.

So bleibt dem Ingenieur immer weniger Zeit um mit der Entwicklung der Technik Schritt zu halten und Lösungen für die anfallenden Probleme zu finden.

Vermarkungen, die im Jahre 1999 vom Bund genehmigt wurden:

Abgerechnet wurde das Vermarkungsoperat von Geschinen, Los 1.

Vermessungen, die im Jahre 1999 vom Bund als «Amtliche Vermessung» anerkannt wurden:

Binn	Los 2	184 ha
Bovernier	Los 5	73 ha
Chermignon	Los 3	136 ha
Ernen	Los 1	20 ha
Erschmatt	Los 1	24 ha
Grengiols	Los 2	4 ha
Inden	Los 1	33 ha
Martisberg	Los 1	269 ha
Ried-Brig	Los 1	64 ha
Sion	Los 9	213 ha
Täsch	Los 2	66 ha

TOTAL 1'086 ha

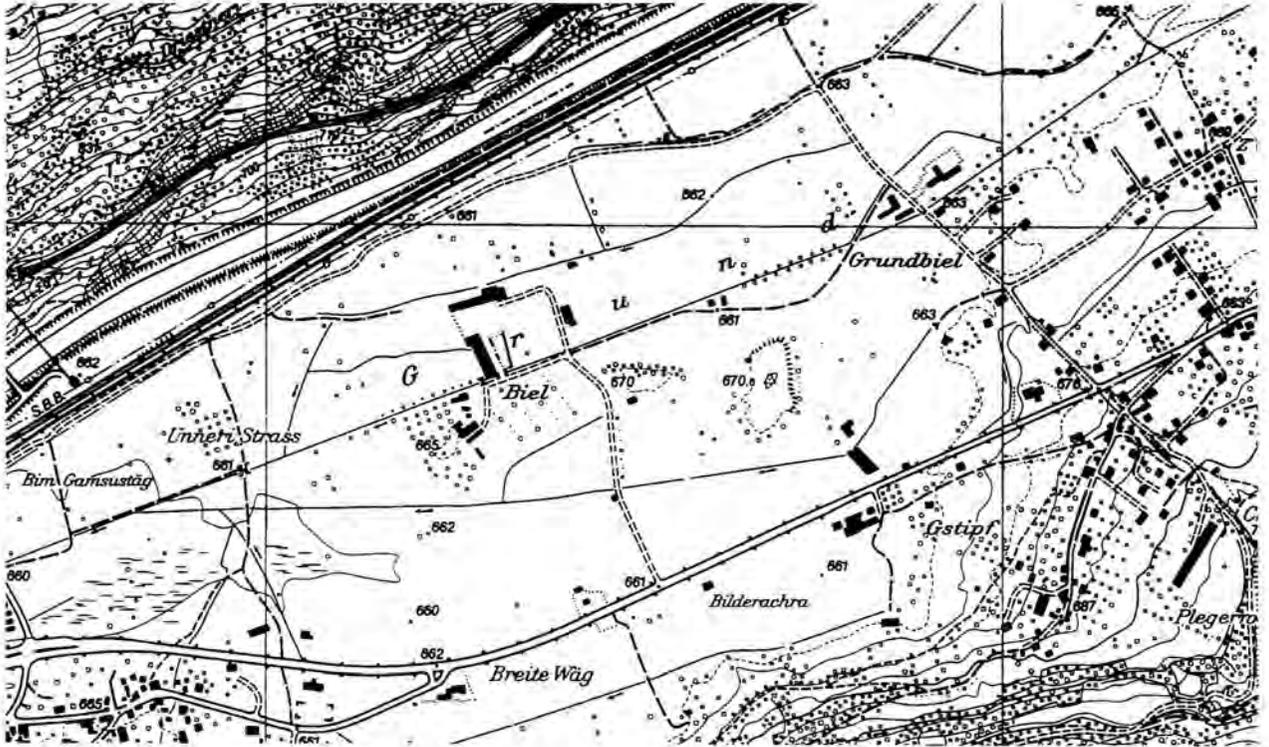
Vermessungen in Arbeit

In 70 Gemeinden sind Parzellarvermessungen in Arbeit. Die Zahl der Vermessungslose beträgt 90.

EXTRAIT DU PLAN D'ENSEMBLE AUSSCHNITT AUS DEM ÜBERSICHTSPLAN

Echelle/Masstab 1:10000
Commune de Brig-Glis / Gemeinde Brig-Glis

Glisergrund 1972



Glisergrund 1999



Nachführung der Vermessungsfixpunkte

Im Verlauf des Jahres sind 278 Punkte kontrolliert worden. Drei Punkte wurden aufgerichtet und ein Punkt wurde versetzt.

Die neuen Vermessungsmethoden mit GPS (Global Positioning System) führen dazu, dass Punkte, die für die Aufrechterhaltung eines homogenen Fixpunktnetzes 4ter Ordnung nicht mehr nötig sind, nicht mehr ersetzt oder deklassiert werden.

Nachführung des Übersichtsplanes

Der Übersichtsplan ist in digitaler Form mit einer Auflösung von 508 dpi und 1016 dpi verfügbar.

Das Planwerk umfasst die Pläne im Massstab 1:10'000 und 1:5000.

Auf 9 Blättern erfolgte eine Gesamtnachführung.

Planzentrale

Im Berichtsjahr wurden insgesamt rund 715 Pläne des Übersichtsplanes sowie Protokollauszüge von Triangulationspunkten an Drittpersonen abgegeben.

In digitaler Form wurden 181 Pläne abgegeben.

Nachführung der amtlichen Vermessung

In 149 Gemeinden ist die amtliche Vermessung fertig erstellt oder in Ausführung begriffen. In 2 Büros wurde eine eingehende Kontrolle der Nachführungsakten von 8 Gemeinden durchgeführt. Der Personalbestand erlaubt es nicht weitere Kontrollen durchzuführen.

Tätigkeit der Kommissionen

Kantonale Nomenklaturkommission

Es sind keine besonderen Vorkommnisse zu melden.

Vormeinungskommission im Falle von Grenzstreitigkeiten zwischen Gemeinden

Die Kommission befasst sich zur Zeit mit der Feststellung der Gemeindegrenze zwischen Oberems und Turtmann.

DIENSTSTELLE FÜR GRUNDBUCHÄMTER

1. Grundbuchämter

Der Wechsel des Dienstchefs und gewisse Restrukturierungen waren kennzeichnend für das Jahr 1999.

1.1 Tätigkeit der einzelnen Grundbuchämter

	BRIG	LEUK	SIDERS	SITTEN	MARTINACH	MONTHEY	TOTAL
<i>Eintragungen im Tagebuch</i>	13'085	8'750	9'295	14'946	7610*	5584	59270
<i>Eigentumsübertragungen</i>	3'750	2'167	2'435**	4'935**	3027	1550	17864
<i>Hypothekareinschreibungen</i>	3'410	561	991**	1'651**	1531	933	9077
<i>Grundbuchauszüge</i>	8'735	5'792	5'290	6'136	6408	7381	39742
<i>Erhobene Grundbuchgebühren</i>	1'597'085.–	657'245.–	1'248'122.–	1'519'789.–	1'459'646.–	861'963.–	7'343'850.–

* Die relativ tiefe Anzahl Tagebucheintragungen im Grundbuchamt Martigny rührt daher, dass dieses Grundbuchamt, als Pilotprojekt, das Tagebuch informatisiert führt.

** Einzig die Grundbuchämter von Sitten und Siders führen für die Eigentumsübertragungen und die Hypothekareinschreibungen eigene, spezielle, Statistiken. Die Zahlen der anderen Grundbuchämter sind extrapoliert.

1.2 Tätigkeit der (den Grundbuchämtern zugewiesenen) Einregistrierungsämter

	BRIG	LEUK	SIDERS	SITTEN	MARTINACH	MONTHHEY	TOTAL
Anzahl Einregistrierungen	8009	3314	4874	7000	5028	3354	31579
Erhöhte Einregistrierungsabgabene	7'379'858.–	1'833'900.–	6'677'105.–	6'600'700.–	7'559'471.–	5'504'733.–	35'555'767.–

Während die dem Wertstempel unterworfenen Geschäfte im Immobilienbereich im Vergleich zum Jahre 1998 abgenommen haben, haben sich andererseits diese Geschäfte im Jahre 1999 wertmässig merklich erhöht.

Der Gesamtwert dieser Geschäfte im Immobilienbereich beläuft sich insgesamt auf über 3 Milliarden Franken im Kanton.

1.3 Minuteninspektionen der Walliser Notare

Die Grundbuchverwalter haben bei 233 Notaren Minuten- und Schreibstubeninspektionen vorgenommen.

1.4 Führung des Archives der Notariatsminuten

Die Grundbuchverwalter der jeweiligen Kreise sind Archivare der Notariatsminuten. Es stellt sich heraus, dass die Archive, welche von den Gemeinden zur Verfügung gestellt werden, in einigen Fällen zu klein bemessen sind.

Eine Lösung für dieses Problem muss im Jahr 2000, in Absprache mit dem Kantonsarchiv, gefunden werden.

2. Grundbucheinführung

Das Grundbuch wurde in den Gemeinden Veyras, Evionnaz (teilweise) und Niedergesteln (teilweise) eingeführt.

Grundbucheinführungsarbeiten sind in den Gemeinden Veyras (teilweise), Sion (teilweise) und Brig-Glis (teilweise) im Gange.

Die Zahl der, zur Grundbucheinführung bereiten, Grundbuchvermessungslose ist beträchtlich, vor allem im Mittel- und Oberwallis.

Dieser Rückstand kann nur aufgeholt werden, wenn zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden, namentlich zusätzliches Personal.

3. Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland

Das kantonale Grundbuchinspektorat, als erstinstanzliche Bewilligungsbehörde, hat den Eingang vom 1089 Gesuchen zu verzeichnen und es hat 873 formelle Verfügungen erlassen. 783 Verfügungen betreffen Erwerbe von Grundstücken durch Personen im Ausland im Gesamtwert von Fr. 189'901'769.—. Die diesbezüglich erhobenen Kanzleigebühren beliefen sich auf Fr. 427'690.--.

Der Zuwachs dieser Gesuche in den letzten Jahren (von ungefähr 700 im Jahre 1995 auf ungefähr 1'100 Gesuche im Jahre 1999) hat zur Folge, dass es bei den Bewilligungen, infolge Mangels an Kontingenten, Rückstände von mehr als einem Jahr gibt in den besonders betroffenen Regionen (Siders und Martinach).

4. Walliser Testamentszentrale

Die Walliser Testamentszentrale hat im Jahre 1999 1318 Testamente angezeigt erhalten.

Sie hat selber 450 Anzeigen an Gemeinderichter und 527 an Notare vorgenommen.

Die Zivilstandsbeamten haben der Zentrale 2'403 Todesmitteilungen gemacht. Die Testamentszentrale hat mehr als Fr. 43'000.— Kanzleigebühren erhoben.

5. Schlussbemerkungen

Die Zielsetzungen der Dienststelle für Grundbuchämter gehen dahin, einerseits die Grundbuchämter, beginnend mit Martinach als Pilotprojekt, zu informatisieren und andererseits die Grundbucheinführung betreffen der hängigen Grundbuchvermessungslose zu intensivieren.

Die eine wie die andere Zielsetzung bedingen vermehrte Mittel an Personal und Material.

Der Betrag der von der Dienststelle erhobenen Gebühren beläuft sich auf über Fr. 7'500'000.—, während die Kosten der Dienststelle gegenwärtig weit unter diesem Betrage liegen.

Im Übrigen ist festzuhalten, dass das Total der im Jahre 1999 von der Dienststelle erhobenen Abgaben (inklusive Wertstempel) Fr. 43'000'000.— übersteigt.



DEPARTEMENT FÜR VERKEHR, BAU UND UMWELT

VERWALTUNGSBERICHT 1999



**DEPARTEMENTCHEF: JEAN-JACQUES REY-BELLET
STELLVERTRETER: THOMAS BURGNER**

VERKEHR, BAU UND UMWELT

Verwaltungs- und Rechtsdienst

Dienststelle für Verkehrsfragen

Dienststelle für Strassen-
und Flussbau

Dienststelle für Hochbau,
Denkmalpflege und Archäologie

Dienststelle für Wald und
Landschaft

Dienststelle für Umweltschutz

Kantonales Laboratorium

EINLEITUNG

Das vergangene Jahr war im meteorologischen Bereich einerseits durch die ausserordentlichen Lawinnenniedergänge vom Monat Februar und andererseits durch den Orkan Lothar vom 26. und 27. Dezember gekennzeichnet.

Besonders im ersten Fall wurde unser Kanton schwer mitgenommen. Ausgangs der zugespitzten Periode für die Organisation der Hilfen und Wiederinstandstellung der Verkehrswege hatte unser Departement den schmerzlichen Verlust von Herrn Jimmy Delaloye, Chef der Dienststelle für Strassen- und Flussbau und Philipp Zurbriggen, Chef der Sektion Strassen- und Flussbau Oberwallis, zu beklagen, als sie über den stark heimgesuchten Gebieten einen Erkundungsflug ausführten. Ich huldige diesen beiden Persönlichkeiten und dem Piloten Léonard Burin für ihren ausserordentlichen und beispielhaften selbstlosen Einsatz.

Über ihr Leid hinaus und um weitere Unglücke zu vermeiden, werden die im Zusammenhang mit den Lawinen vom Februar gesammelten Erfahrungen bei der Verbesserung der Organisation der Bewältigung von ausserordentlichen Situationen und bei der Verfeinerung der Daten betreffend die Gefahrenzonen von Nutzen sein.

Im Bereich der Nationalstrassen konnte dank dem forschenden Vorkommen der Bauarbeiten am 15. November die Teilstrecke Siders Ost – Siders West eingeweiht werden. Die Oberwalliser Autobahn steht in der Bauphase, insbesondere mit dem Druchstich des Tunnels vom Gamsen, der am 15. Oktober 1999 aufgenommen wurde. Dank der neuen Dynamik bei den Verfahren konnte am 14. Juni gleichzeitig die Teilstrecke Siders Ost – Leuk West vom eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation genehmigt werden. In diesem Zusammenhang sind dank der kantonalen Vorfinanzierung die Bauarbeiten an der Strasse Susten–Leuk weit vorangeschritten und die Hauptarbeiten der neuen Linienführung der SBB konnten im Oktober aufgenommen werden.

Die Teilstrecke Leuk – West – Gampel Ost steht in der Genehmigungsphase durch den Staatsrat, während die mit den NEAT-Projekten, Flächenrückerstattungen und dem umweltorientierten Konzept verbundenen ergänzenden Studien für die Teilstrecke Gampel Ost – Visp West gut vorankommen. Beim Abschnitt Visp West – Visp Ost wurde das definitive Bauprojekt am 29. November öffentlich aufgelegt.

Was die Umfahrung von Gampel - Steg angeht, so wurde das am 7. Juli 1999 vom Staatsrat genehmigte Bauprojekt beim Kantonsgericht angefochten. Bei der Umfahrung von Brig – Glis – Naters sind die Tiefbauarbeiten am Tunnel beendet.

Im Bereich der Kantonsstrassen war die Haupttätigkeit 1999 durch drei grosse Baustellen gekennzeichnet. Die Umfahrung von Fiesch

sowie der erste Abschnitt der Nord-Umfahrung von Sitten wurden dem Verkehr übergeben, während die Umfahrungsarbeiten von Monthey-Collombey voll im Gange sind.

Im Bahnbereich stehen der Basistunnel am Lötschberg im Bau (Fensterstollen Ferden, Vorbereitungsarbeiten am Zufahrtstunnel von Steg) und die Doppelspur Salgesch – Leuk im Bau.

Ferner wurden eine Walliser Strategie für die Entwicklung des Bahnverkehrs in der Perspektive zu 2006–2007 (Eröffnung des Lötschberg-Basistunnels) erarbeitet und die einschlägigen Studien veröffentlicht.

Im Umweltschutzbereich können die erreichten Ergebnisse und laufenden Programme auf allen Gebieten positiv beurteilt werden. Im Unterwallis besteht nur noch das Problem der Beseitigung von 4000 Tonnen (Trockenstoffe) Klärschlamm, die zurzeit nicht von der Landwirtschaft übernommen werden können. Innert nützlicher Frist sollte man eine Lösung finden können durch deren Verbrennung in der UTO oder SATOM.

Im Bereich der Bewirtschaftung des Immobilienparks des Staates konnte man durch die Anwendung des Programmes Schroeder die Beträge hervorheben, die derzeit beim Gebäudeunterhalt eingesetzt werden. Trotz den Anstrengungen bei dieser Rubrik genügen diese Beträge noch nicht, um eine Entwertung des Immobilienkapitals vermeiden zu können.

Bei der Denkmalpflege ist ein Ergebnis hervorzuheben. Das Schloss Tourbillon wurde vom Bistum einer Stiftung abgetreten, an welcher sich der Staat beteiligt. Damit wendet sich ein Blatt der Geschichte, welche 999 begann. Mit den Stiftungspartnern hoffen wir, dass dieses symbolische Denkmal zu neuem Leben erweckt wird, wie jenes welches wir uns mit viel Geduld mit einem anderen Empfinden bemühen, der Basilika und dem Schloss Valeria einzuflüssen.

Im archäologischen Bereich ist ein weiteres Ergebnis besonders zu vermerken. Bei der Untersuchung einer Ausgrabungsstätte von Tannay im «Chablais» konnte bestätigt werden, dass dieser felsige Höhenunterschluft 350'000 Jahre vor unserer Zeitrechnung von Menschen bewohnt war, was unsere Bezeichnung «Vieux Pays» (Stammland) noch mehr rechtfertigt.

Um mit einer geschmacklichen Note zu schliessen, möchten wir letztenendlich vermerken, dass das Kantonslaboratorium bestätigt, dass die Weinernte eine optimale Reife erreichte, was uns dazu verleitet, darüber höchst erfreut zu sein, das Jahr 2000 und die nächstfolgenden erleben zu dürfen.

Jean-Jacques Rey-Bellet
Staatsrat

ALLGEMEINE VERWALTUNG

PERSONAL

Dienststellen	Anzahl Staatsstellen
Verwaltungs- und Rechtsdienst	15.70
Dienststelle für Verkehrsfragen	6.00
Luftseilbahn Riddes-Isérables	6.00
Dienststelle für Strassen- und Flussbau	421.15
Dienststelle für Hochbau, Denkmalpflege und Archäologie	22.33
Dienststelle für Wald und Landschaft	19.50
Dienststelle für Umweltschutz	24.10
Kantonales Laboratorium	14.80
Total	529.58

MOTIONEN UND POSTULATE

- 5.059 Postulat von Hrn. Grossrat Caesar Jaeger (FDPO) und Konsorten betreffend natürliche Alternative für Kläranlagen (01.12.98).

Diesem Postulat wurde stattgegeben, soweit es der Praxis entspricht, welche darin besteht, jedes vorgeschlagene ARA-System gleichermaßen zu prüfen und dabei jenes festzuhalten, welches den Reinigungskriterien entspricht, die für die günstigsten Kosten festgelegt werden.

- 5.067 Postulat von Hrn. Grossrat (Suppl.) Vincent Grenon und Konsorten betreffend Werbung entlang der Strassen (15.03.99).

Diesem Postulat wird durch die Verstärkung der Baupolizei stattgegeben, wobei man sich auf den Bericht stützt, der vom Experten erwartet wird, welcher beauftragt ist, deren Organisation und Personalaufstockung zu überprüfen (23.06.99).

- 5.077 Postulat der SPO-Fraktion, durch Hrn. Grossrat (Suppl.) Leander Stoffel, betreffend Naturkläranlagen - Alternativen zu den technischen Kläranlagen (21.06.1999).

Diesem Postulat wurde stattgegeben, soweit es der Praxis entspricht, welche darin besteht, jedes vorgeschlagene ARA-System gleichermaßen zu prüfen und dabei jenes festzuhalten, welches den Reinigungskriterien entspricht, die für die günstigsten Kosten festgelegt werden.

VERWALTUNGS- UND RECHTSDIENST

RECHTSAMT

Allgemeines

Die Verwaltungstätigkeit der Rechtsabteilung hat sich gegenüber dem vergangenen Jahr nicht wesentlich verändert. Die neue Gesetzgebung erfordert Zeit zur Anpassung und eine enge Zusammenarbeit mit den Gemeinden, damit eine einheitliche Anwendung gewährleistet werden kann.

Zu regeln bleibt insbesondere die Organisation der Baupolizei. Der Staatsrat und die KBK erwarten den Bericht des Gutachtens von Professor Jean-Baptiste Zufferey.

Gesetzgebung

Die neue Baugesetzgebung verlangt gewisse redaktionelle sowie materielle Anpassungen der kommunalen Bestimmungen. Die Abänderungen der Gemeindebaureglemente haben nach Inkrafttreten des Baugesetzes begonnen. Diese Arbeit erfolgt in einem Geist echter Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und dem Rechtsamt. Sie wird in den kommenden Jahren fortgesetzt.

Das Rechtsamt leitet die Arbeitsgruppe, die mit der Gesamtrevision des **Gesetzes über die Wasserläufe** betraut ist. Der Vorentwurf zum Gesetz wird vorbereitet und der Vorentwurf der Verordnung steht in der Erarbeitungsphase. Diese werden nächstens der Arbeitsgruppe unterbreitet.

Kommissionen

Der Chef des Rechtsamtes ist von Rechts wegen Mitglied der **kantonalen Baukommission**. Im verflossenen Jahr wurden insgesamt 23 Sitzungen abgehalten und zahlreiche Augenscheinverhandlungen durchgeführt.

Die **Uferkommission für den Genfersee**, die vom Chef des Rechtsamtes präsiert wird, hat die Arbeiten im Jurisdiktionsbereich der Gemeinde St. Gingolph abgeschlossen. Die Arbeiten betreffend die Gemeinde Port-Valais sind zurzeit im Gang.

Die **Strassensignalisationskommission**, welcher ein Vertreter des Rechtsamtes angehört, hat während 48 Sitzungen insgesamt 1340 Gesuche behandelt.

Die vom Staatsrat eingesetzte Kommission für die **Klassierung und Deklassierung von öffentlichen Verkehrswegen** hat die Arbeiten für jene Strassen, deren Deklassierung in den Kompetenzbereich des Staatsrates sowie des Grossen Rates fallen, abgeschlossen.

Es ist angebracht, darauf hinzuweisen, dass die Entscheide betreffend die Klassierung und Deklassierung von Strassen, die in den Kompetenzbereich des Staatsrates fallen, in der Sitzung vom 26. November 1997 gefällt worden sind.

Am 19. Mai 1999 hat der Grosse Rat, den Entscheid betreffend die Klassierung und Deklassierung von Strassen im gesamten Kanton getroffen.

Übrige Verwaltungstätigkeit

Verkauf und Tausch von Liegenschaften im Kantonsgebiet

Im vergangenen Verwaltungsjahr wurden insgesamt 32 Grundstücke verkauft und 35 Sondergebrauchsbewilligungen für die Benützung des öffentlichen Eigentums erteilt. Etliche Gesuche mussten abgewiesen werden.

Instruktionsorgan

Das Rechtsamt ist Instruktionsorgan für Strassen- und Wasserbauprojekte des Kantons und der Gemeinden. Insgesamt wurden 73 (37 im Oberwallis und 36 im Unterwallis) Projekte genehmigt.

Seit anfangs Mai 1997 ist das Rechtsamt ebenfalls Instruktionsorgan im Waldbereich (Rodungs- und Dienstbarkeitsbewilligungen, Strafentscheide, Waldfeststellungsentscheide), beim Umweltschutz (Strafentscheide, Sanierungs-/ Erleichterungsverfügungen – Luft, Lärm, Deponien, Gewässerschutz, ARA, Schutz der unterirdischen Gewässer) und im Zusammenhang mit den Aufgaben des kantonalen Laboratoriums (Giftstoffe, Nahrungsmittel).

Im Waldbereich wurden 39 Rodungsgesuche eingereicht und 32 Entscheide gefällt. Es wurden 14 Strafverfahren für rechtswidrige Rodungen oder Holzschläge durchgeführt. Diese Strafscheide gingen generell einher mit Wiederinstandstellungsverfügungen mit Kautionsleistung. Ein Strafscheid wurde vom Bezirksrichter infolge Berufung ausgefällt.

Im Umweltschutzbereich wurden im Zusammenhang mit Abfall- und, Deponieproblemen und rechtswidrigen Feuern, usw. 16 Strafverfügungen getroffen. 5 Strafanzeigen, wovon 4 für Wasserverschmutzungen und 1 für rechtswidrige Feuer wurden vom Departement an den Instruktionsrichter eingereicht. Das Kantonsgericht hat infolge Berufung 1 Entscheide gefällt.

Die Regularisierungsverfassung betreffend Rodungs- und Deponiesanierungs- oder -ausaubewilligungen, usw. bilden Gegenstand einer Koordination mit dem Baubewilligungsverfahren oder mit dem Verfahren betreffend die Raumplanung (Revision des kommunalen Zonennutzungsplans).

Beschwerden

Einspracheentscheide

Das Rechtsamt hat zu Händen der KBK insgesamt 200 (49 im Oberwallis und 161 im Unterwallis) Einspracheentscheide fällt.

Beschwerdeantworten

Das Rechtsamt vertritt die KBK und das Baudepartement vor dem Staatsrat, dem Kantons- und Bundesgericht. In diesem Zusammenhang wurden 107 (41 im Oberwallis und 66 im Unterwallis) Beschwerdeantworten eingereicht.

KANTONALE BAUKOMMISSION

Im Verwaltungsjahr 1999 wurden 23 Sitzungen abgehalten.

STATISTIK DES KANTONALEN BAUSEKRETARIATES

Total eingereichte Baugesuche	1996	1997	1998	1999
Oberwallis	503	469	483	837
Unterwallis	1051	1039	1150	1578
Total	1554	1508	1633	2415
Kompetenz KBK				
Oberwallis	384	400	377	337
Unterwallis	410	388	421	420
Total	794	788	798	757
Erstellte Syntheseberichte				
Oberwallis	457	417	423	500
Unterwallis	982	936	1132	1158
Total	1439	1353	1555	1658
Bewilligte Baugesuche				
Oberwallis	147	155	276	136
Unterwallis	201	195	282	267
Total	348	350	558	430
Abgewiesene Gesuche				
Oberwallis	40	26	65	14
Unterwallis	111	62	84	56
Total	151	88	149	70

Verschiedene Gebühren

915'000.— 720'000.— 810'000.— 863'000.—

Insoweit die Gemeinden Hinweisinventare für die Bauten und Anlagen ausserhalb der Bauzone erstellt haben, werden totale Zweckänderungen nach dem BEBaB beurteilt.

Baupolizei

Seit der Schaffung der Sektion Baupolizei am 1. März 1995 wurden zahlreiche Verfahren aufgrund von Anzeigen der Gemeinden eröffnet. Wenn man jedoch in diesem Bereich weiterhin glaubhaft bleiben will, ist es unbedingt angebracht, bei Bauten ausserhalb der Bauzone die Kontrolle zu verstärken.

Die kantonale Baukommission hat 84 Baudossiers behandelt. Während des Jahres erfolgte die Eröffnung von 52 Strafanzeigen, 27 Arbeitseinstellungsverfügungen, 17 Wiederinstandstellungsverfügungen, welche aufgehoben werden, falls ein Bewilligungsgesuch eingereicht wird, 25 Baubewilligungsverweigerungen und rechtsmässige Wiederinstandstellungen, 35 ausgesprochene Bussen für einen Betrag von Fr. 62'300.— und 9 Verfügungen auf Einsprachen.

DIENSTSTELLE FÜR VERKEHRSFRAGEN

PLANUNG / TECHNISCHE KOORDINATION UND INFORMATION

AlpTransit/NEAT:

Der Lötschbergtunnel steht im Bau

Der Staatsrat nahm zum letzten ausgeschriebenen Abschnitt, d.h. zur Achse Raron, am 8. Juli 1999 Stellung. Die definitive Genehmigung wird im Frühjahr 2000 erwartet.

Beinahe sämtliche Bauarbeiten stehen in der Vergabephase oder wurden bereits vergeben und es wurden folgende Baustellen fortgesetzt oder aufgenommen:

- Fensterstollen Ferden: Weiterführung der Bauarbeiten
- Steg / Niedergesteln / Vorbereitungsarbeiten des Fensterstollens von Steg
- Hohtenn: Vorbereitungsarbeiten an der Baustelle, Materialbewirtschaftung und -ablagerung und Sondierstollen.
- Raron:

Demzufolge weist alles darauf hin dass der Bau des Lötschberg-Basistunnels weitergeführt werden und seine Eröffnung um 2006 / 2007 erfolgen kann.

Doppelspur Salgesch – Leuk der Simplonlinie

In diesem Bereich sind die Bauarbeiten unter der Leitung der SBB ebenfalls angelaufen und sollten 2004 abgeschlossen werden können.

Kantonales Gesetz über den öffentlichen Verkehr (GöV)

Dieses Gesetz, das am 28. September 1998 vom Grossen Rat verabschiedet wurde, ist am 31. Mai 1999 mit dem Reglement betreffend die Erteilung von kantonalen Bewilligungen für die Personenbeförderung (REPB) vom 12. Mai 1999 sowie mit der Verordnung betreffend den Bau und den Betrieb von nicht eidgenössisch konzessionierten Luftseilbahnen und Skiliften vom 19. Mai 1999 in Kraft getreten.

Strategie des Kantons Wallis im Schienenverkehr

Im August 1999 wurden die Gutachten betreffend das obgenannte Geschäft im Bereich des Personen- und Güterverkehrs veröffentlicht. Diese Überlegungen bezwecken rechtzeitige Überprüfung der Transportmöglichkeiten der Lötschberg- und Simplonachsen, insbesondere aufgrund ihrer Verbesserungen (Doppelspur Salgesch – Leuk und Lötschberg-Basistunnel) und die Definierung der strategischen Hauptentscheide, die für eine Aufwertung dieser Potentialitäten zu fällen sind. Insbesondere gilt es, rechtzeitig über das geeignete und ausreichende Rollmaterial zu verfügen.

Diese Studien sollen als Beitrag zur heute vorzunehmenden nötigen Überlegung dienen, um nach der Eröffnung des Lötschberg-Basistunnels (2006 / 2007) für einen optimalen Betrieb der Lötschberg- und Simplonlinien rechtzeitig sinnvolle Entscheide fällen zu können. Diese Studien sind auf dem Internet des Kantons zugänglich.

Technische Bewirtschaftung des öffentlichen Verkehrs

Eisenbahnprojekte

Nach der öffentlichen Ausschreibung, der Vernehmlassung, der Befragung und der Vormeinung des Kantons sind 1999 im Wallis vier Eisenbahnausbauprojekte vom Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) und vom Bundesamt für Verkehr (BAV) genehmigt worden. Es handelt sich um folgende Projekte:

- MC Neue Unterhaltshalle nahe von Vernayaz auf Gebiet der Gemeinde Martinach
- MO Erneuerung der Fahrleitungen im Bahnhof von Orsières
- BLS AT AG NEAT Lötschberg - Basislinie; Auflageprojekt 1996 Basistunnel Süd / Fensterstollen Steg mit Projektänderungen 1998; Gemeinden Ferden, Gampel, Steg, Hochtenn, Niedergesteln, Raron und Visp
- SBB Neue Doppelspur Salgesch-Leuk, Projektänderungen / -ergänzungen für den Installationsplatz Dalaschlucht vor Baubeginn inkl. Rodungsgesuch, Gemeinden Varen und Leuk

Transportrechte gemäss der Verordnung über die Personenbeförderungs-Konzession (VPK) vom 25.11.1998

Bilanz für das Jahr 1999:

Konzessionen

- 7 neuerteilte Konzessionen
- 4 Konzessionenerneuerungen

Kantonale Bewilligungen

- 14 Neuerteilungen

Seilbahnen

1 Touristische Anlagen

Die nachstehenden Tabellen zeigen:

- A den Stand der erteilten Konzessionen und Bewilligungen 1999 oder der laufenden Genehmigungen Ende 1999,
- B die Liste der 1999 in Betrieb gesetzten Anlagen,
- C das umfassende Verzeichnis der Seilbahnen im Wallis.

A Stand der erteilten Konzessionen und Bewilligungen 1999 oder der laufenden Genehmigungen Ende 1999

P = Pendelbahnen
UK = Gondelbahnen
US = Sesselbahnen

Eidg. Konzessionen	Erteilte Konzessionen und Bewilligungen				Laufende Konzessions- und Bewilligungsgesuche			
	P	UK	US	Total	P	UK	US	Total
– Konzessionserneuerung	–	–	–	–	–	–	–	–
– Abänderung oder Ersatz einer bestehenden Anlage	–	2	2	4	1	1	–	2
– Neue Anlage	–	–	–	–	–	2	1	3
Total eidg. Konzessionen	–	2	2	4	1	3	1	5

Kant. Bewilligungen (Skilifte)

– Ersatz / Umbau	6	–
– Neuer Skilift	1	1
Total Skilifte	7	1
Gesamttotal	11	6

B 1999 in Betrieb gesetzte Anlagen

Eidgenössische Konzessionen

1999 wurden zwei Gondelbahnen und zwei Sesselbahnen in Betrieb gesetzt. Es handelt sich um Ersatzanlagen.

– Gondelbahnen

Saas Fee – Plattjen (8 Plätze), in Saas Fee: Ersatz einer Gondelbahn (2 Plätze) und einer Sesselbahn (2 Plätze)

Anzère – Pas de Maimbré (8 Plätze), in Anzère: Ersatz einer Gondelbahn (4 Plätze)

– Sesselbahnen

Visperterminen – Giw (2 Plätze, kuppelbar), in Visperterminen: Ersatz einer 2er-Sesselbahn

Lac des Vaux – Les Attelas (2 Plätze, kuppelbar), in Verbier: Ersatz von zwei Sesselbahnen (2 Plätze)

Kantonale Bewilligungen (Skilifte)

1999 sind 2 Skilifte in Betrieb gesetzt worden. In einem Fall handelt es sich um einen Umbau.

- Läger II, in Bettmeralp: neu
- Jean-Pierre, Nendaz: Umbau

C Verzeichnis der in Betrieb stehenden Seilbahnen

Anlage mit eidg. Konzession	1998	1999
– Standseilbahnen	6	6
– Pendelbahnen	42	42
– Gondelbahnen	45	45
– Sesselbahnen mit festen Klemmen	77	73
– Sesselbahnen mit kuppelbaren Klemmen	22	24
Total mit eidg. Konzession	192	190

Anlagen ohne eidg. Konzession	1998	1999
– Pendelbahnen	24	24
– Schrägaufzüge	16	19
– Skilifte	306	306
– Kleinskilifte	139	137
Total ohne eidg. Konzession	485	486
Gesamttotal	677	676

2 Materialtransportanlagen

1999 Erteilte Bewilligungen

Ständige Anlagen	—
Temporäre Anlagen	16
Gesamttotal	16

Luftfahrthindernisse

1999 wurden 20 neue Luftfahrthindernisse aufgenommen:

– Seile	16
– verschiedenes (Hochkamine, Krane usw.)	4

22 bestehende Luftfahrthindernisse wurden beseitigt, wovon 19 Seile.

ADMINISTRATIVE UND FINANZIELLE BEWIRTSCHAFTUNG DES ÖFFENTLICHEN VERKEHRS

Regionalverkehr

Finanzierung

Gemäss dem am 24.03.1995 und 20.03.1998 revidierten Eisenbahngesetz vom 20.12.1957 (EBG) erfolgt die Kostenfinanzierung aufgrund eines Angebots, das von den Transportunternehmungen zusammen mit einer Planrechnung unterbreitet wird. Letztere wird für eine Fahrplanperiode erstellt, welche sich vom Monat Juni eines Jahres bis zum Monat Mai des folgenden Jahres erstreckt und somit zwei Kalenderjahre überschneidet. Die als solche im Laufe des Rechnungsjahres 1999 überwiesenen Abgeltungen umfassen mithin die Fahrplanperiode 1998/1999 zu 7/12 und die Fahrplanperiode 1999/2000 zu 5/12.

Abgeltung

Die ungedeckten Kosten im gesamten Wallis für anerkannte Leistungen im Regionalverkehr betragen 1999 rund 113,3 Millionen Franken und werden vom Bund, Kanton und den Gemeinden jeweils zu 92 %, 4,8 % und 3,2 % für die Fahrplanperiode 1998/1999 und zu 91 %, 5,4 % und 3,6 % für die Fahrplanperiode 1999/2000 getragen.

Pro Transportart verteilen sich die diesbezüglichen Kantonsbeträge (inkl. Gemeindeanteile) wie folgt:

– Eisenbahn	Fr. 5,8 Mio
– Autobuslinien	Fr. 3,0 Mio
– verwaltete Luftseilbahnen und weitere Luftseilbahnen, welche öffentliche Dienstleistungen erbringen	Fr. 0,76 Mio

Agglomerationsverkehr

Die kantonale Abgeltungen, welche an Transportunternehmungen überwiesen werden, die im Ortsverkehr (Agglomerationsverkehr) Leistungen erbringen, betragen Fr. 1,1 Mio, inkl. die Beiträge, die der Kanton bei den Gemeinden der betroffenen Regionen zurückfordert.

Für die Fahrplanperiode 1999 / 2000 wurden sie gemäss Artikel 11, Absatz 1c des kantonalen Gesetzes über den öffentlichen Verkehr vom 28.9.1998 mit einer reduzierten kantonalen Beteiligung von 5 % (von 20 % auf 15 %) berechnet.

Investitionshilfen

In Übereinstimmung mit dem Budget-Kredit und der Vier-Jahres-Finanzplanung beträgt der kantonale Anteil an den ausbezahlten Investitionsbeiträgen 9,5 Mio Franken.

Luft- und Schifffahrt

Gestützt auf die Bestimmungen des Gesetzes vom 28.09.1998 über den öffentlichen Verkehr beteiligte sich der Kanton mit Fr. 330'034.— am Betriebsaufwand des Flugplatzes Sitten.

Der Kanton hat sich zudem bis zu Fr. 178'133.— gemeinsam mit den anderen Nachbarkantonen Waadt und Genf finanziell an der Defizitdeckung der Schifffahrtsgesellschaft auf dem Genfersee (CGN) beteiligt.

Luftseilbahn Riddes – Iséables

Verkehrstatistik	1997	1998	1999
Anzahl beförderte Personen	70'568	67'832	65'547
beförderte Güter (in Tonnen)	543	508	445

Nach dem Beispiel der vom Kanton verwalteten Luftseilbahnen ist die Luftseilbahn Riddes - Iséables Nutzniesser der im EBG vorgesehenen Finanzhilfen und erhielt hierfür vom Bund, vom Kanton und von den Gemeinden 1998 eine Abgeltung von Fr. 486'844.— für Ihre öffentlichen Dienstleistungen.

Vom Kanton verwaltete Luftseilbahnen

Abgeltung

Die ungedeckten Kosten für Leistungen im Regionalverkehr, die von den kantonsverwalteten Luftseilbahnen erbracht werden, betragen rund 2,1 Millionen Franken.

Verkehrstatistik

Anzahl beförderte Personen	1997	1998	1999
Dorénaz – Alesse – Champex	25'056	23'164	23'523
Gampel – Jeizinen	58'467	55'374	56'496
Turtmann – Oberems	47'314	47'890	48'077
Raron – Eischoll	54'926	55'565	56'271
Fürgangen – Bellwald	50'374	51'704	50'541
Stalden – Staldenried – Gspon	152'160	141'912	139'413

Waretransport in Tonnen

	1997	1998	1999
Dorénaz – Alesse – Champex	7	6	6
Gampel – Jeizinen	81	92	84
Turtmann – Oberems	19	24	27
Raron – Eischoll	170	151	159
Fürgangen – Bellwald	45	51	44
Stalden – Staldenried – Gspon	363	380	299

DIENSTSTELLE FÜR STRASSEN- UND FLUSSBAU

HULDIGUNG FÜR JIMMY DELALOYE UND PHILIPPE ZURBRIGGEN

Jimmy Delaloye, Kantonsingenieur und Chef der Dienststelle für Strassen- und Flussbau und Philippe Zurbriggen, Chef der Sektion Kantonsstrassen und Flussbau Oberwallis wurden am 28. Februar 1999 Opfer eines tragischen Helikopter-Absturzes im Mattertal.

Das Schicksal ereilte sie bei einem Erkundungsflug für die Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung an einem Sonntag Nachmittag nach einer dramatischen Woche mit schweren Lawinen-niedergängen.

Diese beiden Persönlichkeiten, von jederman geschätzt, sowohl für ihre aufrichtigen und rechtschaffenen menschlichen Eigenschaften wie auch für ihre beruflichen Kenntnisse als sachkundige und engagierte Ingenieure gelten stets als ein Exempel für all jene, die das Glück hatten, mit ihnen zusammenzuarbeiten und bleiben Ihnen in bester Erinnerung.

An ihrer Stelle ernannte der Staatsrat Herrn Albert Fournier aus Nendaz, neuer Chef der Dienststelle für Strassen- und Flussbau und Herrn Ignaz Burgener aus Visperterminen, neuer Chef der Sektion Kantonsstrassen und Flussbau Oberwallis.

ÖFFENTLICHES BESCHAFFUNGSWESEN

Nach anderthalb Jahren Vollziehung der schweizerischen interkantonalen und kantonalen Gesetzgebung über das öffentliche Beschaffungswesen verursachte die Kompliziertheit ihrer Bestimmungen noch manche Schwierigkeiten und Unsicherheiten bei den öffentlichen Gemeinschaften, insbesondere bei den Gemeinden.

Die noch fehlenden ständigen Listen wurden Ende 1999 veröffentlicht.

Nun gilt es diese neuen Gesetze und Verordnungen durch eine Vereinfachung der Verfahren zu verbessern, soweit dies möglich ist.

In einer Sitzung des Grossen Rates hatte der Staatsrat sich verpflichtet, «diese Gesetzestexte innert einem Jahr zu unterbreiten, um die Korrekturen anzubringen, welche die Praxis vielleicht diktieren würde.»

Angesichts der Verzögerung bei der Vollziehung dieser Verfahren durch die Gemeinden und der Publikation der ständigen Listen wird die Abänderung der Gesetzesplanung über das öffentliche Beschaffungswesen jedoch gleichzeitig mit den Anpassungen vorgeschlagen, die nach der Vollziehung der bilateralen Abkommen erforderlich sein werden.

KANTONSSTRASSEN UND FLUSSBAU

Die **Teilrevision des Strassengesetzes** ist am 1.1.1999 in Kraft getreten. Die Gemeinden beteiligen sich an den Baukosten der Kantonsstrassen mit einem Ansatz, der nach Abzug der Bundes-subsidien auf 25% festgesetzt wird.

Die **Klassierung und Deklassierung der Strassen** ist nach Ausführung der nötigen Wiederinstandstellungs- und Vermar-

kungsarbeiten wirksam geworden. Die Deklassierung von einigen Teilstrecken musste aus budgetären Gründen aufs Jahr 2000 verschoben werden.

Die **Rahmenbedingungen für die Subventionierung der schweizerischen Hauptstrassen durch den Bund** wurden 1999 merklich verändert. Das vom Bund entwickelte Stabilisierungsprogramm bringt folgende Änderungen: Senkung des Grundansatzes um 10 Punkte, Abschaffung der Beiträge für Bauprojekte unter 2,5 Millionen Franken sowie Verminderung des finanziellen Rahmens, der für das Nationalstrassennetz für die Periode 2000–2003 zur Verfügung gestellt wird.

Der Staatsrat reagierte im Sinne einer Wiedererwägung des angekündigten Mehrjahresprogrammes, um die geplanten prioritären und schon angesagten Bauobjekte verwirklichen zu können.

Die **Studien für die Hauptstrassen** im Goms (A19) gingen normal weiter. Die Wahl einer Lösung für die Umfahrung von Münster in Obergesteln konnte noch nicht getroffen werden. In den Vispertälern (A212, A213) läuft beim Tunnel am Stägijtschuggen nach der öffentlichen Ausschreibung das Plangenehmigungsverfahren.

Die definitive Lösung für die Umfahrungen von Stalden und Saas Grund wird noch überprüft. Die Umfahrung von St. Niklaus wurde genehmigt und steht in der Bauphase.

Die Umfahrung von Steg (A509) befindet sich nach Plangenehmigung durch den Staatsrat im Beschwerdeverfahren. Am Grossen St. Bernhard wird für die Umfahrung von Liddes und die Teilstrecke Fontaine-Dessous, oberhalb Orsières die Detailstudie für die öffentliche Ausschreibung weitergeführt. Im Chablais letztendlich (A144) konnte beim mehrere Kriterien enthaltenden Variantenvergleich zwischen dem ASTRA und den Kantonen Waadt und Wallis, den Gemeinden und den Interessierten ein zufriedenstellendes Projekt gefunden werden.

Nach mehrjährigem Unterbruch wegen Budgetzwängen wurden die **Studien von Verbauungen gegen Naturgewalten** 1999 wiederaufgenommen (Galerien an der A19, A509, Val d'Anniviers, und Val d'Hérens und A21 Grosser St. Bernhard).

Das **generelle Projekt der dritten Rhonekorrektur** erfuhr mit der Einreichung der Zwischenberichte Nr. 2 im März einen bedeutenden Fortschritt. Nachdem dieses Baudossier durch die Fachleute des Kantons und des Bundes geprüft wurden, werden sie zurzeit zu einem generellen Konzept zusammengefasst, das dem Grossen Rat unterbreitet wird, damit dieser die Grundsätze des Bauprojektes genehmigen kann, das eine dreifache Rhonesanierung vorsieht, nämlich im Bereich der Sicherheit, der Umwelt und der sozialwirtschaftlichen Aspekte.

Die **Studien über die Gefahrenkarten und Hochwasserschutzkonzepte** werden seit 1996 regelmässig fortgesetzt. Seit 2 Jahren läuft eine generelle Studie über Murgänge und Ende des letzten Jahres wurde ein bedeutendes Bauprojekt über den Illgraben gestartet.

Unterwallis

Die Strassen im Unterwallis wurden durch die ausserordentlichen Ereignisse im Jahre 1999, d.h. heftige Schneefälle im Februar und sintflutartige Regenfälle im Mai, besonders stark beschädigt. Dies waren glücklicherweise nur materielle Schäden und heute sind die meisten Schäden behoben.

Im Bereich des Strassenbaus gleicht die **Umfahrung von Monthey – Collombey** durch die neue Strasse A21mo einer grossen Baustelle mit Bauarbeiten, die sich auf der ganzen Teilstrecke verteilen. In Collombey haben unvermeidliche Störungen die örtlichen Strassenbenutzer beeinträchtigt. Diese Verwicklung verschlingt einen bedeutenden Teil der im Budget für die Sektion Unterwallis vorgesehenen Gelder.

Die **Umstrukturierung der T9** wurde insbesondere in Martinach mit dem Bau des Verkehrskreuzes Bahnhofstrasse - Av. du Léman

weitergeführt. Demnach weist die Durchfahrt der Stadt Martinach durch die T9 keine Kreuzung mit Ampeln mehr auf.

Auf der Strasse über den Grossen St. Bernhard (A21) sind die **Sanierungen zwischen Sembrancher und La Douay** am genannten Ort Combayon abgeschlossen und die Ausbesserung des Tunnels von Les Toules wird vor dem Sommer 2000 beendet.

Auf der Strasse Leytron – Ovronnaz im Rutschgebiet unter Montagnon wurden bedeutende Bauarbeiten unternommen, um die Hänge zu festigen und mehrere Teilstrecken wurden ganz neu erstellt. Die unternommenen Anstrengungen werden entsprechend den Ergebnissen der laufenden Studien zur Stabilisierung der oberflächlichen Zonen dieser Rutschung weitergeführt.

Die Umfahrung von Riddes für die Zufahrt nach Iséables und Mayens-de-Riddes wurde auf Ende des Jahres in Betrieb gesetzt, was den Verkehr innerorts von Riddes erheblich vermindert.

Mittelwallis

Der **Tunnel von Grimisuat** auf der Nord-Umfahrung von Grimisuat wurde am 3. November 1999 dem Verkehr übergeben.

Die **Nord-Umfahrung von Sitten** durch die A206a stellt die grösste Strassenbaustelle in dieser Region dar. Der erste Abschnitt, d.h. der **Tunnel von Platta** der Transversale Hérens–Platta bis La Sitterie wurde im November 1999 dem Verkehr übergeben. Der zweite Abschnitt dieser Strasse Sitten – La Muraz längs des Hanges von La Sitterie bis La Muraz Richtung Savièse steht im Bau und wird im Jahre 2001 eröffnet.

Wegen budgetären Zwängen seit einigen Jahren zurückgestellt, konnte der Bau von Lawinenschutzgalerien wieder aufgenommen werden.

Demnach wurden die Bauarbeiten an den **Galerien du Petit Pont** und **ausgangs des Tunnels nach Arolla** auf der Strasse Les Haudères – Arolla aufgenommen. Die **Galerie von Loverèche** bei Mottec auf der Strasse Sidiers – Vissoie – Zinal steht ebenfalls im Bau.

Oberwallis

Der Ausbau der **Furkastrasse** erfolgte gemäss dem erstellten Programm. Die laufenden Arbeiten wurden im Laufe des Jahres 2000 beendet.

Die **Umfahrung von Fiesch** (A19) wurde am 22. Juni 1999 dem Verkehr übergeben. Auf der A212 wurde der Ausbau der Brücke **Chessigraben I** beendet, während auf der **Chessigrabenbrücke II** der Ausbau begann. Auf der A212 (Neubrück, St. Michael, Pollern, Eisten, Saas Grund) wurden Sanierungsbauten ausgeführt.

Die Pläne der **Umfahrung von St. Niklaus** auf der A213 wurden im Herbst 1999 genehmigt. Die Umfahrung von Steg A509 wurde vom Staatsrat gutgeheissen. Es wurden jedoch zwei Beschwerden beim Kantonsgericht eingereicht.

Das im November 1998 zur öffentlichen Vernehmlassung ausgeschriebene Korrektionsprojekt «Stägjitschuggen» bildet Gegenstand von verschiedenen Beschwerden seitens von nicht regierenden Vereinigungen. Das Genehmigungsverfahren beim Bundesamt für Wald und Landschaft (BUWAL), bei den interessierten kantonalen Instanzen und den Beschwerdeführern sind im Gange.

Zur Verbesserung der Sicherheit im **Saas- und Nikolaital** sind mehrere Kunstbauten zu planen (Lawinenschutzgalerien in Breitmatten auf den Strassen Täsch – Zermatt und Embd – Derfji).

Im Bereich des Flussbaus erfolgten die Hauptanstrengungen in Zermatt und Saas Grund bei der **Korrektion der Vispa**. Nach den zahlreichen Lawinenniedergängen mussten in den Wasserläufen bedeutende Räumungsarbeiten vorgenommen werden.

1999 AUSGEFÜHRTE ARBEITEN

Strassen

1. Strasse 302 St-Gingolph – St-Maurice
Le Bouveret – Les Evouettes: Kreisel von Port-Valais
Durchfahrt von Monthey: Kreisel av. de France – rue du Fay
Monthey – Massongex: provisorischer Kreisel bei Les Ilettes
Durchfahrt von Massongex: verkehrsberuhigende Bauwerke
beim Südeingang der Ortschaft
Durchfahrt von St.Maurice: Ausbesserung der Kreuzung bei
der Nordeinfahrt
2. Strasse A21mo Umfahrung von Monthey und Collombey
Les Aunaires – Lapiaz: Allgemeine Baustelleninstallations-
plätze
3. Strasse A201 Monthey – Morgins
La Thiésaz – Les Crots: Wiederaufbau der talseitigen Unter-
stützung, 1. Teil
4. Strasse 317 Fayot – Crettex – Les Maisonnettes
Oertliche Verbesserungen der Strasse von «Les Bains de Val
d'Illicz»
5. Strasse 318 Val d'Illicz – Les Crosets
Oertliche Verbesserungen bei Drémieux
6. T9 St-Maurice – Brig
Durchfahrt von St. Maurice: Ausbesserung der Kreuzung
beim Südeingang
Durchfahrt von Martinach: Kreisel Rue du Léman – Bahn-
hofstrasse
7. Strasse A203 Martinach – La Forclaz – Châtelard
La Caffé – Ban du Fays: Wiederaufbau der Futtermauern
Tête Noire – Les Jours: Ausbesserung der Kreuzung von Tête
Noire
Durchfahrt von Trient: Ausbesserung der Kreuzung bei der
Einfahrt von Trient
8. Strasse A21 Martinach – Grosser St. Bernard
Sembrancher – La Douay: Ende der Fahrbahnverbreiterung in
Combayon
Orsières – Liddes: Verbreiterung der Kehre unterhalb Rive-
Haute, Zufahrt nach Fornex
Orsières – Liddes: Verbreiterung und Einspurstrecke bei
Fontaine-Dessus
Liddes – Bourg-St-Pierre: Abschluss der Kreuzung beim
Nordeingang von Bourg-St-Pierre
9. Strasse 96 Orsières – Ferret
Branche: Regenwasserkanalisation und Stabilisierung der
Strasseninfrastruktur
Durchfahrt von Prayon: Beginn der Verbreiterungsarbeiten
10. Strasse 94 Sembrancher – Villette – Verbier
Durchfahrt von Etiez: Ausbesserung der Kreuzungen
Durchfahrt von Villette: Kreisel von Les Fleurettes
Durchfahrt von Verbier: Abschluss des Kreisels der Place cen-
trale
11. Strasse 508 Vers l'Eglise – Châtaignier – Saxé – Mazembroz
Verdan – Châtaignier: Verbreiterung und Gehsteig
12. Strasse Nr. 74 Saxon – Sapinhaut – Col du Lin
Saxon – Sapinhaut: Kanalisationen Oberflächenwasser
13. Strasse Nr. 70 Leytron – Ovronnaz
Produit - Montagnon: Flicke: Ausgleichung der Oberfläche
des Rutsches und Wiederaufbau von Strassenteilstücken
Ovronnaz innerorts: Verbreiterung des Teilstückes Mortay –
La Chapelle

14. Strasse Nr. 84 Riddes – Mayens-de-Riddes
Umfahrung von Riddes: Verbreiterung des Teilstückes in der Ebene
Abschluss des Teilstückes im Hang
15. Strasse T9 St. Maurice – Brig
Wiederinstandstellung und Umstrukturierung innerorts und ausgangs Ost von Sitten
16. Strasse Nr. 60 St-Germain – Sanetsch
Gehsteige in La Crettaz
17. Strasse Nr. 61 St-Germain – Dröne – Grimsuat
Umfahrung Nord von Grimsuat
18. Strasse Nr. 63 Veyras – Miège
Gehsteige und Belag
19. Strasse Nr. 41 Vissoie – Grimentz – Moiry
Ausbesserung einer Kehre bei Vissoie und von zwei Kehren in Grimentz
20. Strasse A6 Gletsch – Grimselpass
Steinerkehr
21. Strasse A19 Brig – Furkapass
Umfahrung von Fiesch
22. Strasse A212 Visp – Saas-Grund
Korrektion in Pollern
Gehsteig in Ackersand

Kunstbauwerke

23. Strasse A21mo Umfahrung von Monthey und Collombey
Rhonebrücke – Boeufferrant: Viadukt für AOMC-Bahngleise
24. Strasse T9 St-Maurice – Brig
Durchfahrt von Vernayaz: Wiederaufbau der Platte der Brücke über den Trient
25. Strasse 94 Sembrancher – Villette – Verbier
Sembrancher – Etiez: Beginn der Sanierung der Brücke über die Drance
26. Strasse Nr. 93 Le Châble – Mauvoisin
Durchfahrt von Lourtier: Reparatur der Brücken von Lourtier, 1. Etappe
27. Strasse Nr. 63 Riddes – Aproz
Riddes: Wiederaufbau der Platte des Brückleins über die Fare
28. Strasse A206a Sitten – La Muraz, Platta d'En-Bas – La Sitterie
Tunnel von Platta, Tiefbau
 - a) Lose 3100 und 3101: Tunnel von Platta, Tiefbau
 - b) Los 3107: Kreisel und Gewölbe von La Sitterie
 - c) Lose 3102 und 3114: Nebenarbeiten
 - d) Lose 3120 bis 3128: elektrische Versorgung
 Tunnel von Platta, Elektromechanik
 - a) Los 3131: Ventilation
 - b) Los 3132: Hydrantennetz
 - c) Lose 3133 - 3138: Schwachstrom
 - d) Lose 3140 - 3144: Starkstrom
 - e) Los 3145: Brandwarnanlage

● AUSGEFUEHRTE ARBEITEN

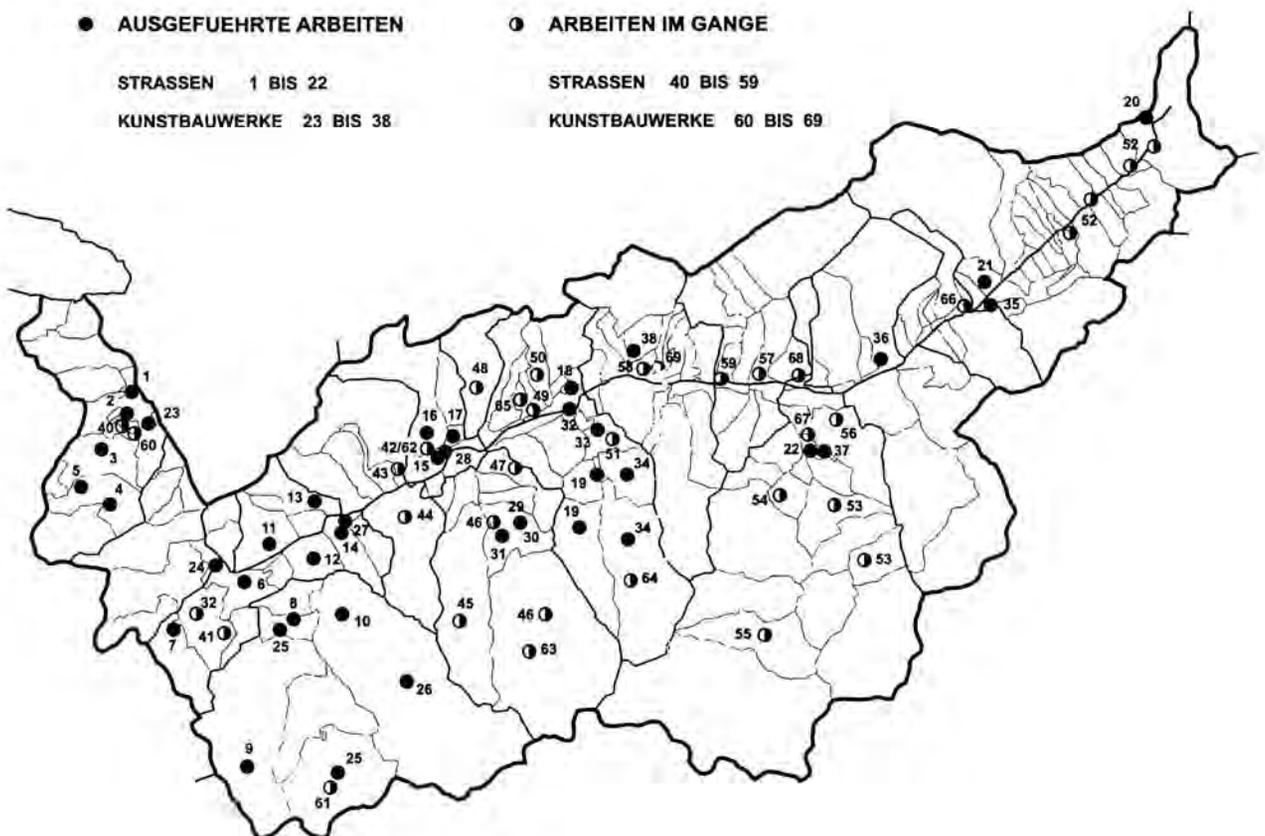
○ ARBEITEN IM GANGE

STRASSEN 1 BIS 22

STRASSEN 40 BIS 59

KUNSTBAUWERKE 23 BIS 38

KUNSTBAUWERKE 60 BIS 69



29. Strasse Nr. 54 Sitten – Les Haudères – Arolla: Sanierung Brücke und Halbbrücke von Praz-Jean
Brücke über den Wildbach «Melly»
30. Strasse Nr. 53 Bramois – St-Martin – La Crettaz
Sanierung der Brücke über den Wildbach von Liez oberhalb
31. Strasse Nr. 209 Praz-Jean – St-Martin
Brücke über den Wildbach von Mounir, in Liez
32. Strasse Nr. 44 Sitten – Bramois – Chippis
Rhonebrücke in Chippis
33. Strasse Nr. 40 Siders – Vissoie – Zinal: Sanierung Bogenbrücke der Petits-Pontis
Brücke und Halbbrücke von Les Croisettes
Brücke von Bois über die Navisence, in Ayer
34. Strasse Nr. 42 Vissoie – St-Luc – Chandolin
Sanierung einer Stützmauer und einer Halbbrücke in St-Luc
35. Strasse Nr. 4 Lax – Ernen – Binn – Fäld – Albrunpass
Brücke in Z'Brigg
36. Strasse Nr. 1 Naters – Blatten
Gemeinbrücke Bruchji
37. Strasse A212 Visp – Saas Grund
Brücke Chessigraben 1
38. Strasse Nr. 38 Leuk – Albinen – Leukerbad
Wernibrücke
50. Strasse Nr. 45 Siders – Montana – Crans
Gehsteig und Belagsarbeiten in La Combaz / Randogne
51. Strasse Nr. 42 Vissoie – St-Luc – Chandolin
Chandolin innerorts
52. Strasse A19 Brig – Furkapass
Ausbau auf der Furkastrasse
Münster innerorts
Ritzingen innerorts
53. Strasse A212 Visp – Saas Grund
Korrektion Chessigraben
Korrektion in Eisten
Gehsteig und Strassenkorrektion in Tamatten
Gehsteig in Zeläubin
54. Strasse Nr. 18 St. Niklaus – Grächen
Niedergrächen
55. Strasse A213 Illas – Täsch
Einfahrt in Altermänzen
56. Strasse Nr. 12 Visp – Visperterminen
Ausbau in Unterstalden
57. Strasse T9 St-Maurice – Brig
Raron
58. Strasse Nr. 38 Leuk – Albinen – Leukerbad
Ausbau
Umfahrung von Leuk
59. Strasse A509 Gampel – Goppenstein
Steg – Hochtenn

LAUFENDE STRASSENBAUARBEITEN

Strassen

40. Strasse A21mo Umfahrung von Monthey und Collombey
Lapiaz – La Torma: Ausbau der Kreuzung von La Torma
41. Strasse A203 Martinach – La Forclaz – Châtelard
La Caffè – Ban du Fays: Wiederaufbau von Futtermauern
42. Strasse A206a Sitten – La Muraz, La Sitterie – La Muraz
Los 3160: Strassenbau
43. Strasse Nr. 69 Pont-de-la-Morge – Aproz – Basse-Nendaz
Gehsteig in Châteauneuf
44. Strasse Nr. 62 Sitten – Nendaz
Durchfahrt von Baar
Eingang von Sornard
Gehsteig in Nendaz-Station, Le Cerisier
45. Strasse Nr. 55 Vex – Hérémente – Motôt
Gehsteig innerorts von Hérémente
46. Strasse Nr. 54 Sitten – Les Haudères – Arolla
Durchfahrt von La Lurette
Kreisel ausgangs von Evolène
47. Strasse Nr. 53 Bramois – St-Martin – La Crettaz
Kanalisation auf der Zufahrt von Nax
48. Strasse Nr. 58 Sitten – Botyre – Anzère
Gehsteig – Pralan – Anzère
49. Strasse Nr. 46 Siders – Chermignon – Crans
Gehsteig in Corin
60. Strasse A21mo Umfahrung von Monthey und Collombey
Les Aunaires – Lapiaz: Wanne und überdeckter Einschnitt
von Collombey, Sondierstollen des Tunnels von Collombey
61. Strasse A21 Martinach – Grosser St. Bernhard
Le Brocard – Le Borgeaud: Ersatz der Fahrbahnfugen
Bourg-St-Pierre – Tunnel: Sanierung des Tunnels von Les
Toules
62. Strasse A206a Sitten – La Muraz, La Sitterie – La Muraz
Los 3161: Unterführung des Weges von Pellier
63. Strasse Nr. 54 Sitten – Les Haudères – Arolla
Galerie von Petit-Pont
Galerie beim Tunnelausgang
64. Strasse Nr. 40 Siders – Vissoie – Zinal
Galerie von Loverêche in Mottec
65. Strasse Nr. 46 Siders – Chermignon – Crans
Fussgängerunterführung von Chermignon-d'En-Bas
66. Strasse A19 Brig – Furkapass
Brücke Deischbach
Nussbaumbrücke
67. Strasse A212 Visp – Saas Grund
Halbbrücke in Neubrück
Brücke St. Michael
Auskrugungsbauwerk in Huteggen
68. Strasse Nr. 167 Baltschieder – Eggerberg – Eggen
Schlüochtbrücke
69. Strasse Nr. 38 Leuk – Albinen – Leukerbad
Brücke Lirschygraben

Kunstbauwerke

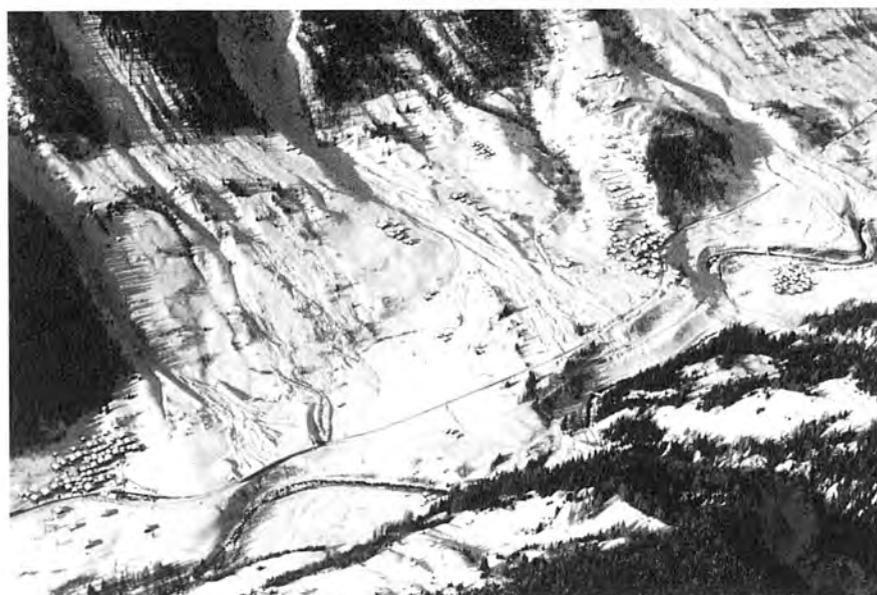


Lourtier





Orsières
Lawine von Issert
9 Februar 1999, ungefähr 15.00 Uhr



Blitzingen
26. Februar 1999

STRASSENARBEITEN IN DER STUDIENPHASE

Strassen

101. Strasse Nr. 263 St-Gingolph – Novel
St-Gingolph innerorts: Dossier der öffentlichen Vernehmlassung
102. Strasse A21 – A144 St-Gingolph – Le Bouveret – Rennaz
Le Bouveret – Les Evouettes – Rhonebrücke: Wiederaufnahme des allgemeinen Projektes 1: 1000
103. Strasse Nr. 302 St-Gingolph – St-Maurice
Kreisel Industriezone von Bouveret: Strassenstudien, Ausführungsprojekt
Kreisel von Les llettes: Strassenstudien, Ausführungsprojekt
104. Strasse Nr. 115 Aigle – Vionnaz
Kreisel Vionnaz-Süd: Strassenstudien, Dossier der öffentlichen Vernehmlassung
105. Strasse Nr. 112 Vouvy – Illarsaz – Monthey
Collombey-le-Grand – Corbier: Strassenstudien, Ausführungsprojekt
Monthey innerorts, Kreisel av. de l'Europe: Strassenstudien, Ausführungsprojekt
Illarsaz – La Chapelle: Strassenstudien, Ausführungsprojekt
106. Strasse A 201 Monthey – Morgins
Umfahrung von Collombey und von Monthey: Strassenstudien, Ausführungsprojekt
107. Strasse Nr. 111 Troistorrents – Champéry – Grand Paradis
Durchfahrt von Val d'Illic: Machbarkeitsstudie
108. Strasse Nr. 103 Evionnaz – Collonges – Dorénaz – Vernayaz
Kreuzung Eingang von Collonges: Dossier der öffentlichen Vernehmlassung
Kreisel von Dorénaz, Kreuzung Rhonebrücke und Steg: Dossier der öffentlichen Vernehmlassung
109. Strasse A 203 Martinach – Forclaz – Le Châtelard
Kreuzung von Tête Noire: Strassenstudien, Ausführungsprojekt
110. Strasse 341 Bahnhof von Les Marécottes – Trétien – Finhaut
Trétien – Finhaut: Strassenstudien, Ausführungsprojekt
111. Strasse A21 Martinach – Grosser St. Bernard
Galerie von Lavanchy: Dossier der öffentlichen Vernehmlassung
La Creuse – Fontaine-Dessous: Weiterverfolgung des allgemeinen Projektes 1: 1000
Le Queudray – Palazui (Umfahrung von Liddes): Weiterverfolgung des allgemeinen Projektes 1: 1000
112. Strasse Nr. 94 Sembrancher – Villette – Verbier
Dorf Verbier – La Luy: Strassenstudien, Ausführungsprojekt
Durchfahrt von Villette: Strassenstudien, Ausführungsprojekt
113. Strasse Nr. 71 Martinach – Fully – Saillon – Ardon
Brücke von Branson: Dossier der öffentlichen Vernehmlassung
Saillon innerorts, Kreuzung von Virottes: Strassenstudien, Ausführungsprojekt eines Kreisels
114. Strasse Nr. 67 Pont-de-la-Morge – Aproz – Basse-Nendaz
Pont-de-la-Morge – Châteauneuf: Strassenstudien, Ausführungsprojekt
115. Strasse Nr. 54 Sitten – Les Haudères
Durchfahrt von La Luette: Strassenstudien, Ausführungsprojekt
116. Strasse A206a Sitten – La Muraz
Umfahrung Nord von Sitten: Strassenstudien, Ausführungsprojekt
117. Strasse Nr. 45 Siders – Montana – Crans
Kreisel von Albert der Erste in Montana: Strassenstudien, Ausführungsprojekt
118. Strasse Nr. 42 Vissoie – St-Luc – Chandolin
Ausbau des Zentrums des Dorfes von St-Luc: Strassenstudien, Ausführungsprojekt
119. Strasse Niedergampel – Bratsch
Neue kantonale Verbindung: Machbarkeitsstudie
120. Strasse Nr. 38 Leuk – Albinen – Leukerbad
Albinen – Lirschigraben: Strassenstudien, Ausführungsprojekt
121. Strasse A509 Gampel – Goppenstein
Umfahrung von Steg/Gampel: Dossier der öffentlichen Vernehmlassung
Projekte Schintygraben und Stockgalerie: allgemeines Projekt 1: 1000, Dossier der öffentlichen Vernehmlassung
122. Strasse A 212 Visp – Saas Grund
Umfahrung von Stalden: allgemeines Projekt 1: 1000, Dossier der öffentlichen Vernehmlassung
123. Strasse A213 Illas – Täsch
Projekt Stägjitschuggen: Genehmigungsphase des Projektes
Projekt Ritigraben: Machbarkeitsstudie, geologische Forschungen
Umfahrung von St. Niklaus: Dossier der öffentlichen Vernehmlassung
124. Strasse A212 Visp – Saas Grund
Umfahrung von Saas Grund: allgemeines Projekt 1: 1000
125. Strasse T9 St-Maurice – Brig
Visp innerorts: Strassenstudien, Ausführungsprojekt
126. Strasse Nr. 1015 Brig West – Massabücke
Naters innerorts, Kreisel Lötschberg: Strassenstudien, Ausführungsprojekt
127. Strasse A19 Brig – Furkapass
Lax innerorts: Dossier der öffentlichen Vernehmlassung
Niederwald – Blitzingen: Strassenstudien, Ausführungsprojekt
Galerie Wilerbach: Dossier der öffentlichen Vernehmlassung
Umfahrung von Münster, Geschinen, Ulrichen und Obergesteln: allgemeines Projekt 1: 1000
128. Obergesteln innerorts: Dossier der öffentlichen Vernehmlassung
129. Strasse Nr. 165 Goppisberg – Greich
Neue Strassenverbindung: Dossier der öffentlichen Vernehmlassung
130. Strasse Nr. 1006 Riederalp – Bettmeralp
Bahnhof Riederalp – Gemeinde Goppisberg: Strassenstudien, Ausführungsprojekt

Neue Kunstbauwerke

201. Strasse A21mo St-Triphon – La Torma:
Rampen des AOMC-Viaduktes über Kreisel von Boeufferrant
Tunnel von Collombey
Galerie von La Torma

- 202. Strasse Nr. 103 Evionnaz – Collonges – Dorénaz
Steg über die Rhone in Dorénaz
- 203. Strasse A206a Sitten – La Muraz
Unterführung vom Chemin Pellier
- 204. Strasse Nr. 40 Siders – Zinal
Galerie von Loverèche
- 205. Strasse Nr. 38 Leuk – Albinen – Leukerbad
Brücke über den Lirschgraben
- 206. Strasse A509 Gampel – Goppenstein
Brücke Rottundorna über die Rhone
- 207. Strasse A509 Gampel – Goppenstein
Schintigalerie und Stockgalerie
- 208. Strasse A212 Vlsap – Saas Fee
Brücke über den Chessigraben 2
- 209. Strasse A 213 Illas – Täsch
Bauwerk Ritigraben
- 210. Strasse A 213 Illas – Täsch
Hundschipfenbrücke, St. Niklaus
Fussgängersteg, St. Niklaus
Neue Stockbrücke, St. Niklaus
- 211. Strasse Goppisberg – Greich
Stützmauern
- 212. Strasse A19 Brig – Furkapass
Galerie von Blitzingen

Unterhalt und Erhalt von Kunstbauwerken

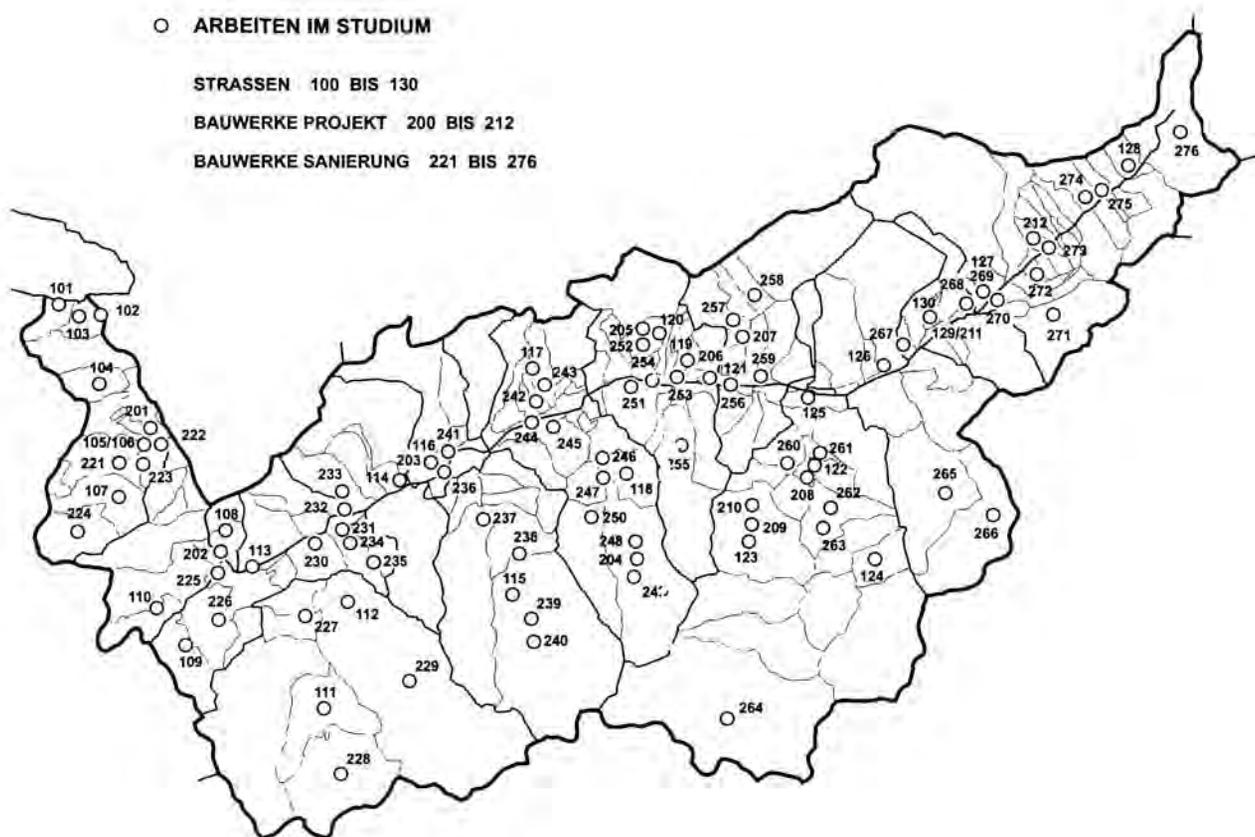
- 221. Strasse A201 Monthey – Morgins:
Brücke von Collaire
Kehrbrücke von Les Mayettes
Kehrbrücke von Vers Feux
Kehrbrücke von Les Crots
- 222. Strasse Nr. 109 Monthey – Choëx – Les Giettes
Brücke von Epenys über den Nant de Sepey
Brücke von Grand Clos über den Nant de Chandonne
Brücke von Choëx über den Nant de Chandonne
Brücke von Grand Clos über den Nant de Sepey
- 223. Strasse Nr. 314 Choëx – Troistorrents
Gewölbebrücke von Crétian
Brücklein über den Wildbach von Massillon
Brücke von Le Pas über die Vièze
- 224. Strasse Nr. 111 Troistorrents – Champéry
Brücke von Les Moulins über die Vièze
- 225. Strasse Nr. 102 La Bâtiatz – Salvan
alte Brücke von Gueuroz
- 226. Strasse A21 Martinach – Grosser St. Bernhard:
Schutzgalerie von Lavanchy
Fugen von 6 Bauwerken
- 227. Strasse Nr. 94 Sembrancher – Vilette – Verbier
Brücke über die Drance in Sembrancher

○ ARBEITEN IM STUDIUM

STRASSEN 100 BIS 130

BAUWERKE PROJEKT 200 BIS 212

BAUWERKE SANIERUNG 221 BIS 276



228. Strasse A21 Martinach – Grosser St. Bernhard
Ueberdeckte Strasse von Les Toules
229. Strasse Nr. 93 Le Châble – Mauvoisin
Brücke über den Wildbach von Lourtier
230. Strasse Nr. 72 Saillon – Saxon
Ueberführung Saillon – Saxon
231. Strasse Nr. 501 Riddes – St-Pierre-de-Clages
Brücke über den Kanal Sitten – Riddes
232. (T9) Riddes – Ardon
Brücke über die Losentze
233. Strasse Nr. 71 Martinach – Fully – Ardon
Brücke über die Losentze 2
234. Strasse Nr. 87 Riddes – Mayens de Riddes
Brücke über die Druckleitung
235. Strasse Nr. 512 Fey – Isérables – Le Rosselin
Halbbrücke von Les Auddes
236. Strasse Nr. 536 Sitten – Bramois
Rhônebrücke Ste-Marguerite
237. Strasse Nr. 54 Sitten – Les Haudères – Arolla:
Brücke über den Wildbach von Tsoupillis
Brücke über den Wildbach von Tsardonney
Halbbrücke von La Combe und von Tséna
Brücke von Sauterot
238. Strasse Nr. 54 Sitten – Les Haudères – Arolla
Brücke über den Wildbach von Melly
239. Strasse Nr. 54 Sitten – Les Haudères – Arolla
Gewölbebrücke über Martémo
240. Strasse Nr. 54 Sitten – Les Haudères – Arolla
zentrale Tunnelgalerie
241. Strasse Nr. 57 Platta – Mollignon
– Halbbrücke von Batassé
242. Strasse Nr. 615 Noës – Champsabé – Ollon
Halbbrücke von Champsabé
243. Strasse Nr. 45 Siders – Montana – Crans
Halbbrücke von Bluche
244. Strasse Nr. 607 Pramagnon – Grône – Bahnhof von Granges
Brücke von Granges über die SBB, Rhone und T9
Brücklein von Pramagnon über Derochtia
245. Strasse Nr. 49 Chalais – Noës:
Viadukt von Noës über die SBB und T9
Brücklein über den Grand Canal
246. Strasse Nr. 40 Siders – Zinal
Halbbrücke von Les Croisettes
247. Strasse Nr. 40 Siders – Zinal:
Halbbrücke von Croux, Vissoie
Brücke von Les Moulins, Vissoie
248. Strasse Nr. 40 Siders – Zinal
Brücke von Bois über die Navizence
249. Strasse Nr. 40 Siders – Zinal
Brücke von Mottec über die Navizence
250. Strasse Nr. 41 Vissoie – Grimontz – Staumauer von Moiry
Halbbrücke von Fortuna
Brücklein über die Freintze
251. Strasse T9 St-Maurice – Brig
Brücke über den Illgraben, Susten
Viadukt von Susten
Auskragungsbauwerk von Susten
252. Strasse Nr. 38 Leuk – Albinen
Trittjalerie
253. Strasse Nr. 700 Leuk – Bratsch – Erschmatt
Bogenbrücke über den Feschelbach
254. Strasse Nr. 26 Turtmann – Niedergampel – Gampel
Brücke von Getwing über die Rhone und SBB
255. Strasse Nr. 183 Turtmann – Oberems
Unterführung Druckleitung Unterems
Unterführung Druckleitung Oberems
256. Strasse A509 Gampel – Goppenstein:
Brücke von Gampel-Steg über die T9, SBB und Rhone
Lonzabrücke Steg-Gampel
257. Strasse Nr. 24 Goppenstein – Blatten:
Faldungalerie
258. Strasse Nr. 24 Goppenstein – Blatten:
Brücke über den Wilerbach
Brücke über den Tännbach
259. Strasse Nr. 22 Turtig – Raron
Rottenbrücke, Raron
260. Strasse Nr. 17 Stalden – Bürchen
Brücke über den Walschgrabu 5
261. Strasse A212 Visp – Saas Fee
Brücke St. Michael
Brücke von Chimatta
262. Strasse Nr. 805 Eisten – Bifig
Kehrbrücke von Zen Schmiden
Kehrbrücke Bifig 1
Kehrbrücke Bifig 2
Kehrbrücke Bifig 3
263. Strasse A212 Visp – Saas Fee
Halbbrücke von Huteggen
264. Strasse Nr. 13 Täsch – Zermatt
Halbbrücke von Lügelti
265. Strasse Nr. 905 Egga – Simplon Dorf
Brücke über den Senggibach
266. Strasse Nr. 166 Gondo – Zwischbergen
Brücke über den Metje
267. Strasse Nr. 162 Bitsch – Riederalp
Durchfahrt des Wildbaches von Bitsch 3
268. Strasse A19 Brig – Furka:
Brücklein über den Teifebach, Filet
Halbbrücke von Filet
Brücken von Nussbaum
Brücke Kupferboden
269. Strasse A19 Brig – Furka
Bogenbrücke über den Deischbach
270. Strasse Nr. 4 Lax – Ernen – Binn
Brücke über den Alterbach, Ernen
271. Strasse Nr. 4 Lax – Ernen – Binn
Brücke über die Binna 3, Binn
Brücke über den Englischbach, Binn

272. Strasse Nr. 153 Ernen – Steinhaus
Brücke über den Milibach, Mühlebach
273. Strasse Nr. 1013 Blitzingen – Bodmen
Rhonebrücke in Bodmen
274. Strasse A19 Brig – Furka
Brücke über den Münstigerbach, Münster
275. Strasse A 19 Brig – Furka
Brücklein über den Geschinerbach
Brücklein über den Niederbach
Brücklein über den Oberbach
276. Strasse A19 Brig – Furka
Brücke über den Muttbach
Brücke über den Belvédèrebach 1
Halbbrücke Galenkehr

Mit Kunstbauten zusammenhängende Tätigkeiten

- Entwicklung, Bereinigung und Bewirtschaftung der informatisierten Kunstbauten.
- Periodische Ueberwachung und Inspektion der Kunstbauten.
- Expertisen und Spezialinspektionen.
- Vorbereitung der Verfahren zur Auftragserteilung
- Lang- und kurzfristige Planung der Studien sowie der Wiederinstandstellungs- oder spezialisierten Unterhaltsarbeiten.
- Bauleitung und Kontrolle der Studien der Kunstbauwerke
- Ueberprüfung zur Vormeinung von 63 schweren Spezialtransporten, Anweisungen zu deren Durchführung und in den meisten Fällen Begleitung durch einen Spezialisten für Kunstbauwerke
- Beendigung und Inbetriebnahme eines informatisierten Programmes für die Kontrolle von Spezialtransporte.
- Kontrolle der Tragfähigkeit der Bauwerke in der Hinsicht zur Aufhebung der Tonnagebegrenzung für einige Strassen
- Beendigung des Inventars der bestehenden Tonnagebegrenzungen auf den kantonalen Strassen und Erstellung von Karten zu deren Darstellung.

WASSERFÜHRUNG

Nach den katastrophalen Lawinenniedergänge zu Jahresbeginn waren es die Wildbäche die von sich zu sprechen machten, hauptsächlich während des Festes «Himmelfahrt». Murgänge, Auflandungen von Wildbächen, Dammerosionen, Überschwemmungen; diese Unwetter suchten den ganzen Kanton heim, aber insbesondere das Mittelwallis. die am stärksten betroffenen Gemeinden sind Albinen, Grimentz, Ayent, Bagnes und Champéry. Der Gesamtkostenpunkt der Wiederinstandstellungsarbeiten und der daraus resultierenden Projekte belaufen sich auf mehr als 25 Millionen Franken. Der kantonale Beitrag wird auf über 9 Millionen Franken geschätzt. Um diesen unvorhergesehenen Ausgaben Herr zu werden, wurde durch den Grossen Rat einen Zusatzkredit von 6.2 Millionen zugesprochen und die Budgets wurden für das Jahr 2000 um 2 Millionen und für 2001 um 1 Million aufgestockt.

Ausgeführte Arbeiten

301. Rhone, Oberwald:
Blockwurf
302. Vispe, St. Niklaus
Blockrampe und Blockwurf
303. Lonza, Steg/Gampel
vorgezogene Massnahmen
304. Losentze und Zuflüsse, Chamoson
Flussrinne von Sizerantze

Arbeiten in Ausführung

305. Rhone, Filet/Bister
Blockrampe und Blockwurf
306. Vispe, Saas Grund
Wiederinstandstellung nach Unwetter
307. Vispe, Zermatt
Wiederinstandstellung nach Unwetter
308. Dala, Leukerbad
Blockrampe und Blockwurf
309. Tracuit, Ayer
Kiesfang
310. Sitter, Sitten
Wiederinstandstellung der Mauern
311. Wildbach von Verbier II
Flussrinne
312. Wildbach von St-Barthélémy, Mex, Evionnaz, St-Maurice
– Sanierung der Sperre A

Arbeiten in der Studienphase

313. Rhone Obergesteln
Wiederinstandstellung nach Unwetter
314. Rhone Biel – Selkingen
Wiederinstandstellung nach Unwetter
315. Kelchbach Naters
Schutzkonzept
316. Saltina + Gamsa + Grosser Graben, Brig
Schutzkonzept
317. Täschbach Täsch
Schutzkonzept
318. Lättgraben Täsch
Ausdohlung
319. Ritigraben St.Niklaus, Grächen
Schutzkonzept
320. Vispe Randa
Murgangprojekt
321. Vispe Visp
Schutzkonzept
322. Rhone Bitsch – Susten
Dritte Korrektion

323. Lonza Gampel/Steg
Schutzkonzept
324. Meretschibach Agarn
Kiesfang und Flussrinne
325. Dala Leukerbad
Blockwurf und Rampen
326. Illgraben
Schutzkonzept gegen Murgänge
327. Rhone Pfyen
Materialbewirtschaftung
328. Navizence Chippis
Wiederinstandstellung der Mauern
329. Monderèche
Korrektionsprojekt
330. Grimenz
Korrektion des Wildbaches von Marais nach Unwetter
331. Borgne Bramois
Schutzkonzept
332. Wildbach von Tzénaz, Hérémece
Schutzkonzept
333. Sitter Sitten
Schutzkonzept
334. Ayent
Korrektion der Wildbäche von Anzère nach Unwetter
335. Rhone Chippis – Chamoson
Dritte Korrektion

336. Leytron
Schutzkonzept
337. Rhone Chamoson – Dranse
Dritte Korrektion
338. Dranse Entremont
Schutzkonzept
339. Dranse Martinach
Schutzkonzept
340. St.Barthélémy und Mauvoisin, Mex, Evionnaz, St-Maurice
Schutzkonzept und Sanierung der Sperre A
341. Wildbäche von Val d'Illiez
Gefahrenkarten
342. Wildbäche von Vionnaz, Vionnaz
Schutzkonzept

Unterhaltsarbeiten der Wasserläufe

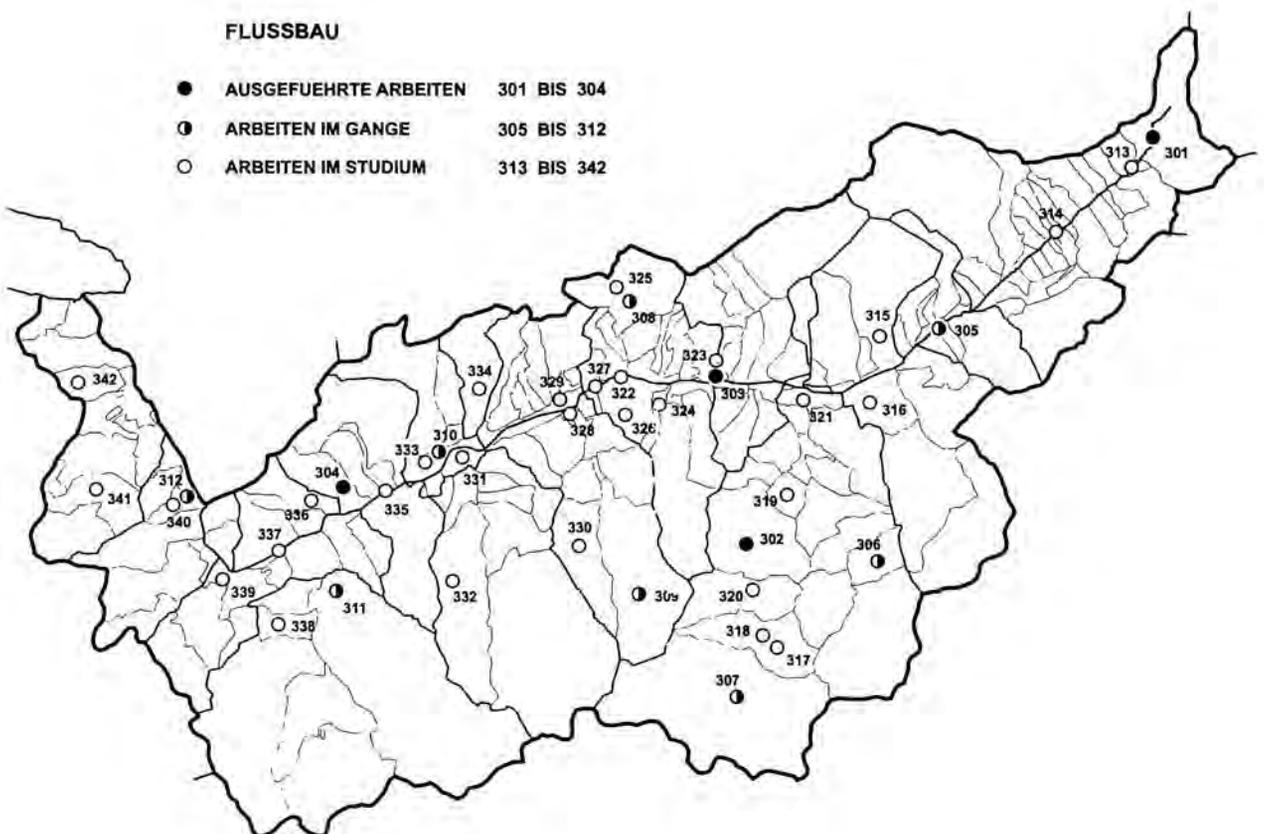
Bemerkung

Die Unterhaltsarbeiten im Verlaufe des Jahres 1999 betragen ungefähr 5.16 Millionen Franken.

Wasserläufe	Kosten der Arbeiten	Ordentlicher Beitrag	Abgestufte Subvention
Rhone, Genfersee	1'025'308.40	512'654.20	205'061.70
Bouveret-Hafen	—	50'000.—	—
Wildbäche	2'572'625.80	1'286'312.95	30'617.35
Kanäle	1'557'895.75	778'947.90	40'935.45
	5'155'829.95	2'627'915.05	276'614.50

FLUSSBAU

- AUSGEFUEHRTE ARBEITEN 301 BIS 304
- ⊙ ARBEITEN IM GANGE 305 BIS 312
- ARBEITEN IM STUDIUM 313 BIS 342



Unwetter 1999

Im Rahmen der Unwetter 1999 haben die Gemeinden ca. 5.7 Millionen Franken zur Sanierung ihrer Wasserläufe investiert. Die sofortige Hilfe des Kantons betrug 50% der Kosten, d.h. 2.85 Millionen Franken.

NATIONALSTRASSEN

(siehe Controllings-Bericht)

UNTERHALT

Allgemeine Bemerkungen

Die Bewirtschaftung des Kantonsstrassennetzes umfasst:

- 99,8 km Nationalstrassen A9
 - 57,1 km in der Talebene
 - 44,2 km Simplon
- 215,9 schweizerische Hauptstrassen
 - A 6 Gletsch – Grimsel
 - A 19 Brig – Furka
 - A 201 Monthey – Morgins
 - A 203 Forclaz
 - A 21 Grosser St. Bernhard
 - A 212 Visp – Saas Grund
 - A 213 Illas – Täsch
 - A 509 Gampel – Goppenstein
 - A 301 St-Triphon – Collombey
 - A 206a Champsec/Sitten – La Muraz

1846,2 km Kantonsstrassen, aufgeteilt in:

- 212,8 km Hauptstrassen in der Ebene
- 187,5 km Hauptstrassen im Gebirge
- 113,2 km Nebenstrassen in der Ebene
- 1115,9 km Nebenstrassen im Gebirge
- 216,8 km kantonale Wege

Das Dossier «Klassierung und Deklassierung der Strassen» ist in Ausführung begriffen. Nach Annahme durch den Grossrat wird das kantonale Strassennetz leicht abgeändert.

Die Umfahrung von Siders (A9), Teilstück Siders West – Siders Ost, wurde am 18.11.1999 dem Verkehr geöffnet.

Kantonsstrassen

Die Hauptalpenpässe wurden an folgenden Daten eröffnet und geschlossen:

	Oeffnung	Schliessung
Furkapass	11.06.99	03.11.99
Grimselpass	16.06.99	08.11.99
Nufenenpass	11.06.99	06.11.99
Grosser St. Bernhard	01.06.99	06.10.99 Seite Italien 01.11.99 Seite Italien + CH

Die Schneeräumung und das Salzen bilden die Hauptaufgaben des Winterdienstes. Die Wintersicherheit auf dem gesamten Kantonsgebiet wird dank folgender Mitarbeit gewährleistet:

- 130 konzessionierte Unternehmungen (oder private Fahrzeuge) zur Schneeräumung

- 70 konzessionierte Unternehmungen (oder private Fahrzeuge) zum Sanden und Kiesen

Für Salz- und Sandstreuung,

was Kosten (4.3 Mio 1997; 5.3 Mio 1998) verursacht, welche entsprechend den Wetterlagen variieren, wie etwa der Salzgebrauch zur Glatteisbekämpfung.

Im Jahre 1999 wurden 10602 Tonnen Salz verbraucht (8552 T 1998), wovon 4565 Tonnen lediglich für die Periode November und Dezember 1999.

Im Jahre 1999 wurden mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen (GöB von 23. Juni 1998) und der Verordnung über das öffentliche Beschaffungswesen (VöB) vom 26. Juni 1998 die Verträge für den Winterdienst nachgeführt.

Das Jahr 1999 mit seinen Unwettern vom Monat Februar war ein besonders schwieriges Jahr. Die ausserordentliche Wetterlage erforderte die Einsetzung der Katastrophenzelle (KAZE) und des zivilen Führungsstabs.

Die bedeutenden Schäden, welche die Unwetter vom Februar 1999 verursachten, bildeten Gegenstand einer besonderen Analyse. Eine adhoc-Arbeitsgruppe reichte dem Staatsrat einen ausführlichen Bericht über die aussergewöhnlichen Ereignisse (Bilanz der Februar-Unwetter 1999 vom 20.08.1999) ein.

Um den erhöhten Bedürfnissen, die zur Wiederinstandstellung des Strassennetzes erforderlich waren zu begrenzen, wurden Nachtragskredite gesprochen.

Nationalstrassen

Trotz eines schwierigen Winterdienstes, konnte der laufende Unterhalt der Nationalstrassen mit den gewöhnlichen Mitteln befriedigend ablaufen. Die Bewirtschaftungsarbeiten der Nationalstrassen werden bis zu 88% des Jahresergebnis subventioniert, das sich aus der Betriebsbuchführung ergibt, welche von Auszahlung der Schlussabrechnung dem ASTRA zur Genehmigung unterbreitet wird.

Es stehen drei Werkhöfe in Betrieb, nämlich Indivis und Siders für die 57 Kilometer lange Autobahn A9 in der Talebene und Simplon-Dorf für die 42.35 Kilometer lange Nationalstrasse N9 am Simplon. In Gamsen wird bis zur Betriebsaufnahme des Werkhofs Brig ein vorübergehender Stützpunkt betrieben.

Die Bauprojekte für den Werkhof Brig wurden im Rahmen eines Wettbewerbs im November 1998 eingehend geprüft. Die Studienaufträge wurden vergeben und die Baukredite gesprochen. Die Eröffnung ist für 2002 vorgesehen.

Uebersicht der wesentlichsten Bewirtschaftungskosten

Betrag pro KmF (kmF, d.h. km, der den Nebeninstallationen – Anschlüssen, Rastplätzen, usw. Rechnung trägt) mit Vergleich der mittleren Schweizer/Werte (Indizien Bewirtschaftung 1998):

		Fr./KmF – VS	Fr./KmF – CH
A9	Teilstücke offen,		
	4 Fahrbahnen		
	– St. Maurice – Vétroz	52'476.—	77'800.—
	– Vétroz – Siders	59'175.—	59'175.—

A9 Teilstücke in Tunnel, 2 durchlüftete Röhren		
– Galerien von St.Maurice	230'236.—	
– Galerien von Champsec/Sitten	271'839.—	271'165.—
A 21 Tunnel Mont-Chemin,		
1 durchlüftete Röhre	129'639.—	148'207.—
N9 - Teilstücke offen, 2 Fahrbahnen		45'508.—
– Brig – Simplonpass	41'249.—	
– Simplonpass – Landesgrenze	45'391.—	

Die Wintersicherheit wird auf dem Strassennetz in der Talebene mit eigenen Mitteln und am Simplon unter Mithilfe von 4 konzessionierten Unternehmungen bestritten. Der erste Einsatz zur Schneeräumung und Salzstreuung erfolgt am 18. November 1998, die letzte Schneeräumung am 9. März 1999 und die letzte Salzstreuung in der Talebene am 15. April 1999.

1999 hat sich die gestreute Salzmenge gegenüber dem Vorjahr verdoppelt (997 Tonnen Salz auf der Talautobahn).

Zudem verfügen wir auf der Simplonachse über mehrere meteorologische Stationen und Beobachtungsposten, die im Winter 98/99 am Simplonpass kumulierte Schneefälle von 6.65 m registrierten. Der letzte Schneefall (60 cm) wurde am 15. und 16. April in Simplon-Dorf beobachtet. Wegen Schneefällen und den im Winter 1998/99 registrierten ausserordentlichen Lawinengefahren wurde die Simplonstrasse vorübergehend mehrmals für Sattelschlepper mit Anhängern gesperrt.

Der Sommerverkehr wird unweigerlich mehr und mehr durch Unterhalts- und Erneuerungsarbeiten gestört. Dabei ist insbesondere zu verzeichnen:

- die Sanierung der Bauwerke (Riddes, St.Maurice);
- die Strassenbelagserneuerung (Saxon – Riddes);
- diverse Sanierungen, Beläge und Kunstbauwerk-Sanierungen (Simplon).

1998 wurde zwecks effizienter und leistungsfähigerer Rationalisierung und Organisation der Auszahlung der Bundesbeiträge durch das ASTRA das «Benchmarking» (Bewirtschaftungsinstrument) eingeführt. Die ersten Ergebnisse vermitteln uns die Unterhaltskoeffizienten bei der Strassenreinigung, dem Unterhalt der Grünflächen und dem technischen Dienst. Demnach kann man einen Referenzindex pro Tätigkeit und Werhof erlangen.

Signalisation

Die Sektion Logistik-Unterhalt erstellt und unterhält in Zusammenarbeit mit den Gemeindeverwaltungen und privaten spezialisierten Unternehmungen die gesamte Vertikalsignalisation und nimmt die Markierungen vor. Im Jahre 1999 haben 11 Unternehmungen für etwa Fr. 453'145.— Strassenmarkierungen vorgenommen.

Die DSFB hat mit ihren eigenen Mitteln vorgenommen:

	Kilometer	Beträge (gemäss Durchschnittspreis)
Strassenachsenlinien	535.0 km	Fr. 1'524'661.—
Randlinien	208.3 km	
Gelbe Linien, Fahrradstreifen	5.1 km	Fr. 20'712.—
Verschiedenes (Inseln, Pfeile, Haltestellen, usw.)		Fr. 75'162.—

Es wurden Strassenmarkierungen für Fr. 160'920.— innerorts von Ortschaften (50 % zu Lasten der Gemeinden) ausgeführt.

Kantonale Strassensignalisationskommission (KSSK)

Der Chef der Sektion Logistik-Unterhalt hat den Vorsitz der KSSK. Im Jahre 1999 trat die Kantonale Strassensignalisationskommission 48mal zusammen und behandelte 1340 Dossiers. Die einkassierten Gebühren belaufen sich auf Fr. 78'120.—.

Die Bewirtschaftung des Signalisationskatasters wird informatisiert. Die Einsichtnahme der genehmigten Dossiers, die Nachführung der Signalisation erfolgt von Hand auf archaische Art und Weise. Die Datei «ROUTIMAGE» wird im Rahmen des allgemeinen Projektes STRADA installiert. Zur Festlegung einer Dateidatenbank ist eine bedeutende Arbeit notwendig (Aufnahme und Eingabe der Signalisation). Hiefür ist eine Verstärkung der Zelle der KSSK unbedingt notwendig. Dank dieser Informatisierung könnte man die Werbung längs der Strassen, welche gegenwärtig infolge fehlender Mittel auszuwuchern droht, unter Kontrolle bekommen.

Logistik

Ausrüstung

Die Ausrüstung der Werkhöfe und Unterhaltskreise ist fast vollendet. Die Materialerhaltung und der Materialersatz sind zurzeit die prioritären Aufgaben entsprechend den jährlich hierfür zugesprochenen finanziellen Mitteln. Der Maschinenpark umfasst:

- 36 leichte Motorfahrzeuge
- 59 Jeeps
- 33 Busse und kleine Lastwagen
- 16 schwere Motorfahrzeuge
- 136 Salztreuer (wovon 85 tragbar und 51 angetrieben)
- 202 Schneepflüge (wovon 180 für schwere Motorfahrzeuge und 22 für leichte Motorfahrzeuge)
- verschiedene Baumaschinen und Geräte (Kompressoren, Anhänger, Mähmaschinen, Auflader, usw.)

Dienststelle für Hochbau, Denkmalpflege und Archäologie

(Hochbau siehe Controlings-Bericht)

HEIMATSCHUTZ

Vormeinungen:

Die Unterkommission für Heimatschutz wirkt als konsultatives Organ. Sie behandelt auf Anfrage kantonaler Amtsstellen die sie betreffenden Sachgeschäfte im Sinne des Schutzes und der Werterhaltung unseres kulturellen Erbgutes. Ausserdem steht die Kommission auch für privat-rechtliche Organisationen und Einzelseigentümer von Bauprojekten mit ihrer Beratung zur Verfügung. In zahlreichen Beratungen für Sanierungsprojekte hat sie 1999 Vormeinungen für 524 Objekte erstellt. Hievon waren allein 435 für die kantonale Baukommission. Dies zeigt eine Zunahme von 11% gegenüber 1998.

Kantonale Subventionen:

Auf dem Gebiet der Subventionen wurden Beiträge für Restaurationen, Renovationen und Dacheindeckungen in Steinplatten oder Schindeln zugesprochen; der zugesicherte Betrag entspricht Fr. 260'000.— für 29 Beitragsgesuche. Subventionszahlungen wurden in Höhe von Fr. 370'000.— für 28 getätigt. (27% Oberwallis, 73% Unterwallis). Bei unseren Subventionen handelt es sich normalerweise um Objekte in schützenswerten Gebieten deren historische Substanz eine besondere Aufmerksamkeit abverlangt. — Die Subvention entspricht im Prinzip der Kostendifferenz zwischen einem normalen Unterhalt gegenüber der nach den Regeln des Heimatschutzes durchgeführten Restauration solcher Objekte in schützenswerten Gebieten; dies entspricht in etwa dem Mehraufwand.

Bundeshilfe:

Im Berichtsjahr 1999 leistete der Bund über sein Amt für Kultur Subventionen in der Höhe von Fr. 651'049.— für 46 Objekte.

Die Erhaltung der historischen Bausubstanz unseres Kantons geschieht einmal durch eine finanzielle Unterstützung, zum andern durch eine vollkommene Information hinsichtlich der Bedürfnisse und Mittel für die Erhaltung, wie auch durch die oben erwähnte Sensibilisierung hinsichtlich der kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung unseres gebauten und schützenswerten Erbgutes

DENKMALPFLEGE

Betreute Objekte:

Die Anzahl der vom Amt für Denkmalpflege im Jahre 1999 betreuten Schutzobjekte belief sich auf 47, wovon 27 auf den Sakralbau und 20 auf den Profanbau entfielen. Hinzu kamen 22 Bauten, bei denen die Denkmalpflege beratend mitwirkte (14 Sakral- und 8 Profanbauten). Unabhängig von der Anzahl der subventionierten Objekte zeigt sich seit mehreren Jahren ein ausgeprägtes Bedürfnis nach fachlichem Beistand im Zusammenhang mit unserem baulichen Erbe.

Als Schwerpunkte unserer Tätigkeit im Berichtsjahr sind zu erwähnen die abgeschlossenen Restaurierungen der Pfarrkirche St. Theodul in *Iséables* und des Manoirs in *Martigny*. Unter den laufenden Restaurierungen besonders zu erwähnen sind diejenigen der Antoniuskirche in *Brig* sowie des Hauses La Pontaise in *Ardon*. An den in Vorbereitung befindlichen Restaurierungen sind diejenigen der Peterskirche in *Münster* sowie des alten Priorates in *Bourg-Saint-Pierre* zu nennen.

Unterschutzstellungen:

Im Berichtsjahr konnten 8 neue Objekte unter Schutz gestellt werden:

- *Ardon*, Haus La Pontaise (Kat.-Nr. 3028);
- *Brig*, Antoniuskirche;
- *Chamoson*, Haus Maye in Saint-Pierre-de-Clages (Kat.-Nr. 97, folio Nr. 9);
- *Erschmatt*, Kreuzkapelle;
- *Lens*, Pfarrkirche Saint-Pierre;
- *Martigny*, Kapelle Saint-Jean in Martigny-Croix;
- *Niederwald*, Beinhaus;
- *Visp*, Zuberhaus (Kat.-Nr. 24), Wohnung Vouillamoz.

Damit erhöht sich die Zahl der kantonalen Schutzobjekte auf 505.

Kantonale Subventionen:

Gegenüber dem ordentlichen Restaurierungskredit des Vorjahrs hat sich derjenige von 1999 erfreulicherweise um Fr. 100'000.— auf Fr. 900'000.— erhöht.

Die durch Staatsratsbeschlüsse bestätigten neuen finanziellen Verpflichtungen des Amtes für Denkmalpflege beliefen sich im Berichtsjahr auf Fr. 900'000.—. Zusammen mit den Altlasten ergeben sich daraus Subventionszusagen in der Höhe von Fr. 1'121'292.—. Die Subventionszahlungen in der Höhe von Fr. 640'082.— wurden 1999 auf 32 Objekte verteilt.

Loterie romande:

Wie im vorhergehenden Jahr hat sich die Loterie romande auch 1999 in grosszügiger Weise, d.h. mit Fr. 550'000.— (61%), an dem der Denkmalpflege zur Verfügung stehenden Restaurierungskredit beteiligt.

Bundeshilfe:

Im Berichtsjahr leistete der Bund über sein Amt für Kultur Subventionen in Höhe von Fr. 1'542'766.— an 14 Objekte, wovon eine Teilzahlung von Fr. 292'802.— an die Instandsetzung der Kirchenburg Valeria.

Zudem leisteten die Experten und Konsulenten der Eidgenössischen Kommission für Denkmalpflege sowie des Instituts für Denkmalpflege der ETH Zürich und der EPF in Lausanne wertvollen fachlichen Beistand.

ARCHÄOLOGIE

Archäologische Ausgrabungen:

Was die archäologischen Funde betrifft, war das Jahr 1999 relativ ruhig; dies insbesondere wenn man die wichtigen Untersuchungen von *Gamsen*, unmittelbar neben *Brig*, separat betrachtet. Letztere wurden durch die Dienststelle für Strassen- und Flussbau, Sektion Nationalstrassen, getragen. Nach zwölf Ausgrabungskampagnen (1988-1999), wurden die Terrainarbeiten unterbrochen; die Ausarbeitung der Ergebnisse wird in den folgenden Jahren, bis zur Publikation weiter verfolgt.

- In *Glis* (Gemeinde Brig-Glis) konnte eine rasche Intervention an der Napoleonstrasse das vermeintliche Vorhandensein einer gallo-römischen Villa widerlegen. Die seit 1958 bemerkten Überreste gehören eigentlich zu Bauten des 17. Jh., die später überarbeitet worden sind.
- Im Rahmen der IVS (Inventar historischer Verkehrswege der Schweiz), haben Prospektionen auf alte Wegstrecke der *Albrunnen- (Binntal) und Simplonpässe* mehrere verlorene metallische Objekte geliefert. Die ältesten sind drei Münzen aus dem 3. Jh. Zwei Münzen, die am Simplonpass gefunden worden sind, stammen aus dem 15., bzw. 19. Jh.
- Grabungsergänzungen zu den Rettungsgrabungen aus dem Jahr 1998 in *Oberstalden*, Gemeinde Visperterminen, haben grundsätzliche Informationen über die Lage der frühhistorischen und römischen Siedlungen geliefert.
- In *Bramois* (Sitten), hat die Überwachung einer Baustelle zur Entdeckung und Teilausgrabung einer neuen frühhistorischen

archäologischen Stätte geführt. Entdeckt wurden mehrere Befunde, wie ein Ofen, eine Palisade und eine Grabstelle aus der Neolithzeit, sowie eine Vielzahl von ganz neuen Steinobjekten, dessen Studium (zu unternehmen) viel verspricht. Im Geländeschnitt ist eine aus der zweiten Eisenzeit zurückzuführende Grabstelle mit «Walliser» Knöchelringen aufgedeckt worden. Sie wurde einheitlich entnommen.

- In *Sitten* wurden infolge von Erdarbeiten im Rahmen des Wiederaufbau der Schule Don Bosco in Platta vertikal- und kreisförmiggestellte Steine entdeckt, die wahrscheinlich zu einem frühhistorischen Tumulus gehören. Eine der umgebenden Grabstätten enthielt reiche Befunde aus der ersten Eisenzeit.
- Oberhalb der Ingenieurschule von *Sitten* haben die Erdarbeiten für eine neue Umfahrungsstrasse zu der Entdeckung einer Fundstelle geführt, die bis an die Zeitgrenze zwischen Bronzezeit und Eisenzeit zurückzuführen ist.
- Auf dem *Plan de Barasson*, am Pass Grand Saint-Bernard, haben einige Sondierungsarbeiten der Universität Stanford (USA) gezeigt, dass fast nichts aus einer römischen Hütte übrig blieb, die von einem nicht bewilligten Prospektor anfangs der 70er Jahre verwüstet worden ist.
- Die 1987 gefundene Höhle in *Taney* (Vouvry), wurde gemäss Auftrag der kantonalen Museen neu analysiert. Diese Studie konnte bestätigen, dass diese Höhle vor der letzten Eiszeit (etwa 35'000 vor Christus) von Bären und Menschen bewohnt wurde (jedoch nicht zu gleichen Jahreszeiten). Bis heute, ist sie die älteste Spur der menschlichen Besiedlung im Wallis.

Ausarbeitungen:

Zahlreiche Ausarbeitungen von neuern oder ältern Forschungen wurden unternommen oder fortgesetzt. Sie betreffen, unter anderen, die Fundstellen von *Barmaz* in Collombey-Muraz, *Petit-Chasseur*, *Sous-le-Scex* und *St. Theodulskirche* in Sitten, vom *Mithraeum* und *Pfarrkirche* in Martigny, sowie von den antiken Thermen in *Massongex*. Diese Ausarbeitungen werden nächstens zu Publikationen von archäologischen Siedlungen führen, die unsere Kenntnisse der ältesten Walliser-Geschichte grundsätzlich erneuern werden. Noch zu erwähnen ist die Publikation eines Bandes der IFMS [Inventar der Fundmünzen der Schweiz], die zu den im *Mithraeum* von Martigny gefundenen Münzen (2091 Stück) gewidmet ist. Dieser detaillierte Katalog behält archäologische Einführungen und ist mit einem CD-ROM ergänzt. Diese Publikation ist die erste Monografie über die römische Stadt Martigny.

Ein wesentlicher Teil der kantonalen Archäologie bleibt die Verwaltung der archäologischen Karte, die Kontrolle der empfindlichen Sektoren, die Einrichtung der archäologischen Interventionen – vom oberflächlichen Nachforschungen bis zu den grossen Grabungskampagnen –, und die für das Publikum zur Verfügung gestellten archäologischen Daten, usw.

KULTURGÜTERSCHUTZ

KGS:

die Tätigkeiten 1999 in Sachen «Kulturgüterschutz bei bewaffneten Konflikten», sind wie folgt kurzzufassen:

- die Sicherheitstechnische Mikroverfilmung durch das Kantonsarchiv wird weiter verfolgt;
- die Sicherheitsdokumentationen in *Val d'Illeiez* für die Sägerei, im Orte genannt Chavalet, und die Mostpresse im Orte genannt Le Play, für die Kirche von *St-Pierre-de-Clages*, für eine Sennerei in *Daillon*, sowie für das Haus Ganiot in *Martigny* sind durchgeführt;
- die Sicherheitsdokumentation für die Papierfabrik in *Vouvry* ist in Ausführung;
- die Subventionen für die Renovation des Archivlokals der *Abtei von St.Maurice* sind bewilligt;

- zwei Einführungskurse (Ober- und Unterwallis) wurden in Gröne durchgeführt;
- das Jahrestreffen für die Dienstchefs des Unterwallis mit obligatem Bericht fand in Saxon statt, und dasjenige fürs Oberwallis wurde in Naters abgehalten;
- der Sensibilisierungskurs in Sachen KGS für neue Polizisten der Kantonspolizei wurde abgehalten;
- der Bundeskurs für KGS-Dienstchefs in Nax ist organisiert.

Vorträge, Publikationen und Inventare:

- Information an die Bevölkerung, hauptsächlich durch verschiedene Interviews, Vorträge und Presseartikel;
- Vorführung der *Inventarmethoden* an diverse Gemeinden;
- Führung und Begleitung der Studie «*Historische Hotelbauten*», (Inventar, Forschung und Bewertung der zwischen 1815 und 1914 erbauten historischen Hotels im Wallis im Rahmen des Programms zur Belebung: Studie zur Revalorisation);
- Empfang der Forschungsdokumente von Prof. Paul-Louis Pelet über frühindustrielle Bauten unseres Kantons. (*Mühle, Walke,...*);
- Veranstaltung des *Tages des offenen Denkmals und grenzüberschreitender Tätigkeiten*, die mit diesem Tag verbundenen sind.

Kunstdenkmäler der Schweiz:

Im Oberwallis sind die Forschungsarbeiten, im Hinblick auf die Erscheinung des vierten Bandes im Gange. Er ist dem Bezirk *Brig* gewidmet. Im Unterwallis wurden die Forschung, die Beendigung der Manuskriptverfassung, sowie Fotodokumentierung für den Bezirk *Siders* weiterverfolgt. Ein neuer Redaktor der Kunstdenkmäler der Schweiz hat am Ende des Berichtsjahres die Forschungsarbeit im Bezirk *Monthey* begonnen. Dies in Hinsicht auf die Publikation eines Bandes über diese Region.

Bauernhausforschung im Wallis:

Der zweite Band der Bauernhausforschung im Wallis wird den Steinbauten gewidmet. Das Manuskript ist fertiggestellt. Die Übersetzung ist im Gange und die Druckarbeiten werden im Geschäftsjahr 2000 durchgeführt.

DIENSTSTELLE FÜR WALD UND LANDSCHAFT

WALDBEWIRTSCHAFTUNG

Waldbauprojekte in Schutzwäldern

Die Massnahmen zur Pflege und Bewirtschaftung der Walliser Schutzwaldungen wurde im Rahmen der zahlreichen laufenden Waldbauprojekte fortgesetzt. Von den 123 zu Beginn des Jahres offenen Projekten konnten 1999 16 Projekte abgeschlossen werden. 12 Projekte wurden 1999 sowohl von Bund und Kanton neu bewilligt. Erwähnenswert ist, dass der Kanton 1999 mit dem Bund im Rahmen des Pilotprogrammes «effor 2» einen Vertrag abschloss, in dem er sich verpflichtet, während der 4 kommenden Jahre in 2 Testregionen 385 ha Schutzwald zu bewirtschaften. Insgesamt investierten die Waldbesitzer 1999 16.3 Millionen Franken in die Schutzwaldpflege. Der Kanton beteiligte sich an diesen Kosten mit durchschnittlich 16%, der Bund mit 69%.

Waldbauprojekte in Wäldern mit Normalfunktion

In Wäldern ohne Schutzfunktion wurden weitere 1.8 Millionen Franken in die Waldpflege investiert. Fr. 159'000.— entfallen hier-

bei auf Massnahmen in Sonderwaldreservaten (Massnahmen zur Erhaltung oder Wiederherstellung besonders schutzwürdiger Waldgesellschaften oder Bewirtschaftungsformen).

Waldschäden

Der Lawinenwinter 1999 – mit enormen Schneefällen Ende Februar – hat zu erheblichen Schäden an den Walliser Wäldern geführt, obwohl sich aus dem Wald selbst keine einzige Lawine löste und der Schutzwald seine Schutzfunktion bestens erfüllte. Insgesamt wurden durch die Lawinenabgänge und die Nassschneemengen rund 70'000 m³ Holz geworfen oder beschädigt. Zu diesen Schäden kamen vor allem im Frühjahr noch enorme Schäden an den Föhrenwäldern. Die Ursachen für diese Schäden sind sehr komplex und können nicht einem einzelnen Verursacher zugeschrieben werden. Insgesamt beliefen sich die Aufwände für die Behebung all dieser Schäden auf rund 10 Millionen Franken. Der Bund beteiligte sich mit 5.1 Millionen Franken an diesen Kosten, der Kanton mit 2.6 Millionen Franken.

Strukturverbesserungen

Die Strukturverbesserungsmassnahmen wurden im üblichen Rahmen fortgesetzt. Von den zu Beginn des Jahres offenen 43 Projekten konnten 21 abgeschlossen werden. Insgesamt wurden 3.5 Millionen Franken in forstliche Erschliessungsanlagen und 0.788 Millionen in forstliche Infrastrukturanlagen (Werkhöfe) investiert.

Verpflichtungskredite

	Anzahl offene Projekte	Saldo diesbezüglicher Kredite	
		Ende 1999	Ende 1998
Waldbauprojekte			
– in Wäldern mit Normalfunktion	27	5.812 Mio. Fr.	5.492 Mio. Fr.
– in Schutzwäldern	123	59.116 Mio. Fr.	66.033 Mio. Fr.
Strukturverbesserungen	33	3.672 Mio. Fr.	7.467 Mio. Fr.

Zahlungen 1999

	Waldbauprojekte in Wäldern mit Normalfunktion			Waldbauprojekte in Schutzwäldern			Waldschäden			Strukturverbesserungen			Total		
	Mio	%	%	Mio	%	%	Mio	%	%	Mio	%	%	Mio	%	%
Totalarbeiten	1.815	100	6	16.372	100	50	ca. 10	100	31	4.347	100	13	32.534	100	100
Anteil CH	0.865	47		11.331	69		5.098	50		1.982	45		19.276	59	
Anteil VS	0.400	22		2.693	16		2.573	25		0.973	22		6.639	20	

WALDERHALTUNG

Die bewilligte Rodungsfläche (21 Gesuche) 1999 beträgt 45'789 m² in 25 eingereichten Gesuchen (1998: 39'524 m²). Bei den Bundesbehörden oder Rekursinstanzen sind 4 Gesuche mit einer Fläche von 194'847 m² hängig. Für nachteilige Waldnutzungen ohne Rodungscharakter wurden 17 Bewilligungen erteilt (1998: 32). Wegen illegalen Handlungen wurden 14 Strafverfahren durchgeführt (1998: 13).

Das Wald-Wildkonzept im Chablais wurde vom beauftragten Büro unter Begleitung einer beratenden Kommission abgeschlossen. Das Konzept für Goms/Östlich Raron fand bereits 1997 seinen Abschluss. Das dritte Wald-Wildkonzept in der Region Entremont – Trient – Martigny steht ebenfalls kurz vor dem Abschluss.

Die Informatik konnte weiter ausgebaut werden. Es fand ein Kurs über Arc Explorer statt.

NATURGEFAHREN

(Dieses Kapitel behandelt die Wintersaison 1998/99)

Der Winter 1998/1999 kann in drei Teile gegliedert werden: einen normalen Frühwinter von Oktober bis Dezember 1998, einen extremen Hochwinter mit hoher Lawinenaktivität (Januar und Februar 1999), und einem folgenschweren Spätwinter für die Hochwassersituation im Mai 1999.

Die Periode vom 26. Januar bis Ende Februar 1999 setzte sich aus drei aufeinanderfolgenden intensiven Niederschlagsperioden zusammen, welche im Wallis ca. 850 Lawinen auslösten.

Die maximalen gemessenen Schneehöhen sind die folgenden:

	Höhe ü. Meer	1999	1998	1997	1996
Fiesch-Kühboden	2'210 m	270 cm	116 cm	130 cm	129 cm
Simplon-Hospiz	2'000 m	230 cm	131 cm	130 cm	130 cm
Egginer (Saas)	2'620 m	274 cm	180 cm	188 cm	146 cm
Les Ruinettes (Verbier)	2'250 m	310 cm	158 cm	170 cm	175 cm

Nachstehend einige kumulierte Schneehöhen:

	Höhe ü. Meer	Schneehöhe 99	Schneehöhe 98
Münster, Goms	2'430 m	833 cm	420 cm
Hospiz, Simplon	2'000 m	669 cm	428 cm
Eggine, Saas	2'620 m	595 cm	335 cm
Gandegg, Lötschental	2'620 m	1'223 cm	886 cm
L'Ecreleuse, Finhaut	2'240 m	845 cm	932 cm

Das Programm der Präventivmassnahmen konnte befolgt werden. Folgende automatischen Schnee- und Wetterstationen wurden im Rahmen des interkantonalen Mess- und Informationssystems (IMIS)-Netz erstellt werden:

- Goms (2 Wetter- und 3 Schneestationen).
- Region Nendaz (1 Wetter- und 1 Schneestation).
- Region Entremont (1 Wetter- und 1 Schneestation).
- Region Fully-Ovronnaz (1 Wetter- und 1 Schneestation).

Im Wallis bestehen zur Zeit 22 Schnee- und 17 Wetterstationen. Zwei Schneestationen wurden durch Lawinen beschädigt und mussten neu erstellt werden.

Das Visualisationsprogramm und die entsprechende Informatik wurden folgenden Sicherheitsverantwortlichen zur Verfügung gestellt: Saas-Fee, Naters, St. Niklaus, Leukerbad, Raron, Visp (Bürchen-Eischoll), Evolène, Aminona (Mollens), Fully, Grimontz, St-Luc, Bagnes (Verbier).

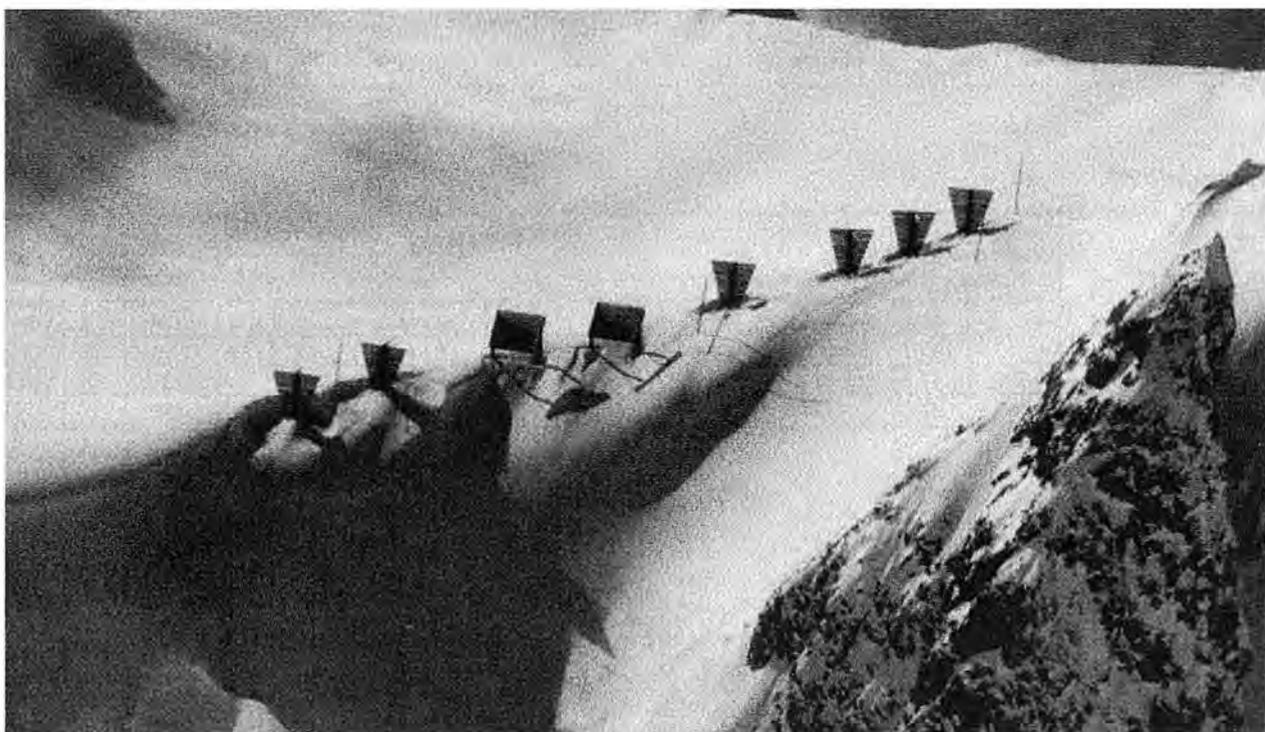
Weiterbildungskurse wurden für die lokalen Sicherheitsdienste am 10. und 11. Dezember 1998 organisiert.

Am 20. November 1998 fand der IMIS-Kurs für die Deutschsprechenden in Andermatt statt. Für die französischsprachigen Sicherheitsverantwortlichen wurde derselbe Kurs am 15. Dezember 1998 im Institut Kurt Bösch (IKB) in Bramois veranstaltet.

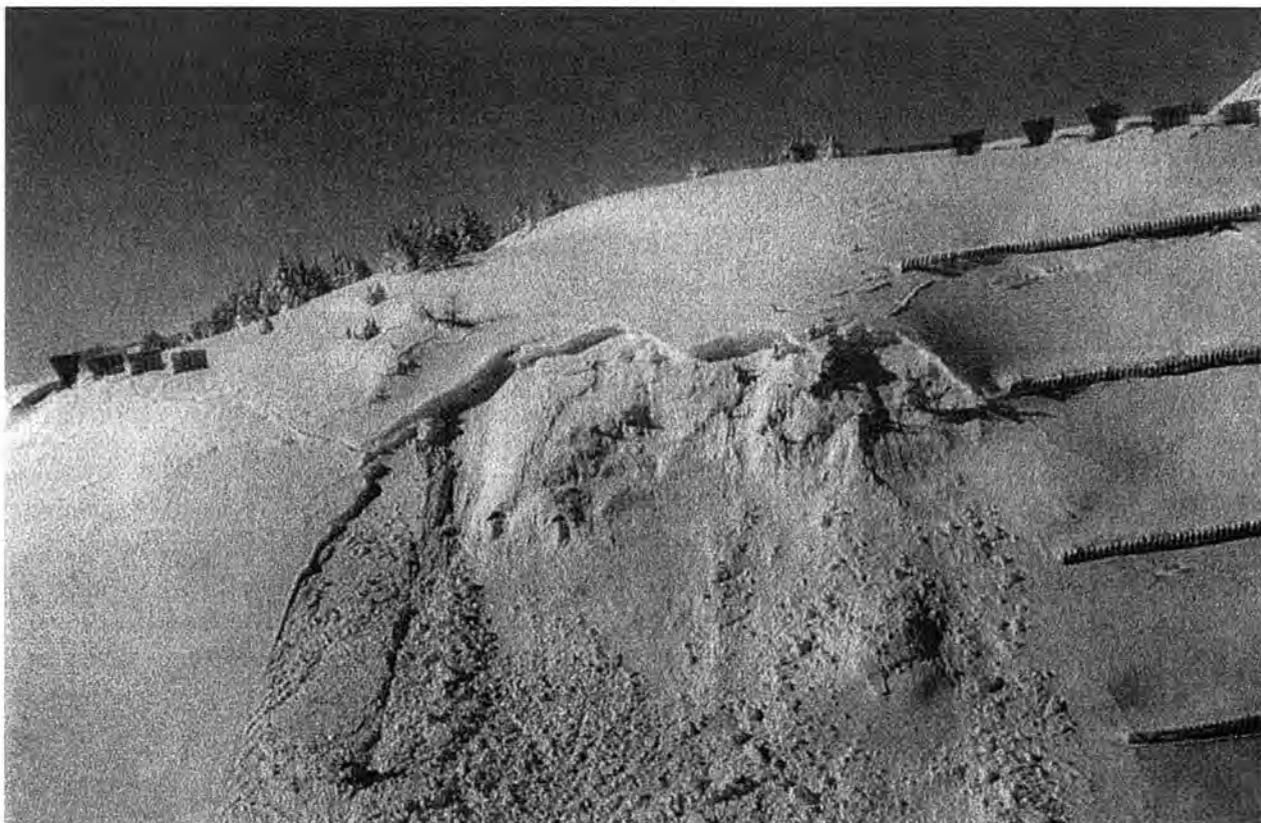
Am 26. August 1999 fand eine Informationstagung für alle Sicherheitsverantwortlichen des Kantons in Simplon-Dorf statt.

Das bestehende kantonale Netz des Sicherheitsdienstes wurde mit 4 zusätzlichen Regionen erweitert: Fully-Ovronnaz, Naters-Mund, Raron-Ausserberg und das Val d'Illeiz. Insgesamt zählt dieses Netz 21 Regionen.

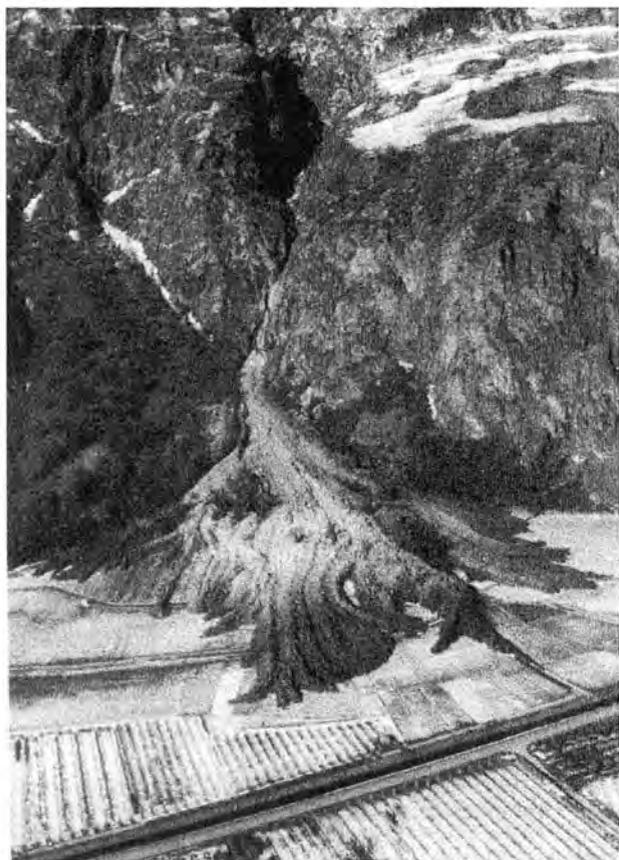
Nach den Lawinenereignissen im Februar 1999 wurden die bestehenden Lawinengefahrenkarten im gesamten Kanton überprüft. Folgende Gebiete erforderten zusätzliche Expertisen: Albinen, Bellwald, Biel, Binn, Blatten (Lötschental) Blitzingen, Dorénaz, Ergisch, Evolène, Fully, Geschinen, Leukerbad, Martigny-Combe, Naters, Oberwald, Orsières, Saas-Balen, Saas-Fee, Selkingen et St-Martin.



Bagnes, La Marlennaz, oberhalb Verbier. Lawinenverbauung, Februar 2000.



Arpille, Martigny-Combe, 12 Februar 1999.



Fully, Lawine vom «Grand Chavalard», 25. Februar 1999.

Bodenunstabilitäten wurden in folgenden Gemeinden neu erstellt und ergänzt: Bagnes, Embs, Ernen, Guttet, Leuk, Leytron, Martigny-Combe, Mollens, Nendaz, Saastal, Sembrancher, Staldenried, St. Niklaus et Zermatt.

Die dynamischen Verhältnisse grosser Bergstürze werden im «Six des Eaux Froides», Gemeinde Ayent, studiert.

Lawinen, Schneebruch

Der Lawinenwinter 1998/99 wird als Jahrhundertwinter bezeichnet und oft mit dem Katastrophenwinter 1950/51 verglichen. Nachfolgend wurden nur die wichtigsten und grössten Lawinen aufgezeichnet:

Gemeinde	Standort	Waldschäden
Obergesteln	Milibachwald, Site, Kehrwald, Breitwald	1'450 m ³
Reckingen	Tschuggen, Blinne, Jenele	5'040 m ³
Blitzingen	Wilerbäch, Schmal, Hilpersbach	1'890 m ³
Naters	Blatten	3'955 m ³
Ausserberg	Stockwald, Raaft	800 m ³
Ferden	Dornbach, Stockgraben, Bätzla	1'090 m ³
Blatten	Seematten, Kühmadwald, Bletschen	2'800 m ³
Blatten	Gugginu, Görpä	900 m ³
Wiler	Schwarzwald, Obrwald	1'300 m ³
Visp	Forstrevier / triage forestier	1'390 m ³
Stalden	Forstrevier / triage forestier	400 m ³
Saastal	Forstrevier / triage forestier	3'150 m ³
Evolène	Différents couloirs	3'600 m ³
St-Martin	La Mounir	500 m ³
Arbaz	La Sionne	1'500 m ³
Ardon	Forêt des Ancillons	475 m ³
Savièse	Vallée de la Morge	600 m ³
Saxon	Torrent de Vella	885 m ³
Bagnes	Lourtier, Champsec	1'000 m ³
Orsières	Val Ferret	1'600 m ³
Fully	Gd Chavalard,	
	Torrent de Randonne	2'700 m ³
Finhaut	La Léchère	790 m ³

Eine Zusammenfassung der Gebäudeschäden pro Forstkreis

Kreis	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	Total
Gebäudeschäden	48	4	18	13	20	12	23	2	1	141
Zerstörte Gebäude	58	27	4	3	16	5	19	2	-	134

Bodenunstabilitäten

Nach den starken Schneefällen vom Februar 1999 wurde unser Kanton zum grossen Teil von verheerenden Überschwemmungen verschont. Leider müssen die Katastrophen (Murgang) über dem Dorfteil in Grimentz, die Murgänge und die Hochwasser in Anzère (Ayent), La Losentze (Chamoson) und in Sorecy (Bourg-St-Pierre) erwähnt werden. Diese bedingen spezifische Schutzmassnahmen.

Nachfolgend die weiteren wichtigsten Bodenunstabilitäten von 1999:

Gemeinde	Standort	Schäden
Grengiols	Junglärch	~ 120'000 m ³ en mouvement
Chalais	Les Evouettes	700 m ³ de bois renversés
Grimentz	Les Marais	charriage de plus de 13'000 m ³
Ayent	Le Tsalan	laves torrentielles, fonte de neige
Chamoson	Combe d'Itrivoué	200'000 m ³ en mouvement
Hérémence	Falaise du Scex	15'000 m ³ chute de falaises

Verbauungen und Schutzmassnahmen

Im laufenden Jahr wurden 16 neue Projekte mit einer Gesamtsumme von Fr. 22'655'000.— durch die kantonalen Instanzen genehmigt. Zusätzlich wurden Präventivmassnahmen gegen Naturgefahren (Gefahrenkarten, Schnee- und Wetterstationen, Alarm- und Warnsysteme usw.) wurden mit einem Gesamtbetrag von Fr. 1'030'000.— genehmigt.

Die Art der Naturgefahren der 16 eingereichten Projekte verteilt sich wie folgt:

- 8 Lawinerverbauungen
- 3 Rutschungen
- 5 Steinschläge, Felssturz.

Folgende Tabelle zeigt die finanzielle Verteilung der Investitionen für Abwehrmassnahmen gegen Naturgefahren im Jahre 1999 pro Forstkreis.

Kreis	Abrechnung Fr.	Bundessubventionen ausbezahlt 1999 Fr.	Kantonssubventionen ausbezahlt 1999 Fr.	Zu Lasten des Bauherrn Fr.
I	5 826 358	2 410 720	1 284 744	2 130 894
II	3 819 921	2 621 849	819 012	379 060
III	2 409 379	1 631 402	460 507	317 470
IV	3 979 732	2 721 597	854 465	403 670
V	1 069 583	681 111	246 228	142 244
VI	1 609 072	1 076 683	312 157	220 232
VII	1 479 058	1 019 004	303 659	156 395
VIII	2 220 530	1 516 367	444 268	2 59 895
IX	525 505	349 577	104 235	71 693
Total	22 939 138	14 028 310	4 829 275	4 081 553

Im Rahmen der Verbauprojekte gegen Naturgefahren sind folgende Massnahmen zu erwähnen:

- Messungen der Felswände im Mattertal und im Val de Bagnes;
- Messungen und Fundamentsteste im Permafrost im Mt-Dolin (Evolène) und Schusslawine (Randa);
- Erstellung eines Blockgletscherinventars im hinteren Arolla-Gebiet;
- Ausführung von Leitdämmen mit Lawinenschnee während des Hochwinters in Lourtier (Bagnes), Brig-Glis, Blitzingen, Selkingen, Biel und Geschinen;
- Erstellung eines Inventars sämtlicher Gefährlicher Gletscher des Wallis.

NATUR UND LANDSCHAFT

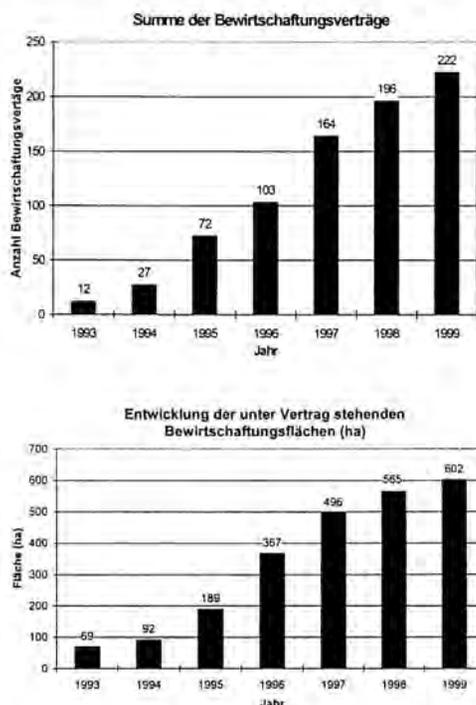
Subkommission Natur und Landschaft

Die Subkommission Natur und Landschaft hat 1999 eine Sitzung durchgeführt, an welcher u.a. der Entwurf der Ausführungsbestimmungen zum kantonalen Natur- und Heimatschutzgesetz diskutiert wurden.

Gesetzgebung

Nachdem der Grosse Rat am 13. November 1998 das kantonale Natur- und Heimatschutzgesetz einstimmig angenommen hat, wurde 1999 verwaltungsintern ein Entwurf der Ausführungsbestimmungen erarbeitet, so dass die Gesetzgebung demnächst in Kraft gesetzt werden kann.

In Anwendung des Dekretes vom 13.11.1992 betreffend Bewirtschaftungsbeiträge an die Landwirtschaft für ökologische Leistungen wurden in der Berichtsperiode insgesamt 26 Bewirtschaftungsverträge abgeschlossen. Die Gesamtfläche der unter Vertrag stehenden Magerwiesen, Feuchtwiesen und Kulturlandschaften erhöhte sich damit auf insgesamt 602 ha. Die nachfolgenden Grafiken zeigen die Entwicklung der Anzahl Bewirtschaftungsverträge sowie der unter Vertrag stehenden Flächen seit Inkraftsetzung der entsprechenden Rechtsgrundlagen 1993.



Der Staatsrat hat 1999 folgende Gebiete unter Schutz gestellt:

- Auengebiet von nationaler Bedeutung und Gletschervorfeld Gletschboden in Oberwald;
- Gebiet «Achera-Biela» in Ried-Brig und Termen;
- Moorlandschaft von nationaler Bedeutung Albrun in Binn;
- Flachmoor von nationaler Bedeutung «Zwisched Bäch» in Obergesteln;
- Kiesgrube «Les Epines» in Conthey.

Der Staatsrat hat im Rahmen von Vernehmlassungsverfahren zu zwei neuen Bundesinventaren Stellungnahmen abgegeben. Es handelt sich einerseits um das Inventar der Amphibienlaichgebiete mit insgesamt 24 Objekten im Kanton Wallis und andererseits um das Inventar der Gletschervorfelder und alpinen Schwemmebenen mit 20 Walliser Objekten.

Aufträge des Kantons

- In einer vom Kanton in Auftrag gegebenen Studie über die Wasserfauna wurden die heutigen Kenntnisse über diese Organismengruppe zusammengestellt.
- Im Rahmen eines Mandates wurde für das Biotop Brigerbad ein Schutzkonzept erarbeitet.
- In Monthey wurde ein Amphibienlaichgebiet von nationaler Bedeutung durch die Schaffung von etwa 30 kleineren und grösseren Tümpeln aufgewertet.
- In Port-Valais wurden Schutzmassnahmen für den Biber getrof-

fen.

Subventionierung von Naturschutzprojekten

In der Berichtsperiode wurden folgende Projekte von Gemeinden und privaten Organisationen finanziell unterstützt:

- Revitalisierung des Feuchtbiotopes «Pfaffenegge» in Münster;
- Revitalisierung eines Feuchtbiotopes im Gebiet Melchboden in Saas-Fee;
- Landschaftliche und ökologische Aufwertung von Böschungen in Salgesch;
- Errichtung von Wild-Beobachtungshütten im Val d'Anniviers;
- Erarbeitung einer wissenschaftlichen Studie über Amphibien im Pfywald;
- Installation von 150 Nisthilfen für den bedrohten Wiedehopf in der Region Saillon – Fully;
- Erarbeitung eines Schutz- und Unterhaltskonzeptes für das Gebiet «Le Verney» in Martinach;
- Herausgabe eines Buches über die Suonen im Kanton Wallis;
- Herausgabe eines Exkursionsprogrammes Oberwallis, in Zusammenarbeit mit verschiedenen Umweltverbänden;
- Publikation verschiedener Informationsbroschüren der Pro Natura Wallis;
- Aktivitäten der Walliser Gruppe zum Schutz der Fledermäuse;
- Aktivitäten der Koordinationsstelle für Amphibien- und Reptilienschutz der Schweiz (KARCH);
- Stiftung Umwelteinsatz Schweiz.

Vormeinungen

Viel Zeit beanspruchte auch im vergangenen Jahr die Beurteilung technischer Projekte aus Sicht des Natur- und Landschaftsschutzes. Die Sektion Natur und Landschaft hat während der Berichtsperiode zu 818 (1998: 527) Dossiers schriftliche Vormeinungen zuhanden der Kantonalen Baukommission oder an andere kantonale Fachstelle abgegeben.

Wanderwege

Für die Hauptwanderwege wurden 1999 an 20 Projekte kantonale Beiträge im Umfange von Fr. 262'300.— (1998: Fr. 200'000.—) entrichtet.

UMWELTSCHUTZ

ALLGEMEINE BEMERKUNGEN

Die im Zusammenhang mit dem Luftforum entwickelten Tätigkeiten ermöglichten eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen dem privaten und öffentlichen Sektor.

Somit konnten mit verschiedenen Industriezweigen umweltorientierte Vereinbarungen unterzeichnet werden. Diese bezwecken die Bestimmung der zu erreichenden umweltbedingten Ziele und legen die seitens der Verwaltung erwarteten Leistungen fest.

Auf Bundesebene erschienen neue umweltorientierte Bestimmungen, insbesondere jene betreffend den Schutz gegen den «Elektromog» (nicht ionisierende Strahlung). Die Dienststelle hat in enger Zusammenarbeit mit einem externen Experten ca. 80 Dossiers behandelt.

Das ab 1. Januar 2000 vom Bund erlassene Verbot der Ablagerung von organischen Abfällen stellt keine besonderen Probleme dar, da auf kantonalem Gebiet genügend Verbrennungskapazitäten vorhanden sind.

Lediglich das Problem der Klärschlamm Entsorgung ist noch nicht geregelt, solange im Unterwallis nicht genügend Verbrennungskapazitäten geschaffen worden sind.

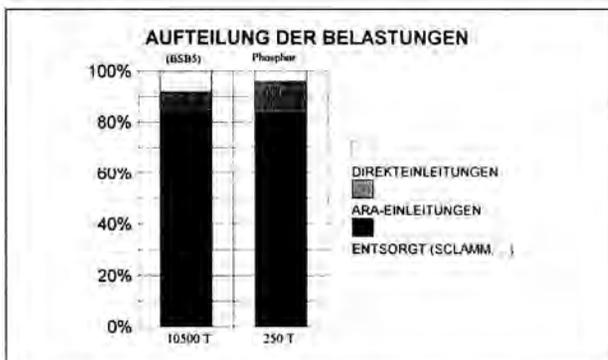
GEWÄSSERSCHUTZ

Reinigung

Die Kläranlage (ARA) der Gemeinde Emdb (690 Einwohner-Gleichwerte) wurde 1999 in Betrieb gesetzt. Das Laboratorium unserer Dienststelle hat 245 ARA-Kontrollen durchgeführt.

In sämtlichen Anlagen wurden 82 Millionen m³ Abwasser mit einem Ertrag an organischen Stoffen (DBO₅) von 91,8% und Phosphor von 87,3% behandelt. Diese Ergebnisse sind ziemlich gut.

Zurzeit sind 14 Walliser Gemeinden noch an keine Sammelkläranlage angeschlossen.



Aufteilung der Belastung an Phosphor und organischen Stoffen ohne industrielle Verschmutzung

Der Kanton Wallis produziert ca. 6000 T/TS (Tonnen Trockenstoffe) Klärschlamm jährlich (mit Ausnahme der Kläranlagen Monthey/Cimo und Visp/Lonza).

Die in vollem Wandel sich befindende Walliser Landwirtschaft kann nur höchstens 2000 T/TS als Dünger verwerten. Für die überschüs-

sigen 4000 T/TS haben die Oberwalliser Kläranlagen mit der Lonza AG für die Verbrennung des Klärschlammes einen Vertrag unterzeichnet. Im Unterwallis planen die Kehrichtverbrennungsanlagen UTO/Sitten und SATOM/Monthey für die nächsten Jahre in den Abfallöfen eine Klärschlammverbrennungskapazität.

Oberflächengewässer

Ende 98 und 99 wurden an der Rhone im Goms und der Drance von Bagnes physischchemische, bakteriologische und biologische Wasserqualitätsanalysen durchgeführt.

Bei der Rhone im Goms ist die physischchemische Wasserqualität gut. Talabwärts und talabwärts ist eine Wassermineralisierungstendenz feststellbar. Ebenso ist eine leichte Verschlechterung der bakteriologischen Wasserqualität von Gletsch bis Fiesch zu beobachten, was erahnen lässt, dass noch Abwassereinleitungen in die Rhone bestehen.

Die biologischen Analysen bestätigen die Daten von 1992 und zeigen jedoch eine leichte Verbesserung der biologischen Qualität der Rhone.

An der Drance von Bagnes erfolgte eine Pilotstudie über die Kieselalgen zusätzlich zu anderen Untersuchungen.

In Ihrem oberen Teil (Bonatschesse) weist die Drance eine gute Qualität auf. Bei den talabwärts studierten Standorten (Plampo, Champsec und talwärts von Châble) wird die negative Auswirkung der Wasserfassungen, Turbinierungen, Kieswerke und Abwasser- und Fremdwassereinleitungen hervorgehoben.

Der Vergleich der Ergebnisse mit den Daten von 1990 und 1991 zeigt eine deutliche Verbesserung der Qualität der durch eine talabwärts von Plampo eingeleitete Dotierwassermenge und durch die Betriebsaufnahme der ARA 1993 eingeleiteten Wasser.

1999 wurde eine statistische Untersuchung der hydrobiologischen und umweltorientierten Daten verwirklicht. Diese erstreckte sich auf 142 Anlagen, 261 IBGN- Erhebungen, d. h. 1229 Proben und 23 Variable. Man kam zu folgenden Ergebnissen:

- Die benthischen Makro-Wirbellosen-Gemeinschaften (Insektenlarven am Boden der Wasserläufe) im Wallis entsprechen 3 umweltbedingten Zwängen: die Wasserkraftwerke, die Abwassereinleitungen und die Ufer- und Wasservegetation.

Die IBGN- Methode zur Bestimmung der biologischen Qualität der Wasserläufe erweist sich als typisch und angepasst.

Bauten und Subventionierung

Der Investitionsbetrag, der von den Gemeinden für die Erstellung von Sammelleitungen und ARAS eingesetzt wird, nimmt ab. 1999 beläuft er sich auf weniger als 20 Millionen Franken.

Die Nachtragskredite (15 Millionen 1999) ermöglichten eine Auszahlung von 25 Millionen Franken Subventionen. Dadurch konnten die Zahlungsrückstände für die den Gemeinden geschuldeten Beiträge aufgeholt werden.

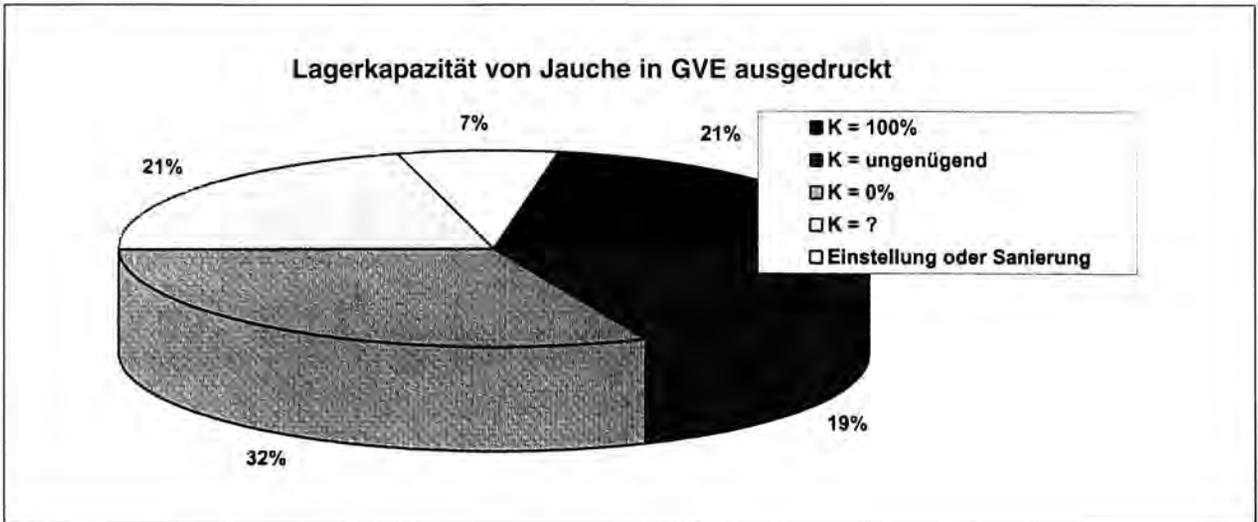
Generelle Entwässerungspläne (GEP)

Das neue Gesetz über den Schutz der Gewässer (GSchG) verlangt, dass die Gemeinden einen generellen Entwässerungsplan erstellen, welcher die ehemaligen «generellen Kanalisationsprojekte» ersetzt und ergänzt. Diese Studien werden durch das BUWAL subventioniert (35%).

4 Gemeinden haben einen generellen Entwässerungsplan (GEP) bei der Dienststelle eingereicht; 15 Gemeinden haben Ende 1999 die nötigen Vorkehrungen zur Erstellung eines solchen Plans getroffen.

Lagerung von Hofdünger

Anhand der Daten, die von den Landwirten übermittelt worden sind, konnte eine Bilanz der Situation über die Lagerkapazitäten von Hofdünger beim Rindvieh in 2100 Betrieben, dh. 21'000 Grossvieheinheiten (GVE) – siehe nachstehende Grafik – erstellt werden.



Diese Situation bildet Gegenstand eines Sanierungsantrags, der sich auf Prioritäten und Fristen stützt, die durch die Verordnung über die Direktzahlungen festgelegt wird.

Grundwasser

Die Gewässerschutzverordnung ist am 1. Januar 1999 in Kraft getreten. Sie verlangt unter anderem die Überwachung der Qualität der unterirdischen Gewässer. Im Laufe des vergangenen Jahres wurde diesem Aspekt bei bedeutenden Projekten und jenen, welche eine Auswirkung auf die Qualität der unterirdischen Gewässer haben besonders Rechnung getragen. Zurzeit wird ein Studienprogramm zur Bewertung und Interpretierung von sämtlichen bestehenden quantitativen und qualitativen Massnahmen erarbeitet. Daher ist vorgesehen, mit den übrigen betroffenen staatlichen Dienststellen zusammenzuarbeiten.

Die Nachführung der Karten zu den Grundwasserschutz-zonen geht weiter. Das im Reglement vom 31. Januar 1996 für die Genehmigung der Fassungsschutz-zonen-Pläne vorgesehene Verfahren läuft bei mehr als der Hälfte der Walliser Gemeinden.

Die Herausgabe des hydrogeologischen Jahrbuches ist gewährleistet. Dieses Jahrbuch liefert nützliche Informationen über den Wasserstand des Grundwassers in der Rhonetal-Ebene.

Steinbrücke und Kieswerke

Die Regelung der Steinmaterial - Ausbeutungen wird verstärkt fortgesetzt. Generell:

- befinden sich die im Gebiet vom Grundwasser stehenden Kieswerke in den Gewässerschutz-sektoren A in der Umgestaltungs- oder Schliessungsphase;
- sind die Kieswerke von Privatunternehmungen dazu bestimmt, geschlossen oder umgestaltet zu werden;
- erfordern die Kiesausbeutungen an Bächen und in der Rhone zusätzliche Überlegungen zur Definierung der Richtlinien der Studien selbst, um die Kiesausbeutung und die Umwelt besser in Einklang zu bringen.

Altlasten

Die Erstellung des Altlastenkatasters, welche 1997 in 4 Versuchsgemeinden (Visp, Sitten, Martigny und Monthey) begann, wurde fortgesetzt. Mehrere spezialisierte Geologiebüros haben 1050 belastete Standorte untersucht und die einschlägigen Angaben in eine vom BUWAL entwickelte «EVA»-Datenbank übertragen. Die Fortsetzung der Arbeiten wird entsprechend den in den Test-Gemeinden erlangten Erfahrungen erfolgen.

ABFALLBEWIRTSCHAFTUNG UND -BEHANDLUNG

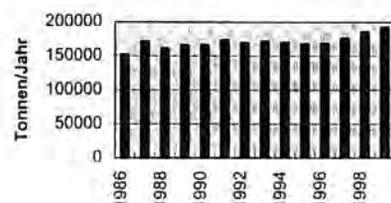
Die verbrannten Abfallmengen haben in den letzten drei Jahren leicht zugenommen, dies bei jeder Kehrichtverbrennungsanlage.

Verbrannte Abfälle in den verschiedenen Anlagen in Tonnen

	1998	1999
SATOM, Monthey	109'060	113'730
UTO, Uvrier	48'272	49'755
KVO, Gamsen	23'657	24'203
KVZ, Zermatt	5'022	5'211
Total	186'011	192'899

Entwicklung der im Laufe der letzten 14 Jahre verbrannten Tonnagen.

Verbrannte Abfallmenge pro Jahr im Wallis



Die Bewirtschaftung der Daten betreffend die Inertstoffdeponien ermöglicht die Erfassung von 312 betriebenen und 163 geschlossenen Deponien. 42 geschlossene Standorte bildeten Gegenstand einer Teilsanierung.

Beim Besuch von 54 Deponiestandorten 1999 konnten 6 Standorte mit Abfallverbrennung, 9 weitere mit Verbrennungsspuren und 24 Standorte, deren Zustand als «gut» beurteilt worden ist, ausgemacht werden.

Die Anzahl Inertstoffdeponien, die gemäss der technischen Verordnung über Abfälle bewilligt wurden, beträgt am 31.12.1999 21 (wovon 8 im Jahre 1999 bewilligt worden sind). Im kantonalen Abfallbewirtschaftungsplan sind deren 80 vorgesehen.

LUFTHYGIENE

Immissionsmessungen

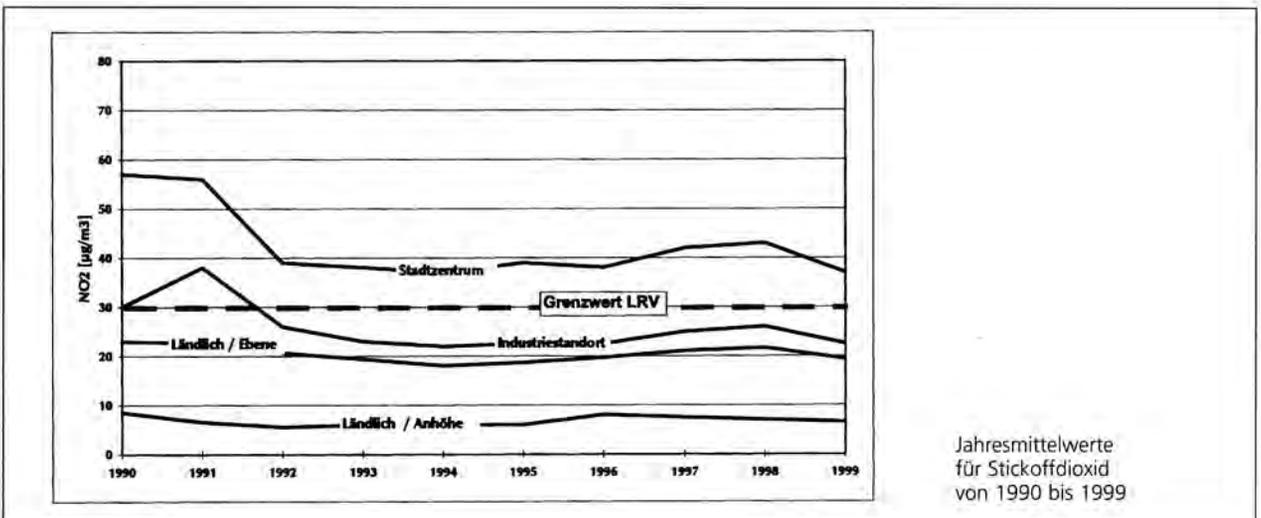
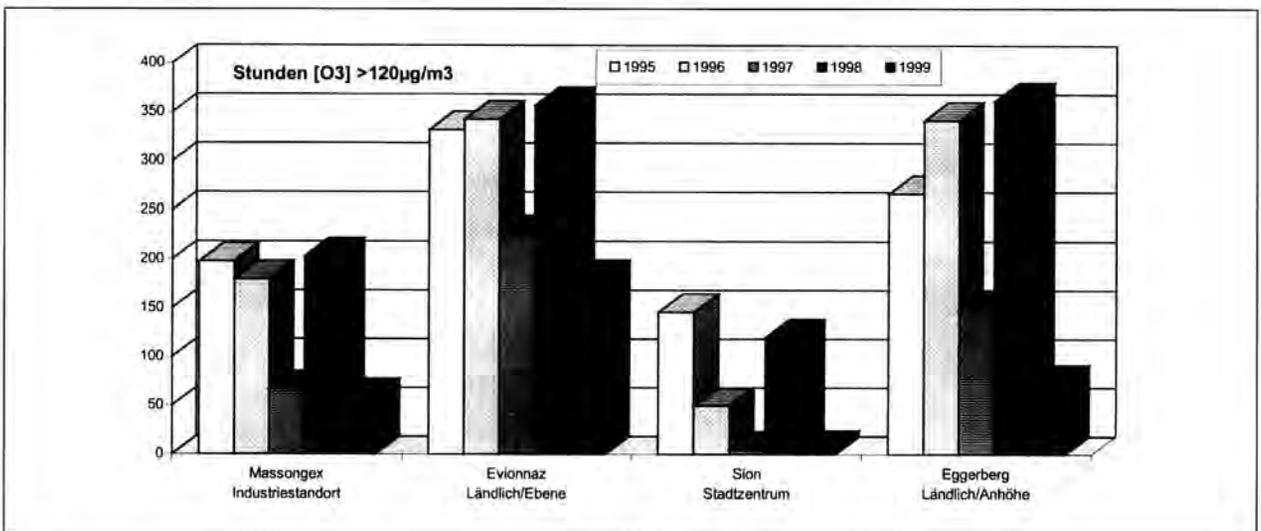
Die Luftqualität im Wallis wird seit 10 Jahren kontrolliert. Das RESIVAL mit neun Laboratorien, welche alle typischen Walliser Situationen darstellen, ist völlig betriebsstüchtig. Diesen Messungen ist eine sehr positive Bilanz zu entnehmen, da festzustellen ist, dass die Schadstoffmenge im Laufe des Jahrzehnts stark abgenommen hat.

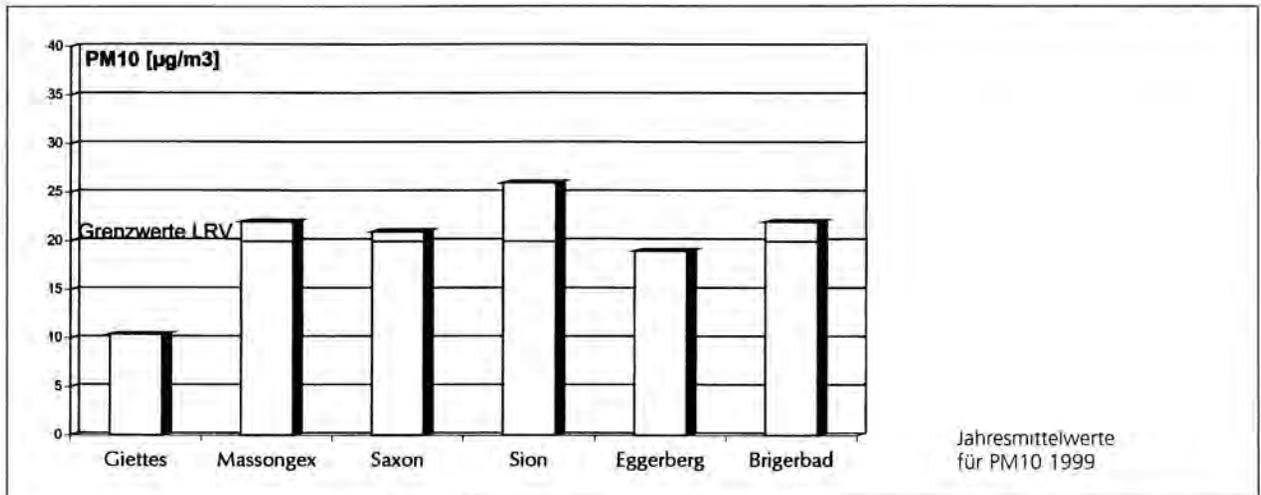
Diese erfreuliche Entwicklung ergibt sich insbesondere aus den vermehrten Anstrengungen des Luftforums.

Eine vertiefte Studie über all dieser Forschungen wurde zwecks Bestimmung des klimabedingten Immissionsanteils, Modellierung und Kartographierung der Schadstoffquoten sowie Erstellung der Prognosen der Luftqualität einem Büro übergeben. Für den Bedarf dieser Studie wurde ein Emissionskataster pro Hektar erarbeitet.

Im Jahre 1999 ist bei der **Ozonmenge** eine sehr starke Senkung zu verzeichnen. Sowohl bei der Anzahl Ueberschreitungen der Stundennorm als auch bei deren Umfang (vgl. Abb. 1) können die Sommerkonzentrationen nach unten buchstabiert werden. Die **Stickstoffdioxid-Immissionen**, kritischer Schadstoff während des Winters, verzeichnen eine erfreuliche Abnahme und erreichen die an mehreren Orten (vgl. Abb. 2) beobachteten Tiefstwerte. Die Immissionen dieser beiden Parameter überschreiten jedoch örtlich noch die Grenzwerte.

Die neuen Normen betreffend den schwebenden Feinstaub **PM10** sind im März 1998 in Rechtskraft erwachsen. Unter diesem Gattungsbegriff verbergen sich sämtliche Teilchen, deren Durchmesser unter 10 μm liegt. Von anthropischer Herkunft, gefährden sie unsere Gesundheit, weil sie mit ihrer winzigen Grösse in unser Atemgänge gelangen können. Die Standorte unten im Rhonetal übersteigen die Jahresnorm von $20 \mu\text{PM}_{10} / \text{m}^3$ (Abb. 3). Der kurzfristig auf $50 \text{ mg}/\text{m}^3$ festgesetzte Grenzwert als Tagesmittelwert, der nicht mehr als einmal pro Jahr überschritten werden darf, wird in allen Beobachtungsorten nicht eingehalten.





Emissionen

Emissionskataster

Die Aktualisierung der Daten über die am Arbeitsplatz erzeugten Emissionen läuft. Etwa tausend Emissionsmeldungen wurden den Walliser Unternehmungen zugestellt. Zurzeit werden diese ausgewertet.

Industrie-Emissionen

Die Emissionsmessungen bei stationären Grossanlagen verzeichnen stabile Schadstoffmengen. Die Erhöhung der Anzahl Anlagen und der Betriebsstunden wird durch Sanierungen oder durch andere Emissionssenkungsmittel ausgeglichen.

Für die Vorbereitung auf die Einführung ab 1. Januar 2000 der Lenkungsabgabe für flüchtige organische Verbindungen (VOC) wurden seitens der Gruppe der Emissionsmessungen und Grossindustrien grosse Anstrengungen unternommen. Zahlreich waren die Anfragen betreffend Erklärungen, Abgabenerlass, Vereinfachung und Behandlung durch formelles Engagement. Im Jahr 2000 sind Nachkontrollen, Inspektionen und Emissionsmessungen geplant.

Feuerungskontrolle

Die Uebergangsperiode zur Vollziehung der neuen Gesetzgebung ist abgeschlossen. Gründliche Kontrollen (Expertisen) sämtlicher Feuerungsanlagen, welche durch Fachleute von Privatunternehmen durchgeführt worden sind, haben eine grosse Anzahl von Problemen aufgezeigt, die mit ungenügenden Ausrüstungen verbunden sind. Nach erfolgter Uebereinstimmung der Anlagen, werden die offiziellen Kontrollen alle zwei Jahre stattfinden. Diese können durch die Unternehmen der Sparte erfolgen.

Emissionskontrolle

Zur Quantifizierung der Luftschadstoffemissionen aus Industrie und Gewerbe erfolgten mehrere Messkampagnen: unter anderem der mit einem Gasrückführungssystem ausgerüsteten Tankstellen, der Baustellen mit Sandstrahlung von korrosionsgeschützten Gegenständen, von Feuerungen mit Festbrennstoffen, von Anlagen zur Herstellung von Mischgut. Die Anlagen werden jedoch nicht mehr systematisch kontrolliert. Neue und sanierte Anlagen sowie Anlagen, welche die Nachbarschaft belästigen, werden bei der Abnahmemessung priorität behandelt.

Massnahmeplan

Der Massnahmeplan zur Erhaltung der Luftqualität gemäss den Bestimmungen der Luftreinhalteverordnung (LRV) wird nach wie vor durch die Arbeitsgruppen des **Luftforums** fortgesetzt.

Der Staatsrat hat in der Tat beschlossen, die Dauer für die Benutzung des Rahmenkredites von 2 Millionen Franken, welcher vom DVBU zwecks Finanzierung der Tätigkeiten bezüglich des Massnahmeplans gewährt wird, um 3 Jahre, d. h. bis Ende 2002 zu verlängern.

Unter den interessanten Aktivitäten ist eine von der Arbeitsgruppe «Information» auf die Beine gestellte Wanderausstellung (AIR EXPO) zu erwähnen. Diese Ausstellung, die besonders für die Jugend gedacht war (Orientierungsschulen und SBB-Bahnhöfe), stellte nach einer 18 monatigen Wanderschaft ihre Tätigkeit ein.

Gewisse Aktivitäten der Arbeitsgruppe KMU verdienen es auch, hervorgehoben zu werden. Zwischen den Wirtschaftszweigen und der zuständigen Behörde wurden in der Tat umweltorientierte Vereinbarungen unterzeichnet, d. h.:

- mit den Textilreinigungsunternehmen,
- mit den Unternehmen der graphischen Künste,
- mit den Mechanikerwerkstätten.

Weitere Vereinbarungen stehen in Vorbereitung.

Diese Verfahrensart bestimmt klar und deutlich die umweltorientierten Pflichten und Ziele der Unternehmen und des Staates.

Dieses Responsabilisierungskonzept wurde durch die Umsetzung eines Piloterfahrungswettbewerbs ergänzt, zwecks Verminderung der Luftverunreinigung in KMU. Diesbezüglich wurden sechs Projekte durch eine Fachjury prämiert.

LÄRM

Der Auftrag betreffend die Reaktualisierung des Strassenlärmkatasters sollte im Laufe des ersten Trimesters 2000 erteilt werden. Diese Studie soll eine Reaktualisierung und insbesondere Informatisierung und Dynamisierung des alten Katasters von 1988 ermöglichen.

Was die Schiessstände und -anlagen angeht, so konnten in verschiedenen Studien bedeutende Probleme hervorgehoben werden: die Alarmwerte werden in der Tat häufig überschritten. Bis heute läuft die Behandlung mehrerer Dossiers, um zur Einhaltung der LSV-Normen vernünftige Lösungen zu finden. Hierbei ist zu bemerken, dass bis zum 31. März 2002 sämtliche lärmerezeugende Anlagen gemäss den Anforderungen der LSV zu sanieren sind oder in Gewähr einer Erleichterung sein müssen.

Da das Problem der öffentlichen Anstalten immer akuter wird, hat die Westschweizer Sektion «Lärm- Ring Schweiz» (Gruppe der kantonalen Verantwortlichen für Lärmbekämpfung) eine Weisung betreffend «die Bestimmung und Beurteilung von Lärmbelastigungen, die mit dem Betrieb von öffentlichen Anstalten verbunden sind», herausgegeben. Sie ist zurzeit vollziehbar und rechtskräftig.

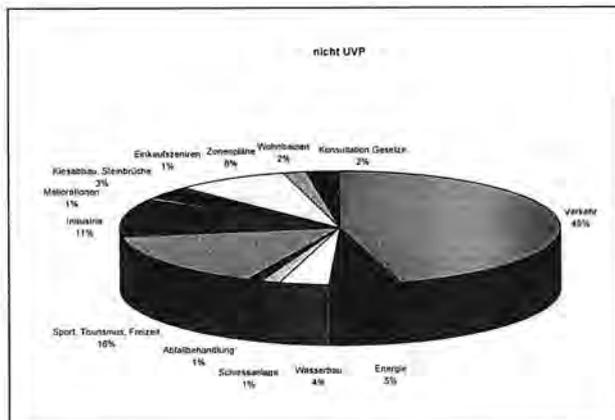
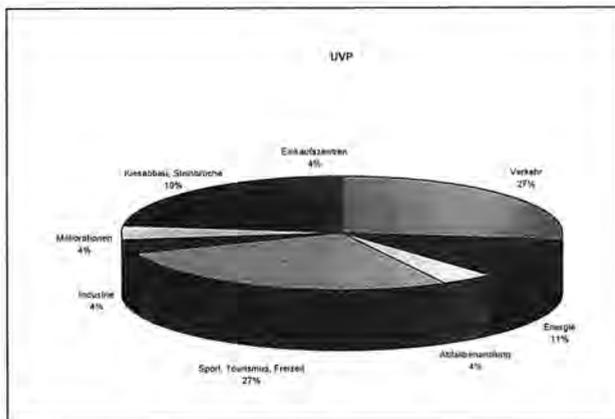
Am 20. Dezember 1999 ist die Weisung für die Beurteilung von Erschütterungen und Körperschall bei Schienenverkehrsanlagen (BEKS) in Rechtskraft erwachsen. Diese wird zu einem späteren Zeitpunkt durch eine Verordnung ersetzt, welche sämtliche Immissionen von Erschütterungen und Körperschall, die durch Verkehr (Strasse und Schiene), Gewerbe und Industrie und Baustellen verursacht werden, umfasst.

Was den Flughafen Sitten angeht, so wurden neue Helikopterflugschneisen vorgeschlagen, um die Lärmbelastigungen über der Gemeinde Salins zu vermindern.

UMWELTVERTRÄGLICHKEITSBERICHTE

Nach 10-jähriger Erfahrung wurde die vollständige Erneuerung der Weisungen zum Inhalt der Umweltverträglichkeitsberichte aufgenommen. Gegenüber dem vorigen Jahr hat die Anzahl der neuen UVP-pflichtigen Projekte 1999 wesentlich abgenommen. Etwa 85% der gesamten behandelten Dossiers waren nicht UVP-pflichtig sonder koordinationspflichtig (Vorjahr 70%). Dies entspricht einer Zunahme von etwa 25% nicht UVP-pflichtiger Projekte (Total 167 Projekte). Bei elf Grossbaustellen wurde infolge von Umweltverträglichkeitsprüfungen (im Vorjahr 7) eine koordinierte ökologische Baubegleitung angeordnet.

Prozentualer Anteil der behandelten Anlagentypen



KANTONSLABORATORIUM

Allgemeine Erwägungen

Mehr denn je hat das Jahr 1999 gezeigt, wie wichtig ein effizienter Konsumentenschutz ist. Das Dioxinvorkommen in Lebensmitteln von tierischer Herkunft, die Massenvergiftung durch den Konsum von einem kohlenstoffhaltigem Getränk, die Konflikte über die Folgen des Rinderwahnsinns (BSE) oder die Polemik über die technisch veränderten Organismen (GVO), machen den Konsumenten immer skeptischer, verunsicherter und ängstlicher gegenüber der angebotenen Nahrung.

Die wesentliche Aufgabe des Kantonslaboratoriums, den Konsumenten vor Lebensmittel und Gebrauchsgegenständen, welche die Gesundheit gefährden können und im Zusammenhang mit Lebensmitteln vor Täuschungen zu schützen, ist entscheidend und erfordert absolut gut geschultes Personal und leistungsfähige Einrichtungen.

Im Rahmen der Westschweizer interkantonalen Zusammenarbeit haben die Kantonschemiker 1999 zum zweiten Mal auf regionaler Ebene Kontrollen durchgeführt. In der ganzen Westschweiz wurden Probeentnahmen vorgenommen. Diese erfolgten in speziellen Kampagnen und zentralisierten Analysen. Gewisse komplizierte Probleme erfordern in der Tat technische Einrichtungen und Kompetenzen, welche die Möglichkeiten des jeweiligen Kantons übersteigen.

Durchgeführte Analysen

Das Kantonslaboratorium hat an 6142 Proben mikrobiologische und chemische Analysen durchgeführt. 15% der Proben entsprechen nicht der Gesetzgebung. Die Gründe dafür waren falsche Etikettierung oder Gesundheitsgefährdung durch verdorbene Ware.

Wir möchten folgende Punkte hervorheben:

Rahm und Schlagrahm:

Es wurden 135 Rahmproben untersucht, 83 (61%) wurden aus mikrobiologischen Gründen beanstandet. 19 Rahmproben UHT erwiesen sich als in Ordnung. Somit können wir feststellen, dass die Handhabungen bei der Vorbereitung weitgehend die hygienische und bakteriologische Qualität des Rahmes beeinflusst. Die obligatorische Umsetzung einer Selbstkontrolle sollte die Lage verbessern. Im Jahre 2000 wird eine neue Kampagne durchgeführt.

Fritieröle:

Die Qualität der Fritieröle wird während jeder Inspektion der Restaurants an Ort und Stelle, anhand von Schnell-Tests, kontrolliert. Im Falle eines Zweifels oder schlechtem Resultat, wird das jeweilige Öl erhoben und im Kantonslaboratorium analysiert. Die Kontrolleure und Inspektoren haben 53 mögliche zu beanstandende Proben erhoben. Die Untersuchung im Kantonslaboratorium erwies, dass 34 dieser Fritieröle nicht in Ordnung waren.

Mehl:

30 Mehl- oder Maisgries-Proben wurden zwecks Suche nach krebsfördernden Aflatoxinen untersucht. 18 Proben enthielten solche, doch keine Probe überschritt die gesetzlichen Grenzwerte. Diese Kampagne ermöglicht die Umsetzung einer neuen Untersuchungsmethode, bei welcher Geräte benutzt werden, die 1998 erworben wurden.

Hanfhaltige Produkte:

Von 35 erhobenen Proben (Lebensmittel und diverse Kosmetik-Produkte) waren 16 nicht in Ordnung, insbesondere bei der Produktbezeichnung. Was diese Angelegenheit angeht, so steht das Kantonslaboratorium im Rechtsstreit mit einer Firma vor Gericht.

Früchte und Gemüse:

Früchte

Es wurden 59 Schalenfruchtproben: Erdnüsse 17, Feigen 18, Pistazien 21, Nüsse 3, zwecks Suche nach krebsfördernden Pilzgiften, d.h. sogenannten «Aflatoxinen» (B1, G1, B2, G2) erhoben. 17 Proben enthielten solche, aber lediglich zwei Proben (3 %) überstiegen die gesetzlichen Grenzwerte.

In 240 Fruchtproben hat das Kantonslaboratorium die Pestizidrückstände, insbesondere Fungizide, untersucht. Nur zwei Proben überschritten die Grenzwerte.

Salate

Von 58 Salatproben enthielten 7 zuviele Nitrate. Zur Zeit läuft eine Neubewertung der Toxikologie von Nitraten in Lebensmitteln. Im Laufe des Jahres 2000 wird eine Änderung der Grenzwerte vorgeesehen.

Trinkwasser:

3317 Trinkwasserproben aus öffentlichen und privaten Netzen wurden chemisch und mikrobiologisch untersucht. 11 % der untersuchten Proben entsprachen nicht den gesetzlichen Anforderungen.

Bestimmung von Arsen und Fluorid im Trinkwasser der Walliser Gemeinden

Arsen: Der Grenzwert von 50 ppb wurde nie überschritten. In 7 % der 342 untersuchten Trinkwassernetzen wurde ein Arsengehalt von 10-43 ppb gefunden, was unter dem Grenzwert liegt. Eine Änderung des Grenzwertes in der Schweiz auf 10 ppb, wie dies zur Zeit diskutiert wird, würde in diesen Trinkwassernetzen Massnahmen zur Senkung des Arsengehaltes erfordern.

Fluorid

Der Grenzwert für Fluorid im Trinkwasser wurde in keinem der untersuchten Trinkwasserproben überschritten.

Bestimmung von Arsen im Trinkwasser der Westschweiz

Für die Kantone Genf, Neuenburg und Waadt wurden insgesamt 68 Trinkwasser untersucht. Der Grenzwert wurde in keiner der untersuchten Proben überschritten.

Halogenierte Kohlenwasserstoffe im Trinkwasser

Im behandelten Trinkwasser (Ozon, Chlor, Chlordioxid) aus 6 Walliser Gemeinden, sowie in 2 Mineralwassern aus dem Wallis, wurden keine halogenierten Kohlenwasserstoffe in erhöhter Konzentration gefunden. Die Analysen wurden im Rahmen einer interkanonalen Zusammenarbeit im Kantonslabor Neuenburg durchgeführt.

Weine:

Walliser Weine des Jahrganges 98

40 Walliser Weine mit Ursprungsbezeichnung AOC (18 Fendant, 11 Pinot noir, 11 Dôle), wurden im Kantonslabor auf je 13 Parameter untersucht. Alle untersuchten Weine waren in Ordnung.

Künstliches Glycerin in italienischen Rotweinen

Im Rahmen eines Schwerpunktprogrammes zwischen dem Bundesamt für Gesundheit, dem Zollamt und dem Kantonslaboratorium Sitten, wurden im Jahr 1999 93 Rotweine aus Italien auf den Zusatz von künstlichem Glycerin überprüft. 6.5 % der untersuchten Weine waren positiv.

1997 waren 33.5 % der untersuchten italienischen Rotweine positiv, 1998 15%. Diese Zahlen demonstrieren eindeutig, dass die Fälschung von italienischem Rotwein mit künstlichem Glycerin stark abnimmt. Dieser Erfolg ist auf die heute zur Verfügung stehende GC-MS Methode zum Nachweis dieser Täuschung und auf die jährlich durchgeführten Kampagnen zurückzuführen.

Ochratoxin im Rotwein

40 Proben von den italienischen Weinen, die wir für die obenerwähnte Glycerin-Kampagne erhalten haben und 10 Walliser Weine, wurden auf ihren Gehalt von Ochratoxin A (Mykotoxin) untersucht. Kein Ergebnis überstieg die gesetzliche Norm.

Weinlese

Das Kantonslaboratorium hat die qualitative und quantitative Kontrolle der Weinlese organisiert und durchgeführt. Es wurde ein statistischer Bericht erstellt, der den Interessenten zur Verfügung steht. Das Wallis hat 44.6 Millionen Liter Wein, d.h. 21 Millionen Liter Weisswein und 23.6 Millionen Liter Rotwein eingekellert. Seit acht Jahren produziert das Wallis mehr Rot- als Weisswein. Die eingekellerten Weinmengen liegen 4.8 % unter dem Vorjahr. Die eingekellerte Menge liegt 15 % unter den eidgenössischen Quoten. 1999 war ein Regenjahr; dank den guten klimatischen Bedingungen im Herbst hat die Traubenernte eine optimale Reife erreicht. Die Sondierungen ähneln dem zehnjährigen Durchschnitt ausser für den Chasselas, wo der Zuckergehalt etwas niedriger ist.

Weinstatistiken

Das Reglement des Staatsrates betreffend die Erhebung und Bearbeitung der Daten der Weinproduktion für den Weinhandel (Weinstatistik) wurde erstmals angewandt. Die Ergebnisse dieser ersten Umfrage, die auf dem Jahr 1998 beruhen und im Amtsblatt vom Oktober 1999 veröffentlicht worden sind, wurden von den verschiedenen Mitgliedern der Berufsgruppen als zufriedenstellend betrachtet.

Gesetzgebung:

Infolge eines Bundesgerichtsentscheides, welcher verbietet, den Ertrag der Weine der zweiten Kategorie auf derselben Stufe wie jener eines Weins der ersten Kategorie festzusetzen (AOC), musste die Verordnung über die Herkunftsbezeichnung der Weine des Wallis (AOC-Verordnung) abgeändert werden.

Inspektorat und Lebensmittelkontrolle

Seit 1998 wurde die Kontrolle der öffentlichen Betriebe gemäss dem neuen Lebensmittelgesetz von 1992 neu organisiert. Das Kantonslaboratorium erstellte ein neues Kontrollsystem, welches sich auf halbamtliche Lebensmittelkontrolleure stützt. Demnach teilen sich 15 von den Gemeinden ernannten Lebensmittelkontrolleure die Arbeit im Unterwallis und 14 im Oberwallis. Zudem haben gewisse Gemeinden, gegen Bezahlung, das Kantonslaboratorium mit der Kontrolle der öffentlichen Betriebe beauftragt, was die Anstellung einer Person erforderte, um die Lebensmittelinspektoren zu unterstützen.

1999 wurde das neue Kontrollsystem weitergeführt. Die Hauptschwierigkeit liegt in den unterschiedlichen Aufgaben. Demnach sind gewisse Lebensmittelkontrolleure für mehr als 300 öffentliche Betriebe verantwortlich, indessen andere weniger als 50 zu beauftragen haben. Dieser Sachverhalt kann in der Art und Weise der Kontrolle der Gemeinden Unterschiede verursachen. Deshalb hat das Kantonslaboratorium jeden Monat die Lebensmittelkontrolleure zu einer Koordinationssitzung und Weiterbildung einberufen.

In den meisten Gemeinden konnte somit seit 1998 eine vertiefte Kontrolle der öffentlichen Betriebe gemäss der neuen Gesetzgebung erfolgen. Selbst in touristischen Regionen sind gewisse Gemeindeverwaltungen zurückhaltend und widmen der Kontrolle der öffentlichen Betriebe nicht die nötige Zeit und Mittel, um eine Mindestkontrolle durchzuführen. Ein solcher Tatbestand führt zu Missverhältnissen zwischen den Gemeinden, die es zu verbessern gilt.

Im Laufe des Jahres 1999, wurden von 4800 Unternehmen, welche im Wallis den Handel mit Lebensmitteln betreiben, 2283 Betriebe kontrolliert. Wir haben 95 Beanstandungen aus unterschiedlichen Gründen registriert. Ausserdem haben wir 1478 Fristen zur Einführung einer Mindestselbstkontrolle oder für Mindestsanierungen festgesetzt.

Unsere Lebensmittelinspektoren haben 228 Betriebskontrollen durchgeführt. In diesem Jahr wurde der Akzent auf die Kontrolle

von Heimen und Krankenhäusern gelegt. Im allgemeinen sind diese Anstalten gut geführt. Wir mussten jedoch manchmal einschreiten, um Sanierungen und eine strenge Einhaltung der Hygiene anzufordern.

Die Lebensmittelinspektoren haben in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei 23 Kühlwagen kontrolliert.

Das Trinkwasser bleibt eine der Hauptsorgen des Kantonslaboratoriums. Dank der Ausbildung, welche den Lebensmittelkontrolleuren erteilt wurde und der Umsetzung der neuen Organisation in Firmen welche Lebensmittel herstellen, konnten wir eine systematische Kontrolle der Trinkwassernetze vornehmen.

Gifte

In Vollziehung des Bundesgesetzes über den Verkehr mit Giften, hat der Giftinspektor 16 allgemeine Bewilligungen, 24 Giftbücher und 334 Giftscheine für Gifte der Klasse 1 und 2 erteilt, welche 5228 kg Giftstoffe darstellen.

Der Giftinspektor hat die Beseitigung von 1874 kg giftigen Abfällen von verschiedener Herkunft veranlasst.

Umweltgefährdende Stoffe

In Anwendung der Verordnung über umweltgefährdende Stoffe, wurden folgende Fachbewilligungen erteilt:

Holzschutz	10 (Total bis jetzt erteilt: 1252)
Spezialbereich	1 (Total bis jetzt erteilt: 52)
Kältemittel	14 (Total bis jetzt erteilt: 207)

Inspektionen

In Anwendung der aufgeführten Gesetzgebung und im Rahmen der Überwachung des Handels, hat der Giftinspektor 179 Inspektionen in verschiedenen Betrieben des Kantons, vor allem 60 Lebensmittelbetriebe, 19 landwirtschaftliche Geschäftsstellen, 32 Schwimmbäder, 12 Drogerien und Apotheken, 9 Eisenwarenhandlungen und 15 Garagen durchgeführt. Die Resultate dieser Inspektionen sind befriedigend.

In Vollziehung des Reglementes vom 17. Januar 1973 betreffend den Betrieb von Schwimmbädern, wurden für 27 Schwimmbäder eine Betriebsbewilligung erteilt oder verlängert.

Die Überwachung des Badewassers erstreckt sich auf 176 Betriebe mit 281 Schwimmbecken. 116 Betriebe sind Hallenbäder und 60 Freibäder.

Strahlenschutz

Seit November 1999 wurde in verschiedenen Gemeinden des Kantons eine fünfte und letzte Radon-Kampagne durchgeführt. Ein vollständiger Bericht wird im zweiten Halbjahr 2000 veröffentlicht.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
VORWORT DES PRÄSIDENTEN DES STAATSRATES	5
Verwaltungsbericht des Präsidiums	7
Staatskanzlei	9
Ständiges Sekretariat des Grossen Rates	11
Information	12
Zentrum für Verwaltungsmanagement	13
FINANZ- UND VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT	15
Einleitung	17
Delegierter für Informatikfragen	18
Finanzverwaltung	19
Steuerverwaltung	22
Dienststelle für Personal und Organisation	23
Dienststelle für Datenverarbeitung	26
Rechtsdienst	27
Dienststelle für Aussenangelegenheiten und Wirtschaftsrecht	29
Dienststelle Industrie, Handel und Arbeit	30
Dienststelle für Tourismus- und Wirtschaftsförderung	35
Dienststelle für Landwirtschaft	37
Meliorationsamt	39
DEPARTEMENT FÜR GESUNDHEIT, SOZIALWESEN UND ENERGIE	41
Einleitung	43
Dienststelle für Gesundheitswesen	45
Kantonale Anstalten	45
Veterinärdienst	47
Dienststelle für Sozialwesen	47
Dienststelle für Arbeitnehmerschutz und Dienstverhältnisse	49
Dienststelle für Energie	52
Dienststelle für Wasserkraft	53
Kantonale Ausgleichskasse	54

	Seite
DEPARTEMENT FÜR ERZIEHUNG, KULTUR UND SPORT	57
Einleitung	59
Verwaltungs- und Rechtsdienst	61
Dienststelle für Jugendhilfe	64
Dienststelle für Planung und Evaluation	66
Dienststelle für Unterrichtswesen	69
Dienststelle für Berufsbildung	80
Kantonsbibliothek	85
Staatsarchiv	87
Kantonale Museen	88
DEPARTEMENT FÜR SICHERHEIT UND INSTITUTIONEN	97
Einleitung	99
Verwaltungs- und Rechtsdienst	102
Dienststelle für Zivilstandswesen und Fremdenkontrolle	107
Strafanstalten	108
Dienststelle für Strassenverkehr und Schifffahrt	109
Jagd- und Fischereiverwaltung	110
Kantonspolizei	111
Dienststelle für Sicherheit und Militär	112
Dienststelle für innere Angelegenheiten	114
Raumplanung	115
Dienststelle für Vermessung	119
Grundbuchinspektorat und Grundbuchämter	121
DEPARTEMENT FÜR VERKEHR, BAU UND UMWELT	123
Einleitung	125
Verwaltungs- und Rechtsdienst	126
Dienststelle für Verkehrsfragen	127
Dienststelle für Strassen- und Flussbau	130
Dienststelle für Hochbau, Denkmalpflege und Archäologie	143
Dienststelle für Wald und Landschaft	145
Umweltschutz	150
Kantonslaboratorium	154

